

Lebensstilkonflikte sozialer Minderheiten im Berliner
Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae
(Dr. phil.)

Eingereicht an

der Philosophischen Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

von
Diplom-Geographin Sabine Wortmann M.A.
Geb.: 10.06.1960 in Detmold

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Marksches

Dekan der Philosophischen Fakultät III
Prof. Dr. Thomas Macho

Gutachten: 1. Prof. Dr. Hartmut Häußermann
2. Prof. Dr. Susanne Frank

Tag der mündlichen Prüfung: 18.04.2008

Inhaltsverzeichnis

1	Fragestellung, Forschungslage und Ablauf der Arbeit.....	1
2	Lebensstile und Lebensstilkonflikte in europäischen Großstädten im 20. Jahrhundert.....	8
	2.1 Lebensstilforschung	8
	2.2 Lebensstile als Integrationsmomente.....	10
	2.3 Lebensstile in ihren Wirkungen auf die Strukturen der Stadt.....	14
3	Großstädtische Lebenswelten	19
	3.1 Phänomene und Mentalitäten in der Großstadt	19
	3.2 Soziale Minderheiten in der europäischen Großstadt.....	28
	3.2.1 Als sozial abweichend stigmatisierte Minderheiten	29
	3.2.2 Lebensstile der angestammten Großstädter/innen	32
	3.3 Ethnische Minderheiten in der deutschen Großstadt.....	43
	3.3.1 Migrationsgeschehen in Deutschland im 20. Jahrhundert	45
	3.3.2 Die Integrationsproblematik ethnischer Minderheiten in europäischen Großstädten	53
	3.3.3 Islamisch geprägte Lebensstile	68
	3.4 Gewalt als Ausdruck städtischer Lebensstilkonflikte	81
	3.4.1 Jugendgewalt.....	82
	3.4.2 Gewalt durch rechtsextreme Milieus.....	88
	3.4.3 Männergewalt in Industrienationen.....	91
	3.5 Fazit.....	94
4	Untersuchung von Lebensstilkonflikten im Schöneberger Norden von Berlin.....	100
	4.1 Untersuchungsziel: Überprüfung kultureller Desintegrationstendenzen.	100
	4.2 Untersuchungsgegenstand: Die Lebensstilkonflikte der Minderheiten im Schöneberger Norden	101
	4.2.1 Der Schöneberger Norden im Kontext der Berliner Stadtentwicklung	102
	4.2.1.1 Die städtebauliche Entwicklung Berlins vom 12. Jahrhundert bis in die Gegenwart	102
	4.2.1.2 Die Entwicklung des Schöneberger Nordens vom Sanierungs- zum Quartiersmanagementgebiet (1961 – 2004)	113
	4.2.2 Die Minderheiten im Schöneberger Norden	120
	4.2.2.1 Homosexuelle Subkultur	121

4.2.2.2	Migrant/inn/en im Schöneberger Norden	129
4.2.3	Lebensstilkonflikte zwischen Schöneberger Migrant/inn/en und Homosexuellen	142
4.3	Untersuchungsmaterial und -methoden	145
4.3.1	Leitende Fragestellungen – Fokus der Untersuchung	147
4.3.2	Untersuchungsorte und Interviewpartner/innen.....	150
4.3.3	Vorgehensweise und Instrumente der Datenerhebung.....	155
4.3.4	Methode der Datenauswertung	158
5	Konfliktbeispiele und Befragungsergebnisse	160
5.1	Drei Beispiele lokaler Konflikte zwischen Migrant/inn/en und Homosexuellen im Schöneberger Norden	160
5.2	Antworten der arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez	170
5.3	Expert/inn/enantworten der Gruppe Quartiersmanagement.....	172
5.4	Expert/inn/enantworten der Gruppe der Initiativen Homosexueller ..	184
5.5	Antworten der Expert/inn/en der Integrationsaktiven	192
5.6	Kernaussagen der Expert/inn/engruppen im Vergleich und Schlussfolgerungen	205
6	Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse	208
6.1	Bewertung der betrachteten Lebensstilkonflikte im Hinblick auf einen sozialräumlichen Profilwandel.....	209
6.2	Gründe für die kulturellen Desintegrationstendenzen im Untersuchungsgebiet	212
6.3	Konsequenzen für die Arbeit des Quartiersmanagements	213
	LITERATURVERZEICHNIS	220
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	242
	ANHANG: Expert/inn/eninterviews und Gruppeninterview	243

1 Fragestellung, Forschungslage und Ablauf der Arbeit

Gesellschaftliche Entwicklung kann als permanenter Versuch betrachtet werden, eine mehr oder minder starke Integration herzustellen, die in jeder Phase immer wieder prekär wird. Die Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts hat ein doppeltes Integrationsproblem. Hier geht es sowohl um die Sicherung der gesellschaftlichen Stabilität, den Zusammenhalt trotz aller Heterogenität als auch um die Integration Fremder in die Gesellschaft (vgl. Häußermann 2005: 19ff.).

Im Schöneberger Norden, einem Berliner Innenstadtgebiet, wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts eine für diesen Stadtraum neue Qualität von Lebensstilkonflikten beobachtet. Im Jahr 2003 befassen sich lokale Zeitungen mit Berichten von Übergriffen junger Menschen mit Migrationshintergrund auf Homosexuelle. Daher konzentriert sich die Lebensstilkonfliktfrage in dieser Arbeit zum einen auf die soziale Gruppe zugewanderter Migrant/inn/en (vor allem türkische, kurdische und arabische Familien), zum anderen auf die soziale Gruppe Homosexueller. Rund um den Nollendorfplatz in Berlin-Schöneberg und bis in das Untersuchungsgebiet hinein prägen traditionell zahlreiche Institutionen und Treffpunkte der schwul-lesbischen Szene des westlichen Berlin (Meyer 1981) das überregional bekannte Profil dieses Stadtteils.

Die vorliegende Arbeit untersucht, welche Hintergründe diesen Konflikten zugrunde liegen, wie sie entstehen und welchen Milieus die Beteiligten angehören. Es soll deutlich gemacht werden, wie die Konfliktsituation in ihrer Wirkung auf das Umfeld einzuschätzen ist und welche Lösungsstrategien zu empfehlen sind.

Im Mittelpunkt steht die Analyse der Lebensstile und Lebensstilkonflikte der in der Stadt Berlin - im Ortsteil Schöneberg - lebenden Personengruppen unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergrundes. Die Gruppen sind bestrebt, ihre kulturelle Identität und subkulturelle Eigenart zu wahren. Dabei tragen einige Personen und Personengruppen ihre Lebensstilkonflikte im städtischen Raum auf eine zum Teil gewaltsame Weise aus.

In Anbetracht der neueren sozialstrukturellen Veränderungen in Großstädten widmet sich die Arbeit der Frage, wie sich die Gemeinschaften ethnischer Minderheiten einerseits und die Gruppen um Anerkennung und Gleichberechtigung bemühter sozialer Minderheiten andererseits im gleichen Quartier begegnen, welche Konfliktlinien deutlich werden und wie diese Konflikte möglicherweise einzugrenzen sind.

Die zentrale Frage ist, ob - und gegebenenfalls wie und warum - sich Tendenzen kultureller Desintegration im Schöneberger Norden zeigen. Mit den Untersuchungen im

benannten Feld soll die These belegt werden, dass sich Tendenzen kultureller Desintegration entlang der Lebensstilkonflikte von Teilen ethnischer Minderheiten mit anderen sozialen Minderheiten zeigen, welche in hegemonialen Ansprüchen über den Stadtraum begründet sind.

Dazu sollen folgende Fragen beantwortet werden:

A) Welche Lebensstile sind für moderne, westliche Großstädte typisch und inwieweit zeigen sich Besonderheiten der Lebensstile der genannten Minderheiten, die zu Konflikten im sozialen und räumlichen Umfeld führen? Dabei interessiert zudem, warum Lebensstilkonflikte zu Raumkonkurrenzen mit der Folge einer zunehmenden räumlichen Trennung unterschiedlicher Minderheiten führen können. Wie und warum kommt es dazu, dass Teile ethnischer Minderheiten, auch wenn sie bereits in der dritten Generation in Deutschland leben, sich nachhaltig von der deutschen Gesellschaft abheben?

B) Welche Faktoren sind in Bezug auf einen Zusammenhalt innerhalb eines lebensstilgemischten Großstadtquartiers entscheidend und wie können Segregationsprozesse aufgehalten werden?

Im Rahmen der empirischen Forschung am Beispiel von Konflikten innerhalb des Quartiers Schöneberger Norden soll geklärt werden, wie es zu offen ausgetragener Gewalt zwischen den soziokulturellen Minderheiten kommt. Warum kommen in einem bislang als tolerant bekannten Quartier zunehmend Konflikte im Zusammenleben unterschiedlicher ethnisch-sozialer Gruppen zustande, die als Konsequenz zur weiteren Entmischung führen? Auch die Frage, inwieweit Lebensstilmilieus in Schöneberg inhaltlich und räumlich abgrenzbar sind, ist Teil der vorliegenden Untersuchung. Das multikulturelle Zusammenleben wird betrachtet und eine Analyse der Bedingungen integrativer wie desintegrativer Entwicklungen vorgenommen, um diese Entwicklung deuten zu können.

C) Im Ergebnis der Untersuchung sollen geeignete Maßnahmen diskutiert werden, anhand derer zu zeigen ist, inwieweit die nachgezeichnete Entwicklung im konkreten Fall des Schöneberger Nordens eingrenzbar ist.

Es wird davon ausgegangen, dass eine friedliche Koexistenz aller im Quartier Schöneberger Norden ansässiger heterogener Gruppen in der Zeit nach 1945 bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts bestand. Das überwiegend positiv besetzte multikulturelle Zusammenleben schuf einen günstigen Rahmen zur Ausbreitung vielfältiger kultureller und ökonomischer Initiativen. Angehörige homosexueller Minderheiten nutzten diesen Rahmen in Nord-Schöneberg zum Aufbau eigener Projekte und Geschäfte und zogen vielfach auch kommerziellen Nutzen aus dem tolerant bis freundlich gesonnenen Umfeld. Im Zuge

wirtschaftlicher Rezession findet ein allmählicher soziokultureller Wandel im Quartier statt. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – insbesondere Angehörige verschiedener Minderheiten – grenzen sich stärker voneinander ab. Einige Monate nach dem 11. September 2001, vor allem in den Jahren 2002 bis 2004, kommt es im Zuge von Lebensstilkonflikten häufiger zu Angriffen seitens Jugendlicher mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Ländern auf homosexuelle Minderheiten. Die Segregation im Quartier scheint – trotz integrativer Bemühungen des Quartiersmanagements – weiter zuzunehmen.

Studien zur Großstadtforschung (Häußermann 2005) und Theorien über das Zusammenleben in Großstädten (Häußermann 1991, Häußermann/ Siebel 1987), die sowohl die Lebensstilforschung (Hartmann 1999, Otte 2004) als auch die Integrations-/ Desintegrationsforschung (vgl. u. a. Heitmeyer/ Imbusch 2005) umfassen, bilden den primären fachtheoretischen Rahmen dieser Arbeit.

Ausgehend von Georg Simmels Aussagen über die Großstädte und das Geistesleben (2005a [1903]) soll gezeigt werden, inwieweit die vor rund 100 Jahren beobachteten Lebensstildifferenzen zwischen Stadt- und Landbevölkerung im Zuge der neueren Wanderungen heute noch - oder wieder - aktuell sind.

Eine Betrachtung der aktuellen Lebensstilforschung zeigt, inwieweit dort verfolgte Konzepte für die aktuelle Studie über einen Lebensstilkonflikt unter Angehörigen unterschiedlicher Minderheiten von Nutzen sein können. Mit der Betrachtung von Gewalt als Ausdruck von Lebensstilkonflikten (vgl. u.a. Heitmeyer 2005b, Heitmeyer/ Soeffner 2004) werden Hintergründe gewaltsamer Lebensstilkonflikteskalationen beleuchtet.

Die ausgewählten Autoren spiegeln in ihren Ansätzen verschiedene Zweige der Lebensstilforschung wider. Während sich ein Zweig der Lebensstilforschung aus dem psychologischen und dem marktforschungsbezogenen Interesse an der Entwicklung von Konsummustern entwickelte (Maslow 1968, Mitchell 1983, Banning 1987), widmet sich die soziologische Lebensstilforschung der Beschreibung des Zeitgeistes (Beck 1986) und der Klassen- und Schichtendifferenzierung nach Lebensstilen (z. B. Michailow 1994, Bourdieu 1982, 1983). Seit den 1990er Jahren nimmt sich die Lebensstilforschung zunehmend der Lebensstilkonflikte, vor allem in Großstädten, an (vgl. Dangschat/Blasius 1994).

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird auf Sekundärliteratur - sowohl über homosexuelle Minderheiten als auch über Migrant/inn/en (vor allem aus der Türkei und arabischen Ländern) in der Bundesrepublik Deutschland - Bezug genommen. Bislang sind

aus der Fachliteratur keine direkten Gegenüberstellungen von Lebensstilen Homosexueller und islamisch geprägter Migrant/inn/en bekannt.

Zur Untersuchung eines Ausschnitts des Großstadtlebens in Berlin, des problematischen Zusammenlebens unterschiedlicher sozialer Gruppen – hier von Homosexuellen und Migrant/inn/en - in einem ebenso kreativen wie marginalisierten Viertel - sowie dem Phänomen der gewaltsamen Austragung von Lebensstilkonflikten - eignet sich dieses Westberliner „Problemquartier“ in besonderem Maß. Das Quartiersmanagement-Gebiet Schöneberger Norden bietet sowohl aufgrund seiner relativ zentralen Lage im Stadtgebiet als auch aufgrund seiner Bevölkerungszusammensetzung hervorragende Voraussetzungen zur Beobachtung der zu untersuchenden Lebensstilkonflikte. Schöneberg Nord ist einer der ausgewählten Referenzorte des Soziale-Stadt-Förderprogrammes für besonders benachteiligte Quartiere. Eine relativ überschaubare Zahl an Bewohner/inne/n unterschiedlicher sozialer Gruppen und ethnischer Herkunft lebt hier. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Ortes hat sich durch die Sanierungs- und sowohl Fort- als auch Zuzugsprozesse seit den 1960er Jahren stark verändert. Stand Schöneberg noch in den 1980er Jahren für einen multikulturellen Ort der Toleranz, steht der soziale Zusammenhalt seit den 1990er Jahren zunehmend in Frage. Anhand des Berichtes über die sanierungsbedingten Veränderungen vor Ort (AG SPAS 1994) wird sowohl die Sanierungsgeschichte als auch die soziale Struktur des Quartiers nachgezeichnet.

Eine umfangreiche Literaturrecherche zu den Themen Stadtentwicklung von Berlin und von Schöneberg (Dreppenstedt/ Esche 2001, Ribbe/ Schmädecke 1994, Schwenk 1998, Winz 1964), Sanierungsgebiet und Sozialraum von Nord-Schöneberg (AG SPAS 1994, Liebau/ Zwacka 1998), Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden (Stiftung SPI/ AG SPAS 2003, etc.), Migration in Deutschland (u. a. Herbert 2003), Homosexualität (u. a. Bührmann 2002, Dannecker 2001, Meyer 1981), (politischer) Islam (u. a. Schiffauer 2000, Tibi 2002, Ghadban 2000) sowie Lebensstilkonflikte (Dangschat/ Blasius 1994, Hartmann 1999, Otte 2004, etc.) und Gewalt (Forster 2002, Heitmeyer 1995b, Heitmeyer/ Soeffner 2004, Kersten 1997, etc.) wird durchgeführt und dokumentiert.

Die Ergebnisse eines Quellenstudiums über die Geschichte (Schwenk 1998, Winz 1964) des weiter gefassten Untersuchungsgebietes (Teilbezirk Schöneberg von Berlin) zeigen die Bevölkerungsentwicklung im Kontext wirtschaftlicher und politischer Gegebenheiten. Dokumente wie z. B. Pläne, Gutachten, publizierte Äußerungen zur Thematik (Informationsbroschüren, Stadtteilzeitungen, Presseberichte, etc.) (u.a. Gernert 2003, Hägler 2003, Klaaßen 2004, Fuchs 2004, Gülfirat/ Keilani 2004, Hasselmann 2006) wurden gesammelt

und ausgewertet. Aktuelle Entwicklungen und Veränderungsprozesse, die auf das Untersuchungsgebiet und den Untersuchungsgegenstand einwirken, werden dadurch nachvollziehbar. Insbesondere die Berichte über Angriffe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf das ortsansässige, von Homosexuellen betriebene Café P. (vgl. Gernert 2003) weisen auf die Lebensstilkonfliktlage hin, die Gegenstand dieser Untersuchung ist.

Ein Gruppeninterview mit an den Angriffen auf das Café P. beteiligten Jugendlichen mit Migrationshintergrund war von großer Relevanz für die Klärung der Motivlage aggressiver Übergriffe marginalisierter Jugendlicher auf „Andere“. Begehungen und Beobachtungen mit Bestandsaufnahmen relevanter räumlicher und soziologischer Sachverhalte sowie informelle Gespräche mit Anwohner/inne/n und Passant/inn/en rundeten die Untersuchung ab. Auf diese Weise wurden zwei weitere Konfliktfälle erhoben, die sich zur Verdeutlichung der auch dem Café P.-Fall zugrunde liegenden Konfliktfelder eignen.

Mittels ca. 30 leitfadengestützter Interviews mit „Schlüsselpersonen“ aus dem Quartier mit besonderen Gebietskenntnissen, den das Quartiersmanagement durchführenden Expert/inn/en, den zuständigen Fachleuten der kommunalen und Landesverwaltungsbehörden und vor allem mit Vertreter/inne/n der untersuchten Betroffenen- und Beteiligengruppen wird das Untersuchungsthema bearbeitet. Durch die verhältnismäßig große Zahl an Interviews wird das Thema aus vielen unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und kommentiert. Dieses Vorgehen erscheint aufgrund der wenigen auswertbaren schriftlich vorliegenden Quellen zur Bearbeitung der Fragestellung, zur Einschätzung der Lebensstilkonfliktfälle und ihrer Hintergründe angemessen. Zudem soll die in den Interviews thematisierte Konfliktlage im Quartier möglichst realistisch eingeschätzt werden können. Das methodische Vorgehen orientiert sich sowohl bei der Vorbereitung der empirischen Untersuchung als auch bei der Auswertung an der von Gläser und Laudel entwickelten Arbeitsanleitung für Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen (Gläser/ Laudel 2004).

Die zentralen Begriffe dieser Arbeit werden im Folgenden in stark zusammengefasster Form definiert. Damit soll eine einheitliche Basis zum Verständnis der Bedeutung der häufig verwendeten Begrifflichkeiten geschaffen werden.

Lebensstil:

Der Lebensstil wird seit den 1970er Jahren zunehmend als Unterscheidungsmerkmal sozialer Gruppen herangezogen (vgl. Kapitel 2.1). Bestimmte kulturelle Präferenzen, ein

bestimmtes Freizeit- oder auch Konsumverhalten, etc. können als Merkmale eines bestimmten Lebensstils einer Gruppe von Menschen beschrieben werden. Häufig sind Anhänger/innen eines Lebensstils auch den gleichen Werten verbunden und gehören der gleichen sozialen Schicht oder dem gleichen sozialen Milieu an.

Lebensstilkonflikt:

Zwischen Angehörigen unterschiedlicher Lebensstile und unterschiedlicher sozialer Milieus können sich durch soziokulturelle Differenzierung und kulturelle Segmentierung Lebensstilkonflikte ergeben, die sich stadträumlich durch Konkurrenz um Räume ausdrücken (vgl. Kapitel 2.3).

Integration/Desintegration:

„Integration beschreibt den Prozess und Zustand des Eingebundenseins in soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge. Integration und ihr Gegenpol, die Desintegration, entwickeln sich auf der Grundlage von strukturellen, normativen, materiellen, kulturellen, emotionalen und physischen Potenzialen, welche subjektiv bewertet zum Gefühl der Integration oder Desintegration führen“ (Hoffmann 2003: 57, vgl. Kapitel 2.2).

Migration:

Im Kontext dieser Arbeit wird der Begriff Migration für die Beschreibung der überwiegend auf Dauer angelegten Zuwanderung bzw. Einwanderung aus dem Ausland in deutsche Großstädte verwendet (vgl. Kapitel 3.3.1, 3.3.2).

Islamisch/muslimisch vs. islamistisch:

Während die Eigenschaft „islamisch“ sich allein auf die weltanschauliche Orientierung an der Religion des Islam bezieht, weist die Bezeichnung „islamistisch“ auf einen politischen Dominanzanspruch hin, den einige Anhänger/innen des Islam aus einer dementsprechenden Interpretation ihrer Religion herleiten. Der Begriff „muslimisch“ wird häufig synonym für „islamisch“ verwendet (vgl. Kapitel 3.3.2, 3.3.3).

In Auswertung der umfangreichen Literatur zur Großstadtforschung und zu Problemen des interkulturellen Zusammenlebens, damit vor allem zu Fragen von Lebensstilkonflikten, werden in Kapitel 2 die für diesen Teil der Fragestellung relevanten theoretischen Grundlagen geschaffen.

In Kapitel 3 schließt sich eine Darstellung großstädtischer Lebenswelten an. Mentalitäten von Großstädter/inne/n und soziale Minderheiten sowie ethnische Minderheiten werden als Großstadtbewohner/innen charakterisiert. Dabei werden Unterschiede der Lebensstile hervorgehoben. Dem Entstehen von Gewalthandeln als Ausdruck städtischer Lebensstil-

konflikte wird ebenfalls in diesem Kapitel Raum gegeben. Damit schliesst der Theorieteil zu Lebensstilkonflikten in europäischen Großstädten im 20. Jahrhundert.

Der empirische Teil der Arbeit wird in Kapitel 4 mit der Darstellung des Untersuchungsdesigns eingeleitet. Als Untersuchungsgegenstand werden die Lebensstilkonflikte der Minderheiten im Schöneberger Norden identifiziert. Bedeutende Planungsinterventionen der für die Stadtentwicklung zuständigen Behörden seit 1945 werden in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungskonstellation im Schöneberger Norden dargestellt. Relevante Aspekte der historischen Entwicklung Berlins und des heutigen Ortsteils Schöneberg klären gemeinsam mit den dargestellten Aspekten der aktuellen städtebaulichen und Sanierungsbemühungen sowie einer Betrachtung der stadträumlich bedeutsamen Minderheiten (Homosexuelle und Migrant/inn/en) die Basis der Konfliktlage.

Im Zuge der Befragung von Expert/inn/en des Gebietes werden die Hintergründe der Lebensstilkonflikte beleuchtet. Die Sicht der Befragten wird durch ein Gruppeninterview mit arabischstämmigen Jugendlichen des Quartiers kontrastierend ergänzt. Die Auswertung der Interviews gibt Hinweise auf den Stand der Entwicklung im Gebiet im Hinblick auf einen soziokulturellen Wandel.

Inwieweit eine Zukunftsperspektive des Schöneberger Nordens als multi-kulturell-kreativer Standort Bestand haben kann, wird durch eine Interpretation der Ergebnisse diskutiert. Es soll erkennbar werden, wie die Lebensstilkonflikt-Problematik vor Ort einzugrenzen ist. Die Erkenntnisse des Literaturstudiums und der Beobachtungen vor Ort fließen ebenso wie die im Rahmen aller Interviews gewonnenen Erkenntnisse in die Ergebniszusammenstellung (vgl. Kapitel 5) ein.

Die Arbeit abschließend werden geeignete Maßnahmen skizziert, die eine Eingrenzung der nachgezeichneten kulturellen Desintegrationsentwicklung im konkreten Fall des Schöneberger Nordens ermöglichen. Dazu wird das jeweilige Wirkungsspektrum eingeschätzt und Möglichkeiten erweiterter Handlungsspielräume werden diskutiert (vgl. Kapitel 6).

2 Lebensstile und Lebensstilkonflikte in europäischen Großstädten im 20. Jahrhundert

Das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen in der Großstadt Berlin erzeugt Lebensstilkonflikte unter diesen, die durch halb zufällige, halb erzwungene Nachbarschaften im großstädtischen „Mosaik sozialer Welten“ (Häußermann 1995: 93f. mit Bezug auf R. E. Park 1967) sichtbar werden.

In diesem Kapitel geht es um eine kompakte Darstellung der Lebensstilforschung als relativ neuem Ansatz sozialer Differenzierung und Kategorisierung. Der erste Teil (2.1) setzt sich mit der Herkunft und den Basisannahmen der Lebensstilforschung auseinander, während der zweite Teil (2.2) die Anwendung der Lebensstilkonzepte auf die Integrationsproblematik der Großstadt fokussiert. Im dritten Abschnitt (2.3) werden die Lebensstile und ihre Wirkung auf die Stadtstrukturen unter Einbeziehung des Aspektes der Lebensstilkonflikte betrachtet.

2.1 Lebensstilforschung

Wissenschaftliche Forschungsrichtungen, die den Lebensstil als Unterscheidungsmerkmal verschiedener Personengruppen erstmalig nutzten, sind zum einen die Psychologie, deren Teilbereich der Verhaltensforschung sich mit der Erklärung komplexer, relativ stabiler und vom Selbstkonzept gesteuerter Verhaltensmuster von Individuen und Gruppen befasst und die Marketingforschung, die das Verhalten der Marktteilnehmer/innen als Konsument/inn/en untersucht (vgl. Banning 1987: 19).

Erste Lebensstiltypologien unternahmen in Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre Verlage wie z. B. Burda. Aus großen Umfragen zu Frauen- und Männertypologien und entsprechenden Lebensstilen leiten sie Verhaltenstrends ab. Es werden dabei „pflichtbewusste Realisten“, „Familienoberhäupter“, „Erfolgsorientierte“, „Orientierungslose“, „Egozentriker“ u. a. Typen unterschieden (vgl. Banning 1987: 43ff.). Diese Ansätze orientieren sich an gängigen gesellschaftlichen Rollen und unterscheiden Lebensstile primär in geschlechts-, klassen- und alterstypischer Hinsicht. Im Rahmen der Konsumforschung würden positiv bewertete, erwünschte, angestrebte und realisierte Lebensstile entworfen und mit persönlichkeitsbedingten Einflüssen, wie Motiven, Gefühlen, Werten, Wissen, Zielen, etc. vielfältig kombiniert (vgl. Banning 1987: 88ff.). Konsumhandlungen wird ein Symbolgehalt zugeschrieben und durch lebensstiltypische

Konsumhandlungen Gruppenzugehörigkeit demonstriert. Damit erfolgt die Zuordnung und Abgrenzung von anderen Gruppen. Gruppenzugehörigkeits-Demonstrationen sind auch Folge von Gruppendruck oder bestimmt von der Suche nach Anerkennung durch eine bestimmte Gruppe. Die Entscheidung für einen bestimmten Lebensstil sieht die Konsumforschung vor allem in Abhängigkeit von dem Wunsch nach der Befriedigung vorrangiger Bedürfnisse (vgl. Banning 1987: 116f.).

Hartmann (1999) weist auf eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen und Operationalisierungen zur Lebensstilforschung hin. Auf Max Weber geht der Begriff der „Lebensführung“ zurück, der als Synonym für ethisch begründete Restriktionen des Handelns verwendet wird (vgl. Hartmann 1999: 16f.). Ist einerseits das Individuum für die Gestaltung der eigenen Lebensführung selbst verantwortlich und kann das eigene Leben prinzipiell selbst gestalten, unterliegt es andererseits jedoch gruppenbezogenen Restriktionen (vgl. Hartmann 1999: 26). In der Lebensstilforschung geht es demnach darum, zwischen individuell selbst zu gestaltenden und fremdbestimmten Elementen der Lebensführung zu unterscheiden.

Den Beginn der soziologischen Forschungstradition datiert Hartmann auf die 1970er Jahre. Als beispielgebend sieht er den „AIO-Ansatz“ aus dem US-amerikanischen Bereich, in dem Aktivitäten (activities), Interessenschwerpunkte (interests) und Einstellungen (opinions) zur Bildung von Lebensführungstypen relevante Merkmale sind. Ein weiterer Ansatz der Lebensstilforschung aus dem US-amerikanischen Raum, der unter der Bezeichnung „VALS“ von Mitchell entwickelt wurde, geht von der Annahme aus, Werte strukturieren das Konsumverhalten. Die Wertepräferenzen orientieren sich an der von Maslow in den 1960er Jahren dargestellten Hierarchie menschlicher Bedürfnisstufen: Nahrung, Sicherheit, Zugehörigkeit, Anerkennung, Selbstverwirklichung. Bipolare Achsen (Vergnügen versus Strenge, materielle Orientierung versus Orientierung an moralischen Werten, emotionales Handeln versus rationales Handeln, etc.) zeigten den Versuch, Lebensstilcluster zu bilden, wofür Hartmann die so genannten „Euro-Styles“ als Beispiele angibt (vgl. Hartmann 1999: 56ff.). Bourdieu entwickelt Anfang der 1980er Jahre den Ansatz, unterschiedliche Arten von Ressourcen als Kapitaltypen zu bezeichnen (ökonomisch, sozial, kulturell). Er verbindet die Lebensstilmit der Mobilitätsforschung, indem er mobilitätshemmende und –fördernde Aspekte der Ausstattung mit den genannten Kapitaltypen darstellt. Die Ausstattung von Individuen mit bestimmten Kapitaltypen ist nach Bourdieu die Voraussetzung der Entwicklung bestimmter Lebensstile (vgl. Hartmann 1999: 90).

Als in der Bundesrepublik prominenteste Lebensstilforschungstradition stellt Hartmann (vgl. auch Drieseberg 1995: 191f.) das Konzept der Lebenswelten des SINUS-Institutes vor. Ursprünglich Ende der 1970er Jahre entwickelt, wurden die dem Ansatz zugrunde liegenden Milieus nach der Wende, Anfang der 1990er Jahre überarbeitet. Schulze schlägt in den 1990er Jahren vor, alltagsästhetische Schemata (Trivialschema, Spannungsschema und Hochkulturschema) neben Lebensstilen und Milieus zur kulturellen Differenzierung einzusetzen. Kognitive Schemata erzeugen nach diesem Ansatz kohärente Verhaltensweisen und generieren Lebensstile (vgl. Hartmann 1999: 113ff.). Im Vergleich der Ansätze kommt Hartmann zu dem Schluss, dass sich Alter, Schulbildung und Geschlecht als beste Prädiktoren von Lebensstilgruppenzugehörigkeiten erweisen. Erst dann folgen weitere soziodemographische Merkmale wie Status, Einkommen und subjektive Schichtzugehörigkeit (Hartmann 1999: 122).

2.2 Lebensstile als Integrationsmomente

In seiner Anwendung des Lebensstilkonzeptes in Bezug auf Freizeitstile Jugendlicher greift Hoffmann (2003) den Begriff der Integration in spezifische soziale Gruppen auf. Lebensstil wird als relativ stabiles Muster aus bewussten Entscheidungen aufgrund der Bewertung von Optionen auf der Basis verfügbarer Ressourcen angesehen. Von hoher Bedeutung ist die Identifizierbarkeit des Musters, um Integration in spezifische Gruppen und zugleich Distinktion von anderen Gruppen zu ermöglichen (vgl. Hoffmann 2003: 26). Hoffmann unterscheidet fünf verschiedene Formen von Integration: die ökonomische, die auf Tauschvorgängen und Vertragsbeziehungen basiert; die politische, die durch regulierende Maßnahmen des Staates erzeugt wird; die kulturelle, welche durch Verständigung auf der Basis gemeinsam geteilter Vernunft hervorgerufen wird; die systemische, die durch weitgehende Autonomie der Subsysteme eine weitgehende Toleranz und Verarbeitungsfähigkeit der Komplexität der Umwelt ermöglicht und schließlich die solidarische Integration, die auf die integrierende Kraft eines solidarischen Allgemeinwillens abhebt und in einen Gesellschaftsvertrag mündet (vgl. Hoffmann 2003: 41f.). Ein Blick auf die Desintegrationsthematik besagt, dass Gebiete hoher Verbrechensraten durch Armut der Bewohnerschaft, niedrigen Ausbildungsstand, schlechte Wohnverhältnisse, große Bevölkerungsdichte und kurze Wohndauer gekennzeichnet sind. Die Verbindlichkeit von Werten und Normen wird erst über soziale Einbindungen und Interaktionen bekräftigt. Verfolgt eine zu große Zahl von Gesellschaftsmitgliedern andere

Normen und Werte, verlieren diese ihre Orientierungsfunktion und werden als gemeinschaftsbildende Kraft unterhöhlt (vgl. Hoffmann 2003: 44). Der Werteausrichtung innerhalb der Bevölkerung kommt hinsichtlich der Integrations- oder Desintegrationsneigung eine hohe Bedeutung zu.

„Der Begriff der Integration beschreibt den Prozess und Zustand des Eingebundenseins in soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge. Integration und ihr Gegenpol, die Desintegration, entwickeln sich auf der Grundlage von strukturellen, normativen, materiellen, kulturellen, emotionalen und physischen Potentialen, welche subjektiv bewertet zum Gefühl der Integration oder Desintegration führen“ (Hoffmann 2003: 57). Während Integration sich positiv auf das Individuum auswirkt, führt Desintegration entsprechend ihrer negativen Konnotationen zu Belastungsäußerungen wie gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Unzufriedenheit oder Devianz. Da sich Integration auf verschiedene soziale Kontexte und Ebenen erstreckt, ist so etwas wie die „Gesamtintegration“ eines Individuums ein summarisches Konstrukt (Hoffmann 2003: 57).

Während Hoffmann das Lebensstilkonzept zur Feststellung des Integrationsgrades von Individuen in soziale Gruppenstrukturen in der Praxis anwendet, untersucht Otte (2004) das Konzept der Lebensstile in Bezug auf seine grundsätzliche Eignung als Konzept der Sozialstrukturanalyse. Er stellt fest, dass Lebensstilunterschiede sich durch ihr Konfliktpotential bei Aneignungsprozessen im öffentlichen Raum zeigen (vgl. Otte 2004: 28). Lebensstil kann den Zugang zu einem Wohngebiet beeinflussen und eine „kritische Masse“ von Anwohner/inne/n gleicher Lebensstile kann die Ansiedlung lebensstilkonformer Infrastruktureinrichtungen nach sich ziehen, z. B. Gaststätten und Geschäfte. Weiterhin kann die Dominanz bestimmter Lebensstilgruppen in einem Quartier zur Verdrängung anderer Gruppen führen – direkt durch lebensstilspezifische Interessenkonflikte und indirekt über eine veränderte Vermietungspraxis oder durch Modernisierungsmaßnahmen (ebenda: 28f.). Wie SINUS bei der Konstruktion sozialer Milieus lassen sich Lebensstilträgergruppen direkt auf der Ebene von Lebensstilvariablen zu Lebensstiltypen zusammenfassen (vgl. Otte 2004: 41), um mit dem Lebensstilansatz zu forschen. Es geht darum, Komplexität mit diesen Typologien sinnvoll zu reduzieren. Für die Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus stellt Otte eine Reihenfolge der Erklärungsbeiträge verschiedener Dimensionen auf. Dem Lebensalter kommt dabei die höchste Wirkung zu, auch dem Erwerbsstatus und dem Familienstand. Weiter sind die berufliche Stellung und das Bildungsniveau relevant (vgl. Otte 2004: 61).

Zusätzlich zur gesellschaftlichen Einbindung in ein Rechtssystem, eine Berufsstruktur, Familie, Nachbarschaft, etc., wirken kulturelle Milieus als anderer Typus sozialer Systeme mit bei der Positionierung der Einzelnen in der Gesellschaft. Zu den kulturellen Codes zählen Werte, Normen, Ideologien, Stile, Rituale, Symbole, typische Handlungspraktiken, usw. Es handelt sich um Orientierungsmuster, an die sich Akteure in ihrer Lebensführung anlehnen können (vgl. Otte 2004: 94).

Otte wendet sein Modell zur Erarbeitung empirischer Analysen mit der Lebensführungstypologie z. B. zur Erklärung von Mustern residentieller Segregation und Integration in städtische Szenen an. Ein Ergebnis ist, dass für die soziale Schichtung Bildung eine wichtigere Einflussgröße gegenüber dem Einkommen darstellt. Darüber hinaus entscheiden neben den Faktoren Lebenszyklus, Lebensform und soziale Herkunft, dem Erwerbsstatus, der Klassenlage und Berufstätigkeit die individuelle Verfügung über Ressourcen über die Lebensführungstypzugehörigkeit. Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne berufliche Perspektive fallen jedoch bisher aus den Typologien heraus (vgl. Otte 2004: 197ff.).

Weitere Ergebnisse von Otte beziehen sich auf die Netzwerkhomogenität nach Lebensführungs- und Strukturmerkmalen. Er fand heraus, dass zum einen Unterschiede in den Gruppengrößen, zum anderen Gelegenheitsstrukturen ausschlaggebend für die Herausbildung bestimmter Lebensführungsmuster sind. Dies bedeutet, dass die relative Größe von Personengruppen mit bestimmten Merkmalsausprägungen die Homophiliechancen schon wahrscheinlichkeitstheoretisch beeinflusst und dass sich eine selektive Inklusion von Personen mit bestimmten Merkmalen in bestimmten, bereits gebildeten sozialen Systemen ereigne. Weiterhin stellte Otte fest, dass individuelle Präferenzen dazu führen, dass sich homogene Netzwerke herauskristallisieren. Das bestätigende, belohnende Homophilieprinzip setzt sich gegenüber einem Komplementärprinzip durch. Ein sozialer Einfluss gilt darüber hinaus für zeitveränderliche Merkmale, indem beispielsweise Jugendliche in der Peergroup Einfluss aufeinander nehmen, was sich z. B. durch Marihuana-Konsum, Delikthäufigkeit, politische Orientierungen, etc. zeigt (vgl. Otte 2004: 237ff.). Damit hat sich die Netzwerkperspektive als fruchtbar für die Erklärung der Genese individueller Muster der Lebensführung erwiesen (vgl. Otte 2004: 254).

Die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft eines potenziellen Wohnstandortes kann nach verschiedenen Kriterien bewertet werden, etwa nach der ethnischen Zugehörigkeit, dem sozioökonomischen Status oder dem Lebensstil der Bewohnerschaft. Es geht um Maximierung der Ähnlichkeit des eigenen Lebensstils mit dem der Nachbarn zur Vermeidung von Handlungskonflikten und kognitiver Dissonanzen (vgl. Otte: 259 nach

Friedrichs 1995: 93). Bei der sozialen und symbolischen Aneignung von Raum ist von einer gezielten Koorientierung der Akteure auszugehen, was durch Subkulturtheorien (z. B. Fischer 1975) bestätigt wird, die auf informationelle und infrastrukturelle Anreize zur Kettenmigration hinweisen.

Fischer (1982) hat ähnliche Beobachtungen in Bezug auf Migranten wie für andere Minoritäten, z. B. Alternative oder Homosexuelle gemacht. Die Konzentration solcher Institutionen in einem Teilgebiet der Stadt setzt Fischer zufolge eine „kritische Masse“ von Haushalten ähnlicher Präferenzen voraus. Dies führt zur Lebensstilähnlichkeit innerhalb eines Raumes mit lebensstilspezifisch geprägter Infrastruktur (Szenekneipen) (vgl. Otte 2004: 259f.). Im Unterschied zum Gleichheitsprinzip der Lebensstile zeigt sich der alternative Lebensstil häufig in durch Vielfalt geprägten Wohnquartieren (sog. Multikulti-Quartiere). Zum Teil sind diese Gruppen jedoch zu Trägergruppen von Gentrifizierungsprozessen geworden im Bemühen, sich von bürgerlichen/ spießigen Wohngebieten abheben zu wollen. Otte weist darauf hin, dass es sich um eine lebensstilspezifische Standortwahl ohne Anwohnerorientierung handelt. Ebenso würden junge Familien Stadtrandgebiete bevorzugen, um das Verkehrrisiko zu minimieren und Senior/inn/en suchten nach arzt nahen Wohnstandorten. Ein solches haushaltsbezogenes Optimierungsverhalten zieht eine Segregation nach Lebensstilen oft nach sich. Neben der Auswahl eines Wohnstandortes nach gewünschten Merkmalen fördern z. B. bewusste, gewisse Lebensstile diskriminierende, andere bevorzugende Vermieterentscheidungen die Segregation in bestimmten Quartieren. Darüber hinaus kommt es zu Verdrängungseffekten durch Lebensstilkonflikte (vgl. Otte 2004: 261).

Die ökonomische Lage ist entscheidend, die Lebensform (Kinder oder keine) steht an zweiter Stelle, die ethnische Herkunft und die soziale Lage sind ebenfalls entscheidend bei der Wohnortwahl. Die Wertschätzung des eigenen Lebensstils sei vor allem im passenden sozialen Netzwerk gegeben (vgl. Otte 2004: 263ff.). „Die Wohnortentscheidung wäre dann eine lebensführungsspezifische Investition in die räumliche Nähe von Gleichgesinnten und in die raumbezogene Symbolisierung von Status und Ästhetik“ (Otte 2004: 265). Die Grenzen zwischen den benachbarten Lebensstilträgergruppen können in Innenstadtnähe fließend verlaufen. Überlagerungen von lebensstilgeprägten Sozialräumen können zu Konflikten führen, wenn die gegenseitige Toleranz nicht (mehr) gegeben ist.

Die statistische Erklärungskraft der Segregationsmerkmale beschreibt Otte in folgender Rangordnung 1. Bildung, 2. Lebensform, 3. Klassenlage, 4. Lebensführung, 5. Einkommen, 6. Nationalität (vgl. Otte 2004: 280). Es hat sich ein Bedeutungswandel sozialer

Integration von räumlich gebundenen „Wohnmilieus“ zu räumlich entgrenzten „Wahlmilieus“ oder „Szenen“ ereignet (Herlyn 1998: 154ff.). Dies sieht Herlyn als Folge der Zunahme räumlicher Mobilität im Alltag. Lebensstile werden heute stärker medial vermittelt, weniger durch nachbarschaftliche, soziale Kontrolle beeinflusst.

„Weit stärker als eine Homogenität in Nachbarschaften kann deshalb eine Homogenität städtischer Szenen erwartet werden“ (Otte 2004: 286). Soziale Integration erfolgt heute eher durch Szenen und Vereine: „Szene“ (Schulze 1992: 463) ist ein Netzwerk von Publika, das aus drei Arten der Ähnlichkeit entsteht und eine partielle Identität von Personen, von Orten und von Inhalten enthält. Szenen sind Rekrutierungskontexte für soziale Netzwerke; städtische Szenen Orte der Vergemeinschaftung, die einen bedeutenden Beitrag zu sozialer Integration leisten (vgl. Otte 2004: 300). Es lassen sich für jede Lebensführungsgruppe typische Inszenierungsorte im (teil-)öffentlichen Raum identifizieren. „In diesem Sinn wird die Lebensführung als das fortwährend modifizierbare, in seinen Grundzügen aber über längere Zeit stabile Produkt individueller Investitionen von - insbesondere – ökonomischem Kapital, kulturellem Kapital und Zeit aufgefasst.“ Die maßgebliche Bestimmung von Lebensführungsgruppen erfolgt durch die Einbindung in ein soziales Netzwerk (von Wertschätzung) (Otte 2004: 348).

2.3 Lebensstile in ihren Wirkungen auf die Strukturen der Stadt

Die Weiterentwicklung der Lebensstilforschung für die Stadtsoziologie findet Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre in Deutschland statt. Die These, dass vielfältige Umstrukturierungen in den Großstädten dazu führen, dass Lebensstile sich primär als Lebensstilkonflikte zeigen und sich in Kämpfen um Räume artikulieren, wird von verschiedenen Soziolog/inn/en vertreten (vgl. Dangschat/Blasius 1994: 9). Ausgehend von der Erkenntnis, dass sozialer Wandel sich am intensivsten in industrialisierten Großstädten manifestiert, wo die Lebensbedingungen aufgrund ökonomischer Umstrukturierung und überregionaler Wanderungen zunehmend polarisiert werden, stellen die Autoren fest, dass der Lebensstil eine zusätzliche und demonstrative Funktion der Unterscheidung von Bevölkerungsgruppen bekommt. Soziale Ungleichheit wird über den Lebensstil vor Ort konfliktreich erfahren und gegeneinander ins Feld geführt (ebenda: 10). Als Beispiel wird u. a. benannt, dass ein hoher Wohnungsfehlbestand in Großstädten ein Ausweichen vor unerwünschten Nachbarn durch Umzüge aufgrund der hohen finanziellen und sozialen

Kosten in vielen Fällen unmöglich macht. Hier wird deutlich, dass Lebensstilkonflikte vor allem ein Thema von sozialen Schichten mit eingeschränkter Mobilität ist.

Zur historischen Entwicklung des Lebensstilbegriffs wird auf Simmel (2005a [1903]) und dessen Hinweise auf die zunehmende Vereinzelung und Anonymität in Großstädten und das Bemühen um neue Gruppenzugehörigkeiten Bezug genommen und auf Beck (1986), der den Hinweis auf die Ambivalenz der Individualisierung als Möglichkeitserweiterung, aber auch als Zwang, das eigene Schicksal selbst zu bestimmen, gab. Lebensstilgruppen können Einzelnen wie Gruppen neue, individuell wähl- und wandelbare Zugehörigkeitsrahmen bieten. Lebensstilforschungen suchen demzufolge nach Mustern des Zusammenhangs zwischen sozialen Strukturen, sozialen Milieus, Einstellungen und Lebensstilen. Bei zunehmender sozialer Heterogenität wird die Stilisierung des Lebens gerade in Städten zunehmend als aktives Distinktionsmerkmal eingesetzt. Zudem kommt es vermehrt zu Konkurrenz um Raum und zu Ausgrenzung. Die Hegemonie über Kultur und Denken wird im städtischen Raum symbolisiert, verdichtet und konfliktreich als soziale Distinktion ausgetragen (vgl. Blasius/Dangschat 1994: 15ff.).

Michailow (1994) verstärkt diese Sicht, dass Lebensstildifferenzen primär auf soziale Unterschiede verweisen. Lebensstildifferenzen sind soziale Unterscheidungen, durch die soziale Gruppen oder soziale Formationen im sozialen Austausch hervorgebracht werden (vgl. Michailow 1994: 28). Michailow beschreibt die Lebensstilisierung als Ordnungssystem gesellschaftlicher Platzierung, die wie eine „Landkarte der Verortung im sozialen Raum“ zu lesen ist, ebenso als handlungspraktisches Wissen der sozialen Behandlung: zum einen in Bezug auf die Klassifizierten (Verachtung, Respekt, Bewunderung, Gleichgültigkeit, Hass, Solidarität, Ignoranz) und zum anderen in Bezug auf die interaktiv eingesetzten Handlungsstrategien und symbolischen Gesten (Distinktion, Ehrerbietung, Takt, Anbiederung, Höflichkeit, Dominierung, Maßregelung, Gewalt). Die eingesetzten Klassifikationsschemata haben sich im Alltag zu bewähren, müssen erkannt werden und anerkannt sein (vgl. Michailow 1994: 31). Lebensstil wird so als Waffe im Kampf um eine möglichst privilegierte gesellschaftliche Platzierung verstanden und die Differenzierung über Lebensstile tritt an die Stelle früherer Klassenorganisationen.

Während der Zunahme an soziokulturellen Differenzierungs- und kulturellen Segmentierungsprozessen in den 1970er und 80er Jahren haben subjektive Relevanzsetzungen strukturbildende Kraft gewonnen. Individuelle Lebensführung ist Mittel zur Selbstdarstellung, führt das Individuum aber auch in neue Verbindlichkeiten; das Individuum wird zum Lebensstilträger. Michailow weist darauf hin, dass das Stilempfinden sich

hauptsächlich durch Abgrenzung bestimmt. Das Gefühl sozialer Zugehörigkeit zielt auf eine Kollektividentität, jedoch ohne ein entsprechendes Kollektivbewusstsein (vgl. Michailow 1994: 37ff.). „Großstädtische Verhältnisse fungieren als Katalysatoren für das Zustandekommen und für die Innovation von Lebensstilen sowie als Arena der gegenseitigen Profilierung und symbolischen Überbietung.“ Die Umverteilung von Lebenschancen provoziert soziale Schließungsbemühungen. Es finden Verdrängungswettbewerb und symbolische Kämpfe statt (vgl. Michailow 1994: 44).

Bei materiell bedrohlich empfundenen Lebenssituationen führt die Angst vor sozialem Abstieg in der Regel zu rigideren Abgrenzungen nach unten und zu sozialen Schließungsbemühungen. Daraus ergeben sich charakteristische Strategien zur Erhaltung und Vergrößerung sozialer Abstände. Die eigene Aufwertung korrespondiert mit der moralischen Diskreditierung anderer Gruppen. Der interne Druck erhöht sich. Lebensstile treiben nicht nur soziale Differenzierungsprozesse voran, sondern wirken auch als Produktivkraft von sozialer Ungleichheit (vgl. Michailow 1994: 45f.). Michailow sieht nach diesen Ausführungen Lebensstile primär als Mittel zur sozialen Platzierung sozialer Gruppen und als Ausgrenzungsinstrument gegenüber konkurrierenden Gruppen an.

Klocke (1994) bezeichnet Lebensstil als Scharnier zwischen dem individuellen und dem gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismus. Über Lebensstile wird in der modernen Gesellschaft auf der symbolischen Ebene die soziale Ungleichheitsstruktur abgebildet und Lebensstile sind durch die konkrete Gesellschaft strukturiert (Raumbezug) und über Prozesse des sozialen Wandels zeitlich gebunden (vgl. Klocke 1994: 276). Im Austausch mit anderen Menschen, deren Lebensstilen sowie mit politischen Prozessen, gesellschaftlichen Normen und dem öffentlichen Diskurs vollzieht sich die persönliche Identitätssicherung, soziale Abgrenzung und gegenseitiges Erkennen.

Zur Handlungsrelevanz von Lebensstilen unterscheidet der Autor drei Bereiche des sozialen Lebens: Kultur/Freizeit (interaktiv), Wertorientierungen (evaluativ) und Ästhetik/Konsum (expressiv) sowie die Lebensgeschichte (kognitiv). Zudem ist die Abhängigkeit von der eigenen sozialen Lage gegeben, indem die Herkunft, die Sozialisation und die aktuelle Erfahrung der sozialen Welt als Hintergrundinformation und eigenständiger Faktor in die Modellbildung eingehen (vgl. Klocke 1994: 275f.). In den Analysen zur sozialstrukturellen Verankerung von Lebensstilen zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Lebensstilen und der sozialen Lage der Befragten, ohne dass die Lebensstile vollends durch die „soziale Position“ determiniert sind. Der Lebensstilansatz zeigt sich als überzeugendes Analysekonstrukt der sozial-räumlichen Verteilung und

Lebensstile sind eine bedeutsame Instanz der Bewertung und Handlung im Leben der Menschen (vgl. Klocke 1994: 285).

Geht Klocke von der Relevanz von Lebensstilen für die Definition eines Sozialraumes aus, weist Dangschat auf den Einfluss von Stadtanierung und Modernisierung auf die Bildung lebensstilhomogener Stadtteile hin: „(...) gerade die Städte, welche einem nachhaltigen Modernisierungsprozess unterworfen werden, zeichnen sich ganz offensichtlich durch stark zunehmende sozio-ökonomische Polarisierungen und sozio-kulturelle Heterogenisierungen aus, die sich (...) in vielfältigen Segregationsmustern niederschlagen“ (Dangschat 1994: 343). Dangschat stellt fest, dass „verantwortungsfreie“ Räume zunehmen, die sich durch abnehmende soziale Kontrolle und zunehmendes Desinteresse der Bewohnerschaft an ihrer Umgebung auszeichnen. Er belegt anhand von Ergebnissen einer Untersuchung über Berlin, dass in Großstädten ein differenziertes Nebeneinander von Lebensstilen in starker räumlicher Abgrenzung und mit zugrunde liegenden Konkurrenzen entstanden ist. Für Schöneberg, einem gemischten Viertel am Rande der zentralen Aufmerksamkeit ist einerseits eine hohe und sehr differenzierte Stilisierung von sozialen Milieus (als Lebensstilaggregate) mit zwar deutlich territorialer Abgrenzung, aber mit hoher Toleranz bei räumlicher Überlagerung festgestellt worden. Dieses „bunte Miteinander“, was auch innenstadtnahe „alternative“ Stadtteile anderer Großstädte prägt, ist in der Regel jedoch nur eine räumliche konfliktfreie Überlagerung ohne hohe soziale Permeabilität zwischen den Gruppen. Diese Gebiete sind durch eine einseitige Gestaltungsmacht von artikulationsstarken Gruppen gekennzeichnet (in der Regel: Studierende), die sich in der Ästhetisierung und häufig auch der Umgestaltung der Infrastruktur gegenüber den dort wohnenden älteren und nicht-deutschen Menschen durchsetzen (vgl. Dangschat 1994: 347).

Dangschat kommt zur Einschätzung, dass sich in den zentral gelegenen öffentlichen Räumen die Territorien unterschiedlicher sozialer Aggregate räumlich und zeitlich überlagern, entweder duldend, demonstrativ oder konflikthaft. Die Konflikte um Räume eskalieren vor allem dort, wo die Nachfrage das Angebot am meisten übertrifft: Der konkrete Ort ‚innenstadtnahes Wohnquartier‘ gehört zu den am stärksten nachgefragten städtischen Wohnungsmarktsegmenten. Längst reicht es nicht mehr aus, um diese Wohnungen mit Geld zu konkurrieren; alle Kapitalarten – auch der Lebensstil – werden eingesetzt, um dort die Hegemonie über das Viertel zu verteidigen oder zu erhalten (vgl. Dangschat 1994: 354). Wie die ‚Auftritte‘ im öffentlichen Raum des Viertels inszeniert werden, entscheidet darüber, wem der öffentliche Raum gehört. Daher ist Gestaltungs-

macht über den Raum wichtig, damit das Wohnviertel den eigenen Geschmack trifft und die eigene Identität stützt (Dangschat 1994: 439f.). Dangschat geht davon aus, dass insbesondere in Innenstädten soziale Gruppen um den Raum konkurrieren und bestrebt sind, sich gegenseitig auszuschließen: „Sozial-räumliche Kontexte und distinktive gesellschaftliche Praktiken werden dazu genutzt, diejenigen Personen aus dem eigenen Umfeld auszugrenzen und damit am sozialen Aufstieg zu hindern, die weder der eigenen sozialen Lage noch der eigenen Kultur entsprechen“ (vgl. Dangschat 1994: 444f.). Ein lokal dominierender Lebensstil wird somit zum Merkmal der Kontrolleure über einen bestimmten Raum. Welche Faktoren zu dem jeweiligen Lebensstil gehören, wer dazugehört, wer nicht, muss von Fall zu Fall festgestellt werden.

Insbesondere die Erkenntnisse von Dangschat (1994), dass Kämpfe um Räume durch Angehörige verschiedener Lebensstilmilieus ausgetragen werden, dass diese Kämpfe vor allem soziale Schichten mit eingeschränkter Mobilität betreffen und dass es dabei auch um kulturelle Hegemonie geht, geben für diese Arbeit wesentliche Hinweise. Im Gegensatz zu Dangschats 1994 getroffener Feststellung, Schöneberg sei durch eine hohe Toleranz gekennzeichnet, ist diese heute stark zurückgegangen. Die allgemein festgestellte Zunahme „verantwortungsfreier“ Räume zeigt sich inzwischen auch dort.

3 Großstädtische Lebenswelten

Dieses Kapitel wendet sich der räumlichen Bezugsgröße der betrachteten Lebensstile und –konflikte zu: der Großstadt. Bereits Georg Simmel setzte sich mit dem Geistesleben der Großstädte und mit den Mentalitäten von Großstädtern auseinander. Im ersten Teil (3.1) soll deutlich werden, welche Relevanz diese Erkenntnisse für die Großstadt- und die Lebensstilkonfliktforschung noch heute besitzen.

Im zweiten Teil (3.2) werden die typischen sozialen Minderheiten in europäischen Großstädten dargestellt. Durch das Aufzeigen wesentlicher Elemente des aktuellen sozialstrukturellen Veränderungsprozesses sollen die Auswirkungen auf die Lebensstile unterschiedlicher Gruppen der Gesellschaft – insbesondere der sozialen Minderheiten in Großstädten - skizziert werden.

Im dritten Teil dieses Kapitels (3.3) werden die in die Bundesrepublik Deutschland im 20. Jahrhundert zugewanderten Minderheiten betrachtet. Im Mittelpunkt stehen die Zuwanderer islamischen Glaubens. Zu den allgemeinen (sozialen, politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, etc.) Integrationshindernissen kann sich bei dieser Gruppe die religiös-kulturelle Differenz zum säkular geprägten neuen Umfeld zusätzlich hinderlich auswirken. Die spezifische Wertegebundenheit religiös-kulturell geprägter Lebensstile kann einem toleranten Zusammenleben mit Gruppen eines säkular geprägten Umfeldes entgegenstehen.

Der vierte Abschnitt (3.4) wendet sich dem Phänomen gewaltsam ausgetragener Lebensstilkonflikte zwischen Minderheiten zu, an denen vor allem Jugendliche beteiligt sind.

Das Fazit (3.5) schließt den theoretischen Teil der Arbeit ab und führt die untersuchten Theoriestränge mit Bezug auf von kulturellen Desintegrationstendenzen besonders betroffene Lebensstilgruppen innerhalb großstädtischer Bevölkerungskonstellationen zusammen.

3.1 Phänomene und Mentalitäten in der Großstadt

In seinem zentralen Vortrag „Die Großstädte und das Geistesleben“ weist Georg Simmel (2005a) auf die entscheidende Bedeutung der historischen neben der ökonomischen Entwicklung (Industrialisierung) hin:

„Das 18. Jahrhundert fand das Individuum in vergewaltigenden, sinnlos gewordenen Bindungen politischer und agrarischer, zünftiger und religiöser Art vor – Beengungen, die dem Menschen gleichsam eine unnatürliche Form und längst ungerechte Ungleichheiten

aufzwingen. (...) Neben diesem Ideal des Liberalismus wuchs im 19. Jahrhundert, durch Goethe und die Romantik einerseits, die wirtschaftliche Arbeitsteilung andererseits, das weitere auf: die von den historischen Bindungen befreiten Individuen wollten sich nun auch von einander unterscheiden.“ (Simmel 2005a: 12).

Simmel macht deutlich, dass die Bevölkerung Westeuropas seit der Zeit der Aufklärung Distanz zu alten Normen und Werten sucht. Diese Tendenz begünstigt die Flucht vom „konservativen“ Land in die „fortschrittliche“ Stadt ebenso, wie den ökonomischen Aufschwung der Industrie mit ihrem enormen Arbeitsplatzangebot. In der Stadt scheinen die ökonomischen Erwartungen der Landbevölkerung leicht erfüllbar zu sein. Zudem ist das Individuum in der Stadt in geringerem Maße sozialer Kontrolle unterworfen.

Berlin erlebt in der Gründerzeit einen solchen gewaltigen Zuzug der Landbevölkerung. Simmel (2005a) beschreibt wesentliche Mentalitätsunterschiede zwischen Land- und Stadtbewohner/inne/n. Die hoch differenzierte Arbeitsteilung im Zuge der Industrialisierung erkennt er als prägend für die Mentalität der Stadtbewölkerung. Stadtbewohner/innen lernen, sich ausschließlich für abgegrenzte eigene Bereiche verantwortlich zu fühlen. Nachbarschaft als Gemeinschaft spiele eine immer geringere Rolle. Kannten Bewohner/innen des ländlichen Raumes vor allem die (alters- und) geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, differenzierte sich diese in der Stadt weiter aus. Die Differenzierung richtet sich nicht allein auf bestimmte Tätigkeitsfelder und Funktionen, sondern hat auch eine zeitliche Dimension. Sie bestimmt den Tagesablauf der Arbeiter/innen und Angestellten neu und im Detail.

Bleiben die sozialen Kontakte von Großstädter/inne/n begrenzt und begegnen sich Angehörige verschiedener Kreise räumlich, zeitlich und funktional getrennt, kann Vertrautheit unter solchen Bedingungen nur in wenigen Ausschnitten städtischer Lebenswelten entstehen. Wohnungs- und Arbeitsplatzumfelder, Standorte der Versorgung in ökonomischer, verwaltungstechnischer, soziokultureller Hinsicht und die Verbindungswege definieren die räumlichen Bezüge der Menschen zueinander, ihre Möglichkeiten, sich zu begegnen. Zeitliche Bezüge werden durch die individuellen Bedingungen der jeweiligen Tagesabläufe gestaltet und funktionale Bezüge ergeben sich durch individuell verschiedene Lebensbedingungen und Entscheidungen. In Großstädten ist in besonderem Maße die Voraussetzung gegeben, dass viele Menschen auf engem Raum zusammenleben können, ohne sich in ihrer Verschiedenheit ständig wahrzunehmen und miteinander in Kontakt zu treten oder in Konflikte zu geraten. Unpersönliche Begegnungen in funktionalem Rahmen bleiben meist friedlich und unterschiedliche Personengruppen leben

nebeneinander, ohne sich an Unterschieden zu stoßen. Das jeweilige Interesse an einer Intensivierung des persönlichen Kontaktes bleibt jedoch im Wesentlichen auf die eigene Gruppe bezogen (vgl. Otte 2004: 237ff.).

Gerade aufgrund dieser friedlichen Koexistenz verschiedener Gruppen, die sich kaum begegnen, ist die Großstadt als Lebensraum für immer neue, zunächst Ortsfremde besonders geeignet. Menschen, die für eine ländlich-agrarische Lebensform ungewöhnliche und dort auf Unverständnis treffende Lebensweisen bevorzugen, wie z. B. homosexuelle Minderheiten, ziehen aus diesem Grunde bevorzugt in Großstädte. Hier will und kann „jeder nach seiner Façon glücklich werden“, wie Friedrich II. von Preußen (1712-1786) betont.

Simmel erkennt, dass in Großstädten die Funktionalität persönlicher Begegnungen die anderenorts überwiegende Emotionalität des zwischenmenschlichen Umgangs überlagert. Er bezeichnet Reserviertheit, Blasiertheit und Intellektualismus als typische Charaktereigenschaften von Großstädter/inne/n (vgl. Simmel 2005a: 2ff.; Häußermann/Siebel 2004: 36f.). Als einen Kern der großstadtypischen Mentalität sieht Simmel die „Steigerung des Nervenlebens“. Damit ist der Stress und Druck gemeint, der aus der Vielfalt der äußeren und inneren Eindrücke, ihrem Tempo und ständigem Wechsel entsteht. Der Zwang zur Anpassung oder Abschirmung führt zu den genannten Abwehrmechanismen. Mit der Konzentration auf distanzierte Sachlichkeit anstelle überbordender Emotionalität versucht der typische Großstadtmensch, sich vor überfordernder Reizvielfalt ebenso wie vor Kontakten mit unliebsamen Anderen zu schützen.

Simmel weist darauf hin, dass sich eine reine Sachlichkeit mit „rücksichtsloser Härte“ verbinden kann (Simmel 2005a: 3). Dadurch wird die formale Gerechtigkeit auf den Vorteil der Sachlichkeit reduziert. Emotionale Beziehungen drohen unter der Vorherrschaft der reinen Sachlichkeit und Intellektualität einer der Geldwirtschaft ähnlichen Logik unterworfen zu werden: „Denn das Geld fragt nur (...) nach dem Tauschwert, der alle Qualität und Eigenart auf die Frage nach dem bloßen Wie viel nivelliert. (...) Die moderne Großstadt aber nährt sich fast vollständig von der Produktion für den Markt, (...). Dadurch bekommt das Interesse beider Parteien eine unbarmherzige Sachlichkeit, ihr verstandesmäßig rechnender wirtschaftlicher Egoismus hat keine Ablenkung durch die Imponderabilien persönlicher Beziehungen zu fürchten“ (Simmel 2005a: 3).

Der ländlichen, großfamiliären Lebensform mit ihrer relativ hohen emotionalen Sicherheit steht in den Großstädten eine relativ hohe emotionale Unsicherheit gegenüber. Dafür

gewinnen Individualität und Besonderheit des Einzelnen im Vergleich mit der enormen Konkurrenz im großstädtischen Umfeld stark an Gewicht.

Blasiertheit, die heute eher als Arroganz bezeichnet wird, entsteht geradezu zwangsläufig aus dem Streben nach besonderer Bedeutung und Anerkennung der einzelnen Person. Simmel weist darauf hin, dass diese Geisteshaltung vor allem als eine Schutzreaktion auf den Überfluss an Nervenreizen zu deuten ist. Der Blasierte erscheint in dieser Darstellung relativ abgestumpft und ausgebrannt von einem Zuviel an großstädtischen Reizen. Um Kontakte auf einem als angenehm empfundenen Niveau von Nähe halten zu können, tritt der typische Großstadtmensch Seinesgleichen mit einer grundsätzlichen Reserviertheit entgegen. Auf Grenzverletzungen, die in der Großstadt nicht selten auftreten können, reagiert er mit gesteigerter Reserviertheit, mit möglichst großer Distanz. Simmel folgert: „... die Innenseite dieser äußeren Reserve [ist] nicht nur Gleichgültigkeit, sondern (...) eine leichte Aversion, eine gegenseitige Fremdheit und Abstoßung, die in dem Augenblick einer irgendwie veranlassten nahen Berührung sogleich in Hass und Kampf ausschlagen würde“ (Simmel 2005a: 6). Reserviertheit wird zum notwendigen Selbstschutz, um die eigene innere Ausgeglichenheit vor Angriffen anderer, die in Großstädten überall und immer erfolgen können, zu schützen. Der Großstadtmensch ist auf sich selbst zurückgeworfen und muss durch Balance der Reizvielfalt selbst für einen ausgeglichenen emotionalen Haushalt sorgen. Aufgrund des permanenten Überangebotes an Reizen und der Tendenz, sich davor übermäßig zu schützen, gerät der Großstadtmensch in die Gefahr der Isolation. Dieser Gefahr versucht er, durch Gruppenbildungen zu entgehen. In der selbst gewählten sozialen Gruppe findet der Großstadtmensch ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Maß erwünschter Reize (vgl. Klocke 1994: 276).

Die drei genannten Großstadt-Mentalitäten bedingen eine relative Freiheit der individuellen Gestaltung des Großstadtlebens. Im Vergleich mit der Bevölkerung sozial engmaschig kontrollierter ländlicher Räume genießen Großstadtbewohner/innen eine größere persönliche Freiheit. Für den Schutz ihrer Privatsphäre vor Grenzverletzungen sorgen sie selbst durch Abgrenzungen untereinander. Simmel weist darauf hin, dass die Notwendigkeit der Abgrenzung mit der Gruppengröße variiert: „In dem Maß, in dem die Gruppe wächst, numerisch, räumlich, an Bedeutung und Lebensinhalten – in eben dem lockert sich ihre unmittelbare innere Einheit, die Schärfe der ursprünglichen Abgrenzung gegen andere wird durch Wechselbeziehungen und Konnexen gemildert; und zugleich gewinnt das Individuum Bewegungsfreiheit, weit über die erste, eifersüchtige Eingrenzung hinaus, und eine Eigenart und Besonderheit, zu der die Arbeitsteilung in der größer gewordenen

Gruppe Gelegenheit und Nötigung gibt“ (Simmel 2005a: 7). Diese Erkenntnis zeigt die hohe Wandlungsfähigkeit, die großstädtische Gruppen gerade dann auszeichnet, wenn die Gruppe dynamisch wachsen kann.

Ist dies nicht der Fall, sucht die kleine Gruppe verstärkt nach Schutz vor inneren und äußeren Angriffen auf ihre Integrität und ihren Zusammenhalt: „Je kleiner ein Kreis ist, der unser Milieu bildet, je beschränkter die grenzlösenden Beziehungen zu anderen, desto ängstlicher wacht er über die Leistungen, die Lebensführung, die Gesinnungen des Individuums, desto eher würde eine quantitative und qualitative Sonderart den Rahmen des Ganzen sprengen“ (Simmel 2005a: 8). Kleine Enklaven sich von der Umgebung unterscheidender Gruppen sind nach dieser Deutung eher geneigt, sich von der Umwelt abzuschotten. Sie halten eher an einer Gruppenidentität und an der Betonung von Trennendem gegenüber der Mehrheitsbevölkerung fest.

Diese Hinweise sind für die Untersuchung unterschiedlicher und verschieden großer Milieus in den heutigen Städten wesentlich. Aufgrund des engen Zusammenhanges zwischen Angstreaktionen und Aggression ist zu erwarten, dass die Heftigkeit von Lebensstilkonflikten zunimmt, wenn eine relative Isolation einer oder eines Einzelnen oder einer Gruppe innerhalb einer großstädtischen Gesellschaft besteht. Die Angst, die eigene Identität und die der eigenen Gruppe seien bedroht, kann dementsprechend zu einer feindseligen und aggressiven Grundhaltung gegenüber allen führen, die nicht zur eigenen Gruppe gehören.

Die Überlebensfrage von Einzelpersonen in der Großstadt sieht Simmel an die Fähigkeit geknüpft, sich als „besondere Persönlichkeit“ zu behaupten: „Das Entscheidende ist, dass das Stadtleben den Kampf für den Nahrungserwerb mit der Natur in einen Kampf um den Menschen verwandelt hat, dass der umkämpfte Gewinn hier nicht von der Natur, sondern vom Menschen gewährt wird. (...) Die Notwendigkeit, die Leistung zu spezialisieren (...) drängt auf Differenzierung, Verfeinerung, (...)“ (Simmel 2005a: 10). Simmel weist darauf hin, dass neben dem Druck, sich zu spezialisieren, auch die Notwendigkeit gegeben ist, dass die und der Einzelne die eigene Persönlichkeit, die Individualität in der Großstadt stärker betont. Simmel befürchtet, dies könne dazu führen, dass das „Anderssein“, das er als „Kaprice und Pretiosentum“ bezeichnet, zum Selbstzweck werde, um „auf dem Umweg über das Bewusstsein der anderen irgendeine Selbstschätzung und das Bewusstsein, einen Platz auszufüllen, für sich zu retten“ (ebenda.). In diesem Gedanken kommt die Gefahr zum Ausdruck, dass Großstädter/innen sich in eine künstliche Welt begeben, in

der sie sich sowohl von ihrem ursprünglichen Kern als auch von ihrer Umgebung entfremden.

Sowohl in der Unabhängigkeit des Individuums als auch im Druck zur Ausbildung von individueller Bedeutsamkeit und Besonderheit hat Simmel typische Folgen großstädtischer Lebensweisen erkannt. In Großstädten scheint der Mensch so wie er ist, nicht bestehen zu können. Er könnte übersehen werden und seine Hoffnungen auf ein besseres Leben in der Stadt könnten sich zerschlagen. Zudem droht die Isolation und Einsamkeit in der Menge. Diesem „sozialen Tod“ versuchen Großstädter/innen durch die von Simmel beschriebene Extravaganz zu entkommen. Einerseits unter Reizüberflutung zu leiden, andererseits selbst durch Übertreibungen aller Art daran mitzuwirken, ist nach Simmel ein typisches Dilemma der Großstädter/innen.

Nicht allein Arbeitsmigrant/inn/en, die aus wirtschaftlichen Gründen vom Lande in die Städte zogen, auch andere soziale Gruppen, die sich aufgrund ihrer abweichenden Lebensstile bewusst dem beengenden Leben in ländlichen Gebieten entzogen, standen in Großstädten vor einer schwierigen Anpassungsaufgabe. Der Preis für die Freiheit, individuelle Lebensstile zu pflegen, bestand in dem Zwang, auf sich aufmerksam machen zu müssen, um sozial zu überleben. Dies trifft auch oder gerade auf homosexuelle Minderheiten zu.

Die durch Georg Simmel beschriebenen Tendenzen des Großstadtlebens sind über 100 Jahre später noch aktuell und gerade in Berlin zu beobachten. Die französische Revolution und weitere im Zuge der Aufklärung begonnene Prozesse der Selbstbefreiung vieler europäischer Völker von feudaler Herrschaft und Unterdrückung bezeichnen einen wesentlichen Unterschied zur Entwicklung in den Ländern, aus denen ein Großteil der Berliner Migrant/inn/en stammt. So kamen z. B. zahlreiche türkische, kurdische und arabische Familien aus traditionell organisierten Agrargesellschaften in eine vergleichsweise hoch technologisierte und arbeitsteilig organisierte, „unpersönliche“ Berliner Gesellschaft. Es liegt nahe, dass die dargestellten Großstadt-Phänomene auf die agrarisch geprägten ersten Migrant/inn/en ebenso befremdlich und bedrohlich wirkten und das Gefühl von Fremdheit in einem Land mit anderer Kultur und Sprache noch verstärkt haben. Die Befremdung über das Großstadtleben haben diese Migrant/inn/en mit den deutschen Landflüchtlingen in Berlin um 1900 gemeinsam. Heute zu beobachtende Tendenzen der sozialen Isolation von Migrant/inn/en (vgl. Geißler 2002: 305) erscheinen vor diesem Hintergrund als Strategie, um die eigene Identität und die Solidarität in der eigenen sozialen Gruppe zu schützen. Fehlende oder zu wenige Integrationsangebote der Mehr-

heitsbevölkerung diesen Migrant/inn/en gegenüber leisten einen wesentlichen Beitrag zur Verfestigung des Gefühls des Fremdseins in deutschen Großstädten.

Dass Fremdsein nicht notwendig mit dem Gefühl der Ausgrenzung verbunden sein muss, ist eine weitere für die vorliegende Untersuchung relevante Erkenntnis Simmels. Georg Simmel betrachtet „den Fremden“ und seine Bezüge zur neuen Umgebung und kommt zu dem Schluss, dass gleichzeitig ein Integriert-Sein und Ausgeschlossen-Sein besteht. „Die Einheit von Nähe und Entferntheit, die jegliches Verhältnis zwischen Menschen enthält, ist hier zu einer, am kürzesten so zu formulierenden Konstellation gelangt: die Distanz innerhalb des Verhältnisses bedeutet, dass der Nahe fern ist, das Fremdsein aber, dass der Ferne nah ist“ (Simmel 2005b: 1f.).

Hier wird die Prozesshaftigkeit von Nähe und Distanz deutlich, in der sich prinzipiell jede/r gegenüber jeder und jedem befindet. Bei Begegnungen zwischen Menschen geht es sowohl um den Ort, wo bzw. in wessen Hoheitsgebiet eine Begegnung stattfindet als auch um die Frage, wer sich auf wen zu oder von wem weg bewegt. Relevant ist außerdem, ob eine dauerhafte oder temporäre Beziehung angestrebt wird. Die Antworten auf diese Fragen beeinflussen entscheidend das (Macht-)Verhältnis von Menschen zueinander: wer, wo und bei wem als fremd oder nicht fremd gilt.

Simmel zeigt auf, dass der Fremde aufgrund seiner Ungebundenheit an den Ort, an Traditionen und an bestimmte Menschen besonders zur Objektivität neige. „Weil er nicht von der Wurzel her für die singulären Bestandteile oder die einseitigen Tendenzen der Gruppe festgelegt ist, steht er allen diesen mit der besonderen Attitüde des ‚Objektiven‘ gegenüber, die nicht etwa einen bloßen Abstand und Unbeteiligtheit bedeutet, sondern ein besonderes Gebilde aus Ferne und Nähe, Gleichgültigkeit und Engagiertheit ist“ (Simmel 2005b: 3). Als Teilaspekt der Objektivität und Freiheit des Fremden gegenüber den Bindungen und Gebundenheiten des Nicht-Fremden erkennt Simmel eine geringere Identifikation mit den vorgefundenen Werten: „Der objektive Mensch ist durch keinerlei Festgelegtheiten gebunden, die ihm seine Aufnahme, sein Verständnis, seine Abwägung des Gegebenen präjudizieren könnten (...)“ (Simmel 2005b: 3).

Die Attribute der Objektivität und der Nicht-Gebundenheit an vorgefundene Werte und Bedeutungen weisen auf Alternativen zu der verbreiteten Annahme hin, Fremde hätten Einheimischen außer einer möglichst reibungslosen Anpassung und Integration in die vorgefundenen Verhältnisse nichts zu bieten. Einheimische stehen den Fremden jedoch häufig misstrauisch gegenüber. Auch Simmel weist darauf hin: „Von jeher wird bei Aufständen aller Art von der angegriffenen Partei behauptet, es hätte eine Aufreizung von

außen her, durch fremde Sendlinge und Hetzer stattgefunden“ (Simmel 2005b: 4). Der Fremde erhält demnach häufig die Bedeutung und Funktion eines Sündenbocks, der für alle Widrigkeiten verantwortlich ist. Die Zuweisung einer Bedrohung von außen durch Fremde dient der einheimischen Gruppe dabei zur inneren Stabilisierung. So kann zudem von inneren Konflikten abgelenkt werden. Soziale Gruppen benötigen Fremde in dieser Funktion besonders dann, wenn ihr innerer Zusammenhalt gefährdet erscheint.

Es kamen in den vergangenen 100 Jahren nicht allein Landesfremde nach Berlin, sondern aus anderen deutschen Regionen zugewanderte Personen und Gruppen, die hier eine neue Heimat fanden, bildeten Subkulturen innerhalb der Großstadt. Ein Aufsatz von Dietmar Jazbinsek, der um 2002 erschien (Jazbinsek o. J.), weist auf diesbezügliche Forschungen des Simmel-Schülers Julius Bab hin. Dieser untersuchte 1904 die „Berliner Bohème“ und war mit dem Anarchisten Erich Mühsam persönlich befreundet. Bab legte dar, dass nur in einer Millionenstadt die Zahl der „Dissidenten“ eine Größenordnung erreicht, die für die Etablierung von speziellen Treffpunkten, Publikationen, Gruppenritualen und Kleidungsstilen Voraussetzung ist. Bab bewertet die neue, dem Individualismus als Lebensstil verbundene Stadtkultur positiv, da er den Außenseiter-Gemeinschaften eine wichtige soziale Funktion zubilligt. „In ihrem Angriff auf die „gesellschaftlichen Gewohnheits- und Bequemlichkeitslügen“ sieht er keinen Anlass zur Zensur, sondern eine kreative Zerstörung, einen Motor der Modernisierung“ (Jazbinsek o. J.: 15f.).

Damit entfernt sich Bab von moralisierenden Soziologen des 19. Jahrhunderts wie z. B. Charles Booth (1840-1916), einem Sozialwissenschaftler und Verfechter sozialer Kontrolle der Bewohner/innen Londoner Elendsviertel (Lindner 2004: 71ff.). Babs Forschungen fanden Jahre vor den innovativen Stadtstudien von Robert E. Park (1864-1944), einem der Begründer der Chicago School of Sociology statt. Die Chicagoer Schule hatte zwischen 1918 und 1933 ihre Blütezeit. Auch Park ging es um ein „interesseloses Interesse“, wenn er im Stil eines Journalisten das „wirkliche Leben“ in „anderen Kulturen“ innerhalb der Großstadt Chicago beschreibt (Lindner 1990: 10f., 13). Diese Beiträge der Stadtethnographen Bab, Park und anderer zur Großstadtforschung beziehen sich auf randständige Subkulturen in Großstädten. Die Untersuchungsobjekte dieser Studien sind von der integrierten Normalität abweichende Stadtbewohner/innen und ihre Lebensstile.

Hartmut Häußermann (1995) hat als gemeinsame Erkenntnisse der Konzepte von Simmel und Park eine latente Feindseligkeit heterogener Individuen wie auch unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen hervorgehoben. Diese Feindseligkeit kommt einerseits im Zu-

ge der Individualisierungsprozesse zum Ausdruck, andererseits im Zuge von Integrationsprozessen durch Gemeinschaftsbildung. Angesichts dieser Feindseligkeit geraten Gleichgültigkeit und Absonderung zu großstädtischen Tugenden. Galten die Voraussetzungen der Gleichgültigkeit und Absonderung lange Zeit als Grundlagen einer Integration oder zumindest eines friedlichen und toleranten Nebeneinanders der Großstadtbewohner/innen und ihrer verschiedenen Subkulturen, scheint diese Balance in Gefahr, umzukippen (vgl. Häußermann 1995: 89ff.).

Diese Tendenz tritt in Berlin derzeit deutlich zutage. Berichte über Lebensstilkonflikte zwischen Migrant/inn/en und Deutschen wiederholen sich etwa seit dem Ende der 1990er Jahre. Wie bereits die Landflüchtlinge, die vor rund 150 Jahren aus purer Not in die Städte kamen und sich erst nach langen Kämpfen soziale Sicherungssysteme aufbauen konnten, so sehen sich heute große Teile der aus Kriegs- und Armutsregionen geflüchteten Zuwanderer/innen einem Überlebenskampf ausgesetzt. Die Migration nach Deutschland bot sich Vielen als Alternative. Selbst wenn die materielle Versorgung der legalen Flüchtlinge hier gesichert erscheint, erleben sich die Migrant/inn/en vielfach als Randständige innerhalb eines vergleichsweise wohlhabenden Umfeldes. Als Gegenreaktion schließen sich Teile der Berliner Migrant/inn/en mehr und mehr von der deutschen Bevölkerung ab und etablieren eigene Normen, Werte und Traditionen, die sich von denen der Aufnahmegesellschaft deutlich unterscheiden. Eine durch städtische Entwicklung und ethnisch-soziale Segregation allmählich verfestigte räumliche Trennung von speziellen Wohngebieten unterschiedlicher Bevölkerungsschichten begünstigt diese Tendenz (vgl. Kap. 4.2.2.2).

Häußermann (1995) ist zuzustimmen, wenn er die Urbanität als Lebensweise insgesamt bedroht sieht, da inzwischen das materielle Fundament für eine Integration durch Separation fehlt. Auf der Seite der Aufnahmegesellschaft kommt der reale Zynismus hinzu, wenn „postmoderne Huldiger der kulturellen Differenz“ gleichgültig zusehen, wie sich Ausgegrenzte gegenseitig umbringen, wenn sie nur unter sich bleiben (vgl. Häußermann 1995: 97).

Nach Auswertung der theoretischen Beiträge dieses Kapitels sind großstädtische Lebenswelten durch eine Vielfalt an Lebensstilen geprägt und durch Toleranz - basierend auf einer selektiven Ignoranz - konfliktarm gehalten. Dennoch zeigt sich diese Stabilität - insbesondere in Anbetracht von Lebensstilkonflikten unter Minderheitsangehörigen - zunehmend in Gefahr.

Die Majorität der Großstadtbevölkerung untergliedert sich vielgestaltig nach Schichten und Milieus, sie ist nicht als homogene Gruppe zu bezeichnen. Als Minderheiten in Großstädten werden zumeist ethnische Minderheiten betrachtet. Neben dieser Gruppe, die ebenfalls eher heterogen zusammengesetzt ist, ist die Gruppe sozialer Minderheiten zu nennen.

Soziale Minderheiten unterscheiden sich von der Mehrheit oder von dem Durchschnitt der Bevölkerung z. B. hinsichtlich ihrer Einkommenssituation (z. B. Arme, Obdachlose), ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung (z. B. Alte, Behinderte), ihrer sexuellen Identität (Homosexuelle) oder aufgrund anderer Merkmale oder Merkmalskombinationen. Wenn soziale Minderheiten betrachtet werden, handelt es sich meist um benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die (durch die Mehrheit) als sozial abweichend stigmatisiert werden.

3.2 Soziale Minderheiten in der europäischen Großstadt

In der europäischen Großstadt leben heute unterschiedliche soziale Minderheiten unter kaum vergleichbaren Lebensbedingungen. Zunächst soll die Betrachtung der Stigmatisierung von Minderheiten als „abweichend“ helfen, die Gruppe näher zu charakterisieren. Ein Blick auf die Sozialstruktur Deutschlands führt weiter in die Thematik sozialer Minderheiten ein. Wie Minderheiten Diskriminierung erleben und auf welche Weise sie darauf reagieren können, hat direkte Auswirkungen auf die jeweiligen Lebensbedingungen und auch Lebensstile der Minderheiten (vgl. 3.2.1). Die Lebensstile sozialer Minderheiten, die sich nicht fundamental von den Lebensstilen der „angestammten Großstädter/innen“ unterscheiden, sind Thema des Kapitels 3.2.2.

Nach Vorstellung der wesentlichen Strukturmerkmale des westlich-modernen Lebensstils wendet sich der Fokus der sozialen Minderheit feministisch orientierter Frauengruppen zu. Als große soziale Bewegung trat diese seit den 1970er Jahren in Erscheinung und konnte vielfältige soziale Veränderungen mit der Emanzipation von Frauen bewirken. Im Zuge dieser sozialen Bewegung haben Lesben und Schwule ihre gesellschaftliche Akzeptanz und Gleichstellung befördert. Projekte dieser sozialen Bewegungen haben seit den 1970er Jahren vielfältige Netzwerke in den Innenstädten der Großstädte gebildet, an Orten, an denen bevorzugt auch andere (ethnische) Minderheiten leben.

3.2.1 Als sozial abweichend stigmatisierte Minderheiten

Bereits in den 1970er Jahren klassifiziert Goffman (1975) sozial Abweichende insgesamt als „Stigmatisierte“, da sie alle an einer Art kollektiver Ablehnung der sozialen Ordnung beteiligt seien und bei ihnen die Motivationsschemata der normalen Gesellschaft versagten (vgl. Goffman 1997: 176). Goffman unterscheidet Typen von Stigma, die körperliche Auffälligkeiten, Charakterfehler, wie z. B. Willensschwäche, Geistesverwirrungen, aber auch soziale Auffälligkeiten wie Gefängnishaft, Arbeitslosigkeit, Homosexualität und phylogenetische Stigmata wie Nationalität, Rasse, Religion umfassen (vgl. Goffman 1975: 12ff.). Er weist darauf hin, dass Stigma-Management ein allgemeiner Bestandteil von Gesellschaft ist, ein Prozess, der auftritt, wo immer es Identitätsnormen gibt (Goffman 1975: 161). Er zeigt verschiedene Arten von Stigmatisierten, mit der Gemeinschaft der Normalen umzugehen. Das Gefühl der Entfremdung ist grundlegend und die Reaktion, sich entweder zu verstecken oder Akzeptierungsansprüche zu stellen bis hin zur Tendenz der Selbstwertüberhöhung im Glauben, besser zu leben als die anderen (ebenda: 178). Vor dem Stigma-Management steht jedoch der gemeinsame Glaube an bestimmte Normen, die der Stigmatisierte und der Normale teilen (ebenda: 161). Stigmatisierung funktioniert nach Goffmans Analyse daher vorrangig als Mittel sozialer Kontrolle (z. B. gegenüber moralisch Abweichenden) oder als Mittel zur Ausschaltung unerwünschter Konkurrenten (z. B. gegenüber ethnischen Minoritäten) (Goffman 1975: 171). Es stellt sich hier die Frage, auf welche sozialen Gruppen die von Goffman geprägte Bezeichnung „Stigmatisierte“ in der heutigen deutschen Gesellschaft zutrifft und wie die Betroffenen mit ihrem Status als Minderheiten umgehen.

Die Sozialstruktur Deutschlands beschreibt Rainer Geißler (2002) als „85%-Gesellschaft“ (Geißler 2002: 269). Damit ist gemeint, dass eine Minderheit von etwa 15% der deutschen Gesellschaft zu den Randständigen gehört. Geißler charakterisiert diese Gruppe primär als von materieller Armut betroffen. Die Armutsgrenze definiert er nach dem Nettoäquivalenzeinkommen, das unter einem Wert von 60% des durchschnittlichen landesüblichen Haushaltseinkommens liegt (ebenda: 250). Zu den Randständigen zählt Geißler Bevölkerungsgruppen, die aufgrund gravierender Benachteiligungen teilweise vom „normalen“ Leben ausgeschlossen sind, Quasi-Gruppen von Ausländern, Spätaussiedlern, Vorbestraften, Homosexuellen, Sozialhilfeempfängern, Obdachlosen, Behinderten, alten Menschen, Drogenabhängigen, Arbeitslosen, deren Sozillage durch eine extreme sozio-ökonomische Unterversorgung gekennzeichnet ist (vgl. Geißler 2002: 245). Insbesondere bei den Gruppen, die bereits von spezifischen Benachteiligungen

betroffen sind, führten ökonomische Defizite zu sozialer Isolation und sozialer Diskriminierung. Die Lebenschancen und die Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sind erheblich beeinträchtigt. Sie sind marginalisierte Problemgruppen der Sozialpolitik und nur mangelhaft in die Kerngesellschaft integriert. Arme und Obdachlose sowie Ausländer sind besonders betroffen. Armut ist dabei nicht nur ein ökonomisch-materielles Problem, sondern auch ein soziales, kulturelles und psychisches Phänomen (vgl. Geißler 2002: 245f.). Moderne Armut ist häufig fluktuierend, Armut auf Zeit, insbesondere wenn Angehörige der mittleren oder sogar höheren Schichten betroffen sind. Bei längerer Dauer der Not treten bei einem Teil der Betroffenen jedoch erhebliche psychosomatische Belastungen auf. Hauptproblemgruppen sind resignierte, alternativlose Langzeitarbeitslose, deren soziale Isolation zu Orientierungsunsicherheit führt, zu niedrigem Selbstvertrauen, Apathie, Resignation, psychischen Erkrankungen, aber zudem auch zu Aggressivität, Verhaltensauffälligkeit und Kriminalität (vgl. Geißler 2002: 263ff.). Dass es in Deutschland nicht – wie in den USA – zur Herausbildung von großräumig sozial abgekapselten Armutsghettos gekommen ist, führt Geißler (2002: 267) auf die hohe Fluktuation innerhalb der unteren Sozialschichten zurück.

Auf welche Weise sich Mehrheiten und Minderheiten, aus denen Randgruppen entstehen, bilden, ist Gegenstand der auf Deutschland bezogenen Studie zum Verständnis sozialer Gegensätze von Manfred Markefka (1990).

Markefka definiert zunächst soziale Kategorien, die Menschen nach Besitz, Abstammung, Berufstätigkeit, Bildung, Religion und biologischen Kriterien (Alter, Geschlecht) – häufig in Merkmalskombinationen unterscheiden. Von diesen Kategorien sind soziale Gruppen als Personenskollektive abzugrenzen, deren Mitglieder miteinander Kontakt haben und die in spezifischen Wechselbeziehungen miteinander stehen. Sie treten äußerlich als Einheiten in Erscheinung (vgl. Markefka 1990: 1f.). Gesellschaften setzen sich aus diesen sozialen Gruppen zusammen. Markefka beschreibt eine Gesellschaft als organisiertes Netzwerk zusammenhängender Gruppen in einem geographischen Raum, als soziales Gebilde mit eigener Kultur und als wandlungsfähig. Soziale Gegensätze und damit sozialer Wandel sind durch das Strukturprinzip des Pluralismus in der demokratischen Herrschaftsordnung der deutschen Gesellschaft zugrunde gelegt. Fremdheit ist vor diesem Hintergrund eher Ausdruck sozialer als räumlicher Distanz (vgl. Markefka 1990: 3ff.).

Markefka nimmt die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppe als theoretischen Bezugsrahmen zur Erklärung von Existenz und Wirkung sozialer Vorurteile an. Um Gruppen zu bilden und zu deren Unterscheidung Gegensätze aufzubauen, dürften sich

stets andere Merkmale beleben lassen. Das Verhalten antagonistischer Gruppen kann von bewusster Nichtachtung über Duldung bis zur Vernichtung (Xenophobie) reichen. „Beachtenswert ist, dass der Grad der Differenzierung von anderen (...) von der Integration der eigenen Gruppe abhängt: der Konflikt mit Fremdgruppen verstärkt den inneren Zusammenhalt der Eigengruppe. Der Konflikt wird geradezu gesucht, um die Verbundenheit innerhalb der Eigengruppe zu verstärken“ (Markefka 1990: 8). An dieser Stelle weist Markefka auf den Nutzen bewusst (oder weniger bewusst) gesuchter und geschürter Konflikte zwischen sozialen (Lebensstil-)gruppen hin. Konflikte unter Minderheiten sind demnach besonders dann wahrscheinlich, wenn der innere Zusammenhalt der Eigengruppe gefährdet ist.

Minderheiten definiert Markefka im Unterschied zu Geißler (2002) nicht vorrangig über materielle Armut, sondern über den Ausschluss von Macht aufgrund der Zuschreibung wertmindernder Eigenschaften als Elemente der Unterscheidung von Gesellschaftsmitgliedern. Die soziale Anerkennung und ihre Bedeutung als Differenzierungs- und Diskriminierungskriterium im sozialen System sind abhängig von gültigen Ideologien bzw. politischen Konstellationen. Religion, Rasse, nationale Herkunft, kulturelle Eigenarten können solche Unterscheidungsmerkmale sein (vgl. Markefka 1990: 16). Über Wertungen und wertende Beziehungen versuchen Angehörige der Majorität Fremdgruppen ab- und auszugrenzen, sie als Minderheiten sozial unterzuordnen (vgl. Markefka 1990: 18). Die Begriffe Minderheit und Randgruppe sind dabei prinzipiell austauschbar. Es gibt ethnische (nationale, religiöse, sprachliche) Minderheiten und soziale Minderheiten (Alte, Alkoholiker, Behinderte, Nichtsesshafte, Drogensüchtige). In ihrer Beziehungsform zur Majorität unterscheiden sie sich danach, ob sie Anpassung, Widerstand oder Separatismus anstreben (vgl. Markefka 1990: 29f.).

Voraussetzung der Definition der Abweichung ist ein gesellschaftlicher Konsens über deren Bedeutung. So kann eine Personengruppe, die üblicherweise zur Majorität gehört, dennoch aufgrund physischer, geistiger, psychischer, sexueller, ökonomischer oder rechtlicher Unterschiede als abweichend gelten: z. B. Behinderte oder Homosexuelle, Deklassierte (wie Obdachlose) oder Kriminelle. Sie gelten als betreuungsbedürftige Problemfälle und geraten in eine minoritätsähnliche Situation; ein Ausschluss von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Partizipation droht. Sie sind für die Gesamtgesellschaft Fremde, eine negative Bezugsgruppe (vgl. Markefka 1990: 31f.).

Die Bildung von Vorurteilen, die Vorstellung eines Wertunterschiedes zwischen der eigenen Gruppe und anderen, ist integraler Bestandteil des allgemeinen Sozialisa-

tionsprozesses. Über die Verringerung der Komplexität der Umwelt gewinnt das Individuum ein Gefühl für den eigenen Selbstwert. Ein erhöhtes Selbstvertrauen immunisiert gegen negative Feindbilder (vgl. Markefka 1990: 57ff.). In den meisten Fällen verstärken sich Vorurteile und Diskriminierungen wechselseitig. Ebenso wie die Mehrheit dies in der Regel vertritt, kann auch eine Minderheit die eigene Gruppe als positive Bezugsgruppe annehmen. Daraus können separatistische Bewegungen entstehen. Innerhalb von Großstädten beobachtete Tendenzen des Rückzuges ethnischer Minderheiten in eigene Gesellschaften zur Wahrung der sozialen und individuellen Identität über räumliche Segregationsprozesse weisen in eine solche Richtung (Markefka 1990: 89ff.). Die Bildung von handlungsfähigen Verbänden über Selbstorganisation mit dem Ziel, Gruppenbewusstsein zu schaffen, um über soziale Aktionen die Normalgesellschaft zu verändern und damit eigene Anerkennung zu finden, gilt z. B. den Behinderten oder Homosexuellen als Aufgabe. Leitziel ist die Verwirklichung sozialer Gleichstellung in einem pluralistischen System, das aus gruppenspezifischer Sicht noch als unfertig und ungerecht beurteilt wird. Nimmt die Minderheit dagegen die Mehrheit als positive Bezugsgruppe, kommt es zur Selbstaufgabe, zur Assimilation (vgl. Markefka 1990: 95ff.).

3.2.2 Lebensstile der angestammten Großstädter/innen

Die Lebensstile in europäischen Städten waren seit dem Mittelalter durch die Ständeordnung geprägt. Die gesellschaftliche Schichtung unterschied neben dem herrschenden Adel und dem Klerus die Stände der Kaufleute, Handwerker, Lohnarbeiter und Randgruppen (vgl. Ribbe/Schmädecke 1994: 33). Bildeten die Kaufleute die Oberschicht und die Handwerksmeister die Mittelschicht, die das Bürgerrecht innehatten und am wirtschaftlichen Wohlstand teilhatten, bestanden über 50% der Bevölkerung aus der Unterschicht mit eingeschränktem Bürgerrecht, denen Innungen und Handwerk verschlossen waren, wie z. B. Spielleute, Bader, Schäfer, Müller, Weber, Töpfer, etc. Aus deren Reihen rekrutierte sich u. a. das Gesinde, die Dienstbot/inn/en oder Feldarbeiter/innen (vgl. ebenda: 33f.). Die Lebensstile der Wohlhabenden unterschieden sich von denen der rechtlich und sozial Unterprivilegierten deutlich.

Hat die katholische Kirche jahrhundertlang die Wert- und Moralvorstellungen in Europa beeinflusst, bringt die Reformation einschneidende Veränderungen. Die Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges und die sich im Zuge der Restabilisierung anschließenden Bemühungen, Toleranz gegenüber Angehörigen anderen Glaubens zu entwickeln, haben vor allem die Positionen der Regierenden, aber auch die Einstellungen der betroffenen

Bevölkerung verändert (vgl. Ribbe/Schmädecke 1994: 64). Die Aufklärung bringt Innovationen in Kunst und Kultur ebenso wie in Bildung und Wissenschaft. Damit nimmt der Prozess der Säkularisierung, der Trennung von Kirche und Staat, seinen Anfang.

Die Industrialisierung setzt einen weiteren Meilenstein in der gesellschaftlichen Entwicklung Europas. Im Preußen des Jahres 1860 gehört die große Mehrheit der Bevölkerung zu den Unterschichten, dem Proletariat. Das Massenelend, der Pauperismus, bricht aufgrund eines Überangebotes an Arbeitskräften aus (vgl. Geißler 2002: 36). Trotz der Auswanderungswellen wächst die Bevölkerung im Gebiet des Deutschen Reiches infolge gefallener Eheschranken und verbesserter gesundheitlicher Rahmenbedingungen zwischen 1816 und 1910 um über 40%. Insbesondere Großstädte wachsen enorm. Zwischen 1871 und 1910 steigt die Zahl der Großstädte mit über 100.000 Einwohner/innen im Deutschen Reich von 8 auf 48 an. Landvolk wird zum Stadtvolk mit neuer urbaner Lebensweise. „Das Leben in den neu entstehenden Industriestädten wurde durch erhebliche schichtspezifische Unterschiede und durch eine zunehmende räumliche und soziale Trennung von Arbeiterklasse und bürgerlichen Schichten geprägt“ (Geißler 2002: 40). Auf der einen Seite sind die Lebensverhältnisse erdrückend, auf der anderen Seite kann ein neuer urbaner Lebensstil mit kulturellen Highlights und Verbindung von Arbeit und Genuss entwickelt werden (vgl. Geißler 2002: 40).

Die Familie im Übergang von der ständischen Gesellschaft zur Industriegesellschaft ist patriarchalisch strukturiert. Dem „Hausvater“ unterstehen nicht nur die verwandten Familienmitglieder, sondern häufig auch nicht-verwandte Angehörige des Hauses – Knechte, Mägde, Gesellen, Lehrlinge, Diensthofen und Dienstmädchen. „Mit der Auflösung der ständischen Ordnung gingen der Familie ihre rechtlichen und politischen Funktionen weitgehend verloren, und die Industrialisierung veränderte die Zusammenhänge von Familienleben und Produktionsweise“ (Geißler 2002: 43). In den Städten reift im 18. und 19. Jahrhundert ein Typ der bürgerlichen Familie heran. Wohnungen und Arbeitsstätten sind getrennt. Familie ist keine Produktionsgemeinschaft mehr, sondern eine Gemeinschaft für Erziehung, Konsum, Freizeit und Entspannung. Ideen von Partnerschaft sind jedoch in traditionellen und erneuerten Patriarchalismus eingeeht, denn das neue Ideal verschärft die Geschlechterungleichheit: Der Mann gilt als Ernährer, der Frau ist die dienende Rolle in der Innenwelt der Familie zugewiesen. Der Lebensphase der Kindheit wird eine besondere Bedeutung zugemessen, indem Forderungen nach besonderer Fürsorge und einem speziellen Engagement für die Bildung stärker in Erscheinung treten (vgl. Geißler 2002: 45f.). Die so skizzierte bürgerliche Familie des Mittelstandes

gilt insbesondere nach dem 2. Weltkrieg als Leitbild für die Arbeiterfamilien, die sich ökonomisch jedoch oft in Mangellagen befinden. In ihren Familien dominiert der patriarchalisch-autoritäre Stil den partnerschaftlichen (vgl. Geißler 2002: 46).

Als in westlichen Großstädten vorherrschende private Lebensform gilt die moderne Kleinfamilie, eine auf Ehe gegründete Gemeinschaft der Eltern mit ihren Kindern. Gegenüber den daran geknüpften Erwartungen von Emotionalität, Liebe und affektiver Solidarität zeigt sich eine Versachlichung und Durchrationalisierung der Funktionsbereiche außerhalb der privatisierten Familie (vgl. Meyer 2002: 401). Familie gilt als Hort von Sicherheit, Intimität und Geborgenheit. Familie hat die soziale und biologische Reproduktionsfunktion, Sozialisationsfunktion und die Platzierungsfunktion im Hinblick auf die gesellschaftliche Positionierung. Industrialisierung und die Herauskristallisierung des gebildeten Bürgertums ist mit der Trennung von Berufs- und Wohnstätte verbunden sowie mit der Emotionalisierung und Intensivierung des familialen Binnenverhältnisses. Die bürgerliche Gesellschaft treibt die Spaltung in Privatsphäre und Öffentlichkeit voran, Geschlechtsrollen werden neu definiert. Seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts orientieren sich immer breitere Schichten an diesem bürgerlichen Familienleitbild (vgl. Meyer 2002: 402f.).

Nach dem Wirtschaftswunder der 1950er Jahre und dem Ausbau sozialer Sicherung in den 1960er Jahren wird die Normalfamilie zur kulturellen Selbstverständlichkeit. Unkonventionelle und alternative Lebensformen werden bestenfalls als Notlösungen toleriert, in der Regel aber mit offenen oder verdeckten Sanktionen bedacht (vgl. Meyer 2002: 403). Inzwischen ist jedoch ein Monopolverlust der Familie und eine Differenzierung privater Lebensformen eingetreten: Nichteheleiche Lebensgemeinschaften stehen einem Rückgang der Eheneigung gegenüber, ein Anstieg des Heiratsalters ist zu verzeichnen und ein Bedeutungsverlust der Verlobung. Von 1972 bis 2000 ist die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland von 137.000 auf 1,5 Mio. gestiegen, bei zunehmender sozialer Akzeptanz (vgl. Meyer 2002: 412f.). Es ist ein Übergang von der lebenslangen zur sequentiellen Monogamie zu konstatieren, wenn auch die Veränderungen überwiegend bei den Wohlhabenden und Gebildeten auftreten (vgl. Meyer 2002: 415). Gerade Frauen äußern sich oftmals skeptisch gegenüber den traditionellen, an Ehe und Familie geknüpften Rollen und erhoffen sich in alternativen Lebensformen erweiterte Handlungsspielräume. Der Anteil kinderloser Frauen ist bei dem 1960er Jahrgang auf 26% gestiegen. Bei den 1940 geborenen Frauen hat der Anteil der Kinderlosen noch bei 10,6%

gelegen. Diese Tendenz sieht Meyer u. a. der Anpassungsfähigkeit an die Arbeitsmarkterfordernisse geschuldet (vgl. Meyer 2002: 416).

Die Anzahl Alleinerziehender (zu ca. 85% Mütter) ist ebenso gestiegen und habe sich von 1970 bis 2000 auf 2 Mio. Haushalte verdoppelt, in denen rund 18% der Minderjährigen aufwachsen (vgl. Meyer 2002: 417).

Singles stellen ein weiteres wachsendes Bevölkerungssegment dar. Um 1900 leben im Kaiserreich rund 1 Mio. Menschen allein, in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2000 sind es 13,8 Mio., d. h. 37% aller Haushalte. Neben den rund 5 Mio. Senior/inn/en, die zu 83% Frauen sind, enthält die Single-Statistik 4,3 Mio. 25-45-Jährige. Weitere große Single-Gruppen stellen die Getrenntlebenden und Verwitweten (vgl. Meyer 2002: 420). Meyer erkennt einen großen Prestigezuwachs des früher negativ bewerteten Single-Lebensstils, stellt jedoch heraus, dass etwa ein Viertel der 18-55-jährigen Alleinlebenden de facto in einer festen Partnerschaft leben. Auffällig ist, dass Singles ein signifikant höheres Bildungsniveau als Verheiratete aufweisen und ein überdurchschnittliches Einkommen haben. Sie leben häufiger in Großstädten und vertreten eher postmaterialistische Werte (vgl. Meyer 2002: 421).

Nur noch 2% der Bevölkerung leben in Mehrgenerationenhaushalten, was der gegenseitigen Unterstützung keinen Abbruch tut – die multilokale Familie zeigt ein ungebrochenes Zugehörigkeitsgefühl. Meyer stellt einen Wandel der Erziehungsleitbilder und Autoritätsstrukturen von autoritären zu partnerschaftlichen Umfangsformen fest. Die Anwendung von Gewalt ist sozial verpönt. In der „Verhandlungsfamilie“ verliert Gehorsam an Legitimation. Weitere wesentliche Veränderungsmerkmale der Familienstrukturen sind die Pädagogisierung der Kindheit, der Bedeutungsanstieg der Schule und die Medienrevolution sowie die hohe psychische Bedeutung der Partnerschaft. Eine Tendenz zur Leistungsüberforderung wirkt sich aus (vgl. Meyer 2002: 424f.).

Die Loslösung von religiösen Normen (Säkularisierung) brachte veränderte Einstellungen zur Monogamie, lebenslangen Ehe und zur Sexualität mit sich. Auch die Wohlstandsentwicklung fördert einen Wertewandel. Indizien dafür sind die Bildungsexpansion, gestiegene gesellschaftliche Mobilitätserwartungen, die veränderte Rolle der Frau, etc. Insgesamt kam es zu einer Ausdehnung der Spielräume privat-familialen Wahl-Handelns. Darin erkennt Meyer eine Anpassung an die Erfordernisse der Modernisierung, die sich in höheren Schichten anders und intensiver vollzieht. Dort ist eine stärkere Freisetzung von materiellen Zwängen mit höherer Bildung und höherer Selbstreflexion sowie einer weitergehenden Lösung aus traditionellen Bindungen verknüpft (vgl. Meyer 2002: 426f.).

Ländliche und traditionelle Arbeitermilieus weisen eher familialistische, traditionelle Lebensstile auf, großstädtische Akademikermilieus eher individualistische Lebensstile. Familien sind nach wie vor die zentralen Reproduktionsstätten sozialer Ungleichheit. Obgleich es zur Differenzierung privater Lebensformen kam und mehr Akzeptanz und Toleranz gegenüber Abweichungen von der traditionellen bürgerlichen Kleinfamilie auftraten, sucht nach wie vor die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder ihr individuelles Glück vornehmlich in Familie, Partnerschaft und persönlichen Beziehungen. 1980 bezeichnen 68% der erwachsenen Bevölkerung Westdeutschlands Familie als „sehr wichtig“, 1998: 80%. Danach bleibt das Kleinfamilienmodell für die Mehrheit der Bevölkerung Fixpunkt und Leitbild der privaten Lebensorientierungen (vgl. Meyer 428ff.).

Für die theoretische Ausarbeitung des Lebensstils von Homosexuellen kann aus dem bisher Dargestellten gefolgert werden, dass diese soziale Minderheit von dem gesellschaftlichen Trend zur Akzeptanz abweichender Lebensformen profitieren konnte. Martin Dannecker (2001) stellt demgemäß eine - oberflächlich betrachtet - hohe öffentliche Akzeptanz gegenüber Homosexuellen und ihren Lebensstilen fest, die darauf schließen lässt, Homosexualität sei von dem Stigma der Sünde, des Verbrechens, der Krankheit, etc. befreit (vgl. Dannecker 2001: 1).

Bis in die 1970er Jahre war die Negation der Homosexualität in der ‚normalen Welt‘ bei gleichzeitiger Akzentuierung der Homosexualität in der Subkultur noch übliche Praxis. Der Coming-Out-Fokus der Schwulenbewegung der 1970er Jahre war durch die Aufhebung der Selbstverleugnung und den Kampf gegen die (Selbst-)Stigmatisierung eines Teils der schwulen Szene (gegenüber „weiblichen“ Homosexuellen, den so genannten Tunten) geprägt. Seitdem haben sich die schwule Lebenswelt und die Lebensstile der homosexuellen Männer immer stärker diversifiziert. Dannecker kommt zu der Einschätzung, dass kein Typus eines gewöhnlichen Homosexuellen konstruierbar sei. Der Unterschied zum heterosexuellen Mann kommt lediglich im Geschlecht des gewählten Partners zum Ausdruck (vgl. Dannecker 2001: 3).

Einerseits hat der Homosexuelle vom Rand der Gesellschaft in ihr Zentrum gefunden, teilweise sogar als Objekt der Bewunderung, zugleich ist ein Anstieg der Gewalt gegen Schwule zu verzeichnen. 13% der in Westdeutschland lebenden Homosexuellen gab in einer 1996 durchgeführten Untersuchung an, im Verlauf von 12 Monaten aufgrund ihrer erkennbaren Homosexualität beschimpft, beleidigt oder angepöbelt worden zu sein. Weitere rund 4% wurden Opfer körperlicher Gewalt (vgl. Dannecker 2001: 3). Dannecker berichtet von Opfern, die der „Mystifikation, die Gleichstellung der Homosexuellen habe

zu einer Gleichbehandlung der Homosexualität im psychischen Haushalt der Menschen geführt, erlegen sind“ (Dannecker 2001: 4). Er kommt aufgrund der berichteten Gewalt zu der Einschätzung, dass die Zeit für homosexuelle Männer stehen geblieben ist und eine neue Flucht in Scham und Angst droht. Die christliche Liebeslehre wirkt nach. Noch ist die Zeit für eine Auflösung der damit verbundenen Moralvorstellungen, die die Monosexualität befürwortet und eine Trennung von Sexualität und Lust propagiert, nicht reif (vgl. Dannecker 2001: 5).

Unkonventionelle Lebensstile pflegen nicht allein homosexuelle Männer oder lesbische Frauen. Die feministische Frauenbewegung steht für eine Befreiung der Frau von einer primären familien- und haushaltsbezogenen Dienstleistungserwartung und damit für eine Auflösung tradierter geschlechtsspezifischer Rollenvorstellungen. Aspekte der Lebensstile dieser von der Norm abweichenden Frauen, die damit ein Kriterium der oben genannten sozialen Minderheiten erfüllen, werden im Folgenden beschrieben. Dabei wird eine Analyse der Voraussetzungen, unter denen eine städtische Subkultur Raum greift, verdrängt wird und neu entsteht, vorgenommen. Welche Mechanismen diesem Prozess zugrunde liegen, wird am Beispiel von „Frauenöffentlichkeiten“ betrachtet.

Feministische, emanzipativ wirkende Frauenprojekte weisen sowohl inhaltlich als auch räumlich eine große Nähe zur homosexuellen Antidiskriminierungs-Bewegung auf. Doderer (2003) hat in ihrer Forschungsarbeit „Urbane Praktiken“ Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit bundesweit untersucht. Darin stellt sie Städte in Deutschland, unter anderen auch Berlin, als Austragungsorte emanzipatorischer Prozesse dar. Ihre Ergebnisse sind für die vorliegende Arbeit in Bezug auf das Ansiedlungs- und Bleibeverhalten schwullesbischer Projekte in Berlin von Bedeutung.

Doderers Untersuchung geht davon aus, dass gesellschaftliche und politische Handlungen und Prozesse sich räumlich ausdrücken. Jede gesellschaftliche Gruppe beansprucht daher – wie jedes Individuum – eigene Räume. Je nach spezifischen Bedürfnissen und Möglichkeiten eignen sich soziale Gruppen Räume auch im gesamtstädtischen Kontext an. In Anlehnung an Henri Lefebvre (1997) versteht Doderer Raum als sozialen Raum, der ein produzierter Raum ist (Doderer 2003: 19). Nach Doderers Ausführungen sind Identität und Differenz von Raumnutzenden für die Art und Weise der Raumbeanspruchung ebenso bedeutsam wie die Machtfrage. Differenz drückt sich vor allem durch Geschlecht, Klasse und Ethnie aus. Doderer betrachtet ökonomische, soziale und kulturelle Dominanten im urbanen Raum und sie fragt nach hegemonialen ebenso wie nach gegenläufigen

Diskursen und deren Lokalisation (vgl. Doderer 2003: 25). Sie weist auf die Definition von Abweichung und die Disziplinierung von Abweichenden durch die jeweils Herrschenden am Beispiel der Kategorie Geschlecht hin: „Mit auf Geschlecht begründeten Machtverhältnissen gehen Normierungsverfahren einher – gestützt auf die biologisch begründete Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität. (...) Die Kleinfamilie hat jedoch angesichts der neuen Vielfalt an Lebensformen, die im Zuge aktueller Modernisierungs- und Emanzipationsprozesse vor allem in verdichteten urbanen Räumen entstanden sind, als monopolisierendes Lebensmodell ausgespielt“ (Doderer 2003: 30f.). Doderer begreift insoweit Modernisierung im urbanen Raum als Chance für Emanzipationsprozesse. Ihre Untersuchung bezieht sich auf Versuche der Auflösung von Machtverhältnissen durch Widerstandsformen der neuen Frauenbewegung, lokalisiert in urbanen Räumen. In der durch Doderer untersuchten neuen Frauenbewegung zeigt sich eine Weiterentwicklung der freizeitbezogenen Frauenklubs der 1920er Jahre, in denen Formen politischer Interessenvertretungen gebildet wurden (vgl. Kap. 4.2.2.1).

Im Zuge emanzipatorischer Bestrebungen bilden Gruppen von Frauen und Lesben u. a. separatistische Zweige. Diese suchen abgegrenzte, exklusive Räume in der Gesellschaft, um Antidiskriminierungsstrategien zu entwerfen. Doderer sieht diese Verortungsprozesse sozialer Gruppen zugleich als produktiv, da sie gesellschaftliche Diskurse beeinflussen, und als reproduktiv, da sie subjektiv und kollektiv verankerte gesellschaftliche Zuschreibungen wiederholen. Sie beschreibt die imaginierten Absichten von Frauenprojekten, Räume feministischen Bewusstseins, selbst organisierter Kulturen, veränderter Ökonomie zu schaffen: „Der lesbische Separatismus entwarf Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre ein ‚Frauenland‘ als Gegenentwurf zur herrschenden, patriarchalischen, frauenfeindlichen und vor allem auch städtischen Gesellschaft. Landfrauengemeinschaften in Deutschland, Italien und Frankreich entstanden. Dabei ging es explizit um die Schaffung von Räumlichkeiten und Orten normativer Abweichung. Dauerhafte Räume und temporäre entstanden. Solche subkulturellen Orte waren Frauenbars und Lesbenszenetreffs, Frauenwiderstandscamps, Lesbenfrühlingstreffen, Frauenfeste, etc. Diese Orte entstanden im Zuge emanzipatorisch ausgerichteter Identitätsbildung über eine Ablehnung und Abweichung von Zuschreibungen, die mit ‚Frau-Sein‘ verbunden waren und sind“ (Doderer 2003: 33). Doderer erläutert, dass es durch die Frauenbewegung zur prozesshaften Herstellung von Räumen im Sinne einer Neukonstruktion sozialer Räume kam. Frauenprojekte der 1970er Jahre weisen zum Teil Bezüge zu Frauenprojekten der Weimarer Republik auf. Widerstand gegen eine dominante Positionierung bestimmter Akteure,

personifiziert in Männern und objektiviert in der Dominanz des männlichen Geschlechts in nahezu allen sozialen Räumen sei eines der Ziele gewesen. „Wir erobern uns die Nacht zurück“ wird zum Leitmotiv der Schaffung sozialer, politischer, kultureller, ökonomischer Räume und Projekte (Doderer 2003: 40).

Erste Organisationen der neuen deutschen Frauenbewegung entwickeln sich im Zuge politischer Auseinandersetzungen wie z. B. um den Abtreibungsparagraphen 218 seit 1975 zu Massenbewegungen. „Typisch für die neue Frauenbewegung war die Organisation in lokalen, basisdemokratisch strukturierten Gruppen. 1976 waren bundesweit bereits 67 Frauengruppen und –initiativen bekannt, 12 davon unterhielten separat angemietete Räumlichkeiten als Frauenzentren, vor allem in Universitätsstädten (Doderer 2003: 46). 1983 waren in Westdeutschland knapp 70 größere und kleinere Städte als Zentren der zweiten deutschen Frauenbewegung bekannt (vgl. Doderer 2003: 55).

Berlin etabliert sich als impulsgebendes Zentrum, von dem immer neue Initiativen, wie Frauensommeruniversität, Lesbenfrühlingstreffen, Frauenfilmfestival etc., ausgehen. Im Zuge der 1980er und 90er Jahre sieht Doderer den radikalfeministischen Ansatz mit Bezug auf andere soziale Bewegungen zugunsten reformistischer Emanzipationsbestrebungen, eines Staatsfeminismus und einer Stellvertreterinnenpolitik verschwunden (Doderer 2003: 59). Doderer konstatiert eine auch inhaltliche Stagnation des Erreichten, die zu weiteren Abgrenzungsprozessen statt Öffnungen führe. An die Stelle einer Diskussion um Zwangsheterosexualität sei ein spektakuläres Outing Prominenter in Fernsehsendungen getreten, das im Widerspruch zur Realität der Meisten stünde. Doderer weist zu Recht darauf hin, dass es sich hier um eine scheinbare Freiheit handelt (Doderer 2003: 61). „Gerade frauenbewegte und lesbische wie auch schwule Lebensweisen können sich nur im Urbanen und als urbanes Phänomen veröffentlichen – und so den Prozess ihrer gesellschaftlichen Entstigmatisierung und –marginalisierung erheblich beschleunigen“ (Doderer 2003: 66). Mit dieser Einschätzung verweist Doderer darauf, dass auch rund 30 Jahre nach einer Aufhebung der Strafverfolgung gegenüber Homosexuellen Diskriminierung und Benachteiligung stattfinden und dass Homosexuelle noch immer auf soziale Netze in Großstädten als Lebensräume angewiesen sind.

Doderers Untersuchung bestätigt, dass sich Frauenprojekte vor allem in urbanen Zentren konzentrieren. Als Standortvorteile einer Innenstadtlage gelten eine gute ÖPNV-Anbindung, Zentralität, Toleranz der Nachbarschaft, hohe Wohn- und Wirtschaftsdichte, kulturelle Infrastruktur, Nähe zu anderen Frauenprojekten, kulturelle Vielfalt. Als Nachteile gelten die Drogenszene, Jugendbanden, fehlendes Grün sowie ein hoher Lärmpegel.

Gerade Berlin-Schöneberg wird in der Untersuchung als ein tolerantes Szeneviertel mit einem relativ hohen Anteil an Alternativ- und Homosexuellenkultur beschrieben. Doderer bestätigt, für über 80% aller befragten Projekte ist die städtische Lage bei der Wahl der Projekträume wesentlich. Es erfolgt eine bewusste Auswahl nach Standortkriterien: Sicherheit, gute Einkaufsmöglichkeiten, Universitätsnähe, interkultureller Dialog, geringes rechtsradikales Potenzial, Wohnortnähe der Akteurinnen und der Klientel. Durch die räumliche Nähe kommt es zu Synergieeffekten unter verschiedenen Frauenorten. Mundpropaganda gilt als wichtigstes Mittel zur Herstellung urbaner Öffentlichkeit (vgl. Doderer 2003: 186). Dieser Hinweis bekräftigt die Annahme, dass die „multikulturelle“ Mischung von Frauenprojekten und auch von Homosexuellen als positiver Standortfaktor gesehen und geschätzt wird.

Doderer geht auf neue Planungsstrategien ein, die eher homogene Stadtviertel als gemischte Quartiere fordern, um dem hohen Selbstorganisationspotenzial segregierter, ethnisch homogener Viertel Rechnung zu tragen. Sie spricht sich mit Blick auf die Armutprobleme wie z. B. mangelhafte Bildung und Jugendkriminalität als Ergebnis eines gesellschaftlichen Ausschlusses jedoch dagegen aus. Die Gefahr, Quartiere sich selbst zu überlassen, ist angesichts der Polarisierung zwischen aufgewerteten oder neu inszenierten Stadtteilen und „jenen, denen jede - außer einer negativen - Aufmerksamkeit abhanden gekommen“ ist, zu groß (vgl. Doderer 2003: 195). Doderer beklagt die mangelnde Fähigkeit der Verwaltung, vor Ort erfolgreich agierende Selbsthilfeaktivitäten zu identifizieren und gezielt zu unterstützen. In Folge einer verfehlten Politik zögen Multikulti-Anhänger/innen der Alternativszene weg (vgl. Doderer: 2003: 195f.). Doderer stellt fest, dass in Berlin über 80 % aller Frauenprojekte in innerstädtischen Gebieten liegen. Stadtgebiete in zentraler Lage werden bevorzugt: hoch verdichtet, mit interkultureller Bewohnerschaft, dem linkspolitischen bzw. toleranten politischen Spektrum angehörend. Nicht unerheblich viele Projekte befinden sich in so genannten ‚sozialen Brennpunkten‘ mit einem hohen Anteil an einkommensschwachen und sozial benachteiligten Personen-Gruppen. In Bezug auf eine weitere Entwicklung der Frauenprojektkultur ist demnach das Fortbestehen zumindest noch existierender Reste einer urbanen Stadtkultur notwendig, die eine möglichst hohe Vielfalt an Lebensformen, Bevölkerungsgruppen und gesellschaftlichen Räumen zuläßt (Doderer 2003: 205).

Lebensstilkonflikte sieht Doderer als für urbane Mischungen typisch an und nennt als strukturell verankerte Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnie, an denen sich Konfliktlinien zeigen. Kämpfe um Aneignung, Sichtbarwerdung, Realisierung veränderter

Lebens- und Arbeitsweisen sind alltäglich (Doderer 2003: 200). Anstatt die gesellschaftlichen Transformationsprozesse mit spezifischen Förderungen zu begleiten, werden aufgrund hoher staatlicher Verschuldung Selbsthilfe und Ehrenamt verlangt (Doderer 2003: 253). Bei der zunehmenden sozialen Differenzierung des urbanen Raumes finden soziale Kämpfe im Alltagsleben z. B. statt, wenn Kapitalinteressen auf subjektive und kollektive Bedürfnisse treffen, Aneignung auf Enteignung, Emanzipationsmöglichkeiten auf Emanzipationshindernisse, Zugänglichkeit auf Ausschluss. Nur im Urbanen besteht die Chance, strukturell verankerte Kategorien wie Geschlecht, Klasse und Ethnie zumindest zu verflüssigen (Doderer 2003: 256).

Aus der Dekonstruktions-Perspektive geht Doderer davon aus, dass Frauen als gesellschaftlich wie auch als kulturell konstruierte Subjekte erkennbar werden sollen (Doderer 2003: 267). Sie propagiert Frauenöffentlichkeiten als Differenz widerspiegelnde gesellschaftliche Institutionen, die zur Realisierung von urban-gesellschaftlichen Räumen beitragen (Doderer 2003: 269).

Für die vorliegende Untersuchung trägt Doderers Darstellung zum Verständnis sowohl des Lebensstils als auch der Standortwahl emanzipativer, den homosexuellen Lebensweisen gegenüber aufgeschlossener Bevölkerungsgruppen bei. Es zeigt sich, dass gerade linksliberale und der Toleranz verpflichtete soziale Gruppen auf die urbane Vielfalt angewiesen sind, um den Bestand ihrer Netzwerke aufrechtzuerhalten. Die urbanen Räume werden seit den 1970er Jahren zu Orten, die durch die Ziele der genannten Gruppen (Emanzipation, Toleranz, etc.) geprägt sind. Die Bewohner/innen gestalten subkulturelle Milieus, in denen mit gesellschaftlichen Rollen (z. B. Geschlechtsrollen und Alternativen zum Kleinfamilienmodell) experimentiert wird.

Wie bereits in den 1920er Jahren, entstehen gerade in Schöneberg solche Milieus in den 1970er Jahren neu. Die Frauenbewegung, die Doderer als maßgebend für das Entstehen der beschriebenen urbanen Strukturen hervorhebt, hatte sich in den 1980er Jahren u. a. mit dem Ziel der Freiraumschaffung für Frauen in den Städten entwickelt.

Brigitte Gensch und Veronika Zimmer haben bereits 1980 den Stadtraum aus feministischer Sicht betrachtet und einen Zusammenhang zwischen Stadtraum und Gewalt, insbesondere gegen Frauen (Belästigung, Bedrohungshäufungen, Vergewaltigung, etc.) erkannt. Sozialisationsentsprechende Behandlung von Frauen durch Männer in der Öffentlichkeit als inferior (und als Sexualobjekte) werden gewaltbegünstigenden Strukturen in der Stadt gegenüber gestellt. Die Autorinnen gehen davon aus, dass Männergewalt sich alltäglich in der Öffentlichkeit ereignet und sich in spezifischer Weise gegen Frauen

richtet: „Männer erheben einen Territorialanspruch auf den öffentlichen Raum. Das Verhalten von Frauen in der Öffentlichkeit untersteht der Korrektur und Aufsicht der Männer. Frauen haben nur ein Transitvisum, sie müssen einen ‚sexuellen‘ Wegezoll entrichten, wenn sie die Straße passieren“ (vgl. Gensch/Zimmer 1980: 12). Hintergrund ist die Beobachtung, dass es in jeder Stadt Gegenden, Straßen, Zonen gibt, die keine Frau betritt, schon gar nicht bei Nacht (vgl. Gensch/Zimmer 1980: 18).

Die Ursachen der von Frauen erlebten Gewalt auf der Straße werden zum einen in der Sozialisation gefunden: die Hausfrauenrolle, eine diskriminierende Rechtsprechung bei Misshandlung, der Mythos vom weiblichen Wesen als unselbständig, rücksichtsvoll, demütig, etc., die Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen in der Erziehung durch geschlechtsspezifische Er- und Entmutigungen bestimmten Verhaltens (vgl. Gensch/Zimmer 1980: 32). Zum anderen begünstigt die in patriarchalischen Gesellschaften verinnerlichte Gewalt gegen Schwächere in Verbindung mit dem für Industriegesellschaften typischen Leistungszwang und Einzelkämpfertum eine Entsolidarisierung gegenüber in Not geratenen: „Daraus resultieren weniger soziale Kontrolle, Verlust von Nachbarschaft, Verlust eines sozialen Gefüges und einem Zugehörigkeitsgefühl. Diese Faktoren begünstigen Gewaltakte, von denen besonders die Bevölkerungsteile betroffen sind, die sich meist nicht alleine, ohne fremde Hilfe wehren können, wie z. B. alte Menschen, Frauen, Kinder und Behinderte“ (Gensch/Zimmer 1980: 47). Hier klingt an, dass „Angsträume“ nicht isoliert von gesellschaftlichen Bedingungen entstehen, in denen es zu einer Ballung von Problemen für bestimmte soziale Gruppen, lokalisiert in bestimmten städtischen Räumen, kommt.

Gensch und Zimmer weisen mit ihrer Untersuchung auf alltägliche Bedrohungen in bestimmten städtischen Gebieten hin, in denen Gewalt gegen Schwächere häufiger stattfindet. Sie sehen die Entwicklung in den Städten dahingehend, dass sich „Bedrohungsgebiete“ und aus Sicherheitsgründen bevorzugte Gebiete herauskristallisieren und sie verweisen auf die sozialisationsbedingte geschlechtsspezifische Rollenverteilung, die Männer eher zu Tätern und Frauen eher zu Opfern werden lässt.

Doderer stellt die Reaktionen der Frauenbewegung auf solche gesellschaftlichen Missstände dar. Sie zeigt die Entwicklung von „Frauenorten“ durch feministische Initiativen in Innenstädten. Diese Frauenorte entstehen häufig in Reaktion auf Gewalt gegenüber Frauen in bestimmten städtischen Gebieten und können sich gerade in multikulturellen Gebieten durch den Schutz der Heterogenität der Lebensstile und aufgrund des besonders toleranten Umgangs verschiedener Bevölkerungsgruppen miteinander etablieren. Es wird

deutlich, wie wichtig die stadträumliche Nähe benachteiligter Bevölkerungsgruppen und/oder Minderheiten zur Etablierung unterstützender sozialer Netzwerke ist.

3.3 Ethnische Minderheiten in der deutschen Großstadt

1960 leben knapp 700.000 Ausländer/innen in der Bundesrepublik Deutschland, 1970 sind es bereits 3 Mio. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt in dieser Zeit von 1,2% auf 4,9%. Bis Ende der 1990er Jahre hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Anfang 2002 leben 7,3 Mio. Ausländer/innen in der Bundesrepublik, das sind 8,9% der damaligen Gesamtbevölkerung. Hinzuzurechnen sind rund 1 Mio. eingebürgerte Einwanderer/innen (vgl. Geißler 2002: 282). Im europäischen Vergleich ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch. Es wird angenommen, dass sich das Wachstum dieses multiethnischen Segments langfristig fortsetzen und auf die Großstädte und Ballungszentren der alten Bundesländer konzentrieren wird (vgl. ebenda). 60% aller in Deutschland lebenden Ausländer/innen stammen aus den fünf wichtigsten Anwerbeländern (Zuzug vor allem in den 1960er und 1970er Jahren): Türkei, Ex-Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien. Die Türk/inn/en bilden mit 2 Mio. Menschen (27% aller Ausländer/innen) die größte Gruppe, gefolgt von Ex-Jugoslaw/inn/en mit 660.000 Menschen (9% aller Ausländer/innen). Die Staatsangehörigkeit verbirgt dabei jedoch die unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Von 2 Mio. Türk/inn/en sind etwa 350.000 bis 550.000 Kurd/inn/en (vgl. Geißler 2002: 290). 1,1 Mio. (15%) aller Ausländer/innen des Jahres 2000 sind Flüchtlinge; davon ca. 490.000 anerkannt mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis, Arbeitserlaubnis, sozialen Rechten und Ansprüchen; davon 300.000 Asylberechtigte; 140.000 jüdische Emigrant/inn/en aus der Ex-Sowjetunion; 60.000 Kontingentflüchtlinge, wie z. B. 35.000 Boatpeople aus Vietnam (1979). Weiterhin sind ca. 365.000 De-facto-Flüchtlinge mit humanitärer Duldung aufzuführen, die nur unter bestimmten Voraussetzungen eine Arbeitserlaubnis erlangen können, ca. 40.000 Bürgerkriegsflüchtlinge (2000) aus Bosnien-Herzegowina mit befristeter Aufenthaltsgenehmigung sowie ca. 200.000 Asylbewerber/innen im offenen Verfahren, die strikten Reglementierungen unterliegen. Hinzu kommen nach Schätzungen ca. 500.000 Personen, die sich ohne Genehmigung (illegal) in der Bundesrepublik aufhalten (vgl. Geißler 2002: 292f.).

Die Sozillage der ethnischen Minderheiten ist unterschiedlich. Gut die Hälfte ist weiterhin im untersten Teil der Schichtungshierarchie angesiedelt: 2000 sind 52% der Erwerbstätigen als Un- und Angelernte tätig, 16% als Facharbeiter/innen (vgl. Geißler 2002:

294). Durch Selbstständige ist ein ausländischer Mittelstand entstanden: 2000 gab es 257.000 von Ausländer/inne/n geführte Betriebe mit durchschnittlich drei weiteren Mitarbeiter/inne/n. Die Selbstständigen stellen 8,5% der ausländischen Erwerbstätigen. Bei der deutschen Erwerbsbevölkerung sind zum gleichen Zeitpunkt 10% selbstständig. Die Arbeitslosenquote der Ausländer/innen liegt um 80% über derjenigen der westdeutschen Erwerbstätigen (im Jahr 2000: 14,4%, in Westdeutschland: 8,6%) (vgl. Geißler 2002: 295f.).

Ausländer/innen wohnen trotz verbesserter Wohnqualität weiterhin sehr beengt. In einem Raum sind doppelt so viele Personen wie bei den Deutschen untergebracht. Stadtgebiete mit hohen Umwelt- und Verkehrsbelastungen, in der Nähe von Industrieanlagen sind häufig zugleich Wohngebiete der ethnischen Minderheiten. Gemeinsam mit sozial schwachen deutschen Familien leben sie in Sozialbaugroßsiedlungen in städtischen Randlagen oder in nicht sanierten Altbaugebieten, alten Arbeitervierteln (vgl. Geißler 2002: 297).

„(Aus-)Bildungsabschlüsse sind die zentrale Ressource der Migrantenkinder für ihre zukünftigen Lebenschancen in Deutschland und Bildungsdefizite gehören zu den zentralen Ursachen für Integrationsprobleme (Arbeitslosigkeit, Randständigkeit, Kriminalität)“ (Geißler 2002: 298). Zuwandererkinder haben im deutschen Schulsystem mit steigender Aufenthaltsdauer erhebliche Verbesserungen ihrer Leistungen gezeigt. Waren in den 1970er Jahren noch über 50% ohne Schulabschluss, erreichen die meisten heute mindestens einen Hauptschulabschluss. Dennoch ist der positive Trend seit den 1990er Jahren wieder geschwächt. Von den 20-29jährigen Ausländer/inne/n haben 1998 40% keine Berufsausbildung abgeschlossen, von den jungen Deutschen waren es 11%. „Mangelhafte Deutschkenntnisse, fehlende Hauptschulabschlüsse, familiäre Fehleinschätzungen über den Wert einer gründlichen Berufsausbildung und der Wunsch nach schnellem Verdienst treffen damit zusammen, dass Jugendliche von ethnischen Minderheiten bei vielen Betrieben auf Vorbehalte (...) stoßen“ (Geißler 2002: 300). Die zweite Generation der Arbeitsmigrant/inn/en aus den Anwerbeländern hat ihre verbesserten Bildungschancen noch in sozialen Aufstieg umsetzen können.

Auch die sozialen Kontakte zwischen ethnischen Minderheiten und Deutschen haben zugenommen und damit die beidseitige Akzeptanz. Dennoch ist die Ausländerfeindlichkeit in den 1990er Jahren angestiegen. Gewaltaktionen gingen meist von männlichen gewaltbereiten Rechtsextremisten mit niedrigem Bildungsniveau aus, die jedoch mit Sympathien bei einer Bevölkerungsminderheit rechnen konnten (vgl. Geißler 2002: 301).

Ausländer/innen fühlen sich bedroht. 33% der Türk/inn/en geben 1995 an, innerhalb von 12 Monaten beleidigt, angepöbelt, bedroht oder geschlagen worden zu sein, weil sie hier Ausländer/innen seien. „Neue Dunkelfeldstudien zeigen jedoch auch, dass Migrantenkinder in den 1990er Jahren häufiger Eigentums- und Gewaltdelikte begehen, als deutsche Jugendliche“ (Geißler 2002: 302).

Da ihre volle Teilhabe am Leben der Kerngesellschaft zusätzlich durch mindere Rechte, schlechtere Berufschancen sowie Tendenzen zur sozialen Isolation und sozialen Diskriminierung behindert wird, ist auch für die Mehrheit der ethnischen Minderheiten der Begriff Randständigkeit gerechtfertigt (vgl. Geißler 2002: 303). Als vielgestaltige und facettenreiche Gruppe leben ethnische Minderheiten am Rand der bundesdeutschen Gesellschaft und sind lediglich teilintegriert. Eine besondere Problemgruppe ist die große Minderheit der fast 2 Mio. Türk/inn/en. Sie erleben am intensivsten den Kulturkonflikt zwischen der deutschen Kultur und ihrer Heimatkultur, die durch den Islam und z. T. auch durch agrarisch-patriarchalische Strukturen geprägt ist. Deutsche Sprachkenntnisse sind überdurchschnittlich schlecht, die Isolationstendenzen besonders hoch. Als zum Teil äußerlich auffällige Minderheit ziehen die Türk/inn/en die Antipathien der ausländerfeindlichen Teile der deutschen Bevölkerung in besonderem Maße auf sich (vgl. Geißler 2002: 305).

Neben diesem Blick auf die soziale Struktur und Lage der nach Deutschland zugewanderten Minderheiten geht es im Folgenden (3.3.1) um die Einordnung dieser Situation in ihre historische Entwicklung im 20. Jahrhundert. Der Abschnitt 3.3.2 zeigt Problemfelder des multikulturellen Zusammenlebens in der Großstadt und damit einschlägige (Lebensstil-) Konfliktlinien auf. Für das Thema dieser Arbeit ist zudem der Blick hinter die Kulissen der traditionellen islamischen Familie (vgl. 3.3.3) wesentlich, um die Beziehungsgeflechte der muslimischen Gemeinschaft des Schöneberger Nordens besser einschätzen zu können. Der Blick auf die Geschlechterbeziehungen in der islamischen Welt erscheint notwendig, um das Selbstverständnis insbesondere der männlichen muslimischen Jugendlichen und die sich daraus ergebenden Lebensstilkonflikte in der Schöneberger Nachbarschaft beurteilen zu können.

3.3.1 Migrationsgeschehen in Deutschland im 20. Jahrhundert

Wie einleitend gezeigt, besteht die größte Teilgruppe ethnischer Minderheiten Deutschlands aus Türk/inn/en und Kurd/inn/en, die zumeist Muslim/inn/e/n sind. Diese größte Einwandererguppe weist zugleich die größten Integrationsschwierigkeiten auf. Im Fol-

genden wird die historische Entwicklung des Migrationsgeschehens insgesamt nachgezeichnet, um dann den Fokus auf diese Bevölkerungsgruppe zu richten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges leben etwa 800.000 Muslim/inn/e/n in Westeuropa, zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind es bereits weit mehr als 15 Millionen. Schätzungen zufolge wird sich ihre Zahl in Westeuropa bis zur Mitte des neuen Jahrhunderts verdreifachen (vgl. Tibi 2002: 193). Ulrich Herbert hat mit seiner „Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland“ (2003) eine umfassende Übersicht erstellt. Es wird darin gezeigt, wie sich die offizielle Politik gegenüber ausländischen Arbeitnehmer/inne/n seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute entwickelt hat.

Herbert geht davon aus, dass die Landwirtschaft der preußischen Ostgebiete in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht das Rückgrat des im 19. Jahrhundert so rapide erstarkenden Preußens ist. Im Zuge internationaler Konkurrenz hat sie sich jedoch als rückständig dargestellt, wodurch sich die Lage der abhängig beschäftigten Landbevölkerung destabilisiert. Aufgrund des rapiden Bevölkerungswachstums im deutschen Reich zwischen 1873 und 1895 um 25% von 41,6 Mio. auf 52 Mio. und des zeitgleichen Rationalisierungsdrucks auf die Landwirtschaft kam es zur Landflucht und bis Anfang der 1890er Jahre zur Auswanderung, vor allem in die USA. Mit fast 1,8 Mio. Auswanderer/inne/n erreichte die Auswandererwelle zwischen 1880 und 1893 ihren Höhepunkt. Die ostelbische Landarbeiterbevölkerung zog verstärkt in die industrialisierten Regionen des preußischen Westens, vor allem ins Ruhrgebiet. Anfang der 1870er Jahre kam es daraufhin zu einer Knappheit an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und Arbeitskräfte aus den von Russland und Österreich okkupierten Teilen des ehemaligen Polen wurden zur Beschäftigung angeworben. Befürchtungen der „Polonisierung“ und Vertreibung einheimischer Arbeiter/innen durch fremde führte Mitte der 1880er Jahre zu Ausweisungen und 1890 zu strengerer staatlicher Reglementierung der Zuwanderung (Herbert 2003: 17).

Als politischen Wendepunkt nennt Herbert (2003: 74) das Inkrafttreten des Staatsbürgerrechts von 1871 an Stelle des preußischen Untertanengesetzes von 1842. Die Blutsabstammung anstelle des Geburtsrechts bestimmt von diesem Zeitpunkt an die Zugehörigkeit zur Nation. Assimilation wird als Voraussetzung einer Einbürgerung angesehen. Herbert nennt die so genannten Ruhrpolen die stärkste ausländische Minderheit im industrialisierten Ruhrgebiet, die von deutschen Arbeiter/inne/n getrennt in eigenen Gebieten wohnt. Polnische Arbeiter/innen leben meist in den Zechenwohnungen. Deutsche bevorzugen eher arbeitsplatzferne Wohnungen. Weitere Subkulturen unterschiedlicher Landsmannschaften in räumlich getrennten Gebieten bilden sich heraus: katholische

liche Polen, evangelische Masuren, Pommern, Posen, u. a. Ein ausgeprägtes Vereinswesen für Zusammenhalt und persönliche Sicherheit entsteht und bietet Schutz gegen soziale Diskriminierung in der deutschen Bevölkerung (vgl. Herbert 2003: 80).

Herbert beschreibt, wie im ersten Weltkrieg (1914-1918) „feindliche Ausländer“ zur Zwangsarbeit gezwungen werden. In den Kriegsjahren kommen 2,5 Mio. Kriegsgefangene in Beschäftigung bei Privatunternehmern, welche Unterkunft und Verpflegung übernehmen. 1923 werden rd. 55.000 zugewanderte Ostjuden, 10% der jüdischen Bevölkerung Deutschlands und 0,1% der deutschen Gesamtbevölkerung Zielscheibe antijüdischer Hetze. Sie waren Ausländer/innen mit fremden Sitten, fremder Sprache und Proletarier/innen. Xenophobie, Rassismus und sozialer Dünkel richtet sich auf sie und mit Verschwörungs- und Rachephantasien werden sie zu Feindbildern erklärt (Herbert 2003: 103). Von 1923 bis 1924 sinkt die Zahl der ausländischen Arbeiter/innen in Deutschland von 225.000 auf 174.000. Die Beschäftigung von Ausländer/inne/n soll sich auf die Landwirtschaft konzentrieren, was vor allem polnische Arbeiter/innen betrifft. Es gilt allgemein das Inländerprimat (Herbert 2003: 121). Herbert beschreibt den zyklischen Verlauf des Arbeitskräftebedarfs in den Jahren bis 1945 und behauptet, dass Ausländer/innen überwiegend als „Reserve“ eingesetzt werden (Herbert 2003: 132). Im Jahr 1940 sind von rd. 300.000 Kriegsgefangenen 90% in der Landwirtschaft beschäftigt. 1944 arbeiten über 7 Mio. ausländische Arbeitskräfte im Deutschen Reich und stellen somit rd. 20% aller Beschäftigten (Herbert 2003: 147).

Nach dem zweiten Weltkrieg entfallen mehr als 90% des Bevölkerungszuwachses zwischen 1950 und 1960 auf die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die 1960 fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik ausmachen (vgl. Herbert 2003: 193). Spätestens Ende der 1950er Jahre ist der Prozess der Einbeziehung neu hinzugekommener Arbeitskräfte aus dem Osten abgeschlossen; ermöglicht durch gewaltige Wirtschaftswachstumsraten, die binnen 10 Jahren (1950-1960) zu einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes geführt haben. Der Zuzug vieler fremder Arbeitskräfte führt bei vielen Einheimischen zu Abwehrreaktionen bis hin zu offener Feindseligkeit. Eine Rückkehr in die Heimat kommt für das Gros der Vertriebenen nicht infrage und ihr Integrationswille ist dementsprechend hoch. Der Daueraufenthalt befördert schließlich die soziale, politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung. Seit dem 13.08.1961 (Mauerbau) riss der Strom der Flüchtlinge aus der DDR ab und ausländische Arbeitskräfte wurden seitdem in der Bundesrepublik verstärkt angeworben (Herbert 2003: 200).

Herbert stellt die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in Deutschland bis 1980 in drei Phasen dar: Ist die Zahl der erwerbstätigen Ausländer/innen 1959/60 relativ niedrig, steigt sie 1966 rapide an, um sich nach dem Rückgang während der Rezession von 1967/68-1973 erneut zu verdoppeln. Der Anwerbestopp von 1973 führt zu einer starken Verringerung der ausländischen Beschäftigten von etwa 700.000 Menschen. Nach 1979 erfolgt ein deutlicher Anstieg. Italiener/innen sind bis 1969 die größte Gruppe, deren Zahl bereits 1960 100.000 übersteigt. Spanier/innen und Griech/inn/en bilden die zweite und dritte Gruppe, die 1963 diese Anzahl übersteigt. Türk/inn/en erreichen die 100.000 1965, Jugoslaw/inn/en 1968. Seit 1971 stellen Türk/inn/en sowohl bei der Wohnbevölkerung als auch bei den Erwerbstätigen mit zunehmendem Abstand die größte Gruppe dar. Lange hat sich bei deutschen Politiker/inne/n die (irrtümliche) Überzeugung gehalten, dass ausländische Arbeiter/innen heimkehren würden (vgl. Herbert 2003: 202f.).

In der wirtschaftlichen Rezession von 1967 gehen die deutschen Unternehmen von der Massenanwerbung zu einem abrupten Anwerbestopp über. In den Jahren 1966-68 zeigt sich zudem eine aufkommende Fremdenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung. Als Indiz dafür nennt Herbert den Einzug der NPD in sieben Landtage (Herbert 2003: 220). 1968 tritt eine konjunkturelle Erholung mit dem Effekt der erneuten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ein. Von 1968 bis 1973 steigt ihre Zahl von 1,014 auf 2,595 Mio. Es kommen insbesondere Türk/inn/en in die BRD. Leben 1967 noch 130.000 Türk/inn/en in Deutschland, steigt ihre Zahl bis 1973 auf über 600.000. Der Frauenanteil ausländischer Arbeitnehmer/innen liegt Mitte der 60er Jahre bei knapp 30%. Mit der Erkenntnis, dass sich neben der Zahl der „Gastarbeiter/innen“ auch die Dauer ihres Aufenthaltes auf 10 Jahre und mehr vergrößert, ist die Gefahr zunehmender finanzieller Belastung der öffentlichen Haushalte erkannt worden (Herbert 2003: 225). Die ausländische Bevölkerung hat von 3,2% (1968) der Gesamtbevölkerung auf 9% (1998) zugenommen.

Als Problemfelder werden der Familiennachzug, die Geburtenentwicklung, die Gettobildung, eine soziologische Umschichtung der Stadtbevölkerung, häufige Schul- und Berufsprobleme sowie die Rechts- und Statusunsicherheit betrachtet (Herbert 2003: 234). Die Tendenz zur Gettobildung hat sich durch Instrumente wie Zuzugsbegrenzungen und Sanierungsmaßnahmen als nicht auflösbar gezeigt. Das Bildungsniveau der sozialen Gruppe der „Gastarbeiter/innen“ ist niedrig. Herbert stellt fest, dass drei Viertel aller 15- bis 24-jährigen Ausländer/innen in der BRD 1980 keinen Hauptschulabschluss besitzen. Zweisprachige Analphabet/inn/en sind häufig sozial isoliert und kaum berufsqualifiziert. Ausländische Jugendliche in Deutschland befinden sich quasi permanent im Kultur-

schock. Die Kriminalitätsrate ist besonders hoch. Einheimische reagieren mit Angst und Ablehnung, verstärkter organisierter Ausländerfeindlichkeit und zunehmender Irritation. Das Demoskopie-Institut Infas stellt 1982 fest, dass sich 43% der Befragten durch den hohen Ausländeranteil in ihrem Wohnort bedroht fühlen; dabei sei das Bedrohungsgefühl umso stärker, je älter und schlechter ausgebildet die Befragten sind (Herbert 2003: 241).

Das Wohlstands- und Sozialleistungsgefälle zwischen der Türkei/Anatolien und der BRD ist erheblich. Der Wanderungsdruck und der Widerstand gegen Freizügigkeit steigen Mitte der 80er Jahre enorm an. 1986 äußert der Münchner Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Christen und Moslems hätten eine unvereinbare Kultur. Der Journalist Peter Scholl-Latour skizziert 1983 zur Situation der Türken in der Bundesrepublik, sie sei durch die Suche nach Wurzeln und Selbstbestätigung sowie Verherrlichung des Islam geprägt. Es fände ein Koranunterricht in Moscheen statt, der jeder staatlichen Aufsicht entzogen sei, dafür aber im Sog militanter islamistischer Bruderschaften stehe, die in der kemalistischen Türkei streng verboten seien. Es fehle ein Demokratieverständnis pluralistischer oder aufklärerischer Prägung und es würden iranische Verhältnisse des Mullah-Regimes beschworen (Herbert 2003: 260).

In den 80er Jahren kommt die Asyldebatte verstärkt auf. Die Zahl der Bewerber/innen entwickelt sich von 1975 mit 9.627 Anträgen über 1980 mit 107.818 und 1985 mit 73.832 Anträgen auf 1990: 193.063 Anträge und 1992 sogar: 438.191 Anträge. Diese extrem hohe Zahl geht 1995 stark auf 127.900 Anträge zurück. Skinhead-Überfälle gegen Asylbewerber/innen werden ab Mitte der 80er Jahre verzeichnet. Die globale wirtschaftliche Misere hat weltweit politische Instabilität, Diktaturen und Menschenrechtsverletzungen nach sich gezogen (Herbert 2002: 272f.).

Mit dem Regierungswechsel von 1982 ändert sich die Terminologie gegenüber Migrant/inn/en in Deutschland: Anstelle von Gastarbeiter/inne/n ist von Wirtschaftsflüchtlingen die Rede. Dies hat den Hintergrund sehr stark ansteigender Zahlen von Migrant/inn/en und einer sinkenden Erwerbsquote. Waren in den 20 Jahren von 1952 bis 1973 rund 127.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, kamen in den 10 Jahren von 1973 bis 1983 rund 477.000 Personen (vgl. Ghadban 2000: 144). Das Asylrecht wurde zunehmend als Zugangsmöglichkeit von Arbeitssuchenden gewählt. Während 1975 über 600.000 Ausländer/innen Deutschland verlassen, wird das Wanderungssaldo durch Familiennachzug dennoch ausgeglichen. Mit der Steigerung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland steigt auch die Abwehrhaltung Deutscher gegen weiteren Ausländerzuzug an (vgl. Ghadban 2000: 149). Die Angst vor Fremden führt auf der anderen Seite zur Angst vor

den Deutschen (vgl. Ghadban 2000: 153). Infolge der Entscheidung zur Änderung des Asylrechts 1992 kommt es zu einem Rückgang der Asylbewerber/innen von rund 323.000 im Jahr 1993 auf rund 104.000 im Jahr 1997. Die sozialen Rechte der Asylsuchenden werden stärkeren Restriktionen unterworfen, die Wartezeit bis zu einer Arbeitsaufnahme im Land wird auf 5 Jahre heraufgesetzt. Damit geht der Zwang einher, den Sozialhaushalten der Gemeinden zur Last zu fallen (Ghadban 2000: 161). Die unattraktive Gestaltung der Lebensbedingungen schreckt nicht das Kommen der Flüchtlinge ab, trägt aber entschieden dazu bei, sie an den Rand der Gesellschaft zu verdrängen (Ghadban 2000: 162).

Den Status der Duldung gemäß § 17 des AuslG nach Ablehnung des Asylantrags erhalten im Jahr 1986 in Berlin über 6.000 Personen, davon 2.550 Pol/inn/en, 455 Libanes/inn/en, 1.225 Palästinenser/innen und Kurd/inn/en aus dem Libanon (vgl. Ghadban 2000: 163). Mitte 1986 sind rund 670.000 Flüchtlinge in Deutschland registriert: 130.000 Asylbewerber/innen im laufenden Verfahren, 270.000 de-facto-Flüchtlinge, 64.000 Asylberechtigte, rd. 35.000 Kontingentflüchtlinge aus Vietnam, 42.000 registrierte heimatlose Ausländer/innen, 129.000 Familienangehörige von Asylberechtigten (vgl. Ghadban 2000: 164). Die Altfallregelung von 1987/88 betrifft 4.169 Personen, darunter 1.980 Kinder unter 16 Jahren. Ca. 3.640 sind Flüchtlinge aus dem Libanon. 1989 erhalten weitere 2.000 Flüchtlinge nach der Altfallregelung den Status der Duldung. Nach zwei Jahren Duldung erhalten die Betroffenen die Aufenthaltsbefugnis, nach acht Jahren Aufenthaltsbefugnis die unbefristete Aufenthaltserlaubnis (§ 35 AuslG), nach drei Jahren Aufenthaltserlaubnis steht die Aufenthaltsberechtigung (§ 27 AuslG) in Aussicht. Der Prozess dauert somit insgesamt rund 13 Jahre, bis der Weg für eine materielle Integration, der Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, zu Schule, Ausbildung und Studium offen steht (Ghadban 2000: 166).

Die Auflösung der DDR im Herbst 1989 hat den Druck auf die Politik erhöht, steuernd einzugreifen. Am 09.07.1990 erfolgt die Verabschiedung des Ausländer-Gesetzes. Damit soll dem Wandel vom innereuropäischen Arbeitskräfteaustausch zu den internationalen Migrationsbewegungen im Zuge sich anbahnender Globalisierung Rechnung getragen werden. Grundlegende Fragen der Ausländerpolitik, das Einwanderungs- und das Staatsbürgerschaftsrecht sind im neuen Gesetz nicht angetastet worden. Die Krise der Ausländerpolitik hat sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands noch verschärft. Eine hohe Fluktuation war die Folge: 1993 wurde ein Zuzug von 980.000 Ausländer/inne/n sowie eine Abwanderung von 700.000 Ausländer/inne/n aus Deutschland verzeichnet

(Herbert 2003: 289).

Herbert stellt mit Blick auf die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft Doppelloyalitäten und transkulturelle Identitäten fest. 1993 gab es 154.000 Anspruchseinbürgerungen und 50.000 Ermessenseinbürgerungen, 1997 stieg diese Zahl auf rd. 80.000, davon ca. 50% Türk/inn/en. Im September 1997 liegt die Arbeitslosenquote bei 10,7%, bei Ausländer/inne/n fast 20%, bei Türk/inn/en sogar 24%. Herbert sieht darin einen Hinweis auf unterschiedliche Grade der Integration sowie auf ein unterschiedliches Bildungs- und Ausbildungsniveau verschiedener Ausländergruppen (Herbert 2003: 292). Die berufliche Ausbildung ausländischer Jugendlicher ist von 1994 bis 1997 von 55% auf 46% gefallen, bei Türk/inn/en von 48% auf 39%. Nur 31% aller ausländischen Frauen haben eine Lehre angefangen. 1999 sind 45-50% aller 20- bis 25jährigen Ausländer/innen ohne Berufsabschluss, aber nur 12% der Deutschen. Es ist zu einer Spaltung unter den Ausländer/inne/n in etwa gleich große Gruppen gekommen: Eine Hälfte hat einen gesicherten Aufenthaltsstatus, meist auch eine abgeschlossene Berufsausbildung, bessere Wohnverhältnisse, eine niedrige Arbeitslosenquote – die andere Hälfte hat einen ungesicherten Aufenthaltsstatus und insgesamt schlechtere Daten (vgl. Herbert 2003: 295f.).

Im Jahr 2000 wurde die so genannte Green Card eingeführt, die Spitzenkräfte für Zukunftsbranchen für 5 Jahre nach Deutschland anwerben sollte. Nicht nur Spitzenkräfte fehlen in Deutschland. Prognosen sagen einen Bevölkerungsschwund von 81,5 auf 73 Mio. Menschen im Jahr 2020, auf 39,5 Mio. im Jahr 2050 voraus. 2030 würden dann bei einem gleich bleibenden Zuzug von rd. 300.000 Menschen p. a. ca. 50% Ausländer/innen in deutschen Großstädten leben. Zum Ausgleich einer – ohne Zuzug - negativen Bevölkerungsentwicklung setzt Herbert ein großes Eigeninteresse Deutschlands am Zuzug von Ausländer/inne/n voraus (vgl. Herbert 2003: 334).

Im Jahre 2001 leben über 8 Mio. Ausländer/innen in Deutschland, große Teile mit gesichertem Rechtsstatus, mit Anspruch auf soziale Leistungen und vergleichsweise hohem Lebensstandard. Es besteht ein hohes Potential an radikaler Ausländerfeindlichkeit und rassistischer Gewalttätigkeit. Dennoch ist ein hohes Maß an Integration und (in europäischem Maßstab) eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden (vgl. Herbert 2003: 336). Mit dieser Einschätzung kommt Herbert zu einem mit Geißler (2002, vgl. Kapitel 3.3) übereinstimmenden Ergebnis, dass insgesamt die wechselseitige Akzeptanz zwischen Deutschen und ethnischen Minderheiten in Deutschland zunimmt. Ebenfalls wurden jedoch auch Bereiche des problematischen Zusammenlebens von Ausländer/inne/n und Deutschen identifiziert, in denen gegenläufige, desintegrative Tendenzen

sichtbar werden. Auf kleinere Räume bezogene weiterführende Untersuchungen sind notwendig, um diese Trends genauer beurteilen zu können. Wird von türkischen Migrant/inn/en dargelegt, dass sie von kulturell bedingten besonderen Integrationshemmnissen betroffen sind (vgl. Geißler 2002: 304), so gilt dies in mindestens gleichem Maße für die Gruppe arabischer Flüchtlinge aus dem Libanon (vgl. Ghadban 2000).

Wie Herbert (2003) zeigt, beginnt eine Verfestigung des Aufenthaltes islamischer Minderheiten in Deutschland erst in den 1970er und 1980er Jahren. Im Gegensatz zur türkischen Minderheit, die in den Produktionsprozess einbezogen wird, sind arabische Minderheiten als Flüchtlinge von diesem Integrationsfeld ausgeschlossen, dabei jedoch durch die Sozialhilfeleistungen ökonomisch relativ unabhängig gestellt. Ghadban bezeichnet die Förderung der Abkapselung der Gruppen als unerwünschten Nebeneffekt der frei von Erwartungen gezahlten Unterstützungsleistungen (Ghadban 2000: 276f.). Durch eine wechselseitige Akzeptanz des Lebens in Flüchtlingsgemeinschaften (bei deutschen Behörden ebenso wie innerhalb der betroffenen Gruppen) wird ein Lebensstil gefördert, der eine generationenübergreifende Lebensplanung auf Basis von Sozialhilfe ermöglicht. Früh wird – in der Regel ein/e von den Eltern bestimmte/r - Ehepartner/in aus dem Libanon geheiratet, im Durchschnitt werden 8 Kinder pro Familie geboren, die in den Großfamilienstrukturen in der Heimatsprache und -kultur der Eltern leben, nahezu ohne Kontakt zu Deutschen. Ghadban stellt dazu fest, die Familienbeziehungen und die sozialen Vorstellungen, die in der Herkunftsgesellschaft von der Religion definiert sind, werden im säkularen Gastland in einer extremen Form reproduziert (vgl. Ghadban 2000: 278). Diese Erkenntnis stimmt mit einer ähnlichen Einschätzung Herberts (2003: 260) überein.

Es stellt sich angesichts der Entwicklung der deutschen Gesellschaft zu einer hetero-generen mit einem – gerade in den westdeutschen Großstädten - wachsenden multiethnischen Segment (Geißler 2002: 282) die Frage, wie sich diese Heterogenität der Bevölkerungsgruppen und ihrer Lebensstile auf das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen in den Großstädten auswirkt. Die Betrachtung der Integrationsproblematik zugewanderter Minderheiten in europäischen Großstädten im folgenden Kapitel (3.3.2) soll das Finden einer Antwort erleichtern.

3.3.2 Die Integrationsproblematik ethnischer Minderheiten in europäischen Großstädten

Eine These, die scheinbar unabhängig von lokalen, sozialen und individuellen Unterschieden einer allgemeinen Rückbesinnung auf überholt geglaubte Traditionen gilt, hat Claus Leggewie (1990) formuliert. Ausgehend von der Annahme, dass lokale Kulturen im Zuge der Globalisierung mehr und mehr ihre Unterschiede verlieren, kommt Leggewie zu der Einschätzung, dass Menschen sich in zunehmendem Maße auf ihre Wurzeln zurück besinnen und nach kultureller Selbstbestätigung suchen. In dem Maße, wie Städte implodieren und ihre sozialen Funktionen einbüßen, treten neue Formen alter Traditionen auf. Dieser Prozess der Selbstvergewisserung wird durch die verschiedenen Formen der Migration verstärkt. „Wer mitreden will, muss sich in den Gesprächskreis einer Szene begeben. (...) Sie verleiht dem Single ein Minimum 'kultureller Identität'. (...) die Reaktion ethnischer Herkunftsvergewisserung und quasi-ethnischer Gemeinschaftsbildung lässt nicht auf sich warten. Die Menschen halten die Vereinzelung und Unsicherheit nicht aus. (...) die erscheinende Fülle der inszenierten Lebensstile sind Wesensmerkmale unvollendeter und aufgehaltener Individualisierung“ (Leggewie 1990: 14f.).

Mit diesen Einschätzungen knüpft Leggewie an Simmels Erkenntnisse der Individualisierungstendenzen in Großstädten und ihre Auswirkungen auf die Zuwanderer/innen an. Darüber hinaus weist er auf die heute stärker als damals wahrnehmbaren globalen Konflikte hin: „Seit die Weltgesellschaft Wirklichkeit ist, häufen sich ethnische Spannungen und religiöser Furor. (...) Das könnte europäisches Schicksal werden: Ganz Europa gegen den Rest der Welt, und drinnen jeder gegen jeden“ (Leggewie 1990: 16, 20). Bei der Schilderung der Konfliktlage versäumt Leggewie nicht, auf das wesentliche Moment abnehmender Steuerung hinzuweisen, das mit der Auflösung traditioneller Normen einhergeht: „Während kulturelle Distinktionsprozesse in der postmodernen Gesellschaft für die Bestimmung und Behauptung sozialer Hierarchien bedeutsamer sind, versagen zunehmend die herkömmlichen Steuerungsmittel: Recht, Geld, Gewaltmonopol – angesichts der Pluralisierung und Individualisierung von sozialen Milieus“ (Leggewie 1990: 34).

Daniel Cohn-Bendit, der 1990 Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt am Main war, wird zitiert: Man müsse „... immer wieder die Kultur nutzen, um Fremdheit erst mal wahrnehmbar zu machen, um auch die positiven Elemente, die Fremdheit bedeutet, den Menschen zu bringen, damit sie das, was sie positiv erfahren im Ausland, auch hier mit übernehmen“ (Leggewie 1990: 67). Dieses Zitat weist auf einen

der Hauptaspekte des multikulturellen Anspruches hin: das Ernstnehmen der Anderen, der Fremden als Partner/innen im Prozess des gegenseitigen Kennenlernens, das auf Respekt und Wertschätzung beruht. Diese Sichtweise unterstützt Emanuel Richter (2005), für den Multikulturalität „mit einem durchdachten Konzept von kultureller Identität und politischer Koexistenz“ verbunden ist (Richter 2005: 5).

Die von Cohn-Bendit geforderte offene Haltung, die eine Verbindung erst möglich macht, ist nach Häußermanns Analyse (1995: 94) nur im Zuge von Wettbewerb und Arbeitsteilung realistisch. Eine allein auf kulturellen Besonderheiten beruhende Wertschätzung wird allenfalls oberflächlich integrative Wirkungen entfalten können. Durch die hohe Konkurrenz kultureller Angebote gerät der Konsum „kultureller Besonderheit“ gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen zu einem Luxus, auf den verzichtet werden kann. Voraussetzung einer Integration von sich unterscheidenden Bevölkerungsgruppen ist in erster Linie eine funktionierende Kommunikation. Ohne einen Dialog über „Weltbilder“, Vorbilder, Autoritäten, gesellschaftliche Zielvorstellungen, Werte, etc., der auch konflikthafte Auseinandersetzungen um die genannten Fragen einbezieht, bleibt die vielfach beworbene „multikulturelle Gesellschaft“ Utopie (vgl. Häußermann 1995: 94).

Stoff für einen streitbaren Dialog um kulturelle Differenz bieten aktuell vor allem Muslime in Westeuropa (vgl. Modood 2001: 30f.). Politische Erfolge und auch terroristische Aktivitäten der sich auf den Islam berufenden Anhänger/innen so genannter Gottesstaaten nehmen seit den 1980er Jahren weltweit zu. Revolutionsführer in der Tradition des Ayatollah Chomeini scheinen mit immer mehr Gefolgsleuten rechnen zu können. Jener hatte z. B. 1989 alle nicht dem Islam Angehörenden als „unrein“ bezeichnet: „Es gibt Dinge, die unrein sind: Urin, Exkreme, Sperma, Hunde, Schweine, Ungläubige“ (Leggewie 1990: 74). Dies muss als klare Absage an jede Form von Multikulturalität gewertet werden. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit solche Ansichten bei in Westeuropa ansässigen Muslim/inn/en verbreitet sind und wie sie sich gegebenenfalls auf eine friedliche Koexistenz auswirken. Eine Zeitungsnotiz unter dem Titel „Schwule Sau“ (Franke 2007), weist auf eine Veröffentlichung der Berliner Ahmadiyya-Gemeinde hin, in der behauptet wurde, dass der Verzehr von Schweinefleisch homosexuell mache. Dies wirft ein Schlaglicht auf die Aktualität der auch in Berlin bei einem Teil der Migrant/inn/en verbreiteten „Unreinheits“-Vorstellungen.

Angesichts der steigenden Zahlen von Muslimen in Westeuropa und angesichts ihres auch institutionell zunehmenden Einflusses, z. B. durch staatlich geförderten Islamunterricht, der von einem fundamentalistischen Verein (Islamischer Föderation) in Berlin gerichtlich

erzwungen wurde und durchgeführt wird, haben die beiden großen christlichen Konfessionen in Frankreich, England, Deutschland Konkurrenz bekommen (vgl. Leggewie 1990: 75). Ein erstarktes Selbstbewusstsein muslimischer Migrant/inn/en in Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft ist in Teilen von Berlin, wie auch im Schöneberger Norden deutlich wahrzunehmen (vgl. Kap. 5). Dies ist in Zusammenhang mit der Entwicklung der lokalen wie globalen muslimischen Gemeinde zu verstehen. Im Vergleich mit dem Christen- oder Judentum verfügt der Islam zwar über einen weitaus geringeren Organisationsgrad (vgl. Schiffauer 2000: 142), es ist jedoch festzustellen, dass Berliner Moscheen in der Regel einen höheren Zulauf haben als viele christliche Kirchen.

Die weltweit präesente Bewegung eines politischen Islam greift das Erstarren der muslimischen Gemeinschaft mit dem Ziel auf, islamische Gottesstaaten zu errichten. Troll (2001) weist auf die von einflussreichen Ideologen des politischen Islam gepredigte „erstaunlich griffige Vereinfachung in der Analyse `des Westens` und des `Säkularismus`“ (Troll 2001: 58) hin. Diese würden als totale Negation dessen projiziert, wofür der Islam stehe und entsprechend undifferenziert bekämpft. Diese Interpretation weist auf einen möglicherweise aus islamistischen Motiven forcierten anti-säkularen Aspekt von Lebensstilkonflikten in westlichen Großstädten hin. Inwieweit der Untersuchungsgegenstand der Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden von dieser Motivation beeinflusst wird, wird im Zuge der Untersuchung geprüft.

Die Haltung gegenüber der Gleichberechtigung von Frauen ist von zentraler Bedeutung für eine Beurteilung der Fähigkeit zum weitgehend konfliktfreien Zusammenleben von Deutschen und Migrant/inn/en. Der so genannte Kopftuchstreit ist nach wie vor von großer Aktualität. Das im Koran (Sure 23, Vers 59) missverständlich dargestellte Verschleierungsgebot der Frauen des Propheten (vgl. Schirmacher 2002: 120ff.) sorgt dafür, dass Musliminnen heute freiwillig oder gezwungenermaßen zur Demonstration ihres Glaubens ein Tuch um den Kopf bis hin zum Ganzkörperschleier tragen. In Frankreich war das Tragen des Kopftuches (Hijab) an Schulen lange Zeit ein Thema öffentlicher Debatten. In einem offenen Brief vom 02.11.1989 fürchteten prominente französische Intellektuelle, wie Elisabeth Badinter, Régis Debray u. a., ein „appeasement“ mit der Großmacht des islamischen Fundamentalismus (Leggewie 1990: 79). Schule sei ein Ort der Emanzipation – besonders der jungen Frauen - vom Patriarchat ihrer Väter und Brüder. Es gehe um die Eliminierung religiösen und kulturellen Ballasts. Die Frage bleibt offen, wie dies auf Dauer gegen den erklärten Willen vieler betroffener muslimischer

Frauen durchzusetzen sein kann. Konflikte und Spaltungen innerhalb der muslimischen Gemeinden werden nicht zu vermeiden sein.

In Deutschland wurde im Jahr 2000 der Kopftuchstreit durch den bis vor dem Bundesgerichtshof ausgetragenen Prozess der muslimischen deutschen Lehrerin Fereshta Ludin populär. Das Festhalten an dem mit der Verschleierung einhergehenden Frauenbild weist auf das Festhalten am kulturellen Konzept der Ungleichheit der Geschlechter hin. Dieses steht im Widerspruch zum Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das vielfache Propagieren dieser und anderer Differenzen zum westeuropäischen Wertesystem erschwert ein friedliches nachbarschaftliches Zusammenleben in europäischen Großstädten und unterstützt separatistische Neigungen von Islamist/inn/en.

Leggewie konzentriert sich in seiner Untersuchung des multi-kulturellen Zusammenlebens in Westeuropa auf die Gefahr des Islamismus. Er weist auf „nicht mehr übersehbare“ Versuche einer organisierten Islamisierung über Jugendliche und vor allem Frauen hin und stellt dar, dass weniger die „offiziellen Geistlichen“ als vielmehr „deklassierte Intellektuelle und charismatische Lokalhelden“ mit psychischem Druck und Manipulation arbeiten. Vor allem werden weit verbreitete Enttäuschungen unter Muslim/inn/en für antiwestliche Affekte genutzt. Gerade unter hohem familiärem Anpassungsdruck stehende junge islamische Frauen sind häufig Opfer dieser Strategien. Als zweites wird die Offizialisierung der über die Frauen wieder eingeforderten religiösen Lebensführung auf lokaler Ebene betrieben: bevorzugtes Terrain sind dabei die Schulen, was durch Gründung von Vereinen, Protestaufmärschen, Deklarationen und Prozesse unterstützt wird. In der dritten Etappe verlangen die Aktivist/inn/en unter Hinweis auf den hohen Anteil rechtgläubiger Kinder die Adaption des gesamten Schulsystems an die Scharia: Wegfall unreiner Unterrichtsmaterialien, Aufhebung der Koedukation und muttersprachlicher Unterricht in der Sprache des Propheten für alle Fächer. Auch wenn kein Plan dahinter steckt, laufen solche Kampagnen auf die vollständige Islamisierung ganzer Viertel und Ortschaften hinaus, der sich Ungläubige gleich welcher Abstammung oder Religion zu unterwerfen haben. Leggewie stellt fest, dass paradoxerweise gerade eine laizistische Verbannung der Kirche aus den Schulen die unkontrollierte Missionierung der Gläubigen durch private Koranschulen erlaubt. Diese werden im Milieu identitätsbedrohter Einwanderer zwangsläufig zur Domäne traditionalistischer Lehrer, zum Teil militanter Fanatiker (vgl. Leggewie 1990: 84f.).

Mit seiner idealtypischen Darstellung des Prozesses ideologischer Einflussnahme gibt Leggewie klare Hinweise darauf, dass eine stagnierende und rückläufige ökonomische

Lage mit verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt einen idealen Nährboden für Benachteiligungsideologien mit daraus begründeten Hass- und Rachemotiven gegenüber scheinbar oder tatsächlich Privilegierten bietet. Darin besteht gerade bei unerfahrenen jungen Menschen eine nicht zu unterschätzende Gefahr ideologischer Fanatisierung, die Lebensstilkonflikte zu existenziellen Unvereinbarkeiten erklären kann.

Anhand einiger durch die Beobachterin Sigrid Baringhorst zitierter Stellungnahmen während des bekannten Rushdie-Tribunals in Bradford/Großbritannien 1989 wird die absolut intolerante Haltung islamistischer Kreise gegenüber religionskritischen Schriftstellern deutlich. Auszüge von Rede, Gegenrede und die Begründung von Aussageverweigerung im Fall eines Sachverständigen illustrieren ein Klima, das so sehr von Emotionen und Affekten wie Wut und Angst geprägt wird, dass eine sachliche Debatte über die Texte des Schriftstellers nicht möglich ist (Leggewie 1990 nach Aufzeichnungen von Sigrid Baringhorst: 91ff.). Stimmung zu machen und damit möglichst viele Menschen anzustecken, scheint wichtiger als jede inhaltliche Auseinandersetzung. Die Gläubigen werden genutzt, um Macht in Form von Druck auszuüben. In einem solchen Klima geraten Urteile leicht zu Aufrufen zur Selbstjustiz („Kill Rushdie!“). Anhand von Umkehrungen von Ursache und Wirkung (Rushdie hat die Aufstände zu verantworten) in Verbindung mit absoluten Werturteilen und Berufungen auf nicht-diskutable Glaubensfragen versuchten Extremisten in Bradford, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Die Argumentation dokumentiert Thesen über den Westen („Kreuzzugsmentalität, Gotteslästerung, moralische Leere, etc.“), die 16 Jahre nach dieser Verhandlung kaum an Aktualität verloren haben. Auch Modood (2001) bezieht sich u. a. auf die Rushdie-Affäre, wenn er konstatiert, dass diese „bei einigen jungen in Großbritannien geborenen Muslimen dazu geführt (hat), das Konzept der `umma` (Gemeinschaft aller Muslime) als globale Opfergemeinschaft neu zu erfinden“ (Modood 2001: 31).

Im Februar 2006 beherrschen Proteste gegen bereits im September 2005 veröffentlichte Mohammed-Karikaturen einer dänischen Zeitung die Schlagzeilen. Dies kann als Indiz für das Fortschreiten des o. g. Prozesses der öffentlichkeitswirksamen Entrüstung und Empörung muslimischer Gläubiger gegen Ungläubige gedeutet werden. Es bleibt zu beobachten, wie sich diese weltweite Diskussion innerhalb westeuropäischer Großstädte mit zunehmender islamischer Bevölkerung auf das Zusammenleben unterschiedlicher Lebensstilgruppen auswirkt.

In Anlehnung an Simmels Ausführungen über den „objektiven Fremden“, der „zugleich nah und fern“ ist (Simmel 2005: 1f.) weist Leggewie auf die Ambivalenz gegenüber dem

Fremdartigen hin: Einerseits faszinierend aufgrund von Projektionen sowie Wünschen, das Fremde möge Verbesserungen und Erfüllungen von Sehnsüchten bringen, kann der Fremde andererseits die Angst vor Feindlichem, vor Unbewusstem und Verdrängtem verkörpern, die abgewehrt werden muss (Leggewie 1990: 99). Leggewie tritt denen entgegen, die ein „Fremdsein“ an bestimmte feststehende Unterschiede knüpfen wollen, die angeblich ihre Originalität ausmachen und gibt zu bedenken: „Rassist ist, (...) wer die Menschen einzig von ihrer Herkunft her zu bestimmen und in ihren Möglichkeiten auf alle Zeit zu fixieren sucht“ (ebenda: 103). Leggewie übt, wie auch Häußermann, Kritik an der großstadtypischen gleichgültigen Toleranz (Häußermann 1995: 94), die sich sowohl gegenüber dem als auch den Fremden verschließt.

Im Zuge dieses Gedankens sieht Leggewie wirklich multikulturelle als pluralistische Gesellschaften mit „wechselhaften Beziehungen und Kreuzungen“ an (vgl. Leggewie 1990: 109). Die in Berlin legitimierte Praxis, einer fundamentalistischen Organisation wie der Islamischen Föderation den Islamunterricht für Berliner Muslim/inn/e/n anzuvertrauen, stärkt jedoch die dem genannten Ziel entgegenwirkenden Kräfte. Leggewie weist auf die Notwendigkeit ökonomischer wie auch rechtlicher Integration von Migrant/inn/en hin, um in einen Dialog über Vorstellungen des Zusammenlebens eintreten zu können (vgl. Leggewie 1990: 142). Dies setzt einen höheren Organisationsgrad von Migrant/inn/en voraus, so dass konsensfähige politische Vorstellungen, die in einen solchen Dialog hineinzutragen wären, entwickelt werden können.

Islamistische Bewegungen in Deutschland (und in Westeuropa) setzen sich für einen neuen Wertekonsens in der westlichen Gesellschaft ein und fordern ein islamisches, an der Scharia orientiertes Grundgesetz (vgl. Brunner 2005: 13f.). Inwieweit diese Vertreter/innen in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die Regeln des Zusammenlebens in der deutschen Gesellschaft aufzunehmen wären, muss danach entschieden werden, ob eine Tabuisierung zur Auflösung oder zur Verstärkung der Bestrebungen führt. Der Vorteil öffentlicher Debatten liegt in der Einbindung der Randfiguren und dient einer auf Nachhaltigkeit und Zukunft gerichteten Kommunikation. Der Nachteil besteht in der Suggestion von Verhandlungsspielräumen, die real nicht existieren.

Während Leggewie die Bedingungen eines multikulturellen Zusammenlebens skizziert und vereinzelt vor Fehlentwicklungen warnt, kommt der aus Damaskus stammende Bassam Tibi zu der Auffassung, dass die islamische Zuwanderung nicht allein in Deutschland, sondern europaweit gescheitert sei (Tibi 2002). Er stützt seine These anlässlich der Attentate des 11. September 2001 in New York unter anderem darauf, dass

die Täter arabische Islamisten und einige von ihnen Migranten aus Deutschland waren. Tibi unterstellt der deutschen Politik Offenheit und Liberalität „aus schlechtem Gewissen wegen seiner totalitären Vergangenheit“ und unterscheidet die in Deutschland vorherrschende, überwiegend durch Schieberbanden organisierte, „zufällige“ Zuwanderung von einer rechtlich und politisch gesteuerten Einwanderung (Tibi 2002: 9f.). Tibi weist darauf hin, dass die Arbeitsmigrant/inn/en neben ihrer Arbeitskraft auch ihre Familien und Lebensstile mit nach Deutschland brachten und in sehr unterschiedlicher Weise mit der vorgefundenen Kultur umgingen oder auf Angebote reagierten. Er unterscheidet verschiedene Stufen der Annäherung: die Assimilation, die Integration und die Abschottung: „Kommt es weder zur Assimilation noch zur Integration, dann gedeihen abgeschottete Diaspora-Kulturen“ (Tibi 2002: 12).

Da der Begriff Integration in der vorliegenden Untersuchung eine zentrale Bedeutung hat, werden die Thesen Tibis zur Migrant/inn/enintegration in deutsche Städte aufgegriffen und in Bezug zur Schöneberger Situation gesetzt. Dabei ist voranzustellen, dass in Anlehnung an Häußermann (2005) von einem differenzierten Integrationsbegriff ausgegangen wird, der zwischen der Integration der Gesellschaft und der Integration in die Gesellschaft unterscheidet: „Die Aufnahmegesellschaft hat auch ein Integrationsproblem. Gesellschaften sind heterogen, lokale und regionale Traditionen spielen dabei ebenso eine Rolle wie religiöse Differenzen, vor allem aber die unterschiedliche Verteilung von Macht, Besitz und Privilegien.“ (Häußermann 2005: 19). Der Prozess der Integration ist von verschiedenen Integrationsmechanismen abhängig. Häußermann unterscheidet die Ökonomie, die über Konkurrenz und Kooperation den Zusammenhang von Arbeitsteilung herstellt, die politische Herrschaft, die durch Rechtssetzung, Zwang oder Förderung das Funktionieren des heterogenen Ganzen überwacht und das gewaltfreie Zusammenleben sicherstellt und/oder gemeinsame Werte oder Normen, die Übereinstimmung, Zugehörigkeitsgefühle und Solidarität erzeugen, wie es in traditionellen Gesellschaften üblicherweise der Fall ist, aber auch bei Nationalstaaten, die auf einer als ‚gemeinsam‘ definierten Kultur gegründet sind. „Eine Gesellschaft gilt dann als hinreichend integriert, wenn sie funktioniert, das heißt, wenn sich die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder loyal verhält“ (Häußermann 2005: 20f.).

Zu seinem Integrationsbegriff führt Tibi aus, dass Integration (von muslimischen Migrant/inn/en in die deutsche Gesellschaft) die Annahme einer europäischen Identität als Citoyen zu umfassen hat, da Integration gleichermaßen gegen Parallelgesellschaften und eine multikulturelle Wertebeliebigkeit gerichtet sein muss. „Wenn die Deutschen keine

europäische Leitkultur wollen, überlassen sie den Islamisten das Feld, die ihre Leitkultur des politischen Islam sowie seine Scharia-Weltsicht und Gottesgesetze als Richtschnur für eine abgekapselte Identität für die islamischen Migranten durchzusetzen beabsichtigen“ (Tibi 2002: 14). Tibi stimmt mit Leggewie (1990) überein, wenn er politische Gleichstellung und Beteiligung der Migrant/inn/en propagiert. Er geht jedoch insoweit über Leggewies Forderung hinaus, dass er vor einer Öffnung für den Dialog und die Diskussion eine unabänderliche Wertebasis fordert.

Tibi weist darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft aufgrund der demographischen Stagnation und des Bevölkerungsrückganges zukünftig von einer Einwanderung von Migrant/inn/en profitieren kann. Dabei kritisiert er die unregelmäßige Zuwanderung von Armutsflüchtlingen, denen es sowohl an der benötigten Qualifikation als auch an den ideologischen Voraussetzungen zur Integration fehlt: Die in den Medien weltweit zur Schau gestellte Prosperität des Westens und vor allem die Leistungen seiner Sozialsysteme fördern diesen Zustrom und ziehen Zuwanderer an. In diesem Rahmen kommen auch Islamisten nach Europa, denen die Diaspora und der Sozialstaat einen Freiraum bieten. Dazu gehört die Finanzierung ihrer anti-westlichen Aktivitäten, die sie als „gemeinnützig“ tarnen (vgl. Tibi 2002: 14f.). Tibi kann diese These zwar anhand einzelner Beispiele qualitativ belegen, eine quantifizierende Aussage über den Umfang und die daraus ableitbare Bedeutung dieser Strömung fehlt jedoch.

Bevor Tibi auf die Integrationsmechanismen der Aufnahmegesellschaft eingeht, stellt er den sich auf die Religion des Islam berufenden Islamismus als Weltanschauung vor. Im Unterschied zur Einstellung einfacher Muslime beschreibt Tibi den Islamismus als eine Strategie von Anhänger/inne/n eines fundamentalistischen, radikalen und politischen Islam, der keine Trennung von Staat und Religion kennt und sich an alle Anhänger/innen des muslimischen Glaubens mit der Absicht wendet, sie alle zu aktiven Förderer/inne/n zu machen. Sich religiöse Dogmen aneignende, diese in ihrem machtpolitischen Sinn interpretierende und mit aller Härte durchsetzende Führer seien weltweit aktiv und in kleinen, nach außen hin unabhängig voneinander wirkenden Gruppen tätig. Weltweite wirtschaftliche Krisen, Konflikte und Kriege machten es islamistischen Gruppen leicht, den Westen als Ganzes mit allen westlichen Werten als „Aggressoren im Krieg gegen den Islam“ anzuprangern und somit unter jungen, orientierungslosen Muslim/inn/en zu höchstem persönlichen Einsatz bereite „Vergeltungskrieger/innen“ zu rekrutieren (vgl. Tibi 2002: 26). Diese Einschätzung geht weit über die bei Leggewie (1990) und Häußermann (1995) anklingende Besorgnis über mangelnde Integrationsstrategien in der

deutschen Gesellschaft hinaus. Tibi deutet vielmehr die Möglichkeit verstärkter aggressiver Angriffe auf die westliche Ordnung und Orientierungsmaßstäbe seitens der wachsenden und an Einfluss gewinnenden fundamental-islamischen Minderheit an.

Tibi hält zwar die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime nach wie vor für unbeeindruckt von radikalen Organisationen, doch er warnt davor, deren Einfluss zu unterschätzen. Tibi nimmt Bin Ladens El Kaida-Organisation als neue Ebene eines islamistischen Kampfes, als Gefahr für Europa sehr ernst und zeichnet mögliche Terrorstrategien vor dem Hintergrund internationaler Migration nach. Er geht dabei davon aus, dass die Anschläge durch die global vernetzte islamistische Bin-Laden-Connection mehr als ein einfacher Akt des Terrorismus, eine Kriegserklärung des Islamismus an die westliche Zivilisation sei. Bin Laden stehe in der geistigen Tradition von Protagonisten wie Sayyid Qutb, die einen Krieg des Glaubens (Iman) gegen den westlichen Unglauben (Kufr) zu führen gedächten. Tibi stellt dar, dass diese Strömung auch in der Diaspora der Migration ihr Netz besitzt. Das Bin Laden-Netz des Islamismus habe in zweifacher Weise die bestehenden Strukturen der Migration ausgenutzt: 1. die offenen Grenzen des Westens, die die Mobilität der Terroristen erleichtern und 2. den Multikulturalismus, der Freiraum für Diasporakulturen der Migrant/inn/en schaffe. „Genau in diesem Freiraum bewegten sich die islamistischen Terroristen wie Fische im Wasser“ (Tibi 2002: 30f.). Die nachgewiesene Beteiligung von El-Kaida-Organisationen an einträglichem Drogen-, Waffen- und Menschenhandel lege nahe, dass die Organisation finanziell unabhängig und langfristig handlungsfähig sei (vgl. Tibi 2002: 34).

Die These Tibis von der Gefahr des Rekrutierens junger Muslime der zweiten Einwanderergeneration durch Islamistenorganisationen wurde in Westeuropa durch die Realität der Anschläge von Istanbul 2004, Madrid 2004 und London 2005 bestätigt. Tibi weist auf einen weiteren problematischen Aspekt bei der Betrachtung islamistischer Bestrebungen hin, den Antisemitismus. Er beschreibt im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit Islamist/inn/en in Deutschland eine bewusste Instrumentalisierung des Antisemitismus: „Die Islamisten verletzen Menschenrechte, verbieten sich aber jegliche Kritik, indem sie Andersdenkende verdächtigen, ein Feindbild vom Islam zu schüren, und diesen vermeintlichen Antiislamismus dem Antisemitismus gleichstellen“ (Tibi 2002: 38). Aus der Prognose, dass die aus kulturellen Differenzen auch zwischen verschiedenen Migrantengruppen in Deutschland sich ergebenden Zivilisationskonflikte von Islamisten weiterhin politisiert würden, leitet Tibi einen sich spätestens etwa zur Mitte des 21. Jahrhunderts

entwickelnden Dominanzanspruch gegenüber anderen Religionen ab, deren Anhänger/innen im Gegensatz zum Islam zahlenmäßig geschwächt sein würden (Tibi 2002: 40).

Dem Islamismus gilt der Andersdenkende als Feind, der unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu bekämpfen ist. Eine solche Ideologie macht seine Anhänger/innen integrationsunfähig. Tibis diesbezügliche Analyse trifft jedoch auf die schweigende Mehrheit von einfachen Muslim/inn/en nicht zu. Um ihnen gerecht zu werden, ist differenziert nach dem Grad ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft in Bezug auf berufliche Chancen, politische Partizipation, soziale Sicherheit, Teilnahme an kulturellen und Freizeitaktivitäten u. a. zu fragen. Häußermann (2005: 24) stellt dazu fest: „Das `Integrationsproblem' (...) stellt sich nur auf einer normativen Grundlage, nämlich vor dem Postulat von Gleichheit und verwirklichten Menschenrechten, auf die sich eine moderne und demokratische Gesellschaft verpflichtet hat.“ Sind die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe gegeben, sollte eine Verbreitung vormoderner Ideologien ausgeschlossen sein.

Tibi plädiert dafür, dass Europa sich angesichts der Herausforderungen durch die Migration verstärkt um Stabilität der innereuropäischen Verhältnisse bemüht und mehr Steuerungs- und Kontrollleistungen erbringt, um diese insgesamt bewahren zu können. Er warnt in diesem Zusammenhang vor einer Aufgabe fundamentaler Normen und Werte und empfiehlt, Europa habe das Recht, seine Einwanderer/innen nach einem Migrationskonzept auszusuchen. Es müsse parallel zur Aufnahmebereitschaft für viele Millionen fremde Menschen seine zivilisatorische Identität als „Insel der Freiheit“ bewahren, und es müsse dafür sorgen, sein westlich-demokratisches Gemeinwesen dadurch intakt zu halten, dass es die Migrant/inn/en politisch-kulturell als Wahleuropäer/innen integriert.

Tibi stellt fest, dass etwa eine halbe Million Menschen jährlich illegal nach Europa eingeschleppt würden. Dafür kassiere das organisierte Verbrechen 9 Mrd. Euro. Auf diese Weise kämen nicht einfach Menschen, die sich eingliederten. Die Herkunft dieser Menschen aus anderen Zivilisationen bedinge vielmehr, dass sie andere zivilisatorische Weltanschauungen und Ordnungsvorstellungen sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis mitbrächten. Für diese Werte und Normen kultureller und religiöser Kollektive werde im Namen von Minderheiten- beziehungsweise Menschenrechten Geltung beansprucht. Seine Analyse geht so weit festzustellen, im Rahmen der Migration verlagerten sich die Menschenrechte von individuellen zu Rechten von Kollektiven (vgl. Tibi 2002: 80ff.).

Auf diese fundamentale Unterschiedlichkeit zwischen muslimischen und christlichen Wertegemeinschaften geht Tahar Ben Jelloun (Leick 2005) ebenso wie die Islamwissen-

schaftlerin Christine Schirrmacher (2002) ein. Jelloun bleibt – anders als Schirrmacher – nicht bei der Beschreibung der Unterschiede zwischen den Religionen des Islam und des Christentums. Er legt einen fundamentalen Unterschied zwischen westlicher Demokratie und der traditionell islamischen Stammesgesellschaft dar: „In einer Stammesgesellschaft hat Demokratie keinen Sinn, denn im Stamm ist das Individuum nichts, während es mit seiner Entscheidungs- und Gewissensfreiheit in der Demokratie alles ist“ (Leick 2005: 20).

An dieser Stelle ist noch einmal auf den grundlegenden Unterschied vormoderner und moderner Gesellschaften hinzuweisen, der darin besteht, dass Individualität in vormodernen Gesellschaften Isolation bedeutet und die Existenzgrundlage gefährdet. Häußermann legt dar, dass großstädtische Toleranz gegenüber Fremden auf wechselseitiger Gleichgültigkeit beruht (vgl. Häußermann 2005: 26f.). In Arbeitervierteln der Großstädte im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert war man auf solidarische Netzwerke und Unterstützung von Freunden, Nachbarn und Familie angewiesen. Individualisierung konnte die Existenzgrundlage gefährden. „Individualisierung kann sich nur leisten, wer nicht auf solidarische Notgemeinschaften angewiesen ist“ (Häußermann 2005: 27). Zuwanderergruppen aus vormodernen Gesellschaften werden nach wie vor aus nachvollziehbaren Gründen dazu neigen, ihre solidarischen Netzwerke in Berlin und in der früheren Heimat gegenüber den beängstigenden individualistischen Lebensstilen ihrer westlich geprägten Nachbarschaft vorzuziehen. Wie sich dies im Kontakt innerhalb der Nachbarschaft und in Bezug auf ihre Integration auswirkt, wird am Beispiel entsprechender Lebensstilkonflikte deutlich.

Häußermann stellt dar, wie z. B. in den USA räumlich separierte ethnische Kolonien (communities) die Integration in die Stadtgesellschaften gewährleisten. „Im ‚Mosaik kleiner Welten‘ sind die Gemeinschaften intern durch kulturelle Übereinstimmung, also durch eine gemeinsame Werteordnung integriert, halten aber räumliche Distanz zueinander“ (Häußermann 2005: 27). Entscheidend für eine Bewertung von Segregation im Hinblick auf Integration ist daher die Frage, ob es sich um eine von Migrant/inn/en selbst geschaffene, den Übergang erleichternde, temporäre Zwischenstation oder um eine Dauerlösung handelt. Nach Häußermann (2005) besteht ein ‚Desintegrationsproblem‘ erst dann, wenn Konflikte sich gewaltsam entladen, das Funktionieren oder den Bestand der Gesellschaft insgesamt gefährden und wenn durch Diskriminierung, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit Teilgruppen der Gesellschaft permanent verletzt werden.

Im Rahmen der Ursachenforschung für den nach seinen Beobachtungen drohenden Wandel fundamentaler Werte in Europa wendet sich Tibi (2002) dem Problem der Alimenterung der Armutsbevölkerung zu. Damit nimmt er Bezug auf die Debatte über die „New Urban Underclass“ (vgl. Wilson 1987, O’Connor 2004, Häußermann/ Kronauer/ Siebel 2004) und den Unterschied zwischen dem entsprechenden Konzept in den USA, nach dem Arme bezogen auf die gesamte Lebenszeit maximal 5 Jahre staatlich subventioniert werden können und dem nach deutschem Recht möglichen Erhalt sozialer Unterstützungsleistungen auf Lebenszeit. Tibi skizziert, dass die europäische - weltweit einzigartige - soziale Leistungsfähigkeit und -bereitschaft Parallelgesellschaften mit dem Charakter ethnischer Armutskultur fördert, die die Sicherheit der Aufnahmegesellschaften substantiell bedrohen können. Tibi stellt fest, es gäbe eine Gruppe von Zuwanderer/innen/n, die allein den Konsum von Sozialleistungen als Zuwanderungsmotiv habe. Diese Gruppe, die Tibi weder qualitativ noch quantitativ näher definiert, sei mitverantwortlich dafür, dass sich in ihren Nachbarschaften Fremdenfeindlichkeit verstärke (vgl. Tibi 2002: 90ff.). Zur Lösung dieses Problems schlägt Tibi die Orientierung am amerikanischen System vor, das seit 1996 Migrant/inn/en von der Gewährung von Sozialhilfeleistungen für die ersten zehn Jahre ihres Aufenthaltes ausschließt. Häußermann/ Kronauer/ Siebel weisen darauf hin, dass Beschränkungen von Sozialleistungen gegenüber dauerhaft Armen zur Verfestigung von sozialen wie auch räumlichen Notlagen beitragen können und der Kriminalisierung von Armut Vorschub leistet, wie Beispiele in den USA zeigen (vgl. Häußermann/ Kronauer/ Siebel 2004: 17).

Im Zuge des viel diskutierten Umbaus des Sozialstaates ist zu beobachten, inwieweit der Vorschlag der drastischen Senkung der Sozialleistungen in Bezug auf alle in Deutschland lebenden Menschen in absehbarer Zeit Realität wird. Es ist davon auszugehen, dass die Verteilungskämpfe und Konflikte der auf soziale Unterstützung Angewiesenen zunehmen und dass diese Entwicklung eine Annäherung von ärmeren Deutschen und Migrant/inn/en eher erschwert. Auf der Suche nach einem Weg, der unterschiedliche soziale Gruppen in Deutschland zu einem weiterhin friedlichen Zusammenleben führen kann, sehen sowohl Leggewie als auch Tibi Perspektiven, die sich vornehmlich an die integrationsbereiten Zuwanderer/innen wendet. Beide Autoren warnen vor einer „multikulturellen Beliebigkeit“, die nur schwer ein Desinteresse an den jeweils Anderen verberge. Ebenso wie Leggewie (1990: 103) in Bezug auf „die Fremden“ eine Bereitschaft zur lernenden Veränderung annimmt, sieht Tibi eine wandelbare islamische Identität, die kulturelle Diffe-

renzen anerkennt, ohne diese zu unveränderbaren Festschreibungen erklären zu wollen (vgl. Tibi 2002: 105f.).

Mit Bezug auf Integrationsprobleme von Migrant/inn/en in der deutschen Hauptstadt weist Tibi (2003) auf besondere Notlagen arabischer Flüchtlinge hin und kritisiert, dass die sozialstaatliche Versorgung vieler Flüchtlingsgenerationen eher einer Art von Entsorgung gleicht, wenn nicht andere Angebote zur Integration folgen – oder angenommen werden. Er kritisiert, es fehlt an alternativen Vorbildern und den nachfolgenden Generationen wird jede Perspektive genommen. Die Schule, an der die Last hängt, kann die Erziehungsaufgabe der Vermittlung des Wertes von Arbeit alleine durch theoretische Unterweisung nicht leisten.

Zum Thema Jugenddelinquenz migrantischer Jugendlicher zitiert Tibi den Bericht eines Berliner Richters über Supermarktüberfälle, die ausschließlich von ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden begangen wurden. Ein erheblicher Teil dieser Jugendlichen käme aus arabisch-libanesischen Familien, von denen unverständlicherweise eine Reihe trotz strafrechtlicher Belastung eingebürgert worden seien. Diese Einwanderer seien als vormalige Slum-Bewohner aus dem Libanon, die während des Bürgerkrieges illegal durch Schieberbanden über Ost-Berlin nach Deutschland gekommen seien, klassifiziert worden. Oft wären sie aus der untersten Schicht der libanesischen Gesellschaft gekommen und seien Analphabet/inn/en. Die Jugendlichen hätten zumeist kein Bewusstsein davon, dass sie eine Straftat begangen hatten. Sie wären alle fest davon überzeugt, dass man in Deutschland als Jugendlicher Straftaten begehen kann und nicht bestraft wird.

Tibi schlussfolgert, wenn in einem ethnischen Milieu eine bestimmte Kultur entsteht, die eine feindselige Haltung gegenüber der Gesellschaft hat, dann überlegen sich Jugendliche, wie sie die Gesellschaft ausplündern können. Sie entwickeln Strategien und später entsteht das Nachahmungs-Problem (vgl. Tibi 2002: 123ff.). Diese Gefahr ist insbesondere dann gegeben, wenn Armutsquartiere – Quartiere, die monostrukturell überwiegend von Armen bewohnt werden - entstanden sind, in denen kaum noch Vorbilder des Mittelstandes leben. Auf entsprechende sozialräumliche Prozesse haben Häußermann/Kronauer/ Siebel (2004: 27) hingewiesen. Häußermann/ Kapphan (2004) stellen im Zuge der Darstellung von Segregationsprozessen in Berlin das Phänomen der Spirale sozialer Erosion (Häußermann/ Kapphan 2004: 211) in benachteiligten und benachteiligenden Gebieten fest.

Tibi ergänzt die Beobachtungen um die von ihm beschriebene Gefahr, dass dauerhaft arbeitslose Zuwanderer/innen in ihrer Erwerbslosigkeit nicht das wirtschaftliche Markt-

problem erkennen, sondern sie als Symptom bewusster ethnischer Ausgrenzung begreifen. Dieses Phänomen weist auf ein hohes Konfliktpotenzial hin wird von Fundamentalist/inn/en zu Zwecken der Gewinnung weiterer Anhänger/innen instrumentalisiert (vgl. Tibi 2002: 131). In verstärktem „Unterricht in Demokratie und Ethik statt Islam-Unterricht in der Sprache des Propheten“ sieht Tibi daher eine der wichtigsten Aufgaben der Pädagogik und des Bildungswesens (vgl. Tibi 2002: 156ff.).

Tibi stellt die Integration muslimischer Migrant/inn/en als wichtigste Voraussetzung eines friedlichen multikulturellen Zusammenlebens in deutschen Großstädten dar. Bei einem Scheitern dieser Aufgabe können Islamistenverbände die Zukunft der europäischen Demokratien verändern und die ihnen zugrunde liegenden Werte unterminieren (vgl. Tibi 2002: 193f.). Zu beachten ist, dass Integration nur auf individueller Ebene erfolgen kann, nicht auf der Ebene von Kollektividentitäten (vgl. Tibi 2002: 196). Zur Bewahrung des inneren Friedens, zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte ist der Entwicklung paralleler ethnisch-religiös verbundener Quartiere vorzubeugen: „Ein Scharia-Islam kann nur in Parallelgesellschaften mit eigener Rechtsprechung gedeihen; bei ethnisch-religiösen Ballungen kann dies langfristig auch zu separatistischen Bestrebungen führen. (...) So behaupten die Islamisten: ‚Demokratie ist ein Unglaube!‘(...), Gewalt wäre an der Tagesordnung, auch gegen Muslime, die sich der Scharia nicht beugen würden“ (Tibi 2002: 199ff.).

Erkennt Tibi als europäische Werte die Entfaltung der Individualität des Menschen und die Kultur übergreifende Toleranz der Aufklärung, kritisiert er jedoch die westeuropäische Indifferenz als Schattenseite der Toleranz, die auch einen gravierenden Verlust an Werten erkennen lasse (Tibi 2002: 232ff.). Die immer stärker zu beobachtende, neo-absolutistische Tendenz zur Selbstbehauptung bei Migrant/inn/en sei eine Reaktion auf die „wertelose Toleranz“ (Tibi 2002: 236f.). Da diese Einstellung bei Nicht-Europäer/inne/n als Schwäche oder „Ausdruck der Dekadenz einer ohnehin kriselnden Zivilisation“ (ebenda: 244) wahrgenommen wird, bedarf es weiterer Übersetzungshilfen im Zuge eines Dialogs und einer wirksamen Vermittlung europäischer Werte. Tibi setzt der Integrationsunwilligkeit, die er weiten Kreisen streng religiös lebender Muslim/inn/e/n in Deutschland unterstellt, die Integrationsunfähigkeit der deutschen Gesellschaft gegenüber, die zwar den juristischen Status des Staatsbürgers gewährt, nicht aber hilft, eine Bürgeridentität zu entwickeln (vgl. Tibi 2002: 292).

Tibis (2002) Argumente zur Schaffung geeigneter Voraussetzungen für eine Integration muslimischer Minderheiten sind in Ergänzung zu Leggewies (1990) Ausführungen über

multikulturelles Zusammenleben als theoretische Grundlage der vorliegenden Untersuchung wesentlich. Tibi bringt eine Reihe konkreter Bedenken gegenüber einem nachlässig-toleranten Umgang mit kultureller Verschiedenheit zum Ausdruck, die von einigen der im Rahmen dieser Arbeit befragten Expert/inn/en des Schöneberger Untersuchungsraums geteilt werden. Schiffauer (2000: 316) weist zu Recht darauf hin, dass es weder *den* Fundamentalismus gäbe, noch *die* Moderne und dass es wenig angemessen sei, stets von Extremen auf die Allgemeinheit zu schließen. Tibis Hinweise auf eine angestrebte islamistische Unterwanderung Europas sind daher durch weitere Untersuchungen und auch quantitative Erhebungen hinsichtlich ihrer Relevanz weiter abzusichern. Seine Einsichten in die Strategien zur Durchsetzung eines Dominanzanspruchs latent verfassungsfeindlicher islamistischer Strömungen, die auf langjähriger bi-kultureller Erfahrung beruhen, sind bei der Betrachtung von Lebensstilkonflikten zwischen ethnischen und homosexuellen Minderheiten jedoch inhaltlich keinesfalls zu vernachlässigen.

Gegenüber der nach Tibis Ausführungen nahe liegenden Forderung stärkerer staatlicher Überwachung und Steuerung gibt Häußermann zu bedenken, liberale Gesellschaften dürften nicht eine bestimmte Form oder einen bestimmten Zustand von Integration erzwingen (vgl. Häußermann 2005: 30f.). Es geht eher darum, Segregation und die Trennung verschiedener Lebensstilgruppen zu vermeiden. Auf Seiten einheimischer Verlierer des wirtschaftlichen Strukturwandels kann die Befürchtung des weiteren sozialen Abstiegs in einem von vielfältigen sozialen Problemen belasteten Gebiet dazu führen, dass alle, die es sich leisten können, das Gebiet verlassen. Entsolidarisierung ist die Folge der Auflösung der integrierten Stadtgesellschaft in viele unverbundene oder gar sich bekämpfende Fragmente, wenn Weltbilder fehlen, die die Gesellschaft übersichtlich ordnen und die Perspektiven für das eigene Handeln und für die eigene Existenz bieten (vgl. Häußermann 2005: 32f.). Im Zuge dieser Entwicklung sucht auch die Gruppe privilegierterer Einheimischer soziale Homogenität und flieht vor Konflikten und Verwahrlosungserscheinungen im öffentlichen Raum in eigene Viertel. Diesem Trend ist im Interesse der Sicherung sozialen Friedens durch sichtbare Regulierungsversuche zu begegnen (vgl. Häußermann 2005: 41).

Häußermann unterscheidet die großen und heterogenen Netzwerke der Mittelschicht von den lokal orientierten, kleineren und homogeneren der Unterschicht und zeigt die erhöhte Anfälligkeit der Unterschichtsangehörigen für zunehmende soziale Ausgrenzung auf (Häußermann 2005: 46). Dabei sieht er – wie Tibi – dass „ethnische Eliten“ versuchen könnten, in stark segregierten Gebieten politische und/ oder religiös motivierte Abhängig-

keiten zu schaffen. Er stellt dar, dass dies besonders auf Unterschichtsangehörige mit Migrationshintergrund zutreffen könnte. Diesen wird dann der Weg in die Mehrheitsgesellschaft unter Umständen abgeschnitten, da scharfe soziale Kontrollen dies verhindern (vgl. Häußermann 2005: 46f.). Ohne die integrativ wirkenden Mechanismen in homogenen Unterschichtsvierteln durch eine erzwungene Normen- und Werte-Anpassung zu zerstören, geht es darum, Chancen der Integration vor allem durch Bildung und Erwerbsarbeit zu schaffen und zu verbessern (vgl. Häußermann 2005: 48). Vor der Suche nach neuen Möglichkeiten, Jugendlichen aus dem Unterschichtmilieu Arbeitsmarktnischen zu erschließen, stellt sich das Problem des Zugangs zur Zielgruppe der in ethnischen Communities lebenden Jugendlichen.

3.3.3 Islamisch geprägte Lebensstile

Ghadban (2000) weist (wie Tibi 2002) auf die notwendige Unterscheidung zwischen islamischer und islamistischer Weltanschauung hin, da eine islamische Weltanschauung es im Gegensatz zur islamistischen erlaube, Andersdenkende zu achten und auf einer gemeinsamen Basis von Grundwerten anzuerkennen. Er erkennt jedoch eine Dominanz von Islamist/inn/en bei muslimischen Gemeinden im westlichen Ausland: „Es sind auch sie, die zum großen Teil das Ausländerproblem zu einem Problem mit den Muslimen machen.“ Sie sind dabei, Konfrontationen zwischen der in der Dritten Welt verbreiteten tribalen patriarchalen Vergesellschaftungsauffassung mit dem in einer entwickelten Industriegesellschaft individualistischen gleichheitlichen Vergesellschaftungsverständnis in eine Konfrontation von Wertesystemen umzuformen (vgl. Ghadban 2000: 279). Als Ziel der Islamist/inn/en, deren Einfluss er mangels alternativer sozialer Eliten als hoch einschätzt, nennt Ghadban „Apartheitsstaaten“, in denen Nichtmuslime als Schutzbefohlene entrechtet werden, die Frauen als sozial minderwertig unterdrückt, die religiösen Minderheiten wie die Baha'í verfolgt und in denen Homosexuelle hingerichtet würden. Liberale Muslimen sähen dagegen keinen Widerspruch zwischen Islam und Moderne (vgl. Ghadban 2000: 279).

Bochow (2003) betont die Funktion des islamischen Glaubens zur „Selbstvergewisserung“ für die Muslime in der Diaspora: Von schätzungsweise 3,3 Mio. Muslim/inn/en in Deutschland sind ca. 2,5 Mio. Türk/inn/en incl. rd. 400.000 Türkisch- oder Kurdischstämmige mit deutschem Pass. Im Gegensatz zur Amtshierarchie christlicher Glaubensgemeinschaften ist für den gelebten Glauben der Moslems ihr Verhältnis zu der im Koran gegebenen Offenbarung Gottes entscheidend, außerdem das, was für muslimische Über-

lieferung gehalten wird (vgl. Bochow 2003: 100). Neben den gläubigen orthodoxen Muslimen gibt es Muslime, die den Islam zur kulturellen Selbstversicherung gebrauchen, um sich von einer nicht-muslimischen Mehrheitsbevölkerung abzugrenzen, von der sie sich diskriminiert und ausgeschlossen fühlen (vgl. Bochow 2003: 102).

Im Zuge der Erläuterung der Phänomene Multikultur und Islamismus in Deutschland in den vorangegangenen Kapiteln finden sich zum Teil übereinstimmende Hinweise auf einen mit westlichen Werten nicht in Einklang zu bringenden islamischen Lebensstil. Ob es sich dabei um islamistische Verzerrungen handelt und auf welche Lebensbereiche sich die Unvereinbarkeiten beziehen, soll ein Blick auf das am Koran orientierte Familienleben klären. Die Orientalistin Christine Schirmmacher beschreibt in ihrem Lexikon zur islamischen Familie (Schirmmacher 2002) die im Koran verankerten Gebräuche und religiösen Rituale von Muslimen. Diese grenzt sie von Praktiken ab, die ohne eine solche Basis im Namen des Islam ausgeübt würden. Mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Elemente eines muslimischen Lebensstils sollen die Differenzen gegenüber einem in Deutschland vorherrschenden christlichen oder säkularen Lebensstil deutlich werden. Lebensstilkonflikte der für die Untersuchung im Schöneberger Norden relevanten Bevölkerungsgruppen erhalten mit diesen Hinweisen eine weitere Bezugsebene.

In seiner Veröffentlichung „Die Gewalt der Ehre“ zeichnet Schiffauer (1983) die Beurteilung des eigenen Handelns einiger türkischer Jugendlicher in Berlin nach, die durch einen Gewaltvorgang (Vergewaltigung) auffällig geworden waren. In seiner Darstellung der Einstellung der Jugendlichen gegenüber den Geschlechterbeziehungen sowie gegenüber den unterschiedlichen Wertvorstellungen islamischer und westlicher Gesellschaften finden sich zahlreiche Übereinstimmungen mit Schirmmachers Ausführungen über islamische Werte und Normen. Die folgenden Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf Schirmmachers Darstellung.

Von fundamentaler Bedeutung zur Darstellung der Unterschiede der islamischen und der westlichen Welt ist das Verhältnis von Staat und Familie. Während in der westlichen, säkularen Welt staatliche Institutionen weitgehend das soziale Zusammenleben der Individuen regeln, dominieren in islamisch geprägten Ländern die Instanzen Familie und Religion die Grundregeln der gesellschaftlichen Beziehungen. Schirmmacher stellt dar, dass die Themen Ehe und Familie im Islam und in der nahöstlichen Gesellschaft von zentraler Relevanz sind; die einzelnen Individuen haben sich in die Familienordnung einzufügen (vgl. Schirmmacher 2002: 33ff.). Der Familienzusammenhalt (teilweise noch in der traditionellen Großfamilie) ist erheblich größer und das soziale Netz des Staates

weit weniger tragfähig als in der westlichen Welt. Mit dem engeren Familienzusammenhalt sind jedoch auch die Rollen und Pflichten der einzelnen Familienmitglieder ungleich stärker festgelegt und abweichendes Verhalten wird weniger toleriert als in der westlichen Welt (vgl. Schirmmacher 2002: 33). Schirmmacher spricht von beispielloser Solidarität, jedoch auch von dem enormen Druck, auftretende Konflikte mit den allgemein gültigen gesellschaftlichen Normen zu lösen, um als ganze Familie wiederum Anerkennung in der Gesellschaft zu finden: „Jedes Familienmitglied nimmt seinen ihm zugewiesenen Platz in der Hierarchie ein, an dessen Spitze unbestritten der Vater als das Familienoberhaupt steht, dem alle Mitglieder hohen Respekt schuldig sind. Seine Ehefrau ist ihm prinzipiell zu Gehorsam verpflichtet, kann aber wie der Vater von den Kindern und ihr untergeordneten Familienmitgliedern wie etwa einer Schwiegertochter ebenfalls Respekt und Gehorsam erwarten“ (Schirmmacher 2002: 34). Hier wird die patriarchalische Familienordnung exemplarisch vorgestellt, nach der die Kontrolle über die weibliche Sexualität ein wesentliches Strukturmerkmal ist.

Anders als in der westeuropäischen partnerschaftlichen Familienordnung greifen im islamischen Familienbild strenge Autoritätsnormen, die wiederum geschlechtsspezifische Unterschiede aufweisen. Schirmmacher legt dar, dass der Vater zur Züchtigung sowohl der Kinder als auch der Ehefrau berechtigt ist. Mit zunehmendem Alter genießen insbesondere die Söhne mehr Freiheiten, während Töchter der Kontrolle der Eltern weitaus mehr unterstehen und stärker an das Haus gebunden sind. Ältere haben ganz allgemein mehr Autorität als Jüngere, Männer mehr als Frauen. Ledige werden in den Familienverbund integriert. Im Fall wirtschaftlicher Not unterstützt die Familie jedes Mitglied, dafür unterliegen das Verhalten und die Entscheidungen der/des Einzelnen in viel stärkerem Maß dem Urteil und manchmal auch dem Mitspracherecht der Familie. Die Lebens- und Arbeitsbereiche von Mann und Frau sind deutlich voneinander abgegrenzt. Der Mann verdient den Lebensunterhalt, die Frau kümmert sich um den Haushalt und um jüngere Kinder (vgl. Schirmmacher 2002: 34f.).

Die geschlechtsspezifischen Ehrenbegriffe islamisch geprägter Familien und vor allem die nach der Scharia bei Regelüberschreitung drohenden Sanktionen bis zur Ermordung unterscheiden sich deutlich von dem in Europa nach der Zeit der Aufklärung geltenden Rechtsverständnis. Dementsprechend ist die für das moderne Europa typische Liebesheirat in der traditionellen islamischen Familie unüblich. Die islamische Ehe wird traditionell von den Eltern arrangiert. Ein Mädchen soll nicht gegen ihren Willen verheiratet werden, wobei Schweigen traditionell als Zustimmung gilt. Lehnt sie einen Bewerber

entschieden ab, ist es ihr meist möglich, einmal die Heirat zu verweigern. Gegen die Eheschließung mit einem zweiten oder dritten Bewerber kann sie aber kaum noch Bedenken vorbringen. Bei einer Entführung mit Einverständnis der Braut willigen die erst unwilligen Eltern meist ein, anderenfalls hat sie alles verloren, vor allem ihren guten Ruf und kann kaum noch anderweitig verheiratet werden. Bei Entführung gegen den Willen der Braut ohne nachfolgende Heirat entsteht häufig eine Blutfehde der Familien, da die Ehre der ganzen Familie beschmutzt ist. Zwischen den Familien muss eine Übereinkunft über die Höhe des Brautgeldes (arab. Mahr) erzielt werden. Die Braut soll Jungfrau und gesund sein, sich zurückhaltend und respektvoll verhalten sowie einen Haushalt führen können. Der Bräutigam soll nicht gewalttätig, Trinker oder Nichtsnutz sein, eine Arbeit haben, die seine Familie ernährt und einen moralischen Lebenswandel führen, wobei hier nicht so strenge Maßstäbe gelten. Ehen zwischen Cousins/Cousinen werden als vorteilhaft angesehen, da das Geld in der Familie bleibt und auch Konflikte leichter lösbar scheinen. Auch Ebenbürtigkeit der Herkunft, der Bildung, etc. ist gewährleistet. Theologen wie al-Ghazali würden empfehlen, dass die Frau dem Mann nicht überlegen sein solle. In einer guten Ehe komme die Liebe mit der Zeit, sei aber weder Voraussetzung zur Eheschließung noch Garant für eine gute Ehe oder deren Bestand. Es geht um die Abwehr von gesellschaftszersetzender Unzucht und um die Schaffung eines legitimen Rahmens für das Aufwachsen der Kinder. Auch die innerhalb der Familie geregelte Versorgung der alt gewordenen Eltern ist eine gesellschaftlich gegebene Rahmenbedingung, die das Eingehen einer Ehe als das nächst liegende erscheinen lässt (vgl. Schirmmacher 2002: 36ff.).

Der islamischen Ehe kommt nach Schirmmachers Ausführungen vorrangig der Zweck der wirtschaftlichen Versorgung zu, wobei mit unterschiedlichem Maß gemessen wird: Die Versorgung der Frau wird als „Gnade des Mannes“ betont, die Versorgung des Mannes durch die Frau als „Selbstverständlichkeit“. Durch den Dominanzanspruch (nicht allein des Mannes gegenüber der Frau, sondern auch des Islam gegenüber anderen Religionen) kommt es zum Eheverbot für muslimische Frauen mit Ungläubigen. Traditionell wird die Ehe vor einem Imam in Anwesenheit von zwei männlichen oder einem männlichen und zwei weiblichen Zeugen geschlossen, rein rechtlich zwischen dem Bräutigam und einem männlichen Vertreter der Braut. Die bireligiöse Ehe sei im Islam nur in der Form erlaubt, dass ein muslimischer Mann eine christliche oder jüdische Frau heiratet, eine muslimische Frau darf nur einen muslimischen Mann ehelichen. Außerdem ist es unzulässig, dass nicht-muslimische Kinder von ihrem muslimischen Vater ein Erbe antreten. Prinzipiell gestattet der Koran (Sure 4,3) die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen. Vom

Ehemann wird die gleichmäßig gerechte Versorgung aller Frauen mit Nahrung, Kleidung, Wohnung und Zuwendung erwartet (vgl. Schirmmacher 2002: 40ff.).

Von islamischen Ehen wird neben der wirtschaftlichen Versorgung auch die gesellschaftliche Funktion der Sicherung bestimmter Wert- und Moralvorstellungen erwartet. Frauen obliegt in besonderem Maß die Rolle der Hüterinnen einer strengen moralischen Ordnung. Sie werden durch diese Funktionszuweisung zugleich zu Vollstreckerinnen ihrer eigenen (geschlechtsspezifischen) Unterdrückung. Männer sind in dieses System zwar nominell eingebunden und haben die Verantwortung für die materielle Versorgung der Familie zu tragen, genießen jedoch weitgehende Privilegien gegenüber Frauen: „Ehebruch gilt als schweres Verbrechen, das nach dem Koran mit je 100 Peitschenhieben für Mann und Frau bestraft werden soll (Sure 24,2). (...) Bricht der Mann einmalig die Ehe, ist dies kein Scheidungsgrund, tut dies die Ehefrau oder gerät sie auch nur in Verdacht, hat sie mit harten Strafen seitens des Mannes, ihrer und seiner Familie und der Gesellschaft zu rechnen: Schläge, Einsperren, Verstoßen, sogar Tötung. Sie hat als Trägerin der Familienehre die ganze Familie in Verruf gebracht, eine Schande, die nur schwer wieder abzuwaschen ist“ (Schirmmacher 2002: 45ff.). Hier wird die Ungleichbehandlung von Mann und Frau, die in den geschlechtsspezifischen Funktionen innerhalb der patriarchalischen Familienordnung begründet ist, festgelegt. Ein solches Rollenverständnis führt in einer westlichen Umgebung zu einem eklatanten Widerspruch zum Grundverständnis der rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Mann und Frau.

Geht man davon aus, dass die Züchtigung von Ehefrauen nach der islamischen Familienordnung durchaus üblich ist und toleriert wird, finden sich muslimische Frauen im Fall häuslicher Gewalt in westlicher Umgebung in einer besonders schwierigen und isolierten Situation. Schirmmacher geht aufgrund ihrer Analysen davon aus, nur selten werde eine islamische Familie im westlichen Ausland Hilfe von außen akzeptieren, im Zweifel sogar die Gewalt leugnen. Für die Frau wäre die Erörterung ihrer Eheprobleme gegenüber einem womöglich auch noch männlichen Außenstehenden ein eklatanter Verstoß gegen Sitte und Anstand, eine große Schande (vgl. Schirmmacher 2002: 50). Das Verhältnis der Geschlechter zueinander ist in islamischen Gesellschaften aufgrund der auf Ungleichheit der Geschlechter basierenden Familienverhältnisse häufig belastet. Schirmmacher kommt zu dem Ergebnis: „Mann und Frau können sich eigentlich nie ganz und gar trauen“ (Schirmmacher 2002: 53). Ledigsein ist in der islamischen Gesellschaft jedoch auch keine Alternative für Frauen, denn es hat ein sehr geringes Ansehen und gilt als „minderwertige Lebensform“ (Schirmmacher 2002: 55). Schirmmacher erklärt dies mit der

landwirtschaftlichen Lebensform, die möglichst viele Hände benötigt. Einzelne Individuen sind in agrarisch geprägten Lebensräumen ohne Unterstützung nicht überlebensfähig.

Schirmmacher weist darauf hin, dass die rechtliche Unterprivilegierung von Frauen im Islam durch vielfältige Vorstellungen und Regeln festgeschrieben ist, wobei ihre schwache gesellschaftliche Stellung häufig als Vorrangstellung umgedeutet wird: „Nach Meinung muslimischer Apologeten erhält die Frau ihre wahre Würde, ihre Ehre nur im Islam. Sie wird geschützt, wertgeachtet und kann die Rolle ausfüllen, die ihrem Wesen entspricht, während sie im Westen versklavt, missachtet und unterdrückt ist“ (Schirmmacher 2002: 58). Die wachsende Anzahl von verschleierten Frauen in Berlin und anderen deutschen Großstädten in Verbindung mit der wachsenden Anzahl von Muslim/inn/en in Deutschland, die sich als sehr religiös bezeichnen (von 8% im Jahr 2000 auf 28% im Jahr 2007 – vgl. Brandt 2007) deutet auf eine steigende Bedeutung einer Auseinandersetzung mit der Thematik der Rolle des Islam in der westlichen Welt hin.

Neben dem Hinweis auf die Differenz in den Geschlechterbeziehungen gibt Schirmmacher eine weitere bedeutsame Differenz des islamischen und des westlichen Rechtsempfindens zu bedenken: Im Umgang mit Konflikten, Unfällen und Grenzverletzungen bis hin zu Gesetzesübertretungen unterscheidet Schirmmacher die im Westen vorherrschende „Schuldkultur“ mit einem tief verankerten Schuldgefühl mit Schuldeingeständnis bei Unrecht, Entschuldigung und Wiedergutmachung von der im Orient vorherrschenden „Schamkultur“. Hier steht nicht der Vorgang im Mittelpunkt, sondern die Frage, in welcher Beziehung Täter und Opfer zueinander stehen und wie das Gesicht vor dem anderen gewahrt werden kann. Steht der geschädigte Nachbar in der Schuld des Unfallverursachers, wird er selbst das Geschehen herunterspielen. Geben und Nehmen muss in der Schamkultur zwischen Verwandten und Freunden, zwischen allen, die miteinander in einer Beziehung stehen, immer im ungefähren Gleichgewicht bleiben. So ist auch zu erklären, dass eine Bitte niemals direkt abgewiesen werden soll. Ausweichen dagegen ist erlaubt. Im Fall, dass ein Unrecht geschehen ist (z. B. Diebstahl), soll sich der Geschädigte indirekt an Verwandte wenden, um die Gelegenheit zur Wiedergutmachung zu geben. Eine Bloßstellung wird in der Regel als schlimmer betrachtet als das Vergehen selbst. Was als angemessen gilt, entscheidet das Kollektiv. Der Einzelne handelt im Hinblick darauf, welche Folgen sein Verhalten für die Familie hat (vgl. Schirmmacher 2002: 58ff.). Diese Betonung der Gruppe, des Clans statt des oder der Einzelnen zieht sich wie ein roter Faden durch Schirmmachers Darstellungen: Was im Verhältnis der Geschlechter zu-

einander in der Schamkultur als ehrenhaft oder schandbar gilt, sind gesellschaftlich vorgegebene Werte, vom Einzelnen kaum zu hinterfragen und nicht ungestraft umzustößen. Die Schande eines Einzelnen fällt auf die ganze Familie zurück. Hierbei wird erneut stark zwischen Frauen und Männern unterschieden. Die Ehre der Frau hängt von ihrem Verhalten ab, ihrem untadeligen Ruf. Jungfräulichkeit ist das höchste Gut, bei Ehebruch droht sogar die Todesstrafe durch Selbstjustiz der Familie. Der Handlungsspielraum der Frau wird pausenlos von der Gesellschaft kontrolliert: Die Sure 24,31 ermahnt Frauen, in ihrer Kleidung, ihrem Schmuck und ihrem Verhalten Zurückhaltung zu zeigen und die Augen niederzuschlagen (vgl. Schirmmacher 2002: 62ff.).

Die Koppelung von weiblichem Vorbildverhalten, das sehr engmaschig vorgeschrieben ist, an die Ehre des Mannes garantiert im islamischen Gesellschaftsmodell eine sehr strenge, kaum Abweichung erlaubende Moral, die durch Sanktionen gefestigt wird. Männer und Frauen geraten durch die Umstände ihrer Erziehung, Sozialisation und Zusammenführung in der Ehe in eine auf Kontrolle und Misstrauen basierende Abhängigkeitsbeziehung, die von anderen, die den gleichen Restriktionen unterliegen, kontrolliert und überwacht wird. Auf dem Dorf – ebenso in der städtischen Diaspora – findet eine unter Umständen ebenso lücken- wie gnadenlose soziale Kontrolle mit der Drohung drastischer Sanktionen statt. Schirmmacher führt dazu aus: Hat die Frau die Familie entehrt, kann die Ehre von der Frau selbst nicht wieder erworben werden. Nur ein männliches Familienmitglied kann die Ehre für die Familie zurückgewinnen, meist dadurch, dass er sich gegen die Frau wendet und sie mit Schlägen, Einsperren oder sogar dem Tod bestraft, auch wenn die Schuld an dem Geschehen nicht auf ihrer Seite lag. Die Frau hat die Männer ihrer Familie mit entehrt, denn sie zeigt durch ihr Verhalten, dass die Männer nicht in der Lage sind, ihre Frauen vor Angriffen durch die Gesellschaft zu schützen und ihr Verhalten zu kontrollieren, also Stärke zu beweisen. Auch der Mann wird damit zum Außenseiter in der Gesellschaft. Die Ehre des Mannes dagegen hängt nicht von seinem eigenen Verhalten ab, sondern vom Verhalten seiner Frau, Mutter, Schwester oder Tochter und davon, ob er ihr Verhalten kontrollieren kann. Er muss Stärke, Kontrolle und Verteidigungsbereitschaft demonstrieren, sonst wird er als Schwächling betrachtet und nicht mehr respektiert. Ein Mann wird innerhalb seines Umfeldes grundsätzlich respektiert, wenn er höflich, hilfsbereit und freundlich ist. Ist seine Ehre verletzt, kann er jedoch keine Geschäfte mehr abwickeln, sich nirgends mehr sehen lassen und er wird Unrecht und sogar Gewalt gegen seine Familie hinnehmen müssen. Der Ehrlose wird betrogen, übergangen, missachtet und die Frauen seiner Familie werden

belästigt oder sogar entführt. Erst mit dem Tod der Frau ist die Familienehre wiederhergestellt (vgl. Schirmmacher 2002: 64ff.).

Das religiös geprägte Geschlechterverhältnis wird frühzeitig eingeübt und schon kleine Kinder werden mit den Grundregeln des Islam vertraut gemacht. Schirmmacher zu Folge gilt die religiöse Unterweisung der Kinder in der Familie und in der Koranschule als selbstverständlich. Erlaubtes (halal) und Verbotenes (haram) wird unterschieden. Notfalls mit Schlägen sollen Kinder etwa ab dem siebten Lebensjahr zur Einhaltung der Gebetspflicht erzogen werden. Jungen genießen deutliche Privilegien (Schulbesuch, Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit, Eigenverantwortlichkeit, medizinische Versorgung) gegenüber ihren Schwestern, selbst, wenn diese älter sind. Mädchen und Frauen haben trotz einer prinzipiellen Gleichheit vor Gott erheblich mehr Einschränkungen hinzunehmen als ein Mann (vgl. Schirmmacher 2002: 68ff.). Bei dem Thema Beschneidung wird die prinzipielle Ungleichheit der Geschlechter im Islam erneut deutlich. Bei Jungen wird sie frühestens nach 7 Tagen durchgeführt, meist zwischen vier und zehn Jahren, spätestens mit 12 oder 14 Jahren. Dieses Ritual ist Anlass für ein Fest, das Zuwachs an Ansehen bringt und den Jungen dem Erwachsensein näher bringt“ (Schirmmacher 2002: 27f.). Führt das Beschneidungsritual für Jungen, ein verhältnismäßig geringfügiger Eingriff, zur Aufwertung innerhalb der sozialen Hierarchie, bedeutet eine Mädchenbeschneidung dagegen pure Grausamkeit. Dieses Ritual stellt einen Gipfel der Missachtung körperlicher Integrität von Frauen dar. Klitoris und Schamlippen werden dabei abgeschnitten, oft auch die Scheide fast komplett vernäht. Lebenslange Schmerzen, Infektionen und tief greifende seelische Traumata sind die Folge. Im Unterschied zur Beschneidung bei Jungen gibt es kein Fest. Die Beschneidung der Mädchen wird in der Öffentlichkeit nicht thematisiert. Das Ziel ist die Bewahrung der Keuschheit sowie die Mäßigung des (wie viele Theologen annahmen, übermäßigen) sexuellen Verlangens der Frau, das vor der Ehe leicht zu Unzucht und in der Ehe zu Ehebruch führen kann (vgl. Schirmmacher 2002: 30f.).

Die aus westlicher Sicht selbstverständliche Ächtung dieser und anderer bereits erwähnter gewaltbefürwortender und menschenverachtender Praktiken würde nach Schirmmachers Analyse bei orthodoxen Islamist/inn/en jedoch keinerlei Verständnis finden: „Der Islam lässt eine Deutung aller bereits genannten Fakten als Benachteiligung der Frau nicht gelten. Aus islamischer Sicht kann nicht als Benachteiligung definiert werden, was der Koran jedem Geschlecht an Aufgaben und Stellung zuordnet“ (Schirmmacher 2002: 76). Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau heißt es im Koran (Sure 4, 34), die Männer haben Vollmacht und Verantwortung gegenüber den Frauen, weil Gott die einen vor den

anderen bevorzugt habe. Ibn Kathir ergänzt, Männer seien Frauen überlegen, und ein Mann sei besser als eine Frau. Männern bleibe das Richter- und Vorbeteramt vorbehalten und die Zeugenaussage eines Mannes könne erst von zwei Frauen aufgewogen werden (vgl. Schirmmacher 2002: 77).

Dass ein solches System auch im Westen überdauert, kann an der Beteiligungsmöglichkeit älterer Frauen liegen, sofern sie Mütter von Söhnen geworden sind. Als Teilhaberinnen an der patriarchal organisierten und hierarchisierten Macht werden sie alles tun, um das System zu stabilisieren. Solidarität können junge Frauen demnach gerade von ihren älteren Geschlechtsgenossinnen kaum erwarten. „Ältere Frauen können als Mütter von Söhnen Respekt erringen und eine Ältere wird ihrerseits dann Hüterin der Moral der jüngeren Frauen“. Schirmmacher konstatiert: „Dass diese Machtposition nach vielen Jahren der erfahrenen eigenen Machtlosigkeit auch wiederum zur Beherrschung unter ihr stehender Frauen - insbesondere der jungen Schwiegertöchter – führen kann, liegt in der Natur des Menschen“ (Schirmmacher 2002: 79).

Im öffentlichen Leben haben Musliminnen noch stärkere Einschränkungen hinzunehmen als im privaten Umfeld ihres Hauses. Schirmmacher stellt fest, Geschlechtertrennung herrscht im privaten, öffentlichen und religiösen Leben. Gehen Ehepaare gemeinsam aus, so ist jede Berührung und Zärtlichkeit in der Öffentlichkeit tabu, denn sie wird als unschicklich empfunden. Die Frau geht nicht selten in gewissem Abstand hinter dem Mann. Die Frau kann in korrekter Kleidung (je nach Landessitte und von Stadt zu Land unterschiedlich mit Mantel, Tschador (mantelartigem Ganzkörperschleier), einem Kleid und/ oder Kopftuch) sinnvolle Gänge durch die Stadt machen, ist aber bei jedem Verlassen des Hauses prinzipiell auf die Erlaubnis ihres Mannes angewiesen. Cafébesuche sind traditionell Männern vorbehalten. Ohnehin soll sie nie alleine unterwegs sein (vgl. Schirmmacher 2002: 96ff.).

Bei der strengen Geschlechtertrennung, der starren Zuweisung von Rollen, Funktionen und verbindlichen Verhaltensvorschriften wundert es nicht, wenn Homosexualität im Islam als empörendes Verbrechen gilt: „Der Koran verurteilt Homosexualität und droht den Beteiligten Strafen an (Sure 4,16; Sure 7,80-81). Homosexualität gilt als Hadd-Vergehen, das Recht Gottes wird verletzt, dies ist eines der schlimmsten Verbrechen überhaupt. Bestrafung erfolgt wie bei Ehebrecher/inne/n, die Todesstrafe wird bei Verheirateten, Auspeitschung bei Ledigen angewandt“ (Schirmmacher 2002: 113). Schirmmacher weist darauf hin, dass islamistische Wortführer Homosexualität immer wieder in Verbindung mit Prostitution, Drogensucht, Verwahrlosung der Jugend, etc. als ‚Errungen-

schaften' des moralisch verdorbenen Westens anprangern. Die Autorin klärt jedoch zugleich darüber auf, dass dies zwar ein Tabuthema im Islam sei, Homosexualität real jedoch nicht weniger verbreitet ist als im Westen. Erst in jüngster Zeit beginnen einige islamische Länder, sich angesichts der AIDS-Problematik des Themas anzunehmen. „Im Unterschied zur westlichen Welt kann Homosexualität jedoch nirgends propagiert werden, nicht auf staatliche Unterstützung hoffen, noch sich öffentlich Gehör verschaffen oder Forderungen nach Anerkennung und Gleichstellung mit der Ehe stellen“ (Schirrmacher 2002: 114).

In Übereinstimmung mit Tibi (2002) erläutert Schirrmacher (2002), dass sich aus dem Koran weder für die Kleidung noch für den Schleier oder Tschador (wörtlich: Zelt) bzw. das Kopftuch eine konkrete Anweisung ablesen lässt, sondern allenfalls die Pflicht der Frauen zur Bedeckung an sich. Der Islam hat jedoch diese Sitte – ähnlich wie die Mädchenbeschneidung – in die Religion integriert und das Tragen der Kopfbedeckung zum Kennzeichen von Zurückhaltung und Frömmigkeit erklärt (Sure 24,31). Ein Verbot der Verschleierung der Frauen erfolgte in der Türkei durch Kemal Atatürk 1923 und Reza Shah im Iran 1935. Widerstand innerhalb der Bevölkerung trug jedoch zur Rücknahme der Verbote bei. In der Diaspora der westlichen Welt ist eine Zunahme des Schleier- oder Kopftuchtragens gerade unter jungen Musliminnen zu beobachten und scheint dort häufig Ausdruck der kulturellen Rückbesinnung auf die eigene Tradition zu sein oder sogar ein Instrument der Abgrenzung gegen die westliche Gesellschaft. Der Schleier wird zum sichtbaren Ausdruck muslimischer Identität. Während das Kopftuch aus westlicher Sicht meist als ein Instrument zur Unterdrückung und der Einschränkung persönlicher Freiheiten der Frau gilt, wird es von vielen muslimischen Frauen als öffentliche Erklärung eines moralischen Lebenswandels und als Schutz vor Berührungen und Blicken in der Öffentlichkeit angesehen. Aus der historisch tiefen Verwurzelung des Schleiers in der nahöstlichen Kultur und der Verknüpfung dieser Sitte mit der Religion des Islam wird verständlich, warum Frauen in überwiegender Zahl selbst bei freier Möglichkeit der Selbstbestimmung das Kopftuch bzw. die Verschleierung nicht ablegen (vgl. Schirrmacher 2002: 120ff., Brandt 2007: 8ff.).

Die Ausführungen Schirrmachers über den Koran und den daraus abgeleiteten Lebensstil streng gläubiger Muslime zeigt deutlich die Diskrepanz zum europäischen – überwiegend durch christliche Traditionen geprägten, innerhalb des Staates jedoch nicht religiösen – Lebensstil. Selbst wenn die Herkunftsländer der Berliner Migrant/inn/en, wie z. B. die Türkei, heute weitgehend einen dem westeuropäischen Vorbild ähnlichen Lebensstil

propagieren, leben große Teile der Berliner Migrant/inn/en anders - nach deutlich „traditionelleren“ Normen und Werten.

Exkurs: Homosexualität in islamischen Gesellschaften

Um sich dem Thema Lebensstilkonflikte zwischen Menschen aus dem islamischen Kulturkreis einerseits und Homosexuellen und Emanzipierten in Berlin andererseits nähern zu können, erscheint es notwendig, Homosexualität aus der Perspektive des Islam zu betrachten. Michael Bochow und Rainer Marbach stellen in ihrem Buch über Homosexualität und Islam (2003) Migrant/inn/en aus islamischen Ländern in Westeuropa als durch ihre Herkunftsregionen stark beeinflusst dar, auch wenn diese in Westeuropa aufgewachsen sind. Gleichgeschlechtliche Sexualkontakte unterliegen in islamischen Ländern anderen Normen als in Ländern West- und Mitteleuropas mit christlicher, atheistischer oder laizistischer Tradition (vgl. auch Schirmmacher 2002).

Die traditionelle patriarchalische Struktur beispielsweise der türkischen Gesellschaft und Familie ist viel relevanter für die Art und Weise des Eingehens gleichgeschlechtlicher Sexualkontakte (und ihrer Verheimlichung oder Nichtverheimlichung) als der Islam (Bochow 2003: 103). Die geforderte uneingeschränkte Autorität des Vaters bestimmt die patriarchalische Familienform unter türkischen/ kurdischen Migrant/inn/en und gilt auch dann noch, wenn ein Sohn erwachsen ist. Diese Struktur bringt es mit sich, dass es nicht geduldet wird, wenn erwachsene Söhne vor einer eigenen Ehe aus dem väterlichen Haushalt ausziehen. Diese Verhaltensweise wird zum Teil mit der Familienehre verknüpft. Auch wenn die Söhne im Vergleich mit den Töchtern eine große Autonomie in ihren sozialen Interaktionen haben, sind sie doch im Vergleich mit deutschen Männern stark familiär gebunden. Verstoßen die jungen Türken gegen diese „Tradition“, riskieren sie Familienkonflikte und Sanktionen bis zur Ausgrenzung aus dem Familienverband. Ein junger homosexueller Türke trifft in der deutschen Homosexuellenszene oft auf wenig Verständnis für seine Situation. Homosexualität ist dagegen in seiner Herkunftsfamilie ein Tabu; meist setzen die Eltern ihre erwachsenen Kinder unter (Zwangs-) Heiratsdruck (vgl. Bochow 2003: 206).

Aktivität und Passivität konstituieren die Paradigmen des Männlichen und des Weiblichen in den arabischen Ländern und in der Türkei. Ein aktiver Mann und eine passive Frau verhalten sich in Übereinstimmung mit dem Schöpfungsplan, unabhängig vom Geschlecht ihrer Sexualpartner. „Richtige“ und „falsche“ Sexualität definieren sich deshalb nicht über die Wahl des Sexualpartners, sondern über die ausgeübten Sexualpraktiken. Die abwertende Sichtweise von männlicher Homosexualität betrifft in erster Linie

Männer, die rezeptiven Analverkehr eingehen. In den islamischen Ländern rund um das Mittelmeer spielt Homosexualität seit jeher eine bedeutsame Rolle. Bestimmend für gleichgeschlechtliche sexuelle Interaktionen in den islamischen Mittelmeerländern ist die soziale Organisation der Geschlechterbeziehungen. Das Geschlechterverhältnis unterliegt einer ganz anderen sozialräumlichen Trennung als in west- und mitteleuropäischen Ländern. Weite Bereiche des öffentlichen Lebens sind – in der West-Türkei in geringerem Ausmaß als in Ostanatolien und in den arabischen Ländern - den sozialen Interaktionen von Männern reserviert. Das Kaffeehaus oder die Teestube dient ausschließlich der Geselligkeit von Männern. Solche Treffpunkte haben sich auch in den Vierteln deutscher Großstädte durchgesetzt, in den türkische Migrant/inn/en einen hohen Bevölkerungsanteil stellen. In den arabischen Ländern und Ostanatolien haben Frauen ihren Platz vor allem in den sozialen Räumen der Großfamilie. Homosexuellen Männern, die für sich eine soziale Nische erschlossen haben, werde das Leben durch die „Landessitten“ (Männerfreundschaften mit engem Körperkontakt sind üblicher als in Westeuropa) erleichtert, unter der Voraussetzung, dass sie ihre Fassade als erwachsener Mann wahren (Bochow 2003: 109).

Das türkische Wort „ibne“ sei keinesfalls mit „Schwuler“ zu übersetzen, allenfalls mit „Tunte“. Es bezeichnet einen unmännlichen Mann, dem Mut, Unerschrockenheit und männliche Souveränität fehlen. Geht es um sexuelle Praktiken, bezeichne „ibne“ die verachtenswerte Passivität des unterlegenen Schwulen im Gegensatz zur aktiven Sexualität, häufig durch Gesten und Sprüche durch männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund demonstriert, womit sie Auseinandersetzungs- und Kampfbereitschaft signalisieren. Ein Mann, der sich auf rezeptiven Analverkehr einlässt, verhält sich dieser Sinngebung zufolge wie eine Frau und sei deshalb kein Mann. Er setzt damit seine und die Ehre seiner Familie aufs Spiel. Bei einer Studie muslimischer Migrantenfamilien in Frankreich hat Christelle Hamel im Jahr 2000 für Paris eine ähnlich starke Ablehnung der Homosexualität eines Sohnes durch die Familien herausgefunden (vgl. Bochow 2003: 113).

Der sozialen Konstruktion von Männlichkeit entspricht ein bestimmtes Verständnis der männlichen Ehre und der Ehre der gesamten Familie. Im Unterschied zu anderen Formen der männlichen Entehrung enthält die Homosexualität eine Besonderheit, die sie unerträglicher als alles andere macht: sie berührt das Männliche in seiner Überlegenheit über das Weibliche. So ermöglicht – unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Ehre aller männlichen Familienmitglieder bedroht ist – nur der Tod des homosexuellen Mannes,

physischer Tod oder sozialer Tod durch die Rückkehr zur Heterosexualität oder den Ausschluss aus dem Familienverband, die verlorene Ehre wieder zu gewinnen (ebenda).

Günay (2003) ergänzt Bochows Ausführungen mit der Bemerkung, dass die juristische Situation in der Türkei nicht-heterosexuelle Menschen benachteiligt. Im Zivilrecht ist Homosexualität ein Scheidungsgrund für die Partnerin/den Partner des/der Homosexuellen, das Militärrecht geht auf Homosexualität ein und es gibt ein Gesetz gegen Straftaten, „die einen erröten lassen“, das ausschließlich gegen Nicht-Heterosexuelle angewendet wird. Es gibt kein Antidiskriminierungsgesetz. Das Schutzalter für Sexualität liegt bei 18 Jahren; allein eine Hochzeit mit Einwilligung der Eltern ermöglicht es Heterosexuellen, mit 16 Jahren legal Sex zu haben (Günay 2003: 120).

Mit Bezug auf den Lebensstil Jugendlicher weist Günay (2003) darauf hin, dass bei der Identitätsbildung der Familie in der türkischen Gesellschaft traditionell eine weit entscheidendere Rolle als der Gesellschaft allgemein zukommt. In der Türkei existieren parallel zwei Modelle: Neben der „westeuropäischen“ (städtischen, zur Mittelschicht gehörenden) Kleinfamilie gibt es weiterhin die Großfamilie, die in allen Fragen als soziales Netzwerk fungiert. Da Kinder grundsätzlich bis zu ihrer Heirat nicht als Subjekte gesehen werden, die Entscheidungen treffen können, gehen viele Familien davon aus, dass Freundinnen und Freunde bzw. das soziale Umfeld verantwortlich für die Abweichungen ihres Kindes sind. Demzufolge werden schwule Jungen oder lesbische Mädchen oft auch isoliert und manche sogar im Haus eingesperrt. Da das Familienoberhaupt bzw. ältere Geschwister ökonomisch das Familienleben dominieren, sei in diesem Zusammenhang auch der Entzug von Geld ein „probates“ Mittel. Um keine Zweifel an der Integrität der Familie/Erziehung aufkommen zu lassen, werden auffällig nicht-heterosexuelle Kinder oft zwangsverheiratet, manches Mal auch körperlich misshandelt oder getötet. Menschen mit abweichender sexueller Orientierung verinnerlichen im Lauf ihrer Erziehung die Werte und Verhaltensweisen, die das familiäre Leben bestimmen. Die anstehende Entscheidung, ein offen homosexuelles Leben zu führen, bringt sie in stärkste Identitätskonflikte. Viele fügen sich den Regeln, heiraten und leben gleichgeschlechtliche Sexualität heimlich oder gar nicht aus. Beim Militär ist Homosexualität ein Ausmusterungsgrund. Der Gemusterte muss den Beweis erbringen, oft mit Hilfe von Fotos, die ihn bei rezeptivem Analverkehr zeigen. Neben diesem Prozedere bringt der Ausmusterungsgrund „psychosexuelle Störung“ Nachteile bei Bewerbungen um Arbeitsstellen mit sich (vgl. Günay 2003: 125f.). Ein offenes Leben Homosexueller ist in der Türkei auf Bars in Großstädten beschränkt. Die Betreiber können sich wiederholten Personalienkontrollen durch die Polizei häufig

nur durch die Zahlung von Bestechungsgeldern entziehen. Schwuler Sex findet eher in türkischen Bädern (Hamams) statt (vgl. Günay 2003: 129). Die Gesellschaft schränkt nicht ein, was Menschen in ihrer Privatwohnung oder im Versteck machen. Türken, die heute in Deutschland leben, bemerken, die relative Freiheit geht mit Beliebigkeit und Belanglosigkeit einher, während die im Vergleich unfreiere Situation in der Türkei den Beziehungen Exklusivität und Besonderheit verleiht. Traditionell ist die türkische Gesellschaft sehr segregationistisch, was Frauen- und Männerrollen angeht. Lesben und Schwule verletzen die vorgegebenen Rollenmuster empfindlich. Die patriarchalische Ordnung mit dem alles überschattenden Gebot der Reproduktion grenzt nicht nur abweichende sexuelle Orientierung in aller Härte aus, sondern alles, was das dichotomische System geschlechtseindeutigen Frau- und Mannseins in Frage stellt (vgl. Günay 2003: 131).

Den Ausführungen von Bochow/Marbach (2003) sowie Günay (2003) zufolge sehen sich Homosexuelle aus einem muslimisch geprägten Umfeld doppelter Diskriminierung ausgesetzt. Schirmmacher (2002) hat in Bezug auf die traditionelle muslimische Familie darauf hingewiesen, dass den Familienmitgliedern zum Erhalt der Familienehre von heterosexuellen Partnerschaften abweichende Lebensstile untersagt sind. Nach den Analysen Herberts (2003) sowie Ghadbans (2000) beziehen sich gerade türkische und arabische Migrant/inn/en stark auf ihre Familien. Diese Situation bringt homosexuelle Migrant/inn/en in einen besonderen Zwiespalt. Sie birgt jedoch auch Chancen, sowohl zur persönlichen Emanzipation innerhalb der migrantischen Community, als auch zur Förderung eines besseren Verständnisses für Anliegen muslimischer Migrant/inn/en innerhalb homosexueller Lebensstilgruppen.

3.4 Gewalt als Ausdruck städtischer Lebensstilkonflikte

Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen auf engem Raum ist ein Klima der Toleranz, das nach Simmel auf der Vermeidung eines direkten Kontakts von einander Fremden basiert. Aus den Unterschieden eines westeuropäischen, säkularen Lebensstils und einer Lebensführung nach traditionell-muslimischen Gewohnheiten ergeben sich neben dem Geschlechtsrollenverständnis auch hinsichtlich der Einstellungen zur Autorität und gegenüber dem Verhältnis von individueller und kollektiver Verantwortung große Diskrepanzen. Neben diesen Unterschieden, die Auslöser für gravierende Missverständnisse zwischen Angehörigen unterschiedlicher

Lebensstiltypen sein können, ist die soziale Integration einer Minderheit erschwert, wenn eine ökonomische und rechtliche Benachteiligung besteht.

Eine der Grundannahmen zum Thema der Lebensstilkonflikte ist, dass gerade sozial benachteiligte Jugendliche es gewohnt sind, ihre Konflikte gewaltsam nach außen zu tragen. Sofern sie – insbesondere durch ihr Umfeld von Erwachsenen – anstelle von Sanktionen Ermutigung und Bestätigung für ihr Agieren erfahren, fehlt es an einem Bewusstsein über ein schuldhaftes Verhalten (vgl. Martin 2005, Preuschoff 2000: 22). Unter diesen Voraussetzungen kann sich die Neigung zur gewaltsamen Austragung eines Lebensstilkonfliktes verfestigen. Gewaltsame Konflikte können als Alarmsignale verstanden werden und Anlässe zur Veränderung einer nicht (mehr) stimmigen Situation geben.

Bei der Betrachtung von Lebensstilkonflikten unterschiedlicher Minderheiten erscheinen in Auswertung der aktuellen soziologischen Literatur die gewaltspezifischen Themen Jugendgewalt, Rechtsextremismus und Männergewalt besonders bedeutsam. Eine Gemeinsamkeit dieser Themen ist, dass sie sich primär als Gruppengewalt gegen Schwächere richtet. Im Folgenden sollen diese drei Themenbereiche aufgegriffen werden, um die in Kapitel 5 thematisierten Gewaltausbrüche in Berlins Schöneberger Norden einordnen zu können.

Bei der Untersuchung, welche Umstände die Ausübung von Gewalt in Lebensstilkonflikten begünstigen, steht in den folgenden Ausführungen die Tatsache im Mittelpunkt, dass die meisten Täter (junge) Männer sind. Zum Verständnis des Themas Jugendgewalt ist der Beitrag des Kapitels 3.4.3 insofern wichtig, dass er die kulturübergreifend erwartete Bereitschaft junger Männer zu gewaltsamem Handeln aufzeigt.

3.4.1 Jugendgewalt

Mitte der 1990er Jahre geriet aufgrund einer Welle rechtsradikaler Gewalt in Deutschland gegen einen Teil der Migrant/inn/en das Thema Jugendgewalt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Sozialwissenschaftler Götz Eisenberg und Reimer Gronemeyer veröffentlichten Anfang der 1990er Jahre eine Analyse zu diesem Thema und wiesen auf den Zusammenhang von fehlender Orientierung und Strukturierung im Leben von Jugendlichen und ihrer Neigung zur Gewalt gegen Schwächere hin (Eisenberg/Gronemeyer 1993). Unter den Bedingungen der Industrialisierung ist auch die Moral durch die „Logik des Geldes, des Marktes und des Konsums“ eine synthetisch hergestellte geworden. Die Sozialisierungsinstanzen Eltern, Schule und Beruf haben angesichts von Deindustrialisierung und relativer Verarmung ganzer Stadtteile und Regionen an Einfluss und Sinnge-

bungskompetenz verloren. „Phänomene rechtsradikaler Gewalt gegen Obdachlose, Behinderte, Asylanten ... erklären sich aus dem Zerfall traditioneller Integrationssysteme. Geld und Betreuungsprojekte helfen nicht wirklich weiter“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 11). Die Autoren sehen jedoch einen Unterschied zu früheren Formen rechtsradikaler Gewalthandlungen, denn die Aggression verwandle sich in frei-flottierende, richtungslose Aggression, die auf ideologische Begründungen verzichte und sich tendenziell gegen jeden und alles wende. Die Gewalt der Zukunft speist sich aus der chronisch narzisstischen Wut von Menschen, deren Selbstgefühl aus Mangel an Zuwendung und emotionaler Ernährung sich nicht erwärmen konnte (vgl. Eisenberg/Gronemeyer 1993: 11). In dieser Erklärung des neuen Gewaltphänomens klingt eine Folge der durch Simmel (2005a) beschriebenen Individualisierungstendenzen in Großstädten an. Die nicht erfolgreiche Anpassung an die Erfordernisse großstädtischer Lebenswelten führt zu Frustration und zur Angst, ausgestoßen zu werden, was wiederum zu Wut, Aggression und (ungerichteter) Gewalt führen kann.

Eisenberg und Gronemeyer sehen die Ursache zunehmender Frustration und Gewaltbereitschaft Jugendlicher vor allem in der alle Lebensbereiche erfassenden Wirtschaftsform des Kapitalismus. Die dieser Wirtschaftsform latent innewohnende Tendenz, Natur wie Mitmenschen überwiegend unter „Verwertungsaspekten“ zu betrachten, wirkt sich auf die Jugendlichen so aus, dass soziale Kontakte leicht zu Machtkämpfen geraten. Die Autoren weisen darauf hin, dass nicht nur die ökologische Krise Folge des „Raubbauverhältnisses des Kapitalismus“ ist, sondern dass sich weitere „Folgekosten des herrschaftlichen und ausbeuterischen Zugriffs auf die innere Natur des Menschen“ durch zunehmende Aggressivierung und Brutalisierung in fast allen Lebensbereichen offenbart (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 28f.).

Auch die von ihnen zu Beginn der 1990er Jahre in Deutschland beobachtete Zunahme an psychischen und psychosomatischen Erkrankungen betrachten die Autoren unter dem Aspekt, dass einem immer stärker nutzwertorientierten Lebensstil die Wärme eines erwartungslosen zwischenmenschlichen Miteinanders fehlt. Die Aufgabe der Schaffung von Intimität ist im Zuge der Industrialisierung und Differenzierung der Arbeitsteilung zunehmend den Familien, damit überwiegend den Frauen, zugewiesen worden. Bei ihrer Nachzeichnung der Entwicklung und Funktion der modernen Kleinfamilie als Produkt der Industrialisierung weisen die Autoren darauf hin, dass diese Zuweisung in Verbindung mit wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Hausherrn für Frauen und Kinder erhebliche Risiken birgt. Väter und Ehemänner können sich „zu Hause schadlos halten für draußen erlittene

Demütigungen“. Zudem begünstigt das hierarchische System in der „patriarchalischen Kleinfamilie“ die Entwicklung autoritärer Charaktere: „fleißige, gehorsame Untertanen“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 29f.).

Nach Eisenberg und Gronemeyer hat eine durch das kapitalistische Wirtschaftssystem begünstigte patriarchalische Kindererziehung ein vorhersehbares Ergebnis: „Erziehung ging mit purer Härte gegen die Kinder vor, die nur überleben konnten, indem sie sich mit dem Aggressor identifizierten und die elterliche Strenge und Brutalität in sich hinein nahmen. Auf diese Weise entstand ein böses, strenges Über-Ich, das zur paranoiden Projektion neigt: All das, was man bei sich selbst unter Schmerzen und Qualen niederzuhalten gelernt hat, setzt man aus sich heraus, um es nun an Minderheiten, Abweichlern, Fremden zu bekämpfen“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 29f.). Parallelen der so skizzierten Regeln innerhalb kapitalistisch-patriarchalischer Kleinfamilien mit den Lebens- und Erziehungsregeln islamischer Familien (vgl. Schirmacher 2002) sind offenbar. In beiden Familientypen wird zudem eine prinzipielle Trennung zwischen einem eher auf Solidarität basierenden Familienleben und einem konkurrenzbestimmten Leben außerhalb der eigenen Familie praktiziert.

Die Anpassung an gesellschaftliche und wirtschaftliche Erfordernisse fördert im Europa der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts eine Abkehr von allzu autoritärer Erziehung. Damit verliert die junge Generation zugleich einen wesentlichen moralischen Halt. Zunehmende Erwerbslosigkeit zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts beschleunigt nach Eisenberg/Gronemeyer (1993) den Prozess: „Gegenwärtig erleben wir ein Zugleich von nachlassender Integrationskraft der Arbeitsgesellschaft, die immer weniger in der Lage ist, die Gesamtheit der Menschen über den Modus der Lohnarbeit sozial zu integrieren, und die deshalb ‚Überschuss-Bevölkerung‘ produziert“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 38).

Die Autoren stellen den verbreiteten Verlust persönlicher Integrität in Folge der latenten Überanpassungsforderung dar, die dem Individuum kaum Raum und keinen Rahmen zur Entwicklung eigener moralischer Wertvorstellungen bietet. Sie kritisieren den Verlust väterlicher Autorität im Hinblick auf den Verlust normativer Grenzziehungen. Kinder sind in einem gleichsam ausgesetzten Zustand sich selbst überlassen (vgl. Eisenberg/Gronemeyer 1993: 48). Als Vaterersatz suchen sich Jugendliche autoritäre Vorbilder innerhalb rechtsextremer Organisationen, die Gewalt gegen Schwächere aus ideologischen Gründen legitimieren.

Eisenberg und Gronemeyer beschreiben die Reaktionen von überwiegend männlichen Jugendlichen auf die erfahrene Verunsicherung in ihren Familien so, dass diese ihrer selbst höchst unsicher und mit einem großen Bedürfnis nach einfachen, geschlossenen Weltbildern und Stärke-Vorbildern aufwachsen. Ein in dieser Art typischer Jugendlicher hat selbst ein aktives Interesse an Feindbildern: „Er hat ein tief sitzendes Bedürfnis nach übersichtlichen Freund-Feind-Verhältnissen und nach der Existenz des ‚Anderen‘, des Bösen, an dessen Vernichtung er sich selbst wieder aufrichtet. Ein solcher Mann kann nur lieben, was ihn erhält: harte Arbeit, geschlossene Formationen, aus denen ein Führer herausragt, Männerbünde, die vor der bedrohlichen Nähe der Frauen schützen, (...). Entsprechend fürchtet er, was ihn aufzulösen droht: Verweichlichung, Sittenverfall, (...) überhaupt alles Vermischte, Pluralismus und Demokratie, (...).“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 76f.).

Zu dieser psychoanalytischen Argumentation weisen die Autoren auf das Problem wirtschaftlicher Ausgrenzung neu Verarmter oder Armer innerhalb eines wohlhabenden Umfeldes hin: Konsumkultur drückt eine Schicht von postmodernen Armen aus sich heraus, die an der Konsumkultur nur teilhaben wie Leute, die sich an Schaufenstern die Nase platt drücken. Sie haben keine Erinnerung mehr an bäuerliche subsistente Kultur: arm, aber unabhängig. Sie haben keinen Bezug mehr zu oppositionellen oder selbstbewussten Arbeitermilieus. Das habe die universale Konsumkultur alles ausradiert. Was den Neo-Armen bleibt, das ist die Feststellung, abgehängt zu sein. Nicht teilnehmen zu können am Leben, weil Leben doch durch Kaufen und Verbrauchen definiert ist (vgl. Eisenberg/Gronemeyer 1993: 85). Der Aspekt, dass Konsum in einer konsumorientierten Umwelt den Wert eines Menschen stark mitbestimmt, wird umso wesentlicher, je weniger alternative Werte, wie z. B. Bildung, Erfolge durch Arbeit, etc. im Leben der Betroffenen eine Rolle spielen.

Eisenberg/Gronemeyer (1993) weisen auf die Vielschichtigkeit der Gewalt-Problematik hin, die weiter zuzunehmen droht. Aufgrund des Zusammenkommens von wirtschaftlicher Krise und Normenerosion entsteht ein hochexplosives Gemisch. In dieser Situation zieht sich auch der Staat mehr und mehr zurück und überlässt die Schwachen tendenziell sich selbst. Eisenberg und Gronemeyer folgern, es sei “in gewisser Weise kein Wunder, wenn die vergeblich nach Wertschätzung verlangenden Jugendlichen ihre Wut nun zunehmend an ‚Schwachen‘ ausagieren“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 125) oder „sich ihre – im Zweifelsfall durch Gewalt geprägten – Initiationen selber schaffen“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 138).

Die Autoren unterscheiden in ihrer Betrachtung des Jugendgewalt-Phänomens verschiedene Erziehungsstile und deren Produkte (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 178f.). Die Aggression der „Psychoklasse“ der autoritär Gegängelten und Dressierten hat eine enge innere Beziehung zum Rechtsextremismus und Faschismus. Die Kinder der neuen städtischen Mittelschichten mit permissivem Erziehungsstil werden demgegenüber zu Leistungsträgern perfektioniert, einem Ideal, dem sie nur schwer gerecht werden können und das sie unter Stress setzt. Meist bilden sie jedoch ein Über-Ich aus, das die Aggressionen bindet und nach innen wendet oder in Leistung sublimiert. Diejenigen, die am ehesten zum Ausleben von Gewalt neigen, nennen die Autoren die „ausgesetzten Kinder“ und postulieren, dass dieser „Psychoklasse“ die Zukunft gehören würde. In deren Familien sind psychische Bindungen kaum noch existent, Normen und Werte sind durch „narzisstische Wut“ ersetzt, Bindungsunfähigkeit ist eine der Folgen. Banden sind für die Jugendlichen eine Art Familienersatz, die ihrer hohen Verwundbarkeit entgegenwirken und ihnen Schutz und Zusammenhalt gewähren. Vandalismus durch Jugendliche in der Öffentlichkeit erscheint in dieser Interpretation der Autoren durch einen Wunsch nach Grenzsetzung motiviert: „Mithin lassen sich viele ihrer Aktionen als Hilferuf deuten, dass jemand kommen möge, der ihnen Grenzen setzt und sagt und zeigt, wo es lang geht. Fast alle, die mit Jugendlichen zu tun haben, bemerken eine ausgeprägte ‚Vatersehnsucht‘, ein großes Bedürfnis nach Struktur und Grenzziehung, dem die heute selber konturenlose und desorientierte Elterngeneration immer weniger nachkommt“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 180f.). Offen bleibt nach dieser Analyse, wie die Suche Jugendlicher nach Orientierung Erfolg haben kann, wenn Eltern immer weniger ihrer Erziehungsaufgabe nachkommen. Gesellschaftliche Erziehungseinrichtungen, wie z. B. Schulen, scheitern häufig – ebenso wie Eltern – an dieser Aufgabe.

Eisenberg/Gronemeyer sehen eine generelle moralische Schwäche der erwachsenen Generation, vor allem ausgelöst durch deren Anpassung an die kapitalistische Wirtschaftsform mit starker Konsumorientierung: „Viele Eltern sind im Zuge der kollektiven Infantilisierung, die der Konsumismus in Gang gesetzt hat, derart konturlos geworden, dass sie zum Erziehen (...) und zum Setzen von Orientierungsmarken gar nicht mehr in der Lage sind. (...) Viele junge Männer haken ihre Väter einfach ab. (...) Die eigenen Väter werden als Wischiwaschi-Väter empfunden und verachtet, (...). Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder ausschließlich über Geld und Konsum integrieren kann und außer dem bloßen Funktionieren keine Werte kennt, darf sich nicht wundern, wenn die Jugendlichen bei

ihrer Sinnsuche auf allerhand unheimliche und fundamentalistische Abwege geraten“ (Eisenberg/Gronemeyer 1993: 182ff.).

Ein wesentlicher Begründungszusammenhang der Jugendgewalt besteht für Eisenberg und Gronemeyer im Abbau der Schranken des Aggressionstrieb durch das fehlende Kompensationsinstrument Arbeit. Aber auch entfremdetes Arbeiten macht aggressiv, vor allem auf Nicht-Arbeitende. Dass die Ausgegrenzten zu Opfern rechtsradikaler Gewalt werden, erklären sie durch die Angst der Täter vor eigener Ausgrenzung und als Versuch der Abwehr. Wirkliche Stärke, im Sinne von Autonomie und Souveränität, muss sich vom Anblick des Schwachen und anderen nicht bedroht fühlen, sondern befähigt zu Mitgefühl und Teilnahme am Schmerz anderer. Aber: „Je größer die Angst vieler Menschen ist, selbst bei nächster Gelegenheit aus der Gesellschaft herauszufallen, desto gereizter reagieren sie auf jene, die es bereits sind“ (Eisenberg/ Gronemeyer 1993: 190f.). Mit dieser Feststellung wird zugleich der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Krise und einer Zunahme von Gewalt unter schwächeren sozialen Gruppen angedeutet. Die Autoren interpretieren die Gewaltaktionen Jugendlicher vor allem als Versuch, ihr verlorenes Selbstwertgefühl wiederherzustellen. Möglichkeiten, dies auf konstruktive Weise zu tun, sind zugleich die Voraussetzungen für einen Verzicht auf Gewalt (vgl. Eisenberg/Gronemeyer 1993: 215f.).

Ulrich Beck (1986) geht in seiner Beschreibung der „Risikogesellschaft“ von enormen gesellschaftlichen Selbstbedrohungspotentialen durch die ökologische und wirtschaftliche Verelendung durch Überausbeutung und Überproduktion aus (Beck 1986: 29). Diese sieht er als ursächlich für die Auflösung traditioneller Bindungen und Normen. Innerhalb der Risikobetroffenheit ergeben sich neue soziale Ungleichheiten (Beck 1986: 54). Ein politisches Vakuum hat weder der Bedrohung noch den sozialen Ungleichheiten etwas entgegenzusetzen (Beck 1986: 64). Beck problematisiert die „Sündenbockgesellschaft“, die sich in Leugnung und Verharmlosung sowie Verschiebung von Problemen übt, statt sich ihrer Verantwortung zu stellen (Beck 1986: 100). Diese Vorbilder kreieren sowohl eine „Gesellschaft der Unselbständigen“ (Beck 1986: 157) als auch dauerhafte Konfliktlinien entlang zugewiesener Merkmale von Rasse, Geschlecht, Alter, etc. (Beck 1986: 159).

Ebenso wie Eisenberg und Gronemeyer (1993) sieht auch Beck (1986) eine „entsolidarisierte“ und „entsolidarisierende“ Umwelt als wesentliche Voraussetzung gewaltsamen Handelns. Karl-Heinz Hillmann (1989) ergänzt die skizzierten gesellschaftlichen Analysen zum Wertewandel mit Hinweisen auf eine verbreitete „Doppelmoral“ von Herr-

schenden (Hillmann 1989: 77). Diese sei eines der größten Hindernisse in der Vermittlung dauerhafter Werte und Normen. Weitere problematische Entwicklungen seien infolge ursprünglich fortschrittlicher Initiativen des Staates aufgetreten: Die Bildungsschritte hätten hohe Erwartungen an berufliche Karrieren ausgelöst, die sich jedoch in der Realität allzu oft zerschlugen. Persönliche Enttäuschungen begünstigten aggressive Reaktionen (Hillmann 1989: 78) und führten mit zunehmender Häufigkeit und Verallgemeinerung solcher „individueller“ Enttäuschungen zur Legitimationskrise der Herrschenden. Im Interesse einer Auflösung der Machtkämpfe zwischen Staat und Bürger/inne/n empfiehlt Hillmann von der „Gesinnungsethik“ zur „Verantwortungsethik“ zu finden (Hillmann 1989: 172f.). Er postuliert, dass ein Erfolg vom persönlichen Engagement möglichst vieler Verantwortlicher (Vorbilder) abhängt (vgl. Hillmann 1989: 217).

Alle zitierten Autoren sind in der Frage einig, dass die derzeitige prekäre politische, wirtschaftliche und ökologische Lage Desintegrationstendenzen innerhalb der europäischen Gesellschaft begünstigt. Globale Machtverschiebungen und Berichte über ökologische Katastrophen wirken sich auf lokaler Ebene verunsichernd aus. Infolge der wirtschaftlichen Schwäche ehemals starker Länder geraten auch die dort geltenden Werte unter Druck. War im Zuge emanzipativer Entwicklungen (Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, etc.) ein lange Zeit tragfähiges gesellschaftliches Normen- und Wertesystem bereits brüchig geworden, fehlt nach Ansicht der Autoren heute ein überzeugendes neues Modell, das als verbindliches Richtlinien-System an die Stelle des alten treten könnte. Mit Blick auf das von Eisenberg/Gronemeyer beschriebene Umschlagen von flottierender Gewalt erscheint Hillmanns (1989) Hinweis auf den infolge der beschriebenen Entwicklungen eingetretenen Legitimationsverlust des Staates gegenüber den Bürger/inne/n besonders bedeutsam zum Verständnis der Gewaltausübung von Jugendlichen. Ebenso wie Jugendliche in den Eltern vergeblich nach Vorbildern suchen, finden Eltern in staatlichem Handeln immer weniger Orientierung. Darin wird von allen genannten Autoren ein Desintegrationsrisiko erkannt.

3.4.2 Gewalt durch rechtsextreme Milieus

Rudolf Forster fordert in seiner Untersuchung über den Zusammenhang von Rechtsextremismus und Behindertenfeindlichkeit mehr gesellschaftliche Sanktionen zum Schutz potentieller und tatsächlicher Gewaltopfer: „Meines Erachtens besteht (...) die wichtigste Aufgabe darin, die vorhandene gesellschaftliche und moralische Isolierung der Täter und

Sympathisanten aufrechtzuerhalten und zu verstärken“ (Forster 2002: 28). Er kommt zu der Auffassung, das Gewaltphänomen latent ausgegrenzter Rechtsradikaler betreffe andere latent Ausgegrenzte wie Behinderte, Ausländer, Asylanten, Homosexuelle und Obdachlose. Der Pluralismus ist überfordert, das zeigt die Zunahme alltäglicher Diskriminierung bis hin zum Mord (Forster 2002: 26ff.).

Forster weist auf die Wurzeln rechtsextremer Behindertenfeindlichkeit in Deutschland in der nationalsozialistischen Ideologie hin. „Entscheidend ist (...) eine strikte Trennung zwischen der Gruppe von Menschen, die zur ‚Gemeinschaft‘ gehören dürfen, und solchen, die nach dieser Definition nicht zur ‚Gemeinschaft‘ gehören dürfen. Die letzteren werden nun auf eine solche Weise ausgegrenzt, dass sie nicht nur als fremd bezeichnet werden, sondern ihre ‚Fremdheit‘ wird auch mit einem Leben gleichgesetzt, das es nicht ‚wert‘ sein darf, gelebt zu werden“ (Forster 2002: 40f.).

Forster erkennt als der verbreiteten Behindertenfeindlichkeit zugrunde liegendes Phänomen neben der Nazi-Tradition die moderne „Individualisierung von Lebenslagen“. Ähnlich wie Eisenberg/Gronemeyer (1993) kommt Forster zu der Auffassung, dass gewalttätigen jungen Männern ein Orientierungsrahmen mit der Chance zur starken Selbstdarstellung fehlt. Als Ersatz dient die eigene Aufwertung über die Abwertung anderer. Syndromvarianten wie Rassismus, Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie (Angst vor dem und den Anderen) träten auf. Als dominierende psychische Verankerungen seien auszumachen: Glaube, Stolz/Überheblichkeit, Angst und Egoismus/Selbstdurchsetzung (vgl. Forster 2002: 67).

Das Erkennen eines Zusammenhangs zwischen den Phänomenen Individualisierung und Desintegration als gesellschaftliche Tendenzen mit einer Zunahme von Gewalt stimmen mit den Thesen von Eisenberg/Gronemeyer (1993) überein. Eine offen, auch im Sinn von unregelt, erscheinende Gesellschaft bietet Einzelnen einen weiten Interpretationsspielraum geltender Normen und Werte. Forster kommt zu dem Ergebnis, dass auf gesellschaftlicher wie auch individueller Ebene Sinn und Vertrauen neu zu entwickeln sind, um rechtsextreme Verhaltensweisen aufzubrechen (Forster 2002: 146).

Der Soziologe und Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer (1995) fand im Zuge einer empirischen Untersuchung zur politischen Sozialisation zum Thema rechtsextremistischer Orientierungen bei Jugendlichen heraus, dass junge Männer als Täter gewaltsamer Aktionen gegen Ausländer/innen „... immer noch glauben, dass sie ihre oft bedrückende Lebenssituation ausgerechnet dadurch verbessern könnten, indem sie rechtlose Fremde zu ihren Opfern machen“ (Heitmeyer 1995: 6). Spiegelbildlich finden sich im Fall der ethni-

schen Jugendbande Turkish Power Boys, die deutsche Jugendliche in Frankfurt/Main „wie Hassobjekte“ behandelten (Böttger 2005: 1), ähnliche Motive.

Ebenso wie die Untersuchungen von Eisenberg/Gronemeyer und Forster zeigt Heitmeyer am Verhalten rechtsextremer Jugendlicher gesellschaftliche Defizite auf. Mit seiner grundlegenden Kritik an herkömmlichen pädagogischen Konzepten zur Integration des-integrierter Jugendlicher weist Heitmeyer jedoch über den Rahmen jener Untersuchungen hinaus. Die beiden genannten Grundelemente rechtsextremen Verhaltens, die Ideologie von der Ungleichheit der Menschen und die Gewaltperspektive und –akzeptanz, stellt einen „Gegenentwurf zu den Verheißungen demokratischer, aufklärerischer Politik mit den Elementen des Vernunftpostulates, der Freiheit des Individuums, vor allem der Gleichheit der Menschen“ dar (Heitmeyer 1995: 15f.).

Heitmeyer sieht die Identitätsprozesse prinzipiell aller gesellschaftlichen Kreise, nicht allein der rechtsextremen Untersuchungsgruppe, zwischen sozialen Kontinuitätsbrüchen und Leitbildern mit historisch-politischen Kontinuitätsbezügen gesellschaftlich verankert (Heitmeyer 1995: 99, 189). Nicht alle ziehen jedoch ähnliche Konsequenzen wie Rechts-extremist/inn/en. Zur Differenzierung rechtsextremistischer Gruppen unterscheidet Heitmeyer vier verschiedene Orientierungs-„Milieus“, die er mit Identitätsprozessen verbindet (Heitmeyer 1995: 192 ff.):

- a) das traditionsgebundene nationalistische Orientierungs-„Milieu“/Kontinuitätsprozess,
- b) das anomische Orientierungs-„Milieu“/ Prozess der Gewissheitssuche,
- c) das neoromantische Orientierungs-„Milieu“/ ideologischer Verlagerungsprozess (z. B. Flucht in den Mythos, Ablehnung der Aufklärung, etc.),
- d) das neokonservative Orientierungs-„Milieu“/ Konvergenzprozess (Modernisierung des Kapitalismus, Demokratieentlastung, eher strukturelle als personelle Gewaltanwendung).

Heitmeyer kritisiert die undifferenzierte und eher an Kontrolle als an Selbstorganisation der Jugendlichen interessierte staatlich gelenkte Jugendarbeit (Heitmeyer 1995: 203). Er empfiehlt den Abbau ihrer stationären Formen zugunsten flexiblerer, mobiler Formen, um spezifischer auf Lebenslagen und die daraus z. T. erwachsenden problematischen subjektiven Verarbeitungen von Jugendlichen eingehen zu können.

Heitmeyers Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Entgrenzung von Gewalt weist ebenso wie das Autorenteam Eisenberg/Gronemeyer auf den Zusammenhang von autoritärer Erziehung und fehlender Entwicklung von Eigenverantwortlichkeit hin: „Je stärker autoritäre Erziehung und staatliche Repression auftreten, (...), desto weniger kann sich Eigenverantwortlichkeit entwickeln. Lockern sich zudem die sozialen ‚Verankerungen‘,

müssen die Folgen für andere immer weniger bedacht werden. Fallen dann noch Alltagserfahrungen und offizielle Darstellungen auseinander, ergeben sich brisante Situationen, die zu Interpretationsleistungen und „Balanceakten“ herausfordern, denen gerade autoritär disponierte Personen nicht gewachsen sind und deren innerer Leidensdruck immer mehr steigt“ (Heitmeyer 1995: 238).

Es ist davon auszugehen, dass die in diesem Kapitel dargestellten Untersuchungen nicht auf deutsche rechtsradikale Milieus zu beschränken sind. Eine prinzipielle Übertragbarkeit der Milieu-Beschreibung auf rechtsextrem agierende Gruppen Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist - trotz bestehender Unterschiede hinsichtlich der Bandbreite ihrer jeweiligen Chancen und Handlungsperspektiven - gegeben. Dies betrifft besonders die Mechanismen, die zur Entgrenzung von Gewalt führen, wie z. B. die Abwertung anderer Menschen und anderer sozialer Gruppen.

3.4.3 Männergewalt in Industrienationen

Joachim Kersten (1997) betrachtet das Gewaltkriminalitäts-Phänomen als „Männerproblem“ der Industrieländer und stellt Erkenntnisse über Entwicklungen in Deutschland, in dem an westliche Traditionen gebundenen Australien sowie in dem an östliche Traditionen gebundenen Japan gegenüber. Mit Bezug auf feministische Analysen betrachtet Kersten das Geschlechterverhältnis, den Begriff Männlichkeit und die Definition von Abweichung. Er stellt den Zusammenhang zwischen dem Männlichkeitsentwurf eines „Beschützers der Gemeinschaft“ und dem kriminogenen Verhalten bei Straßengangs an den Anfang seine Studie: Männer sehen Gewalthandeln aufgrund ihrer Rollenannahme oftmals als berechtigt und sozial erwünscht an (Kersten 1997: 8).

Verschiedenen soziologischen und kriminologischen Studien entnimmt Kersten den Zusammenhang von Gewalt und inszenierter, gesellschaftlich relativ akzeptierter Männlichkeit und stellt zum Täterprofil fest: „Angezeigte Kriminalität wird überproportional häufig von 15- bis 25-jährigen unverheirateten Angehörigen des männlichen Geschlechts begangen, die in Städten wohnen und eine hohe Mobilität aufweisen“ (Kersten 1997: 13). Außerdem korrelieren soziale und ökonomische Marginalisierung positiv mit Kriminalität. Zum geschlechtsspezifischen Unterschied stellt Kersten fest: „Dass Frauen und Männer im Geschlechtsrollenkonzept als wesensmäßig unterschiedlich definiert sind, erscheint in der Forschung zum Geschlechterunterschied als nicht zu begründende zeit- und kulturübergreifende Annahme. Es ist zwar durchaus wahrscheinlich, dass spezifische Sozialisationsmuster bei Mädchen zu ‚Eigenschaften‘, schließlich auch zu normativen

Erwartungen führen, die internalisiert und handlungswirksam werden. Im Kontext von Kriminalität sind jedoch über den Faktor der Geschlechtszugehörigkeit hinaus Klassen- und Rassenfaktoren sowie soziale und situative Konstellationen zu berücksichtigen“ (Kersten 1997: 16).

Am Verhältnis zur gesellschaftlichen Macht lässt sich „Abweichung“ definieren. Machtlose werden leichter als abweichend dargestellt als Machtinhaber. Durch die Gleichsetzung von Macht und Männlichkeit weist Kersten auf das hohe Interesse junger Männer an der Zurückweisung weiblicher Eigenschaften hin. Auch bei Mädchen erkennt er eine gruppenbezogene Tendenz zur Kontrolle und Abwertung gleichgeschlechtlicher Gleichaltriger (vgl. Kersten 1997: 22ff.). Die von Schirrmacher (2002) am Beispiel der islamischen Familienstruktur dargestellte geschlechtsspezifische Hierarchisierung und ihre Funktionsweise über die Abwertung von Weiblichkeit und Aufwertung von Männlichkeit wird von Kersten auch innerhalb der Geschlechterbezüge in Industrieländern gefunden.

Am Beispiel von Akteuren gesellschaftlicher Machtausübung untersucht Kersten jeweils kulturell herrschende Normen von Männlichkeit: „Entwürfe von Männlichkeit werden kulturell unterschiedlich hergestellt. Über die Konstruktion eines verbindlichen sozialen Orientierungs- und Handlungsrahmens für ‚wünschenswerte‘ Männlichkeit werden Ordnungsprobleme der Gemeinschaft angegangen, aber z. T. auch reproduziert. (...) ‚Ehre‘ setzt sich im mediterranen Entwurf ‚richtiger‘ Männlichkeit, ähnlich wie im verwandten japanischen, aus Arbeit, wirtschaftlichem Fleiß und sexuellem Erfolg zusammen. Die Fähigkeit zum Beschützen kann im Kontext von Raufereien (...) bewiesen werden“ (Kersten 1997: 49ff.). Die Schattenseite dieser positiv besetzten Männlichkeit sieht Kersten nicht allein in abgewerteter Weiblichkeit, sondern in untergeordneten Männlichkeiten, wie der heterosexuellen Norm nicht entsprechenden „Memmen“, „Schwuchteln“, etc. (Kersten 1997: 52).

Kersten beschreibt im Ergebnis seiner Untersuchung kulturübergreifende Vorstellungen über Funktionen von Männlichkeiten: 1. Nachwuchs erzeugen mit sexueller Vormachtstellung gegenüber Frauen und Kontrolle von Frauen und Kindern (procreation), 2. Beschützen vor inneren und äußeren Feinden (protection), 3. Versorgen von Familie und Gemeinschaft (provision). Er betrachtet männlich dominierte Kriminalität in ihrem jeweiligen kulturellen Bezug. Soziale, ökonomische und auch religiöse Determinanten prägen als sozialstrukturelle und kulturelle Bedingungsfaktoren den jeweiligen Kontext von Geschlecht, Abweichung und Kontrolle (Kersten 1997: 54).

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Beschützertätigkeiten und Sexualität als ökonomische, kulturelle und normative Bereiche formen nach Kerstens Ansatz Leitbilder von Männlichkeit. Kersten erläutert die „Ernährermännlichkeit“, die sich durch außerhäusige, für Männer privilegierte Arbeitsbedingungen definiert und sowohl väterliche Autorität als auch politische Durchsetzungsmacht sowie ökonomische und physisch-sexuelle Unterdrückung von Frauen legitimieren kann. Die Mitgliedschaft in kriminellen oder abweichenden männlich dominierten Subkulturen wird von Männern bevorzugt, die von der auf organisierter Macht beruhenden hegemonialen Männlichkeit ausgeschlossen sind (Kersten 1997: 63).

Sexualität wird laut Kersten in den von ihm untersuchten Industrienationen überwiegend abgewertet. Die der Nachwuchserzeugung dienende, von Ehepartnern im Rahmen heterosexueller Beziehungen ausgeübte Sexualität steht noch an der Spitze der kulturell akzeptierten Praktiken. Eine allgemeine Körper- und Sexualitätsfeindlichkeit fördert jedoch die Entstehung von Gegenkulturen, z. B. der ausgebreiteten Homosexuellenkultur in Sydney (vgl. Kersten 1997: 64). Wie Heterosexualität und (der Zwang zur) Potenz zur akzeptierten Männlichkeit gehören, beschreibt Kersten subkulturelle Aktivitäten von männlichen Nachbarschaftsgangs, „in denen Männlichkeitsbeweise in Form von Gruppenvergewaltigungen eine Rolle spielen. (...) Sie können auch im Rahmen homosexueller Vergewaltigung eines als weiblich definierten oder erniedrigten Mannes erfolgen“ (Kersten 1997: 65, vgl. auch Schiffauer 1983).

Kriminalität als Bewerkstelligung von Geschlecht (Kersten 1997: 187) nennt Kersten sein theoretisches Konzept, um die Entstehung und die Verbindlichkeit von Männlichkeitsleitbildern und ihres negativ bewerteten „abweichenden Gegenübers“ in ihrer Relation zu geschlechtsspezifisch besetzten Domänen sozialen Handelns (Nachwuchs erzeugen, beschützen, versorgen) zu interpretieren. Er stellt als bedeutsam heraus, dass junge Männer ihr gefährliches, risikoreiches und auch ihr kriminelles Handeln in der Selbsteinschätzung oft als „richtig und gut“ auffassen: „Kriminalität entsteht nicht aufgrund der massenhaften Orientierung jüngerer Männer an sozial schädlichen oder gar ‚böartigen‘ Entwürfen von Männlichkeit, sondern aus einer risikohaften, das männliche, weibliche oder kindliche Opfer erniedrigenden Bewerkstelligung von Geschlecht als letzter Ressource von Selbstwert“ (Kersten 1997: 189). Diese Erkenntnis plädiert für einen Blick auf Täter, die in selbstwert- und ordnungserhaltender Absicht gewaltsam agieren. Kerstens Analyse klärt den Motivations- und Rechtfertigungsbezug derartiger Gewalttätigkeit nur teilweise. Sie lässt vor allem die Frage offen, auf welche selbstwert- und ordnungsbezogenen

Alternativen Menschen (Männer, vor allem aber auch Frauen) zurückgreifen, die sich dem aggressiven Männlichkeitsentwurf bewusst entziehen.

Der Wert von Kerstens Erkenntnissen für die vorliegende Arbeit besteht vor allem darin, dass gezeigt wird, wie sich in einem patriarchalisch geprägten Weltbild Männlichkeit und Opfer-Sein als unvereinbar ausschließen. Von Männern ausgeübte Gewalt gegen andere wird durch das Motiv des notwendigen Schutzes der eigenen Männlichkeit legitimiert. Bezieht Kersten seine Untersuchung auf Industrienationen, zeigen sich in Bezug auf die Definition von „Männlichkeit“ doch Parallelen zu dem vorindustriell und agrarisch geprägten Geschlechterverhältnis, das Schirrmacher (2002) in Bezug auf traditionell islamisch geprägte Familienstrukturen beschreibt.

3.5 Fazit

Die charakteristischen Eigenschaften von Großstädter/inne/n beschreibt Simmel (2005a) als eine reservierte Toleranz im Umgang unterschiedlicher Individuen und Gruppen miteinander. Darauf basiert die Tendenz zur Separation und auch zur Segregation (vgl. Häußermann 1995).

Zu den sozialen Minderheiten als sozial abweichend stigmatisierte Minderheiten werden nach Goffman (1975) die Delinquenten, Arbeitslosen und Homosexuellen – neben den ethnischen Minderheiten – als stigmatisierte Randgruppen gezählt. Geißler (2002) ergänzt diese Aufstellung um Sozialhilfeempfänger, Obdachlose, Behinderte, Alkoholiker, Drogenabhängige, etc. Markefka (1990) erkennt Anpassung, Widerstand oder Separatismus als die Reaktionen der Minderheiten auf die gemeinsame Erfahrung von Diskriminierung. Ethnische Minderheiten neigen dabei eher zum Rückzug in eigene Gesellschaften zur Wahrung ihrer sozialen und individuellen Identität (Segregation). Soziale Minderheiten wie z. B. Homosexuelle versuchen demgegenüber, durch Bildung handlungsfähiger Verbände über soziale Aktionen die Normalgesellschaft zu verändern. Sie streben soziale Gleichstellung im pluralistischen System an, das als ungerecht und unfertig beurteilt wird (Markefka 1990: 94f.).

Die Lebensstile angestammter Großstädter/innen entwickeln sich ausgehend von der mittelalterlichen gesellschaftlichen Ständeordnung, die eine patriarchalisch strukturierte Großfamilie begünstigte, hin zum Ideal der bürgerlichen Kleinfamilie. Partnerschaftlicher Umgang tritt an die Stelle autoritärer (Gewalt-)Verhältnisse. Die heutige Sozialstruktur Deutschlands zeigt eine weitere Verkleinerungstendenz der Haushalte mit dem Trend zur

Einelternefamilie und verbreiteten Single- und Paarhaushalten. Traditionelle (christliche) Werte und Normen verlieren ebenso an Kraft wie die geschlechtsspezifische und –hierarchische Rollenverteilung. Dabei kommen die innovativen Lebensstile eher bei wohlhabenderen und gebildeten Schichten zur Geltung (vgl. Meyer 2002: 427).

Dannecker (2001) stellt in Frage, dass Homosexuelle von der Tendenz zur Toleranz und der Vergrößerung der Vielfalt an Lebensformen profitieren konnten. Angesichts steigender Gewalt gegen Schwule seit den 1990er Jahren sieht er eher eine neue Flucht in Scham und Angst (vgl. Dannecker 2001: 4). Dennoch ist der Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung alternativer Lebensstile – vorangetrieben durch Projekte der feministischen Frauen- und Lesbenbewegung (vgl. Doderer 2003) – auch bei Homosexuellen ungebrochen. Diese Erkenntnis ist besonders für die Großstadt Berlin zutreffend (vgl. Doderer 2003: 205). Hier treffen diesbezügliche Initiativen vielfach innerhalb sozial benachteiligter Nachbarschaften auf Menschen, denen es an Verständnis für die Belange Homosexueller mangelt.

Unter den zugewanderten ethnischen Minderheiten in modernen deutschen Großstädten bilden die Türk/innen mit rund 2 Mio. Menschen die Majorität (27%) aller Ausländergruppen. Sie erleben durch den Islam und die agrarisch-patriarchalischen Strukturen ihrer Heimatkultur den kulturellen Konflikt mit dem westlichen Lebensstil in Deutschland am intensivsten (vgl. Geißler 2002: 304). Herbert (2003: 234) nennt die Problemfelder der ehemaligen Gastarbeiterfamilien: ein niedriges Bildungsniveau; eine Tendenz zur Gettobildung, die durch Familiennachzug und eine hohe Geburtenentwicklung verschärft wird; „Zweisprachiges Analphabetentum“ führt häufig in soziale Isolation; es kommt kaum zu Kontakten außerhalb der eigenen Gruppe. Zudem ist eine hohe Kriminalitätsrate zu verzeichnen (vgl. Herbert 2003: 241). Ghadban (2000) weist auf die besonderen Integrationsprobleme arabischer Flüchtlinge hin, die aufgrund ihres Status von vielen Integrationsfeldern über Jahre ausgeschlossen waren, zugleich jedoch über Transferleistungen ökonomisch unabhängig sind. Die Abkapselung gerade dieser Gruppe innerhalb ihrer Wohngebiete ist Folge dieser verfehlten Politik (vgl. Ghadban 2000: 276f.). Diese Problemlage zeigt sich besonders in Großstädten.

Leggewie (1990) untersucht die Voraussetzungen einer funktionierenden multikulturellen Stadt. Er weist darauf hin, dass zunehmend Konkurrenzverhältnisse anstelle partnerschaftlicher Koexistenz entstanden sind und Integrationsmechanismen über die Modi Recht, Geld, Gewaltmonopol zunehmend versagen (Leggewie 1990: 16ff.). Unter diesen Umständen besinnt sich jede/r auf ihre/seine individuellen und Gruppenstärken.

Der globale Aufschwung der muslimischen Gemeinde (vgl. Schiffauer 2000: 142) bietet für den muslimischen Teil ethnischer Minderheiten einen Stärke vermittelnden – und damit vielen Schwachen geeignet erscheinenden – Rahmen. Darauf, dass diese Entwicklung insbesondere dem politischen Islam oder dem Islamismus zuarbeitet, weist Tibi (2002) hin. Er zeigt eine Desintegrationsperspektive für weite Teile der ethnischen Minderheiten in Europa bei einem weiteren Erstarren islamistischer, an Separation interessierter Kreise auf. Tibi sieht gar europäische Grundwerte und die Menschenrechte in Gefahr, wenn Zuwanderung nicht stärker diejenigen begünstigt, die den europäischen Werten eindeutig verbunden sind (vgl. Tibi 2002: 193f.).

Der islamisch geprägte Lebensstil zeigt klare Grenzen gesellschaftlicher Toleranz in Bezug auf Homosexuelle und ihre Lebensstile auf. Ghadban (2000) verdeutlicht den Unterschied zwischen Islam und Islamismus und verweist auf die liberalen Muslime, die durchaus ihren Glauben mit der Moderne in Einklang zu bringen verstünden (vgl. Ghadban 2000: 279). Schirmmacher (2002) illustriert jedoch am Beispiel des Koran-gemäßen Lebensstils erhebliche Unterschiede zur christlichen Lebensführung und auch zu säkularen Lebensstilen. Entscheidend für eine dauerhaft gelingende Koexistenz von islamischen mit anderen Lebensstilen wird sein, wie dogmatisch die islamischen Moral- und Wertvorstellungen übernommen werden, die nicht mit den demokratischen Prinzipien übereinstimmen. Dies betrifft in erster Linie die Stellung der Frau in der Gesellschaft, vor allem aber auch die Akzeptanz körperlicher Gewalt – insbesondere gegenüber Frauen, die sich beim Vorwurf von Ehrverletzungen bis zur Tötung auswirken kann (vgl. Schirmmacher 2002: 64ff.).

Dass Homosexualität in islamischen Gesellschaften ebenfalls zur Bestrafung mit dem Tode führen kann (vgl. Schirmmacher 2002: 113), ist bei der vergleichenden Betrachtung der Lebensstile (und Werte) islamischer und homosexueller Minderheiten von großer Bedeutung. Der Exkurs zum Thema Homosexualität in islamischen Gesellschaften unterstreicht die „ehrlose“ und gesellschaftlich nicht akzeptierte Stellung Homosexueller in heutigen, überwiegend von Muslim/inn/en bewohnten Gesellschaften, wie z. B. der Türkei. Durch die Kultur dieses Landes und durch den Einfluss traditionell patriarchaler Umgangsformen sind auch die türkischen und kurdischen Einwanderer/innen in deutschen Großstädten geprägt (vgl. Bochow 2003, Günay 2003).

Aktuelle Forschungsergebnisse zum Thema Gewalt als Ausdruck städtischer Lebensstilkonflikte beziehen sich hier auf Jugendgewalt, Gewalt durch rechtsextreme Milieus und Männergewalt in Industrienationen. Wilhelm Heitmeyer untersucht gemeinsam mit ande-

ren Forscher/inne/n die Entwicklung gewaltsamen Handelns von Jugendlichen unterschiedlicher Milieus (Heitmeyer et al. 1995) unter dem Aspekt der gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen an selbstverantwortliches Handeln. Die Autor/inn/en gehen davon aus, dass hoch industrialisierte, kapitalistische Gesellschaften große Desintegrationsprobleme aufweisen. In sozialisationstheoretischer Hinsicht ist damit die Annahme verbunden, dass dies weitreichende Gewaltphänomene erzeugen kann (vgl. Heitmeyer et al. 1995: 14). Die Autor/inn/en kommen zu dem Ergebnis, dass es im Fall von Jugendgewalt vielfach um eher spontane Situationen im Kontext der Suche nach Spannung und Orientierung gehe (Heitmeyer et al. 1995: 22). Eisenberg/Gronemeyer (1993) charakterisierten gewaltbereite Jugendliche als „ausgesetzte Kinder“. Diesen Ansatz zur Erklärung sozialer Desintegration aufgrund familiärer Desintegration greifen die Autor/inn/en um Heitmeyer ebenfalls auf. Neben schichtspezifischen Differenzierungen weisen die Autor/inn/en darauf hin, dass die Neigung zu Gewalt bereits bei bestehenden Ängsten vor einem möglicherweise bevorstehenden sozialen Abstieg beginnt. Konflikte zwischen Gruppen, deren Lebensgewohnheiten und Wertesysteme unvereinbar (geworden) sind, und die ihre sozialen Beziehungen nicht mehr auf der Basis von gemeinsam geteilten Werten regeln können, seien dementsprechend zu erwarten (vgl. Heitmeyer et al. 1995: 28). Kersten (1997) kommt in seiner interkulturellen Untersuchung über den Zusammenhang von Männlichkeit und Kriminalität zu dem Schluss, dass die primär Männern zugeschriebenen Aufgaben des Beschützens und Versorgens eine gewisse latente Gewaltbereitschaft voraussetzen. Die Autor/inn/en um Heitmeyer sehen darüber hinaus eine Tendenz zur Regression in frühere hierarchische Geschlechterverhältnisse aufgrund der zunehmenden Rollendiffusion und „alternativlosen“ Rollenverunsicherung der Geschlechter (vgl. Heitmeyer et al. 1995: 46f.).

Die Erkenntnis, dass die Lockerung von Normen und die Optionsvielfalt die Freiräume erhöhen, aber auch zu einer Subjektivierung von Werten und Normen führen, läßt die Autor/inn/en vermuten: „Kommt es zu Verständigungsverlusten über gemeinsam geteilte Werte und Normen, die zur sozialverträglichen Lösung von Konflikten vorauszusetzen sind, dann kann der Freiheitsgewinn in das Recht des Stärkeren umschlagen“ (Heitmeyer et al. 1995: 50f.). Das „Desintegrations-Verunsicherungs-Gewalt-Konzept“ geht von einander ergänzenden Annahmen aus: „Auf sozialstruktureller Ebene sind es Ungleichheitsphänomene, (...); auf institutioneller Ebene sind es Folgen abnehmender Partizipation, auf sozialer Ebene z. B. fehlende emotionale Unterstützung, und auf der personalen Ebene können identitätsrelevante Folgen eingebracht werden, die sich z. B. aus inkonsis-

tenter Erziehung in Wertediffusion niederschlagen“ (Heitmeyer et al. 1995: 56). Desintegration führt nach den Annahmen der Untersuchung zu stärkeren Bestrebungen nach Integration. Dabei werden Unterschiede häufig als Unvereinbarkeiten gedeutet. Darin liegt eine der stärksten Wurzeln von Gewalt: „Eine zentrale Prämisse, auf der verschiedene Strategien zur Ambivalenzreduktion fußen, ist die „Entweder-oder-Logik“. Sie geht davon aus, dass es nicht möglich ist, sowohl das eine als auch das andere zu fühlen oder zu tun. (...) Der Versuch, Eindeutigkeit, Gewissheit und Ambivalenzfreiheit herzustellen, macht den Einsatz von Gewalt plausibel und wahrscheinlich“ (Heitmeyer et al. 1995: 164ff.).

Zur Brisanz ethnisch-kultureller Gewaltpotentiale erläutern die Autor/inn/en den Einfluss typischer Probleme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Die Gewalttätigkeiten ausländischer Jugendlicher sind vor dem Hintergrund des Aufwachsens in zwei Kulturen zu sehen, wobei die Werte- und Normenpluralität Orientierungsprobleme bewirken können. In Familien, in denen die Konfrontation unterschiedlicher Lebensstile stattfindet, ist oft fehlende Unterstützung durch fehlendes Verständnis für den Zweispalt der Jugendlichen gegeben. In den Bereichen Schule und Beruf stehen die Jugendlichen vor Zugangsbarrieren, die sich als Gefahren einer strukturellen Desintegration auswirken können, insbesondere, wenn der Einstieg nicht gelingt. Die fehlende rechtliche Integration verschärft das Problem der Desintegration ausländischer Familien. Ein häufig zerrissenes Selbstbild steht für eine desintegrierte Persönlichkeit vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund (vgl. Heitmeyer et al. 1995: 399ff.).

Bedeutsam für die Bevölkerungskonstellation im Schöneberger Norden sind vor allem Heitmeyers (Heitmeyer et al. 1995) Untersuchungsergebnisse, nach denen Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich mit deutschen Jugendlichen eine höhere Gewaltaffinität aufweisen. Die Desintegrationspotentiale dieser Gruppe von Jugendlichen vor dem Hintergrund ihrer Sozialisation und fehlender Anerkennung in ihrem Umfeld sind mit Bezug auf den Untersuchungsort, Schöneberger Norden, darzustellen. Dass auf Fremdausgrenzung häufig Selbstabgrenzung bei gleichzeitigem Elitebewusstsein folgt und dass damit ein Opferbewusstsein und mangelnde Verantwortungsbereitschaft einhergehen, sind ebenfalls für diese Untersuchung besonders bedeutsame Erkenntnisse der Forschungen Heitmeyers (Heitmeyer et al. 1995: 238).

Als für die Fragestellung dieser Arbeit relevante gesellschaftliche Tendenzen wurden in den vorangegangenen Abschnitten aufgezeigt: Lebensstile sind Integrationsinstrumente, die sich im Fall von Lebensstilkonflikten – auch mittels Gewaltanwendung - zu

Ausgrenzungsinstrumenten wandeln können. Simmels Konzept der friedlichen Koexistenz stößt an Grenzen, wenn es im Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen in Großstädten mehr und mehr zu Gewalttätigkeiten kommt. Minderheiten werden als gesellschaftlich diskriminierte Randgruppen charakterisiert, die auf unterschiedliche Weise Diskriminierungen erfahren und unterschiedliche Reaktionsweisen entwickeln: Anpassung (Assimilation), dialogbasierte Einordnung (Integration auf Basis eingeforderter gleicher Rechte) oder Rückzug (Separation). Ethnische Minderheiten (speziell türkische und arabische) werden bezüglich vorherrschender kultureller Identifikationsmuster betrachtet. Die sich aus traditioneller Interpretation der eigenen Kultur ergebenden möglichen Konsequenzen für die gesellschaftliche Integration werden eingeschätzt. Es wurde festgestellt, dass vor allem (aber nicht ausschließlich) sozial Benachteiligte einer besonders traditionellen Vorstellung kultureller Normen folgen. Die Ablehnung westlicher Werte wirkt sich u. a. gegenüber Homosexuellen aus, deren Lebensform zutiefst verachtet wird. Die Beschreibung von Gewalthandeln als ein kulturübergreifendes, häufig ideologisch begründetes Phänomen, schließt den theoretischen Rahmen der Arbeit ab.

Nach Würdigung dieser bisher erarbeiteten Erkenntnisse deutet sich eine Bestätigung der Gesamtthese an, dass an der Art (Gewaltakzeptanz) und dem Verlauf von Lebensstilkonflikten (Segregation) von Teilen ethnischer Minderheiten (Jugendliche mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Ländern) mit anderen sozialen Minderheiten (speziell Homosexuellen) sich zunehmende Tendenzen kultureller Desintegration zeigen. Die Urbanität, gekennzeichnet durch das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, erscheint in zahlreichen europäischen Großstädten gefährdet. Die kulturellen Desintegrationstendenzen können sich deutlich daran zeigen, dass bestimmte soziale Gruppen - in Ausgrenzung anderer - Hegemonialansprüche auf Stadträume stellen und Kontrolle über diese Räume auch mittels Gewaltausübung suchen.

4 Untersuchung von Lebensstilkonflikten im Schöneberger Norden von Berlin

Zur Überprüfung der oben genannten These dient die folgende empirische Untersuchung. Zunächst wird das Untersuchungsziel (Prüfung kultureller Desintegrationstendenzen) genauer definiert (4.1), dann wird der Untersuchungsgegenstand (Lebensstilkonflikte) dargestellt (4.2). Das Kapitel schließt mit der Erläuterung des Materials, der Methoden und des Vorgehens der Untersuchung (4.3).

4.1 Untersuchungsziel: Überprüfung kultureller Desintegrationstendenzen

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung besteht darin, die These kultureller Desintegrationstendenzen im Schöneberger Norden von Berlin zu überprüfen, die dort ansässige Minderheiten besonders betrifft und die sich anhand von Lebensstilkonflikten durch Gewalt und Verdrängungsprozesse zeigen.

Letztlich sollen Gründe für diese Entwicklung aufgezeigt werden, indem auf das vorzufindende Geflecht von Motiven und die Verkettung von Ursachen verwiesen wird. Im Zuge der empirischen Untersuchung soll geklärt werden, ob sich ein Trend zur (weiteren) selektiven Abwanderung Homosexueller und anderer Mittelschichtsangehöriger in Reaktion auf Lebensstilkonflikte mit Unterschichtsangehörigen mit Migrationshintergrund aus dem Gebiet des Schöneberger Nordens bestätigen lässt.

Aus den Ergebnissen resultiert die Frage, ob und auf welche Weise die Moderation des Zusammenlebens unterschiedlicher und in verschiedener Hinsicht benachteiligter sozialer Gruppen auf engem städtischem Raum gelingen kann.

Dazu erscheint es sinnvoll, Expert/inn/en des im Schöneberger Norden ansässigen Quartiersmanagements zu befragen. In der gegenwärtigen Stadtpolitik spielt das Instrument des Quartiersmanagements eine große Rolle, wenn es um die Frage der Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Gebieten geht. Der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen des Quartiersmanagements als Integrationsinstanz ist daher nachzugehen.

Um die Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden nachzeichnen zu können, wird einerseits die Sicht der homosexuellen, im Gebiet verankerten Minderheit auf diese Konflikte betrachtet und andererseits die Sicht der mit benachteiligten Jugendlichen, die zu-

meist einen türkischen oder arabischen Migrationshintergrund aufweisen, arbeitenden Institutionen.

4.2 Untersuchungsgegenstand: Die Lebensstilkonflikte der Minderheiten im Schöneberger Norden

Der Untersuchungsgegenstand gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst erfolgt die Vorstellung des räumlichen Untersuchungsfeldes durch eine Nachzeichnung der städtischen Entwicklung von Berlin und von Schöneberg (4.2.1). Als soziale Minderheiten im Schöneberger Norden (4.2.2) werden die vor Ort besonders relevanten Minderheiten vorgestellt. Im dritten Abschnitt (4.2.3) geht es um die Lebensstilkonflikte zwischen diesen Minderheiten, Schöneberger Migrant/inn/en und Homosexuellen.

Wesentliche städtebauliche Entwicklungen der Stadt Berlin nach dem zweiten Weltkrieg werden in Abschnitt 4.2.1 umrissen. Dabei konzentriert sich der Blick auf die Innenstadt, vor allem auf Schöneberg, und betrachtet die Auswirkungen der städtebaulichen Veränderungen auf die Bevölkerungskonstellation. Ziele der Stadtentwicklungspolitik und die Auswirkungen staatlicher Interventionen auf die städtebauliche und demographische Situation Berlins stehen im Mittelpunkt der Betrachtung. Erst in den 1980er Jahren wuchs der Einfluss der Bevölkerung auf kommunale Planungsentscheidungen. Nur zögerlich und punktuell wurden Bürger/innen an Planungsentscheidungen beteiligt. Mit dem aktuellen Instrument der Stadtentwicklung, dem Quartiersmanagement für benachteiligte Quartiere, gewann die Beteiligung und Mitverantwortung der Bevölkerung stark an Bedeutung. Eine Darstellung der wesentlichen und von politischer Seite besonders erwünschten Elemente eines wirksamen Quartiersmanagements schließt sich an. Darauf folgt eine Würdigung der Planungsinstrumente, die sich in den vergangenen 50 Jahren auf die Ortsentwicklung von Schöneberg auswirkten. In diesem Kontext wird das Quartiersmanagement als jüngstes Instrument der Stadtentwicklung beschrieben.

Als soziale Gruppen, die Schöneberg heute maßgeblich prägen (vgl. 4.2.2), haben sich einerseits homosexuelle und andere an Emanzipation interessierte Initiativen (wie die Frauenbewegung), andererseits Gesellschaften traditionell orientierter Migrant/inn/en überwiegend türkischer und arabischer Herkunft herausgebildet. Lebten diese – gemeinsam mit der nicht Randgruppen zugehörigen Majorität im Kiez – in den 1970er und 1980er Jahren weitgehend friedlich nebeneinander, kam es in den 1990er Jahren unter dem Eindruck verschärfter ökonomischer Konkurrenzen und einer Polarisierung seitens

islamistischer Kreise (insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001) zu einer zunehmenden Besinnung eines Teils ethnischer Minderheiten auf die eigenen Wurzeln. Auf lokaler Ebene zeigten sich deutlich selbstbewußtere Haltungen ethnischer Minderheiten. Anhängerinnen des Islam unterstrichen weit stärker als zuvor durch ein verbreitetes Tragen des Kopftuches die Differenz ihres Lebensstils. Differenzen von Lebensstilen weisen auf Differenzen der ihnen zugrunde liegenden Normen und Werte hin (vgl. u. a. Ghadban 2000, Tibi 2002). Je stärker diese Differenzen betont werden, desto eher eskalieren die Differenzen zu Konflikten. Ob und inwieweit durch den Islam beeinflusste ethnische und soziale Minderheiten an solchen Lebensstilkonflikten in Schöneberg beteiligt sind, wird in Abschnitt 4.2.3. näher beschrieben.

4.2.1 Der Schöneberger Norden im Kontext der Berliner Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung Berlins wird vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart kurz umrissen. Durch die Beschreibung der wichtigsten Meilensteine soll die relativ spät beginnende, aber besonders dynamische Stadtentwicklung dieser europäischen Großstadt deutlich werden. Daraufhin wird der Schöneberger Norden mit seiner Entwicklung in den letzten vier Jahrzehnten vorgestellt, um die Interventionen der Planungsinstitutionen in der jeweiligen Auswirkung auf die Bevölkerungskonstellation sichtbar werden zu lassen.

4.2.1.1 Die städtebauliche Entwicklung Berlins vom 12. Jahrhundert bis in die Gegenwart

Die heute bebaute Stadtfläche von Berlin entwickelte sich auf halbem Weg zwischen Köpenick und Spandau seit Ende des 12. Jahrhunderts aus den Brücken- und Handelsstädten Berlin und Cölln. Die geographisch zentrale Lage in der Mark Brandenburg begünstigte die Entwicklung Berlins zur Kaufmanns- und Marktsiedlung (vgl. Schwenk 1998: 15). Zur Illustration der städtischen Entwicklung Berlins konstatiert Schwenk, dass zu Anfang des 15. Jahrhunderts in Berlin rd. 7.000 Einwohner/innen lebten und 700 Berliner und 300 Cöllner Häuser bewohnten. Er stellt fest, dass die vorstädtische Entwicklung vor allem im 17. Jahrhundert durch einen starken Zuzug von Handwerkern und Arbeitern, Baumeistern, Architekten, Künstlern und Wissenschaftlern begünstigt wurde (vgl. Schwenk 1998: 21).

Winz (1964) bezieht seine historischen Ausführungen speziell auf den Ort Schöneberg, der im 15. und 16. Jahrhundert im Besitz weniger Grundherrenfamilien war. Neben diesen Großgrundbesitzern bewirtschafteten bäuerliche Kleinbetriebe und Landarbeiter/innen den Boden und lebten von den Erträgen der Landwirtschaft. Als Einschnitt des wirtschaftlichen Wachstums durch Zuwanderung nennt Winz die Zerstörung Schönebergs 1760 im Zuge des Siebenjährigen Krieges durch russische und österreichische Truppen. Erst 1767 gelang der Wiederaufbau (Winz 1964: 54). Schöneberg hatte gegen Ende des 18. Jahrhunderts um 500 Einwohner/innen. Als der am heutigen Kleistpark im nördlichen Schöneberg gelegene damalige Botanische Garten sich zum Berliner Ausflugsziel entwickelt, profitiert Schöneberg von dieser touristischen Attraktion. Handel und Gastronomie können sich etablieren und der Grundstein für ein Image Schönebergs als Ort der Entspannung und des Vergnügens wird gelegt (Winz 1964: 62).

Etwa 50 Jahre später beginnt in Europa die „industrielle Revolution“. Im Zuge der aufkommenden Industrialisierung und des sich entwickelnden Eisenbahnverkehrs steigt die Nachfrage nach Grundstücken auch in Schöneberg. Die Grundstückspreise entwickeln sich dort bis 1860 rapide. Winz (1964: 66) stellt fest, dass Schöneberger Bauern und Schulzen durch Landverkäufe und Verpachtungen für ständigen Geldzufluss sorgten. Als markante Daten der Entwicklung Schönebergs vom Dorf zur Stadt nennt Winz die Einwohnerentwicklung Schönebergs auf 5.000 im Jahr 1852. Im Jahr 1860 wird Schöneberg der Stadt Berlin eingemeindet. Der zentral gelegene Gasthof Schwarzer Adler in Schöneberg wird zugleich Bushaltestelle von und nach Berlin und Schauplatz von Volksfesten. Schöneberg erwirbt in dieser Zeit einen Ruf als Ort vornehmer Landsitze und Sommerwohnungen (Winz 1964: 66).

Zu Beginn der Gründerjahre, in den Jahren 1858 bis 1862, entsteht der Bebauungsplan für die Umgebungen Berlins (Winz 1964: 82). Der nach dem Chefplaner so genannte Hobrechtplan wurde 1861 als reiner Fluchtlinienplan veröffentlicht, nach dem eine dichte Bebauung zwar möglich, so jedoch nicht zwingend vorgesehen war. Hobrechts Ziel war eine lockere Vorstadtbebauung mit großflächigen Gewerbebetrieben. Winz erwähnt als herausragendes Element des Planes die (auch als „Generalszug“ bekannt gewordene) Gürtelstraße, unterbrochen von Viereck- und Sechseckplätzen: Tauentzien, Wittenbergplatz, Kleiststraße, Nollendorfplatz, Bülowstraße. Im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplans werden Großblöcke dargestellt und diese weiter unterteilt. Im Hinterland entstehen Hinterhofbetriebe oder Schulen. Die Errichtung von Mietskasernen mit Seitenflügeln und Quergebäuden war nach den planerischen Vorgaben ebenso möglich wie der Bau von

Villen mit Gartengrundstücken. Im Bereich des heutigen Schöneberg werden beide Varianten durch unterschiedliche Bauträger realisiert. Auf diese Weise kristallisieren sich zwei verschiedene Bebauungsstile und auch Wohntypen heraus, die unterschiedliche soziale Schichten anziehen.

Die treibende Kraft hinter den Bauaktivitäten besonders in der Region Dennewitzplatz, Kurfürstenstraße, Großgörschenstraße, Potsdamer Straße - dem heutigen Schöneberger Norden - war der Berliner Bank-Verein, eine Dachorganisation aus den Gründerjahren. Um den östlichen Nollendorfplatz (Zietenstraße, Winterfeldplatz, Maaßenstraße, Mackensenstraße) war die Berliner Bau-Vereins-Bank A.G. führend. Der Unternehmer Carstenn legte Friedenau an, das sich vom uneinheitlichen Sozialcharakter der in den Gründerjahren bebauten Stadtteile Nord-Schönebergs abheben sollte. Die Potsdamer Straße war als Schöneberger Prachtstraße Standort größerer Wohnungen. In den Nebenstraßen entstanden Mietskasernen mit Kleinwohnungen und sechs bewohnten Geschossen. Diese Arbeiterwohngegenden waren durch kleine, dunkle Höfe geprägt. Es gab kaum Innentoiletten. Teile der Alvensleben- und Steinmetzstraße (heutiges Quartiersmanagementgebiet) sowie die Zietenstraße wurden durch diese Form der Bebauung geprägt (vgl. Winz 1964: 87).

Die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ist durch einen enormen Bevölkerungszuzug vom Land in die Großstadt Berlin gekennzeichnet. In Folge der Bautätigkeit dehnt sich Berlin beständig aus. Eingemeindungen kleinerer, ehemals selbstständiger Ortschaften sind die Folge. In den Jahren 1885 bis 1919 erfolgt Schönebergs kontinuierliche Einbeziehung in die Entwicklung der Großstadt Berlin. In Schöneberg lebten 1885: 15.872 Einwohner/innen, 1919 bereits 175.093 (Winz 1964: 105).

Nach Entwürfen, die verschiedene Bauträger im Einvernehmen mit den reinen Fluchtlinienvorgaben der städtischen Planung vornehmen, sind im Nordwesten Schönebergs vornehme Wohnungen für höhere Beamte, Geschäftsleute und Rentner/innen vorgesehen. Im Zuge der Umsetzung dieser Pläne entsteht das Bayerische Viertel um die Martin-Luther-Straße, Ansbacher Straße, Innsbrucker Straße, Landshuter Straße mit breiten Hauptverkehrsstrassen, Vorgartenanlagen und flachen Baublöcken. Quergebäude werden möglichst vermieden. Mittelpunkt des Viertels ist der Bayerische Platz, wo eine Parkanlage mit Teichen entsteht. In dieser Zeit ist für Schöneberg die Durchmischung von Wohngebäuden und Industrie kennzeichnend (Winz 1964: 106). Auf der „anderen Seite“, östlich der Potsdamer Straße gelegen, errichten Bauträger Wohnungen für weniger Begüterte. Hier fand sich die für Berlin typische Mischung von Wohn- und Gewerbenutzung

auf engem Raum. Winz schätzt für die Zeit um die Jahrhundertwende in Bezug auf Schöneberg, dass rund 40.000 Beschäftigte in Hinterhofbetrieben arbeiten (Winz 1964: 116). Entgegen der ursprünglich durch Hobrecht beabsichtigten Mischung ärmerer und reicher Stadtbewohner/innen entsteht im Zuge der unterschiedlichen Bauweisen in Schöneberg (wie auch in anderen Regionen Berlins) eine soziale Trennung und Aufteilung der Stadt: Entweder gibt es Arbeiterwohnviertel mit Industriebebauung oder vornehme Miethäuser in reinen Wohnstraßen. Winz stellt fest, dass in Schöneberg die Industrie (Bau, Bekleidung, Maschinen, Nahrungsmittel incl. Brauerei, Metallverarbeitung, Holzverarbeitung, Druckerei) vor dem ersten Weltkrieg relativ gering ist. Im Jahr 1908 sind von 147.462 Einwohner/innen 0,7% in der Landwirtschaft, 38,5% in der Industrie, 29,4% im Handel und Verkehr, 4,8% in der Lohnarbeit wechselnder Art, 13,8% im öffentlichen Dienst und freien Berufen beschäftigt. 12,8% sind ohne Beruf (Winz 1964: 119). Innerhalb Schönebergs ist zu dieser Zeit ein sehr hohes soziales Gefälle zu verzeichnen: im Westen (Viktoria-Luise-Platz, Motzstraße) ist das Niveau sehr hoch; im Osten („rote Insel“ um den Leuthener Platz) sehr niedrig (vgl. Winz 1964: 134).

Zum Prozess der baulichen Verdichtung in der Berliner Innenstadt nennt Schwenk (1998) weitere Details: Im Zuge der Baupolizeiordnung von 1853 wurden Mietskasernen von vier bis sechs Geschossen genehmigt. Der Mindestinnenhof hatte eine Größe von 5,34m mal 5,34m, dem Wendekreis der Feuerspritzen angemessen. Nach heutigen Maßstäben führt diese Bauphase zu extremen Verdichtungen im innerstädtischen Mietwohnungsbau. „Rund um den alten Berliner Stadtkern entlang der Zoll- oder Akzisemauer und dem S-Bahnring entstand zwischen 1860 und 1918 der so genannte Wilhelminische Mietskasernengürtel. Die Bevölkerungsdichte lag bei über 550 Einwohner/innen pro Hektar, der Wohnungsstandard war schlecht. Erst die neue Baupolizeiordnung von 1887 regulierte die Gebäudehöhen auf 22 m maximal und fünf Wohngeschosse“ (Schwenk 1998: 139).

Nach der Vereinigung der Stadt Berlin mit sieben Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken zu Groß-Berlin am 01.10.1920 prägen weitere große Bauvorhaben die unterschiedlichen Quartierscharaktere. Anwohner/innen der Bülowstraße von Schöneberg fliehen vor Verkehr und Lärmbelastung infolge der Ausstattung der Bülowstraße mit der Hochbahn. Nachfolgenutzer der früheren Bürgerwohnungen am Bülowbogen werden Amüsierbetriebe, Absteigen und Kneipen (Winz 1964: 140). Wird der am Westrand Schönebergs gelegene Wittenbergplatz durch den Bau des Kaufhauses KaDeWe (1907) stark aufgewertet, zieht der Bau des Sportpalastes 1910 vor allem zahlreiche Kneipenan-

siedlungen im Bereich Potsdamer-/Pallasstraße nach sich. Langfristig beeinträchtigt dieser Einfluss das Quartiersimage.

Winz stellt zur weiteren Entwicklung fest, dass der Arbeiteranteil Schönebergs zwischen 1925 und 1939 von 22,7% (Berlin insgesamt 40,7%) auf 41,5% (Berlin 54,1%) steigt. Bedeutsam erscheint, dass eine Veränderung des örtlichen Milieus in dieser Zeit offenbar wird und der Bezirk mit guter Bildungs- und Einkommensstruktur sich dem Durchschnitt Berlins wesentlich annähert. In Winz' Untersuchung wird bereits ein Zug nach Westen und eine Umschichtung der Bevölkerung bemerkbar. Zugleich sei eine Verschlechterung der Schulverhältnisse eingetreten. Als Beleg gibt er an, dass es weniger Lehrer/innen und mehr Schüler/innen pro Klasse gibt, die Schüler/innenanzahl je Klasse in Schöneberger Volksschulen zwischen 1925 und 1938 beispielsweise von 33 auf 42 steigt (Winz 1964: 155).

Winz weist darauf hin, dass Schöneberg im zweiten Weltkrieg fast vollkommen zerstört wurde. 1939 lebten in Schöneberg rund 278.000 Menschen; nach Beendigung des zweiten Weltkriegs (1946) beläuft sich die Wohnbevölkerung auf 173.400. Bis 1961 ist die Bevölkerung wieder auf 193.800 gestiegen. Mit der Angabe, dass von 96.500 Erwerbspersonen 43,5% Arbeiter/innen, 34,2% Angestellte, 10% Selbständige und 5,2% Beamte sind, belegt Winz seine Beobachtung einer fortgesetzten sozialen Umschichtungstendenz (Winz 1964: 164).

Die Nachkriegszeit, insbesondere die 1950er Jahre, sind durch eine große Wohnungsnot und einen entsprechend hohen Druck auf die Bauwirtschaft geprägt. 1960 wird mit dem Falkenhagener Feld in Spandau die erste von mehreren West-Berliner Großsiedlungen errichtet. Anfang der 1960er Jahre stuft der Berliner Senat zwölf West-Berliner Stadtteile im innerstädtischen Bereich als besorgniserregend ein. Eine 1961 durchgeführte Untersuchung des Senats ergibt, ca. 470.000 der vor dem ersten Weltkrieg gebauten Wohnungen lägen in „erneuerungsbedürftigen Gebieten“, davon würden rund 430.000 Wohnungen als verbesserungsfähig oder abbruchreif eingeschätzt. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt (1913-1992) verkündet daraufhin am 18.03.1963 vor dem Abgeordnetenhaus das Erste Stadterneuerungsprogramm (vgl. Schwenk 1998: 205). Schwenk beschreibt, dass dieses Programm für einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren die durchgreifende Umgestaltung und Sanierung von geschlossenen Bereichen mit rund 56.000 erneuerungsbedürftigen Wohnungen für 140.000 Einwohner/innen und 7.600 Arbeitsstätten in den innerstädtischen Bezirken Kreuzberg, Wedding, Tiergarten, Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln auf 450 ha Gesamtfläche vorsah. Bis Ende 1970 seien rund 11.800 alte

Wohnungen freigemacht und rund 700 Betriebe geräumt oder umgesetzt worden. 19.300 Wohnungen entstehen neu, 6.800 befinden sich im Bau. Noch vor Beendigung des Ersten Stadterneuerungsprogramms beschließt der Senat am 26.11.1974, weitere acht Gebiete als ersten Abschnitt des Zweiten Stadterneuerungsprogramms in Angriff zu nehmen. Im Zusammenhang mit den ersten Programmen zur Stadterneuerung kommt es jedoch bald zu einer wachsenden öffentlichen Kritik an der „Kahlschlagsanierung“. Trotz dieser Proteste setzt erst ein Jahrzehnt später im Zusammenhang mit dem Thema „Behutsame Stadterneuerung“, ausgelöst durch das Planungsteam der IBA (Internationale Bauausstellung 1984/87), ein Prozess des Umdenkens im Bereich der Stadtsanierung ein (vgl. Schwenk 1998: 205).

Gegen Ende der 1970er Jahre, im Dezember 1977, verabschiedet der Berliner Senat das „Rahmenprogramm für benachteiligte Bezirke zur Verbesserung der Wertgleichheit der Lebensverhältnisse in Berlin“ (Wertausgleichsrahmenprogramm) und zielt damit auf eine Verbesserung der durch Segregation entstandenen räumlichen Ungleichheiten in den Lebensverhältnissen in verschiedenen Westberliner Stadtbezirken (vgl. Schwenk 1998: 210). Der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD), verkündet im Mai 1977 die „bewusste Hinwendung zur Stadtpolitik“, wonach „Wertausgleich“ nach „Wertgleichheit“ zu Markenzeichen künftiger Stadtpolitik und Stadtentwicklungsplanung werden sollte. Nach dieser Maxime wird die gleichmäßige qualitative Versorgung der Gebiete mit Wohnungen, die gleichmäßige quantitative und qualitative Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur sowie der Einsatz kompensatorischer öffentlicher Angebote in sozialstrukturell benachteiligten Gebieten angestrebt.

„Benachteiligte Gebiete“ werden durch Kriterien wie: unterdurchschnittliche Wohnverhältnisse, unterdurchschnittliche Versorgung mit sozialer Infrastruktur, Vorhandensein benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Bezirken mit hohem Anteil an ausländischen Arbeiter/innen wie in Kreuzberg, Wedding und Neukölln definiert. Der Wertausgleich sollte nach folgenden Kriterien erfolgen: 1. Wohnqualität (Alter und Ausstattung der Wohnungen), 2. Sozialstruktur (Anteil der Einwohner/innen mit Hauptschulabschluss, Anteil der Arbeiter/innen, Anteil der Ausländer/innen) und 3. Angebot an öffentlichen Einrichtungen und Leistungen (Ausstattungsvergleich).

Diese politische Willenserklärung zeigt, dass die möglichen sozialstrukturellen Folgen der Sanierungspolitik bereits in den 1970er Jahren diskutiert werden. Versuche einer Steuerung der Sanierungsfolgen werden unternommen, um benachteiligte Gebiete möglichst zu verhindern.

Die Umsetzung der politischen Ziele erfolgt in den 1980er Jahren unter dem Begriff der „Behutsamen Stadterneuerung“: In den 1990er Jahren folgen neue Umbau-Konzepte. Schwenk zeichnet die städteplanerischen Entwicklungsschritte im Kontext kommunal-politischer Konflikte nach. Er weist darauf hin, dass die IBA Berlin 1984 zu einer Zeit stattfindet, als Hausbesetzungen in lange leer stehenden Altbauten in vielen deutschen Großstädten auf das Problem der Wohnungsnot für ärmere und größere Haushalte aufmerksam machen. Die öffentlichen Diskussionen zeigen, dass die bisherigen Instrumente der Stadtsanierung neben einschneidenden Veränderungen der Stadtstruktur in den meisten Fällen eine nachhaltige Zerstörung des sozialen Zusammenhalts gewachsener Nachbarschaften bewirken. Um diesen Effekt in Grenzen zu halten, bemühen sich Planungsverantwortliche um grundsätzliche Änderungen des Vorgehens. Der Prozess der so bezeichneten behutsamen Stadterneuerung beginnt in der Luisenstadt (Kreuzberg) und im südöstlichen Kreuzberger Quartier „SO 36“.

Schwenk zeigt, dass bereits Jahre vor der IBA 1984 die neue politische Richtung artikuliert wird. Am 02.06.1981 habe der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker in seiner Regierungserklärung die neue städtebauliche Leitlinie beschrieben: „Instandhaltung vor Modernisierung und Modernisierung vor Sanierung, also vor Abriss und Neubau“. Die neue Einrichtung treuhänderischer Sanierungsträger bildet sich durch das Bemühen, die Sanierungsträgerschaft in ihrem Verantwortungsbereich von der baulichen Umsetzung zu trennen. Der förmliche Beschluss von zwölf Grundsätzen der Stadterneuerung erfolgt im März 1983 durch das Berliner Abgeordnetenhaus. Sie beschreiben das neue Konzept für das weitere Verfahren in der Stadterneuerung: zusammen mit den Bewohner/inne/n und schrittweise (vgl. Schwenk 1998: 220).

Auf Senatsebene stehen die Planungsbehörden vor allem durch die Wiedervereinigung von West- und Ost-Berlin im Herbst 1989 vor neuen Herausforderungen. Im Zuge der mehrjährigen Vorbereitung des Berliner Flächennutzungsplans (FNP) von 1994 entwickelt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz 1991 ein räumliches Strukturkonzept als Diskussionsgrundlage für die künftige Entwicklung der wiedervereinigten Stadt. Man geht von einem großen Wachstumsschub aus. Berlin sollte eine bessere Raumausnutzung und Verdichtung nach dem Motto „Innen- vor Außenentwicklung“ betreiben. Dabei geht es um die Erhaltung der polyzentrischen Struktur der Stadt mit ihren örtlichen Identitätskernen durch Orientierung auf attraktive Zentrumskerne und starke Bezirkszentren. Ein Zentrenkonzept wird vorgelegt, das die Gestaltung einer grünen Stadt vorsieht und die Ausweisung ausreichender Wohnbauflächen in vertretbarer

Dichte propagiert. Vordringliches Ziel soll die Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins sowie die Herstellung einer ausgewogenen Nutzungsmischung in allen Stadtteilen zur Gewährleistung großstädtischer Vielfalt sein (vgl. Schwenk 1998: 222).

Das 1991 veröffentlichte Konzept „Innere Stadt“ bezieht sich auf das im S-Bahnring gelegene Stadtgebiet mit einer Fläche von ca. 100 qkm und rund 1 Mio. Einwohner/inne/n. Das Zentrenkonzept weist als Teil des Räumlichen Strukturkonzepts einen Kernbereich mit Cityfunktionen aus: Ku'damm, Tauentzien sowie Friedrichstraße, Unter den Linden, Leipziger Straße, Alexanderplatz. Als Zentrumskerne werden genannt: Potsdamer Platz, Gleisdreieck, Lehrter Bahnhof und Ost-, Nord-, Süd-, Westkreuz. Dort sollen vor allem neue Einkaufs- und Dienstleistungs-, Gewerbe- und Bürosiedlungen entstehen. Entsprechend der dargestellten polyzentrischen Struktur des Berliner Stadtgebietes soll es vor allem um eine Stärkung von Stadtteilzentren, z. B. Schönhauser Allee in Prenzlauer Berg, Berliner Allee in Weißensee, u. a. gehen (vgl. Schwenk 1998: 225). Auch die Hauptstadtentscheidung des Bundestages im Jahr 1991 scheint die Planungserwartungen eines hohen Wachstumsdruckes auf Berlin zu bestätigen. Lange nach diesem Beschluss werden diese Erwartungen jedoch nicht erfüllt. Hohen Investitionen stehen immer geringere Einnahmen gegenüber. Sowohl die kommunalen Haushalte als auch die der Länder und des Bundes geraten aufgrund anhaltender wirtschaftlicher Rezession zunehmend unter Druck. Die Bemühungen um eine Reduktion der Kostenbelastungen öffentlicher Bereiche reduzieren die Handlungsspielräume der Stadtentwicklungsförderung in zunehmendem Maße. Europäische Fördermittel bieten lediglich für wirtschafts- und infrastrukturfördernde sowie für innovative Vorhaben alternative Finanzierungsmodelle. Im Bereich Stadtentwicklung macht die Europäische Kommission Anfang der 1990er Jahre auf eine krisenhafte Entwicklung in Teilen europäischer Innenstädte aufmerksam. 1994 veröffentlicht die EU-Kommission Leitlinien für eine neue Gemeinschaftsinitiative, die GI URBAN. Sie soll dem europaweit erkannten Problem der einerseits baulich, andererseits wirtschaftlich und sozial verfallenden Innenstädte Rechnung tragen (vgl. Wortmann 1998: 2ff.).

Der Berliner Senat konzentriert sich auf ein Fördergebiet im Bezirk Prenzlauer Berg mit Teilen der Nachbarbezirke Weißensee (heute wie Prenzlauer Berg zum Bezirk Pankow gehörend) und Friedrichshain (heutiger Großbezirk Friedrichshain-Kreuzberg). Der im November 1995 genehmigte Berliner URBAN-Antrag bezieht inhaltlich neben Bauinvestitionen für Schulen, Jugendzentren, u. a. Investitionen in die Qualifizierung der Bevölkerung ein. Mit der Bewilligung durch die Europäische Kommission wird das Gesamtvorhaben von 1996 bis 2001 durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwick-

lung EFRE und den Europäischen Sozialfonds ESF gefördert. Im Zuge der Umsetzung des Programms bemüht sich der Senat um Einbezug der im Fördergebiet ansässigen Bevölkerung. Eine hohe öffentliche Beteiligung an der inhaltlichen Gestaltung einzelner Projekte soll ein stärkeres privates Engagement mobilisieren. Öffentliche Veranstaltungen, eine Planungszeitung und Zukunftswerkstätten mit „Gebietsexpertinnen und –experten“ befördern diesen innovativen Ansatz (vgl. Wortmann/ Cameron 1999: 2 ff.).

Ogleich mit der GI URBAN den Forderungen der europäischen Großstädte Rechnung getragen wird, die vielfältigen innerstädtischen Probleme innerhalb eines integrierten, Ressourcen bündelnden Ansatzes anzugehen, bleibt die Strategie im Wesentlichen eine am „top-down“-Modell orientierte. Eine breite Bevölkerungsbeteiligung ist mit dem Ziel erwünscht, dass sich die Interessen der Bewohner/innen auf der Realisierungsebene des Programms widerspiegeln. Der Erfolg bleibt entgegen vielfältiger Erwartungen marginal. Lediglich innerhalb einzelner Projekte engagieren sich spezielle Interessen vertretende Akteurinnen und Akteure aus dem Quartier. Ihr Engagement für die Förderziele und das Quartier geht nach eingetretenen Einzelerfolgen in Form bewilligter Projekte in der Regel wieder zurück.

Ein zusätzliches und zeitlich befristetes Projekt wie die GI URBAN soll neben baulichen Investitionen auch soziale Projekte über einen teilweise mehrjährigen Zeitraum fördern. Während diese dem Quartier und seinen Bewohner/inne/n sehr zugute kommen, müssen jedoch Träger, die bereits seit Jahren vor Ort in bewährten sozialen Projekten aktiv sind, Kürzungen ihrer öffentlichen Fördermittel hinnehmen. Diese Entwicklung ist in vielen URBAN-Städten zu beobachten und deutet darauf hin, dass die GI URBAN als zeitlich befristete Kompensation für sinkende Förderanteile sozialer Projekte betrachtet wird. Nach Ablauf der Förderperiode droht somit eine u. U. noch größere Versorgungslücke im Quartier, da komplexe soziale Missstände in benachteiligten Großstadtquartieren nicht innerhalb weniger Jahre abzubauen sind.

Die in diesem Kapitel dargestellten stadtplanerischen Konzeptionen und Versuche der Umsetzung zeigen, dass Berlin bis heute Prioritäten im Bereich der Wachstumskerne setzt. Neben diesen bevorzugten Stadtteilen entstehen benachteiligte Quartiere. Die Grenzen zwischen diesen Vierteln scheinen sich zu verfestigen. Angesichts der Haushaltsrestriktionen und eines nur begrenzt zu erwartenden privaten Engagements für Gegensteuerungen scheint eine Annäherung an das stadtplanerische Ideal der 1970er Jahre – die sozialstrukturell ausgewogene Gesamtstadt – heute weniger aussichtsreich als damals.

Die Ministerkonferenz ARGEBAU beschließt am 29.11.1996 in Potsdam die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, um der drohenden sozialen Polarisierung in den Städten Einhalt zu gebieten. Mit dieser Initiative wird ein nationales Aktionsprogramm ins Leben gerufen, das eine nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Ortsteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen sicherstellen soll. Die damalige Bundesregierung nimmt die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ zum Anlass, die Städtebauförderung seit 1999 um das eigenständige neue Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (Kurzfassung „Soziale Stadt“) zu ergänzen. Das Programm läuft 1999 mit einer Ausstattung von zunächst rd. 150 Mio. € an (vgl. DIFU 2000: 2). Nordrhein Westfalen fördert 1993 als erstes Bundesland Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Anlass der Initiative ist die Erkenntnis, dass bauliche Veränderungen allein nicht in der Lage sind, den Erhalt und die Revitalisierung von Städten zu garantieren. Die Bundesländer Hamburg und Hessen folgen diesem Beispiel 1997. Berlin fördert – trotz der angespannten Haushaltslage - aus ähnlichen Erwägungen seit 1998 ein Quartiersmanagement im Zuge der pilothaften Umsetzung der Ergebnisse von Innenstadtkonferenzen.

Mit Senatsbeschluss vom 30.03.1999 etabliert sich das Instrument Quartiersmanagement „zur Steuerung und Umsetzung von integrierten Stadtteilverfahren mit der Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe unter der gemeinsamen Federführung der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie sowie für Bauen, Wohnen und Verkehr sowie der Einrichtung eines Steuerungsausschusses auf Staatssekretärssebene“ (Der Regierende Bürgermeister von Berlin 1999). In diesem Beschluss heißt es: „Zur Stabilisierung und Aufwertung der Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf - Quartiersmanagementgebiete – sind die hierfür geeigneten sektoralen und regionalen Programme und Projekte der Senatsverwaltungen in Verantwortung der jeweiligen Fachzuständigkeit so weit wie möglich für diese Quartiere nutzbar zu machen. Die Programme der Senatsverwaltungen sind so zu strukturieren, dass eine Koordination und Abstimmung der Programme und Maßnahmen der verschiedenen Politikfelder ermöglicht wird. Hierzu zählen insbesondere die Bereiche: Arbeits- und Ausbildungsförderung, Wirtschaft, Schule und Sport, Jugendhilfe, Soziales, Wohnungswesen, Umwelt, Frauen, Sicherheit.“ Die Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen der betroffenen Bezirke wird erwartet.

Der Senat verpflichtet sich zur Durchführung des Programms in zunächst drei Jahren und behält sich vor, die Gebietskulisse fortzuschreiben. Zunächst werden fünfzehn Berliner

Gebiete benannt: Beusselstraße, Magdeburger Platz im Bezirk Tiergarten, Soldiner-/ Wollankstraße sowie Sparrplatz im Bezirk Wedding, Falkplatz und Helmholtzplatz im Bezirk Prenzlauer Berg, Boxhagener Platz im Bezirk Friedrichshain, Neues Kreuzberger Zentrum am Wassertorplatz sowie Wrangelkiez in Kreuzberg, Bülowstraße (Großwohnanlage Sozialpalast) in Schöneberg, Rollbergsiedlung, Schillerpromenade und Sonnenallee im Bezirk Neukölln, Oberschöneweide in Köpenick und Marzahn-Nord in Marzahn.

Der Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ (vgl. DiFU 2000) gibt als Kurzcharakteristik der erfassten Stadtteile an, dass diese infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits zu geraten. Es handelt sich meist um hoch verdichtete, einwohnerstarke Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, die im Hinblick auf Sozialstruktur, baulichen Bestand, Arbeitsplatzangebot, Ausbildungsniveau, Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur sowie Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen. Einerseits gilt das Programm innerstädtischen (oft gründerzeitlichen) Quartieren, andererseits Großwohnsiedlungen der Nachkriegszeit. Die Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ erhebt den Anspruch, Quartiersentwicklungsprozesse in Gang zu setzen, welche die sozialen Problemgebiete zu selbstständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen sollen. Der Bürgermitwirkung wurde von Anfang an eine Priorität gegeben, die Stärkung der Identifikation der Bürger/innen mit ihrem Stadtteil wird als vorrangiges Ziel genannt. Es sollen Nachbarschaften entstehen oder neu mobilisiert werden, um ein solidarisches Zusammenleben zu ermöglichen. Diese Ziele stehen vor dem Hintergrund, dass sich staatliche Institutionen mit der Gestaltung des räumlichen Zusammenlebens von Bürger/innen in innerstädtischen Quartieren überfordert sehen. Die Erfüllung der Wünsche nach Sicherheit im Quartier, nach sozialem sowie kulturellem Kontakt und kommunikativem Austausch wird somit zunehmend in die Eigenverantwortung der Quartiersbewohnerschaft gestellt.

Die Schwerpunktauswahl der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (vgl. Abgeordnetenhauses von Berlin 2002: 2) zeigt eine Konzentration auf die Attraktivitätssteigerung, um Investoren anzuziehen: „Aus der Einsicht, dass nur eine attraktive Innenstadt und aktive Ortszentren Menschen, Unternehmen und Investoren anziehen, konzentriert die Senatsverwaltung weitere Fördermittel auf den Ausbau und die Sanierung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen (z. B. Kitas, Schulen) sowie Freiflächen und verkehrliche wie auch technische Infrastruktur. (...) Angesichts der Haushaltsnotlage Berlins wird die Konzentration auf wenige Prioritäten erforderlich. Vorrang wird der Qualifizierung und

Anpassung der erforderlichen Infrastruktur eingeräumt“ (Abgeordnetenhaus von Berlin 2002: 3). Es wird deutlich, dass der Handlungsspielraum des Senats im Vergleich zu früheren Perioden eingeengt ist. Im Bemühen um Sicherung des Erreichten und möglicherweise eine Fortführung der Verbesserungsstrategien sollen private Eigentümer und Investoren ebenso wie in den Gebieten lebende und arbeitende Personen und Interessengruppen stärker aktiviert und als potenziell Zeit und Geld Investierende beteiligt werden. An diesen Zielen wird ein Erfolg des Quartiersmanagements gemessen. Dem Bericht des Abgeordnetenhauses (2002) zufolge setzt der Senat vor allem auf stabilisierende Wirkungen privater Investitionen. Wie zunehmende Benachteiligungen und Ausgrenzungen ohnehin bereits diskriminierter Bevölkerungsgruppen unter diesen Voraussetzungen wirksam zu vermeiden sind, wird in dem Bericht nicht thematisiert.

Im November 2004 wird nach fünf Jahren Quartiersmanagement in Berlin eine erste Bilanz gezogen (vgl. Klaaßen 2004). In 17 sozialen Brennpunkten mit ca. 227.000 Bewohner/innen (von 4.500 bis zu 24.000 je Gebiet) sorgen die lokalen Akteure für Abhilfe der offensichtlichsten Probleme, zum Beispiel im Bereich Bildung, vor allem durch Deutsch-Nachhilfeunterricht für Schüler/innen und Eltern. Die Polizei wird im Rahmen von Projekten zur Kriminalitätsprävention in die Aktivitäten des Quartiersmanagements einbezogen. Ein Schwerpunkt der Arbeit bezieht sich auf das Sozialverhalten Jugendlicher und sieht Vorurteilsabbau und das Training nicht-aggressiver Umgangsformen vor. In Westberliner Quartieren konzentriert sich die Arbeit auf die Integration von Migrant/innen, in Ostberliner Quartieren soll vorrangig der Wegzug der Anwohner/innen aufgehalten werden. Jeweils rund 16 Mio. Euro sollen jährlich insgesamt in den Gebieten investiert werden. Eine Steuerungsrunde unter Beteiligung von Bezirken und Senat trifft bisher die Investitionsentscheidungen, zukünftig soll mehr Bürgerbeteiligung erfolgen. In der Bilanz werden Einzelerfolge hervorgehoben. Die sozialen Probleme – insbesondere hinsichtlich der Bildung und Integration von Migrant/innen - sind jedoch insgesamt noch lange nicht gelöst (vgl. Klaaßen 2004: 14ff.).

4.2.1.2 Die Entwicklung des Schöneberger Nordens vom Sanierungs- zum Quartiersmanagementgebiet (1961 – 2004)

Im Vergleich der Berliner Quartiersmanagementgebiete wird deutlich, dass der für die vorliegende Untersuchung ausgewählte Schöneberger Kiez mit 81 Hektar und mit über 17.000 Einwohner/innen eines der größeren Quartiere (das sechstgrößte) ist und den

zweithöchsten Anteil von Migrant/inn/en (nach Kreuzberg-Wassertorplatz) der Stadt aufweist (44%) (Klaaßen 2004: 20).

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse des Sanierungsverfahrens aus den 1960er Jahren bis in die 1990er Jahre zusammengefasst, um diese dann dem gegenwärtigen Quartiersmanagement gegenüberzustellen.

Der treuhänderische Sanierungsträger AG SPAS e.V. ist seit Beginn der Schöneberger Sanierungsaktivitäten an dem Prozess der Etablierung eines Dialogs mit der Bewohnerschaft beteiligt. Das „Gutachten über den Verlauf und die Ergebnisse der Sozialplanung im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowsstraße“ (AG SPAS 1994) beschreibt das mit dem Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden weitgehend identische Sanierungsgebiet Bülowsstraße. Die soziale Lage der Bevölkerung wird unter besonderer Berücksichtigung der Wohnverhältnisse und des Umfeldes dargestellt. Die Empfehlungen dieses Sozialplanberichtes gelten nach Auskunft der nach wie vor im Gebiet aktiven Autor/inn/en noch zehn Jahre danach (2004) als aktuell.

Bereits 1963 wird der Bereich Schöneberg-Bülowsstraße aufgrund einer Fülle von Missständen als eines von sieben innerstädtischen Gebieten zur Sanierung ausgewählt. Nach dem Bericht der AG SPAS (1994) wollte man den Prozess durch bauliche Erneuerungen binnen maximal 15 Jahren abschließen. Der dreißig Jahre später vorgelegte Bericht des Sanierungsträgers zeigt jedoch einen nach wie vor hohen Förderbedarf, auch wenn bauliche Mängel weitgehend behoben sind. Der Bericht bezieht die Ergebnisse einer 277 Interviews umfassenden Befragung der Bewohner/innen zur sozialen Gebietsbindung sowie demographische Angaben von über 730 Bewohner/innen (12% der Wohneinheiten) mit ein.

Das Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowsstraße liegt im Norden des Bezirks Schöneberg, entlang der Kurfürstenstraße grenzt es an den Bezirk Tiergarten. Im Osten wird es durch das Gelände des ehemaligen Potsdamer und Anhalter Güterbahnhofs sowie die Bautzener Straße begrenzt. Im Westen bilden die Mackensen- und Maaßenstraße die Grenze, im Süden die Großgörschen-, die Potsdamer- und die Winterfeldtstraße. Die Einwohnerzahl sank von 22.200 (1961) auf 15.400 (31.12.1993). Die Wohnfunktion überwiegt nach wie vor im Gebiet, vereinzelt gibt es Dienstleistungs- und Versorgungsangebote in Erdgeschosszonen. Am Nollendorfpfplatz, der Potsdamer-, Goeben- und Bülowsstraße findet sich eine starke Handels- und Dienstleistungskonzentration. Die zentrale Lage zwischen westlicher und östlicher City garantiert die gute ÖPNV-Anbindung durch drei U-Bahnlinien. Zwei S-Bahnhöfe und zahlreiche Buslinien stellen die West-Ost sowie die Nord-Süd-

Anbindung sicher. Erheblicher Durchgangsverkehr über die Achsen Bülowstraße – Goebenstraße, Yorckstraße und Potsdamerstraße sorgt für eine starke Belastung u. a. durch Lärm, Staub und Unfallgefahren. Ein räumlicher und funktionaler Mittelpunkt fehlt im Gebiet. Im Nordwesten des Gebietes finden sich Neubauten, die zum Teil vor 1963 entstanden sind, Altbauten sowie Frei- und Brachflächen. Das Zentrum entlang der Hauptverkehrsachsen ist durch Flächensanierung und Neubau deutlich aufgewertet worden. Am Nollendorfplatz finden sich höherwertiger Einzelhandel, gehobene Dienstleistungen und eine lebendige Kneipenkultur. Diese Lage ist auch für Besserverdienende attraktiv. Insgesamt ist die Bewohnerstruktur durch einen hohen Ausländeranteil (z. T. über 50%) und durch eine junge Bevölkerung gekennzeichnet. Ein gravierendes Problem ist die zunehmende Drogenszene (AG SPAS 1994: 7).

Die Stadtentwicklungskonzepte der 1960er Jahre verfolgen noch das Ziel einer modernen, autogerechten Stadt. Die Mischung von Wohnen und Gewerbe gilt als inhuman. Die Blockstruktur soll aufgelöst und „gesunde und hygienische“ Wohnverhältnisse sollen geschaffen werden. Neben Schöneberg-Bülowstraße sind in den Bezirken Wedding, Kreuzberg, Charlottenburg, Neukölln und Reinickendorf im Rahmen des ersten Stadterneuerungsprogramms insgesamt 56.000 Wohnungen mit ca. 140.000 Bewohner/inne/n von Sanierungsmaßnahmen betroffen. Als Hintergründe der Sanierungsbestrebungen werden - neben den genannten baulichen Mängeln - die geplante Süd- und Westtangente mit einem Süd-Personenbahnhof östlich der Bautzener Straße und die soziale Strukturverbesserung im Bereich Steinmetz-, Kirchbach-, Alvenslebenstraße genannt. Die Potsdamer Straße soll gezielt als Dienstleistungszentrum aufgewertet werden, das Vergnügungsgewerbe soll eingedämmt werden (AG SPAS 1994: 9).

Auf der Basis einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Senat und der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft WIR kauft diese Häuser und Wohnblöcke zum Zweck ihrer Sanierung an. Totalabriss, aber auch Blockentkernung sind die ersten Maßnahmen. Mieter/innen werden aus ihren angestammten Quartieren – oft endgültig – „umgesetzt“. Infolge der umfangreichen Bautätigkeiten verlassen mehr und mehr Mieter/innen den Kiez, um in ruhigere Viertel umzusiedeln. Die frei werdenden Wohnungen im Sanierungsgebiet sind aufgrund ihrer günstigen Mietpreise trotz ihrer Mängel für einkommensschwächere Haushalte wie z. B. Student/inn/en und Arbeitsmigrant/inn/en besonders attraktiv.

Die 1980er Jahre bringen durch die Hausbesetzerbewegung eine Wende in der Berliner Baupolitik. Im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowstraße sind 24 aufgrund mangelnder

Koordination und fehlender Sanierungsfördermittel vorzeitig entmietete und dem Verfall preisgegebene Häuser besetzt. Schon Mitte der 1970er Jahre hatte sich Widerstand gegen Abriss und Mietervertreibung formiert. Bewohner/innen fordern den Erhalt preiswerten Wohnraums durch Instandsetzung. Neben Räumungen werden alternative Lösungswege zur Befriedung der Situation gesucht. In sieben Häusern wird der Wohnstatus der Hausbesitzer/innen durch vertragliche Regelungen legalisiert. Die Gebäude werden im Rahmen der Selbsthilfe instand gesetzt und teilmodernisiert. Das behutsame Sanierungskonzept setzt sich in den 1980er Jahren durch (AG SPAS 1994: 22).

Eines der vorrangigen Sanierungsziele ist es, die soziale Struktur zu verbessern, insbesondere im Bereich Steinmetzstraße, Kirchbachstraße, Alvenslebenstraße. Die Prinzipien der Planung konzentrieren sich Ende der 1960er Jahre auf die Verringerung der Bebauungsdichte. Zu Beginn der 1980er Jahre beschließt die Schöneberger BVV aufgrund des starken Zuzugs ausländischer Familien und eines verstärkten Wegzugs deutscher Haushalte eine Quotierung des Zuzugs von Nichtdeutschen in das Sanierungsgebiet auf maximal 20%. 1981 liegt der Migrant/inn/enanteil bei über 40%. Die Aufhebung des Beschlusses erfolgt 1987, da die Begrenzung des Ausländer/innenanteils bzw. des Anteils sozial und ökonomisch benachteiligter Gruppen nur auf Grundlage eines abgestimmten sozialen Konzepts nach Sozialplanrichtlinien des Landes Berlin erfolgen soll. Es wird für sinnvoll erachtet, für Bewohner/innen mittlerer und höherer Einkommen attraktive Wohnverhältnisse im Gebiet zu schaffen. Um eine ausgewogene Mischung unterschiedlicher sozialer Gruppen zu etablieren, erwägt der Bezirk Anfang der 1990er Jahre zielgruppenspezifische Verbesserungen der sozialen Infrastruktur und die Schaffung der Voraussetzungen für eine höhere Kontaktdichte sowie die Förderung von Identifikations- und Sozialisationsprozessen (AG SPAS 1994: 35).

Leben im gesamten Bezirk Schöneberg 21,8% Ausländer/innen, so wohnen in einigen Blöcken des Sanierungsgebiets über 60%, so z. B. in der Bautzener Straße. Insgesamt zeigt sich das südöstliche Sanierungsgebiet als Schwerpunkt ausländischen Wohnens in Schöneberg (AG SPAS 1994: 37). Seit 1973 ist eine Verschiebung zugunsten jüngerer Altersgruppen zu beobachten: mehr ausländische Familien wandern zu (ca. 2.000 Personen), deutsche Senior/inn/en wandern tendenziell ab (insgesamt 3.000 Deutsche). Der Ausländerzuwachs im Sanierungsgebiet beträgt innerhalb dieses Zeitraums 51%. Im Gebiet finden sich insgesamt 45% Haushalte mit mehr als drei Personen. Etwa zwei Drittel der deutschen Haushalte bestehen aus ein bis zwei Personen, drei Viertel der ausländischen Haushalte aus drei und mehr Personen. Ein Drittel der ausländischen Haushalte

umfasst fünf und mehr Personen (AG SPAS 1994: 50).

Die Untersuchung der Qualifikationsstruktur erbringt, dass fast 40% der Befragten über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen. 70% der Ausländer/innen sind ohne Berufsabschluss, 20% der Deutschen, 68% der Männer verfügen über einen Abschluss, aber nur 55% der Frauen. 75% der nicht-deutschen und ca. 30% der deutschen Frauen sind ohne Berufsausbildung (AG SPAS 1994: 54). Dass fast 20% der Bevölkerung und überdurchschnittlich viele Frauen einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss haben, wird als Hinweis auf den relativ hohen Student/inn/enanteil der Gebietsbevölkerung gewertet. Zur Tätigkeits- und Erwerbsstruktur besagt die Untersuchung, dass fast 42% aller Haushaltsbewohner/innen erwerbstätig sind. Von ihnen sind 9% selbstständig, 20% in Ausbildung, 6% Student/inn/en. Jede achte Person ist arbeitslos, bei Migrant/inn/en sogar mehr als jede sechste. Jede/r dritte Arbeitslose ist länger als ein Jahr ohne Erwerbsarbeit, also langzeitarbeitslos (AG SPAS 1994: 57).

Ca. 9% aller Haushalte liegen unter dem Niveau des konventionellen Existenzminimums, einem Wert, der jährlich neu durch die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen festgelegt wird und über dem Sozialhilfesatz liegt. Vor allem Alleinerziehende und Familien sind von der so definierten Armut betroffen. Rund 7% der Schöneberger Bevölkerung bezieht Sozialhilfe. Bei Deutschen liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an der Bevölkerung bei 6%, bei Ausländer/inne/n bei 9%. Von 1993 bis 1994 nimmt der Sozialhilfebezug um über 3% zu, überproportional bei Migrant/inn/en. Eine Zunahme ist auch bei Fällen von Überschuldungen zu verzeichnen.

Zur Gebietsbindung stellt die Untersuchung der AG SPAS (1994: 66) fest, dass im Befragungsgebiet 2/3 der Befragten fünf Jahre, mehr als 1/3 über zehn Jahre in ihrer Wohnung leben. Von der deutschen Gebietsbevölkerung wohnen 41% seit über zehn Jahren dort, von der ausländischen Gebietsbevölkerung 21%. Die durchschnittliche Wohndauer bei Deutschen beträgt elf Jahre, bei Ausländer/inne/n sechseinhalb Jahre. Unter 30% der Befragten geben an, dass keine nennenswerten Kontakte zwischen Deutschen und Ausländer/inne/n im Wohngebiet bestehen. Über 45% geben gelegentliche Kontakte an, unter 25% berichten, dass Freundschaften gepflegt werden. 70% der Befragten geben an, dass keine Probleme zwischen Deutschen und Ausländer/inne/n auftreten, ca. 2%, dass gelegentlich Probleme auftreten, 6% berichten von häufigen Problemen.

Als Expert/inn/enmeinung zur sozialen Lage im Sanierungsgebiet fasst der Bericht der AG SPAS (1994) zusammen, dass im Gebiet einerseits Einkommensschwache mit niedrigem sozialem Status, andererseits zahlreiche Akademiker/innen aus der Mittelschicht

leben. Bei der Unterschicht sind Verarmungstendenzen nach Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Sinnkrisen, etc. zu bemerken. Es besteht eine Gefahr der Gettoisierung vor allem südlich der Goebenstraße. Es ist zu beobachten, dass für zahlreiche ausländische Gebietsbewohner/innen der Islam und ein Nationalismus zunehmend zu einem „Notanker“ werden. Alkohol, Schmutz und andere soziale Elenderscheinungen haben sichtbar zugenommen, vor allem die Kriminalität. Hartnäckig sich haltende und die Bevölkerung einschüchternde Drogenhändler, wiederholte Beispiele von Jugendaggressivität und Vandalismus verstärken ein allgemeines Bedrohungsgefühl vor allem bei Senior/inn/en. Einbrüche, Fahrradklau, Autodemolierungen werden häufig registriert. Bedrohungsgefühle äußern auch die zahlreich im Gebiet lebenden Homosexuellen. Sie sehen sich von türkischen Jugendlichen belästigt, welche sich vorzugsweise an ihrer Minorität auslassen (AG SPAS 1994: 72).

Das Wohnumfeld und die soziale Infrastruktur des Sanierungsgebiets werden im Gutachten der AG SPAS (1994) als mangelhaft beschrieben. Der Bestand an öffentlichen Grünflächen ist armselig. Es wird bemängelt, dass Spielplätze häufig als Drogenszenetreff dienen und stark verschmutzt sind (ebenda: 148). Die Neumarktschule im Sanierungsgebiet hat 1994 552 Schüler/innen, davon über 70% Kinder mit Migrationshintergrund. Von ihnen sind rd. 90% türkischer Herkunft. Die Kinder weisen häufig extreme Sprach- und Lernschwierigkeiten auf. Nur 10% erhalten eine Gymnasialempfehlung, 20% eine Realschulempfehlung. Ein Großteil der Kinder kommt aus sozial- und einkommensschwachen deutschen und ausländischen Bevölkerungsgruppen.

Schwerpunkt der Gewerbestandorte des Sanierungsgebietes ist die Potsdamer Straße. Bis zum 2. Weltkrieg galt sie als gute Geschäftsadresse. Mit dem Mauerbau verliert sie ihre überörtliche Bedeutung. Bereits 1968 wird eine einseitige Veränderung der Branchenstruktur zugunsten von Kneipen, Bars, Pensionen, Spielsalons, Versicherungen, Autohandel registriert. Zudem wird die Potsdamer Straße zum so genannten Vergnügungsviertel (Prostitution). 1964/65 werden 30% des produzierenden Gewerbes als lokale Betriebe in Wohn-Gewerbe-Mischlage charakterisiert. Die Wohnnutzung wird durch die betrieblichen Emissionen stark gestört. 50% dieser Betriebe dienen der Nahversorgung der Bevölkerung. Die sanierungsbedingte Umstrukturierung dauert bis heute an: Hinterhofgewerbe sind inzwischen weitgehend verschwunden, der Einzelhandel gibt auf, Betriebe schließen. Die Anzahl der Betriebe sinkt von 1961 bis 1987 auf ca. 40% ihres Bestandes, in fast gleichem Maß sinkt die Zahl der dort Beschäftigten. 1994 ist die Zahl der Betriebe weiter gesunken, auf rund 27% des Bestandes von 1961 zu Beginn des Sanierungsprozesses.

ses. Von den verbliebenen 322 Betrieben sind 10% Gaststätten. Mit Restaurants und Imbissen gehören fast 17% der Gastronomiebranche an. An Bäckereien und Fleischereien mangelt es. Die zweimal wöchentlichen Straßenmärkte gleichen die Unterversorgung mit Lebensmittelläden weitgehend aus. In der Untersuchung wird festgestellt, dass Handwerksbetriebe im Gebiet fehlen, insgesamt können nur zwölf gezählt werden (AG SPAS 1994: 187).

Zum Thema der Bewohnerbeteiligung stellt die AG SPAS (1994) fest, dass Gruppen von Eigentümer/inne/n, Gewerbetreibenden, Freiberufler/inne/n, Arbeitnehmer/inne/n und Mietervertreter/inne/n im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowsstraße über viele Jahre aktiv sind. Gegen Ende der 1980er Jahre stellen viele Schöneberger Mieterbeiräte und Betroffenenvertretungen ihre Arbeit ein. Häuserkämpfe und die Mobilisierung gegen die geplante, das Gebiet beeinträchtigende Westtangente sind erfolgreich beendet worden. Ein Mangel an Mitwirkungsbereitschaft der Bewohner/innen ist auch aufgrund der langwierigen politischen Entscheidungsprozesse zu beobachten (vgl. AG SPAS 1994: 217).

Aus Sicht des Schöneberger Quartiersmanagements 2004 (vgl. Expert/inn/eninterviews, Kapitel 5) – 10 Jahre nach Erstellung des Sanierungsgebietsgutachtens – haben sich punktuelle Verbesserungen eingestellt. Besonders die intensive Betreuung der ehemals als „Sozialpalast“ verrufenen Großwohnanlage in der Goebenstraße, die gelungene Aktivierung vieler Mieter/innen zur Mitgestaltung ihres Wohnblocks zum „Pallaseum“ wird als Erfolg gewürdigt. Hervorgehoben wird, dass ohne die aktive Ermutigung und Förderung, ohne die dauerhafte vor Ort-Präsenz des Quartiersmanagementteams ein solcher Erfolg unwahrscheinlich gewesen wäre. Die sozialen Probleme und Tendenzen der Isolation haben sich gegenüber der Untersuchung vor rund 10 Jahren im gesamten Gebiet jedoch weiter fortgesetzt. Sozial integrierte und integrativ wirkende Bewohner/innen verlassen das Gebiet. Die ungebrochene Anonymität der meisten Nachbarschaften trägt – von einigen „Inseln“ abgesehen - zu einem Gefühl von Unsicherheit und Isolation – individuell oder im Rahmen einer Gruppe „Gleicher“ - bei. Die schwierigen sozialen Verhältnisse vieler Bewohner/innen des Quartiersmanagementgebiets, besonders der Mangel an Bildung und an Einkommen, führen Deutsche wie auch Migrant/inn/en zunehmend in eine soziale Isolation. Je konzentrierter diese Phänomene innerhalb eines Gebietes auftreten, desto problematischer ist es, eine Umkehr des Ab- und Ausgrenzungsprozesses zu bewirken.

Ohne Intervention von außen kommt es in den Wohnblöcken häufig zu massiven innerfamiliären und nachbarschaftlichen Konflikten, oft begleitet von Suchtverhalten (Alkohol,

Drogen) der Betroffenen. Aggressionen und Spannungen können dann nicht mehr individuell, innerhalb eines Familien- oder Freundeskreises aufgefangen oder durch berufliche oder Freizeit-Aktivitäten konstruktiv umgelenkt werden. Die im Zuge dieser Entwicklung auftretenden Phänomene von Vandalismus, Sachbeschädigung und Gewalt gegen jeweils Schwächere drücken einerseits Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen der Handlungen aus, andererseits kommt damit eine (im Grunde ohnmächtige) Wut gegenüber einer als gleichgültig empfundenen Umwelt zum Ausdruck.

Im Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden treffen zwei in unterschiedlichem Maß von der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzte Bevölkerungsminderheiten aufeinander: Zum einen lebt hier inzwischen eine starke Population nicht-deutscher Herkunft, zumeist mit türkischem und arabischem Hintergrund, zum anderen befinden sich dort seit Jahrzehnten Institutionen schwul-lesbischer Subkulturen, die nach wie vor im Quartier bleiben. Das traditionelle Großfamilienleben türkischer und arabischer Quartiersbewohner/innen steht in erheblichem Widerspruch zum aktuellen Lebensmuster vieler deutscher Großstädter/innen - entweder in einer Kleinfamilie oder vereinzelt mit wechselnden Freundschaften und Beziehungen. Im Aufeinandertreffen dieser unterschiedlichen Lebensformen scheint ein entspannter Umgang miteinander nur schwer möglich. Vielfältige Barrieren haben sich im Zuge mangelnder Kommunikation und Kooperation aufgebaut - nicht zuletzt aufgrund gegenseitiger sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten der in Schöneberg eng benachbart lebenden Gruppen.

4.2.2 Die Minderheiten im Schöneberger Norden

Der Entstehungshintergrund von Lebensstilkonflikten unterschiedlicher sozialer Gruppen des Schöneberger Nordens ist Gegenstand der folgenden Kapitel, die einerseits die homosexuelle, andererseits die ethnisch-soziale Bevölkerungsgruppe mit ihren jeweiligen Lebensstilen im Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden beschreiben. Zwischen diesen Minderheiten kommt es alltäglich zu kleineren und größeren Konflikten, die vor allem in ihren unterschiedlichen Lebensstilen begründet sind. Diese und andere diskriminierte Gruppen, wie z. B. Alte und Behinderte, haben in der Regel wenig öffentlichen Einfluss, wodurch sich empfundene oder tatsächliche Diskriminierung verstärken kann.

Im Folgenden sollen als relevant ausgewählte Lebensstilunterschiede beider Gruppen skizziert werden. Zum einen lassen sich – insbesondere im Fall homosexueller Minderheiten in Berlin - aus dem Freizeit- und Konsumverhalten bestimmte typische Lebensstilelemente ableiten, die Rückschlüsse auf einen relativ einheitlichen Lebensstiltypus

zulassen, zum anderen ist – insbesondere im Fall traditionell muslimischer Migrant/inn/en in Berlin - davon auszugehen, dass die spezifischen Traditionen und Grundwerte (vgl. Schirmacher 2002) ihren Lebensstil so weit beeinflussen, dass dieser von anderen in der Umgebung deutlich unterscheidbar wird.

In Kapitel 4.2.2.1 wird der Schöneberger „Homokiez“ ausgehend von seiner Entwicklung in den 1920er Jahren dargestellt. Weiterhin wird am Beispiel der Frauenbewegung der 1970er und -80er Jahre, die eine große Nähe zur homosexuellen Emanzipationsbewegung zeigt, die Inanspruchnahme von städtischen Räumen für ihre „Projektekultur“ dargestellt. Diese Beispiele stehen für Bemühungen bestimmter Milieus städtischer Minderheiten, ihren Platz in der Stadt - wie in der Gesellschaft - zu behaupten.

Migrant/inn/en und ihre spezielle Situation in Berlin stehen im Mittelpunkt des Kapitels 4.2.2.2. Die Majorität der Migrant/inn/en des Quartiers stellen die Türk/inn/en. Eine weitere bedeutsame ethnische Minderheit vor Ort bildet die arabische Community. Beide Minderheitengruppen teilen die Herkunft aus überwiegend traditionell-patriarchal strukturierten Gesellschaften. Dementsprechend geprägte Einstellungen, Moral- und Wertvorstellungen kollidieren vielfach mit dem westlichen Lebensstil, insbesondere mit eher liberalen Moral- und Wertvorstellungen von Homosexuellen.

4.2.2.1 Homosexuelle Subkultur

In den Zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist die Gegend zwischen Bülowstraße und Nollendorfplatz ein Zentrum homosexueller Minderheiten. In den 1960er und 70er Jahren erstarkt die homosexuelle Szene erneut an den tradierten Orten in Schöneberg. Gemeinsam mit Teilen der zweiten deutschen Frauenbewegung der 1970er und 1980er Jahre machen Homosexuellenorganisationen auf Diskriminierungen aufmerksam und setzen sich für Emanzipationsziele ein.

Der Schöneberger „Homokiez“ im 20. Jahrhundert

Scheub (2000) geht der Frage nach, welches Lebensgefühl in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg für Berlin typisch war. Sie konzentriert ihre Untersuchung auf junge Frauen, die als Künstlerinnen und Intellektuelle schriftliche Zeugnisse ihres Erlebens dieser Zeit hinterlassen haben. Die Republik bot jungen Frauen neue Lebensmöglichkeiten. Erscheint Berlin im Vergleich zu anderen Metropolen wie Paris, London oder New York als wenig weltstädtisch, wenig multikulturell und abgeschnitten von internationalen Einflüssen, bietet die Stadt jungen Frauen, besonders Künstlerinnen, mit seinem freiheitlichen, kreativen Klima eine Fülle neuer Möglichkeiten. Das Thema der Emanzipation der Frauen ist seit

den 1920er Jahren mit dem der Emanzipation homosexueller Männer und Frauen eng verbunden. In beiden sozialen Bewegungen geht es um eine Befreiung von überkommenen Rollen- und Verhaltenserwartungen. Beide soziale Bewegungen stießen auf Widerstände konservativer gesellschaftlicher Kräfte. Vor einer Organisierung bildeten sich in Großstädten wie Berlin soziale Initiativen und Netzwerke, deren Aktivitäten sich vorrangig auf den Freizeitbereich konzentrierten. Im Zuge einer Weiterentwicklung kristallisierten sich aus manchen dieser Vereine politische Organisationen heraus.

Charlotte Wolff (1897-1986), Ärztin und Schriftstellerin, ist eine der ersten bekannten, ihren Lebensstil nicht verbergenden Lesben. Ihre in der Emigration verfassten Pionierstudien über Handlesekunst, Homo- und Bisexualität erregen international Aufsehen. Der Anstoß, sexualwissenschaftlich zu forschen, stammt aus ihrer Zeit in den 1920er Jahren in Berlin. Dort ist sie in der Schwangerschaftsberatung tätig gewesen und mit der Sexualreformbewegung um Magnus Hirschfeld (1868-1935) und Helene Stöcker (1869-1943) in Kontakt gekommen. Hirschfeld, der Begründer der ersten Organisation Homosexueller, dem Wissenschaftlich-humanitären Komitee sowie des ersten sexualwissenschaftlichen Instituts, sorgt mit seinen Aktivitäten für eine Aufhebung des Tabus der Homosexualität in weiten Teilen der Öffentlichkeit.

Aus der Provinz zugezogene Lesben und Schwule, die dort meist zahlreiche Repressalien zu ertragen haben, finden in Berlin die Möglichkeit, ihren Lebensstil in Selbstachtung zu entwickeln. Die wissenschaftlichen Vorträge in Hirschfelds Institut und die verschiedenen Postillen der Schwulen- und Lesben-Presse unterstützen den Lebensstil Homosexueller ebenso wie die sozialen Netzwerke durch Berlins zahlreiche „Homolokale“. Scheub nennt weitere prominente Namen, wie den der Sängerin Claire Waldoff mit ihrer Lebensgefährtin Olly Roeder, der später weltberühmten Marlene Dietrich und der ebenfalls sehr bekannten Tänzerin Anita Berber. Diese weiblichen Stars stehen für eine Aufhebung der tradierten Geschlechterrollen, da sie unabhängig von (Ehe-)Männern ihren Lebensstil selbst definieren und auch ihre Lebens(abschnitts)gefähr/inn/en selbst bestimmen. „Sie waren Pionierinnen, im Berufsleben wie auf erotischem Gebiet. Sie lebten ihr Leben, selbstbewusst, eigensinnig, ohne sich dreinreden zu lassen. Sie erweiterten weibliche Lebensräume“ (Scheub 2000: 13).

Die Bedeutung der Enttabuisierung des Themas Sexualität und der Liberalisierung der Moralvorstellungen sowohl für die weibliche wie auch die homosexuelle Emanzipation und Gleichberechtigung ist unbestritten. Der Begriff Sexualwissenschaft wird erstmals 1906 in einem Aufsatz von Iwan Bloch geprägt, der 1913 zusammen mit dem jüdischen

Arzt Magnus Hirschfeld die Gesellschaft für Sexualwissenschaft in Berlin gründet. Das weltweit erste Institut für Sexualwissenschaft eröffnet Hirschfeld 1919 im Berliner Bezirk Tiergarten. Eine seiner Mitstreiterinnen ist die Protagonistin der ersten deutschen Frauenbewegung, Helene Stöcker, die als erste deutsche Frau den Dokortitel der Philosophie in Bern erwirbt. Scheub berichtet, dass Frau Stöcker schon 1893 das Recht der Frau auf Selbstbestimmung über ihren Körper, „ihr Recht auf Freiheit und ihr Recht auf Liebe“ proklamiert. „In den zwanziger Jahren wurde die Sexualwissenschaft (...) zur Massenbewegung für Sexualreform mit reichsweit zwischen 110.000 und 150.000 Mitgliedern. Mehr als 400 Sexualberatungsstellen gab es in Deutschland, davon fast 40 in Berlin während der Weimarer Republik. Verhütung, Abtreibung, uneheliche Kinder, Prostitution, Homosexualität – alle Fragen, die Jahrhunderte lang unterdrückt worden waren, brachen sich Bahn“ (Scheub 2000: 98).

Hirschfelds öffentliche Aktivitäten zur Unterstützung Homosexueller beginnen bereits 1897 in Berlin mit der Eröffnung des Wissenschaftlich-humanitären Komitees, der ersten Selbstorganisation von Homosexuellen. Er unterstützt Homosexuelle vor Gericht und führt 1903 die weltweit erste Umfrage über das Sexualverhalten von Männern durch (Scheub 2000: 133). Selbst wenn Hirschfelds Engagement gegen eine Homosexuelle diskriminierende Rechtsordnung vorerst erfolglos bleibt, trägt sein Engagement zum Ruf Berlins als tolerantester Stadt Europas bei.

Scheub (2000) und Meyer (1981) skizzieren die Berliner Szene des homosexuellen Milieus und lokalisieren die Ursprünge im Stadtteil Schöneberg: Scheub beschreibt das Lokal „Topp-Keller“ in der Schöneberger Schwerinstraße als eines der Szenelokale von Frauen und als Ort, in dem sich (nicht nur) Frauen aller Gesellschaftsschichten treffen. „Im Topp-Keller verkehrten Prostituierte, die in Männerkleidung und langen Stiefeln rund um den Nollendorfplatz Freier suchten. (...) Besuchte eine Frau eine Lesbenbar, ließ sie sich oftmals von einem Freund oder gar vom Ehemann begleiten, und in Schwulenbars verkehrten auch weibliche Wesen. Es war eben schick, in der Halbwelt zu verkehren. (...) Scheub illustriert die Szene der 1920er Jahre durch die Kurzvorstellung einiger der bedeutendsten Bars: „In der Bülowstraße reihte sich damals ein Homolokal an das andere: der Nationalhof, der Continental-Club, das Bülow-Casino, das Conti-Casino, das Dorian Gray, das Hollandais, das Dédé, die Hohenzollerndiele und die Pan-Diele. Einige Bars hatten ‚Eliteetagen‘, die einem Geschlecht vorbehalten waren“ (Scheub 2000: 138f.).

Zwar werden in Preußen bis 1747 die Todesstrafe und danach Freiheitsstrafen gegen weibliche Homosexuelle verhängt, doch mit dem Preußischen Strafgesetzbuch von 1851

und dem Reichsstrafgesetzbuch von 1871 werden ‚nur‘ noch die Schwulen mit Gefängnis bekämpft (Scheub 2000: 136). Aufgrund der Strafbarkeit homosexueller Handlungen ist in den 1920er Jahren trotz der Aufbruchstimmung in Berlin für viele homosexuelle Männer und Frauen ein Doppelleben üblich: „Die ab der Jahrhundertwende in Berlin entstandenen Damenklubs waren eine der wichtigsten Organisationsformen lesbischer Frauen. Diese Vereinigungen, die sich aus Tarnungsgründen auch ‚Kegelklub‘, ‚Sparverein‘ oder auch ‚Theater-Verein‘ nannten, gab es bis zu ihrer Zwangsauflösung durch die Nationalsozialisten 1933 nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten des damaligen deutschen Reiches“ (Scheub 2000: 18). Einige dieser Vereine können als Vorstufen politischer Selbstorganisation gelten. Adele Meyer (1981) recherchiert im Zuge ihrer Forschungsarbeit zur Geschichte lesbischer Frauen in Deutschland von 1850 bis 1933 das Klub- und Vereinsleben in Berlin: „Der Klub Violetta wurde 1926 von Lotte Hahn gegründet. Ursprünglich als Tanzklub gedacht, entwickelte sich diese Vereinigung aber schon im Laufe des ersten Jahres zu einer aktiven lesbischen Frauengruppe. 400 Frauen waren Mitglieder, Frauen, die als Verkäuferinnen, Büro- oder Bankangestellte ihren Lebensunterhalt verdienten. Das Domizil dieses Klubs lag in den ersten drei Jahren in Schöneberg, im Nationalhof in der Bülowstr. 37“ (Meyer 1981: 25).

Dieser Ort innerhalb des heutigen Quartiersmanagementgebietes Schöneberger Norden zeichnet sich durch seine Nähe zu den genannten Klubs und Vereinen aus. Dies spricht dafür, dass sich rund um den Entwicklungskern homosexueller Lokale eine Infrastruktur weiterer Institutionen ansiedelt, so dass von einem sowohl homosexuellenfreundlichen wie frauenemanzipationsfreundlichen Milieu gesprochen werden kann. Meyer stellt weiter dar, wie die Violetta-Frauen Kreativität und Unternehmungsgeist auf verschiedenen Gebieten entwickelten, u. a. gründeten sie eine Sport- und eine Wandergruppe, Korrespondenzzirkel dienten der Agitation, zur Weiterbildung und als Diskussionsforum gab es Unterhaltungsabende, u. a. mit Stars wie Senta Söneland und Claire Waldoff (1930). Bis 1927 war der Klub dem Deutschen Freundschaftsverband, einer Organisation für Homosexuelle, kooperativ angeschlossen, 1928 wechselten die Violetta-Frauen zum Bund für Menschenrecht e.V. (B.f.M.). Mit diesem organisierte Violetta 1930 die Gründung eines Bundes für ideale Frauenfreundschaft, dem sich bald andere Damenklubs aus Berlin und dem damaligen Reich anschlossen (vgl. Meyer 1981: 25).

Aus Meyers (1981) Aufzeichnungen geht der Stadtteil Schöneberg eindeutig als einer der Ursprungsorte homosexuellen subkulturellen Lebens in Berlin hervor. Sie konnte ein sozial differenziertes Netzwerk unterschiedlicher Treffpunkte und Veranstaltungsorte re-

cherchieren: „Vor Jahren beherrschte die in der Bülowstr. 101 gelegene Hohenzollern-Diele fast allein den Plan. Sie gehörte mit zu den ersten Cafés, die den Besuch 'andersgearteter' Frauen protegierten. Inzwischen ist diesem Café eine große Konkurrenz in der Gegend und auch in der gesamten Stadt erwachsen. (...) Die distinguierte lesbische Frau zieht sich in ihren privaten Klub zurück, man trifft sie höchstens gelegentlich im 'Toppkeller' oder im 'Eldorado'. Die Cafés werden weniger von ihr geschätzt. Deren Publikum besteht aus Frauen, die weniger zu Rücksichten gezwungen sind und es geht dort ungenierter zu. (...) Im Damenclub Pyramide fand sich eine sehr gemischte Gesellschaft zusammen. (...) Der eingeschriebene Lotterieverein Pyramide befand sich in der Schwerinstraße, Nähe Nollendorfplatz“ (Meyer 1981: 131). Die Gegend um die Bülowstraße, Alvenslebenstraße, Ziethenstraße und Nollendorfplatz gilt in dieser Zeit als Zentrum homosexueller Lebensstile. Die Nachbarschaft zur Schwerinstraße, die zur reglementierten Prostitution freigegeben ist, unterstreicht die gesellschaftliche Randexistenz homosexueller Clubs. Homosexuelle können in den 1920er Jahren als „exotisch“ betrachtete Minderheiten vorübergehend Duldung finden, kaum jedoch eine fundierte gesellschaftliche Akzeptanz.

Die räumlich enge Koexistenz von homosexuellen Subkulturen und 'zweilightigen' Vergnügungstätten belegt in Ergänzung der bereits ausgewählten Quellen eine Veröffentlichung des Berlin-Museums über die Berliner homosexuelle Subkultur (1984). Ein Teil des heutigen Quartiersmanagementgebietes wird darin beschrieben: „Der feine Westen: Größere Tanzpaläste der Bülowstraße, Caféhäuser der Potsdamer Straße und das Weinlokal Cuno am Schöneberger Ufer, in denen schon vor dem ersten Weltkrieg Homosexuelle verkehrten, bildeten den Anfang einer Konzentrierung einschlägiger Lokale auch im feinen Westen Berlins. Mit dem Zentrum Bülow-, Potsdamer Straße und Nollendorfplatz erstreckte sich das Gebiet bis zum Kurfüstendamm. (...) Immer in nächster Nachbarschaft zu Stätten der anderen und der halbseidenen Nachtwelt, eröffneten seit 1919 verstärkt auch hier einschlägige Bars. (...) In der Bülowstraße, dem Zentrum schwuler Subkultur des Westens, reihte sich eine renommierte Bar an die nächste, unterbrochen von Tanzpalästen, die gleichfalls den Homosexuellen die Tore, zumindest zeitweise, öffneten“ (Berlin Museum 1984: 64ff.).

Der Schöneberger Kiezcharakter scheint zu dieser Zeit maßgeblich durch Vergnügungstätten geprägt zu sein. Im Rahmen von Kunst und Kreativität kann moralisch bis dahin Verbotenes gelebt und weiterentwickelt werden. Die subkulturelle Vielfalt hängt jedoch von der Duldung der dominanten gesellschaftlichen Kräfte ab. Dies wirkt sich verun-

sichernd auf die Betroffenen aus. „Diese Szene erfreute sich hohen öffentlichen – voyeuristischen – Interesses. 1930 erschien Curt Morecks 'Führer durch das lasterhafte Berlin'. Die Reisegesellschaft Cook führte Touristen eigens hin wie in ein Raritätenkabinett, denn diese Zustände gehörten zu den Sehenswürdigkeiten von Berlin. Transvestitenbars wendeten sich eher an ein heterosexuelles Publikum. Viele Homosexuelle distanzieren sich davon, um nicht in 'Misskredit' zu geraten“ (Berlin Museum 1984: 73). An diesem Zitat wird erneut deutlich, dass die Anzahl der Lokale keinesfalls auf eine große gesellschaftliche Akzeptanz deutet. Die Orte und die Besucher/innen sind nach wie vor Bedrohungen ausgesetzt.

Wie brüchig die vermeintliche Liberalisierung ist, zeigt sich zu Beginn der 1930er Jahre, als 1932 auf Initiative des Polizeipräsidenten homosexuelle Aktivitäten verfolgt werden. Infolge einer Verfügung werden Homosexuelle polizeilich registriert und von weiteren Repressionen bedroht. Viele ihrer Lokale werden polizeilich geschlossen und homosexuelle Vereinigungen verzeichnen Austrittswellen (vgl. Berlin Museum 1984: 73). Nachdem die Nationalsozialisten 1935 das Strafrecht gegen die Minderheit verschärfen, wird diese Gesetzgebung erst 1969 geändert. Bis zu diesem Zeitpunkt steht Homosexualität in Deutschland unter Strafe. Aus den zusammengestellten Dokumenten wird eine durch die gewachsene Funktion Schönebergs als Berliner Vergnügungsviertel begünstigte Etablierung einer homosexuellen Gemeinde an diesem Ort deutlich. Dass eine neue Tradition öffentlicher schwuler und lesbischer Kultur erst seit den 1970er Jahren wieder auflebt, ist zur Erfassung der Struktur des heutigen „Homokiez“ wesentlich.

Andrea Winter (2004) recherchiert die Meilensteine des Neubeginns schwules/lesbischer Subkultur rund um den Nollendorfplatz nach dem zweiten Weltkrieg. Sie stellt fest, dass bereits 1946 in der heutigen Martin-Luther-Straße das Lokal Tabasco eröffnet, das an die Tradition des Transvestitenkabarets Eldorado anknüpfen will. Andere Vorkriegslokale wie Kleist-Casino und Grüner Anker (beide Kleiststraße) etablieren sich ebenfalls am tradierten Ort neu – allen polizeilichen Repressalien zum Trotz. „Bereits 1947 gab es wieder rauschende Tunten- und Lesbenbälle im Nationalhof am Bülowbogen. Veranstalter waren schillernde Damenimitatoren mit Namen Mamita und Cherie Hell. Im Jahr 1949 zählte man in Berlin immerhin über 20 Herren- und um die 15 Damenlokale. Oft genug mischten sich polizeiliche Beobachter unter die Gäste. Schließlich galt Homosexualität noch immer als gesellschaftliche Bedrohung – auch noch in den 60er Jahren und es gab immer wieder Razzien mit Überprüfung der Personalien. 1953 wurde sogar eine Sonderdienststelle zur Bekämpfung der Homosexualität eingesetzt“ (Winter 2004).

In den 1970er Jahren entstehen in Berlin aus dem Widerstand gegen Diskriminierung zahlreiche Initiativen Homosexueller. Viele etablieren sich in Schöneberg. Nach der Streichung des Paragraphen 175, der Homosexualität rechtlich diskriminiert, kommt es in Berlin nach 1969 zu einer zweiten Aufbruchsstimmung Homosexueller im 20. Jahrhundert. Die Homosexuelle Aktion West-Berlin (HAW) gründet sich in Schöneberg, wo sie zunächst in der Dennewitzstraße und ab 1974 in der Kulmer Straße 20a residiert. Aus der 1977 aufgelösten HAW geht das Schwulenzentrum Schwuz hervor, das heute am Kreuzberger Mehringdamm Räume unterhält. Dort ist auch das überregional bekannte Schwule Museum eingerichtet.

Die Frauen der HAW gründen 1971 das LAZ (lesbisches Aktionszentrum). Sie organisieren das erste bundesweite Lesbenpflingstreffen, eine Tradition, die sich bis heute (2005: Lesbenfrühlingstreffen in Berlin) fortsetzt. Von Homosexuellen bevorzugte Lokale aus dieser Zeit sind Schöneberger Frauenkneipen und Diskotheken wie „Blocksberg“ in der Yorckstraße, „Die 2“ in der Martin-Luther-Straße und „Pour Elle“ in der Kalckreuthstraße sowie das Lokal „Anderes Ufer“ in der Hauptstraße. Schöneberg wird erneut das Zentrum der Berliner homosexuellen Subkultur mit internationaler Ausstrahlung. Lesben beteiligen sich als solche auch an Hausbesetzungen in Schöneberg (u. a. Potsdamer Straße 139). Dies unterstreicht das politisch emanzipative Bewusstsein der Akteurinnen der schwullesbischen Bewegung in den 1980er Jahren. Sie schaffen Cafés wie die „Béginne“ und Künstlerinnen-Begegnungsstätten wie „Pelze“ in der Potsdamer Straße. Mit Unterstützung durch das Land Berlin kann sich das Frauenkulturzentrum „Béginne“ bis heute an diesem Standort halten.

Die Situation der seit den 1970er Jahren allmählich wieder erstarkten homosexuellen Subkultur Berlin-Schönebergs wird in einem Artikel des Berliner Szenemagazins Sieges säule deutlich (Winter 2004): „Auf der Suche nach traditionell lesbisch-schwulen Orten wird man in Schönebergs Norden fündig. Die Homopopulation ist sehr, sehr hoch, es besteht eine gute Mischung auf linksliberalem, grünem Pflaster. Man ist dort selbstverständlich homosexuell, unheimlich bunt ohne glamourös zu sein. Als Homopaar wird man hier nicht komisch beäugt, wie in anderen Gegenden Berlins. (...) Es gibt hier einen schwulen Schwerpunkt, es ist der klassische Bezirk mit der größten Schwulenszene“.

Nicht allein die Toleranz gegenüber Homosexuellen, sondern auch eine sozial besser gestellte Umgebung macht den Standort Schöneberg attraktiv. Der Artikel weist darauf hin, dass zahlreiche Angehörige der Szene vermehrt nach Schöneberg ziehen, weil sie es z. B. in Neukölln nicht mehr aushielten und in Schöneberg eine angenehmere, tolerantere

Nachbarschaft erhofften. Die Anwesenheit exklusiver Läden mit homosexuellem Kundenkreis (u. a. Schmuck, Blumen, Kleidung, Designermöbel) wird begrüßt (vgl. Winter 2004). Diese Passage enthält zum einen den Hinweis auf eine intolerante Nachbarschaft in einem anderen Berliner Bezirk mit sowohl hoher Migrant/inn/en-Population als auch einer sozial schlechter gestellten Bevölkerungsmehrheit, zum anderen zeigt sie die Affinität zahlreicher Homosexueller zu einem gehobenen Lebensstil.

Die Lage homosexueller Subkultur in Schöneberg scheint ca. dreißig Jahre nach dem Beginn des neuen Aufbruchs jedoch unsicherer zu werden. Artikelsammlungen des Schöneberger Jugendmuseums - Archiv „Lesben und Schwule“ – weisen auf spezifische Konflikte im Schöneberger „Homokiez“ hin. In dort archivierten Artikeln, z. B. Berliner Zeitung vom 23.06.1997: „Gewalt gegen ‚Schwäche‘“ wird berichtet, immer häufiger würden Schwule von ausländischen Jugendlichen überfallen. 60% der gegen Schwule verübten Straftaten würden von ausländischen, meist türkischen Jugendlichen verübt. Binnen 7 Jahren seien über 2.000 homosexuelle Opfer homophober Angriffe in Berlin bei dem „Schwulen Überfalltelefon“ registriert worden, nur etwa 10% gingen jedoch zur Polizei. Im Artikel der Berliner Tageszeitung taz vom 28.10.2003 schreibt Johannes Gernert: „Fakten und Vermutungen – Polizei und Überfalltelefon werden deutlich mehr Übergriffe auf Schwule gemeldet als im Vorjahr. Zu den Tätern zählen auch junge Migranten. Aktivisten fürchten nun einen Rechtsruck der Szene. B. vom Schwulen-Überfalltelefon Maneo berichtet, dass die Überfälle überall dort stattfinden, wo Schwule erkennbar als Schwule auftreten. In Schöneberg, Kreuzberg, Tiergarten oder Friedrichshain. Auch dort also, wo viele junge Einwanderer wohnen“ (Gernert 2003).

In einem weiteren Artikel der Berliner Tageszeitung taz vom 28.10.2003 heißt es: „Mehr als zwei Steinwürfe vom Miteinander. Das Café PositHIV verlässt den Alvensleben-Kiez – wegen wiederholter Übergriffe. Die Polizei wiegelt ab. Nach dem 11. September (2001) habe alles angefangen, sagt Michael G. ‚Das Trommeln an Fensterscheiben und Türen. Die Verwüstungen im Innern. Ja, auch dass Getränkebecher, Flaschen und Pflastersteine geworfen wurden. (Es werde) immer aggressiver, (das sei) nur noch Hass. Pöbeleien habe es auch früher schon gegeben. Aber unerträglich sei es erst nach den Anschlägen von New York geworden. Die terrorisieren uns, dabei seien sie doch selbst eine Minderheit, jung und südländisch, würden selbst verfolgt.‘ Politiker-Ratschläge zu offensivem Präsenz-Zeigen beim Straßenfest führten zu weiteren Attacken. Sie wurden von Kindern bespuckt, geschlagen und als schwule Sau beschimpft. Die Eltern standen lachend daneben. Die Polizei sieht eher die allgemeine Gewaltbereitschaft der Jugendlichen gegen

‘Schwächere’ als Problem und sich selbst nicht in der Lage, wirksam dagegen vorzugehen, da die Taten planlos und unvorhersehbar geschähen und die Strafbarkeitsgrenze meist nicht überschritten sei“ (Gernert 2003).

Die in diesem Zeitungsartikel deutlich angesprochenen Lebensstilkonflikte im Schöneberger Homokiez begründen die thematische Schwerpunktsetzung dieser Untersuchung. Besonders bezeichnend ist die Beobachtung, dass die Eltern durch ihr Verhalten ihre Kinder nicht hinderten, Homosexuelle tätlich anzugreifen, sondern sie dazu ermutigten. An dieser Situation wird weder seitens der Kinder noch der Eltern ein Schuldbewusstsein gegenüber den Opfern erkennbar. Dies lässt darauf schließen, dass die homosexuelle Minderheit vom Respekt und Mitgefühl dieser in nächster Nachbarschaft lebenden Migrant/inn/en ausgeschlossen ist. Es stellt sich die Frage, inwieweit eine durch Intoleranz und Aggression geprägte Situation sich inzwischen an dem traditionellen Ursprungsort homosexueller Emanzipation in Berlin strukturell verfestigen konnte.

4.2.2.2 Migrant/inn/en im Schöneberger Norden

Die Lebenssituation der Migrant/inn/en im Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden unterliegt unterschiedlichen Tendenzen. In der Gründerzeit – Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts – wurde der Norden Schönebergs mit Mietskasernen großflächig bebaut. Die erste Generation ethnischer Minderheiten (vor allem Türk/inn/en) kam in den 1970er Jahren nach Berlin und ließ sich in sanierungsbedürftigen Altbaugebieten der Innenstadt bevorzugt nieder. Inzwischen ist der Teil der ethnischen Minderheiten, der in Berlin blieb und sich etablieren konnte sowie die deutsche Mittelschicht aus Schöneberg Nord im Zuge der Sanierungsprozesse weitgehend fortgezogen. Es blieben die Chancenarmen und ihre Familien (vgl. u. a. AG SPAS 1994).

Heute bewohnt zudem eine hohe Zahl von aus dem Libanon eingewanderten staatenlosen Araber/inne/n (Palästinenser/innen) ein Gebiet im Bereich der Steinmetzstraße des Schöneberger Nordens. Sie gehören zumeist Großfamilien (Clans) an und leben relativ abgeschottet von der Nachbarschaft. In Berlin stellen sich die materiellen Lebensverhältnisse für die meisten von ihnen bedeutend besser als in ihren Heimatregionen dar. Das soziale Leben spielt sich jedoch seit den 1990er Jahren verstärkt innerhalb eigener, ethnisch-sozial einheitlich strukturierter Gemeinschaften ab (vgl. Ghadban 2000: 276f.).

Von Teilen der türkischen und in noch stärkerem Maße der arabischstämmigen Gemeinschaft in Berlin werden vermehrt kulturelle Integrationsdefizite berichtet. Im Folgenden werden diese Beobachtungen weiter spezifiziert und an Beispiele gebunden. Diese Bei-

spiele wurden vor allem im Bereich der Bildung, aber auch hinsichtlich einiger Formen von Delinquenz sowie in Fällen feindlichen Auftretens gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen gefunden. Dabei treten insbesondere Jugendliche in Erscheinung.

Türkische Migrant/inn/en

In den 1970er Jahren kommen vor allem Arbeiter/innen aus der Türkei von niedrigem Bildungsstand nach Berlin, die – anders als erwartet – zu großen Teilen zu Dauereinwanderer/inne/n werden (vgl. Herbert 2003: 241). Im Gegensatz zu früheren Migrationen zeigen sich bei der Gruppe der türkischen Migrant/inn/en besondere Integrationshemmnisse. Dadurch, dass die Praxis eines fundamentalistischen Islam in der Türkei verboten wird, suchen und finden überzeugte Anhänger/innen dieser Weltanschauung auch in Deutschland eine Zufluchts- und eine neue Wirkungsstätte. Ein Islamverständnis, das deutlich antidemokratische Züge trägt, kann sich auf diese Weise gerade in demokratischen Ländern entfalten (vgl. Tibi 2002: 38ff., Herbert 2003: 260). Kam es im Fall früherer Migration, wie z. B. aus Polen (vgl. Herbert 2003), zwar nicht bereits in der ersten, aber etwa in der dritten Generation zur Auflösung klarer sozialer Grenzen gegenüber der deutschen Aufnahmegesellschaft, erscheint eine ähnliche Entwicklung im Fall der genannten, sich stark über einen fundamentalistischen Islam definierenden, Teile der türkischen Gemeinschaft weniger aussichtsreich. Stellen fundamentalistische Islamist/innen auch nicht die Mehrheit der türkischen Migrant/inn/en, kann aufgrund des allgemein hohen Engagements ideologisch Überzeugter in Verbindung mit dem großen Bedarf türkischer Migrant/inn/en nach Selbstbestätigung und Selbstvergewisserung (vgl. Leggewie 1990: 84f.) dennoch ein erheblicher Einfluss auf die türkische Gemeinschaft in Deutschland angenommen werden.

Im Folgenden geht es um die Berlin-spezifische Darstellung aktueller Problemfelder der Integration von Migrant/inn/en. Das Verhältnis Berliner muslimischer Migrant/inn/en zur staatlichen Bildung und der staatlichen Bildungspolitik zum Islam stellt Vieth-Entus (2004) in ihrem Bericht über die Erkenntnisse der Islam-Expertin Sanem Kleff in den Mittelpunkt: Kleff bezieht sich auf den Berliner Schulbildungssektor, in dem neben der evangelischen und katholischen Kirche inzwischen weitere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Fuß gefasst haben. Die Islamische Föderation unterrichtet derzeit mehr als 4.000 Kinder. Die Personalkosten trägt das Land. Die Expertin unterstreicht, die Präsenz der Islamischen Föderation an Berliner Schulen wirkt sich seit drei Jahren so aus, dass sich die Kinder stärker religiös abgrenzen. Sie nehmen Positionen ein, die sie mit ihrer Religion verbinden. Das betrifft die Ansicht zum Kopftuch, zur Teilnahme am

Schwimmunterricht oder an Klassenfahrten (vgl. Vieth-Entus 2004). Da die Islamische Föderation nur deshalb an den Schulen unterrichten darf, weil sie vor Gericht die Anerkennung als Religionsgemeinschaft erkämpft hat, gilt es zu beweisen, dass es sich um eine politische Organisation handelt, welche die islamistische Ideologie verbreitet, die nicht kompatibel mit den Grundlagen unserer Gesellschaft ist. Die islamistische Ideologie suggeriert den jungen Leuten, dass sie benachteiligt werden, weil sie Muslime sind. Angesichts der Tatsache, dass 70% der männlichen Muslime in Berlin kaum eine berufliche Chance haben, schürt man mit der Interpretation, dass dies eine Folge religiöser Diskriminierung sei, Aggressionen. Über dieses Einfallstor beginnen Jugendliche, sich über ihre religiöse Identität zu definieren.

Da Migrantenkinder das Gros der Schüler/innen im Quartiersmanagementgebiet stellen und der Anteil der Kinder aus islamisch geprägten Haushalten der höchste im Schöneberger Norden ist, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis der staatlichen Schulen zu Schüler/innen und Eltern dieser Glaubensrichtung. Unter dem Rahmenthema „Under Construction – Einwanderungsstadt Berlin“ veranstaltet der Beauftragte des Landes Berlin für Integration und Migration im März 2004 eine offene Diskussionsrunde zum Thema: Wie verändert der Islam die Schule im Kiez? (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz... 2004). 220.000 Muslime gibt es in Berlin und ca. 36.000 Kinder unter 15 Jahren besuchen allgemein bildende Schulen. Seit zwanzig Jahren werden muslimische Traditionen in Berlin geachtet und respektiert. Dennoch fühlen sich viele Muslime ausgegrenzt. Ein stärkeres Sichtbarwerden kultureller Differenz von Muslimen weckt bei Deutschen Ängste vor „dem Fremden“. Ein wertkonservativer „Rollback“ bedroht das liberale, emanzipationsfreundliche Klima der Toleranz. Spielregeln sind nun auszuhandeln und Grenzen dort zu ziehen, wo Entwicklungen mit einer demokratischen Gesellschaft nicht in Einklang stehen (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz ... 2004: 4).

Dass die Integration von Migrant/inn/en im Berlin des 21. Jahrhunderts auf eine Vielzahl von Schwierigkeiten stößt, wurde in den vorangegangenen Abschnitten deutlich. Die Kriminalstatistik kann Hinweise auf spezifische Integrationsprobleme von Migrant/inn/en geben. Die im Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik in Berlin (Beauftragte für Integration und Migration 2002) dargestellte Berliner Kriminalitätsstatistik besagt für das Jahr 2000, dass 557.001 Straftaten registriert wurden. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl um 2,7% gesunken. Nahezu die Hälfte der Taten von 1998 wurde aufgeklärt. Von den im Jahr 2000 rund 162.000 ermittelten Tatverdächtigen sind rd. 70% Deutsche und 30%

Nicht-Deutsche. Zur Jugenddelinquenz wird dargestellt, dass 25,6% aller in Berlin festgestellten Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt sind, obwohl diese Altersgruppe nur einen Anteil von 20,2% an der Gesamtbevölkerung einnimmt. Dass die Tatverdächtigenzahl der jungen Ausländer/innen immer deutlich über der Belastungszahl der Deutschen steht, wird mit ethnischen Problemen, Integrationsschwierigkeiten, Bildungsmängeln, Perspektivlosigkeit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie finanzieller Not erklärt (Beauftragte für Integration und Migration 2002: 78).

In der Deliktstruktur dominieren Diebstahl und Sachbeschädigung. Im Fall von jungen Mehrfach- und Intensivtätern bilden Deutsche den größten Teil, gefolgt von Jugendlichen türkischer Herkunft und Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Es werden 7.710 Fälle von Jugendgruppengewalt festgestellt, immerhin 33% unter dem Höchststand von 1995. Hier dominierten Raub, Bedrohung, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Ein Teil von Jugendlichen wird mit Waffen, überwiegend Stichwaffen aber auch Schusswaffen angetroffen. Der Bericht nennt dazu keine genauen Zahlen. 364 (unter 5%) der Fälle ereignen sich in Schulen, davon über ein Drittel mit Graffiti Bezug. Eine leichte Zunahme der Jugenddelikte zeigt auf, dass die Anwendung von Gewalt nach wie vor als Mittel zur Konfliktlösung eingesetzt wird. „Diese Konfliktlösungsstrategie und insbesondere die hierbei begangene Brutalität zwingen dazu, präventive Maßnahmen, die geeignet sind, Gewalt und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen zu verhindern oder abzubauen, weiterhin zu fördern und Einsparungen in diesem Bereich nicht vorzunehmen“ (Beauftragte für Integration und Migration 2002: 79).

In Berlin sind zahlreiche Türcinnen von Zwangsverheiraten betroffen. Ein Pressebericht (Gülfirat/ Keilani 2004) macht auf das Thema aufmerksam: Meist sind es Mädchen und junge Frauen, die sich ihren Bräutigam nicht selbst aussuchen können, sondern von ihren Familien in eine Ehe gezwungen werden. In schlimmen Fällen wird auch mit Druck und Gewalt gearbeitet. Berlin hat als bisher einziges Bundesland Zahlen erhoben: Bei einer Umfrage des Senats in mehr als 50 Jugendberatungseinrichtungen zeigt sich, dass im Jahre 2002 rund 230 Fälle von Zwangsverheiratung aktenkundig wurden. Allgemein wird aber von einer sehr viel höheren Dunkelziffer ausgegangen. Bei einer früheren Befragung im Virchow-Klinikum hat etwa ein Viertel der türkischen Frauen angegeben, ihren Ehemann nicht selbst ausgesucht zu haben. Der Verein Terre des Femmes schreibt in seiner Broschüre „Zwangsheirat“ unter Bezugnahme auf eine Befragung in der Türkei im Jahr 2000, dass 50% der Frauen in einer vermittelten Ehe leben. Etwa jeder zweite Jugendliche in Berlin holt sich seinen Ehepartner aus der Heimat der

Eltern oder Großeltern. Der andauernde Nachzug von Ehefrauen trägt wiederum dazu bei, dass es immer wieder Sprachprobleme in den Familien gibt. Viele Frauen, die vor der Zwangsheirat stehen, trauen sich nicht, Strafanzeige zu erstatten, da noch kein ausreichendes öffentliches Bewusstsein für die Rechtswidrigkeit solcher Zwangsverheiratungen entstanden ist (vgl. Gülfirat/Keilani 2004).

Die hier aufgezählten Problemfelder betreffen in Berlin lebende, überwiegend türkische Migrant/inn/en mit massiven sozialen Benachteiligungen. Sie weisen auf einen Lebensstil der Betroffenen hin, der vor allem durch Bildungsbenachteiligung und eine Vielzahl weiterer, hier schlaglichtartig beleuchteter, sozialer Probleme beeinflusst und beeinträchtigt ist.

Migrant/inn/en aus dem Libanon

Ralph Ghadban legt im Jahr 2000 eine Studie über die Libanon-Flüchtlinge in Berlin vor. Als Kenner sowohl der Flüchtlingssituation im Libanon als auch der Situation libanesischer Flüchtlinge in Berlin verfügt Ghadban über fundiertes Wissen zur sozialen Lage dieser Bevölkerungsgruppe. Er weist darauf hin (Ghadban 2000: 7), dass im Zuge des Bürgerkriegs im Libanon vor allem in den 1980er Jahren große Flüchtlings-Kontingente in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht finden. Da eine individuelle politische Verfolgung schwer nachweisbar ist, kommt es in der Regel zur Ablehnung von Asylanträgen. Tausende Flüchtlinge, die nach Berlin kamen, waren dennoch wegen des Kriegszustandes im eigenen Land nicht abschiebbar. Ghadban bezeichnet diese Gruppe als „de-facto-Flüchtlinge“.

Die aus dem Libanon stammenden Menschen sind vorwiegend Palästinenser/innen, Staatenlose kurdischer Abstammung und libanesischer Staatsangehörige. Im Gegensatz zu den ebenfalls in den 1980er Jahren einwandernden Flüchtlingen aus Staaten des Ostblocks, bei denen vorwiegend politische Migrationsmotive unterstellt werden, setzt man bei Flüchtlingen aus der Dritten Welt wirtschaftliche Gründe voraus (Ghadban 2000: 16). Die Vorstellungen der libanesischen Migrant/inn/en vom sozialen Zusammenleben ist durch ein konfessionell geprägtes politisches System dominiert, die westliche Demokratie ist den Flüchtlingen unbekannt. Die Aufnahme- und Integrationskriterien der libanesischen Gesellschaft prägen die Erfahrungsmuster der Palästinenser/innen, Kurd/inn/en und Libano-Palästinenser/innen, die dort selbst Migrant/inn/en waren. In den 1940er Jahren in den Libanon geflohen, sind diese Gruppen bis heute dort nicht integriert (Ghadban 2000: 21). Erst mit Beginn des Bürgerkrieges gehören Mittel- und Nord-Europa zu den Einwanderungsgebieten der Migrant/inn/en aus dem Libanon. Die Fiktion, Deutschland

wäre kein Einwanderungsland, negierte lange Zeit ihre dauerhafte Existenz im Lande oder nährte die Illusion, sie würden eines Tages in ihre Herkunftsländer zurückkehren (Ghadban 2000: 22).

Ghadban untersucht das Phänomen der von Migrant/inn/en im Aufnahmeland gebildeten Gruppe als Basis und Stützpunkt sowohl für Integration als auch für Desintegration. Er weist darauf hin, dass Libanonflüchtlinge hauptsächlich von Minderheiten abstammen, die vor der Unterdrückung durch die Mehrheiten flüchten mussten. Am Beispiel der Ethnie der Kurden zeigt er, dass diese Minderheiten oft erst im Ausland – im Zuge sozialer Organisation - ein nationales Bewusstsein mit Anspruch auf eine Staatlichkeit, die real nicht existiert, entwickeln (Ghadban 2000: 23ff.). Kommt es zudem seitens der Nachbarschaft im Aufnahmeland zu ausgrenzendem Verhalten oder seitens der Behörden zu Diskriminierungserfahrungen, sieht Ghadban typische Verhaltensreaktionen: „Die ethnische Minderheit wird durch soziale, administrative und politische Diskriminierung der Mehrheitsgesellschaft in die Marginalität getrieben und (...) so gezwungen, ihre Lebensbedingungen unter sich zu organisieren. Oder sie reagiert auf die Ausgrenzung mit der Ablehnung der Integration und grenzt sich betont ab, in dem sie versucht, ihre soziokulturelle Differenz zu unterstreichen und sie anerkennen zu lassen. Zu beiden Fällen wird ein Stück Herkunftsheimat in der neuen Heimat hergestellt“ (Ghadban 2000: 28). Seit Ende der 80er Jahre beobachtete Ghadban, der seit 1988 eine Berliner Beratungsstelle für arabische Flüchtlinge leitete, eine Abkehr von Integrationsbestrebungen „erkennbar am sozialen Verhalten, das die Andersartigkeit betont. Das deutsche Vorbild war nicht mehr erstrebenswert wie in den 70er und 80er Jahren, sondern verlor zugunsten heimatlicher Vorbilder an Bedeutung“ (Ghadban 2000: 28).

Im Verlauf der 1970er Jahre gehen die Wohlhabenden und Geschäftsleute unter den Palästinenser/inne/n nach Europa, überwiegend nach Frankreich, England und Südeuropa (Ghadban 2000: 71). „Diejenigen, die keine Kontakte in der Welt hatten oder die für sich selber im Ausland nicht sorgen konnten, entdeckten Deutschland“. Die nach Deutschland migrierenden Palästinenser/innen kommen hauptsächlich nach 1975/76 aus dem Armutsgürtel Beiruts (Ghadban 2000: 71f.). Bis 1993 floriert der Menschenhandel von Schlepperbanden, die Palästinenser/innen für bis zu 3.000,- US\$ pro Kopf nach Deutschland, überwiegend nach Berlin schleusen (vgl. Ghadban 2000: 76). Als die libanesische Regierung im September 1994 von den registrierten Palästinenser/inne/n ein Visum für die Rückkehr verlangt, ist dies praktisch eine Verhinderung der Rückkehr in den Libanon. Aus deutscher Sicht ergibt sich daraus die Unmöglichkeit der Rückführung illegaler

palästinensischer Flüchtlinge, die nun Staatenlose werden. Insgesamt kommen von 1975 bis 1993 über 52.000 Menschen aus dem Libanon nach Deutschland. Von diesen sind rund 4.400 Personen geduldet und über 11.000 erhalten eine Grenzübertrittsbescheinigung, die für den Bezug von Sozialhilfe ausreicht. Von über 28.000 Personen mit abgeschlossenem Asylverfahren werden 1,6% anerkannt: 455. Die Übrigen führen ein Flüchtlingsdasein in aufenthaltsrechtlich reglementierter Absonderung, das jeglicher Integration entgegensteht (vgl. Ghadban 2000: 79f.).

Ghadban führt im Winter 1988 eine repräsentative Befragung von 727 in Berlin lebenden libanesischstämmigen Personen durch, von ihnen sind 691 unter die Altfallregelung fallende Personen (dies entsprach etwa 19% der Gesamtzahl der Berliner Altfälle), 36 Befragte sind Straffällige ohne Aufenthaltserlaubnis, jedoch im Haushalt der o. G. wohnend. 34% der Befragten sind Palästinenser/innen, 29% Kurd/inn/en, 37% Libanes/inn/en (vgl. Ghadban 2000: 168f.). Unter den Befragten sind 4% Alleinstehende, davon 21 Bewohner/innen eines Jugendwohnheims. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt zwischen 5 (Libanes/inn/en) und 6,65 (Kurd/inn/en). Unter den Flüchtlingen ist eine intensive Gettoisierung unter weitgehender Bewahrung alter tribaler Verhältnisse zu beobachten, wobei Kinderreichtum als Indiz gilt (vgl. Ghadban 2000: 170f.). Von 457 erfassten Kindern leben 146 seit über 5 Jahren in Deutschland, 184 sind bereits hier geboren. Mindestens 72% der Kinder ist der Libanon völlig unbekannt. Auch die dortige Muttersprache wird nur in geringem Maß beherrscht. Von der gesamten Untersuchungsgruppe sind 27,79% in Berlin geboren, 12,23 % leben bereits über 10 Jahre, 39,27% über 5 Jahre in Berlin. Insgesamt 79,27% leben somit mindestens 5 Jahre in Deutschland, die deutschen Sprachkenntnisse sind jedoch mehr als mangelhaft. Die Kenntnisse der Frauen sind schlechter als die der Männer (vgl. Ghadban 2000: 172f.). Ghadban stellt fest, dass die Untersuchten in Bezug auf ihre Wohnlagen angeben, dass sie eine monoethnische Wohnstruktur (freiwillige Gettoisierung) einer konflikthaften multiethnischen Unterbringung vorziehen (vgl. Ghadban 2000: 176).

Im Fall der Aufenthaltsgestattung hebt das Bundessozialgericht 1980 die Schulpflicht auf. Dies führt in Berlin zum vorzeitigen Schulabbruch bei vielen Jugendlichen aus den Flüchtlingsfamilien (Ghadban 2000: 177ff.). Die Bildungsbenachteiligung der Jugendlichen setzt sich im Fall der Berufsausbildungschancen fort. Die dringlichste Forderung der Befragten konzentriert sich dementsprechend auf den Bereich Arbeit (vgl. Ghadban 2000: 180ff.). Die große Diskrepanz zwischen den durch die demokratische Gesellschaft in Aussicht gestellten Zielen und der tatsächlichen materiellen Unterstützung zur Zieler-

reichung verstärkt bei den Migrant/inn/en den Eindruck, auf sich selbst gestellt zu sein. Ghadban sieht darin einen wesentlichen Grund für die Konstruktion eigener kultureller und soziopolitischer Ziele durch die Migrant/inn/en. Er erwartet in Folge dessen eine Zunahme ethnischer Konflikte (vgl. Ghadban 2000: 193).

In den Jahren 1994 und 1995 führt Ghadban (2000) 46 Interviews mit arabischen Flüchtlingen in Berlin. Von ca. 35.000 in Berlin lebenden Araber/inne/n seien ca. 9.000 Palästinenser/innen (vgl. Ghadban 2000: 191). Von den 46 Interviews führt Ghadban 14 mit Palästinenser/inne/n, 14 mit Kurd/inn/en, 14 mit Libano-Palästinenser/inne/n, 3 mit Libanes/inn/en und ein Interview mit einem „Sonderfall“, einer libano-palästinensischen/christlich-muslimischen Familie. Ghadban stellt fest, dass die Geburtenraten seit der Altfallregelung gestiegen sind. Durchschnittlich besteht eine Familie aus 7,76 Personen. 40% der Eltern, 51% der Kinder sind in Deutschland eingebürgert. Die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglicht Palästinenser/inne/n, wieder in den Libanon zu reisen, was für viele eine große Bedeutung für die Entscheidung hat (vgl. Ghadban 2000: 197f.). Die Befragten zeigen eine hohe Zufriedenheit mit ihrer Wohnsituation (Ghadban 2000: 201), jedoch auch eine klare Gettoisierungstendenz durch Umzugswünsche in die Nähe der eigenen Leute, mit einem Sozialleben ohne Deutsche (Ghadban 2000: 203). Zumeist haben die Befragten keine Diskriminierungserfahrungen, da es kaum Kontakte zu Deutschen gibt. Diese Erkenntnis deckt sich mit dem Bericht der AG SPAS (1994) über den Sozialraum Schöneberg Nord (vgl. ebenda: 66).

Die Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme sind im Gegensatz zur Untersuchung von 1988 ohne Einschränkung gegeben. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote der Befragten zwischen 77% und 89% (ohne bzw. mit Müttern). 52% leben von Sozialhilfe, 19% von Arbeitslosenunterstützung. 19% der Befragten ernähren ihre Familie durch eigene Einkünfte, 10% beziehen ergänzende Sozialhilfe. Infolge eines geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses sind alle 46 Männer gegen eine Berufstätigkeit der Frauen. Im Libanon dagegen sind 1990 ca. 28% aller Frauen erwerbstätig (vgl. Ghadban 2000: 204). „Hier in Deutschland ist es den Vätern mit der Aufhebung der akuten materiellen Not möglich, die Rollenteilung wiederherzustellen, mindestens formell – die meisten Väter arbeiten ja nicht – ihre ‚Würde‘ nach ihrem patriarchalen Verständnis wiederzuerlangen. (...) Ein Drittel bis eher mehr als die Hälfte der Väter wollen keine geregelten Arbeitsverhältnisse, weil das Einkommen kaum die Sozialhilfe erreichen wird. (...) Aus diesem Grund läuft die Lebensplanung in eine andere Richtung, nämlich Sozialhilfe als festes Einkommen zu betrachten und die noch freie Arbeitskraft in der Schwarzarbeit einzu-

setzen. Das führt zu spürbaren Einkommensverbesserungen.“ Als Indizien nennt Ghadban (2000) gezahlte Wohnungsvermittlungsgelder, das Niveau der Wohnungsausstattung, die Häufigkeit von Reisen in den Libanon, die frühzeitige Verheiratung und Geburten vieler Kinder als gängige Praxis (Ghadban 2000: 205).

1995 leben ca. 7.300 Menschen ungeklärter Staatsangehörigkeit in Berlin, davon ca. 3.500 Kinder unter 15 Jahren. Die Quote beträgt 48,37%. Im Libanon liegt die entsprechende Quote der palästinensischen Minderheit bei 39%. Ghadban schließt daraus: „In Deutschland erlaubt die ökonomische Sicherheit der Gruppe, die typischen hohen Geburtenraten der Unterschichten aufrechtzuerhalten, wenn nicht zu steigern“ (vgl. Ghadban 2000: 206f.).

Im Vergleich mit der Gruppe der türkischen Gastarbeiter/innen, die nicht mit staatlicher Unterstützung in Form von Sozialhilfe bei einem Verlust der Arbeit rechnen konnten, sind die libanesischen Flüchtlinge privilegiert. Je größer die Familie wird, desto höher ist die zu beziehende Sozialhilfe. In die Kindererziehung werden diese Mittel seitens der Flüchtlinge jedoch in den seltensten Fällen investiert. Im Gegensatz zu in Deutschland lebenden Türk/inn/en, bei denen eine relativ schnelle Angleichung an deutsche Verhältnisse, z. B. hinsichtlich der Bildung erfolgt, bleiben die Flüchtlinge stark zurück. Es gibt keine entsprechende Anforderung an diese Gruppe. Es erfolgt eine materielle Integration ohne Arbeit als Voraussetzung der sozialen Integration (vgl. Ghadban 2000: 208).

38% der von Ghadban befragten 46 Personen sind Analphabet/inn/en. Drei Männer und eine Frau haben die Berufsschule besucht. Nur einer gibt eine abgeschlossene Berufsausbildung als Kellner an. 23 Männer und zwei Frauen arbeiten in Berufen, die privat angelernt worden sind (vgl. Ghadban 2000: 211f.). Ghadban stellt insgesamt ein geringes Bildungskapital bei den Befragten und kaum Unternehmergeist fest (vgl. Ghadban 2000: 213). Alle befragten Familien sind muslimischen Glaubens, stammen aus der Türkei und Palästina und hatten in den Slums von Beirut Gettos gebildet. Dann mussten sie wegen des Bürgerkrieges weiterziehen und kamen nach Deutschland (vgl. Ghadban 2000: 214). Insgesamt stellt Ghadban bei den Befragten eine geringere Wahrnehmung von Diskriminierung in Deutschland (ca. 23%) im Vergleich mit dem Libanon (ca. 35%) fest (vgl. Ghadban 2000: 218). Die Situation in Deutschland gibt den Araber/inne/n insgesamt Anlass zur Zufriedenheit. Das Gefühl, nicht dazuzugehören, ist zwar weit verbreitet, aber nicht so intensiv, dass es als treibende Kraft für eine Gruppenbildung gelten kann, wie bei den Gastarbeiter/inne/n, deren Integrationserwartungen von Anfang an höher waren und

deren Haltung nach 30 Jahren deutscher Weigerung in eine Ablehnung der deutschen Gesellschaft umgeschlagen ist (vgl. Ghadban 2000: 219).

Obwohl rund 95% der Befragten zwischen acht und einundzwanzig Jahren in Deutschland leben, sind die Sprachkompetenzen – insbesondere bei den Frauen – mangelhaft (vgl. Ghadban 2000: 220). Nur 17% der Befragten geben an, regelmäßig deutsche Zeitungen zu lesen. Über 50% der von Ghadban befragten Araber/innen in Berlin hören nie deutsche Rundfunksendungen, deutsche Fernsehsendungen werden jedoch von einer Mehrheit von 39 der 46 Befragten regelmäßig angesehen. Arabische Programme werden bevorzugt; die Kinder verlangen jedoch durch den Einfluss der Schule nach deutschen Sendungen. Dies führt häufig zu Reibereien innerhalb der Familie. Kontakte zu Deutschen haben überwiegend die Männer, 19% regelmäßig, 24% gelegentlich beruflich sowie über die Kinder und zu Nachbarn (Ghadban 2000: 221).

Die Partizipation der Eltern an Elternabenden der Schule zeigt sich nur in sehr geringem Maße. Die Familien haben wenig Kontakt zu Deutschen und zu den deutschen Mitschüler/innen. Bei Ghadbans Fragen nach der Bereitschaft zur Übernahme der deutschen Kultur hinsichtlich der Organisation von Staat und Gesellschaft sind weniger als 10% (drei Personen) dafür, die Mehrheit (36 Personen) zeigt sich teilweise dazu bereit und sieben Befragte (ca. 15%) äußern, sie seien strikt dagegen und würden die deutsche Gesellschaftsordnung vollkommen ablehnen. Im Detail wird die demokratische Ordnung zwar von vielen bejaht, auch Werte wie Ehrlichkeit und Gerechtigkeit werden positiv beurteilt, ebenso die Rechtssicherheit. Die überwiegende Zustimmung endet jedoch bei der in Deutschland geltenden Sexualmoral; hier stimmen nur sieben der Befragten zu. Menschlichkeit, das soziale Netz, Wissenschaft und Industrie, Freiheit, die Achtung der Menschenwürde, Ausbildung, die Gleichheit von Mann und Frau, Frieden, gute Sitten werden vereinzelt als positiv benannt (vgl. Ghadban 2000: 222).

Die Sexualmoral bezeichnet Ghadban (2000: 225f.) als die zentrale Frage, an der sich die Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Araber/innen innerhalb des deutschen Ordnungssystems zeigen. 38% der von Ghadban vertiefend Befragten sind mit Cousinen verheiratet, sechs von ihnen mit Frauen aus dem erweiterten Familienkreis. Insgesamt 52,4% der Männer sind mit ihrer Partnerin verwandt. In Beirut sei 1984 ca. jede vierte Ehe unter Verwandten geschlossen worden. Als Faktoren, die für Eheschliessungen unter Verwandten sprechen, gelten die Verwurzelung in entsprechenden religiösen Traditionen, die rurale Abstammung der Familien, ein niedriger Bildungsgrad und ein niedriges Familieneinkommen sowie eine frühe Eheschließung (Partnerwahl durch die Eltern). Zwi-

schen den verschiedenen ethnischen Gruppen ist keine Eheverbindung entstanden. Religiöse Endogamie ist im Libanon üblich (97%) (vgl. Ghadban 2000: 226f.). Ghadban stellt fest, die Migration aus dem Libanon hat einen sippenhaften Charakter, auch außerhalb Deutschlands (Ghadban 2000: 228). Die Gruppen haben umfangreiche Kontakte zu anderen Libanesen und eingeschränkte Kontakte untereinander. Sie zeigen stark tribalische Züge und schließen sich gegenseitig aus (vgl. Ghadban 2000: 230). Zwischen Freunden und Verwandten wird selten unterschieden. Soziale Beziehungen sind ausschließlich von Verwandtschaft geprägt (vgl. Ghadban 2000: 231).

86% der befragten Familien bevorzugen die arabische Sprache im Alltag. Seit 1992 das Satelliten-TV mit arabischen Sendungen eingeführt wurde, sehen die Familien in Berlin vielfach die aktuellen arabischen Sendungen. Das Fernsehgerät läuft in den Familien meist von früh bis spät. In der Zeit des Ramadan werden vor allem religiöse Programme gezeigt, in Berlin produzierte Sendungen sind weitgehend nicht bekannt (vgl. Ghadban 2000: 233). Ghadban stellt fest, dass sich Palästinenser/innen weniger über Religion identifizieren, als national über den Kampf gegen Israel. Der Status der Libano-Palästinenser/innen im Libanon hat jedoch zu einer Gettoisierung geführt, die alte Gruppen-solidaritäten über Religiosität festigen bzw. neu aufleben lassen: „Das Ghetto-Slum stärkte die verwandtschaftlichen Solidaritäten und förderte hohe Geburtenraten sowie eine intensive identitätsstiftende Religiosität im Gegensatz zu den schiitischen Libanesen, die im Vergleich in einer offenen Gesellschaft lebten“ (Ghadban 2000: 237).

Ghadban gibt als Größenordnung für in Berlin lebende Araber/innen an, dass 1995 rund 24.000 Araber/innen gemeldet sind, hinzu kommen rund 15.000 seit 1981 eingebürgerte Araber/innen. Von diesen rund 39.000 Personen stammen 69% aus dem Libanon (vgl. Ghadban 2000: 243). Gemeinschaft bedeutet für die von Ghadban befragten Araber/innen vor allem eine islamische Gemeinschaft in Berlin, durch die ein Netzwerk zur gegenseitigen Hilfeleistung entstehen kann (vgl. Ghadban 2000: 246f.). Nahezu alle Befragten möchten ihre Kultur, ihre Sprache, Religion, ihre Sitten und Gebräuche auch in Deutschland bewahren. Unter Integration verstehen 30 Personen (ca. 65%) die Möglichkeit, nach der eigenen Art zu leben, nicht das Zusammenleben mit Andersartigen in der Gesellschaft. Zwei Personen meinen, es müsse ein Austausch mit der deutschen Gesellschaft stattfinden, jedoch mit dem Ziel, dass die Deutschen die Sexualmoral von ihnen übernehmen. Acht der Befragten (19%) geben zu Protokoll, sie sehen keinerlei Integrationschancen, bis die Scharia in Deutschland umgesetzt worden sei (Ghadban 2000: 255f.). Es gibt kaum ein Interesse, ein gemeinsames Leben mit den Deutschen zu gestalten. Acht

Personen sagen ausdrücklich, dass die Freiheit in der deutschen Gesellschaft es ihnen erlaubt, ihre ethnische Gemeinschaft zu bilden und zu erhalten. Sie befürworten die Trennung zwischen einem nach deutschem Recht gesetzlich geregelten öffentlichen Leben und einem Privatleben, indem die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung eigener kultureller Verhaltensweisen möglich ist. Das Modell orientiert sich damit an dem libanesischen Vorbild. In Deutschland scheint ihnen die Wiederherstellung dieses Verständnisses von Privatsphäre unproblematisch. Im Fall von islamischen Mehrehen, Eheschließungen Minderjähriger, etc. unternehmen deutsche Ämter in der Regel nichts, da sie es nicht erfahren. Zwei der Befragten unterstreichen die Unvereinbarkeit der islamischen Scharia mit dem demokratischen Rechtsstaat (vgl. Ghadban 2000: 256f.).

Ghadban beschreibt die Konflikte der 1980er Jahre in arabischen Familien, die durch die Frauen geschürt werden, die ihre Männer nicht mehr unhinterfragt als Entscheider über ihr Leben akzeptieren, zumal zumeist das Sozialamt für den Familienunterhalt sorgt. Die politische Entscheidung für neue Familien- und Elterngelder wirkt sich hinderlich aus. Geburten erbringen innerhalb von zwei Jahren Profite von jeweils über 18.000,- DM. „Die Frauen hörten wieder auf, zu verhüten, was ihnen die Sozialarbeiterinnen in den Jahren zuvor mühsam beigebracht hatten. Hinzu kam die Islamisierungswelle der 1990er Jahre, ausgehend von den Türken (...) So mündet die Emanzipation der Gruppen in die Wiederherstellung antiemanzipatorischer Verhältnisse“ (vgl. Ghadban 2000: 259f.). Ghadban konstatiert, Flüchtlinge verfestigen in den 1980er Jahren den sippenhaften Charakter ihrer Lebensweise und strukturieren sich bewusst am Rande der deutschen Gesellschaft. Verschont von den Herausforderungen der Integration durch die Teilnahme an der Arbeitswelt und am Leben im Kiez werden sie von der Flüchtlingspolitik in die Marginalisierung gedrängt. Die arabischen Flüchtlinge richten ihre Lebensgestaltung außerhalb der deutschen Gesellschaft ein. Sie bilden klare, hermetische Gruppen, deren soziale Verhältnisse (sog. Privatsphäre) zum großen Teil von Regeln und Kriterien beherrscht werden, welche die Erhaltung der Gruppen in Abgrenzung von der umliegenden Gesellschaft steuern (vgl. Ghadban 2000: 260). Hohe Einbürgerungsquoten erleichtern den Nachzug von Ehepartner/inne/n, die nach einfachem islamischem Recht geheiratet werden, in der Regel Cousinsen aus dem Libanon. „Eine Art von Parallelgesellschaft entsteht, und das Anliegen der Menschen ist primär die Umstrukturierung dieser Gesellschaft hinsichtlich einer besseren Effizienz und nicht die Hinwendung zur deutschen Gesellschaft im Hinblick auf eine bessere Integration“ (Ghadban 2000: 261).

Mit der Schwächung der PLO in den 1980er Jahren beginnt der Aufstieg des politischen Islam in den 1990er Jahren. Islamist/inn/en beginnen, die politische Szene zu beherrschen und ihre religiösen Zentren werden zum Mittelpunkt des Gemeindelebens in Berlin. Als Beispiel nennt Ghadban u. a. die Omar-Moschee des Bundes der Muslime, der für eine islamische Gesellschaft mit einer Trennung von Staat und Religion eintritt und für die Islamisierung der sozialen Verhältnisse missioniert. Zudem nutzen Islamist/inn/en in Berlin den Rückzug des Staates von sozialen und kulturellen Projekten, um ihre ideologisch geprägten Projektangebote für die islamische Bevölkerung Berlins aufzubauen und um an Einfluss zu gewinnen (vgl. Ghadban 2000: 262f.).

Derzeit, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sieht Ghadban einen deutlich desintegrativen Trend der arabischen Flüchtlinge in Berlin mit dem Ziel der Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft. Wenn sich die separatistischen Strukturen weiter verfestigen, droht eine Etablierung von Kolonien oder Parallelgesellschaften (vgl. Ghadban 2000: 280).

Waren die Lebensverhältnisse eines beträchtlichen Anteils der in Schöneberg lebenden türkischen Minderheiten bereits mit Defiziten in den Bereichen Bildung, Geschlechtergleichheit und Achtung der deutschen Normen und Werte (Delinquenz) charakterisiert worden, zeigt die Analyse Ghadbans die Lage der (zahlenmäßig im Vergleich mit den Türk/inn/en übersichtlicheren) arabischstämmigen Minderheit noch wesentlich eindeutiger. Geringe Sprachkompetenzen, geringes Bildungsinteresse der Eltern, eine hohe Identifizierung mit der islamischen Religion, eine von westlichen Lebensstilen deutlich abweichende Sexualmoral sind hier die wesentlichen Tendenzen, die eine Konfliktsituation mit der deutschen Umwelt nach sich ziehen können.

Lebensstile wurden zunächst durch die soziale Schicht und den sozialen Status unterschieden. Die Beobachtung, dass Homosexuelle einen Lebensstil als Single oder in einer Partnerschaft bevorzugen, während die Schöneberger Migrant/inn/en in großen Familienclans leben, zeigt einen grundlegenden Unterschied beider Gruppen. Die Schichtzugehörigkeit unterscheidet beide soziale Gruppen ebenfalls voneinander. Homosexuelle gehören in Schöneberg zumeist der Mittelschicht an. Häufig kamen sie als Student/inn/en nach Berlin und bewohnten die günstigen Wohnungen Schönebergs in enger Nachbarschaft mit türkischen und arabischen Familien (vgl. AG SPAS 1994: 57). Im Gegensatz zu Mittelschichtsfamilien mit Kindern, die den Kiez in den 1990er Jahren nach Möglichkeit verließen, blieben Homosexuelle vor Ort, um die Nähe zur homosexuellen Szene Schönebergs aufrechterhalten zu können. Um den Vorteil Kinderloser zu nutzen, in beruflicher Hinsicht eine sehr hohe Flexibilität zeigen zu können, bevorzugten Homosexuelle –

wie auch heterosexuelle Kinderlose – innenstadtnahe Wohnungen mit einem guten Verkehrsanschluss, der in Schöneberg vorhanden ist.

Die im Steinmetzkiez dominierenden arabischen Familienclans gehören dagegen überwiegend der Bevölkerungsgruppe an, die Ghadban (2000) charakterisiert: Als Flüchtlinge aus dem Libanon waren sie von ökonomischer und sozialer Integration ausgenommen. Sie konzentrieren sich auch nach Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit auf die eigene Gruppe und die Traditionen des früheren Heimatlandes. Dies beinhaltet eine große Verachtung (bis hin zur Verfolgung) gegenüber Homosexuellen. Als Hintergrund dieser Einstellung ist u. a. die Tabuisierung von Sexualität zu sehen. Die in Deutschland geltende Sexualmoral (Freizügigkeit, Gleichberechtigung von Frauen, Akzeptanz von Homosexualität, etc.) wird von arabischen Migrant/inn/en als Haupthindernis betrachtet, in Deutschland geltende Werte und Normen zu übernehmen (vgl. Ghadban 2000: 255f.).

4.2.3 Lebensstilkonflikte zwischen Schöneberger Migrant/inn/en und Homosexuellen

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach den Lebensstilkonflikten zwischen Minderheiten im Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden. Die das Gebiet prägenden Minderheiten sind einerseits Migrant/inn/en türkischer und arabischer Herkunft mit überwiegend geringem Bildungsniveau und aufgrund der hohen Transferleistungsabhängigkeit zu konstatierender Unterschichtzugehörigkeit, andererseits Homosexuelle überwiegend deutscher Herkunft, eher der Mittelschicht angehörend und von einem gehobenen Bildungsniveau (vgl. AG SPAS 1994). Dem überwiegenden Teil der ethnischen Community Schönebergs sind patriarchal-fundamentalistisch geprägte Lebensstile aus der ursprünglichen Heimat vertraut (vgl. u. a. Ghadban 2000, Schirmacher 2002), während ein großer Teil der homosexuellen Minderheit in einer tolerant-emanzipativen Tradition steht (vgl. Kapitel 3.2.2, insbesondere Doderer 2003).

Migrant/inn/en gewinnen seit den 1980er Jahren gegenüber der deutschen Bevölkerung zunehmend an Selbstbewusstsein, die durch fortgesetzten Wegzug vielfach zur Minorität im Quartier wurde. Der seitens Politik und Stadtplanung (vgl. Becker/Löhr 2000) angestrebten Fortsetzung einer friedlichen Koexistenz von Deutschen und Migrant/inn/en stehen in Berlin zunehmend aktive islamistische Gruppierungen entgegen, die unter jungen Migrant/inn/en Nachwuchs zu werben suchen (vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2004).

Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt wurde, ist der Schöneberger Norden ein überwiegend von armen, aber auch von wohlhabenden sozialen Schichten, von häufig bildungsfernen, aber auch von hoch qualifizierten Menschen bewohntes Gebiet. Traditionell ein Erholungsbezirk (alter botanischer Garten am Kleistpark) wurde der Schöneberger Norden teils zum Arbeiterwohnquartier, teils zum bevorzugten Wohnort von Künstler/innen und Intellektuellen sowie zum Vergnügungsviertel von überregionaler Bedeutung – insbesondere der Bülowbogen und der Nollendorfplatz. In den 1960er Jahren wurde Nord-Schöneberg aufgrund einer überwiegend desolaten und überalterten Bausubstanz und der vielfältigen sozialen Probleme zum Sanierungsgebiet erklärt. Seitdem wird die bauliche und sozialräumliche Entwicklung des Stadtteils kleinteilig überwacht und durch eine Vielzahl an Programmen und Förderinstrumenten gesteuert. In den 1980er Jahren erfolgte ein Paradigmenwechsel der Städtebauförderung von der „Kahlschlagsanierung“ zur „behutsamen Stadterneuerung“. Verstärkt traten die Interessen der Wohnbevölkerung in den Vordergrund der Sanierungsüberlegungen. Es hatte jedoch bereits ein weitgehender Bevölkerungsaustausch stattgefunden. Mehr und mehr junge Familien hatten das Quartier zugunsten eines grüneren, verkehrs- und emissionsärmeren Umfeldes verlassen. In der Regel zogen finanziell schlechter gestellte, überwiegend türkische Migrantenfamilien nach und bildeten eigene „Communities“ mit weitläufigen Netzwerken untereinander. Andere im Gebiet bleibende und neu hinzu ziehende Bevölkerungsgruppen waren Student/inn/en und Künstler/innen, auch zahlreiche Homosexuelle, die bereits eine lebendige „Subkultur“ vorfanden.

Eine starke Minderheit von überwiegend türkischen und arabischen Migrant/inn/en prägt heute die Atmosphäre des Quartiers durch größere und kleinere Geschäfte, Restaurants, Imbisshäuser, Kioske und eine hohe öffentliche Präsenz in den Straßen und auf den Plätzen des Gebietes. Ebenso ist das Gebiet von homosexuellen Minderheiten geprägt, die über zahlreiche Standorte von Projekten und Gaststätten sowie Wohnungen in diesem Quartier verfügen. Die unterschiedlichen sozialen Gruppen lebten weitgehend in friedlicher Koexistenz. Diese ist insbesondere seit den Jahren 2000/ 2001 unter dem Eindruck anhaltender wirtschaftlicher Stagnation und begleitender Faktoren wie hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen und speziell bei Migrant/inn/en, zunehmend bedroht.

Nebeneinander lebende unterschiedliche soziale Gruppen und verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen angehörende Bewohner/innen pflegen im Schöneberger Norden nur in geringem Maß nachbarschaftliche Beziehungen und Bindungen untereinander. Im

Zuge der genannten wirtschaftlichen Entwicklungen kommt es besonders bei Angehörigen chancenarmer sozialer Schichten zu verschärfter Konkurrenz um Ressourcen (Arbeitsplätze, aber auch Räume im Quartier) und häufiger zu feindseligen – meist verbalen – Konfrontationen im Alltagsleben. Gegenseitige negative Zuschreibungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Misstrauen, Konflikte, Aus- und Abgrenzungen sind die Folge. Wer es sich leisten kann, zieht in „bessere“, weniger von sozialen Problemlagen und Lebensstilkonflikten betroffene Stadtquartiere um.

War schon in den 1990er Jahren ein zunehmendes Selbstbewusstsein von Muslim/inn/en in Europa und auch in Deutschland und Berlin erkennbar, kam es nach den islamistisch motivierten Anschlägen in New York am 11. September 2001 verstärkt zur Polarisierung zwischen radikaleren und gemäßigten Muslim/inn/en in Europa. Mehr junge Menschen zeigen sich für die Angebote und Ideologien fundamentalistischer Organisationen empfänglich (vgl. Tibi 2002, Gesemann 2006). Verschwörungstheorien über eine „westliche“ Unterdrückung des Islam dienen zudem als ideologische Rechtfertigung. Islamistische Organisationen, die sich auf den Islam und eine in Teilen deutlich in Kontrast zu deutschen Normen und Werten stehende Auslegung des Korans berufen, gewinnen zunehmend an Einfluss in Europa (vgl. Leggewie 1990, Tibi 2002, u. a.). Dieser zeigt sich auch bei in Schöneberg ansässigen Migrant/inn/en. Indizien dafür sind die in Berlin dokumentierte Abwehrhaltung muslimischer Eltern gegenüber staatlichen Bildungsangeboten (Verweigerung gegenüber Teilen der Schulpflicht) in Verbindung mit der Hinwendung zu als „islamisch“ betrachteten Lebensstilen (vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales 2004, Gesemann 2006). Die Renaissance eines solchen „islamischen“ Lebensstils korrespondiert mit der Ablehnung westlicher Lebensstile, die sich zum Teil durch offene Aggression gegenüber „unerwünschten“ Minderheiten und nicht-traditionellen Lebensstilen zeigt (vgl. Heinemann 2006). Homosexuelle bedienen das „Feindbild“ fundamentalistischer Religionen in besonderem Maße (vgl. Schirmmacher 2002). Zudem ist die Akzeptanz homosexueller Lebensstile auch innerhalb aufgeklärter Gesellschaften nicht immer gegeben. Die homosexuelle Minderheit ist somit angreifbarer als gesellschaftlich weniger umstrittene Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.

Orte des homosexuellen Milieus sind im Gebiet Schöneberger Norden noch vorhanden, stehen jedoch seit wenigen Jahren (Ende 2001) unter verstärktem Vertreibungsdruck, wie das Beispiel des Café P. (vgl. Kapitel 5) zeigt: Die Cafébetreiber zogen sich nach monatelangem Mobbing durch junge Migrant/inn/en aus dem Gebiet zurück.

4.3 Untersuchungsmaterial und -methoden

Die Untersuchung ordnet sich mit Bezug auf Jürgen Friedrichs (1980), Siegfried Lamnek (1995) und Uwe Flick (2002) in den Bereich der qualitativen empirischen Sozialforschung ein. Flick (2002: 12) weist mit Blick auf die Aktualität qualitativer Forschung auf die steigende Unübersichtlichkeit aufgrund zunehmender Individualisierung und eine neue Vielfalt der Milieus, Subkulturen, Lebensstile und Lebensweisen hin, die eine neue Sensibilität für empirisch untersuchte Gegenstände erforderlich macht. Friedrichs betrachtet empirische Sozialforschung als problemlösendes Handeln (Friedrichs 1980: 13) und geht von einem forschungslogischen Ablauf (ebenda: 51ff.) empirischer Untersuchungen aus, die zunächst einen „Entdeckungszusammenhang“ eines sozialen Problems aufweisen.

Im vorliegenden Fall geht es um beobachtete Lebensstilkonflikte zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und homosexuellen Minderheiten im Armutsquartier Schöneberger Norden von Berlin. Ein „Begründungszusammenhang“ umfasst nach Friedrichs die methodologischen Schritte, mit deren Hilfe das Problem untersucht werden soll. Es werden vorliegende Untersuchungen geprüft und ausgewertet, Hypothesen aufgestellt, relevante Variablen isoliert, etc. Eine geeignete Methode wird als spezielles System von Regeln gewählt. Die Datenerhebung, Auswertung und Prüfung sowie eine Interpretation folgt. Schließlich werden die gewonnenen Untersuchungsergebnisse im Zuge des „Verwertungs- und Wirkungszusammenhangs“ als Theorie dargestellt, publiziert und die Theorie findet Eingang in die soziale Planung. Friedrichs weist auf die hohe Bedeutung der Konzeptualisierung einer Untersuchung hin. „Worum es in der Wissenschaft geht, ist die systematische Ersetzung des Vorverständnisses durch fundierte Aussagen, durch ein kohärentes Aussagesystem, dessen Rekonstruktionsregeln expliziert, nachvollziehbar und kritisierbar sein sollen“ (Friedrichs 1980: 69).

Lamnek (1995) weist ergänzend zu den Ausführungen Friedrichs darauf hin, dass qualitative Sozialforschung kein feststehendes Repertoire an Datenerhebungs- und Auswertungstechniken habe und ihre Methoden nicht „standardisierbar“ seien (ebenda: V). Zu den zentralen Prinzipien gehören die Offenheit gegenüber Untersuchungspersonen, -situationen, -methoden und der Prozesscharakter von Forschung und Gegenstand. Forschung sei Kommunikation und es gehe darum, die Einzelschritte zu erklären im Sinne eines Nachvollzugs subjektiver Bedeutungen und einer Deskription sozialen Handelns (vgl. Lamnek 1995: 21ff.). „Qualitative Sozialforschung interessiert sich primär

für Deutungs- und Handlungsmuster, die eine gewisse kollektive Verbindlichkeit besitzen. (...) Sie werden von den sozialen Akteuren konstituiert, so wie diese mit Hilfe der Deutungs- und Handlungsmuster die soziale Wirklichkeit schaffen. Diesen Konstitutionsprozess von Wirklichkeit zu dokumentieren, analytisch zu rekonstruieren und schließlich durch das verstehende Nachvollziehen zu erklären, ist das zentrale Anliegen einer qualitativen Sozialforschung und der sie begründenden interpretativen Soziologie“ (Lamnek 1995: 24f.).

Friedrichs erläutert zur Auswertung von Untersuchungsergebnissen: „Eine der wichtigsten Operationen bei der Auswertung der Ergebnisse, die mit Hilfe von Methoden wie der Befragung, der Beobachtung oder der Inhaltsanalyse gewonnen werden, besteht in der Codierung oder 'Verschlüsselung' von Ereignissen. (...) Die Ausprägungen eines Merkmals werden im Code als 'Kategorien' bezeichnet“ (Friedrichs 1980: 93). Zur Logik des Messens weist Friedrichs auf die Bedeutung von Validität und Reliabilität hin: „Die Validität einer Messung bezieht sich auf die Frage, ob das gemessen wird, was gemessen werden sollte. (...) Die Gültigkeit einer Messung setzt ihre Zuverlässigkeit (Reliabilität) voraus“ (Friedrichs 1980: 100f.).

Lamnek weist mit Bezug auf Mayring (1990: 104ff.) auf folgende Gütekriterien als Kontrollinstrumente bestimmter Qualitäten hin: Eine Verfahrensdokumentation und die argumentative Interpretationsabsicherung sollen für Nachvollziehbarkeit sorgen. Regelmäßigkeit und Nähe zum Gegenstand sowie kommunikative Validierung mittels Rückkopplung an die Befragten tragen weiterhin zur Qualitätssicherung der Untersuchung bei. Die Wissenschaftler empfehlen die Triangulation, den Methodenmix, um das Auffinden des Allgemeinen im Besonderen zu erleichtern (vgl. Lamnek 1995: 153 und 192). Auch Flick (2002: 81) betont den Vorteil systematischer Perspektiven-Triangulation. Diese bedeutet, gezielt Forschungsperspektiven und Methoden miteinander zu kombinieren, um unterschiedliche Aspekte eines Problems zu berücksichtigen.

Eine örtliche, sachliche und zeitliche Abgrenzung der Untersuchungspopulationswahl ist nach Lamnek eine wesentliche Voraussetzung der Beurteilung der Repräsentativität von Studien. Allerdings hält Lamnek die Angemessenheit für eine entscheidendere Größe als die Repräsentativität (Lamnek 1995: 193, 195). „Qualitative Sozialforschung betont den Wert der Empirie für die Hypothesengenerierung und Theorieentwicklung, während die quantitative Methodologie in der Konfrontation der Hypothesen mit der sozialen Realität die Prüfung der Hypothesen und Theorien in den Vordergrund stellt“ (ebenda: 225). Lamnek

betont, objektive Realität gebe es nicht, sie sei immer eine perzipierte und interpretierte und damit eine subjektive Realität (ebenda: 230).

Zur Erhebung der Daten wie auch zu ihrer Auswertung wird auf die von Jochen Gläser und Grit Laudel entwickelte Methode der qualitativen Inhaltsanalyse von Experteninterviews (Gläser/ Laudel 2004) Bezug genommen.

Um der Komplexität der Untersuchungsthematik gerecht zu werden, folgte die Entscheidung über die Form der empirischen Untersuchung, in diesem Fall das strukturierte, halbstandardisierte, durch einen Leitfaden gestützte Interview (vgl. Friedrichs 180: 207ff.) in Bezug auf eine relativ große (ca. 30 Personen umfassende) Gruppe von Expert/inn/en. Dafür wurden einerseits Akteurinnen und Akteure des Quartiersmanagements gewählt, andererseits Expert/inn/en mit besonderen Kenntnissen der homosexuellen Szene sowie Expert/inn/en mit fundierten Kenntnissen der Szene ethnischer Minderheiten mit besonderen Integrationsproblemen. Ergänzend wurde ein Gruppeninterview mit Jugendlichen aus der lokalen Szene der ethnischen Minderheiten mit erheblichen Integrationsproblemen geführt und in die Auswertung einbezogen.

4.3.1 Leitende Fragestellungen – Fokus der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage nach einem Profilverwandlung des Berliner Stadtquartiers am Beispiel von Lebensstilkonflikten und Konfrontationen zwischen sozial benachteiligten Quartiersbewohner/inne/n mit Migrationshintergrund und Repräsentant/inn/en homosexueller Lebensstile.

Abbildung 1 veranschaulicht den Fokus der empirischen Arbeit: Die Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden, die beteiligten Personengruppen und deren Handlungshintergründe sowie die Auswirkungen des Konfliktgeschehens vor Ort. Das linke obere Feld der Tabelle steht für die Gruppe der auf Emanzipation von überkommenen Geschlechterrollen gerichteten, homosexuellen Schöneberger/inne/n, die konservativ eingestellte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Infragestellung von deren Werten provozieren könnten. Das rechte obere Feld steht für die Gruppe der islamisch-konservativ geprägten Minderheiten Schönebergs, die eine aggressive Abgrenzung gegen homosexuelle Minderheiten betreiben. Im unteren Feld der Abbildung werden die Konsequenzen der Begegnung (Konfrontation) der beiden Akteursgruppen dargestellt: neue, gewaltförmige Lebensstilkonflikte aufgrund einer neuen Bevölkerungskonstellation im Quartier, die Homosexuelle zu Reaktionen herausfordern. Rückzug, Widerstand und/oder Dialog werden als Alternativen gesehen. Dabei wird angenommen, dass Gewalt zur Ausgrenzung Homo-

sexueller nicht nur von wenigen direkten Akteuren, sondern auch in deren Gruppen als legitim erachtet wird. Die ausgrenzende Gruppe würde bei sanktionsfreiem Handlungsspielraum und bei einem Erfolg durch den Fortzug Homosexueller Ermutigung für derartiges Handeln erfahren. Sie profitierte zudem von einem Profilierungsgewinn durch das selbstbewusste Umgestalten ihrer sozialen Umwelt, sich von Teilen ihrer Umwelt abgrenzend, andere ausgrenzend.

Homosexuelle	Konfliktpotential		Migrant/inn/en
Auf Emanzipation von überkommenen Geschlechtsrollen gerichteter Lebensstil homosexueller Schöneberger/innen	Infragestellung konservativer Geschlechterrollen provoziert Konflikte mit Konservativen	→ ←	Aggressive Abgrenzung gegenüber Homosexuellen und ihren Lebensstilen
			Islamisch-Konservativ geprägter Lebensstil der türkisch-arabischen Minderheit Schönebergs
↓	↓	↓	↓
Konsequenzen/Auswirkungen			
Konfrontation mit neuen, gewaltförmigen Lebensstilkonflikten, neue Ausgrenzungserfahrungen	Reaktionen: Rückzug, Widerstand, Dialog?	Reaktionen: Gewalt als traditionelles, akzeptiertes (?) Mittel zur Ausgrenzung Homosexueller	Profilierung, zunehmend selbstbewusstes Gestalten der sozialen Umwelt, Ab- u. Ausgrenzung

Abb.1 : Übersicht zur Forschungsfrage

Die Leitfragen der gesamten Untersuchung sind folgende:

1. Welches sozialräumliche Profil kennzeichnet den Schöneberger Norden? (Stadtgeschichte, Sanierung, homosexuelle Emanzipation, Migration, Multikultur- und Parallelgesellschaft).
2. Wie äußern sich Lebensstilkonflikte zwischen im Sozialraum des Schöneberger Nordens präsenten Minderheiten? (Akteure, Lebensstile, Konflikthintergründe, Reaktionen des Umfeldes).
3. Wie agiert das Quartiersmanagement in Bezug auf Lösungsprozesse des beispielhaft ausgewählten Lebensstilkonflikts? (Anliegen der Sozialen Stadt, Prioritäten des lokalen Quartiersmanagements, Umgang mit Konflikten unter Bewohner/innen im Rahmen des Empowermentansatzes).

Um die erste Leitfrage zu beantworten, wurden Literatur- und Internetrecherchen durchgeführt. In einer Auswertung der gefundenen Quellen wurden die Stadtgeschichte Berlins und Schönebergs skizziert und wirtschaftliche sowie politische Einflüsse auf die Stadtentwicklung nachgezeichnet. In einem weiteren Schritt wurden diese Informationen um eine

Beschreibung der sozialräumlichen Entwicklung ergänzt. Die Bedingungen und Schritte der Herausbildung sowohl eines „homosexuellen und emanzipativen Milieus“ als auch eines von muslimischen Migrant/inn/en geprägten Milieus wurden mit Bezug auf den Schöneberger Norden aufgezeigt. Die genannten unterschiedlichen sozialen Gruppen wurden anhand weiterer Quellen hinsichtlich ihrer differierenden Lebensstile charakterisiert (vgl. Scheub 2000, Ghadban 2000 u. a.). Diese Charakterisierung des sozialräumlichen Gebietsprofils wird mithilfe der Expert/inn/enantworten überprüft.

Zur Beantwortung der zweiten Leitfrage nach den Lebensstilkonflikten von Minderheiten im Schöneberger Norden werden im Folgenden anhand der Beschreibung von Konfrontationen zwischen den beschriebenen Gruppen, offen auftretenden Homosexuellen einerseits und einer Gruppe sozial benachteiligter Migrant/inn/en andererseits, die Hintergründe der zum Ausdruck kommenden Lebensstilkonflikte beider sozialer Gruppen aufgezeigt. Art und Umfang der Reaktionen des Umfeldes auf die beschriebenen Lebensstilkonflikte beider Gruppen und mögliche Lösungsperspektiven werden eingeschätzt. Ergänzend zu Fallbeschreibungen von Lebensstilkonflikten aus Sicht von Beobachter/inne/n wird ein Gruppeninterview mit arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez geführt.

Die dritte Leitfrage der Untersuchung verbindet die beiden Themenkreise „Quartiersentwicklung und Lebensstilkonflikte“, indem nach Einflüssen des Quartiersmanagements auf eine Konfliktmoderation und Vermittlung zwischen den am Konflikt beteiligten unterschiedlichen sozialen Gruppen und Minderheiten im Quartier geforscht wurde. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und das Instrument Quartiersmanagement werden in Bezug auf die Umsetzung des Anliegens „Empowerment“ im Sinne der Beteiligung der im Gebiet lebenden Minderheiten am Quartiersmanagementprozess geprüft. Der Konfliktlösungsprozess mit Hilfe des Quartiersmanagements wird am Beispiel des ausgewählten Lebensstilkonflikts um das Café P. (vgl. Kapitel 5) nachgezeichnet. Nicht alle erforderlichen Daten sind aus Zeitungsartikeln, dem Internet und der Literatur zu entnehmen. Daher werden zur Beantwortung der Frage nach den Einflüssen des Quartiersmanagements auf den Konflikt ergänzend die Expertengespräche herangezogen.

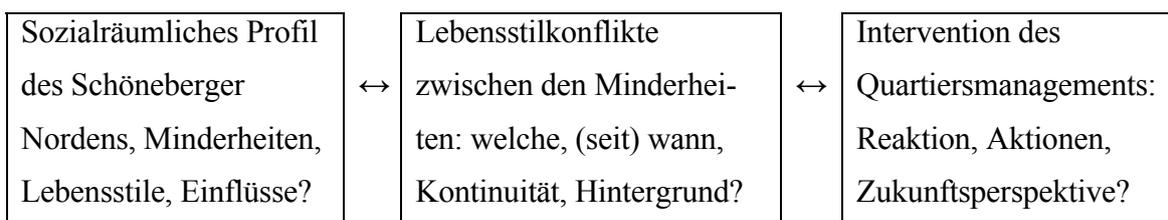


Abb. 2: Leitfragenübersicht

4.3.2 Untersuchungsorte und Interviewpartner/innen

Im Schöneberger Norden zeigen Gruppen von Migrant/inn/en derzeit vereinzelt gewaltsam ihre Ablehnung gegenüber homosexuellen Minderheiten. Letztere repräsentieren durch ihr offenes Eintreten für eine nicht-traditionelle, am Modell der patriarchalischen Familie orientierte Lebensweise einen von diesen ethnisch-sozialen Gruppen abgelehnten alternativen Lebensstil, der u. a. die traditionellen Geschlechtsrollenmodelle und hierarchisierten Beziehungen von Mann und Frau in Frage stellt.

Es kommt zu vereinzelt offen ausgetragenen Lebensstilkonflikten. Dieses Phänomen wird in Fall 3 (vgl. Kapitel 5.1) anhand des Beispiels der Vertreibung einer Selbsthilfeeinrichtung überwiegend homosexueller HIV-positiver Menschen (Café P.) aus einem zum großen Teil von arabischen Migrant/inn/en bewohnten Gebiet untersucht.

Ein weiteres Beispiel für Homosexuelle aufgrund ihres Lebensstils angreifendes Verhalten bietet eine in Fall 1 (vgl. Kapitel 5.1) dargestellte Alltagsszene aus dem Schöneberger Norden, in der ein geschminkter Mann in Frauenkleidern aufgrund seines unkonventionellen Auftretens von mehreren Migrant/inn/en auf offener Straße verbal attackiert und unter Druck gesetzt wird.

Als drittes Beispiel aggressiver Handlungen im Kontext der dargestellten Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden dient ein Brandsatzwurf von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegen ein vorrangig an homosexuellen Kunden orientiertes Männermodegeschäft am Nollendorfplatz (Fall 2).

Da der Ort der problematischen Handlungen (Lebensstilkonflikte) das Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden ist, die Betroffenen einerseits „erkennbar“ Homosexuelle sind und ihre Angreifer/innen aus dem Milieu der ortsansässigen Migrant/inn/en stammen, fiel die Entscheidung zur Auswahl von Interviewpartner/inne/n auf eine Gruppe von Vertreter/inne/n des Quartiersmanagements, von homosexuellen Multiplikator/inn/en und von Integrationsakteur/inn/en, die insgesamt zu einem repräsentativen Abbild der Wirklichkeit vor Ort in Bezug auf die Fragestellungen beitragen können.

Homosexuelle Minderheit: Vereine, Treff- punkte, Initiativen	Quartiersmanagement Akteur/inn/e/n: Vereine, Institutionen, Initiativen	Migrantische Minderheit: Vereine, Treffpunkte, Initiativen
---	--	---

Abb. 3: Befragte Expert/inn/en

Die Entscheidung zur Durchführung von Expert/inn/eninterviews erfolgte nach Recherche und Auswertung eines Teils der gefundenen Dokumente und nach ersten Ortsbesichtigungen. Neben Untersuchungen des ehemaligen Sanierungsgebietes, neben Veröffentlichungen zur stadträumlichen und sozialräumlichen Entwicklung des Quartiers Schöneberger Norden fließt die Auswertung von Zeitungsartikeln über den Lebensstilkonflikt „Vertreibung des Café P. aus seinem angestammten Quartier“ in die Untersuchung ein. Begehungen und informelle Gespräche vor Ort vertieften den Überblick über das Geschehen. Annahmen über Konflikthintergründe wurden aufgrund von Beobachtungen und Quellenauswertungen getroffen. Es wird der Versuch unternommen, zu erklären, worin der Konflikt im Kern besteht, welche Interessen daran erkennbar werden und es wird gezeigt, wie sich die Akteur/inn/e/n des Quartiersmanagements zu diesen Vorgängen verhalten.

Bei dem ausgewählten zentralen Konfliktfall um das Café P. handelt es sich zunächst um einen speziellen lokalen Einzelfall, der jedoch zwei größere soziale Minderheitengruppen betrifft und breite öffentliche Diskussionen auslöste. Um die ersten Eindrücke zu ergänzen und zu überprüfen, erscheint die Befragung von Beteiligten und Expert/inn/en als geeignete Methode.

Zur qualitativen Sozialforschung mittels eines halbstandardisierten Leitfadens wurden Fragen formuliert und es wurde eine Auswahl an Interviewpartner/inne/n getroffen: Ein Gruppeninterview mit arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Umfeld der Steinmetzstraße dient der Klärung des Sachverhaltes der Vertreibung des Café P. aus Sicht der Angreifer.

Eine Befragung von rund 30 Expert/inn/en aus dem Quartiersmanagement, seinem Umfeld und von Initiativen Homosexueller sowie von Einrichtungen zur Unterstützung von (jungen) Migrant/inn/en beleuchtet die gegenseitige Wahrnehmung und die Kommunikation zwischen den genannten Minderheiten des Quartiers im Kontext mittelfristig wahrgenommener Veränderungen. Die Expert/inn/eninterviews wurden als Leitfadeninterviews durchgeführt. Die Befragten interessieren dabei weniger als Einzelpersonen, mehr in ihrer Eigenschaft als Repräsentant/inn/en einer Gruppe.

Als geeignete Interviewpartner/innen wurden zunächst Akteur/inn/e/n und Beteiligte des Quartiersmanagements Schöneberger Norden und - zur Klärung des Interventionsrahmens - je ein/e Koordinator/in der für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt zuständigen Bundes- und Landesebene ausgewählt. Zu dieser Gruppe „Quartiersmanagement“ zählen u. a. eine vor Ort agierende Unternehmensberatung, der Präventions-

beauftragte der Polizei und eine Elternberaterin mit Migrationshintergrund. Bei dieser Gruppe liegt der Schwerpunkt des Forschungsinteresses auf der Auslotung der Prioritäten, Interessen und Einflussmöglichkeiten der mit dem Quartiersmanagement verbundenen Akteur/inn/e/n auf die Entwicklung des Quartiers.

Eine zweite Gruppe von Expert/inn/en wurde durch Vertreter/innen homosexueller (schwuler und lesbischer) Organisationen gebildet. Neben der Senatsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen wurden vor Ort und im angrenzenden Gebiet aktive Projekte homosexueller Stadtteilkultur nach ihren generellen Erfahrungen im Zusammenleben der sozialen Gruppen im Quartier und nach ihren Erfahrungen mit den Interventionen des Quartiersmanagements im Schöneberger Norden befragt. Die Antworten der ursprünglich in die Befragung einbezogenen Vertreter des von der Vertreibung betroffenen Café P. und des mit einem Brandsatz beworfenen Männermodegeschäfts B. wurden nicht in die Auswertung einbezogen. Im Zuge der Beschreibung der Fallbeispiele fanden sie Verwendung.

Eine dritte Expert/inn/engruppe von Integrations-Akteur/inn/en (Schwerpunkt Migrant/inn/en) setzt sich u. a. aus Integrationsbeauftragten (früher: Ausländerbeauftragten) auf Landes- und Bezirksebene sowie Sozialarbeiter/inne/n, der lokal dominierenden Wohnungsbaugesellschaft und einer Mediationsexpertin im Quartier zusammen. Bei dieser Gruppe richtet sich das Interesse auf deren Wahrnehmung des Konfliktpotentials vor Ort und auf die von ihnen favorisierten Strategien zur Lösung von Konflikten, die zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen des Quartiers auftreten.

Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die Präventionsarbeit des Quartiersmanagements. Die drei unterschiedlichen Betrachtungsebenen (Quartiersmanagement, Homosexuelleninitiativen, Integrationsaktive mit dem Schwerpunkt der Integration von Migrant/inn/en) sollen das Lebensstilkonfliktfeld innerhalb des sozialen Raums des Schöneberger Nordens in seiner Vielschichtigkeit sichtbar und besser einschätzbar machen.

Zur Auswahl von Expert/inn/en

Insgesamt wurden Gespräche mit 32 Expert/inn/en geführt. Das Dokument der Schilderung der Alltagsszene aus dem Schöneberger Norden wurde ebenso wie die Interviews Nr. 19 und 20 mit Betreibern des Café P. und mit einem Mitarbeiter des Männermodegeschäfts als Fallbeispiel von Lebensstilkonflikten in Kap. 5.1 verwendet. Diese Dokumente sind aus dem folgenden Vergleich der Antworten auf die Fragen des Gesprächsleitfadens ausgenommen, so dass insgesamt 29 Interviews (vgl. Abb. 4) zur Auswertung kommen.

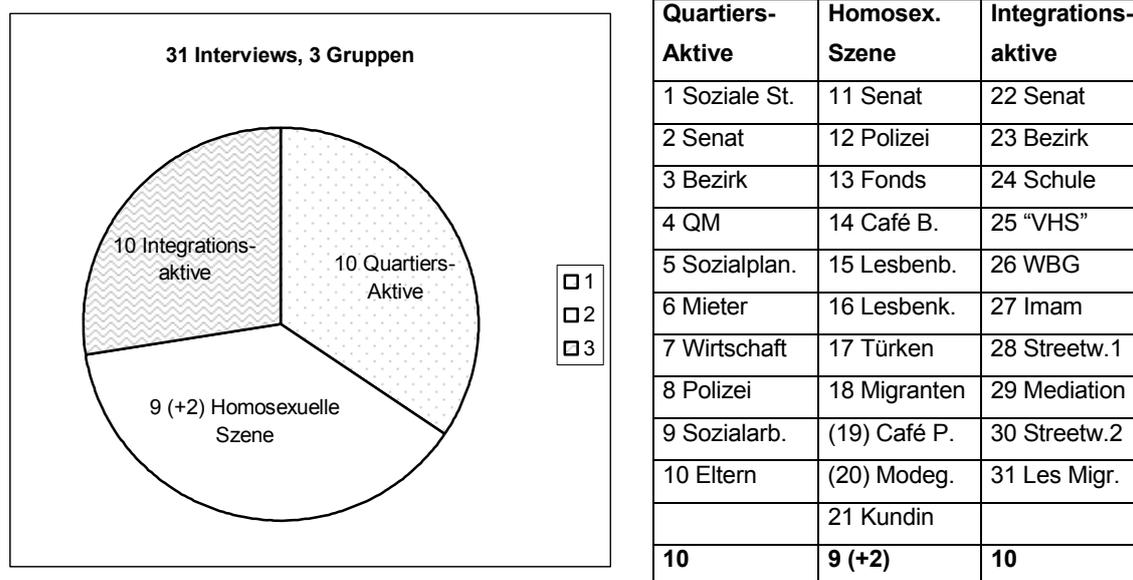


Abb.4: Übersicht über die Interviews

Professioneller Ansatz der Expert/inn/en und Bezug zum Quartier

Acht der zehn Befragten der Gruppe der Quartiersmanagement-Akteur/inn/e/n (Interviews Nrn. 1 bis 10; Abschnittskennungen QM#1-167) weisen Hochschulausbildungen unterschiedlicher Fachrichtungen auf: Ingenieurin, Soziologe, Kunsthistorikerin, Stadt- und Regionalplanerin, Landschaftsplanerin, Volkswirtin, (Sozial-)pädagogin. Eine Koordinatorin mit breitem beruflichem Erfahrungshintergrund (u. a. Krankenschwester) und ein Kriminalhauptkommissar ergänzen diese Palette. Alle Befragten dieser Gruppe sind hauptberuflich mit dem Thema Quartiersmanagement befasst. Zwei Drittel von ihnen gehören direkt dem Quartiersmanagement Schöneberger Norden an. Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte wie folgt: Soziale Stadt - Bundestransferstelle, Soziale Stadt - Referat Senatsverwaltung, Quartiersmanagement auf Bezirksebene, Quartiersmanagement-Koordination, Quartiersmanagement Schöneberger Norden, Mieter/inn/enberatung, Unternehmensberatung, Prävention, Elternarbeit mit Migrant/inn/en. Eine Elternbetreuerin für Migrant/inn/en, deren Kinder in der Grundschule des Schöneberger Nordens unterrichtet werden, kann durch ihre speziellen Kenntnisse der Familienstrukturen vor Ort konkrete Hinweise auf Erfolgsfaktoren von Integrationsstrategien für diese Bevölkerungsgruppe bieten.

Acht der elf befragten Expert/inn/en der an der Emanzipation Homosexueller arbeitenden Szene des Schöneberger Nordens (Interviews Nrn. 11-21, Abschnittskennungen HI#1-142) gehören ihr direkt an und repräsentieren Vereine, die sich für soziale, rechtliche und

kulturelle Belange homosexueller Männer und lesbischer Frauen einsetzen. Drei von ihnen widmen sich dem speziellen Anliegen homosexueller Migrant/inn/en. Zwei weitere Expert/inn/en gehören dem öffentlichen Dienst an und repräsentieren Stellen der Senatsverwaltung und der Kriminalpolizei, die sich mit der Gleichstellung von Menschen mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und der Prävention von Verbrechen gegen diese Gruppe befassen. Ein weiterer Interviewpartner ist ein Mitarbeiter eines Männermodegeschäfts am Nollendorfplatz im Schöneberger Norden, der einen großen Bezug zu homosexuellen Kunden aus dem Schöneberger Norden aufweist. Als eines der in Kapitel 3.2.1. genannten Fallbeispiele wurde dieses Interview (Nr. 20; HI#112-127) jedoch von der Auswertung als Experteninterview ausgenommen.

Drei der Expert/inn/en dieser Gruppe sind Diplom-Pädagoginnen, eine ist Diplom-Psychologin, einer ist Kriminalhauptkommissar, einer selbstständiger Handwerker, eine Kauffrau, einer ist Journalist, eine ist Sozialarbeiterin, einer ist Cafébetreiber und einer ist Bekleidungsverkäufer. Keiner der Befragten hat einen direkten Kontakt zum Quartiersmanagement oder strebt ihn an, wobei allen Befragten dieses Instrument geläufig ist, auch die Einordnung des Sozialraumes Schöneberger Norden in diesen Rahmen. Nur das auffallend von Gewalt betroffene Café P., das sich während der Zeit der Attacken bis zum Fortzug aus dem Kiez (2001-2004) für mehrere Monate in einer Arbeitsgruppe des Quartiersmanagements im Interesse seiner Standortbehauptung engagierte, hatte - bedingt durch die Attacken - einen engen Kontakt zum Quartiersmanagement gesucht. Auch dieses Interview (Nr. 19, HI#102-111) wurde aufgrund seiner Auswahl als Fallbeispiel von der Auswertung als Experteninterview ausgenommen. Es besteht ein hoher Grad an Vernetzung vieler der an der Emanzipation Homosexueller arbeitenden Projekte untereinander. Teilweise besteht eine lange, bis zu 20-jährige Zusammenarbeit. Standortbindung und Ortskenntnis über den Schöneberger Norden sind bei diesen Projektmitarbeiter/inne/n sehr ausgeprägt.

Die zehn Expert/inn/en der dritten Gruppe der Integrations-Aktiven (Interviews Nrn. 22-31, Abschnittskennungen IA#1-132) gehören folgenden Berufen an: Ein Soziologe/Journalist, zwei Pädagoginnen (eine von ihnen ist zudem als Journalistin ausgebildet), ein Lehrer, eine Studienrätin, ein Kaufmann, ein Imam, eine Sozialarbeiterin und ein Sozialarbeiter, eine Diplom-Psychologin. Zwei Integrationsbeauftragte des Landes Berlin und des Bezirks sowie der Schulleiter einer örtlichen Grundschule vertreten verschiedene Zweige der Integrationspolitik von Berlin. Der Geschäftsführer des größten privaten Vermieters des Schöneberger Nordens verfügt über einen sehr guten Überblick über die Be-

wohnerstruktur und die Problemlage im Wohnumfeld. Die Leiterin eines interkulturellen Stadtteilladens und ein Imam kennen die migrantenspezifischen Integrationsprobleme aus erster Hand und zwei Träger der Straßensozialarbeit versuchen u. a., delinquenten Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus dem Kiez alternative Perspektiven zu zeigen und sie bei der Alltagsbewältigung zu begleiten. Eine Mediationsexpertin verfügt über Erfahrungen in der Anwendung der Methode der Mediation bei Lebensstilkonflikten in der Nachbarschaft des Schöneberger Nordens. Die Expert/inn/en-gruppe (Integrationsaktive) wird schließlich durch eine auf Integrationsprobleme lesbischer Migrantinnen spezialisierte Beraterin ergänzt. Diese Expertin besitzt eine langjährige Erfahrung als Projektleiterin und kennt die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerber/inne/n aus eigener Erfahrung.

Ogleich ein Kontakt der Integrationsaktiven zum Quartiersmanagement aufgrund der zu erwartenden Überschneidung der Zielgruppen nahe liegt, zeigt sich das Verhältnis der zehn befragten Expert/inn/en zu den Quartiersmanager/inne/n sehr unterschiedlich. Während die im Dienst des Landes Berlin befindlichen Expert/inn/en einen guten Kontakt halten, sehen sich einige der privaten Träger eher in einem Konkurrenzverhältnis sowohl zum Quartiersmanagement als auch untereinander. Diese Konkurrenz gründet sich auf die meist prekäre finanzielle Ausstattung der freien Träger und eine allgemeine Ungewissheit über die Zukunftsperspektiven der eigenen Einrichtung.

4.3.3 Vorgehensweise und Instrumente der Datenerhebung

Nach Friedrichs (1980) unterscheidet sich die Methodik oder Methodologie als „Metatheorie“ von der Methode als einem „spezifischen System von Regeln, das die Tätigkeit bei der Erlangung neuer Erkenntnisse und der praktischen Umgestaltung der Wirklichkeit organisiert“ (ebenda: 13f.). Ein Instrument wie das eines Fragebogens oder Leitfadens stellt nach Friedrichs' Definition den standardisierten Teil einer Methode dar (vgl. Friedrichs 1980: 163). Dabei betrachtet Friedrichs die Methoden der empirischen Sozialforschung nicht als Kanon. Sie lassen sich vielmehr erweitern und miteinander kombinieren (ebenda: 189ff.). Generell sollen die Fragen kurz, einfach und auf den Bezugsrahmen des Befragten bezogen sein (ebenda: 205ff.). Lamnek (1995: 94) sieht als Zweck der Datenerhebung vor allem die Reduktion von Unwissenheit (Hypothesengenerierung und –überprüfung). Die Autoren empfehlen, das Interview durch Notizen aufzuzeichnen oder – das Einverständnis des Befragten vorausgesetzt – einen Tonband- oder Videomitschnitt mit anschließender Transkription (Friedrichs 1980: 229, Lamnek 1995: 97).

Ein Gruppeninterview mit arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez fand am 21.03.2006 in Räumen einer lokalen Streetworkeinrichtung statt, wurde mit einem Tonband aufgezeichnet und transkribiert. Anschließend wurde der Text in Analyseeinheiten zerlegt und auf relevante Informationen durchsucht. Diese Informationen wurden bestimmten Kategorien zugeordnet (s. u.). Mittels einer Durchnummerierung aller Textabschnitte wird bei der Auswertung der Daten eine Quellenangabe erleichtert. Die leitfadengestützten Fragen während des Gruppeninterviews bezogen sich auf das persönliche Profil der Teilnehmenden (Alter, Geschlecht, ethnischer Hintergrund, Wohndauer im Schöneberger Norden), ihre Umfeldwahrnehmung (Aktionsradius, Grenzen, was bedeutet Nachbarschaft, was ist für sie wichtig und gut, was eher schlecht), ihre Einschätzung des Konflikts um das Café P. sowie ihre Einstellung zu Homosexuellen und zu Konfliktlösungsstrategien. Bei der letzten Fragestellung geht es auch um ihre Akzeptanz von Gewalt zur Konfliktlösung.

Zur Überprüfung, inwieweit das multikulturelle Klima der 1980er und frühen 1990er Jahre im Schöneberger Norden noch Bestand hat, inwieweit die dargestellten Lebensstilkonflikte eher als „Spitzen eines Eisbergs“ oder als Ausnahmereischeinungen zu interpretieren sind und inwieweit das Quartiersmanagement auf diese Entwicklung mit einer speziellen Integrationsstrategie Bezug nimmt, wurde die Methode der Expert/inn/en-Interviews in Verbindung mit qualitativer Inhaltsanalyse ausgewählt.

Das Thema der Arbeit, Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden, das Fallbeispiel des Café P, die beteiligten Minderheiten und die Frage nach den Interventionsmöglichkeiten des Quartiersmanagements, wurden allen Befragten eingangs erläutert. Die Fragen des Gesprächsleitfadens sollten Antworten auf die Leitfragen der Untersuchung ermöglichen.

Um eine möglichst aufgeschlossene und informative Interviewsituation zu erhalten, wurden die ausgewählten Interviewpartner/innen nach telefonischer Voranfrage und Terminvereinbarung durch die Autorin jeweils in ihren Räumen aufgesucht. Es wurde darauf geachtet, dass ein ungestörtes Zwiegespräch für einen Zeitraum von ca. eineinhalb Stunden in Vertrauen schaffender Atmosphäre möglich ist. Nicht immer konnte der gesetzte Zeitrahmen eingehalten werden; in einigen Fällen kam es aufgrund der Durchführung des Interviews am Arbeitsplatz während der Arbeitszeit zu Unterbrechungen.

Im Interesse eines möglichst offenen, unbeeinflussten Gesprächs wurde auf eine Tonaufzeichnung verzichtet. Anstatt dessen wurde vereinbart, dass die Mitschriften der Interviewenden unmittelbar nach ihrer Transkription den Interviewten zugänglich gemacht werden. Dies geschah zeitnah auf dem Weg der elektronischen Kommunikation

per E-Mail. Die Interviews wurden vereinbarungsgemäß innerhalb von acht bis zehn Tagen im Fall von Unstimmigkeiten mit Anmerkungen und Korrekturen zurück gesandt. Die korrigierte Endfassung wurde daraufhin den Interviewpartner/inne/n erneut zugestellt und diente nach ihrer Akzeptanz als Grundlage der Auswertungen. Dieses Vorgehen hat neben den genannten Gründen des Abbaus von Hemmnissen des Gesprächsverlaufs den Vorteil zeitlicher Effizienz. Anstelle der Abschrift eines Tonbandmitschnitts werden mitgeschriebene Antworten und Berichte der Expert/inn/en zusammengefasst dargestellt. Etwaige Verkürzungen und andere Missverständnisse waren im Zuge der Kontrollvereinbarung zeitnah zu klären und wurden korrigiert. Im Vergleich mit auf Tonband oder Video aufgezeichneten Interviews hat die hier angewandte Methode zwar den Nachteil, dass im Zuge der schriftlichen Zusammenfassung der mündlichen Aussagen durch die Interviewerin verdeckte Hinweise wie z.B. besondere Betonungen, etc. verloren gehen können. Da die Befragung jedoch vorrangig der Überprüfung bereits durch andere Recherchen erhaltener Sachverhalte dient, erscheint die gewählte Form des Vorgehens den zu erwartenden Ergebnissen angemessen.

Das Instrument der Befragung, der Gesprächsleitfaden, wurde mit überwiegend offenen Fragen in Bezug auf die Leitthemen der Studie konzipiert:

- 1) Die einleitende Frage bezog sich auf den professionellen Hintergrund und die jeweilige Arbeit der Interviewpartnerin/des Interviewpartners.
- 2) In einer zweiten, offen formulierten Frage wurde nach dem Schwerpunkt und den Zielen der vertretenen Einrichtung sowie gegebenenfalls nach ihrer Verankerung im Quartier Schöneberger Norden gefragt. Ergänzend wurde der Bezug zum Quartiersmanagement ausgelotet und gegebenenfalls der Umfang der Vernetzung und Zusammenarbeit dargestellt.
- 3) Die dritte, ebenfalls offen formulierte Frage zielte auf die Arbeitsschwerpunkte der vergangenen Jahre. Die Frage wurde gegebenenfalls mit Bezug auf die Verständigung unterschiedlicher sozialer Bevölkerungsgruppen ergänzt.
- 4) Der Fokus der vierten Frage richtete sich auf die Wahrnehmung der aktuellen Entwicklung des Schöneberger Nordens hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation, des Umfeldes und der Gebietsbevölkerung mit Lebensstilunterschieden und -konflikten.

Das Beispiel des Café P. kam in den meisten Interviews zur Sprache – es war den Interviewteilnehmer/inne/n mehr oder minder bekannt – und es wurde um eine Einschätzung des Falles gebeten. Mit diesem Fragekomplex verbunden waren die Fragen nach den zukünftigen Perspektiven des Quartiers und gegebenenfalls die Frage nach der

Einschätzung eines weiteren Bedarfs an (öffentlicher) Unterstützung für das Quartier und seine Bewohner/innen.

5) Eine fünfte, abschließende Frage betraf weitere Hinweise auf Quellen, potentielle weitere Interviewpartner/innen, etc.

Die Rahmenfragen eins und fünf dienen vor allem der Zuordnung der/des Interviewten zu einer Berufsgruppe und der Überprüfung der Vollständigkeit der Auswahl relevanter Quellen. Die Antworten auf die Fragen zwei, drei und vier tragen direkt zur Beantwortung der Untersuchungsleitfragen bei.

4.3.4 Methode der Datenauswertung

Das Gruppeninterview, die 10 Expert/inn/en aus dem Bereich Quartiersmanagement (QM), 9 Expert/inn/en aus dem Bereich der Initiativen Homosexueller (HI) und 10 Expert/inn/en aus dem Bereich der Integrationsarbeit/ Schwerpunkt Migrant/inn/en (IA) wurden für diese Untersuchung ausgewählt, die einen direkten (Arbeitsstelle vor Ort) oder indirekten Bezug zum Schöneberger Norden (im Folgenden als Kiez bezeichnet) haben. Folgende Fragen sollten beantwortet und aus den Interviewprotokollen extrahiert werden:

- 1) Sind Lebensstilkonflikte von Minderheiten im Schöneberger Norden vorhanden?
- 2) Welcher Art sind die Lebensstilkonflikte, welche Bedeutung wird ihnen zugemessen?
- 3) Wer sind die Beteiligten/ Betroffenen?
- 4) In welcher Form vollziehen sich die Lebensstilkonflikte?

Diese Fragen führen direkt zum zentralen Thema der vorliegenden Untersuchung. Die Fragen des Leitfadens erfassen neben den Lebensstilkonflikten auch ihren räumlichen, wirtschaftlichen und sozial-strukturellen Kontext. Die diesbezüglichen Antworten werden durch Zuordnung zu den Variablen in die Auswertung einbezogen.

Als Variable wurden gewählt: 1) Kiezwahrnehmung, 2) Veränderungen im Kiez, 3) Konflikte im Kiez, 4) Minderheit der Migrant/inn/en im Kiez, 5) Homosexuelle Minderheit im Kiez, 6) Probleme und Lösungen.

Die Dimensionen sind: 1) Wahrnehmung: ja/nein? (Bei Variable 6: Problembeschreibung), 2) Was genau wird wahrgenommen? (Bei Variable 6: Beteiligte, Faktoren), 3) Welche Wirkung hat diese Wahrnehmung? (bei Variable 1: Bedeutung/ Gewichtung dieser Wahrnehmung, bei Variable 6: Ursache und Wirkung des Problems), 4) Welche Ursache wird angenommen? (bei Variable 1: Warum wird diese genannt?, bei Variable 6: Angebotene Lösung), 5) Sonstiges (Risiken und Nebenwirkungen)?, 6) Quelle: Wer hat das gesagt?

Die Antworten wurden mit Hilfe eines Makros als Auswertungsinstrument (vgl. Gläser/Laudel 2004) aus dem Text extrahiert und den Variablen zugeordnet. Dieses erste Ergebnis wird in den Kapiteln 5.2 bis 5.5 dokumentiert. In einem zweiten Schritt wurden die Antworten gebündelt und den vier Leitfragen zugeordnet. In einem dritten Arbeitsgang wurden die Antworten auf die vier Leitfragen für jede Expert/inn/engruppe zusammengefasst. Eine Gesamtbetrachtung der Auswertungsergebnisse analysiert die Übereinstimmungen und Unterschiede in den Antworten der unterschiedlichen Expert/inn/engruppen. Dadurch wird der Geltungsbereich der Antworten in Bezug auf die Fragestellung der Untersuchung bestimmt (vgl. Kapitel 5.6).

5 Konfliktbeispiele und Befragungsergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung detailliert dargestellt. In Kapitel 5.1 werden drei Beispiele lokaler Konflikte zwischen Migrant/inn/en und Homosexuellen im Schöneberger Norden geschildert, um den jeweiligen Konflikthergang aufzuzeigen. Darauf folgen vier Kapitel, die sich direkt auf die Ergebnisse der Interviews beziehen. Zu Beginn wird die Auswertung des Gruppeninterviews mit den konfliktbeteiligten Jugendlichen wiedergegeben (5.2), dann folgen die jeweils nach Expert/inn/engruppe getrennten Auswertungen der Expert/inn/eninterviews. Zunächst werden die Antworten der Quartiersmanagement-Aktiven betrachtet (5.3), gefolgt von der Auswertung der Antworten der Initiativen Homosexueller (5.4) und der Auswertung der Antworten der Integrationsaktiven (5.5).

Die Ergebnisse der Interviews werden entsprechend der sechs Variablen: Kiezwahrnehmung, Kiezveränderung, Konflikte, Migrant/inn/en, Homosexuelle, Probleme und Lösungen dargestellt. Sie werden zu jeder Variablen nach folgenden Dimensionen geordnet: Was wird wahrgenommen?, Gewichtung/ Wirkung?, Begründung/ Ursache?, Ergänzungen?, Aussagende/r? Quelle?. Für jede der Variablen wurden die Ergebnisse nach ihrer strukturierten Erfassung zusammenfassend gebündelt. In der folgenden Ergebnisdarstellung werden die aus dem Text extrahierten Stellen mit den entsprechenden Abschnittsnummern belegt.

Kapitel 5.6 fasst die Expert/inn/enantworten zusammen und stellt daraus abzuleitende Schlussfolgerungen vor.

5.1 Drei Beispiele lokaler Konflikte zwischen Migrant/inn/en und Homosexuellen im Schöneberger Norden

Drei als exemplarisch ausgewählte Konfliktfälle zwischen Migrant/inn/en und Homosexuellen ereigneten sich zwischen 2003 und 2004 im Schöneberger Norden. Ihnen ist gemeinsam, dass Homosexuelle aufgrund ihrer Lebensweise von Migrant/inn/en in unterschiedlicher Weise angegriffen wurden. Die Auswahl beschreibt zunächst einen „alltäglichen“ Vorfall, dann einen einzelnen, im Hinblick auf seine Härte ungewöhnlichen Eskalationsfall, dem eine kriminelle Handlung Jugendlicher (gemeinschaftlicher Ladendiebstahl) vorausgegangen war. Das dritte Beispiel unterscheidet sich von den beiden anderen vor allem durch die Konsequenz, dass eine Gruppe Jugendlicher durch fortgesetzte Angriffe die Vertreibung eines langjährig am Standort aktiven Projektes Café P. durchsetzte.

Es soll dargestellt werden, wie es zu den Lebensstilkonflikten kam, wie die Reaktionen der Betroffenen und der Umgebung waren und welche Konsequenzen gezogen wurden. Die Motive der Angreifenden sollen möglichst deutlich werden. Die drei Vorfälle unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht, auch in Bezug auf die ihnen zugrunde liegenden Quellen. Zur beobachteten Alltagsszene liegt ein Augenzeugenbericht vor. Auf den Eskalationsfall wurde die Autorin durch Hinweise einzelner Interviewpartner/innen aufmerksam. Der Fall des Café P. ist durch zahlreiche Zeitungsartikel dokumentiert. Ein Gruppeninterview mit arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez ergänzt diese Dokumentationen um die Perspektive der an den Angriffen Beteiligten. Die Auswertung dieses Gruppeninterviews (5.2) leitet die Reihe der weiteren Auswertungen ein (5.3, 5.4, 5.5), die sich auf die Expert/inn/enbefragungen beziehen.

Fall 1: Pöbeleien an der Bushaltestelle

In der Nähe der von Homosexuellen traditionell genutzten Kneipe „Neues Ufer“ ereignet sich am Freitag, 26. November 2004, gegen 17 Uhr folgende Alltagsszene:

An der Bushaltestelle am Kleistpark, Potsdamer Straße, befinden sich neben der befragten Augenzeugin, der Berliner Soziologin Ursula F., sechs Frauen – augenscheinlich und durch ihre Sprache erkennbar - türkischer Herkunft, drei von ihnen junge Erwachsene, sehr modern gestylt und gekleidet, drei andere Erwachsene mittleren Alters mit traditionellem Kopftuch und langen Gewändern gekleidet. Zu dieser Gruppe gehört ein etwa 8-jähriger Junge.

Zunächst hätten die Personen in Gruppen getrennt gestanden: zum einen die drei jungen Frauen in intensiver Unterhaltung, zum anderen die drei älteren Frauen – einzeln, eine mit dem Kind, die Zeugin (Ursula F.) am Rand des Geschehens. Als ein junger, geschminkter und in Frauenkleidern auftretender Mann sich zu den Wartenden gesellt habe, sei er von den drei jungen Frauen verbal laut attackiert und als „schwul und pervers“ beschimpft worden.

Die älteren, traditionell gekleideten Frauen mit dem Jungen hätten spontan durch Körpersprache (abfällige Blicke auf den augenscheinlich homosexuellen Mann) ihre Zustimmung gegenüber den Interventionen der jungen Frauen bekundet. Der Junge habe durch Gestik und Mimik zusätzlich einen körperlichen Angriff auf den Mann angedeutet. Der Mann habe die Angriffe ebenso laut zurückgewiesen, sei der Situation jedoch erst entkommen, als der erwartete Bus eintraf.

Die Beobachterin, Ursula F. empfindet die Situation als auf Eskalation angelegt. Sie schätzt diese Szene in dem bisher von ihr als liberal-tolerant angesehenen Quartier als

sehr ungewöhnlich ein. Nach ihrer Ansicht wäre eine solche Homosexuellen gegenüber intolerante Szene noch vor wenigen Jahren an diesem Ort nicht denkbar gewesen.

Fall 2: Brandanschlag auf ein Modegeschäft

Eine zweite, wesentlich ausführlichere Beschreibung eines Konfliktes zwischen Jugendlichen mit türkisch-arabischem Migrationshintergrund und Homosexuellen gründet sich auf ein am 30. März 2005 geführtes Interview mit einem der Mitarbeiter eines Männermodegeschäftes, das zwischen dem Nollendorf- und dem Winterfeldtplatz liegt. Das Geschäft zum Verkauf von sportlich-moderner Kleidung, Schuhen, etc. besteht seit dem Frühjahr 2000 an dem mitten im Schöneberger „Homokiez“ gelegenen Standort. Es wendet sich an ein modisch interessiertes (häufig schwules) Publikum jeden Alters und vertritt eine aufgeschlossene und offene Haltung gegenüber der gesamten Bevölkerung des Kiezes. Internationale Musik wird häufig aus dem Geschäft auf die Straße weitergeleitet, um eine weltoffene Atmosphäre zu verbreiten und um neue Kunden zu werben.

Insgesamt erlebt der im Interview Befragte die Bewohner/innen und Passant/inn/en im Kiez als bunt gemischt, überwiegend freundlich und offen gegenüber homosexuellen Lebensweisen. Ein bislang von ihm nicht zu sehr beachtetes, eher als lästig empfundenes Phänomen seien schwulenfeindliche Rufe pubertierender Jugendlicher gegenüber diesem und anderen offensichtlich schwulenfreundlichen Geschäften in der Straße. Den Mitarbeitern des Geschäfts falle jedoch auf, dass es sich bei diesen Jugendlichen überwiegend um türkische und arabische Jugendliche handle. Der Interviewpartner äußert die Einschätzung, dass diese durch ihren kulturellen Hintergrund (Eltern, Religion) eher als Jugendliche mit westeuropäisch geprägter Erziehung Akzeptanz und sogar Verstärkung dieses Verhaltens in ihrem Umfeld erwarten könnten. Dass die Jugendlichen in Kleingruppen von etwa drei Personen gezielt Ladendiebstähle organisierten und durchführten, sei ebenfalls ein lange bekanntes und auch sein Geschäft schädigendes Phänomen im Kiez. Die Jugendlichen träten überaus selbstbewusst auf und schienen ihre „Rechte“, d. h. den zu meist bestehenden Schutz vor Strafverfolgung aufgrund ihres jugendlichen Alters bestens zu kennen und mit einzukalkulieren.

Im Frühjahr 2004 sei es zu einem gravierenden Konflikt mit Jugendlichen türkisch-arabischen Hintergrundes gekommen. Eine Kleingruppe Jugendlicher habe im Nachbarladen (Zeitungen, Tabak, Getränke, etc.) einen Diebstahl begangen und der Besitzer habe sich gewehrt. Es sei daraufhin im Geschäft und auf der Straße zur Schlägerei gekommen, bei der die Jugendlichen äußerst aggressiv aufgetreten seien, Einrichtungsgegenstände zerstörten und antrainierte Kampfsporttechniken angewandt hätten. Auch ein etwa 75-jäh-

riger Passant habe einen Schlag erhalten und sei auf die Straße gestürzt. Die Geschäftsmitarbeiter seien – durch den Lärm alarmiert - dem Nachbarn zur Hilfe gekommen und hätten einen der Jugendlichen festhalten können, bis die Polizei eintraf. Die anderen Jugendlichen hätten fliehen können, wobei die meisten (deutschen) Passanten tatenlos zugehört hätten.

Bezeichnend seien die sehr unterschiedlichen Reaktionen weiterer Unbeteiligter gewesen: Eine um die 40 Jahre alte deutsche Passantin habe sich spontan auf die Seite des festgehaltenen Jugendlichen gestellt und gefordert, den Jungen laufen zu lassen. Mehrere Passant/inn/en mit Migrationshintergrund hätten sich ebenso mit den Angreifern solidarisiert. Als die Polizei eintraf, habe der festgehaltene Jugendliche Erstickungsnot gemimt und sei durch die Polizei zuvorkommend in Schutz genommen worden.

Die Ladenbesitzer hätten ihrerseits die Polizei um Schutz gebeten, da durch die Menge Drohungen laut geworden seien; die Polizei habe dies jedoch nicht ernst genommen. Später hätten Jugendliche Steine und Flaschen in den Laden und gegen die Fensterscheiben geworfen, die dadurch beschädigt worden seien. Die Polizei habe dennoch weiterhin einen besonderen Schutz abgelehnt.

Eine Gruppe von etwa zehn Jungen sei gegen 19 Uhr des folgenden Abends gekommen und habe eine mit Benzin gefüllte brennende Flasche in den Eingang des Geschäfts geworfen. Weil dadurch der Straftatbestand des Landfriedensbruchs gegeben war, sei die Polizei in diesem Fall eingeschritten und einige Tage verstärkt in der Straße Patrouille gefahren. Vier der Täter seien im Zuge dessen festgestellt worden. Es sei Anklage erhoben worden. Mitte März 2005 (wenige Tage vor dem Interview) sei die Gerichtsverhandlung gewesen. Jeder der Jugendlichen habe einen eigenen Pflichtverteidiger erhalten und alle schienen von dem großen Auftritt stark „beflügelt“. Keiner der Täter habe eine Spur von Furcht vor Strafe, Reue oder gar Schuldbewusstsein gezeigt. Im Gegenteil schienen sie sich als Kämpfer für eine gerechte Sache zu empfinden. Eine Ähnlichkeit zu den „anarchistischen“ 1.-Mai-Krawallen von Kreuzberg erschien dem Mitarbeiter des Geschäfts unübersehbar.

Für die Mitarbeiter der betroffenen Geschäfte bedeute die Erfahrung einen Vertrauensbruch gegenüber den Schöneberger Ordnungskräften. Von staatlicher Seite werde das Konfliktpotential und die Gewaltbereitschaft vieler der Jugendlichen des Quartiers gegenüber ihnen nicht passenden Lebensweisen offenbar zu wenig ernst genommen. Wie das beschriebene Beispiel zeige, seien dort schwelende Aggressionen zum Ausbruch gekommen, die jederzeit wieder aufflammen könnten. Auch dass die aktuellen Aufstände im

Irak gegenüber den westlichen Besatzern Vorbilder für Jugendliche türkisch-arabischen Hintergrundes sind, um ihre „Identität“ aggressiv gegenüber einer als fremd erlebten Umwelt zu verteidigen, sei in die Betrachtung der Hintergründe einzubeziehen.

Im Vergleich zur Situation um 2000, bei Gründung des Geschäftes, habe sich die Konfliktsituation verschärft. Seien ähnliche Konflikte in früheren Jahren durchaus aus dem Quartiersmanagementgebiet (Café P.) bekannt gewesen, so schien es inzwischen ein Übergreifen auf den Kiez am Nollendorfplatz gegeben zu sein. Handele es sich in diesem Fall auch nicht um einen explizit schwulenfeindlichen Angriff, so schienen die jugendlichen Angreifer doch von der Tatsache überrascht zu sein, dass schwule Männer sich aktiv gegen ihre Übergriffe zur Wehr setzten. Weitere Angriffe seien nicht auszuschließen, eine Verunsicherung sei bei den Geschäftsmitarbeitern zurück geblieben.

Fall 3: Vertreibung des Selbsthilfeprojekts „Café P.“ aus dem Steinmetzkiez

Der von den drei ausgewählten Beispielen folgenschwerste Fall der Vertreibung des Café P. von seinem Standort im Schöneberger Norden fand eine relativ große Resonanz in der Berliner Presse. In der Berliner Zeitung vom 18.03.2004 weist Claudia Fuchs (Fuchs 2004) auf die Vertreibung aus dem Kiez hin. Nach vermehrten Attacken durch Jugendliche suche Berlins einziges HIV-Positiven-Café neue Räume. Fuchs beschreibt, dass die Angreifer anfangs nur von außen gegen die Fensterscheiben geschlagen hätten. Danach haben sie Cola-Dosen durch die geöffnete Tür, später Pflastersteine, schließlich eine Eisenstange geworfen. Dann hätten die Jugendlichen die Gäste als „schwule Säue“ beschimpft. Das Café P., Berlins einziges Selbsthilfecafé für HIV-Positive, sei einigen Anwohnern ein Dorn im Auge. Immer wieder käme es zu Übergriffen vor allem von arabisch- oder türkischstämmigen Jugendlichen. Nun hätten die Café-Betreiber aufgegeben und suchten neue Räume.

Einer der Betreiber wird zitiert, die Attacken hätten nach dem 11. September 2001 begonnen. Er vermute, dass die Anschläge auf das World Trade Center auch in Berlin für "gesteigerten Islamismus" gesorgt hätten. Möglich sei auch, dass vielen Ausländern seit den Anschlägen mit Vorbehalten begegnet werde - und sie nun Schwächere suchten, um ihre Aggressionen auszuleben. Im Café seien vor allem homosexuelle Männer, die damit nicht umgehen wollten oder könnten.

Bereits im Jahr 2002 hätten sich die Café-Betreiber an die Polizei gewandt und um Hilfe gebeten sowie Anzeige erstattet. Daraufhin haben sich Cafébetreiber mit dem Präventionsteam der Polizei und dem Quartiersmanagement Schöneberg-Nord getroffen. Mehrere Male habe ein Runder Tisch getagt. Die Treffen seien "endlose Laberei ohne Ergebnisse"

gewesen. Indirekt mache der Betreiber die Politik für die Übergriffe verantwortlich. Die Mischung im Kiez habe gestimmt, als sie hergekommen seien. Dann habe sich die soziale Struktur geändert; inzwischen lebten hier viele kurdisch-libanesische Großfamilien. Das Quartiersmanagement habe ihnen (dem Café P.) nahe gelegt, Verständnis für die Jugendlichen aufzubringen, die keine Perspektive hätten. Das aber könnten sie nicht leisten. Die Mitarbeiter und Gäste des Cafés hätten genug eigene Probleme, eine Auseinandersetzung mit den Anwohnern überfordere sie schlicht.

Ein Journalist des Berliner Homosexuellen-Szenemagazins Siegessäule greift das Thema im November 2003 unter dem Titel „Krieg der Kinder – Sprüche, Spucke, Steinwürfe“ auf (Wagner 2003). Seit Jahren klage das Café P. über Pöbeleien neudeutscher Jugendlicher. Nachdem das Schöneberger Projekt seinen Umzug angekündigt habe, mehrten sich Berichte über antischwule Übergriffe im Kiez. In dem Artikel heißt es weiter, dem Selbsthilfeprojekt werde buchstäblich die Tür eingerannt, wenn auch zunehmend von ungebetenen Gästen. Nachdem sie eine Alarmanlage hätten, sei erst mal acht Wochen lang Ruhe gewesen, bis eines Morgens die Scheibe im Gruppenraum gesplittert wäre. An die heruntergerissene Regenbogenfahne hätten sie sich schon fast gewöhnt. Am 24. Mai 2003 habe dann jemand einen Pflasterstein in das voll besetzte Café geworfen, knapp am Kopf eines Rollstuhlfahrers vorbei. Wochen zuvor, am 6. März, sei ein gefüllter Kakaobecher ins Lokal geworfen worden. Man habe jeden Vorfall notiert und der Polizei gemeldet. Geändert habe sich nichts, auch nicht nach einem Pfefferspray-Anschlag auf Cafébesucher. Sie fühlten sich hier nicht mehr sicher, deshalb suche das Projekt jetzt neue Räume. Wagner (2003) stellt dar, dass auch der Geschäftsführer des in Schöneberg am Rand des Quartiersmanagementgebietes gelegenen Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) selbst Erfahrungen mit Übergriffen halbstarker Rowdys habe. Dem Verband hätten die Jungen so oft die Fahne vom Eingang gerissen, bis sie so viel Nachschub gekauft hätten, dass die nicht mehr mit dem Abreißen nachgekommen seien. Man dürfe die Provokationen nicht auf sich beruhen lassen. Als politischer Verband würden sie auf Ursachen hinweisen, ohne Themen zu tabuisieren. Die meisten der Jugendlichen seien Deutsche und kämen aus Zuwandererfamilien. Im Kiez habe man das Café P. mit dem Tipp, sich auf dem Straßenfest mit einem Glücksrad präsent zu zeigen, alleine gelassen. Die Folge: Die Ehrenamtler seien auf dem Fest von Minderjährigen bespuckt und bestohlen worden – teilweise sogar unter Applaus der Erwachsenen. Inzwischen hätten auch Gastronomen aus dem Motzstraßenkiez Anfeindungen auf offener Straße gemeldet.

Die folgenden Ausführungen gehen auf das am 28. Oktober 2004 mit einem Mitbetreiber des Café P. – ca. 4 Monate nach dem Umzug vom alten Standort im Quartiersmanagementgebiet nahe der Steinmetzstraße - geführten Interview zurück.

Das Café P. sei Ende 1989 seitens des Berliner Aids-Hilfe e.V. als Selbsthilfeprojekt von Aids-Betroffenen gegründet worden. Es stehe allen Berliner HIV-Positiven und ihren Freund/inn/en offen. Ein Stamm-Team von etwa 40 Personen (davon nur wenige Frauen) trage das Café und die Angebote. An „Laufkundschaft“ gäbe es monatlich etwa 20 weitere Kund/inn/en. Das Café stehe an sechs Tagen in der Woche Gästen offen, in der Regel von 15 bis mindestens 23 Uhr. Montags sei internes Plenum. Durch die Trägerschaft der Berliner Aids-Hilfe, die wiederum durch den Senat für Gesundheit unterstützt werde, sei von einer langfristigen Sicherung der Tätigkeit und finanziellen Ausstattung (vor allem Miete) auszugehen. Neben dem Café gäbe es einen Verein der Freunde des Café P., der die Spendenmittel verwalte. Im Café werde kein Gewinn erwirtschaftet. Der Selbsthilfeszweck stehe im Vordergrund. Neben dem Cafébetrieb gäbe es regelmäßige Gruppentreffen, so z. B. Kochgruppe, Kartenspielgruppe, Zeichengruppe, etc. Darüber hinaus würden Parties, Reisen und andere Aktivitäten organisiert. Der Kontakt zur Nachbarschaft sei gut, zumal im Haus mehrere schwule Männer wohnten. Belästigungen kämen am neuen Standort so gut wie nicht vor. Die Nähe zu schwulen Standorten wie Man(n)-o-Meter u. a. rund um den Nollendorfplatz komme dem Projekt nun zugute.

In den 15 Jahren seines Bestehens sei das Projekt zwei Mal umgezogen. Nach fünf Jahren habe der private Besitzer des Standortes in Schöneberg den Umzug durch eine drastische Mieterhöhung veranlasst. Nach vierzehneinhalb Jahren sei nun das Café von seinem zweiten Standort erneut umgezogen, da massive Störungen durch türkische und arabische Jugendliche aus der Nachbarschaft erfolgten und trotz vieler Bemühungen nicht eingestellt worden wären. Die inhaltliche Arbeit habe sich nicht wesentlich verändert, davon abgesehen, dass inzwischen der Grad an Professionalität des Cafébetriebes innerhalb der Betreibergruppe zugenommen habe.

Die sich seit dem Frühjahr 2002 häufenden Angriffe: Pöbeleien („Schwule, Aidskranke“), Steinwürfe, Flaschenwürfe gegen die Cafésbesucher, u. a. Vorkommnisse hätten zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Problematik des Konflikts geführt. Über Monate hätten die Betreiber seit dem Frühjahr 2003 an Sitzungen mit dem Quartiersmanagement, der Polizei und Streetworkern (AG ZOFF) teilgenommen. Man habe die Hoffnung gehegt, mit gutem Willen und mehr Präsenz auf Stadtfesten einen Dialog mit der Nachbarschaft führen zu können. Der pöbelnde Teil der Nachbarschaft habe sich jedoch kaum

ansprechbar und unwillig gezeigt, auf die Angebote einzugehen. Aktionen wie Tombola, Infoblätter in türkischer und arabischer Sprache, Plakate in den Schaufenstern hätten nur geringe Wirkung gezeigt. Das Problem, welches auch anderen Geschäftsleuten im Kiez des Schöneberger Nordens das Leben erschwere, könnte mit den Mitteln des Quartiersmanagements nicht gänzlich gelöst werden. Dennoch hätten die Aktivitäten auch erfreuliche Ergebnisse gebracht, indem sich einzelne (deutsche) Nachbar/inne/n im Café gemeldet und sich mit den Betreibern solidarisch gezeigt hätten. Insgesamt zeige sich jedoch viel Hilflosigkeit gegenüber den Störattacken auf Seiten der Betroffenen und der Ordnungskräfte.

Mit Ausnahme der Zeit von Mitte bis Ende 2003, als das Café P. sich in der AG ZOFF engagiert habe, pflege man keinen Kontakt zum Quartiersmanagement. Dessen Arbeit werde wohlwollend betrachtet und vor allem als Beitrag zur Mediation im Kiez gesehen. Der Fortzug aus dem Schöneberger Norden könne als Versagen der Bemühungen um Integration gesehen werden. Im Vordergrund der Sicht der Betreiber stehe jedoch inzwischen die Freude über die Ruhe am neuen Standort, der aufgrund seiner Lage mehr Sicherheit garantiere. Der Schöneberger Norden werde als Problemgebiet vor allem durch die steigende Zahl ausländischer Bewohner/innen wahrgenommen. An die Stelle deutscher Geschäfte, wie z. B. Bäckereien, träten zunehmend türkische oder arabische Geschäfte. Dies trage zur Verunsicherung der sich in der Minderzahl fühlenden deutschen Wohnbevölkerung bei. Integrationsbemühungen von beiden Seiten erscheinen notwendig. Kommunikation zwischen den Angehörigen unterschiedlicher ethnischer Herkunft finde wenig statt. Missverständnisse zwischen den unterschiedlichen Kulturen träten infolgedessen häufig auf und eskalierten oft, ohne dass – wenigstens im Nachhinein – Klärungen stattfänden. Die Kluft vertiefe sich so tendenziell und stetig. Das Quartiersmanagement sei wichtig und notwendig, um die benannten Tendenzen aufzuhalten. Paritätisch besetzte Teams sollten verstärkt den Dialog der Kulturen führen. Dabei müsse das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland der „kleinste gemeinsame Nenner“ sein. Grundwerte wie Demokratie, Gleichberechtigung der Frau, Schutz des Lebens und der Gesundheit, Gewaltmonopol des Staates und seiner Organe, seien von allen zu respektieren. Darüber dürfe es keine „naiv-multikulturelle“ Diskussion geben.

Die dargestellten drei Konfliktfälle zeigen eine vielschichtige soziale Problematik, die sich nicht nur, aber auch durch Lebensstilkonflikte in dem großstädtischen Mischgebiet des Schöneberger Nordens erklären lassen. Im ersten Fall war der homosexuelle Lebensstil eines Mannes Anlass für Zurechtweisungen und Beschimpfungen durch Angehörige

der türkischstämmigen Minderheit, die nicht unbedingt einer gemeinsamen sozialen Schicht zuzurechnen sind, wohl aber durch den Islam geprägte Werte und Moralvorstellungen (vgl. Schirmacher 2002) als prägend erfahren haben. Die selbstbewusst und offensiv-aggressiv gezeigte Homophobie der Frauen und des Jungen steht in deutlichem Widerspruch zur alltäglich erlebbaren Sichtbarkeit homosexueller Lebensstile in dem Quartier. In der Situation an der Bushaltestelle waren konservativ und homophob eingestellte Angehörige der genannten Minderheit in der Überzahl. Dies begünstigte es, dass sie gemeinsam offen Kritik am Lebensstil des einzelnen homosexuellen Mannes üben und ihn unter Druck setzen konnten.

Das zweite Beispiel des Brandsatzwurfs auf das Männermodegeschäft zeigt ein Überwiegen des sozialen Konflikts von jugendlichen Unterschichtsangehörigen mit Migrationshintergrund, die sich durch ihre Gruppen in Verbindung mit kleinkriminellen Handlungen, wie z. B. Ladendiebstählen, ein eigenes Milieu geschaffen haben. Homophobie gehört zu ihrem Macho-Männlichkeitsentwurf. Insofern ist ein Teilaspekt des Konflikts auf einen Lebensstilkonflikt ihrerseits mit homosexuellen Lebensstilen zurückzuführen. Dies zeigen die in Verbindung mit den Gewaltattacken geäußerten schwulenfeindlichen Rufe der Gruppe. In Verbindung mit dem destruktiven Sozialverhalten der Jungen, das durch körperliche Gewalt, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl und eine allgemeine Respektlosigkeit gekennzeichnet ist, erhält der Teilaspekt der Homophobie für die homosexuelle Minderheit ein bedrohliches Potenzial. Die Darstellung des Interviewten zeigt einen weiteren Aspekt, der das Sicherheitsempfinden im Quartier senkt: die geringe Einschätzbarkeit der Passant/inn/enreaktionen und die auf Deeskalation setzende Zurückhaltung der Polizei nach den ersten Pöbeleien. Mehrere solche verunsichernde Erfahrungen können auf Dauer zur Aufgabe von Standorten führen.

Ein solcher Fall ist in dem dritten geschilderten Lebensstilkonfliktfall um das Café P. eingetreten. Die Betreiber sahen sich über Monate homophober Belästigungen durch Jugendliche mit Migrationshintergrund aus der Nachbarschaft ausgesetzt. Nach intensiven Bemühungen um Dialog mit der Polizei, dem Quartiersmanagement und den Angreifenden gaben die Betreiber des Cafés ihren Standort nach ca. 15 Jahren auf. Die Angreifenden wurden als Jugendliche dargestellt, die sowohl der Unterschicht angehören als auch durch ein traditionell-islamisches Milieu geprägt worden sind, das Homophobie rechtfertigt. Dass Eltern der Jugendlichen, die auf einem Straßenfest die Attacken gegen die Cafébetreiber wiederholten, beifällig lachten (vgl. Wagner 2003), unterstützt die These, dass eine größere Bevölkerungsgruppe hinter der Vertreibung steht. Wie im ersten Fall

waren Angehörige des im Gebiet bislang verbreiteten homosexuellen Lebensstils gegenüber Angehörigen der türkisch-arabischstämmigen Minorität in die Minderheit geraten und wurden für ihren Lebensstil angegriffen.

Die Vertreibung einer Einrichtung Homosexueller ist ein in dieser Form während der Untersuchung nicht wiederholter Fall. Vereinzelt wurden andere Geschäfte, auch solche, die keine Verbindung zu homosexuellen Lebensstilen zeigen, von Kinder- und Jugendbanden angegriffen. Der Fall des Café P. wird in dieser Arbeit hervorgehoben, da sich hier zum einen die Angriffe gezielt gegen Homosexuelle richteten (vgl. Gruppeninterview, Kap. 5.2), zum anderen Homosexuelle auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft vielfach von Diskriminierung betroffen und damit sozial ungeschützt, angreifbarer sind als andere. Sich häufende Angriffe auf Angehörige homosexueller Lebensstile und gerade auch ihre gewaltsamen Vertreibungen durch bisher friedfertige Nachbar/innen sind daher in besonderem Maße Indikatoren für eine Abkehr von offener und auch von gleichgültiger Toleranz, die eine Nachbarschaft, ein Quartier und einen größeren Sozialraum erfassen kann. Inwieweit dies für den Sozialraum Schöneberger Norden zutrifft, wird im Folgenden weitergehend untersucht. Die Hintergründe des mit dem Begriff Lebensstilkonflikt bezeichneten Geschehens, die daran beteiligten sozialen Gruppen und ihre Motive, sich innerhalb des Konfliktes zu engagieren, werden analysiert.

Dazu werden folgende, lokal aktive Gruppen befragt:

- arabischstämmige Jugendliche, Gäste einer Streetwork-Einrichtung, um deren Einschätzung des Falles Café P. zu ermitteln und ihre Motivlage im Hinblick auf eine aktive Beteiligung an den Vertreibungsaktivitäten zu klären,
- Expert/innen des Quartiersmanagements, um ihre Einschätzung der Lebensstilkonfliktlage innerhalb der Kiezbevölkerung zu ermitteln,
- Expert/innen der Initiativen Homosexueller, um vorherrschende Einstellungen Homosexueller gegenüber ethnischen Minderheiten und die Betroffenheitslage von Homophobie in Erfahrung zu bringen,
- Expert/innen der Integrationsaktiven, um die soziale Situation ethnischer Minderheiten vor Ort und deren Einstellungen gegenüber Homosexuellen einschätzen zu können.

5.2 Antworten der arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez

Angesichts der vorliegenden Berichte waren die am Lebensstilkonflikt um das Café P. Beteiligten klar identifizierbar als gewaltbereite Jugendliche aus der Nachbarschaft mit Migrationshintergrund. Um deren Motivlage und möglicherweise noch unbekannte Anlässe der Gewaltanwendung mit in die Gesamtbetrachtung einbeziehen zu können, wurde es als sinnvoll erachtet, den Sachverhalt um die Perspektive von einem Teil der Angreifer des Café P. zu erweitern. Die Abschnittskennungen (#) im Folgenden beziehen sich auf das im Anhang dokumentierte Interview mit der Gruppe Jugendlicher (GJ).

Die vier sechzehnjährigen Jungen, deren Familien als palästinensische Flüchtlinge aus dem Libanon nach Berlin kamen (GJ#21), geben offen zu, an der Vertreibung des Café P. beteiligt zu sein. Ihre Motivation beschreiben sie ohne weitere Differenzierung als schwulen- und judenfeindlich. Die Aussage eines Jungen: „Wir haben Anschläge gemacht, damit die abhauen“ (GJ#148) steht im Kontext eines an Kämpfen, Angriffen und Verteidigung orientierten alltäglichen Umgangs der Jungen untereinander, in ihren Familien und auf der Straße.

Die Welt dieser Jugendlichen ist in Gegensätze geteilt: wir oder die, allein oder in einer Gemeinschaft, Macht oder Ohnmacht, Stärke oder Schwäche, etc. Eine Vereinbarkeit von Gegensätzen scheint in ihrer Lebenswelt nicht zu existieren. Der Mangel an „Spielraum“ des Denkens korrespondiert mit der Enge des Aktionsradius' der Jungen. Ihr Handlungsraum beschränkt sich auf den Schöneberger Norden. Andere Stadträume werden als durch potentielle „Feinde“ dominiert erlebt (GJ#46). Daher geht es ihnen darum, sich in den von ihnen bewohnten Quartieren zu behaupten und Fremde/s auszugrenzen. Es fällt auf, dass keinerlei Schuldgefühl gegenüber dem eigenen Handeln (Beispiel Café P.) geäußert wird. Auf der anderen Seite zählt die Zugehörigkeit innerhalb ihrer Familie für diese Jungen besonders stark. Hier werden eine große Solidarität und ein starker sozialer Zusammenhalt erfahren. In einer Welt außerhalb dieses Kontextes scheint dies nicht denkbar zu sein.

Kiezwahrnehmung

Bei der Variablen „Kiezwahrnehmung“ zeigt sich, dass die eigene Familie und deren Dominanz im Quartier in der Wahrnehmung der Jugendlichen oberste Priorität hat (GJ#46). Eine Selbstinszenierung als „Gangster“ unterstreicht den aggressiven Dominanzanspruch im eigenen Revier (GJ #71). Wohnung, Supermarkt, Spielplatz (im Kiez) sowie der Wunsch nach Jugendclubs und Gelegenheiten, Mädchen zu treffen, beschreibt

den Aufenthalts- und Interessenkreis (GJ#38, 40, 60, 64, 69). Die Deutschen werden als „die Anderen“ deutlich abgetrennt von der eigenen Gruppe wahrgenommen (GJ#116). Sowohl in Bezug auf den Schöneberger Norden als auch in Bezug auf die Deutschen dort gibt es während des Interviews unter den vier Jugendlichen eine kontroverse Diskussion, ob dieses Umfeld als Heimat akzeptabel sei oder nicht (GJ#89, 90).

Kiezveränderung

In Bezug auf die Variable „Kiezveränderung“ nennen die Jungen Glücksspiel und Drogen als lokale Geschäfte, in denen eine Beteiligung eigener Leute („unsere Großen“) mit Stolz verkündet wird (GJ#196). Ein anderer Jugendlicher äußert seinen Wunsch nach Veränderung im Kiez dahingehend, Anerkennung durch Zugehörigkeit erreichen zu wollen („Schöneberger werden“) (GJ#120). Im Verlauf der Gruppendiskussion wird dieser Anspruch inhaltlich jedoch nicht weiter ausgeführt.

Konflikte

Hinsichtlich der Variable „Konflikte“ wird deutlich, dass außerhalb des eigenen Umfeldes (in anderen Bezirken) die größten Gefahren vermutet werden (GJ#74, 83: „man muss kämpfen, die anderen, die einen dort angreifen, totschiessen“). Zum Café P. werden Konflikte mit der unbeliebten homosexuellen Nachbarschaft benannt (GJ#129: „die sollten weggehen...da sind sie abgehauen“). Hier ist allein die Anwesenheit offen lebender Homosexueller eine Provokation und für die Jungen Anlass, selbst gewaltsame Handlungen (Molotowcocktail, Steinwürfe, etc.) vorzunehmen (GJ#155). Weitere Konflikte werden sowohl im Umfeld (Ärger mit einem Ladenbesitzer und dessen Pitbullterrier, GJ#163-167) als auch in der eigenen Familie gesehen (einer der Jungen war dort ausgestoßen worden und bei der Familie seines Freundes untergekommen, GJ#216, 217).

Migrant/inn/en

Zu dieser Variablen „Minderheit der Migrant/inn/en“ ist festzustellen, dass die eigene Zugehörigkeit zur ethnischen Minderheit („Palästina, Flüchtlinge, eigene Heimat: Israel“) im Schöneberger Norden bei den Jugendlichen unumstritten ist (GJ#21). Diese Einstellung steht (formal) im Widerspruch dazu, dass alle Interviewten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (GJ#27). Ob Schöneberg ihnen und ihren Familien auch in Zukunft Heimat sein könnte, führt unter den Jugendlichen zu (hoch emotionalen) Kontroversen (GJ#95, 114).

Homosexuelle

Zur Variablen „Homosexuelle Minderheit“ ist zu konstatieren, dass Homosexuelle von den Jungen pauschal abgewertet werden („Mißhandler von Kindern, Hurensöhne, Juden,

etc.“, GJ#150, 153). Einer der vier Jungen karikiert eine Situation, in der Homosexuelle als ihre Freier auftreten (GJ#151). Abwertung und negative Vorurteile bestimmen die Einstellung der Jungen gegenüber der homosexuellen Minderheit.

Probleme und Lösungen

Die abschließend untersuchte Variable „Probleme und Lösungen“ zeigt, dass im Mittelpunkt der Problembeschreibung der vier Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez das Gefühl der Bedrohung durch andere Jugendgruppen steht (GJ#74). Lösungen durch gewaltsam erlebte Konflikte scheinen nur durch Selbstbehauptung mit (stärkerer) Gewalt möglich. Eigene Ausgrenzungshandlungen gegen das Café P. erscheinen im Kontext von Problemen und Lösungen eher als erfolgreiche Lösung eines Konflikts, den die eigene Gruppe mit dem Lebensstil Homosexueller - oder mit Homosexuellen generell – hat (GJ#148). Auseinandersetzungen mit der Polizei, deren Kontrolle sie sich zu entziehen suchen, (GJ#202: „wenn die Polizei kommt, gehen wir in unseren Keller“), nennen die Jugendlichen außerdem als Problemfeld, das immer wieder nach Lösungen verlange.

5.3 Expert/inn/enantworten der Gruppe Quartiersmanagement

Antwortenzuordnung zu den Variablen

Kiezwahrnehmung

Zur Variablen „Kiezwahrnehmung“ kommen Antworten von acht der insgesamt zehn Befragten zur Auswertung:

Der Kiez Schöneberger Norden gilt mit seinem hohen Bedarf an Arbeitsmarktchancen, Bildungsangeboten, Gesundheitserziehung, mehr Sicherheit, etc. als typisches Quartiersmanagementgebiet. Die Partizipation der Bewohnerschaft gilt als zentrales Anliegen und Erfolgskriterium, selbst, wenn diese schwer messbar ist (QM# 25). Eine positive Tendenz wurde bereits in baulicher Hinsicht erzielt, vereinzelt auch aus sozialstruktureller Sicht. Das Pallasseum gilt als positives Beispiel mit Modellcharakter. Die Aufwertung der Potsdamer Straße hat die nächste Priorität (QM#28). Als Probleme werden Gewalt, Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, Bildungsdefizite – insbesondere der Bewohnerschaft mit Migrationshintergrund - genannt. Ein Sicherheits- und Präventionsrat soll helfen, die Problemlage zu beobachten (QM#33). Die selbst gemachte Misere um den Sozialpalast (einseitige Belegung mit Problemmieter/inne/n mit der Wirkung vielfältiger Schäden und Folgekosten) kann das Quartiersmanagement allmählich heilen (QM#36). Die Stimmung im Bereich Wirtschaft/Arbeit ist negativ; der örtliche Bedarf wird auf

niedrigem Niveau gesichert. Es besteht die Sorge, dass die Abwanderung der Mittelschicht anhält. Jugendkriminalität und Verelendung sind große Probleme; mehr Streetwork ist notwendig (QM#55). Als ein Zentrum von Mädchenprostitution und Drogenabhängigkeit mit hoher Nachahmungswirkung ist der Kiez enorm belastet. Spielplätze müssen durch Schließdienste gesichert werden (QM#55). Der Drogenhandelsschwerpunkt Mansteinstraße (südöstlicher Kiez) stellt ein Hindernis für die Planung offener Hinterhöfe dar (QM#72). Gewalt in Familien ist ein weiterer Problemschwerpunkt. Gewaltfreie Kommunikationsformen müssen neu gelernt werden (QM#74). Zahlreiche Familien des Mittelstandes (Deutsche und Türk/inn/en) verlassen den Kiez. Das Bildungsniveau, das soziale Niveau und die Integrationsbereitschaft sinken (QM#80-82). Die Kriminalitätsrate (Drogen, Raub, u. a.) ist hoch; ein Drittel sozial Schwache bewohnen den Kiez, Schulen verzeichnen bis zu 96% Schüler/innen aus Migrantenfamilien (QM#104). Die organisierte Kriminalität von zwei Großclans bringt die Präventionspolizei an Grenzen (QM#120). Vielfältige soziale Probleme erfordern differenzierte Lösungen. Engagement, Sensibilität, Respekt im Umgang und Geduld sind erforderlich. Grenzen setzen gegen gewalttätige Attacken ist notwendig (QM#122,123). Das Quartier hat sich in seiner Schieflage stabilisiert; ein Rückzug der Präventionsarbeit scheint unverantwortbar (QM#124). Der Straßenstrich Frobenstraße erschwert durch seine direkte Nachbarschaft zu einer Integrationshilfeeinrichtung den Kontakt zu den Migrant/inn/en (QM#128). Im Unterschied zu Kreuzberg fehlt in Schöneberg das durch die dort so gute Bewohnermischung kreative Selbsthilfepotenzial (QM#134). Der Kiez ist von angenehmem südländischem Flair und vermittelt Migrant/inn/en Heimatgefühle (QM#142).

Kiezveränderung

Acht der zehn Befragten stellen eine Kiezveränderung fest. Folgende Äußerungen kommen zur Auswertung:

Trotz intensiver Bemühungen der Sozialen Stadt ist die problematische Entwicklung, dass die gebildete Bevölkerung das Gebiet meidet, ungebrochen. Es droht eine ethnisch-soziale Parallelgesellschaft mit Konfliktbewältigungen außerhalb der deutschen Rechtsprechung. An machen Schulen ist der einzige „Fremde“ der deutsche Lehrer (QM#27). Die jahrzehntelange Sanierung in Schöneberg führte zu einem weitgehenden Austausch der Bewohnerschaft. Baulicher Verbesserung steht heute eine Verschlechterung der Sozialstruktur gegenüber. Sehr schlecht ausgebildete Migrant/inn/en leben neben deutschen Akademiker/inne/n. Es besteht kaum ein Kontakt. Es mangelt an Freizeitangeboten für Kinder, Jugendliche und Senior/inn/en (QM#32, 64, 65). Das Beispiel des Sozialpalastes

zeigt, dass eine katastrophale Fehlentwicklung in mühevoller Kleinarbeit aufzuhalten ist. Die Bewohnerschaft läßt sich zum Teil aktivieren: Hoffeste, Theater, Treffs. Störer/innen werden durch konsequente Kündigungen entfernt. Die Anonymität wird verringert, die Selbstverantwortung steigt, das Sicherheitsgefühl ebenso (QM#37). Positive Veränderung durch vorbildhafte Projekte: Zukunftswerkstätten an Schulen, Fahrradreparaturangebote u. a. Eigeninitiativen werden mit Hilfe von Fördermitteln angeregt (QM#43). Nach den äußeren baulichen Verbesserungen geht es jetzt um die Menschen: Jugend, Eltern, Beschäftigung und Qualifizierung, Bildung und Stärkung der lokalen Wirtschaft (Medienstandort Potsdamer Straße). Punktuell (Sozialpalast) wird der Leerstand beseitigt, die Bewohnerstruktur verbessert, die Wohnzufriedenheit steigt örtlich (QM#51). Eine erfolgreiche bauliche Neugestaltung und Verkehrsberuhigung von Teilen des Kiezes erhöht die Wohnqualität. Durch Angebote des Quartiersmanagements wird Stadtplanung mit Präventionsarbeit verknüpft (QM#83). Migrant/inn/en gründen derzeit überdurchschnittlich häufig eigene Geschäfte und tragen zur wirtschaftlichen Belebung des Kiezes bei; wenn auch überwiegend auf niedrigem Niveau (Dönerläden, etc.). Es kam zu einem hohen Arbeitsplatzverlust im Zuge wirtschaftlicher Umstrukturierung. Polizeimaßnahmen sorgen für ein besseres Image durch Verdrängung von Straßenstrich und Drogenszene in Seitenstraßen (QM#97). Die Geschäftsstruktur orientiert sich überwiegend am täglichen Bedarf, nur wenige Geschäfte eines höherwertigen Bedarfs können sich noch halten. Das Einkommen der Wohnbevölkerung sinkt. Eine bunte, kreative Bevölkerungsmischung ist noch stabil; wird durch das Quartiersmanagement unterstützt (QM#100). Es wird eine Zunahme an Drogen- und Gewaltproblemen beobachtet. Beschwerden über Vandalismus, Verslumung und Kiezniedergang nehmen zu. Die Ursache besteht in der sozialen Struktur des Schöneberger Nordens (QM#104, 105). Unterschiedliche Kulturen leben eher nebeneinander. Es gibt die Tendenz zur Resignation, da die Menschen mit ihren Problemen überfordert und oft allein sind. Ein mangelndes Selbstbewusstsein unterstützt Berührungängste und Vertrauensdefizite gegenüber anderen, auch gegenüber Behörden. Insbesondere Migrant/inn/en aus dem Kiez benötigen Hilfe bei Fragen des Aufenthaltsrechtes, zur Sozialhilfe/ ALG II, bei der Schulanmeldung für die Kinder, bei Erziehungsproblemen, etc. (QM#132). Drogen- und Prostitutionsprobleme, Sprachbarrieren und Bildungsmängel betreffen und belasten überdurchschnittlich viele Menschen des Gebietes. Religiös motivierte Abgrenzungsprozesse innerhalb der ethnischen Community (wer ist ein „richtiger“ Moslem?) wird als Folge einer verbreiteten Flucht vor Resignation in religiöse Vereinigungen angesehen. Das religiöse Engagement wird mit Skepsis (Vor-

sicht) beobachtet (QM#136). Seit dem Fall der Mauer 1989 geht die angenehme Atmosphäre des Kiezes verloren. Soziale Netze zerrissen, Schöneberg wurde ein unsicheres Durchgangsgebiet. Die neue Mitte Berlins zieht Kaufkraft und Menschen aus dem Gebiet ab, der Leerstand nimmt zu. Der Höhepunkt der Abwanderung war um 2000 (QM#142).

Konflikte

Aussagen von acht Expert/inn/en der Gruppe Quartiersmanagement werden hier ausgewertet:

Pöbeleien und gewaltsame Übergriffe arabischer Jugendlicher im Bereich Steinmetzstraße auf Geschäftsleute scheinen sich zu verfestigen. Als Ursachen wird eine verfehlte Belegungspolitik des Bezirks und der Wohnungsbaugesellschaft benannt. Mangelnde Kontrolle und geringe Kooperationsbereitschaft vieler Hauseigentümer kommt hinzu. Es kam zu einer Monostruktur arabischer Clans in kompletten Häuserblocks (QM#38). Alltagskonflikte werden häufig gewaltsam ausgetragen, nicht nur unter Jugendlichen. Angst ist unter Jugendlichen verbreitet, Konfliktfähigkeit verkümmert. Es fehlen Vorbilder, wie man Konflikte fair austragen kann, nur das Recht des Stärkeren zählt. Es handelt sich um ein Zusammenwirken von Gewalt, Sexismus und Rassismus (QM#56). Konflikte werden durch Machtkämpfe zwischen Jugendlichen, die sich lautstark mit El Kaida solidarisieren, und der Polizei ausgetragen. Es kommt zu organisiertem Missbrauch von Notrufnummern durch Handys der Jugendlichen, etc. Antiwestliche Vorurteile und die Verbreitung islamistischer Ideologie bewirken eine ideologisch aufgeladene Betonung des Islam. Dies wirkt selbstausgrenzend und verstärkt die Isolation der ethnisch-sozialen Gruppe. Besonders Jungen fallen entsprechend auf, Mädchen leisten Familienarbeit im Hintergrund (QM#61). Konflikte mit jugendlichen Obdachlosen, die in einem bezirklichen Seniorenwohnheim Unterkunft finden sollten, sind durch mangelnde Vorbereitung beider Gruppen auf die neue Nachbarschaft provoziert worden. Es kam zu Häufungen von Beschwerden über ruhestörenden Lärm. Die Treberhilfe hat den Standort aufgegeben (QM#69). Separat agierende Jugendgangs von Arabern und Türken terrorisieren Anwohner/innen und Gewerbetreibende. Der Leerstand nimmt zu, die Arbeitslosigkeit steigt. Vandalismus breitet sich aus. In einigen Blocks sind 30% der Bewohner/innen arbeitslos. Die Gegend ist vernachlässigt, das Engagement gering, die Solidarität unter verschiedenen Gruppen schwach, das Bewusstsein für Problemlagen und wie Abhilfe zu schaffen ist, kaum vorhanden (QM#83). Raub ganzer Büroeinrichtungen im Bereich Potsdamer Straße wurde beobachtet. Organisierter Raub nimmt in Berlin insgesamt zu. Es kommt zu einer hohen Geschäftefluktuations in der Potsdamer Straße; auch ein türkischer Radio-

sender verließ die Potsdamer Straße (QM#97). Sexualität ist unter Migrant/inn/en im Kiez tabuisiert, insbesondere Homosexualität und Prostitution. Die Vertreibung des Café P. ist als Folge der Tabuisierung (Tabubruch) zu sehen. Es herrscht eine Doppelmoral in der Migrant/inn/en-Population, da etliche der ihr angehörenden Männer und Väter Kunden der lokalen Prostituierten sind. Der steigende Islam-Einfluss verstärkt die Tendenz zur Tabuisierung des Themas. Die Nachbarschaft zum Mädchenstrich wird als Grund des Fernbleibens von einem Zentrum für soziale Arbeit angegeben (QM#135). Islamische Kinder sind doppelt belastet: Schule am Vormittag, Koranunterricht am Nachmittag, Hausaufgaben... Eltern erziehen streng autoritär und überfordern die Kinder. Ihr Verständnis für die Belastung ihrer Kinder ist gering. Es kommt zudem zu Defiziten in der Ernährung, Gesundheitserziehung, etc. Individuelle Lösungen sind im persönlichen Gespräch zu suchen, pauschale Kampagnen nicht wirksam (QM#147, 148). Messerstechereien zwischen rivalisierenden Männern führten zu Verletzungen mit Todesfolgen. Es ging um Familienstreitigkeiten, Betrugsfälle bei Geschäften, etc. Von der Wohnungsbaugesellschaft eingesetzte „Kiezscheriffs“ laufen Streife, tragen jedoch eher zur Provokation (Assoziation Nazis) bei. Hoffeste sind eher geeignet, nachbarschaftliches Vertrauen aufzubauen (QM#154). Die Konfrontationen im Westen mit Industrialisierung, Freizügigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter, etc. bedrohen die patriarchalische Familienordnung und führen zu ständigen Alltagskonflikten. Es herrscht Angst vor dem Verlust des Familienansehens. Gewalt ist in Unterschichten als Mittel zur Konfliktlösung weit verbreitet (QM#162-164).

Migrant/inn/en

Zur Variablen „Migrant/inn/en“ kommen Aussagen von 10 Expert/inn/en zur Auswertung:

Im Schöneberger Norden herrscht quartiersbezogen eine problematisch einseitige Bevölkerungsstruktur: 50% Migrant/inn/en, 80% Erwerbslose, 25% dauerhaft von Sozialhilfe abhängige Menschen. Die Konzentration Benachteiligter in einem Stadtraum schreckt den Zuzug von Mittelständler/inne/n ab. Steigende soziale Folgekosten der Gettoisierungstendenz stehen zu befürchten. Es überwiegt eine pessimistische Aussicht (QM#29). Unter Migrant/inn/en greift der Einfluss islamistischer Aktivist/inn/en um sich, die Kinder aus den monostrukturierten Wohngebieten für Islamschulen akquirieren. Als Wirkung wird eine „Zeitbombe“ antidemokratischer Erziehung gesehen, die Entfremdung von deutschen Schulen und demokratischer Erziehung. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um im Dialog die Fehlentwicklungen beeinflussen zu können (QM#30). Mit den arabischen

Clans der Steinmetzstraße, die der aktiven, mafiös strukturierten Drogenszene zugerechnet werden, sind Kooperationen ausgeschlossen. Die Clans haben mittels Bestechung eines für die Vergabe zuständigen – mittlerweile entlassenen – Mitarbeiters der Wohnungsbaugesellschaft die Monostruktur der Bewohnerschaft durchgesetzt. Es wurde noch kein wirksames Modell gefunden, um solche Strukturen aufzulösen (QM#38). Anhänger/innen des fundamentalistischen Islams (Moschee der Islamischen Föderation in der Hauptstraße) zogen in ein gekauftes Gebäude auf der anderen Straßenseite um und hinterließen dem Bezirk massive Mietschulden. Es bestehen größte Bedenken hinsichtlich des im Präventionsrat wiederholt berichteten Einflusses fundamentalistischer Organisationen auf insbesondere arabische Familien, die ihre Kinder traditionell erziehen lassen. Der Bezirk versucht, mit Deutschkursen für arabische und türkische Mütter gegenzusteuern, stößt jedoch an finanzielle Grenzen (QM#40). Migrant/inn/en stellen einen Großteil der Kiezbevölkerung und nahezu 100% der Familien mit kleinen Kindern. Es besteht die Besorgnis, dass die Bewohnerstruktur einseitig wird und soziale Probleme kumulieren. Geschäfte des gehobenen Bedarfs schließen und wandern ab, ebenso deutsche, bildungsnahe Familien. Es braucht ein persönliches Politiker/innen-Engagement (QM#52,53). Im Kiez leben überdurchschnittlich viele Menschen aus der Türkei, Kurdistan, Arabien, meist arm und bildungsfern. Junge Männer fallen durch Machoallüren unangenehm auf. Niedrigschwellige Angebote zur Familienhilfe, Ernährung, Gesundheit, Familienplanung, Streetwork, etc. sollen Clanangehörigen aus der Isolation helfen (QM#59, 60). Über 40% der Wohnbevölkerung sind Nicht-Deutsche mit sozialen Defiziten (Bildung, Sprachbeherrschung, etc.). Migrant/inn/en dominieren den Kiez zunehmend sichtbar (QM#65). Konservativ-islamische arabische Familien fallen auf. Analphabetismus – insbesondere von Frauen - und Schulabbrüche sind häufig. Die Arbeitslosenrate des Bezirks liegt bei 27%. Die Ballung sozialer Problemlagen und Chancenlosigkeit überfordern Mittelständler/innen. Es kommt vermehrt zur Orientierung an islamischen bis islamistischen Werten. Es mangelt an der Bereitschaft zur aktiven Solidarität mit anderen bei Angriffen (QM#68). Gangs junger Männer terrorisieren den Kiez. Die Dominanz von Bevölkerungsgruppen mit sozialen Notlagen soll abgebaut werden. Vandalismus prägt das Umfeld (QM#82, 84). Moscheebetreiber (Islamische Föderation, Hauptstraße) hinterlassen dem Bezirk hohe Mietschulden und kaufen ein Gebäude gegenüber neu an. Der türkische Papst-Attentäter ist von dieser Gemeinde mit 300.000,- DM an Spenden unterstützt worden. Diese Handlungsweisen setzen deutliche Signale gegen eine Integration (QM#87). Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund (ca. 30% in der Potsdamer Straße)

lassen sich nur schwer zu gemeinsamen Marketingaktionen in der Potsdamer Straße aktivieren. Sie orientieren sich einseitig auf Kundschaft der eigenen Gruppe und zeigen ein oft unbegründetes Misstrauen gegen Deutsche und Behörden. Auch untereinander herrscht Konkurrenzdenken und Misstrauen vor (QM#90, 99, 101). Die Kiezbevölkerung besteht zu einem Drittel aus Migrant/inn/en, meist türkischer Herkunft. Junge Türken heiraten oft aus der alten Heimat geholte Bräute ohne Kontakt zur deutschen Kultur und Sprache. Dies begünstigt die Entwicklung einer Parallelgesellschaft. Distanz und Misstrauen sind Folgen in Hausgemeinschaften mit Deutschen (QM#113, 114). Kinderbetreuung durch die Großeltern bringt erhebliche Nachteile (Sprachbeherrschung) mit sich. Als Schüler/innen leiden die Kinder unter Frustration und Aggression. Das Lehrpersonal zeigt sich immer häufiger überfordert. Delinquenz der Jugendlichen ist häufig. Gegenüber der Polizei besteht Misstrauen (QM#115). Arabische Migrant/inn/en sind schwerer anzusprechen als Türk/inn/en. Der Kontakt- und Vertrauensaufbau ist schwierig. Jugendkriminalstrukturen zeigen, dass ältere Brüder die jüngeren zu Straftaten anleiten (QM#118). Es besteht eine einseitige Anspruchs- und Erwartungshaltung gegenüber der deutschen Gesellschaft. Schlechte Perspektiven werden als Grund für Gewalt und Respektlosigkeit benutzt. Es muss sich durchsetzen, dass alle Mitverantwortung für die Gesellschaft tragen (QM#122). Migrant/inn/en fallen als Vertreter/innen autoritärer Erziehungsstile und Befürworter/innen von Gewalt Älterer gegen Jüngere, Männer gegen Frauen, etc. auf. Eine Debatte zur Ächtung von Gewalt und von autoritärer Erziehung ist zu initiieren. Es wäre fatal, der kulturellen Konfrontation auszuweichen (QM#123). Migrant/inn/en im Kiez haben meist einen türkisch-kurdischen oder ex-jugoslawischen Hintergrund. Sie stammen aus der bildungsfernen Unterschicht, sind überwiegend arbeitslos, abhängig von Transferleistungen und leben in zu kleinen Wohnungen mit etwa 4 bis 8 Kindern. Es besteht ein enormer Bedarf an Hilfen und Unterstützungsleistungen: Alphabetisierung, deutsche Sprache, etc. (QM#129). Migrant/inn/en werden häufig nicht ernst genommen, nicht an Entscheidungen beteiligt. Es fehlt das Gefühl der Zugehörigkeit und ein echtes Bürgerforum im Kiez. Im Quartiersmanagement fehlt es an interkultureller Kompetenz (QM#150, 151). Migrant/inn/en sind auch Opfer schlechter Presse, die soziale Konflikte und Probleme ethnisiert. Dadurch wachsen Diskriminierung und Stigmatisierung (Parallelgesellschaften, Zwangsehen, etc.). Mehr Objektivität wird gewünscht (QM#156). Schlimmer als Hass wird von Migrant/inn/en im Kiez die weit verbreitete Gleichgültigkeit erlebt. Migrant/inn/en sind als Mütter oft überfordert, wenn sie in schwierigen Familienverhältnissen leben (QM#164). Kopftuchtragen ist unter Migrant/inn/en im Kiez

weitaus verbreiteter als früher. Dies geschieht in bewusster Opposition gegen die Mehrheitsbevölkerung und signalisiert Abgrenzung. Die Frauen konkurrieren untereinander um Respekt der Männer, um Achtbarkeit, etc. (QM#165).

Homosexuelle

Zur Variablen „Homosexuelle“ werden Aussagen von sechs der insgesamt zehn Befragten ausgewertet:

Homosexuelle werden als gegenüber türkisch-arabischen bildungsfernen Menschen vorurteilsbehaftet erlebt. Der Fall Café P. zeigt, dass Konflikteskalationen aufgrund von beidseitigen Vorbehalten stattfinden (QM#59). Homosexuelle werden als Opfer von Angriffen Jugendlicher mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Es kommt zu einer starken Ablehnung homosexueller Lebensstile durch arabische Jugendliche und solche, die sich mit islamischen Werten identifizieren. Es fehlt an Schutz vor Angriffen durch mangelnde Solidarität im Kiez (QM#68). Homosexuelle engagieren sich im Kiez und stellen Förderanträge für ihre Projekte im Kiezfonds (QM#86). Am Nollendorfplatz existiert ein europaweit bekanntes großes Schwulenviertel. Homosexuelle sind vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen. Präventionsarbeit im Kiez muss auf diese Gruppe besonders achten (QM#104). Für Orientalen ist Homosexualität eine Provokation, da Sexualität ohnehin ein Tabu darstellt. Homosexualität wird als Werbung für sexuelle Freizügigkeit verstanden. Dies begünstigt eine latente Schwuleneindlichkeit junger Männer mit Migrationshintergrund, die innerhalb der eigenen sozialen Gruppe unterstützt wird. Auch sexistische (frauenfeindliche) Werbung wird von Migrant/inn/en als demütigend und entwürdigend entschieden abgelehnt (QM#157). Der Fall Café P. zeigt, dass hier nicht multikulturell offene „Gettobewohner“ vertrieben wurden. Es zeigt sich Rassismus seitens einiger Homosexueller. (QM#161). Industrialisierung, Frauenarbeit, gleiche Rechte, etc. bedrohen die patriarchalische Familienordnung und gefährden deren Zusammenhalt. In der Unterschicht sind Gewalthandlungen bei Konflikten üblich (QM#162).

Probleme und Lösungen

Zur Variablen „Probleme und Lösungen“ werden Aussagen von acht Personen ausgewertet:

Berlin fördert seit 1998 das Quartiersmanagement, um dem Bedarf an baulicher und sozialstruktureller Revitalisierung der Städte gerecht zu werden. Bundesweit werden vergleichbare Projekte gefördert. Bauliche und soziale Probleme verstärken sich gegenseitig. Integration von Migrant/inn/en, Bildung durch Schule im Stadtteil, Stärkung lokaler

Ökonomie, Gesundheitserziehung sind stark vernachlässigte Problemfelder in Städten. Das Engagement muss dauerhafter werden, als es durch Förderexperimente gelingen kann. Hilfen sind kommunal zu bündeln und die Bewohnerschaft ist zu beteiligen. Der Kiezfonds bietet einen guten Anreiz dafür (QM#3, 5, 16, 18, 19). Initiativen und Kiezverbesserungsideen von Bürger/inne/n scheitern an finanziellen Restriktionen. Aber auch kleine Erfolge (Kiezfonds mit 30.000,-€ Budget) tragen zum verbesserten sozialen Klima bei (QM#35). Die Potsdamer Straße hat ein Imageproblem; Gewerbe geben auf. Ein kulturhistorisches Projekt und ein Wettbewerb sollen entgegen steuern (QM#41). Der Terror Einzelner (Gruppen) stört das friedliche Zusammenleben im Kiez. Die AG Zukunft sammelt Ideen der Bürger/innen. Anstatt dass nur zugesehen wird, wenn ältere Brüder kriminelle Erfahrungen an jüngere Geschwister weiter geben, sollten Jugendliche bei der Findung von Ausbildungsstellen unterstützt werden. Das Café Palladin bietet solche Plätze lokal an (QM#44). Initiativen anzuregen, um Einzelprobleme zu lösen, genügt nicht für eine dauerhafte Konsolidierung im Kiez. Fachleute wurden vereinzelt hinzugeholt und brachten Lösungen. Der Aufbau von Vätergruppen wird als notwendig für eine Verbesserung der Strukturen in den Familien und im Kiez erachtet, gestaltet sich jedoch besonders problematisch (QM#49). Ein ungesunder Lebensstil auch und gerade von Migrant/inn/en (Ernährung, Zahnpflege, Bewegungsmangel, etc.) wird beobachtet. Durch Vernetzung mit Projekten der Gesundheitsprävention und durch Kooperationen mit Krankenkassen und der Wohnungsbaugesellschaft gelingen Verbesserungen (Projekte, Kletterfelsenbau, etc.) (QM#57). Leerstand, Vandalismus und Abwanderung im Sozialpalast werden durch besseres Management, Feste, Balkonwettbewerbe, Putzaktionen und auch Kündigungen von Problemmieter/inne/n beseitigt. Die Imageverbesserung kommt den Bewohner/inne/n und ihrem Umfeld zugute (QM#67). Eine einseitige Mieterstruktur mit vielen sozialen Problemlagen wird vereinzelt durch eine aktive Belegungspolitik der Wohnungsbaugesellschaft und gezielte Integrationshilfeangebote verbessert (QM#77). Eine sozial schwache Bevölkerungsmehrheit und ein Mangel an sozial kompetenteren Vorbildern führen zu einem Abwärtstrend des gesamten Kiezes. Die soziale Mischung soll durch Enklaven höherer Wohnqualität verbessert werden. Eigentums- und Genossenschaftsmodelle sollten wieder aufgelegt werden. Es gibt einzelne gute Ansätze (Crellestraße, Erdmannstraße, Helmstraße,...) (QM#84). Unzureichendes Sozialverhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund fällt im Kiez auf. Ihr Desinteresse am Engagement für den öffentlichen Raum soll durch gezieltes Empowerment mit Anleitung zu sozial verantwortungsvollem Handeln gegenüber der Gemeinschaft aller nach in Deutsch-

land geltenden Regeln gefördert werden. Die Politik ist nach neuen, wirksamen Instrumenten gefragt (QM#86). Anwohner/innen beklagen Vereinzelung und Anonymität im Kiez. Der Anwohnertreff in der Mansteinstraße und ein neues Mediationsangebot für Nachbarschaftsstreitfälle bieten Alternativen (QM#108, 109). Es fehlen Perspektiven, Arbeitsplätze. Insbesondere Kinder leiden unter Verwahrlosung und Perspektivlosigkeit. Eine zugehende Pädagogik ist gefragt, um die Spirale von Delinquenz und Strafen aufzuhalten. Um (z. B. berufliche) Potenziale entfalten zu können, ist auch das Engagement von lokalen Unternehmen und ihre Öffnung gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Mitarbeiter/inne/n gefragt (QM#137). Die Kiezscheule hat einen schlechten Ruf als Araberschule, die ihre Bildungsaufgaben und ihre integrative Funktion nicht erfüllen kann. Eltern sind oft Analphabet/inn/en und kennen sich vielfach weniger aus als ihre Kinder. Ihre Autorität wird untergraben; es kommt zu einem Verfall tradierter Werte. Durch Elternarbeit sollen eine Lösung vieler Probleme und eine Trendwende möglich werden (QM#144, 145). Das fehlende Engagement von Migrant/inn/en wird bedauert. Ihnen fehlen Perspektiven und ihr Selbstwertgefühl bleibt unterentwickelt. Öffentlichkeitswirkung durch Medienberichte soll sich positiv entfalten und ihnen und ihren Anliegen eine Stimme geben (QM#152).

Zuordnung der Antworten zu den Leitfragen

Zusammengefasst und nach den zu beantwortenden Fragen geordnet, ergeben sich folgende Antworten der Quartiersmanagement-Expert/inn/engruppe:

1) Sind Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden vorhanden?

Das Milieu des Schöneberger Nordens wird als von Kriminalität, Drogen, Prostitution und Vandalismus geprägt beschrieben (QM# 55, 56, 82, 97, 105, 118, 154), in dem Lebensstilkonflikte vielfältig auftreten und sich in o. g. Weise öffentlich zeigen. Unterschichtsangehörige Migrant/inn/en bilden in Teilen des Schöneberger Nordens eine Parallelgesellschaft. Die Unterdrückung von Frauen und Mädchen sowie Zwangsverheiraten werden beobachtet. Misstrauen gegen Deutsche und gegen Behörden sind in diesen Gesellschaften verbreitet (QM#27, 38, 68, 90, 97, 104, 105, 113, 115, 116, 132, 165). Ein Klima von Resignation aufgrund von Überforderung wird als Hintergrund der Entwicklung genannt (QM#132). Insbesondere die Väter dieser Familien sind nicht offen und für Initiativen des Quartiersmanagement erreichbar (QM#49). Das Familienansehen wird von Migrant/inn/en besonders hoch geschätzt (QM#162). Eine antidemokratische Erziehung und häufig gewaltvolle Kommunikation führen zu vielfältigen Lebensstilkonflikten (QM#30, 56, 74, 123). Ein geringer Kontakt, Anonymität der Bewohnergruppen

untereinander und mangelnde Solidarität unterschiedlicher sozialer Gruppen wird dargestellt (QM#32, 64, 68, 108).

2) Welcher Art sind die Lebensstilkonflikte und welche Bedeutung wird ihnen zugemessen?

Pöbeleien, Übergriffe, Rechtsbrüche kommen im Kiez häufig vor (QM#39, 56, 68, 72). Es zeigen sich vor allem soziale Alltagskonflikte Unterschichtsangehöriger, die – so wird als typisch für Unterschichtsangehörige dargestellt – häufig gewaltsam ausgetragen werden (QM#123, 162, 164). Der Kontakt mit dem Mittelstand fehlt (QM#32, 56, 64, 65, 84), da Mittelschichtsangehörige das Gebiet weitgehend verlassen haben und es inzwischen meiden (QM#27, 53, 80, 101, 104, 144). Die übliche autoritäre Erziehung schafft gewaltvolle Umgangsformen (30, 147, 164). Diese Entwicklung wird jedoch nicht allein im Zusammenhang mit einzelnen Lebensstilkonflikten gesehen, sondern sie kann sich im Kiez als „Zeitbombe“ erweisen (QM#30). Ein kreatives Selbsthilfepotenzial wird bei den meisten Bewohner/innen im Gegensatz zur früher bunten Bevölkerungsmischung vermisst (QM#101, 134).

3) Wer sind die Beteiligten / Betroffenen?

Homosexuelle engagieren sich im Kiez (QM#86); werden jedoch unter anderen als von Gewalt in der Öffentlichkeit Betroffene genannt (QM#104). Junge türkisch-arabische Männer mit „Machoallüren“ treten häufig aggressiv als Angreifer von Schwächeren in Erscheinung (QM#59, 61). Einerseits sind sie von Überforderung betroffen, andererseits von Langeweile. Entsprechend der Tabuisierung von Homosexualität in ihren Herkunftsfamilien begegnen sie gerade Homosexuellen mit Ablehnung (QM#68, 135, 158). Sie sind in ihren Schulen zu fast 100% mit Gleichen, also mit sozial schwachen Jugendlichen ethnischer Minderheiten konfrontiert. Dort sind sie einerseits überfordert, andererseits stehen sie unter einem hohen Erwartungs- und Leistungsdruck ihrer Eltern (QM#54, 115, 137, 144, 145, 147). Wechselseitige Vorurteile und Vorbehalte Homosexueller und Migrant/innen konservativ-islamischer Grundeinstellung führen zu wechselseitiger Abwertung und zu Lebensstilkonflikten (QM#59, 61, 161, 162).

4) In welcher Form vollziehen sich die Lebensstilkonflikte?

Es zeigt sich ein Klima von Angst und Aggression, besonders in Form von Machtkämpfen türkischer und arabischer Jugendlicher mit der Polizei (QM#61). Öffentliche El-Kaida-Sympathiebekundungen durch Jugendgruppen werden beschrieben, welche die Identifikation vieler Kiezjugendlicher mit antidemokratischen Gesellschaftsordnungen belegen (QM#61). Ein gestiegener Einfluß fundamentalistischer islamischer Organisatio-

nen zeigt, dass die Tendenz nicht allein die Jugendlichen betrifft. Kulturell desintegrative Wirkungen werden durch deren z. T. antidemokratische Vorbilder, die zur Betonung der Unterschiede der ethnischen Minderheit gegenüber der deutschen Gesellschaft beitragen, erreicht (QM#30, 40, 87, 135, 136, 165). Eine einseitige Erwartungshaltung gegenüber der deutschen Gesellschaft hat sich gebildet (QM#122). Andererseits ist die mangelnde Beteiligung von Migrant/inn/en am Quartiersmanagement auch ein Indiz dafür, dass sie nicht ernst genommen werden (QM#150, 151). Eine positive Wirkung privater Sicherheitsdienste zur Konfliktlösung in den Nachbarschaften ist umstritten, da sie auch Eskalationen provozieren könnten (QM# 155). Eine schlechte Presse über den Schöneberger Norden verstärkt die Konfliktwahrnehmung (QM#156).

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Insgesamt kommt die Gruppe der Quartiersmanagement-Expert/inn/en zu einem eher pessimistischen Blick auf die Lebensstilkonfliktlage vor Ort (QM#29, 124: „stabile Schieflage“). Der in den Antworten auf die Leitfragen dargestellten ethnisch-sozialen Problemballung und der kontinuierlichen Verschärfung der Situation stehen zahlreiche Projekte und Initiativen mit einzelnen Verbesserungen („Sozialpalast“/ „Pallasseum“: QM#28, 36, 37, 52, 53, 67) gegenüber. Hauptzielgruppe der Interventionen des Quartiersmanagements ist die Gruppe sozial schwacher Migrant/inn/en, die – verunsichert durch besondere Betroffenheit von ökonomischer Ausgrenzung - sich zunehmend auf sich selbst gestellt sieht. In der Besinnung auf ihre traditionellen Wurzeln in Abgrenzung zum westlichen Lebensstil wird diese Minderheit durch islamistische Einflüsse auf eine Weise bestärkt, die auf Dauer als Gefahr für ein friedliches Zusammenleben („Zeitbombe“) erachtet wird (QM#30, 61, 68, 87, 123). Als Lebensstilkonfliktpartner der sich auf sich selbst zurückziehenden ethnisch-sozialen Minderheiten werden Homosexuelle und andere Mittelschichtsangehörige (angegriffene Geschäftsleute) genannt (QM#68, 99). Am Beispiel des Café P. wird deutlich, dass diese sich jedoch nach Möglichkeit den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit jugendlichen Migranten entziehen. Es wird von verschiedenen Expert/inn/en angenommen, dass einerseits Vorurteile, andererseits Gleichgültigkeit dieser sozial überlegenen Gruppen gegenüber der ethnisch-sozialen Minderheit konfliktverschärfend wirken (QM#59, 161, 163). Die Expert/inn/en des Quartiersmanagements konstatieren, dass in mehrfacher (baulicher, umfeldbezogener) Hinsicht eine gute Grundlage für das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen im Quartier geschaffen werden konnte (QM#28, 35, 36, 37, 67). Angesichts der massiven sozialen Konfliktlage eines Großteils der Gebietsbewohner/innen, die sich durch ethnische Differenz verschärft,

gehen die Expert/inn/en davon aus, dass als Erfolg bereits gilt, wenn sich das Quartier durch die Interventionen des Quartiersmanagements „in seiner Schieflage stabilisiert“ (QM#28, 29, 124). Dieser Analyse folgend, werden sich gewaltsam ausagierte Lebensstilkonflikte als Ausdruck sowohl sozialer als auch ethnischer Konflikte im Gebiet eher manifestieren und Segregation wird zunehmen. Bisherige Interventionen des Quartiersmanagements reichen zur Gegensteuerung voraussichtlich auch langfristig allein nicht aus.

5.4 Expert/inn/enantworten der Gruppe der Initiativen Homosexueller

Antwortenzuordnung zu den Variablen

Kiezwahrnehmung

Zur Variablen „Kiezwahrnehmung“ kommen Antworten von sechs der neun Befragten zur Auswertung:

Als Vergnügungsviertel für Homosexuelle (HI#19), aber auch als Wohngebiet von Homosexuellen wird der Kiez wahrgenommen, ebenso als Ort, an dem viele Angriffe auf Homosexuelle stattfinden und an dem sich ein neuer regionaler Schwerpunkt homophober Gewalt abzeichnet. 44% aller in Berlin gemeldeten Angriffe geschehen 2003 in Schöneberg. Zuvor war der Schwerpunkt der Tiergarten (HI#20). Der Motzstraßenkiez wird als homosexuellen-freundlich erlebt. Das Umfeld akzeptiert den Lebensstil. In einschlägige Lokale wird investiert (HI#29, 30). Das soziale Niveau fällt östlich der Potsdamer Straße stark ab; erkennbar am Umfeld und am fehlenden Engagement. Homosexuelle bevorzugen ein gut-bürgerliches Umfeld (HI#31). Im Schöneberger Norden dominiert Prostitution, Drogenhandel und -konsum und die Akzeptanz von Gewalt. Es gibt Homosexuellen gegenüber feindlich gesonnene Nachbarschaften im Schöneberger Norden. Die sozialen Milieus schotten sich voneinander ab (HI#34). Eine kreative Szene im Kiez fürchtet um ihren Fortbestand. Ein Profilwandel droht; noch besteht ein gutes Netzwerk (HI#48, 52). Vereinzelt wird eine ermutigende Wirkung des Quartiersmanagements wahrgenommen, ein Mosaik unsicherer und gefährlicher Orte und attraktiver Toleranz-Inseln besteht. Die Entwicklung wird genau beobachtet. Ein weiterer Qualitätsverlust wird befürchtet und entscheidet über den Fortzug aus dem Gebiet (HI#50-52, 68). Das Gebiet ist stark multikulturell (HI#42) wie auch durch homosexuelle Lebensstile (HI#56) geprägt. Sowohl Migrant/inn/en als auch Homosexuelle sind auf unterschiedliche Weise von Diskriminierung betroffen. Lesbische Migrantinnen ergreifen Initiative gegen Mehrfachdiskrimi-

nierung (HI#70, 71). Familienclans, deren Mitglieder durch Schutzgelderpressungen, Drogenhandel u. a. auffallen, müssen strukturell untergraben werden. Aussteiger/innen benötigen Auffangnetze (HI#88). Homophobe Übergriffe von Jugendlichen sind häufig, doch durch offene Begegnungen gelingt es allmählich, Akzeptanz zu schaffen (HI#97, 98). Die Projekte in der schwul-lesbischen Szene Schönebergs profitieren von der aufgeschlossenen Haltung der Bezirkspolitiker/innen. Die politische Offenheit schafft eine Basis und Sicherheit für die eigene Arbeit und die Vernetzung (HI#99).

Kiezveränderung

Zur Variablen „Kiezveränderung“ kommen Antworten von acht Antwortenden zur Auswertung:

Jugendgangs von männlichen Migranten tyrannisieren Andere: Frauen, Alte, Homosexuelle. Es ist eine gesamtberliner Tendenz zu beobachten, die beunruhigt und zum Engagement auffordert (HI#6). Gestiegene Gewaltbereitschaft gegen Homosexuelle seitens Jugendlicher mit Migrationshintergrund wird zunehmend wahrgenommen. Die allgemeine Tendenz führt zu Aufklärungskampagnen unter Homosexuellen über ihre Gefährdung (HI#21, 22). Das schwullesbische Stadtfest Schönebergs hat sich – ursprünglich als Reaktion auf eine negativ gestimmte Umwelt initiiert - auf hohem Niveau etabliert (13 Jahre Bestand) und ist ein bedeutender lokaler Wirtschaftsfaktor mit internationaler Ausstrahlung geworden (HI#25-29). Am Nollendorfplatz gibt es Aufwertungsbestrebungen, die soziale Abstände noch vergrößern können (HI#32). Lokale Netzwerke leiden durch Fortzüge (z. B. Café P., vgl. HI#44). Es gibt die Erfahrung, dass nicht mit allen Nachbar/innen Kontakte zu knüpfen sind (HI#45). Trotz einiger Erfolge benötigt das Viertel Unterstützung zur sozialen Sanierung (HI#68). Starke Segregations- und Verslumungstendenzen bestehen. Das Armutszentrum ist von der übrigen Bevölkerung abgegrenzt (HI#74). Jugendbanden (der Armutsbevölkerung) durchbrechen und verstärken die Isolation durch Übergriffe (HI#51, 75). Der Schöneberger Norden entwickelt sich im Gegensatz zum Nollendorfplatzkiez homophob. Homosexuelle ziehen sich aus dem Schöneberger Norden zum Nollendorfplatz zurück. Die Menschen im Schöneberger Norden benötigen Betreuung und Aufklärung (HI#86). Die multikulturelle Mischung Schönebergs ist durch die zunehmende Dominanz von Migrant/inn/en aus der Unterschicht in Gefahr. Das Zusammenleben ist bedroht. Die Neuköllner Tendenz greift auf Schöneberg über (HI#134-138). Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Familien zerstören den erkämpften Freiraum der Toleranz und der homosexuellen Emanzipation. Seit der gewaltsamen Zerschlagung des Schöneberger Homokiezes durch die Nazis und nach dem Wiederauf-

bau der Szenestrukturen ist dies nicht mehr für denkbar gehalten worden. Es fehlt an Solidarität in der Bevölkerung (HI#140). Die Verschlechterung des sozialen Klimas für Homosexuelle findet überall dort in Berlin statt, wo muslimische Migrantengemeinschaften dominieren. Dieser problematische Zusammenhang wird zu wenig öffentlich zugegeben (Ignoranz) (HI#142).

Konflikte

Zur Variablen „Konflikte“ kommen sieben Aussagen von fünf der Befragten zur Auswertung:

Der Stricherverkehr auf dem Kinderspielplatz Eisenacher-/ Fuggerstraße führte zu Anwohnerbeschwerden über die Verhaltensweisen einiger Homosexueller. Durch bauliche Sicherung des Ortes und eine nächtliche Absperrung war das Problem zu lösen (HI#28). Jugendliche zeigen sich in der Öffentlichkeit respektlos und es kommt zu Übergriffen. Das Bedrohungsgefühl steigt. Migrant/inn/en haben keine Gebietsidentifikation aufgebaut. Ihre sozialen Bezüge sind nur innerhalb der eigenen Gruppe gut ausgebildet (HI#75). Es bestehen rechtliche Konflikte von homosexuellen Flüchtlingen, denen kein Bleiberecht zusteht. Durch das Engagement gegen Diskriminierung wird Einfluss genommen (HI#83). Ein schwuler Geschäftsinhaber ohrfeigte ein Mädchen mit Migrationshintergrund, das ihn mit anderen fortgesetzt homophob belästigte, es kam – auch mit den Eltern - zum Eklat. Im Mädchenzentrum für Migrantinnen sei daraufhin eine Gesprächsrunde zum Thema Homosexualität durchgeführt worden (HI#96). Diskriminierung und öffentliche Anpöbeleien seitens türkischer und arabischer junger Männer gegen lesbische Frauen werden berichtet. Emotionaler Stress aufgrund der Diskriminierung homosexueller Lebensstile entsteht (HI#132). Ein schwules Paar wurde kürzlich von einer Gruppe türkischer und arabischer Jugendlicher im fahrenden Bus verprügelt. Auch solche Beobachtungen führen zu Aggression und Angst. Bisher konnten Homosexuelle gerade in Schöneberg angstfrei leben (HI#134). Ein Anstieg öffentlich geäußerter Aggressivität türkisch-arabischer (muslimischer) Jugendlicher ist nach dem 11. September 2001 spürbar. Etablierte Migrant/inn/enorganisationen lassen es an deutlicher Distanzierung fehlen (HI#141).

Migrant/inn/en

Zu der Variable „Migrant/inn/en“ kommen Antworten von acht Befragten zur Auswertung:

Vertreter islamischer Organisationen fallen in Diskussionsrunden als homophob auf. In jüngster Zeit zeigt sich doch eine allmähliche Dialogbereitschaft (HI#4). Türk/inn/en und

Araber/innen dominieren den Kiez mit bekannten Vorurteilen gegen homosexuelle Lebensstile. Ein Dialog ist schwierig, wie sich am Fall des Café P. zeigt (HI#34). Homosexuelle Migrant/inn/en konfrontieren ihre Familien mit Diskussionen über Homosexualität, wie sie in Deutschland in den 1950er Jahren üblich waren. In Deutschland ist Homosexualität erst seit 1969 legal (HI#35). Migrantinnen (Einzelfrauen, Lesben) werden als multikulturelle Bereicherung wahrgenommen, die mit Begeisterung interkulturelle Projektarbeit fördern (HI#40-42). Auf der anderen Seite stehen unverschämte Bandenangriffe arabischer Jungen und undurchsichtige Männerlokale, die als Bedrohung erlebt werden (HI#51). Jugendliche mit Migrationshintergrund werden als Störer und Flaschenwerfer auf Straßen- und Hoffesten erlebt, deren Eltern bewusst nicht eingreifen. Lesben trainieren Deeskalationsstrategien zum Selbstschutz (HI#58). Lesbische Migrantinnen sind von Mehrfachdiskriminierung betroffen und initiierten ein Selbsthilfeprojekt gemeinsam mit Deutschen (HI#73). Von ca. 200.000 in Berlin lebenden Türk/inn/en sind etwa 10.000 - 20.000 Homosexuelle. Aufklärung über homosexuelle Lebensstile soll gerade bei Migrant/inn/en Akzeptanz schaffen. Umgekehrt soll auch die Ausländerfeindlichkeit von Homosexuellen thematisiert und aufgebrochen werden (HI#78). Migrant/inn/en werden als Partner/innen homosexueller Lebensgemeinschaften wahrgenommen, die besondere Hemmschwellen zu überwinden haben und mehr Unterstützung benötigen. Begegnungen von Menschen unterschiedlichen sozialen, kulturellen Hintergrundes und unterschiedlicher Lebensstile (homosexuell oder nicht) sollen unterstützt werden, um eine gegenseitige Akzeptanz von Verschiedenheit zu fördern (HI#93, 94). Das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen hat in Deutschland eine lange Tradition. Es gibt eine eingeschränkte Aufgeschlossenheit gegenüber multikulturellem Zusammenleben in Großstädten. In Schulveranstaltungen zum Thema Homophobie geben nur einzelne Schüler/innen ihre Homophobie zu (HI#130). Es herrscht eine mangelnde Anpassungsbereitschaft muslimisch geprägter Minderheiten (insbesondere ausgedrückt durch jugendliche Machos, die sich keinen Regeln fügen). Ihr Raum einnehmendes, respektloses Verhalten, lautstarke öffentliche Auftritte mit Kampfsportthabitus und unverschämter Anmache von Frauen und Lesben, fördert Empörung und Wut sowie den Wunsch nach stärkeren staatlichen Sanktionen (HI#136, 137). Die Mehrheit der Migrant/inn/en wird als desinteressiert an Solidarität mit Homosexuellen erlebt. Türkische und arabische Organisationen Berlins schweigen zu homophoben Angriffen junger Türken und Araber. Dies enttäuscht und dämpft das eigene Engagement gegen Rassismus. Die Verhüllung der muslimischen Frau wird inzwischen als politisches Symbol der Akzeptanz von Ge-

schlechterungleichheit, Diskriminierung von Frauen, etc. – und nicht mehr wohlwollend-neutral - angesehen (HI#138, 139).

Homosexuelle

Zur Variablen „Homosexuelle“ kommen Antworten von sieben Interviewpartner/inne/n zur Auswertung:

Homosexuelle werden als im Kiez wichtige soziale Gruppe angesehen. Im Kampf gegen Diskriminierung und für Emanzipation hat diese Gruppe auch politisch ein hohes Gewicht. Als Projektbeteiligte in Antidiskriminierungsinitiativen sind Homosexuelle bekannt und aktiv (HI#3, 4). Einige Homosexuelle engagieren sich, andere ziehen im Fall von fortgesetzten Schikanen aus einem Gebiet fort. Für eine lebendige Nachbarschaft ist eine offensive Konfliktbewältigung unerlässlich (HI#9). Es gibt eine Seniorenwohnheiminitiative für Homosexuelle in Schöneberg. Ein diskriminierungsfreier Stadtraum ist für homosexuelle Lebensstile unerlässlich. Großstädtische Gettos mit Abschottung gegenüber anderen Lebensstilen gibt es auch bei Homosexuellen; doch dies wird als kontraproduktiv erachtet (HI#11-13). Homosexuelle werden oft Opfer von Raubüberfällen in Parks. 1992 wurde eine polizeiliche Spezialstelle eröffnet. In der Vergangenheit war Homosexualität (auch in Deutschland) ein Tabu. Die Gleichstellung erfolgte erst 1994 (HI#18). Homosexuelle fallen als Vergnügung suchende im Schöneberger Viertel um die Motzstraße auf und am Nollendorfplatz. Es werden gezielte homophobe Angriffe festgestellt. Die tradierte Diskriminierung wirkt trotz rechtlicher Gleichstellung fort. In 80% der Fälle wird auf Anzeigen verzichtet. 44% aller Taten gegen Homosexuelle geschehen in Schöneberg (HI#19, 20). Ende der 1980er Jahre häuften sich Vorfälle von Jugendgewalt und Straftaten gegen Homosexuelle, die sich in großstädtischen Quartieren subkulturelle Lebensstilmischen geschaffen haben. Die Stadtfestinitiative, die in Selbsthilfe seit den 1990er Jahren organisiert wird, hilft, die latent gleichgültige bis negative Haltung der Bevölkerung in der Nachbarschaft aufzuheben (HI#25, 29). Bei der türkischen und arabischen Bevölkerung beginnt der Akzeptanzprozess erst (HI#35). Lesbische Frauen nutzen die kulturellen Angebote in Schöneberg. Es besteht ein hoher Bedarf an Austausch und Vernetzung von lesbischen Frauen unterschiedlicher Herkunft (HI#40). Homosexuelle sind in Schöneberg in örtlichen Vereinen und Beratungsstellen aktiv. Seit Beginn der 1980er Jahre werden Netzwerke homosexueller Initiativen aufgebaut (HI#55). Als Beratung Suchende, als diskriminierte Minderheit und auch als ehrenamtlich Aktive fallen Homosexuelle im Kiez auf (HI#65, 67). Homosexuelle Migrant/inn/en sind besonders häufig von Diskriminierung betroffen, da Homophobie außerhalb von Berlin

noch verbreiteter ist. Dies ist der Anlass für verstärkte Aktivitäten der Netzwerkbildung und von Aufklärungsinitiativen (HI#78). Homosexuelle unterhalten zentrale Interessenverbände in Schöneberg. Die räumliche Nähe zu anderen Vereinen schafft gute Voraussetzungen zur Zusammenarbeit. Der Bezirk leistet hier eine vorbildliche Förderung (HI#90).

Probleme und Lösungen

Zur Variablen „Probleme und Lösungen“ kommen Antworten von vier Befragten zur Auswertung:

Gewalt gegen Schwule, wobei Jugendliche häufig Täter waren, hat im Kiez Fuggerstraße in der Vergangenheit durch Bürgerforen und einen intensiven Dialog mit der Nachbarschaft über verhaltensbedingte Störungen durch bestimmte homosexuelle Lebensstile (Stricherverkehr auf Spielplätzen) und gezielte Gegenmaßnahmen eingedämmt werden können (HI#28). Die Moderation eines Dialoges in der Nachbarschaft bewirkte eine höhere Akzeptanz homosexueller Lebensstile (HI#33). Eine Belebung der Potsdamer Straße mit weltoffenen Läden jeglichen kulturellen Hintergrundes soll die drohende desintegrative türkisch-arabisch dominierte Monostruktur des Kiezes aufhalten helfen (HI#52). Eine verbreitete Homophobie armer, ungebildeter Menschen soll durch Aufklärungsinitiativen des Quartiersmanagements aufgehoben werden. Nach dem Wegzug des Café P. gingen die Gewalttaten zurück. Die Eltern pöbelnder Jugendlicher sind in die Aufklärungskampagnen einzubeziehen (HI#86). Als jugendliche Migrantinnen gegen ein Zentrum von homosexuellen Migrant/innen pöbelten, sind sie durch ein freundliches und offenes Zugehen der Betreiber/innen überrascht worden. Die Angriffe gingen zurück (HI#87). Arabisch-türkische Kinderbanden im Bereich Steinmetzstraße belästigen Kletterfelsen-Nutzerinnen mit Steinwürfen und anderen Aggressionen und Provokationen. Eine Kiezstreife der Wohnungsbaugesellschaft wirkt entlastend. Ein friedliches Nebeneinander ist derzeit Utopie, kann nur durch verstärkten Einsatz von Ordnungshüter/innen aufrechterhalten werden (HI#133).

Zuordnung der Antworten zu den Leitfragen

Zusammengefasst und nach den zu beantwortenden Fragen geordnet, ergeben sich folgende Antworten der Expert/innen/engruppe der Initiativen Homosexueller:

1) Sind Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden vorhanden?

Die multikulturelle Mischung Schönebergs und das – trotz verbreiteter Armut – offene soziale Klima im Schöneberger Norden ist durch die zunehmende Dominanz von Unterschichtsangehörigen mit Migrationshintergrund (dargestellt als nicht zur Anpassung

bereite jugendliche „Machos mit Kampfsportthabitus“ (HI#136) gefährdet (HI#6, 20, 51, 58, 86, 96, 136, 140). Projektenetzwerke sind durch Fortzüge, wie z. B. den des Café P., geschwächt (HI#44). Das Gebiet ist in einen wirtschaftlich stärkeren Westen und einen verelendenden Osten durch die Potsdamer Straße geteilt (HI#31). Es kommt zu weiterem Niveauverlust östlich der Potsdamer Straße und zu verstärkter Feindseligkeit gegenüber Homosexuellen durch Angehörige türkischer und arabischer Milieus (HI#31, 34, 96). Die Entmischung im Gebiet wird vor allem durch Unsicherheit verbreitende Gruppen („arabische Männervereine“) und teilweise kriminelle Clans vorangetrieben (HI#51, 53, 68, 88).

2) Welcher Art sind die Lebensstilkonflikte und welche Bedeutung wird ihnen zugemessen?

Jugendliche Migranten tyrannisieren außer Schwulen auch Frauen, Alte, etc. mit gesteigerter Gewaltbereitschaft. Berichte beziehen sich auf Prügelaktionen gegen ein homosexuelles Paar in einem Bus, Anpöbeleien von Lesben, Steinwürfe gegen das Café P., etc. (HI#20, 21, 34, 51, 58, 75, 96, 97, 134, 141). Die Bedeutung der Angriffe wird sehr hoch eingeschätzt, zumal das im Kiez seit Jahren etablierte Café P. den Standort aufgegeben hat und dadurch das Netzwerk der homosexuellen Initiativen des Gebiets insgesamt geschwächt wurde (HI#44). Der Schöneberger Norden scheint sich durch die Häufung der Attacken zu einem Zentrum von Homophobie zu entwickeln, jedoch steht diese im Kontext allgemeiner Respektlosigkeit der genannten Akteure (HI# 75, 96, 134). Weitere Homosexuelle betreffende Lebensstilkonflikte kommen durch Raubtaten gegen Schwule durch jugendliche Stricher zum Ausdruck, die zu 80% nicht angezeigt werden (HI#20). Dies wird auf eine noch immer wirkende Tabuisierung von Homosexualität und Prostitution zurückgeführt (HI#17). Nachbarschaftskonflikte (Beschwerden über Stricherverkehr auf Spielplätzen) im Bereich der Fuggerstraße sind in den 1990er Jahren durch aktive Dialoge mit Vermittlung des Bezirks beigelegt worden (HI#28, 33).

3) Wer sind die Beteiligten/ Betroffenen?

Im Gebiet wohnende und von außerhalb dort Vergnügung suchende Homosexuelle haben sich an diesem Ort in Berlin eine subkulturelle Lebensstilmische geschaffen. Sie heben das wirtschaftliche Niveau. Ihre Initiativen haben einen hohen Vernetzungsgrad auch mit anderen Minderheiten (kulturelle Vielfalt) und eine große Standortbindung (HI#3, 4, 26, 29, 30, 31, 32, 63, 67, 68). Homosexuellen gegenüber aggressiv auftretende Migrant/in/en bedrohen den von Homosexuellen mit erkämpften Freiraum einer kreativen Szene (HI#48, 137, 140). Private Sicherheitsdienste bieten durch Kiezstreifen eine Notlösung

gegen Angriffe (HI#133). Ein Dialog mit den Migrant/inn/en ist bislang kaum möglich (HI#4, 34, 75, 139). Homosexuelle Migrant/inn/en können Verständigung fördern (HI#35, 42, 71, 73, 78, 83, 87, 93). Der Bezirk setzt sich für die Ansiedlung homosexueller Initiativen aktiv ein (HI#90, 99).

4) In welcher Form vollziehen sich die Lebensstilkonflikte?

Eine soziale Klimaveränderung zuungunsten Homosexueller bedroht geschaffene Freiräume kreativer Lebensgestaltung (HI#50, 51, 133, 141). Es zeigt sich die Tendenz, dass neben Homosexuellen auch andere Mittelschichtsangehörige mit und ohne Migrationshintergrund das Gebiet verlassen (HI#9, 138). Die Aggressivität, mit der gegenüber Homosexuellen seitens Jugendlicher mit Migrationshintergrund im Kiez agiert wird, legt diese „Lösung“ nahe. Der Kiez verliert mit dieser aktiven und engagierten Minderheit jedoch auch ein kreatives Potenzial. Eine Expertin bedauert vor diesem Hintergrund die Ignoranz gegenüber dieser Entwicklung (HI#142) und die geringe Solidarität seitens Nachbar/inne/n mit Migrationshintergrund und seitens Interessenvertretungen von Migrant/inn/en (HI#140, 141). Ein Experte macht deutlich, dass Diskriminierungserfahrungen homosexueller Migrant/inn/en durch eine Ausländerfeindlichkeit mancher Homosexueller verstärkt werden (HI#78).

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Entsprechend der von dieser Expert/inn/engruppe zu erwartenden gründlichen Kenntnis der homosexuellen Szene im Schöneberger Norden kommt ein großes Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die in rund 20 Jahren aufgebauten Strukturen zur Akzeptanz homosexueller Lebensstile durch eine schwierige Nachbarschaft mit sozial schwachen, u. a. homophoben und aggressiv Gewalt anwendenden Migrant/inn/en gefährdet werden. Die soziale Situation Benachteiligter (arabischer Flüchtlinge) wird gesehen und insoweit berücksichtigt, dass sich die Expert/inn/en von staatlicher Seite mehr Unterstützung bei der Vermittlung von Akzeptanz und Toleranz ihrer Klientel gegenüber wünschen (HI#52, 137). Der Fortzug des Café P. gilt als Indikator einer prekären sozialen Situation, die sich in Richtung weiterer Gettoisierung unterschiedlicher Minderheiten fortsetzen könnte (HI#10, 44, 31, 34). Ob die sozialen Netze wieder tragfähiger werden können, wird mit davon abhängen, inwieweit Homosexualität von der türkischen und arabischen Community des Gebiets als Lebensstil in ihrem Umfeld akzeptiert wird. Eine aufgeschlossene Diskussion über das Thema Homosexualität ist eine Voraussetzung dafür. Homophobe Einstellungen, die in deutschen Familien in den 1950er Jahren üblich waren, als Homosexualität noch teilweise strafrechtlich verfolgt wurde, werden mit üblichen Einstellungen

in Zuwandererfamilien des Schöneberger Nordens verglichen (HI#35). Diese Situation erfordert auch seitens der Homosexuellen des Schöneberger Nordens neue Ansätze des Zugehens auf diese Bevölkerungsgruppen. Es wird von verschiedener Seite konstatiert, dass homosexuelle Migrant/inn/en hier in besonderem Maß Pionierarbeit leisten können (HI#35, 42, 71, 73, 78, 84, 87, 93).

5.5 Antworten der Expert/inn/en der Integrationsaktiven

Antwortenzuordnung zu den Variablen

Kiezwahrnehmung

Zur Variablen „Kiezwahrnehmung“ kommen Antworten von neun Expert/inn/en zur Auswertung:

Deindustrialisierung und folglich Verelendung sind in Berlin in besonderer räumlicher Konzentration (Schöneberg, Neukölln, Kreuzberg) zu finden. Die Migrant/inn/enarbeitslosigkeit von 40% geht auf eine Verdreifachung der Quote seit 1991 zurück (IA#13). Konkurrenz und Konflikte verschiedener Bevölkerungsgruppen sind häufig. Religiöse und antisemitische Tendenzen zeichnen sich ab. Einerseits ist Fundamentalismus unter Migrant/inn/en ebenso zu bekämpfen wie Rechtsradikalität unter Deutschen, andererseits soll gerade der Mittelstand der Migrant/inn/en stärker gefördert werden (IA#25, 26). Die Grundschule in der Steinmetzstraße ist eine ehemalige Sonderschule. Vandalismus, Einbrüche und Drogenspritzen auf dem Schulhof erfordern Schutz vor dem Umfeld (IA#32). Das Gebiet ist sozial stark segregiert, der Betreuungsaufwand hoch (IA#42). Fehlende interkulturelle Kompetenz im Gebiet – auch von Behörden - im Umgang mit Migrant/inn/en wirkt problemverstärkend (IA#45, 46). Die Mieterstruktur ist teilweise problematisch, es besteht eine überdurchschnittliche Transferleistungsabhängigkeit; der Leerstand ist jedoch unterdurchschnittlich (IA#52, 54). Migrant/inn/en bevorzugen das Gebiet. Sie haben sich neben Deutschen in diskriminierter Position eingerichtet. Die Parallelgesellschaft bietet Schutz der eigenen Ordnung und dient der Notwehr gegen den erlebten Zustand fehlender Normen und Werte. Deutsche gelten bei Jugendlichen als leichte Beute: gut abzuziehen, halten nicht so zusammen (IA#83, 84). Das Quartiersmanagement setzt professionelle Distanz an Stelle von Lokalkompetenz. Das Gefühl, als Objekt vorgeführt statt ernst genommen zu werden, schafft mehr Abwehr und Misstrauen (IA#97). Kinderattacken richten sich gegen verschiedene Einrichtungen, nicht ausschließlich gegen das Café P. (IA#105). In Schöneberg treffen Homosexuelle und sozial schlecht gestellte Mi-

grant/inn/en aufeinander. Räumliche Nähe schafft noch kein Vertrauen, wenn die Dialogbereitschaft fehlt. Es kommt zur Verfestigung uralter Feindbilder (IA#131).

Kiezveränderung

Zur Variablen „Kiezveränderung“ kommen Antworten von sechs Expert/inn/en zur Auswertung:

Nach dem Mauerfall ist die Zahl der Palästinenser/innen ohne festen Aufenthaltstitel stark angestiegen. Deren Chancenlosigkeit verfestigt sich. Schöneberg hat durch die ökonomisch-sozialen Umstrukturierungen der Wendezeit stark verloren (IA#6, 12). Eine fortgesetzte Tendenz zur Abwanderung der (Noch-)Mehrheitsbevölkerung zeigt sich. Soziale Probleme (Analphabetismus, Sprachprobleme, Langzeitarbeitslosigkeit, Angst und Aggression in der Grundstimmung vor Ort, hohe Kriminalität, Gewaltakzeptanz, etc.) konzentrieren sich (IA#38). Wirtschaftliche Verschlechterung führt zum weiteren Auseinanderdriften von legal und schwarz Arbeitenden im Kiez. Es fehlt an Maß für den Wert der Arbeit, es fehlt an einfachen Jobs. Zwangsjobs demotivieren. Politiker/innen gelten als schlechte Vorbilder (IA#49). Es gibt eine Diskrepanz zwischen Bemühungen, den Kiez zu stabilisieren, und negativer Presse. Der Kiez ist besser als sein Ruf und wird attraktiver für stabilisierende Mieter/innen. Investoren sollen angelockt statt abgeschreckt werden (IA#59). Die Gegend um den Sozialpalast/ das Pallasseum ist deutlich attraktiver geworden. Der Bezug des Quartiersmanagements zu den Menschen im Gebiet fehlt nach wie vor (IA#85). Infolge der Angriffe Jugendlicher ist das Café P. aus dem Kiez fortgezogen. Das Streetwork hat das Thema Homosexualität mit den Jugendlichen aufgegriffen. Es gibt eine wechselseitige Überforderung beider Seiten, verständnis- und respektvoll miteinander umzugehen (IA#107). Jugendgruppen von 15 bis 20 Leuten sind heute seltener. Das weist auf Vereinzelung, Verlust an Nähe und Gemeinschaftssinn hin (IA#114).

Konflikte

Zur Variablen „Konflikte“ kommen Antworten von neun Expert/inn/en zur Auswertung:

Die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen kann weit mehr soziale Unruhe stiften, als die derzeitige Konfliktlage durch Kriminalität. Empowerment und Beteiligung an der Interessenvertretung verhindert Schlimmeres (IA#15). Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Homosexuellen und HIV-Positiven sind einer verbreiteten Homophobie zuzurechnen und wirken als Angriffe auf die Sicherheit im öffentlichen Raum und auf die Demokratie. Sicherheitsstrategien gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Homophobie sind zu entwickeln (IA#17). Integrationsprobleme von Migrant/inn/en, Sprachbarrieren, Bildungsdefizite überfordern Lehrer/innen. Migrant/inn/en sind an harte Autorität ge-

wöhnt. Obgleich tabuisiert, dringen Berichte über Gewalt in Familien wie in religiösen Bildungsanstalten immer wieder nach außen. Die patriarchalisch-autoritäre Erziehung vermittelt die traditionellen Normen autoritärer Gesellschaften. Toleranz und Offenheit sind dort unüblich (IA#22). Es gibt zahlreiche Konflikte mit Eltern, die zwischen Gleichgültigkeit und übergroßer Strenge schwanken. Verunsicherung entsteht durch einen unterschiedlichen Umgang mit Konflikten (hierarchische Entscheidungswege statt Streitkultur). Kinder toben Aggressionen aus dem Elternhaus in der Schule aus, was die Eltern – auch aus Prestige Gründen - nicht nachvollziehen können (IA#36). Gewalt in den Familien, Missbrauch, häufige Alltagskonflikte und Sexismus sind die Konfliktthemen in der Beratung. Es besteht praktisch keine Bereitschaft, mit Kontrahenten gemeinsam nach Lösungen zu suchen (IA#50). Vandalismus, illegale Abfallentsorgung, Ehestreitigkeiten belasten das Zusammenleben von Mieter/inne/n. Das soziale Verhalten leidet aufgrund gesteigener Anonymität (Angst, Unsicherheit). Es gibt Kiezstreifen und Jugendprojekte, die Schäden beseitigen, etc. (IA#56). Die Integrationsarbeit wurde seit dem 11.09.2001 schwieriger. Rassistische Hasspredigten gegen Deutsche (Ungläubige) wurden von einem seit 20 Jahren als integriert bekannten Imam geführt. Die Radikalität gerade der Älteren beeindruckt und beeinflusst Jüngere. Bis in die 1990er Jahre dominierten alte Leute als Moscheebesucher/innen. Heute sind Junge in der Überzahl (IA#71). An Jugend rivalitäten mit Streit und Körperverletzung sind schnell ganze Gruppen beteiligt. Jugendliche zeigen Unzufriedenheit mit ihren Lebensumständen, dem Konsumausschluss. Sie verfügen über viel Freizeit und halten sich bevorzugt im öffentlichen Raum auf (IA#80). Klettergruppen am Felsen Alvenslebenstraße würden von Jugendlichen „aus Spaß“ mit Flaschen beworfen. Verwahrloste Kinder aus verwahrlosten Elternhäusern und einer ebensolchen Nachbarschaft brauchen Hilfe. Sie wurden in Kooperation von Straßensozialarbeit und einer Krankenkasse zu Kletterkursen ermutigt (IA#104). Es gibt Auseinandersetzungen unter Migrant/inn/en um die Vereinbarkeit von Liebe und Sexualität (insbesondere Homosexualität) mit der islamischen Religion. Islamisten verbreiten erfolgreich unter dem Deckmantel des Anti-Rassismus über „große Brüder“ eine anti-westliche Ideologie, die freie Sexualität und Homosexualität ebenso verteufelt, wie die Gleichberechtigung von Frauen. Ängstliches Verstecken eigener Homosexualität ist unter sozial Schwächeren verbreitet, einen selbstbewussten Umgang mit Homosexualität aufgrund einer liberalen Auslegung des Koran leisten sich eher sozial besser Gestellte (IA#121, 122). Innere und äußere Konflikte lesbischer Migrant/inn/en, ihre Familien zu verlassen (für eine Partnerschaft mit einer Deutschen) spiegeln die doppelte Angst islamisch erzogener Frauen, aus

der Familienstruktur auszubrechen und mit sexuellen Tabus zu brechen. Es droht eine Isolation im „sozial kalt“ empfundenen Deutschland (IA#131).

Migrant/inn/en

Zur Variablen „Migrant/inn/en“ kommen Antworten von zehn Expert/inn/en zur Auswertung:

Migrant/inn/en werden als gesellschaftlich zu integrierende eigenständige soziale Gruppe, jedoch nicht homogen, also mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wahrgenommen. Ein hohes Maß an Akzeptanz von Verschiedenheit und auch interkultureller Konfliktmoderation wird verlangt, insbesondere im Zusammenwirken von Migration und sozialer Benachteiligung. Von rd. 440.000 Berliner Migrant/inn/en aus 190 Nationen in Berlin dominieren Türk/inn/en mit 130.000 (IA#3). Berlin ist das größte Flüchtlings“lager“ für Palästinenser/innen außerhalb des Nahen Ostens. Es fehlt an Ausbildungsstellen für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Diesen fehlt ein fördernder sozialer Hintergrund (IA#9). Seit 1988 wirkt eine Integrationsbeauftragte in Schöneberg und betreut dort über 50.000 Migrant/inn/en. Alltags-Integrationsprobleme sind vielfältig: Mangelnde Sprachkenntnisse (vorwiegend von Frauen), Bildungsmängel, fehlende Schulabschlüsse von Jugendlichen, etc. Neben mangelnden Fähigkeiten besteht teilweise auch eine mangelnde Integrationsbereitschaft (IA#21). Von rund 370 Schüler/inne/n aus 18 Nationen an der Grundschule leben 94% in Migrant/inn/enfamilien, vorwiegend türkisch, kurdisch, arabisch und stammen aus bildungsfernen Schichten. Die Eltern beziehen zu meist Transferleistungen für den Lebensunterhalt der Familien (IA#30). Seit den 1970er Jahren sind Parallelgesellschaften im Aufbau – Clans schotten sich bewusst von Deutschen ab. Nur wenige schaffen einen Berufseinstieg. Der ehemalige Übergangswohnort wird zum Dauerwohnort, der durch stets neuen Import von Ehepartner/inne/n aus der alten Heimat der Umgebung entfremdet bleibt. Die Menschen lassen sich nicht auf die Umgebung (und deren Kultur) ein (IA#33). Türkische und arabische Bewohner/innen sind deutlich selbstbewusster im Auftreten als vor 15 Jahren. Araber/innen ordnen sich schwer in Schulpflichten ein, zeigen Misstrauen gegen die öffentliche Verwaltung, sind feudale Verhältnisse aus ihren Heimatregionen gewohnt (IA#35). Im Stadtteilladen dominieren Migrant/inn/en als Klient/inn/en mit wenig Bildung und Kapital. Sie prägen den Kiez und benötigen vielfältige Unterstützung (IA#41). Alphabetisierungsbedürftig sind Frauen, auch Männer, die dies selten offenbaren. Migrant/inn/en stellen einen Großteil der Kiezbewohnerschaft, sind jedoch kaum an einer Gestaltung beteiligt, auch nicht im Quartiersmanagement. Dieses dient der Kosmetik auf Kosten der kontinuierlichen Arbeit, die

parallel „weggespart“ wird (IA#45). Migrant/inn/en werden als Mieter/innen der zweiten und dritten Generation wahrgenommen, die infolge massiver Abwanderung deutscher Familien in den 1970er Jahren (Sanierung) und noch einmal in den 1990er Jahren (Umlandwanderung) nachzogen (IA#61). Das multikulturelle Zusammenleben bedarf der externen Vermittlung, da mehr interkulturelle Konflikte als in lebensstilhomogenen Vierteln auftauchen. Das undurchsichtige Agieren mancher Moschee verlangt mehr Aufmerksamkeit. Sport für Jungen und Selbstverteidigung für Mädchen werden angeboten. Väter sind schwer erreichbar. Sie sollen als positive Vorbilder aufgebaut und gestärkt werden (IA#65, 66). Muslim/inn/e/n (Türk/inn/en) leben seit dem 18. Jahrhundert in Berlin und bereichern das kulturelle Angebot der Stadt, engagieren sich in interkulturellen Treffs (Kochen, Sprache, Selbsthilfenetze, etc.). Es gibt 3,7 Mio. Muslim/inn/e/n in Deutschland, 20% sind Deutsche. In Berlin leben 245.000 Muslim/inn/e/n. Es gibt hier 75 Gebetshäuser und drei Großmoscheen. Rund 7% der Kinder besuchen Koranschulen. Der Einfluss des Islam wächst, auch der Einfluss antidemokratischer Islamist/inn/en. Sie locken Jugendliche mit attraktiven Freizeitangeboten und nehmen Einfluss auf die Familien und Gemeinschaften. Integrationsbefürworter/innen werden unter Druck gesetzt. Es kommt zu Morddrohungen (IA#68, 72). Ca. 150 Jugendliche (überwiegend männliche Migranten) sind die Zielgruppe für Bewerbungshilfe, Unterstützung in Rechtsfragen, bei Prozessen, etc. des Streetworks. Ein Unsicherheitsempfinden breitet sich in der Nachbarschaft nach Delikten wie Sachbeschädigungen aus. Jugendliche begründen ihre Taten mit Langeweile (IA#78). Jugendliche sind eine klare Geschlechtertrennung und Hierarchie gewohnt. Jungen identifizieren sich mit Stärke und Kraft und verachten Schwäche und Schwache, Mädchen/Frauen und Schwule. Wechselseitige Vorbehalte erschweren die Integrationsarbeit. Mädchen unterliegen hoher sozialer Kontrolle mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit, vermeiden offene Konflikte (IA#82). Araber/innen bilden eine der stärksten Anwohnergruppen, suchen jedoch keine Unterstützung in Konfliktfällen von außen. Familienälteste (Männer) entscheiden traditionell (IA#95). Flüchtlinge mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus aus dem Libanon fallen im Kiez besonders auf, Familien mit 10 Kindern sind nicht selten. Diese sind zu zwei Dritteln Problemkinder und fallen durch Diebstahl und andere Delikte auf (IA#103). Überforderte Eltern überlassen Erziehungsaufgaben traditionell Religionslehrern. Die Kluft zwischen religions- und traditionsbewussten Migrant/inn/en und „ungläubigen“ Deutschen ist heute größer geworden. Fundamentalisten bieten stärkere Integrationsmodelle als die deutsche Politik (IA#112). Lesbische Migrantinnen mit mehrfacher Diskriminierungserfahrung engagieren sich im Kiez für

Vernetzung. Viele Migrant/inn/en leben in der dritten Generation ohne Erwerbsbiographie im Kiez. Die Kinder können Deutschland ohne Hilfe nicht verstehen: Schule, Akzeptanz von Diebstahl, Erwerbstätigkeit. Es blühen Legenden und Vorurteile (IA#120, 123). Migrant/inn/en werden als feindselige „Andere“, die Deutsche schlecht und aggressiv behandeln, gesehen. Es herrscht Wut auf Migrant/inn/en unter Deutschen im Kiez. Rassismus droht als Abwehr gegen die islamistische, ablehnende Analyse des Westens als kapitalistisch- raubbau betreibend mit unmenschlicher Sexualmoral und Rassismus sowie einem individualistischen und egoistischen Lebensstil. Das kulturell Trennende wird beidseits überbetont (IA#129).

Homosexuelle

Zur Variablen „Homosexuelle“ kommen Aussagen von vier Interviewpartner/inne/n zur Auswertung:

Homosexuelle treten als Opfer von homophober Gewalt durch Jugendliche mit Migrationshintergrund in Erscheinung. Dies ist Anlass zur Initiative homosexueller Migrant/inn/en, eine Kampagne gegen Homophobie in ihren Communities zu starten (IA#17). Homosexuelle sind Opfer von Ausgrenzung und Intoleranz ebenso wie Frauen mit Migrationshintergrund, die sich gegen ihre Tradition stellen. Gerade Migrantinnen sollten sich gegen den Fundamentalismus wehren (IA#26). Schwule Jungen im Bekanntenkreis von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden als unmännliche Schwächlinge – wie Mädchen – verachtet. Dies verunsichert die Betroffenen stark – der Zugang zu Anerkennung und Respekt ist beeinträchtigt. Traditionell sind die Jugendlichen selbst eine klare Geschlechtertrennung und –hierarchie gewohnt. Die Bewegungsfreiheit von Mädchen ist besonders stark eingeschränkt. Schwule werden mit der gering geschätzten Mädchenrolle identifiziert (IA#82). Homosexuelle des Kiezes stehen in dem schlechten Ruf, Vorurteile gegen türkische Männer zu pflegen. Bestehende Hemmschwellen und Vorbehalte erschweren die Konfliktlösung. Die Café P.-Betreiber hatten enorme Erwartungen an einen „durchgreifenden“ Erfolg des Streetworks (IA#106).

Probleme und Lösungen

Zur Variablen „Probleme und Lösungen“ kommen Aussagen von neun Befragten zur Auswertung:

Integrationsprobleme von Migrant/inn/en werden seitens Berliner Behörden und auch seitens der Migrant/innenvertretungen im Migrationsrat gesehen. Es besteht eine Rechtsunsicherheit (Einzelfragen zur Zuwanderungsgesetzgebung). Durch gemeinsame Beratungen soll ressortübergreifend Einfluss auf die Landespolitik erfolgen (IA#6). Flücht-

linge ohne festen Aufenthaltstitel vor allem aus Palästina zeigen mangelnde Integration: sozial, beruflich, etc. Lokale Aktionspläne, Empowermentprojekte, Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Antisemitismus von Jugendlichen werden durch das Integrationsressort mit rd. 5,5 Mio. € jährlich gefördert (IA#7). Bei abgelehnten Asylbewerbungen gibt es kaum Handlungsmöglichkeiten (IA#8). Es besteht eine große Bildungsferne der Eltern von 80-90% von Schüler/inn/e/n mit Migrationshintergrund an Schulen im Kiez: Das Lehrpersonal ist dafür nicht ausreichend vorbereitet. Die Segregation schreitet fort, die Mittelschicht (auch die der Migrant/inn/en) verlässt bestimmte Kieze. Modellprojekte für interkulturelle Erziehung allein können das Problem nicht lösen (IA#10). Mütter mit Migrationshintergrund in Schöneberg haben stark familienbezogene Lebensentwürfe und sind für Abendkurse (Deutsch) nicht erreichbar. Um ihre Kinder besser unterstützen zu können, erfolgt ein entsprechendes Vormittagsangebot an Kitas und Schulen. Dieses Modell zeigt große Erfolge (IA#11). Migrant/inn/en werden im Kiez überwiegend als Arbeitslose und sozial Schwache wahrgenommen. Die Konzentration der Probleme sozial wie räumlich erfordert eine Förderung der Bewohnerressourcen, eine ausgewogene Wohnungsbelegungspolitik, ein Konfliktmanagement, ein Angebot an lokalen, geringe Qualifikation erfordernden Arbeitsplätzen. Darüber hinaus sollen sich die Bewohner/innen selbst helfen (IA#14). Der Ermutigungsbedarf ist bei Migrant/inn/en relativ hoch, die eigenen Kompetenzen in das Quartier(smanagement) einzubringen. Ihre spezifischen Kompetenzen sollen Wertschätzung erfahren. Stadtteilzentren sind ein guter Anfang; Quartiersmanagement soll ein Katalysator für marginalisierte Interessen sein (IA#16). Lebensstile von Migrant/inn/en im Kiez unterscheiden sich, sie stehen in einem streng patriarchalen Kontext. Dies zeigt sich in der Ausgrenzung anders Lebender und durch gezielte Angriffe gegen sie. Im Quartiersmanagement soll ein Dialog über die gemeinsame Wertebasis der Mehrheit und der Minderheit geführt werden. In einem Mädchenforum für muslimische Frauen und Mädchen zeigt sich die hohe Bedeutung persönlicher Nähe im Gegensatz zu distanzierten Debatten (IA#18). Es bestehen Integrationsprobleme von Migrant/inn/en aufgrund einer Kollision der Lebensstile (autoritär – liberal). Wenn ein patriarchalisch-autoritär-traditioneller Lebens- und Erziehungsstil von Migrant/inn/en auf partnerschaftlich-antiautoritär eingestellte Lehrer/innen trifft, sind beide Seiten überfordert. Schulversager/innen sind die häufige Folge. Der Bezirk berät in Rechtsfragen, vernetzt Ausschüsse, Gremien und Vereine im Interesse der Integration von Migrant/inn/en. Das Erfolgsmodell der Müttersprachkurse ging von Schöneberg aus (IA#23). Die Bevölkerungszusammensetzung im Schöneberger Norden

ist problematisch. Sozial schwache Migrant/inn/en unterliegen dem wachsenden Einfluss extremer religiöser Gruppierungen und krimineller Strukturen. Es kommt vermehrt zu Ausgrenzung und Intoleranz gegenüber Frauen, die sich gegen die Tradition stellen und gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen. Soziale Schichten entmischen sich zunehmend. Jugendliche mit schlechtem sozialen und Bildungshintergrund öffnen sich vermehrt dem religiösen Fundamentalismus. Eine Aufwertung soll durch eine bessere soziale Mischung erreicht werden und durch eine systematische Jugendarbeit – trotz der angespannten Haushaltslage in Berlin. Hoffnungsträger sind säkulare, gebildete Migrant/inn/en, die sich im Quartiersmanagement engagieren und gemeinsam mit den Bewohner/innen Lösungsstrategien entwickeln (IA#26). Schulkinder mit mangelnden Deutschkenntnissen müssen grundlegende soziale Kompetenzen neu erlernen: Bedürfnisse nicht mit Gewalt durchzusetzen. Auch die Gleichstellung von Mädchen ist ihnen ungewohnt. Im Fach Musik zeigen gemeinsames Singen und Tanzen gute Lerneffekte (IA#31). Schüler/innen und Eltern mit Migrationshintergrund haben Integrationsprobleme. Die soziale Problematik greift in mehreren Berliner Stadtvierteln um sich. Schulkonferenzen mit Eltern und Schülervorteiler/innen helfen; ebenso wie Mütterkurse, Mütterfrühstücke an Schulen zum Lernen der deutschen Sprache (IA#34). Eltern mit Migrationshintergrund hegen häufig irrational hohe Erwartungen an ihre Kinder (Leistungsdruck). Scheitern die Kinder in den Schulen, geben sie schnell komplett auf. Die Enttäuschung über die Chancenlosigkeit führt zur Hoffnungslosigkeit. Einzelne Eltern zeigen Verständnis und Engagement, kooperieren mit den Lehrer/innen. Ein Kopftuchproblem gibt es an der Grundschule nicht. Entsprechende Tendenzen sind frühzeitig durch persönliche Gespräche mit den Eltern unterbunden worden (IA#36, 37). Es bestehen generelle Integrationsdefizite der Jugendlichen. Auffälligkeiten im Verhalten, wechselseitige Ausgrenzungen sind häufig. Eine kontinuierliche Arbeit, nicht Aktionismus, schafft persönliche Kontakte und Vertrauen (IA#45). Es gibt hausgemachte Integrationsprobleme mit arabischen Flüchtlingsfamilien im Bereich Steinmetzstraße. Eine falsche Belegungspolitik des Vermieters und eine fehlende Integrationsgesetzgebung führen zu alltäglichen Konflikten. Schulen versagen als Integrationsinstanzen, auch eine Ganztagsverwahrung der Kinder ist keine Alternative. Einfache Arbeitsplätze sind zu schaffen, Prinzip Förderung und Freiwilligkeit statt Zwang und Druck (IA#47, 48). Schöneberger/innen lösen ihre Nachbarschaftskonflikte immer weniger selbst. Probleme eskalieren, zeigen sich anonym in der Öffentlichkeit. Eine Mieterzeitung als Forum, eine Kiezstreife einer privaten Sicherheitsfirma, Einzelfallhilfen gegen Vandalismus durch ein Jugendqualifizierungsprojekt bieten

Abhilfe (IA#56). Fördermittel werden nicht immer sinnvoll genutzt, sondern in schnelllebige Projekte investiert. Die Wohnungsbaugesellschaft kann sich durch eine zentrale Verwaltung der Mittel engagieren. Sie hat die fundierteste Gebietskompetenz. Derzeit sinkt die Fluktuation im Gebiet wieder (IA#60). Die Isolation der Araber/innen im Bereich Steinmetz- /Alvenslebenstraße ist ein Problem des Gebietes. Sie sind isoliert von anderen Bevölkerungsgruppen in der Nachbarschaft. Es gibt dort Angebote für türkische Männer. Ein Nachbarschaftszentrum für arabische Familien fehlt (IA#86). Schüler/innen des Kiezes sind an eskalierenden Konflikten beteiligt, die den Alltag an den Schulen und in der Nachbarschaft erschweren. Konfliktlotsen werden als Schlichter/innen in Mediation ausgebildet und an Schulen eingesetzt. Das Instrument ist im angloamerikanischen Raum etabliert, in Deutschland kaum verbreitet (IA#90). Die Gebietsbevölkerung ist an vielen Konflikten beteiligt, doch eine verbreitete Opfermentalität hindert die Annahme von Lernanstößen für kreative Lösungen. Mediation in Kiez kann einen Täter-Opfer-Ausgleich anbieten (IA#91). Drogenhandel und Jugendgewalttaten sorgen im Gebiet für Probleme. Bis zu 500 Kinder und Jugendliche des Kiezes mit sozialen Problemen sind potentiell beteiligt und betroffen. Anwohner/innen beklagen ein mangelndes Sicherheitsgefühl. Es kommt zu ständigen Polizeieinsätzen. Die Straßensozialarbeit hat einen festen Standort im Gebiet (lokales Drogenzentrum Mansteinstraße). Es gibt Kooperationen mit Nachbarschaftstreffpunkten (Musikkurse) und ehrenamtliches Engagement von Künstler/innen (IA#101, 102). Jugendliche des Kiezes ohne Chancen finden Alternativen im Glücksspiel, Drogenhandel und anderen kriminellen Aktivitäten, fallen durch Aggressionen überall auf. Sie geraten in eine Sackgasse: Armut, Langeweile, Kriminalität. Vereine kosten Geld, das Jugendlichen fehlt. Anti-Gewalt-Trainings auf richterlichen Rat gibt es für einige. Der Bedarf liegt weit höher und betrifft mindestens 60 Jugendliche aus dem Kiez (IA#108, 109). 15 Schulabbrecher aus dem Kiez benötigen Nachhilfe, um den Hauptschulabschluss nachholen zu können. Die Chancenlosigkeit verfestigt sich oft frühzeitig. Es fehlt bei weitem an berufsvorbereitenden Maßnahmen und Ausbildungsplätzen (IA#110). Mädchen fehlen weitgehend im Jugendzentrum, da sie von Jungen ausgeschlossen und verdrängt werden. Eine Einrichtung richtet sich ausschließlich an Mädchen mit Migrationshintergrund (IA#111). Deutsche und Migrant/inn/en leben in schwieriger Nachbarschaft im Schöneberger Norden. Verunsicherte Eltern anderer Kulturen verstehen deutsche Normen und Werte oft nicht und wissen nicht, wer was wo wie kontrolliert und durchsetzt. Es muss ein Weg zum Dialog gefunden werden, z. B. ein Café an jeder Schule, wo Eltern und andere sich begegnen können. Es besteht die Gefahr, sonst Sektie-

ren das Feld zu überlassen (IA#113). Es besteht ein vielschichtiges Problem aufgrund mangelnder Verständigung zwischen Migrant/inn/en, Deutschen und Behörden. Ein Schwarz-Weiß-Denken fördert beidseits Aggressionen. Kulturelle Differenzen werden von sozialen übertroffen. Ein differenziertes Diskriminierungsbewußtsein zu schaffen und gemeinsam mit anderen Ausgegrenzten sich um Verbesserungen zu bemühen, statt andere Ausgegrenzte anzugreifen, ist Ziel der Beratungsarbeit. Migrant/inn/en erleben sich als wertlos und ausgegrenzt (IA#125, 126).

Zuordnung der Antworten zu den Leitfragen

Zusammengefasst und nach den zu beantwortenden Fragen geordnet, ergeben sich folgende Antworten der Expert/inn/engruppe der Integrationsaktiven:

1) Sind Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden vorhanden?

Eine ethnische Parallelgesellschaft etablierte sich durch Endogamie (vgl. IA#33) seit den 1970er Jahren außerhalb der deutschen Gesellschaft im Schöneberger Norden (IA#26, 33, 35, 84). Deutsche Werte und Normen bleiben unverstanden (IA#113, 124). Eine beidseitige Verständnis- und auch Respektlosigkeit ist gewachsen (IA#107). Einerseits wächst ein Selbstbewusstsein von Migrant/inn/en, andererseits ein Misstrauen gegen Deutsche (IA#35). Lebensstilkonflikte kommen in interkulturellen Konflikten in Form eines Gegeneinander (IA#65, 83, 91) zum Ausdruck. Auch Behörden fehlt es an interkultureller Kompetenz. Das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, schafft Misstrauen und Abwehr (IA#46, 97). Aggressive, gewalttätige Jugendliche und Vandalismusschäden prägen das Umfeld negativ (IA#31, 56, 103, 108). Konkurrenzen und Alltagskonflikte sind durch Druck und die Suche nach schnellen Lösungen geprägt. Sie äußern sich häufig religiös motiviert und antisemitisch, auch homophob (IA#17, 25, 50). Es zeigt sich ein Perspektivmangel, gerade bei Migrant/inn/en: Bildung, Ausbildung, Arbeit (IA#13, 14, 15, 21, 22, 24, 36, 47). Integrationsprobleme entstehen aufgrund einer Kollision von autoritären mit liberalen Lebensstilen. Gewalt im alltäglichen Umgang wie auch in ethnisch-religiösen Bildungseinrichtungen zeigt, dass dieses Phänomen nicht allein in innerfamiliären Strukturen auftritt (IA#21, 22, 35, 84, 96). Die einseitige, problematische Bevölkerungsstruktur des Gebietes stößt den Mittelstand ab (IA#26, 38, 58). Eine gesunkene Fluktuation gibt Hoffnung auf eine Stabilisierung (IA#54, 61). Das Umfeld des Sozialpalastes ist deutlich attraktiver (IA#85), Deutschkurse für Mütter zeigen Erfolge (IA#11, 23, 34). Väter sind schwer erreichbar (IA#66).

2) Welcher Art sind die Lebensstilkonflikte und welche Bedeutung wird ihnen zugemessen?

Neue Lebensstilkonflikte im Gebiet sind dadurch gekennzeichnet, dass eine ausgleichende soziale Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zunehmend fehlt (IA#10, 25, 53). Insbesondere den Migrant/inn/en fehlt es an einfachen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen (IA#9, 47, 110). Bedürfnisdurchsetzung mit Gewalt ist üblich (IA#31). Es fehlt an einer gemeinsam getragenen Wertebasis, wobei auch die Mehrheitsgesellschaft sich dem Dialog öffnen muss (IA#18, 129). Die Bedeutung des Islam für Jugendliche wächst (IA#72); die Integrationsarbeit ist schwieriger geworden. Der Islamismus zeigt sich im Gebiet erfolgreich (IA# 25, 72, 112, 122). Es gab Morddrohungen von Fanatikern gegenüber dem befragten liberalen Imam (IA#72). Auch Intoleranz gegen Homosexuelle und emanzipierte Frauen ist unakzeptabel (IA#26). Migrant/inn/en zeigen Überforderung durch Sprache, Bildungserwartungen, fremde Werte (IA#21, 22, 36, 120, 121, 123). Bei Ausschluss aus der eigenen Gruppe droht eine soziale Isolation in Deutschland (IA#131).

3) Wer sind die Beteiligten/ Betroffenen?

Im Schöneberger Norden zeigt sich eine problematische Bevölkerungszusammensetzung. Zu rund 40% arbeitslose Migrant/inn/en leben in räumlicher Konzentration zusammen. Palästinenser/innen sind eine der stärksten Anwohnergruppen und besonders von Verelendung betroffen (IA#6, 9, 47, 86, 103). Das Café P. zog infolge fortgesetzter Angriffe Jugendlicher aus dem Gebiet fort. Homophobie der Migrant/inn/en ist im Zusammenhang mit anderen menschenverachtenden Einstellungen zu sehen (IA#17, 105). Die Café-P.-Betreiber zeigten enorme Erwartungen an einen durchgreifenden Erfolg von Interventionen (IA#106). Café-P.-Besucher und andere Deutsche aus dem Kiez äußern Wut und aggressive Vorurteile gegen Migrant/inn/en (IA#106, 129). Den Jugendlichen fehlt ein fördernder sozialer Hintergrund (IA#9). Die strengen Eltern setzen ihre Kinder unter einen großen Erwartungsdruck und verursachen deren Scheitern in der Schule oft mit (IA#36). Eltern und Lehrer/innen sind bei einer Konzentration von 94% Schüler/inne/n aus türkischen, arabischen und kurdischen Elternhäusern geringer Bildung überfordert (IA#22, 112). Die Familienarbeit mit Eltern, besonders Vätern, ist schwierig (IA#22, 65). Die Politik gibt schlechte Vorbilder und das Quartiersmanagement betreibt eher Image-Kosmetik, da die Migrant/inn/en kaum beteiligt werden (IA#45, 48, 85). Säkulare Migrant/inn/en gelten als Hoffnungsträger/innen (IA#26).

4) In welcher Form vollziehen sich die Lebensstilkonflikte?

Konflikte eskalieren häufig, wobei die Beteiligten anonym bleiben. Es zeigen sich zudem Vandalismus, Einbrüche, Drogenhandel und –konsum. Langeweile und mangelnde Perspektiven sowie die Suche nach einem Ventil werden als Motive gesehen (IA# 36, 56, 78, 80, 91, 108). Eine verbreitete Opfermentalität von Migrant/inn/en sowie wechselseitige Vorurteile von Deutschen und von Migrant/inn/en werden beschrieben und eine Überbetonung des soziale Gruppen Trennenden (IA#128, 129). Homosexuelle wurden wiederholt Opfer der Gewalt von Jugendlichen. Auch homosexuelle Muslime und muslimische Frauen, die sich gegen ihre Tradition stellen, erfahren Ausgrenzung und Intoleranz innerhalb ihrer Herkunftsgesellschaft (IA#26). Mädchen mit Migrationshintergrund werden aus Jugendzentren häufig ausgeschlossen (IA#111). Es wird ein mangelndes Selbstwertgefühl von Migrant/inn/en festgestellt (IA#82, 126), auf eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit von Mädchen mit Migrationshintergrund hingewiesen und eine Tendenz zur Selbstabschottung der Migrant/inn/en berichtet (IA#21, 84, 95). Gewaltfreie Auseinandersetzungsformen müssen von den Jugendlichen neu gelernt werden. In Familien mit Migrationshintergrund kommt es häufig zu Alltagskonflikten, die nicht partnerschaftlich gelöst werden, sondern entsprechend der patriarchal-hierarchischen Autoritätsstruktur (IA#22, 82, 95). Viele Araber/innen sind feudale Verhältnisse gewohnt (IA#35). Eine Tendenz zur Selbstabschottung wird beobachtet (IA#38, 84). Das nachbarschaftliche Zusammenleben ist durch die Konflikthäufigkeit sowie Vandalismus, etc. stark belastet (IA#32, 38, 103). Ein hierarchisierter Umgang miteinander, eine Verachtung von Schwäche und eine Opfermentalität, die partnerschaftliche Konfliktlösungen verhindert, werden festgestellt (IA#82, 91). Der Perspektivmangel – gerade der Jugendlichen - kann zu sozialer Unruhe führen (IA#15). Empowerment der Gruppe der Migrant/inn/en und ihre Beteiligung am Quartiersmanagementprozess sollen Abhilfe schaffen (IA#15). Die gesamtgesellschaftliche Individualisierungstendenz greift auch auf die Population mit Migrationshintergrund über. Es wird ein Verlust an Gemeinschaftssinn festgestellt (IA#115).

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Expert/inn/en der Gruppe der Integrationsaktiven zeichnen sich durch eine sehr fundierte Kenntnis der sozialen Strukturen der Population des Schöneberger Nordens mit Migrationshintergrund aus. Darüber, dass die lokalen Lebensstilkonflikte weniger den kulturellen Unterschieden, mehr der unterschiedlichen sozialen Schichtzugehörigkeit der am Konflikt beteiligten Gruppen zuzurechnen sind, besteht bei dieser Expert/inn/en-gruppe Einvernehmen. Die durch Gewalt und Delinquenz auffallenden Jugendlichen

werden im Kontext ihrer Zerrissenheit zwischen verschiedenen Gesellschaftsmodellen dargestellt. Die gewohnte, traditionell autoritäre Struktur ihrer Elternhäuser kollidiert mit der im Umfeld als fremd erlebten freiheitlich-liberalen Orientierung der Schöneberger Nachbarschaft (IA#21, 22, 36, 82, 95). Insbesondere der Lebensstil Homosexueller, aber auch ein selbstbestimmtes Leben von Migrantinnen gilt als unvereinbar mit dem traditionellen Lebensstil des Milieus der Migrant/inn/en (IA#17, 26). Die Angriffe gegen das von Homosexuellen betriebene und besuchte Café P. lassen sich vor diesem Hintergrund als Ausdruck gravierender Konflikte mit einem „westlich-freien“ Lebensstil deuten. Um die Jugendlichen im Interesse einer besseren Heranführung an gewaltfreie Kommunikationsformen (IA#31) erreichen zu können, wird der Kontakt zu den Eltern gesucht. Mütter lassen sich durch Deutsch-Sprachkurse – parallel zum Unterricht ihrer Kinder – in Schulen erreichen; Väter entzogen sich den Angeboten des Quartiersmanagements bislang (IA#11, 23, 34, 66). Die Expert/inn/en weisen darauf hin, dass die größten Integrationsprobleme mit arabischstämmigen Migrant/inn/en durch eine verfehlte Flüchtlingspolitik gegenüber Palästinenser/inne/n hausgemacht seien (IA#6, 9, 47, 103). Man habe die Menschen zu lange sich selbst überlassen. Im Zuge einer gewachsenen Bedeutung der islamischen Religion wird dargestellt, dass von Seiten der Islamistenvereine große Gefahren der Desintegration ausgingen. Sektierer nutzen ihre Chancen der Einflussnahme auf Migrant/inn/en, wenn diese sich mit ihren Integrationsproblemen von Deutschen im Stich gelassen fühlen (IA#37, 72, 112, 122, 127). Morddrohungen gegen einen der Interviewten (IA#72) zeigen, wie weit extremistische Einflüsse bereits wirken. Während deutsche Werte und Normen vielen Migrant/inn/en unverständlich sind (IA#121, 124), wird eine beidseitige Verständnis- und auch Respektlosigkeit konstatiert (IA#106, 107). War in der Vergangenheit Abwanderung eine Reaktion deutscher und nicht-deutscher Mittelstandsangehöriger auf die räumliche Konzentration von Armut (IA#10, 25, 26, 33, 38, 61), so kann aufgrund der abnehmenden Fluktuation im Gebiet (IA#54, 61) davon ausgegangen werden, dass innerhalb der verbleibenden Bevölkerung Lebensstilkonflikte vorerst häufiger auszutragen sein werden. Die Etablierung einer interkulturell kompetenten Konfliktmoderation im Gebiet zum Ausgleich der bemängelten fehlenden interkulturellen Kompetenz auch innerhalb von Behörden (IA#45, 65) ist gerade vor diesem Hintergrund eine wichtige Empfehlung. Mit hoher Priorität wird ein verstärktes Angebot an niedrig qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort gefordert, um den bislang perspektivlosen Jugendlichen eine soziale und ökonomische Integration ermöglichen zu können (IA#9, 48, 57, 110).

5.6 Kernaussagen der Expert/inn/engruppen im Vergleich und Schlussfolgerungen

Die drei Expert/inn/engruppen sind sich darüber einig, dass im Gebiet Schöneberger Norden ein gravierendes Integrationsproblem unterschiedlicher sozialer Gruppen besteht, das sich anhand vielfältiger Lebensstilkonflikte, unter anderem auch am Beispiel der Vertreibung des Café P. zeigt. Als Gruppe mit dem höchsten Grad an sozialen Problemen vor Ort wird die der Palästinenser/innen beschrieben. Ihre soziale Ab- und Ausgrenzung habe sich im Gebiet (östlich der Potsdamer Straße, Bereich Steinmetzstraße) bereits in Form kulturell parallelgesellschaftlicher Strukturen verfestigt. Innerhalb ihrer Isolation im Schöneberger Norden kommt es zu einer Etablierung eines besonders traditionellen Lebensstils, der nicht allein durch die Verurteilung von Homosexualität, sondern durch die autoritären Entscheidungs- und Durchsetzungsstrukturen sowie rigide Geschlechtsrollenvorgaben einem an demokratischen Grundsätzen orientierten Zusammenleben mit anders Lebenden in mehrfacher Hinsicht entgegensteht.

Durch die gewaltsamen Aktivitäten überwiegend arabischstämmiger Jugendlicher gegenüber dem Café P. und anderen Geschäften im Kiez wird die soziale und kulturelle Lebensstil-Differenz beider Lebensstilkonfliktpartner und die zugrunde liegende kulturelle Desintegrationsproblematik deutlich. Mit der Vertreibung des Cafés in Verbindung mit einer konstatierten generellen Abwanderungstendenz des Mittelstandes aus dem Gebiet verstärkt sich die bereits vorliegende ethnisch-soziale Teilung des Quartiers. Ein auf die ethnisch-soziale Minderheit des Schöneberger Nordens wirkender Einfluss islamistischer Vereine wird von allen Expert/inn/engruppen mit Besorgnis registriert.

Die Expert/inn/engruppen unterscheiden sich in der weiteren Analyse einzelner Vorgänge ebenfalls nur gering voneinander. So kommen sowohl Expert/inn/en des Quartiersmanagements, als auch Expert/inn/en der Integrationsakteure zur Auffassung, dass sich eine Gleichgültigkeit der meist dem Mittelstand zugehörigen Homosexuellen gegenüber der Notlage der Migrant/inn/en konfliktverschärfend auswirke. Expert/inn/en der Gruppe der Initiativen Homosexueller konstatieren einerseits ausländerfeindliche Tendenzen von Homosexuellen, sehen diese andererseits jedoch als Reaktion auf die Gewalt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und beklagen darüber hinaus eine geringe Solidarität von Migrant/inn/en-Organisationen mit Homosexuellen. Dies deutet auf mangelnden Dialog von Organisationen und Interessenvertretungen von Minderheiten hin, der sich nicht allein auf das untersuchte Gebiet des Schöneberger Nordens bezieht.

Einigkeit besteht bei der Gruppe der Expert/inn/en der Integrationsaktiven und bei den Expert/inn/en der Initiativen Homosexueller dahingehend, dass interkulturelle Kompetenzen sowohl bei der Bewohnerschaft des Gebietes als auch in den Behörden auf- und auszubauen sind. Engagierte homosexuelle Migrant/inn/en wie auch säkulare, gebildete Migrant/inn/en werden als Hoffnungsträger gesehen, wenn es darum geht, die abgeschottet lebenden Migrant/inn/en zu erreichen, bei ihnen mehr Vertrauen gegenüber „Fremden“ zu schaffen sowie Brücken zur Integration in die urbane Gesellschaft zu bauen.

Die Aktivitäten des Bezirks, insbesondere das Instrument Quartiersmanagement mit seinem Präventions- und Empowermentansatz, werden von den meisten Expert/inn/en positiv betrachtet. Angesichts der Konflikthäufigkeit und des Eskalationsgrades im Milieu von Kriminalität und Vandalismus in Verbindung mit der fortgesetzten Entmischung der Bevölkerung wird jedoch auch seitens der Expert/inn/en der Quartiersmanagementgruppe eine pessimistische Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Konfliktsituation deutlich. Bei dem Mangel an kreativem Selbsthilfepotenzial der verbliebenen Bevölkerung in Verbindung mit einer einseitigen Erwartungshaltung gegenüber der deutschen Gesellschaft (QM) und einer verbreiteten Opfermentalität (IA), wird eine weitere negative Veränderung des sozialen Klimas im Kiez befürchtet (HI). Innerhalb der Gruppe der Expert/inn/en der Integrationsaktiven wird zudem kritisiert, dass durch das Quartiersmanagement vielfach ein Projekt-Aktionismus an die Stelle langfristig im Gebiet aufgebauter Unterstützungsstrukturen getreten ist. Freie Träger sozialer Arbeit sind parallel zum Aufbau des Quartiersmanagements von starken Kürzungen betroffen. Die über Jahre entstandenen persönlichen Vertrauensverhältnisse sind jedoch nicht einfach auf die neuen, schnelllebigen Strukturen übertragbar. Kontinuierliche Förderung und eine langfristige Sicherstellung von Ressourcen sind für die Stabilisierung des Gebietes und seiner Bewohnerschaft unerlässlich. Das Quartiersmanagement gerät vor diesem Hintergrund in die Kritik, aufgrund mangelnder Beteiligung von Migrant/inn/en vorrangig „Imagekosmetik“ zu betreiben. Positiv wird vermerkt, neben einer baulichen Aufwertung und Einzelerfolgen, wie im Fall des Sozialpalastes, der zum Pallasseum aufgewertet wurde, habe die Fluktuation im Gebiet abgenommen. Dadurch werden zunächst eine Stabilisierung der Bevölkerung und auf längere Sicht eine Abnahme der Lebensstilkonflikte begünstigt.

Die Gruppe der Expert/inn/en der Initiativen Homosexueller macht deutlich, dass sie die multikulturelle Mischung, die in den 1980er Jahren auch im Schöneberger Norden existierte, nur noch außerhalb des Schöneberger Nordens intakt sieht. Gerade der Nollendorfplatzkiez zeigt den von Homosexuellen stark geprägten, für alle Minderheiten ge-

schaffen, urbanen Freiraum von Toleranz. Im Schöneberger Norden wird mittels einer Notlösung privater Sicherheitsdienste ein niedriges Niveau von Konfliktfreiheit aufrechterhalten.

Dass Lebensstilkonflikte im Dialog durchaus lösbar sind, zeigt ein früherer Nachbarnachbarnbeschwerdefall über homosexuelle Stricher auf Spielplätzen. Eine gemeinsame Konfliktlösung wurde durch Vermittlung des Bezirks ermöglicht. Der Fall Café P. unterscheidet sich zum einen durch die Gewaltanwendung, zum anderen durch den verweigerten Dialog von dem positiven Beispiel. Während Ansiedlungen von Initiativen Homosexueller gerade im Bezirk Schöneberg durch aktive Förderungen des Bezirks begünstigt wurden, zeigt der Fall des Café P., dass die Bereitschaft zur Solidarität inzwischen abgenommen hat. Eine solche Tendenz wird ebenso von Expert/inn/en der Integrationsaktivitäten bemerkt, wenn ein Verlust an Gemeinschaftssinn auch bei Migrant/inn/en konstatiert wird.

Ein gewaltfreier Kommunikationsstil wird von allen Expert/inn/engruppen als grundlegende Voraussetzung der Lösung von Lebensstilkonflikten betrachtet. Insbesondere für Jugendliche des Schöneberger Nordens, die von mehrfachen, ethnisch und sozial begründeten Problemlagen betroffen sind, stellt dies als Basis aller weitergehender Schritte in Richtung Integration durch Schul- und Ausbildung sowie Beschäftigung ein – ohne Unterstützung kaum erreichbares – Lernziel dar.

6 Zusammenfassung und Interpretation der Ergebnisse

Die vorangegangenen Abschnitte haben aktuelle Probleme des Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in der Großstadt Berlin beschrieben. Dem Thema der gewaltsamen Austragung von Lebensstilkonflikten wurde dabei Priorität eingeräumt. Am Beispiel des Quartiersmanagementgebietes Schöneberger Norden von Berlin ließ sich darstellen, auf welchem Hintergrund die Konflikte zwischen den dort verbreiteten Minoritäten der Homosexuellen einerseits und der teilweise nach traditionellen islamischen Vorstellungen lebenden Migrant/inn/en andererseits basieren.

Drei Fallbeispiele aus dem Schöneberger Norden belegen das aktuelle Konfliktgeschehen auf unterschiedlichen Ebenen. Sie zeigen, dass die Konflikte prinzipiell weder lokal noch in Bezug auf die Art des Ablaufs, noch in Bezug auf die Alters- oder Geschlechtsgruppe der Beteiligten eingrenzbar und damit vorhersehbar sind. Einzig die Aktions-Muster waren in allen Fällen identisch: Angehörige der Minderheit sozial benachteiligter Migrant/inn/en griffen Homosexuelle aufgrund ihres Lebensstils an.

Die Expert/inn/enbefragung diente der Überprüfung der öffentlichen Wahrnehmung der untersuchten Problematik und sollte helfen, die Geschehnisse in einen größeren Kontext einzuordnen und sie in ihrer Wirkung einzuschätzen. Die unterschiedlichen Gruppen der Interviewten, also einerseits die potentiell von Gewalt betroffene homosexuelle Szene, andererseits die Integrationsakteur/inn/e/n und Quartiersmanager/innen aus dem privaten und öffentlichen Bereich wurden zudem nach ihrer Prioritätensetzung hinsichtlich der dominierenden Problemfelder im Quartier sowie gegebenenfalls nach Abhilfe-Strategien für sich verhärtende Lebensstilkonflikte im Kiez befragt.

Die aktuell zu beobachtenden Entwicklungstendenzen im Schöneberger Norden und ihre Wechselwirkung mit den Lebensstilkonflikten vor Ort werden in Auswertung des theoretischen Teils dieser Arbeit wie auch der Interviews nun zusammenfassend bewertet und hinsichtlich ihrer Bedeutung für einen sozialräumlichen Profilwandel beurteilt (6.1). Zur Ursachenklärung für diesen Wandel werden die ermittelten Gründe für die im Untersuchungsgebiet beobachteten kulturellen Desintegrationstendenzen dargelegt (6.2).

Die gefundenen Ergebnisse werden den durch das Quartiersmanagement beabsichtigten integrativen Wirkungen gegenüber gestellt und Konsequenzen für die weitere Arbeit vorgeschlagen. Empfehlungen zur weiteren Begleitung der Integrationsprozesse (6.3) unter Berücksichtigung besonders ermutigender Beispiele aus dem Fundus aller im Quartier entdeckter Initiativen schließen das Kapitel und damit die gesamte Untersuchung ab.

6.1 Bewertung der betrachteten Lebensstilkonflikte im Hinblick auf einen sozialräumlichen Profilwandel

Die in Kapitel 5 dargestellten Einzelfälle und die zusammengeführten Quellen belegen eine spezifische Konfliktlage im Gebiet Nord-Schöneberg, die sich zwar im Quartiersmanagementgebiet verstärkt zeigt, jedoch nicht auf dieses Gebiet begrenzt bleibt. Die interviewten Projekteangehörigen der homosexuellen Szene Nord-Schönebergs beschreiben in unterschiedlichem Maße Belästigungen durch Menschen, vorwiegend Jugendliche, die in diesem Stadtgebiet aufgrund von dessen Bevölkerungsstruktur überwiegend türkischer und arabischer Herkunft sind. Dass ein sehr hoher Anteil der Jugendlichen des Kiezes zugleich aus bildungsfernen Familien kommt, bestätigen Interviewpartner/innen, wie z. B. der Schulleiter (vgl. Interview Nr. 24), der Präventionsbeauftragte der Polizei (vgl. Interview Nr. 8) sowie die Gesprächspartnerinnen der Elternarbeit (vgl. Interview Nr. 10) und der Stadtteil-VHS (vgl. Interview Nr. 25). Alle Expert/inn/en, ebenso wie die angegriffene Gruppe der Homosexuellen, sind dagegen zumeist gut ausgebildet, stammen überwiegend aus dem deutschen Kulturkreis und gehören der Mittelschicht an. Der im Gruppeninterview mit arabischen Jugendlichen deutlich werdende Hintergrund der Angreifer aus einem durch patriarchal-hierarchische Regeln bestimmten Milieu wird durch den Theorierahmen, insbesondere die Veröffentlichungen der Autoren Heitmeyer (1995) und Tibi (2002), aber auch Schirmmacher (2002) sowie Ghadban (2000) erläutert.

Heitmeyer trägt zum Nachvollziehen (jugendlichen) Gewalthandelns bei, indem er unterschiedliche Formen der Sozialisation in den Familien in diesen Zusammenhang stellt und als Grundelemente die Ideologie von der Ungleichheit des Menschen und eine allgemeine Gewaltakzeptanz hervorhebt. Tibi trägt zur sozialpolitischen Einordnung des Gewalthandelns Jugendlicher mit Migrationshintergrund bei, in dem er die These der gescheiterten Integration von Migrant/inn/en in Deutschland mit der Beobachtung einer zunehmenden Popularität der Ideologie des Islamismus verbindet. Schirmmachers Erläuterung der islamischen Familienstruktur legt die vormodernen Wurzeln einer demgemäßen Lebensgestaltung dar und zeigt die Diskrepanzen zum westlichen, säkularen Lebensstil auf. Ghadban macht am Beispiel der Libanon-Flüchtlinge in Berlin deutlich, wie die Tendenz zur Abschottung einer ethnisch-sozialen Minderheit politisch-historisch bedingt und durch die mangelhafte Integrationspolitik Deutschlands verstärkt wurde.

Übereinstimmend bemühen sich die von Angriffen betroffenen Projekte des Schöneberger Nordens weiter um eine friedliche Koexistenz mit teilweise unfriedlichen Nachbarn - bis

auf das Café P., das sich aufgrund der besonderen Belastung seiner Klientel aus dem Gebiet zurückgezogen hat. Das Beispiel des Männermodegeschäftes B. nahe des Nollendorfplatzes in der Nähe des neuen Standortes des Café P. zeigt, dass sich auch dort einzelne Übergriffe ereignen. Neben der Erkenntnis, dass dem Konflikt nicht durch Ausweichen abzuwehren ist, tritt im Ergebnis der Untersuchung die mangelnde respektvolle Begegnung, der fehlende direkte Dialog zwischen beiden Lebensstilkonfliktparteien deutlich zutage.

Sehr geeignet zur Unterstützung Konflikt reduzierender und Verständigung fördernder Bestrebungen sind die Aktivitäten der Berliner Polizei (insbesondere ist das Präventionsteam zu nennen) ebenso wie die Leistungen der Streetworkprojekte. Hier lassen sich vielfältige und erfolgreiche Maßnahmen zugunsten benachteiligter Jugendlicher erkennen. Es ist jedoch festzustellen, dass angesichts der Problematik der Jugendlichen und angesichts der hohen Zahl von Hilfsbedürftigen die angebotene Unterstützung nicht ausreicht. Gerade die Initiativen Homosexueller mit Migrationshintergrund leisten wertvolle Arbeit zur Förderung von Verständigung auf der Basis von Verstehen und Toleranz gegenüber dem jeweils spezifischen Lebensstil. Die homosexuellen Migrant/inn/en Schönebergs, häufig doppelt diskriminierte, stehen vielfach unter einem hohen persönlichen Druck. Sie erfahren nur in geringem Maße öffentliche Unterstützung.

In anderen Ländern häufig und erfolgreich eingesetzte Mediationsverfahren (z. B. in Großbritannien) haben sich bislang im Schöneberger Quartiersmanagementgebiet nicht etablieren können. Es gibt jedoch Bestrebungen, das Instrument auch dort weiter zu erproben.

Der Kiez des Schöneberger Nordens steht unter einem hohen Veränderungsdruck. Das soziale Klima wurde besonders seit der Wende 1989 und noch einmal nach den New Yorker Terroranschlägen 2001 rauer. Die Bewohner/innen separieren sich stärker voneinander und eine misstrauische Grundhaltung zwischen einander Fremden scheint zu dominieren. Dieser Entwicklungstrend zur Entfremdung verschiedener Bevölkerungsgruppen wurde einerseits durch die gewaltigen Sanierungsanstrengungen seit über 40 Jahren, andererseits durch wirtschaftliche „Verwerfungen“ auf lokaler und globaler Ebene mit der Folge hoher und dauernder Arbeitslosigkeit bedingt und beschleunigt.

Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen haben sich im Schöneberger Norden dauerhaft angesiedelt, leben jedoch meist von ihrer Nachbarschaft abgeschottet (vgl. entsprechende Hinweise insbesondere in den Interviews Nr. 3, 13, 14 sowie 23, 24 sowie 28). Im hier betrachteten Milieu kommen die Menschen, insbesondere aus dem türkischen und ara-

bischen Raum, gut ohne Deutschkenntnisse aus: vom Lebensmittelladen bis zum eigenen Fernsehprogramm existiert eine „eigene Welt“, ständig verstärkt durch bewusste, vermittelte Heiraten der nächsten Generation mit Verwandten aus der früheren Heimat (vgl. Interview Nr. 24). Die insbesondere durch den interviewten Imam (vgl. Interview Nr. 27) bestätigte erhöhte Popularität eines fundamentalistischen Islam unterstreicht eine Suche von Teilen der Schöneberger Bevölkerung nach religiösem Halt, der auf weit gehender Abgrenzung westlichen Normen und Werten gegenüber beruht. Vereinzelt zeigen sich Tendenzen von Islamismus, die bis zur Morddrohung gegenüber dem interviewten, eher liberal eingestellten Imam reichen (vgl. Interview Nr. 27). Deutsche und westliche Lebensstile werden von Islamist/inn/en besonders scharf verurteilt und abgelehnt.

Die Akzeptanz von Gewalt als probatem Mittel privater Konfliktlösung ist bei Unterschichtsangehörigen jeder ethnischen Herkunft verbreitet. Im Schöneberger Norden hat diese Entwicklung in den vergangenen Jahren stark zugenommen (vgl. Interview Nr. 21 und 24). Deutsche Familien wie auch Mittelschichtsangehörige mit Migrationshintergrund ziehen aus dem Gebiet fort. Deutsche, unabhängig lebende Singles bleiben bislang noch im Quartier. Viele von ihnen haben die multikulturelle Gesellschaft seit langem bevorzugt, unterstützt und deren kommerzielle Unternehmen als Kund/inn/en genutzt. Gerade Homosexuelle bevorzugen das Gebiet zudem aufgrund der Nähe zu „Szeneorten“ und traditionellen Vergnügungsstätten. Auch Frauenprojekte, zum Teil gegründet in den Aufbruchzeiten der Frauenbewegung der 1980er Jahre und mit emanzipativen Zielen verbunden, sind nach wie vor im Quartier zu Hause. Im Zuge des gewaltbereiteren, aggressiveren Klimas der letzten Jahre gibt es vereinzelt Überlegungen, sofern man/frau dazu in der Lage ist, den Schöneberger Norden zu verlassen. Es ist gerade nach dem Wegzug des Café P. eine abwartende Haltung bei anderen, Gewalt ablehnenden Projekten und Einzelpersonen eingetreten. Wenn die Angst vor homosexuellenfeindlichen Übergriffen nach entsprechenden gewaltsamen Aktionen aggressiver Jugendlicher zunimmt und selbst deren Eltern mit Gleichgültigkeit oder sogar noch Unterstützung ihrer Kinder reagieren, wird dies auch seitens Mittelschichtsangehöriger des Quartiers registriert. Die Attraktivität des bislang urbanen Ortes sinkt und die Umzugsneigung der Mittelschichtsangehörigen, nicht allein der Homosexuellen, steigt. Dem Quartiersmanagement kommt eine hohe Bedeutung zur Stabilisierung des Kiezes zu, gerade in Bezug auf die Schlichtung der genannten Lebensstilkonflikte. Einem weiteren Profilverwandlung zu einem sozial verarmten Quartier der Ausgrenzung von „Anderen“ scheint neben diesem Instrument derzeit wenig entgegenzustehen.

Die These, dass an der Art (Gewaltakzeptanz) und dem Verlauf von Lebensstilkonflikten (Segregation) von Teilen ethnischer Minderheiten (Jugendliche mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Ländern) mit anderen sozialen Minderheiten (speziell Homosexuelle) sich zunehmende Tendenzen kultureller Desintegration zeigen, hat sich in der Theorie wie auch in der empirischen Überprüfung in Bezug auf den Schöneberger Norden bestätigt.

6.2 Gründe für die kulturellen Desintegrationstendenzen im Untersuchungsgebiet

Bei einer spezifischen Minderheit des Untersuchungsgebietes (arabischstämmige Flüchtlingsclans) scheint sich eine eindeutige Abgrenzungstendenz von anderen sozialen Gruppen durchgesetzt zu haben. Die weitgehende Duldung des dazu gehörenden Verhaltensrepertoires (Ablehnung von Teilen der Bildungserfordernisse, z. B. Lernen der deutschen Sprache, Ausschluss von Mädchen von Teilen des Schulunterrichtes, Zurückweisung der Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter, z. T. Zwang zu einem bestimmten Heiratsverhalten, etc.) auf der Basis der langfristigen Garantie wirtschaftlicher Existenz durch öffentliche Transferleistungen wirkt verstärkend und auf weitere ethnisch-soziale Minderheiten des Gebietes beispielgebend. Auch bei weiteren Teilen ethnisch-sozialer Minderheiten des Untersuchungsgebietes zeichnen sich kulturelle Desintegrationstendenzen ab. Das Neue an dieser Entwicklung besteht in einem veränderten Hegemonialanspruchsdenken in der Umgebung der Siedlungsquartiere der jeweils eigenen Gruppe.

Dieser Hegemonialanspruch zeigt sich in erster Linie daran, dass exklusive Räume innerhalb der Stadt beansprucht werden. Im Untersuchungsgebiet führt im Fall arabischer Clans des Steinmetzstraßenkiezes die Bestechung eines für die Wohnungsvergabe zuständigen Mitarbeiters einer Wohnungsbaugesellschaft zum Erfolg (vgl. Interview Nr. 3). Dem Vorgehen der gruppenspezifischen Besetzung eines Hauses, eines Wohnblocks, etc. entspricht die Konsequenz, auch im weiteren Wohn- und Lebensumfeld die Dominanz der eigenen Gruppe durchzusetzen.

Am Beispiel des Café P. wird deutlich, dass hinter der einerseits spontan wirkenden, aber auch andauernd – bis zum Vertreibungserfolg - ausgeübten Gewalt einer Gruppe arabischstämmiger Jugendlicher die Geisteshaltung steht, dass es legitim sei, andere mittels Faustrecht zu vertreiben. Dies wird zudem daraus ersichtlich, dass auf Seiten der Angreifenden keine Reue und keinerlei Schuldbewusstsein erkennbar ist.

Die Auswahl der von der Vertreibung betroffenen Gruppe der Homosexuellen und/oder HIV-Positiven zeigt, dass sich dieser Hegemonialanspruch im öffentlichen Raum (zunächst) gegen schwache Gegner wendet, von denen kaum Widerstand erwartet wird. Die Ablehnung jeglichen Dialogs mit der vertriebenen Gruppe kann seitens der Angreifenden mit deren Familientraditionen erklärt werden, die in Verbindung mit der religiösen Prägung durch den Islam homosexuelle Lebensweisen entweder tabuisieren oder konsequent verfolgen.

Die Akzeptanz von Gewalt, die der Ausübung zugrunde liegt, ist auch in Zusammenhang mit der stark unterprivilegierten sozialen Stellung der arabischstämmigen Flüchtlingsfamilien zu sehen. Das Zusammenspiel von niedriger Bildung, der Herkunft aus Armutsregionen, der Erfahrung von Ausgrenzung im Libanon, etc. mit den Defiziten im Verständnis der deutschen Lebensweise (z. T. auch der deutschen Sprache) und in Verbindung mit der von Misstrauen geprägten Ablehnung westlicher Werte stellt zugleich die Basis der Ursachen des kulturell desintegrativen Prozesses dar.

6.3 Konsequenzen für die Arbeit des Quartiersmanagements

Das Quartiersmanagement Schöneberger Norden hat eine ebenso umfangreiche wie verantwortungsvolle Aufgabe zu leisten, u. a. die Bündelung aller an der Entwicklung des Quartiers interessierter Kräfte und finanzieller Ressourcen, die Einwerbung immer neuer Mittel, die Steuerung der Verteilung, die Prioritätensetzung in Abstimmung mit der Bevölkerung, die Aktivierung und das Empowerment der Bewohnerschaft, die Lösung von Konflikten, etc. Das Team steht unter einem hohen Erwartungsdruck mit permanenter Überforderung bei den Versuchen, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Schlichtung von Lebensstilkonflikten einander fremd gegenüber stehender Minderheiten erscheint vor diesem Hintergrund als Randthema ohne Bezug zur alltäglichen Arbeit. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass dieses Thema jedoch von zentraler Bedeutung für das untersuchte Quartier und möglicherweise auch für andere benachteiligte Problemquartiere in westdeutschen Großstädten ist. Die weltweite islamistische Bewegung sucht gerade in diesen „Gettos“ unter Jugendlichen ohne Perspektive Nachfolger/innen und hat – wie europaweit zu erfahren ist – einen großen Erfolg. Die Gefahr weiterer kultureller Desintegrationsprozesse ist damit auch für Schöneberg konkret gegeben. Die Islamistenorganisationen verursachen nicht allein diese Brüche, aber sie bedienen sich gezielt der Ergebnisse des Auseinanderdriftens von Teilen der

Gesellschaft in den Städten. Die Brüche selbst sind auf der Basis jahrzehntelanger Versäumnisse von Integrationspolitik entstanden.

Junge, an materiellen Mitteln wie Perspektiven arme Männer fallen durch eine hohe Gewaltbereitschaft auf. Deren Familien zeigen sich jedoch nicht minder gewaltbefürwortend und unterstützen häufig die Akteure. Allein das Problemfeld sozialer Marginalisierung dabei zu betrachten, greift ebenso zu kurz wie ethnisch-kulturelle oder gar an religiöse Prinzipien gebundene Erklärungen. In Anlehnung an die Forschungsergebnisse Heitmeyers scheinen eher kulturell wie sozial desintegrative Tendenzen das im Umfeld der türkischen und arabischen Migrant/inn/en im Schöneberger Norden entstandene Milieu zu prägen. Menschenverachtung, Rassismus, Sexismus und Gewaltbefürwortung sind einige Elemente dieser Haltung. Eine bestimmte Interpretation eigener traditioneller Kultur, erkennbar an Symbolen wie z. B. dem Kopftuch der Frauen, gehört ebenfalls in diesen Kontext.

Da das Quartiersmanagement sich der Aufgabe gestellt hat, das Auseinanderbrechen des Quartiers aufzuhalten und dem entgegenzusteuern, können die Akteur/inn/e/n das in dieser Arbeit u. a. am Beispiel des Café P. dargestellte Problem von ethnisch-sozialen Lebensstilkonflikten nicht ignorieren. Gemeinsam mit langjährig erfahrenen Sozialarbeiter/inne/n und vor allem mit Hilfe der aufsuchenden Sozialarbeit durch Fachleute mit Migrationshintergrund sowie interkulturelle „Dolmetscher/innen“ kann es gelingen, die verhärteten Fronten von Person zu Person, Schicht um Schicht abzutragen. Dazu sind vor allem Geduld, Kontinuität und der Aufbau von Vertrauen durch positive Erfahrungen in der Kooperation wesentlich. Um den Erfolg einer solchen Arbeit nicht zu gefährden, ist eine Konfrontation mit den ihr entgegen arbeitenden Kräften notwendig. „Hassprediger/innen“ können nicht taten- und konsequenzlos hingenommen werden. Ein von Deutschen und Migrant/inn/en sowie säkularen und muslimischen Akteur/inn/en getragenes Zusammenwirken ist dazu zu organisieren.

Der oft geforderte und geförderte Unterricht in deutscher Sprache als Grundlage jedes interkulturellen Dialogs und weiterer Bildungsangebote könnte durch eine praktische Unterrichtung und Einübung demokratischer, an Gleichberechtigung und Gewaltenteilung orientierte Umgangsformen ergänzt werden. Defiziten einer grundlegend respektvollen Haltung gegenüber anderen Kulturen sollte bei Einheimischen wie Migrant/inn/en durch sensibilisierende Maßnahmen im öffentlichen Raum, z. B. Plakataktionen, Projekte an Schulen, etc. entgegenzuwirken versucht werden. Das Prinzip der Trennung von Staat und Religion wäre insbesondere Schüler/inne/n aus Regionen, in denen dieses Prinzip

bislang nicht praktiziert wird, zu vermitteln. Im Hinblick auf den untersuchten Konfliktfall des Café P. ist eine enttabuisierende Auseinandersetzung mit dem Thema Sexualität, die explizit auch Homosexualität mit einschließt, anzuregen. Ein interkulturelles Training für deutsche Quartiersbewohner/innen, speziell auch für homosexuelle Menschen, die weitere Kompetenzen für einen sensiblen Umgang mit kulturellen Unterschieden in ihrer Nachbarschaft erlernen möchten, sollte die Palette von Initiativen und Unterstützungsangeboten des Quartiersmanagements für die Bewohner/innen des Schöneberger Nordens ergänzen.

Ein Dialog über Grundlagen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens in Großstadtquartieren sollte mit allen Minderheiten auf Basis von Gemeinsamkeiten und Unterschieden weiter geführt und gesucht werden. Seitens des Quartiersmanagements könnte ein Schwerpunkt „demokratisches Empowerment“ der Kiezbevölkerung geschaffen werden. Um insbesondere den gewaltbereiten Jugendlichen und ihren Eltern entsprechende Werte nahe zu bringen, bietet sich konkret an, einen verstärkten Kontakt zu einzelnen engagierten Persönlichkeiten wie zu dem interviewten Imam (vgl. Interview Nr. 27) aufzubauen, der seine Bereitschaft zur Kooperation angeboten hat. Generell sind anstelle neuer Strukturen vor allem neue Allianzen aufzubauen. Bereits im Kiez gewachsene Vertrauens-Strukturen zwischen freien Trägern und ethnischen Minderheiten sollten vorrangig durch das Quartiersmanagement gestärkt werden. Konkurrenzsituationen wirken sich, wenn es um den Abbau von Misstrauen gegenüber integrativ wirkenden Vereinen und Behörden geht, besonders unproduktiv aus und sind daher möglichst zu vermeiden.

Positive Vorbilder sind gerade im Milieu sozial Benachteiligter mit Migrationshintergrund zu identifizieren und zu fördern. Jene haben den im Quartier übermäßig vorhandenen negativen Vorbildern attraktivere und zukunftsfähige Alternativen entgegensetzen.

Dieses abschließende Kapitel nimmt Bezug auf Projekte und Initiativen im Schöneberger Norden, welche die Integration von ethnisch-sozialen Bevölkerungsminderheiten fördern. Die Auswahl stellt zugleich eine Empfehlung für die weitere Prioritätensetzung der Akteur/inn/e/n des Quartiersmanagements dar. Besonders im Hinblick auf die Lösung von Lebensstilkonflikten auf dem Wege des Empowerments von Minderheiten sind die Beispiele von Streetworkinterventionen, durch Minderheiten selbst initiierte, öffentlichkeitswirksame Kongresse und Mediation ermutigende Vorbilder.

Die Empfehlungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr handelt es sich um Beispiele guter Praxis. Sie ergeben sich aus der wissenschaftlichen Analyse des

Status Quo im Quartier nach Bestätigung der Hypothese, dass sich minderheitenrelevante kulturelle Desintegrationstendenzen sichtbar ausgebreitet haben. Soll der eingetretene Verlust an Urbanität nicht hingenommen werden, ist ein bewusstes, aktives Gegensteuern mit den verfügbaren Kräften und Instrumenten vor Ort notwendig. Dass dies einen integrierten Ansatz und eine hohe Kooperationsbereitschaft auf der vertikalen Ebene von Verwaltungshierarchien und auf der horizontalen Ebene verschiedener öffentlicher und privater Akteure bedarf, gehört bereits zum Repertoire der Akteur/inn/e/n vor Ort. Dass dies in der praktischen Umsetzung jedoch offenbar an Grenzen stößt, macht ein Konzept erforderlich, das stärker auf schwer erreichbare Zielgruppen zugeht.

Das Beispiel der Straßensozialarbeit zeigt, wie dies für sozial benachteiligte Jugendliche funktionieren kann. Ein ähnliches Konzept sollte für die Elterngeneration entwickelt werden, in dem deren Alltagsprobleme zum Anlass für flexible, mobile und auf die Zielgruppe aktiv zugehende Unterstützungsangebote werden.

Das zweite Beispiel zeigt einen von Angehörigen ethnischer Minderheiten und zugleich Angehörigen der homosexuellen Community angeregten und durchgeführten Kongress in Schöneberg. Ein solches Ereignis stärkt das Selbstbewusstsein der Veranstalter/innen, schafft Öffentlichkeit und sensibilisiert diese für die doppelte Problemlage dieser Minderheit. Durch die Verbindung von theoretischen und kulturellen Beiträgen werden Auswege aus Problemlagen gezeigt und positive Identitätsvorbilder entworfen. Die Beteiligung hochrangiger Politiker/innen unterstützt die Wirkung einer solchen Veranstaltung erheblich.

Das dritte Beispiel ist eher auf die Zukunft gerichtet: Eine erfolgversprechende Anwendung des Instrumentes der Mediation setzt einen gewissen Grad an Bildung, Verständnis für unterschiedliche Lebensauffassungen, ein übergeordnetes Konfliktbewusstsein sowie die Akzeptanz gewaltfreier Kommunikation voraus. Dass diese Prämissen bei zahlreichen Bewohner/inne/n des Quartiers Schöneberger Norden nicht gegeben sind, sollte nicht davon abhalten, das Instrument mehr und mehr bekannt zu machen und z. B. in Schulen und Kitas einzuüben. Wie dieses Instrument unter den gegebenen schwierigen Bedingungen angewendet werden kann und welche Wirkung es in den Familien, den Quartieren und in Bezug auf die Austragung von Lebensstilkonflikten zukünftig haben kann, sollte Gegenstand weiterer wissenschaftlicher Forschung sein.

Straßensozialarbeit als Beitrag zur Prävention und Integration

Träger der Straßensozialarbeit wie die Vereine Gangway und Outreach, die seit Jahren innerhalb des Schöneberger Nordens aktiv sind, haben zahlreiche Beispiele erarbeitet, um schwer erreichbare Jugendliche zu fördern. Entscheidend ist das Anknüpfen an den Interessen der Jugendlichen, aber auch die differenzierte Sicht der individuellen Verhältnisse in den Elternhäusern, der Aufenthaltstatus, etc. (vgl. Tilp/Dikmen 2004).

Im Kerneinsatzgebiet des Schöneberger Nordens leben etwa 200 Jugendliche von 14 bis 20 Jahren. Gearbeitet wird mit ca. 40 Jugendlichen. Die Kerngruppe besteht aus 15 bis 18 männlichen Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Sie sind türkischer, kurdischer und albanischer Herkunft. Ihnen fehlen Treffpunkte zur Freizeitgestaltung, Nachhilfe und Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche. Weitere etwa 10 Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien kurdischer Herkunft zwischen 16 und 19 Jahren brauchen Rechtsberatung, Ämterbegleitung, Aufnahme in Fußballvereine und Beratung. Etwa 10 bis 15 weitere männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund kommen gezielt und sporadisch zur Beratung. Ihr Bedarf liegt bei Bewerbungsschreiben, Briefkontakt zu Anwälten, Suche nach Zivildienststellen, Jobs im Ausland und nach Trägern von Stellen zum Ableisten gerichtlich angeordneter Strafarbeiten. Einige konsumieren Drogen (vgl. Tilp/ Dikmen 2004: 5).

Streetwork eignet sich zur zunächst unverbindlichen Kontaktaufnahme. Nachdem auf der Straße durch die aufsuchende Arbeit Vertrauen aufgebaut und Bedarfe formuliert wurden, können Gruppen im Vor-Ort-Büro dazu aufgebaut werden. Dank dieses flexiblen Ansatzes kann schnell auf Veränderungen reagiert werden. In den ersten Monaten 2003 arbeitet Outreach mit einer Gruppe von 9- bis 12-jährigen, bis für sie andere Betreuer/innen gefunden werden. Ergänzend wird auf der wöchentlichen Kontakttour Kontakt zu Erwachsenen, oft den von Konflikten betroffenen Geschäftsleuten, aufgenommen. Die Tour dient auch der Vernetzung mit anderen Orten von Jugendarbeit. Geschäfte wie das Lokal K., Café P., der Schuhmacher in der Steinmetzstraße, das Speiselokal in der Bülowstraße und andere Geschäfte werden aufgesucht und stehen im Dialog mit Outreach. Zum Teil hat sich die Situation entspannen lassen. Besonders positiv ist die Zusammenarbeit mit den Betreibern des Kletterfelsens. Durch Finanzierung der Krankenkasse AOK und der WIR Wohnungsbaugesellschaft hat sich eine Zusammenarbeit mit einem Kletterlehrer entwickelt. Bis zu 35 Kletterwillige erscheinen zu den Terminen. Die Kinder und Jugendlichen fühlen sich mit ihren Fähigkeiten ernst genommen. Das Selbstbewusstsein stieg, doch auch die körperlichen Grenzen wurden erfahrbar. „Die Wand zu erklettern hat nichts

mit Körpergröße, Muskeln und coolen Sprüchen zu tun. Die Machtverhältnisse auf dem Spielplatz haben sich so verschoben“ (Tilp/Dikmen 2004: 7).

Der größte Teil der Gruppe regelmäßig Teilnehmender waren kurdische Mädchen im Alter von 9 bis 12 Jahren und deutsche Jungen. Bislang hatte der Park als „Araberpark“ einen schlechten Ruf. Er wurde von einer Gruppe Jugendlicher dominiert; andere trauten sich nicht dorthin. Dies hat sich geändert. Durch die Platzbelegung ist der Platz nun auch für Mütter mit Kleinkindern attraktiv. Es ist wünschenswert, die Kletteraktion fortzusetzen.

Einzelfallbegleitung ist ein weiterer Schwerpunkt der Outreach-Arbeit. Es geht meist um Schulprobleme, das Finden einer Ausbildungsstelle oder um Konfliktlösung. In Einzelgesprächen ist es oft möglich, das eigene Verhalten zu hinterfragen, Schwächen zuzugeben und daran zu arbeiten. Konflikte in der Gruppe werden so oft im Vorfeld gelöst. Donnerstags bietet Outreach einen offenen Tag für alle Besucher/innen an. Es werden Spiele gespielt und Diskussionen geführt. Bewegende Themen sind Gewalt, Schwule, Religion und Politik. Ein Saz-Kurs wird angeboten, um Jugendlichen zu ermöglichen, dieses orientalische Saiteninstrument zu erlernen. Konzentration und Durchhaltevermögen werden so trainiert. Über die Lieder wird auch Geschichte vermittelt. Der Aktionsfonds des Quartiersmanagements unterstützte den Kauf von Instrumenten finanziell. Weitere Aktivitäten sind Wochenendausflüge. Auswärts verhalten sich die Jugendlichen meist angepasster und sozial verträglicher als in ihrem Wohngebiet. Die Teamerlebnisse stärken Selbstbewusstsein und Gruppengefühl. Fußballturniere und Begegnungen mit türkischen Vereinen gehören auch zum Spektrum der Aktionen. Themenorientierte Wochenendfahrten (z.B. Gewalt, Homosexualität, Musikgruppe) sind zukünftig vorgesehen. Die Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist weit entwickelt. Outreach nimmt am monatlich stattfindenden Präventionsrat teil und versucht, Probleme mit Jugendlichen direkt mit diesen anzusprechen und zu lösen (Tilp/Dikmen 2004: 14).

Der Kontakt zum LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschlands) wurde intensiviert. Treffen und gemeinsame Aktivitäten sind geplant. Es wird im Jahresbericht bedauert, dass es noch nicht gelang, Mädchen in größerer Zahl und kontinuierlich in die Arbeit einzubeziehen. Durch ein Nachhilfeangebot nur für Mädchen soll dies anders werden. Mindestens drei dubiose Sportvereine wurden inzwischen geschlossen. Die Drogenproblematik gehe zurück. Viele Ursachen der Probleme können durch Sozialarbeit nicht gelöst werden. So gibt es schon seit Jahren zu wenig Ausbildungs- und Arbeitsplätze (vgl. Tilp/ Dikmen 2004: 16).

Zum Engagement homosexueller Migrant/inn/en

Ein besonderer Beitrag zum Empowerment migrantischer Homosexueller durch offensive, öffentliche Auseinandersetzung mit der eigenen Stellung innerhalb der Gesellschaft war die erste Berliner Großveranstaltung türkischstämmiger Homosexueller im November 2003 in Schöneberg (vgl. LSVD 2004). Beteiligte waren neben Vertreter/inne/n aus Politik und Wissenschaft unter anderen der TBB: Türkischer Bund Berlin-Brandenburg, der TDU: Türkisch-Deutscher Unternehmerverband und die TGB: Türkische Gemeinde zu Berlin. Allein das Zusammenkommen dieser unterschiedlichen Akteure wird seitens der Veranstalter/innen als ein großer Erfolg angesehen. Vertreter/innen aus den Bundesländern Bremen, Bayern (München), NRW (Köln, Essen), aus Rheinland-Pfalz (Stuttgart) diskutierten mit Fachleuten aus Europa, vor allem aus Ankara, Wien und Amsterdam. Die hohe nationale und internationale Aufmerksamkeit des Kongresses sollte das Selbstbewusstsein von Homosexuellen mit Migrationshintergrund stärken und ihr weiteres gesellschaftliches Engagement im Kampf um Anerkennung, Emanzipation und gegen Diskriminierung und Gewalt fördern.

Mediation als Schlichtungsinstrument für Lebensstilkonflikte

Mediation wird seit Jahren sowohl im Bereich Planungskonfliktlösung als auch im Bereich privater Konfliktlösungen eingesetzt und als Instrument angeboten (vgl. z. B. Dechert-Knarse 2004). Konfliktparteien sollen dabei unterstützt werden, eigenverantwortlich zu einvernehmlichen Lösungen zu finden. Im Gegensatz zu zeit- und geldaufwändigen gerichtlichen Lösungen lockt das Instrument Mediation mit ökonomischen win-win-Lösungen, bei denen es keine Verlierer/innen gibt.

Allparteilichkeit, Neutralität und Vertraulichkeit werden geboten, Freiwilligkeit und die Bereitschaft, sich von festgefahrenen Positionen zugunsten der Findung gemeinsamer Interessen zu trennen, werden erwartet. Zu einer solchen offenen Grundhaltung mit Lernbereitschaft gehört die Erfahrung, dass nicht allein das Gesetz des Stärkeren gilt und ein Bemühen um die/den Konfliktpartner/in zu einvernehmlichen Lösungen führen kann. Außerhalb von Gruppen der Lokalen-Agenda-21 und ähnlicher politisch interessierter und engagierter Kreise gilt Mediation noch immer als zu wenig bekannt. Das Instrument wurde im Frühjahr 2004 durch das Quartiersmanagementteam Schöneberg der Bevölkerung angeboten, doch nach Auskunft des Quartiersmanagementteams durch die Betroffenen bislang kaum angenommen. Es gilt, Wege zu finden, dieses z. B. in Großbritannien erfolgreich etablierte Instrument auch in deutschen Quartieren zur Schlichtung von Lebensstilkonflikten einzusetzen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.) (2002): Mitteilungen des Präsidenten, 23. Bericht über Stadterneuerung 01.01.2000-31.12.2001, Drucksache Nr.15/1290. Berlin.
- Abgeordnetenhaus Berlin (Hrsg.) (2004): Vorlage – zur Kenntnisnahme – Schlussfolgerungen aus dem Evaluationsbericht zum Quartiersmanagement und künftige Programmumsetzung. Drucksache 15/2740 vom 06.04.2004. Berlin.
- AG SPAS e.V. (Hrsg.) (1994): Gutachten über den Verlauf und die Ergebnisse der Sozialplanung im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowsstraße – Sozialplanbericht – Berlin.
- Albrecht, Günter (2004): Sinn und Unsinn der Prognose von Gewaltkriminalität. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 475-524. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Alisch, Monika (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske und Budrich.
- Alisch, Monika/ Dangschat, Jens (1993): Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Darmstadt: Primus Verlag.
- Alisch, Monika/ Dangschat, Jens (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Notwendigkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Amendt, Jürgen (2006): Ohne Respekt ist Toleranz wertlos. In: E&W 2/2006 (Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, S. 6-9.
- Anderson, Elijah (1999): Code of the street. New York: Norton, S. 107-141.
- Anhut, Reimund/ Heitmeyer, Wilhelm (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 75-100. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Austermann, Klaus/ Zimmer-Hegmann, Ralf (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Evaluierungsbericht zum NRW-Landesprogramm, IfLS des Landes NRW. Dortmund.
- Baedecker, Karl (1974): Berlin-Schöneberg. Freiburg: Baedecker.
- Balke, Ralf (2006): Moderate Islamisten: Volker Perthes über die Hoffnungen und Wünsche der Menschen im Nahen und Mittleren Osten. In: Tagesspiegel, 22.05.2006.

- Banning, Thomas E. (1987): *Lebensstilorientierte Marketing-Theorie*. Heidelberg: Physica Verlag.
- Bartsch, Matthias/ Brandt, Andrea/ Kaiser, Simone/ Latsch, Günther, Meyer, Cordula, Schmidt, Caroline (2007): Haben wir schon die Scharia? In: *DER SPIEGEL* 13/2007, S. 22-35. Hamburg: Spiegel-Verlag.
- Baur, Christine (2006): Schule im Brennpunkt. Die Eberhard-Klein-Schule im Wrangelkiez musste neue Wege gehen. In: *blz*, 10/2006, S. 19/20.
- Beauftragte für Migration und Integration des Senats von Berlin, Prof. Barbara John (Hrsg.) (2002): *Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik in Berlin 2000*. Berlin.
- Beck, Ulrich (1986): *Die Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Becker, Heidede/ Schulz zur Wiesch, Jochen (Hrsg.) (1982): *Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse der Sanierungsfolgen in Berlin*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Becker, Heidede/ Löhner, Rolf-Peter (2000): Soziale Stadt. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 10-11, S. 22-29. Bonn.
- Becker, Michael (2004): Das Schweigen und neue Tabus. Über die Schwierigkeiten bei der Interpretation literarischer Werke in multikulturellen Schulklassen. In: *blz*, Juli/August 2004, S. 6-9.
- Becker, Ulrich/ Nowak, Horst (1982): Lebensweltanalyse als neue Perspektive der Meinungs- und Marktforschung E.S.O.M.A.R. Kongress, Bd. 2, S. 247-267. In: *ESOMAR (Hrsg.): Fitting Research to Turbulent Times*. Wien: ESOMAR.
- Becker, Ulrich/ Nowak, Horst/ Ruhland, Walter (1992): *Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung*. Düsseldorf: Econ.
- Beikler, Sabine (2006): Ich kenne die Zustände. Böger sieht in der Rütli-Schule keinen Einzelfall – jede Hauptschule erhält ab 2007 einen Sozialarbeiter. In: *Tagesspiegel*, 04.04.2006.
- Berger, Peter A. (2003): Kontinuitäten und Brüche. In: www.soziologie.uni-rostock.de/berger. (Zugriff: 09.03.2004).
- Berlin Museum (Hrsg.) (1984): *Eldorado, Homosexuelle Frauen und Männer in Berlin. 1850 bis 1950 Geschichte, Alltag und Kultur*. Berlin: Fröhlich und Kaufmann.
- Bezirksamt Schöneberg von Berlin (Hrsg.) (1998): *Bauzeitung Schöneberg Nr. 18. Bereichsentwicklungsplanung Schöneberg-Ost*. Berlin.

- Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin (Hrsg.) (o .J.): Tempelhof-Schöneberg kurz gefasst. Stand der statistischen Erhebungen 31.12.1999. Berlin.
- Blasius, Jörg/ Dangschat, Jens S. (1994): Lebensstile in Städten – zwischen Individualisierung und neuen Klassenkonflikten. In: Dangschat, Jens/ Blasius, Jörg (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden, S. 13-24. Opladen: Leske + Budrich.
- Bielitz, Marianne/ Meyer, Christian (2005): Eine Frage der Ehre. Die Vorstellungen von „Ehre“ werden weniger von der Religion als von der Tradition bestimmt. In: blz, November 2005, S. 19.
- Bochow, Michael/ Marbach, Rainer (Hrsg.) (2003): Homosexualität und Islam. Hamburg: MännerSchwarm Skript Verlag.
- Boettger, Christian (2005): Jugendgruppengewalt aus ethnographischer Sicht. Eine Rezension über Hermann Tertilt: Turkish Power Boys (1996). In: www.berlinerlesezeichen.de/lesezei/Blz97_04/text32.htm. (Zugriff: 01.09.2005).
- Bohle, Hans-Hartwig (1997): Armut trotz Wohlstand. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander?, S. 118-155. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bohnsack, Ralf (1989): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen: Leske und Budrich.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, S. 183-198. Göttingen: Schwartz.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Brandt, Andrea (2007): Allahs Avantgarde. In : UniSPIEGEL 1/2007: 8-12. Hamburg.
- Brauckmann, Jutta (1981): Weiblichkeit, Männlichkeit und Antihomosexualität. Berlin: Dietz Verlag.
- Brech, Joachim/ Vanhuè, Laura (Hrsg.) (1997): Migration - Stadt im Wandel. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Brückner, Margit (1983): Die Liebe der Frauen. Über Weiblichkeit und Misshandlung. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik.
- Brug, Manuel (2007): Kleine mit großer Klappe. Vor 50 Jahren starb Claire Waldoff, gefeierter Star der 20er Jahre. In: Berliner Illustrierte Zeitung, 21.01.2007, S. 8.

- Brunner, Rainer (2005): Zwischen Laizismus und Scharia. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2005, 17.05.2005, Muslime in Europa, S. 8-15. Bonn.
- Bühmann, Traude (Hrsg.) (2002): Lesbisches Berlin: die Stadtbegleiterin. Berlin: Orlanda.
- Burchard, Amory (2006): Mit Gewalt auftrumpfen. Expertin zum Berliner Hauptschul-Problem. In: Tagesspiegel, 04.04.2006.
- Burman, Jenny (2001): At the Scene of the Crossroads, "somewhere in this silvered city" – Diasporic public spheres in Toronto. In: MOORE/ RISK (2001), S. 203-211. Oakville, Ontario.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Carstens, Cornelia u. a. (Hrsg.) (1999): Frauen an der Spree. Ein Spaziergang durch die Geschichte. Berlin: be.bra-Verlag.
- Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart: Deutsche Verlags- Anstalt
- Dangschat, Jens/ Blasius, Jörg (Hrsg.) (1994): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Dangschat, Jens S. (1994): Lebensstile in der Stadt. Raumbezug und konkreter Ort von Lebensstilen und Lebensstilisierungen, S. 335-354. In: Dangschat, Jens/ Blasius, Jörg (Hrsg.) (1994): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Dangschat, Jens S. (1994): Segregation – Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten, S. 426-445. In: Dangschat, Jens/ Blasius, Jörg (Hrsg.) (1994): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Dannecker, Martin (2001): Der „gewöhnliche Homosexuelle“ an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. In: http://www.aidsnet.ch/infothek/d/2_01_10.htm. (Zugriff am 07.08.2007).
- Dechert-Knarse, Erika (2004): Mediation und Konfliktmanagement – Neue Wege eröffnen. Faltblatt der hartung consult GmbH. Berlin.
- Desselberger, Alex (2007): Polizei fürchtet sich vor Angriffen. Berlins Polizei sorgt sich wegen der Gewalt Jugendlicher gegen sie und fordert wirksamere Strafverfolgung und bessere Prävention. In: http://www.focus.de/panorama/welt/gewaltbereitschaft_aid_50645.html. (Zugriff am 15.05.2007).
- Desselberger, Alex; Fuhrer, Armin; Hauke-Steller, Frank, Plewnia, Ulrike; u. a. (2007): Gib her, ich stech' ihn ab. Jugendliche aus Einwandererfamilien dominieren die Gewaltstatistik. Ihnen drohen selten harte Strafen. In: Focus 10/2007, S. 22-26.

- Deutsches Institut für Urbanistik DIfU (Hrsg.) (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. 2. Fassung vom 01.03.2000. www. sozia-lestadt.de (Zugriff: 09.03.2004). Berlin.
- Deutsches Institut für Urbanistik DIfU (2003) i. A. des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Projektleitung: Dr. Heidede Becker: Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Bericht der Programmbegleitung. Berlin.
- Der Regierende Bürgermeister von Berlin (1999): Senatsbeschluss Nr.2077/99 vom 30. März 1999: Sozialorientierte Stadtentwicklung: Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Berlin.
- Doderer, Yvonne P. (2003): Urbane Praktiken. Strategien und Raumproduktionen feministischer Frauenöffentlichkeit. Münster: MV-Wissenschaft.
- Dreppenstedt, Hinnerk/ Esche, Klaus (Hrsg.) (2001): Ganz Berlin – Spaziergänge durch die Hauptstadt. Berlin: Nicolai.
- Drewitz, Ingeborg (1984): Berliner Salons, 3. Aufl. Berlin: Haude & Spener.
- Drieseberg, Thomas J. (1995): Lebensstil-Forschung. Theoretische Grundlagen und praktische Anwendungen. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Duve, Paul (2004): Die Gefühle und Wünsche der Menschen ansprechen. In: MieterMagazin 11/04, S. 21. Berlin.
- Eckert, Roland/ Willems, Helmut (2004): Gewaltforschung und Politikberatung. Die Kommissionen. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 525-544. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Eckert, Roland (2005): Die Generalisierung partikularistischer Orientierung – Proaktive Prozesse in der Bildung kollektiver Identität. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 259 – 278. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eisenberg, Götz/ Gronemeyer, Reimer (1993): Jugend und Gewalt. Der neue Generationenkonflikt oder Der Zerfall der zivilen Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Elias, Norbert (1996): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Elwert, Georg (2004): Biologische und sozialanthropologische Ansätze in der Konkurrenz der Perspektiven. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 436-474. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Empirica GmbH (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002. Zusammenfassung der Empfehlungen. Berlin.
- Endreß, Martin (2004): Entgrenzung des Menschlichen. Zur Transformierung der Strukturen menschlichen Weltbezugs durch Gewalt. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 174-201. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Engelmann, Bernt (1991): Berlin – eine Stadt wie keine andere. Göttingen: Steidl.
- Euler, Harald A. (2004): Die Beitragsfähigkeit der evolutionären Psychologie zur Erklärung von Gewalt. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 411-435. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Feddersen, Jan/ Reichert, Martin (2005): Es sind verlorene Söhne...Interview mit Necla Kelek. In: tageszeitung taz zwei, 23.09.2005, S. 13. Berlin.
- Finke, Bastian et al. (2005): Maneo-Fallbeispiele.pdf. In: www.maneo.de (Zugriff: 23.09.2005).
- Finke, Bastian et al. (2005): Maneo-News.pdf. In: www.maneo.de (Zugriff: 23.09.2005).
- Fischer, Claude S. (1975): Toward a Subcultural Theory of Urbanism. American Journal of Sociology 80, 1319-1341.
- Fischer, Claude S. (1982): To dwell among Friends. Personal Networks in Town and City. Chicago: University of Chicago Press.
- Fiske, Allan Page (1992): The Four Elementary Forms of Society: Framework for a Unified Theory of Social Relations. In: Psychological Reviews 9, p. 689-723.
- Flick, Uwe (1998): Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Flick, Uwe (2002): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Focus online (Hrsg.) (31.03.2006): Ex-Lehrerin packt aus: „Schweinefleischfresser“ in Angst. In: Focus online: http://focus.msn.de/bildung/schule/ex-lehrerin-packt-aus_nid_26974.html. (Zugriff: 31.03.2006).
- Focus online (Hrsg.) (02.04.2006): Berliner Schule: Gewalt gegen farbigen Schüler. In: Focus online: http://focus.msn.de/politik/deutschland/berliner-schule_nid_27062.html. (Zugriff: 03.04.2006).
- Forster, Rudolf (2002): Von der Ausgrenzung zur Gewalt. Rechtsextremismus und Behindertenfeindlichkeit – eine soziologisch-sonderpädagogische Annäherung. Bad Heilbrunn, Obb.: Klinkhardt.

- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Opladen: Leske und Budrich.
- Franke, Martin (2007): Schwule Sau? In: Siegessäule 05/2007, S. 11. Berlin.
- Friedrichs, Jürgen (1980): Methoden empirischer Sozialforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Claudia (2003): Wildes Sofa, Doughnuts und schwule Väter – 350.000 Besucher kamen zum lesbisch-schwulen Stadtfest. In: Berliner Zeitung, 23.06.2003. Berlin.
- Fuchs, Claudia (2004): Vertreibung aus dem Kiez – nach vermehrten Attacken durch Jugendliche sucht Berlins einziges HIV-positiven-Café neue Räume. In: Berliner Zeitung, 18.03.2004. Berlin.
- Füchsel, Katja (2006): Ermittler fordern härtere Strafen für Jugendliche. Nur Haft und Abschiebung beeindrucken. In: Tagesspiegel, 06.05.2006.
- Füchsel, Katja (2006): Die Ausweisung fürchten viele mehr als Gefängnis. In: Tagesspiegel, 13.05.2006.
- Fuhrer, Armin (2007): Kriminelle Jugendliche immer brutaler. Die Zahl gewalttätiger Jugendlicher mit Migrationshintergrund steigt in Berlin dramatisch an. In: Focus, 05.03.2007. http://www.focus.de/panorama/welt/berlin_nid_45717.html. (Zugriff: 14.05.2007).
- Galtung, Johan (1975): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Geißler, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Mit einem Beitrag von Thomas Meyer. 3. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gensch, Brigitte/ Zimmer, Veronika (1980): Gewalt gegen Frauen in Kassel - Stadtplanerische und bauliche Komponenten der nächtlichen Unsicherheit. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der GH Kassel Studienbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung. Kassel.
- Gernert, Johannes (2003): Fakten und Vermutungen – Polizei und Überfalltelefon werden deutlich mehr Übergriffe auf Schwule gemeldet als im Vorjahr. Zu den Tätern zählen auch junge Migranten. Aktivisten fürchten nun einen Rechtsruck der Szene. In: tageszeitung TAZ, 28.10.2003. Berlin.
- Gernert, Johannes (2003): Mehr als zwei Steinwürfe vom Miteinander. Das Café PositHIV verlässt den Alvensleben-Kiez – wegen wiederholter Übergriffe. Die Polizei wiegelt ab. In: tageszeitung TAZ, 28.10.2003. Berlin.

- Gernert, Johannes (2006): Noltes „neue Unterschicht“. In: Berliner Zeitung, 17.10.2006.
- Gesemann, Frank (2006): Die Integration junger männlicher Muslime in Deutschland. Bildung und Ausbildung als Schlüsselbereiche sozialer Integration. Redemanuskript zur Fachtagung Junge Muslime und Bildung im europäischen Vergleich. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, 04.05.2006. Berlin. Bonn: FES Selbstverlag.
- Geyer, Christian/ Minkmar, Nils (2006): Die schleichende Scharia. Die Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali warnt davor, sich von muslimischen Friedensbeteuerungen einlullen zu lassen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.10.2006.
- Ghadban, Ralph (2000): Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten. Berlin: Das Arabische Buch.
- Ghadban, Ralph (2006): Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas. Berlin: Verlag Hans Schiler.
- Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Goffman, Erving (1975): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gülfirat, Suzan/ Keilani, Fatima (2004): Senat soll gegen Zwangsheirat vorgehen. Frauen werden in Berlin mit Gewalt und Druck in die Ehe gezwungen. FDP will Bundesrats-Initiative. In: Tagesspiegel, 28.10.2004. Berlin.
- Günay, Koray Ali (2003): Homosexualität in der Türkei und unter Türkeistämmigen in Deutschland. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: M. Bochow / R. Marbach (Hrsg.), Homosexualität und Islam, S.116-139. Hamburg: MännerSchwarm Skript Verlag.
- Güsten, Susanne (2006): Darüber spricht die ganze Türkei ...über Rütli-Schulen und die Gewaltwelle in ihrem Land. In: Tagesspiegel, 07.05.2006.
- Hägler, Maximilian (2003): Pinkpong und Queerschlag. Wowereit will Gay Games 2010 nach Berlin holen. Erwartet werden 20.000 schwule und lesbische Sportler. Vergabe im Oktober 2005. In: taz Berlin lokal, 24.06.2003, S. 24. Berlin.
- Haerlin, Benny/ Sontheimer, Michael (1983): Potsdamer Straße – Sittenbilder und Geschichten. Berlin: Rotbuch.
- Häußermann, Hartmut (1991): Sozialraum Stadt. Von der Sprengkraft sozialer Schichtung. In: Zukunft der Städte. Hrsg.: K. Ganser u. a., S. 92-110. Baden-Baden: Nomos.
- Häußermann, Hartmut (1995): Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. In: Berliner Journal für Soziologie 1/95, S. 89-98.

- Häußermann, Hartmut (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske und Budrich.
- Häußermann, Hartmut (2005): Integration und Urbanität – eine problematisch gewordene Beziehung. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): Zukunft von Stadt und Region. Band I: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, S. 19-51. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häußermann, Hartmut (2007): Effekte der Segregation. In: vhw FW 5/ Okt.- Nov.2007, S. 234-240. Berlin.
- Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/ Kapphan, Andreas (1989): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin: Kulturbuch-Verlag.
- Häußermann, Hartmut/ Kapphan, Andreas (2004): Berlin – Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt. In: Häußermann/ Kronauer/ Siebel (Hrsg.): An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung, S. 203-234. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut u. a. (1995): Berlin. Zuwanderung – gesellschaftliche Probleme, politische Ansätze. In: ECOS – Comparative Studies for Metropolitan Areas in Central and Western Europe Concerning the Topics Transport and Migration. Berlin: Kulturbuchverlag.
- Häußermann, Hartmut/ Oswald, Ingrid (Hrsg.) (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: Leviathan Sonderheft 17/1997. Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (1998): Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/ Kronauer, Martin/ Siebel, Walter (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/ Kronauer, Martin/ Siebel, Walter (2004): Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung. In: Häußermann/ Kronauer/ Siebel (Hrsg.): An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung, S. 7-40. Frankfurt/ M: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (Hrsg.) (2004): Stadtsoziologie – eine Einführung. Frankfurt/M.: Campus.
- Häußermann, Hartmut/ Wurtzbacher (2005): Die Gemeinde als Ort politischer Integration. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 429 - 450. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hamm, Bernd (1996): Struktur moderner Gesellschaften. Opladen: Leske und Budrich.

- Hartmann, Peter H. (1999): *Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hasselmann, Jörn (2006): Opfer sind meistens die Deutschen. Schöneberger Hauptschule diskutiert über Bedrohung – Pädagogen und Polizei sind alarmiert. In: *Tagesspiegel*, 10.05.2006.
- Hasselmann, Jörn (2006): Polizeischutz für bedrohten Hauptschüler. In: *Tagesspiegel*, 06.05.2006.
- Hasselmann, Jörn/ Vieth-Entus, Susanne (2006): Schule in Not – Politik und Polizei alarmiert wegen Jugendgewalt. Hoher Prozentsatz ausländischer Täter. In: *Tagesspiegel*, 10.05.2006.
- Heitmeyer, Wilhelm (1995): *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim/ München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm u. a. (1995): *Gewalt – Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*. Weinheim/ München: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm/ Dollase, Rainer/ Backes, Otto (Hrsg.) (1998): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2004): Kontrollverluste. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), *Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, 86-103. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.
- Heitmeyer, Wilhelm/ Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.) (2004): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hefty, Georg Paul (2004): Integration verlangt Kraft und Maß. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ*, 31.03.2004. Frankfurt/M.
- Heinemann, Gabriele (2006): Mädchentreff oder Hurenclub? Soziale Ausgrenzung und Fundamentalismus sind Herausforderungen für die Jugendhilfe. In: *Unsere Jugend* 3/2006. 12 S. Ausdruck aus dem Internet: www.madonnaemaedchenpower.de/text/maedchentreff_oder_hurenclub.pdf. (Zugriff: 09.05.2006).
- Herbert, Ulrich (2003): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München 2001: C.H. Beck. Erschienen als Band 410 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

- Herlyn, Ulfert (1998): Milieus, S. 151-161. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Opladen: Leske + Budrich.
- Hillebrand, Ernst (2007): Zu viele oder zu wenige? Demographische Entwicklung und internationale Migration. Reihe Kompass 2020. Bonn/ Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hillmann, Karl-Heinz (1989): Wertewandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Hinzpeter, Werner (2000): Harte Jungs – weiche Seele. In: STERN 24/2000, S. 54ff. Hamburg.
- Hoffmann, Andreas (2003): Jugendliche Freizeitstile – dynamisch, integrativ und frei wählbar? Explorative Einzelfallstudien zu Funktionen und intraindividuellen Verläufen von Freizeitstilen Jugendlicher vor dem Hintergrund der Lebensstilforschung. Berlin: Logos-Verlag.
- Holl, Christian (Hrsg.) (2002): Soziale Stadt: Ein politisches Programm in der Diskussion. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Holtzmann, H.-D. (1997): Regionalpolitik der Europäischen Union. Berlin: Duncker & Humblodt.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalysen in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske + Budrich.
- Hüttermann, Jörg (2004): 'Dichte Beschreibung' oder Ursachenforschung der Gewalt? Anmerkungen zu einer falschen Alternative im Lichte der Problematik funktionaler Erklärungen. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 107-124. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Imbusch, Peter (2004): 'Mainstreamers' versus 'Innovateurs' der Gewaltforschung. Eine kuriose Debatte. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 125-150. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Imbusch, Peter/ Rucht, Dieter (2005): Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 13-74. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.) (2001): Im Dickicht der Städte – soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Münster: Juventa.
- Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik IFS GmbH (2004): Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Kurzfassung. Berlin.
- Ipsen, Detlev (1992): Regionale Identität – Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie. In: Lindner, Rolf (Hrsg.): Die Wiederkehr des

Regionalen – über neue Formen kultureller Identität, S. 232-254. Frankfurt/M./New York: Campus.

Jacobs, Jane (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, S. 27-46. Berlin: Ullstein.

Jazbinsek, Dietmar (o. J. – ca. 2002): Die Großstädte und das Geistesleben von Georg Simmel. Zur Geschichte einer Antipathie. Schriftenreihe der Forschungsgruppe „Metropolenforschung“ des Forschungsschwerpunktes Technik – Arbeit – Umwelt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB. Berlin.

Jessen, Jens (2004): Die Tücken der Toleranz. Wie sich Staat und muslimische Minderheit in Deutschland begegnen müssen. In: DIE ZEIT 18.11.2004, Nr. 48. http://images.zeit.de/text/2004/48/01_leit_1_48. (Zugriff: 14.05.2007).

Kant, Immanuel (1985 [1788]): Kritik der praktischen Vernunft. Hamburg: Felix Meiner.

Karstedt, Susanne (2004): Typen von Sozialintegration und Gewalt: Kollektivismus, Individualismus und soziales Kapital. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 269-292. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Karstedt, Susanne (1975): Soziale Randgruppen und soziologische Theorie. In: <http://bidok.uibk.ac.at/library/karstedt-randgruppen.html>. (Zugriff: 06.08.2007).

Katholische Akademie in Berlin (Hrsg.), Christian W. Troll SJ (2001): Der europäische Islam – Eine reale Perspektive? Berlin: Morus.

Kelek, Necla (2006): Entgegnung. Necla Kelek antwortet auf eine Petition von 60 Migrationsforschern zur deutschen Integrationspolitik und die Kritik an ihren Büchern über den Islam. In: ZEIT online, 02.02.2006. http://images.zeit.de/text/online/2006/06/kelek_replik. (Zugriff: 14.05.2007).

Kersten, Joachim (1997): Gut und (Ge)schlecht. Männlichkeit, Kultur und Kriminalität. Berlin/ New York: de Gruyter.

Kinder, Hermann/ Hilgemann, Werner: dtv- Atlas zur Weltgeschichte (1977) Band 1 und 2, 13. Auflage, München: dtv.

Klaaßen, Lars (2004): Erste Hilfe. Berlins Quartiersmanagement greift. Aber es greift zu kurz. In: MieterMagazin 11/04, S.14-20. Berlin.

Klausen, Jytte (2005): Europas neue muslimische Elite. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2005, 17.05.2005, Muslime in Europa, S. 15-23. Bonn.

Klöß, Tilo (Hrsg.) (1998): Solidarische Ökonomie und Empowerment. Neu-Ulm: AG SPAK Verlag.

- Klocke, Andreas (1994): Dimensionen, Determinanten und Handlungsrelevanz von Lebensstilen, S. 273-285. In: Dangschat, Jens/ Blasisus, Jörg (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Köppen, Ruth (1985): Armut ist weiblich. Berlin: Elefant Press.
- Kopietz, Andreas (2006): Deutsche planten Selbstmordattentate. Drei Frauen wollten sich nach Übertritt zum Islam bei Anschlägen opfern. In: Berliner Zeitung, 31.05.2006.
- Kuhle, Holger (2000): Sozialräumlicher Wandel und neue Formen sozialer Ausgrenzung in zwei Metropolen (Berlin und Paris). Unveröffentlichte Dissertation. Berlin.
- Kühn, Steffi (2002): Soziale Ökonomie in benachteiligten Quartieren. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Berlin.
- Krätzke, Stefan (1995): Stadt, Raum, Ökonomie – Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel/ Boston/ Berlin: Birkhäuser.
- Kraneis, Dirk (2002): Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die Soziale Stadt. Das Bund-Länder-Programm zwischen sozialem Anspruch und Wirklichkeit. Eine Untersuchung ausgewählter Projekte. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Berlin.
- Kresta, Edith/ Wierth, Alke (2003): Eti sengin, kemigi benim. Untersuchungen zum autoritären Erziehungsstil in türkischen Haushalten in Deutschland. In: blz vom 01. Juni 2003, S. 4-8. Berlin.
- Krohn, Anne-Dore/ Wahba, Annabel (2007): Kaum Chancen. Wie wird sich das neue Ausländerrecht in der Praxis auswirken? Fragen an Renée Abul-Ella. In: DIE ZEIT Nr. 13, 22.03.2007, S. 76.
- Krummacher, Michael/ Kulbach, Roderich/ Waltz, Viktoria/ Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersentwicklung. Opladen: Leske und Budrich.
- Lefebvre, Henri (1997): The production of space, Oxford/Malden, Massachusetts: Blackwell Publishing.
- Leggewie, Claus (1990): Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik. Berlin: Rotbuch.
- Leggewie, Claus (2005): Religionen und Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/2005 vom 14.02.2005, S. 3-6. Bonn.
- Lehming, Malte (2006): Feinde haben, Feinde machen. Papst statt Bush: Auch in Deutschland wird der Antiislamismus salonfähig. In: Tagesspiegel, 26.09.2006.
- Leick, Romain (2003): Der Islam neigt zum Totalitären. Der marokkanische Schriftsteller Ben Jelloun über die Folgen des Irak-Krieges, die Verletzungen der arabischen Seele und die Gefahr des Zusammenpralls der Kulturen. In: Spiegel Special 2/2003, S. 20-21, Hamburg.

- Lerch, Wolfgang Günter (2004): Türkische Ausstrahlung. In: FAZ, 30.11.2004, S. 3. Frankfurt/M.
- Liebau, Veronika und Zwaka, Petra (1998): Schöneberg in historischen Postkarten. Berlin: Jaron Verlag.
- Liebel, Manfred (2005): Kinder im Abseits. Kindheit und Jugend in fremden Kulturen. Weinheim und München: Juventa.
- Lindner, Rolf (1990): Die Entdeckung der Stadtkultur. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lindner, Rolf (2004): Walks on the wild side. Frankfurt/M.: Campus.
- Loy, Thomas (2006): Alles getan – und trotzdem reicht es nicht. Nach der Rütli-Schule hat auch die Plievier- Hauptschule in Wedding einen Hilferuf an den Senat gesandt. In: Tagesspiegel, 04.04.2006.
- Lüdtke, Hartmut (1989): Methodenprobleme der Lebensstilforschung. Probleme des Vergleichs empirischer Lebensstiltypologien und die Identifikation von Stilpionieren, S. 139-163. In: Schwenk, Otto G. (Hrsg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Lück, Wolfgang (2002): Technik des wissenschaftlichen Arbeitens. Seminararbeit, Diplomarbeit, Dissertation. 8. Aufl. München/Wien: Oldenbourg.
- Manji, Irshad (2003): Der Aufbruch. Plädoyer für einen aufgeklärten Islam. Frankfurt a. M.: Eichborn.
- Markfeka, Manfred (1990): Vorurteile, Minderheiten, Diskriminierung. Ein Beitrag zum Verständnis sozialer Gegensätze. 6. Auflage. Neuwied: Luchterhand.
- Martin, Klaus-Peter (2005): Turkish Power Boys oder: Das mühselige Geschäft der Integration. Eine Rezension: Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande, Frankfurt/M.: Suhrkamp. In: www.oeko-net.de/kommune/kommune5-96/TTUERKEN.htm. (Zugriff: 01.09.2005).
- Maslow, Abraham H. (1968): Toward a Psychology of Being. 2nd. Ed. New York: Van Nostrand.
- Mercan, Abdurrahman (2003): Lebensstile und Selbstorganisation von muslimischen Homosexuellen in Deutschland. In: M. Bochow / R. Marbach (Hrsg.), Homosexualität und Islam, S. 140-155. Hamburg: MännerSchwarm Skript Verlag.
- Meyer, Adele (Hrsg.) (1981): Lila Nächte. Die Damenclubs der Zwanziger Jahre. Berlin: Zitronenpresse.
- Meyer, Peter (2004): Grundlagen menschlicher Gewaltbereitschaft. Beiträge evolutivonärer Forschung. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 383-410. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Meyer, Thomas (2002): Private Lebensformen im Wandel. In: Geißler, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, S. 401- 433. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Meyring, Philipp (1997): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Michailow, Matthias (1994): Lebensstil und soziale Klassifizierung. Zur Operationsweise einer Praxis sozialer Unterscheidung, S. 26-46. In: Dangschat, Jens/ Blasius, Jörg (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Michalsky, Oliver (2004): Zukunft und Selbstbewusstsein. In: Berliner Morgenpost, 07.03.2004. Berlin.
- Miller, Tobias (2006): Die Brutalität hat zugenommen. Polizeioberkommissar Stefan Bonikowski, Präventionsbeauftragter in Neukölln, über die Gewalt an Schulen und was man dagegen tun kann. In: Berliner Zeitung, 31.05.2006.
- Mitchell, Arnold (1983): The Nine American Lifestyles. New York: Warner Books.
- Modood, Tariq (2001): Muslime im säkulären britischen Multikulturalismus. In: Katholische Akademie in Berlin (Hrsg.), Christian W. Troll SJ, Der Europäische Islam. Eine reale Perspektive? S. 21-43. Berlin: Morus.
- Monath, Hans (2006): Willkommen ist, wer die Regeln einhält. Innenminister Schäuble wagt mit der Islamkonferenz ein politisches Experiment. In: Tagesspiegel, 26.09.2006.
- Moore, Paul/ Risk, Meredith (Hrsg.) (2001): Culture of Cities: Under Construction. Oakville/Ontario: Mosaic Press.
- Münch, Richard (1998): Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried (2004): Clausewitz und die neuen Kriege. Über Terrorismus, Partisanenkrieg und die Ökonomie der Gewalt. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 362-382. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Neckel, Sigard/ Sutterlüty, Ferdinand (2005): Negative Klassifikationen – Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 409 – 428. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niemeier, Georg (1977): Siedlungsgeographie. Braunschweig: Westermann.
- Nollmann, Gerd (1997): Konflikt in Interaktion, Gruppe und Organisation. Zur Konfliktsoziologie der modernen Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Nunner-Winkler, Gertrud (2004): Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), *Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, S. 21-61. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- O'Connor, Alice (2004): Rasse, Klasse und Ausgrenzung: Das Konzept der Unterklasse in historischer Perspektive. In: Häußermann/ Kronauer/ Siebel (Hrsg.): *An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung*, S. 43-70. Frankfurt/ M: Suhrkamp.
- Offe, Claus (2003): Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt/M.: Campus.
- Offe, Claus (1994): Moderne Barbarei: Der Naturzustand im Kleinformat? In: *Journal für Sozialforschung*, 34. Jahrgang, Heft 3, S. 229-247.
- Otte, Gunnar (2004): Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Veröffentlicht in der Reihe Sozialstrukturanalyse. Band 18. Hrsg.: Stefan Hradil.
- Paloscia, Raffaele (Hrsg.) (2004): *The Contested Metropolis: Six Cities at the Beginning of the 21st Century*. Basel: Birkhäuser.
- Park, Robert E./ Burgess, Ernest W. / McKenzie, Roderick D. (eds.) (1967): *The City*. Chicago: University Press.
- Penta, Leo J. (2004): Um sich zu behaupten, muss sich Berlin neu erfinden. Auszug aus einem Redebeitrag der Kommissionssitzung „Eine Zukunft für Berlin“. In: *Berliner Morgenpost*, 07.03.2004. Berlin.
- Popitz, Heinrich (1992): *Phänomene der Macht*. (2. Aufl.). Tübingen: Mohr.
- Preuschhoff, Gisela/ Preuschhoff, Axel (2000): *Gewalt an Schulen. Und was dagegen zu tun ist*. Köln: PapyRossa-Verlag.
- Pröhl, Marga (Hrsg.) (1998a): *Multikulturelle Gesellschaft – Integration in der Kommune. Internationale Recherchen und Fallbeispiele. Network Cities of Tomorrow*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pröhl, Marga (Hrsg.) (1998b): *Kommunale Wirtschaftsförderung. Internationale Recherchen und Fallbeispiele. Network Cities of Tomorrow*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Rasche, Uta (2007): Spinne im Netz der Muslime in Deutschland. Die Macht des Ibrahim El Zayat. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.05.2007.
- Reemtsma, Jan Philipp (2004): Gewalt. Monopol, Delegation, Partizipation. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), *Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, S. 346-361. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Ribbe, Wolfgang/ Schmäddecke, Jürgen (1994): Kleine Berlin-Geschichte. Berlin: Stapp Verlag
- Richter, Emanuel (2005): Die Einbürgerung des Islams. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2005, 17.05.2005, Muslime in Europa, S. 3-7. Bonn.
- Riesbeck, Peter (2005): Jugendprotest. Das ist eine postmoderne Revolte. Frankreich-Innenminister Nicolas Sarkozy wiederholt seine Beschimpfung der wütenden Jugendlichen als Gesindel. Der Soziologe Hartmut Häußermann sucht nach Ursachen. In: Berliner Zeitung, 12.11.2005.
- Röhrich, Wilfried (2005): Der Islam in der Weltpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/2005 vom 14.02.2005, S.22-29. Bonn.
- Rogalla, Thomas (2003): Konzentration auf die Mitte. In: Berliner Zeitung, 06.11.2003. Berlin.
- Rogalla, Thomas (2004): Kein Randproblem. In: Berliner Zeitung, 28.01.2004, S. 4. Berlin.
- Sassen, Saskia (2001): The Global City. New York/ London/ Tokyo/ Princeton: Princeton University Press.
- Saunders, Peter (1985): Raum, Stadt, Stadtsoziologie. In: Krämer, Jürgen und Neef, Rainer (Hg.): Krise und Konflikte in der Großstadt im entwickelten Kapitalismus, S. 21-48, Basel.
- Schellenberger, Rouven (2006): Auf der Verliererseite. Unterschicht – Die SPD fürchtet eine Debatte über ihre Verantwortung für die neue Armut und setzt den Begriff auf den Index. Soziologen warnen vor der Stigmatisierung einer ganzen gesellschaftlichen Gruppe. In: Berliner Zeitung, 17.10.2006.
- Scheub, Ute (2000): Verrückt nach Leben. Berliner Szenen in den zwanziger Jahren. Hamburg: Rowohlt.
- Scherr, Albert (2004): Körperlichkeit, Gewalt und soziale Ausgrenzung in der 'postindustriellen Wissensgesellschaft'. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 202-226. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schiffauer, Werner (1983): Die Gewalt der Ehre: Erklärungen zu einem deutsch-türkischen Sexualkonflikt. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schiffauer, Werner (2000): Die Gottesmänner: Türkische Islamisten in Deutschland. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schiffauer, Werner (2007): Im Zweifel gegen den Muslim. Das deutsche Ausländerrecht verhindert die Einbürgerung vieler islamischer Gläubiger. Oft werden sie zu Unrecht des religiösen Fanatismus verdächtigt. In: DIE ZEIT Nr. 15, 04.04.2007, S. 14.

- Schiffer, Sabine (2005): Der Islam in deutschen Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2005, 17.05.2005, Muslime in Europa, S. 23-30. Bonn.
- Schirmmayer, Christine (2002): Kleines Lexikon zur islamischen Familie. Holzgerlingen: Hänssler.
- Schlagenwerth, Michaela (2007): Die Muslime haben Angst vor den Deutschen. Der Ethnologe Werner Schiffauer über die mangelnde Integrationsbereitschaft und ihre Gründe. In: Berliner Zeitung, 07.02.2007, S. 25.
- Schmid, Thomas (2004): Vielfalt als Chance – Strategische Eckpunkte zu einer aktuellen Debatte. In: Ömer Erzeren, Eisbein in Alanya. Erfahrungen in der Vielfalt deutsch-türkischen Lebens, S. 203-221. Hamburg: edition Körber-Stiftung.
- Schmidt, Caroline/ Stark, Holger (2006): Das System ist krank. Der scheidende Direktor der Berliner Rütli-Schule, Helmut Hochschild, über Gewalt unter Jugendlichen, Probleme von Migranten und die Zukunft der Hauptschule in Problembezirken. In: DER SPIEGEL 49/2006, S. 54-58. Hamburg: Spiegel-Verlag.
- Schmidt-Hijazi, Malin (2005): Bekämpfung der Zwangsverheiratungen. Gespräch mit der Staatssekretärin für Frauenpolitik, Susanne Ahlers. In: blz, November 2006, S. 20.
- Schmidt-Relenberg Norbert/ Feldhusen, Gernot/ Luetkens, Christian (1973): Sanierung und Sozialplan. München: Callwey.
- Schrader-Klebert, Karin (1969): Die kulturelle Revolution der Frau, Kursbuch 17, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schroer, Markus (2004): Gewalt ohne Gesicht. Zur Notwendigkeit einer umfassenden Gewaltanalyse. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 151-173. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/ Meyer, Ulrike (2004): Wie viel Kultur benötigt ein Stadtteil? Erfahrungen aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. In: Difu-Berichte 1/2004, S. 21-24. Berlin.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/M. und New York: Campus.
- Schwenk, Herbert (1998): Berliner Stadtentwicklung von A bis Z. Berlin: Haude & Spener.
- Schwind, Hans-Dieter (Hrsg.) (1990): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt. Analysen und Vorschläge der unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission). Band I: Endgutachten und Zwischengutachten der Arbeitsgruppen (2. Aufl.) Berlin: Duncker und Humblot.

- Seidel, Bernhard (2000): Regional-, Struktur und –Kohäsionspolitik. In: Weidenfels, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z, S. 322-329. Bonn.
- Selonke, Simone (2005): Jugendliche Kriminelle – viel zu lasch bestraft? In: Bild der Frau 39/2005, S. 46f.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz – Der Beauftragte für Integration und Migration (Hrsg.) (2004): Wie verändert der Islam die Schule im Kiez? Dokumentation des offenen Diskussionsforums am 08.März 2004. Berlin.
- Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport (Hrsg.) (1996): Opfer, Täter, Angebote. Gewalt gegen Schwule und Lesben. Berlin.
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.) (2003): Anders sein und älter werden – Lesben und Schwule im Alter. Dokumentation der Fachtagung vom 22./23.November 2002. Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1998): Flächennutzungsplan Berlin. Oktober 1998. Berlin.
- Simmel, Georg (2005a): Die Großstädte und das Geistesleben. Ex: Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung. (Jahrbuch der Gehe-Stiftung Dresden, hrsg. Von Th. Petermann, Band 9, 1903, S. 185-206. Dresden. In: Prof. Dr. Hans Geser u. a. (Hg.), Georg Simmel Online. Projekt der Universität Zürich. [www.http://209.130.85.137/sim/sta03.htm](http://209.130.85.137/sim/sta03.htm) (Zugriff am 21.01.2005)
- Simmel, Georg (2005b): Exkurs über den Fremden. Ex: Georg Simmel: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin 1908, S. 509-512. In: Prof. Dr. Hans Geser u. a. (Hg.), Georg Simmel Online. Projekt der Universität Zürich. [www.http://socio.ch/sim/unt9f.htm](http://socio.ch/sim/unt9f.htm) (Zugriff: 21.01.2005).
- Sobel, Michael E. (1981): Lifestyles and Social Structure: concepts, definitions, analyses. New York: Academic Press.
- Soeffner, Hans-Georg (2004): Gewalt als Faszination. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 62-85. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Spellerberg, Annette (1996): Soziale Differenzierung durch Lebensstile. Eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland. Berlin: Sigma.
- Stiftung SPI/ AG SPAS: Team Quartiersmanagement Schöneberger Norden (2003): Handlungskonzept 2003. Berlin.
- Strauss, Anselm/ Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union.
- Strobl, Rainer/ Kühnel, Wolfgang (2004): Stimmt die These vom Zusammenhang zwischen kollektivistischen Werten und Gewalt? Theoretische Überlegungen und empirische Analysen am Beispiel von Aussiedlerjugendlichen. In: Heitmeyer, W./

- Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 293-314. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Terkessidis, Mark/ Karakasoglu, Yasemin (2006): Gerechtigkeit für die Muslime! In: DIE ZEIT 01.02.2006, Nr. 6. <http://images.zeit.de/text/2006/06/Petition>. (Zugriff: 14.05.2007).
- Ter-Nedden, Corinna (2005): Heirat unter Zwang. Die Brückenfunktion der Schule ist bei der Zwangsverheiratung von zentraler Bedeutung. In: blz, November 2005, S. 17-19.
- Tertilt, Hermann (1996): Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Theweleit, Klaus (1986): Männerphantasien. Band 1 und 2. Basel etc.: Stroemfeld.
- Thome, Helmut (2004): Theoretische Ansätze zur Erklärung langfristiger Gewaltkriminalität seit Beginn der Neuzeit. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 315-345. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Thome, Helmut (2005): Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität – Erklärungskonzepte und Methodenprobleme. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 209-234. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Thünen, Johann Heinrich von (1921): Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. 2. Aufl. Jena: G. Fischer.
- Thürmer-Rohr, Christina (1987): Aus der Täuschung in die Ent-Täuschung. Zur Mittäterschaft von Frauen. In: Vagabundinnen - Feministische Essays. Berlin: Orlanda.
- Tibi, Bassam (2002): Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Tilp, Angelika/ Dikmen, Seyitali (2004): Jahresbericht Outreach Team Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Schöneberg-Nord, 16 Seiten. In: www.jugendserver.spinnettenwerk.de (Zugriff: 26.04.2004).
- Troll, Christian W. SJ (2001): Islamische Stimmen zum gesellschaftlichen Pluralismus. In: Katholische Akademie in Berlin (Hrsg.), Christian W. Troll SJ: Der europäische Islam. Eine reale Perspektive? S. 55-92. Berlin: Morus.
- Vester, Michael (1997): Soziale Milieus und Individualisierung. Mentalitäten und Konfliktlinien im historischen Wandel, S. 99-123. In: Ulrich Beck und Peter Sopp (Hrsg.): Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus? Opladen: Leske + Budrich.
- Vieth-Entus, S. (2004): Diese Ideologie schürt Aggressionen. Islam-Expertin warnt: Islamische Föderation an den Schulen unkontrollierbar. Interview mit Sanem Kleff,

- Leiterin des EU-Projektes „Schulen ohne Rassismus“. Die gebürtige Türkin organisiert Veranstaltungen über „Islamismus und Schule“ für die GEW, deren Bundesvorstand sie angehört. In: Der Tagesspiegel, 28.10.2004. Berlin.
- Vieth-Entus, Susanne (2006): Gescheitert schon seit 25 Jahren. Bereits 1980 galt die Hauptschule als „Restschule“. In: Tagesspiegel, 04.04.2006.
- Vieth-Entus, Susanne (2006): Eines Tages brennt der Kiez. Die Probleme an der Rütli-Schule sind nicht neu. In: Tagesspiegel, 04.04.2006.
- Vieth-Entus, Susanne (2006): 2026: Jedes zweite Kind stammt aus einer Einwanderer-Familie. Demografie-Experte: Berliner Bevölkerungsentwicklung wird „verschleiert“, um weniger Geld für Integration ausgeben zu müssen. In: Tagesspiegel, 12.05.2006.
- Vieth-Entus, Susanne (2006): Ausländer bevorzugen Schulen ohne Ausländer. Bildungsorientierte Migranten-Familien meiden zunehmend Problembezirke. In: Tagesspiegel, 17.05.2006.
- Wagner, Gabriele (2005): Die zwei Seiten der Anerkennung – Geschlechtergerechtigkeit und die Pluralisierung sozialer Wertschätzung. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 133-156. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagner, Jörg (2003): Gewalt: Krieg der Kinder. In: Siegessäule, 11/2003. Berlin.
- Waldmann, Peter (2004): Zur Asymmetrie von Gewaltdynamik und Friedensdynamik am Beispiel von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 246-268. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Walther, Uwe-Jens (Hrsg.) (2002): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Opladen: Leske und Budrich.
- Waldoff, Claire (1969): Weeste noch...? Aus meinen Erinnerungen. Berlin: Henschelverlag.
- Weber, Hajo/ Streich, Bernd (Hrsg.) (1997): City-Management. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Weber, Max (1990): Wirtschaft und Gesellschaft (5. Aufl.). Tübingen: Mohr.
- Wedemeier, Georg (2004): Ruhe vor dem Sturm? In: Stern 48/ 2004, S. 58-66. Hamburg.
- Wegener, Maja (2002): Die Bedeutung soziokultureller Zentren für die soziale Stadtteilentwicklung. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Berlin.
- Wehrhöfer, Birgit (o. J.): Abschließender Bericht über die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts „Sozialkulturelles Stadtteilmanagement (Kurzfassung). Landeszentrum für Zuwanderung NRW. In: www.mgsff.nrw.de/familie/material/sksm.pdf.

(Zugriff: 07.09.2005).

- Wiarda, Jan-Martin (2005): Fremd ohne Frust. In Kanada sind die meisten Einwandererkinder keine Problemschüler. Mit spielerischer Pädagogik und strenger Zuwanderungspolitik hat es das Land im Pisa-Ranking an die Spitze geschafft. In: DIE ZEIT, 11.08.2005.
- Willems, Helmut (2005): Die „gespaltene Stadt“ – Sozialräumliche Differenzierung und die Probleme benachteiligter Wohngebiete. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft, S. 451-464. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Winter, Andrea (2004): Selbstverständlich homosexuell – geht der klassische Homokiez unter? In: Siegesssäule 01/2004, S. 14-17. Berlin.
- Winters, Theo (1997): Was bleibt von der behutsamen Stadterneuerung in Berlin-Kreuzberg? In: Brech, Joachim und Vanhué, Laura (Hrsg.): Migration – Stadt im Wandel. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Winz, Helmut (1964): Es war in Schöneberg. Aus 700 Jahren Schöneberger Geschichte. Berlin: Haupt & Putkamer.
- Woolcock, Michael (2000): The Place of Social Capital in Understanding Social and Economic Outcomes. Washington: World Bank.
- Wortmann, Sabine (1998): Jahresbilanz 1997 der GI URBAN in Berlin. Broschüre des Projektträgers B. & S. U.
- Wortmann, Sabine/ Cameron, Heather (1999): Gemeinschaftsinitiative URBAN in Berlin. Broschüre des Projektträgers B. & S. U.
- Zimmermann, Ekkart (2004): Zur Bedeutsamkeit politischer Gewalt und ihrer Erklärungsfaktoren. In: Heitmeyer, W./ Soeffner, H.-G. (Hrsg.), Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme, S. 227-245. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Zweigler, Reinhard (2006): Osterbotschaft verkündet Optimismus. Wolfgang Huber über Glauben und Werte sowie das Zusammenleben von Christen und Muslimen. In: Ostsee Zeitung (OZ): 15./ 16.04.2006.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Übersicht über die Forschungsfrage	148
Abb. 2: Leitfragenübersicht	149
Abb. 3: Befragte Expert/inn/en Gruppen	150
Abb. 4: Übersicht über die Interviews	153

ANHANG: Expert/inn/eninterviews und Gruppeninterview

Im Folgenden werden zunächst zehn Interviews mit Expert/inn/en der Gruppe „Quartiersaktive“, neun Interviews der Expert/inn/en der „Homosexuellen-Szene“, zehn Interviews mit Expert/inn/en der „Integrationsaktiven“ für Migrant/inn/en sowie das Gruppeninterview mit arabischstämmigen Jugendlichen aus dem Steinmetzkiez dokumentiert. Eigennamen wurden anonymisiert.

Expert/inn/en Quartiersaktive

ExpertInnenQM-1#Nr. 1 - Interview am 26.10.2004, 10-11 Uhr im DiFU (Deutsches Institut für Urbanistik), Straße d. 17. Juni 112, 10623 Berlin mit Dr.-Ing. H. B., u. a. zuständig für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Bundestransferstelle, Projektdatenbank. ExpertInnenQM-2#

a) Zum Profil des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt: Das Bundesland NRW hatte u. a. aus der Erkenntnis, dass bauliche Verbesserungen allein nicht in der Lage sind, die Revitalisierung von Städten zu garantieren, bereits 1993 Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf identifiziert und gesondert gefördert. Hamburg und Hessen folgten 1997, Berlin fördert seit 1998 das Quartiersmanagement. ExpertInnenQM-3#

1998 hatte auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt, betreut vom BBR) 70 Gebiete identifiziert, davon 28 in den neuen, 42 in den alten Bundesländern, aus denen sechs Modellvorhaben in den Bundesländern Berlin, Hamburg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und NRW zu Förderung ausgewählt wurden. ExpertInnenQM-4#

Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wurde von der rot-grünen Regierung 1999 beschlossen. Es ist flächendeckend auf Integration angelegt, auch im Sinne integrativer Handlungskonzepte und Politikfelder. Ein Musterbeispiel aus Leipzig ist unter www.stiftung-interkultur.de zu finden. ExpertInnenQM-5#

Sehr häufig werden unter dem Dach der „Sozialen Stadt“ der Erwerb von Sprachkompetenz und Konfliktmanagement bezuschusst. Vielfach gibt es Überlagerungen verschiedener Förderungen mit dem Programm Stadtumbau Ost. Im Leitfaden der ARGEBAU ist die Zielorientierung des Programms insgesamt dargestellt. Im Internet finden sich erste Evaluationen. [www.sozialestadt.de /Programm/Handlungsfelder/Evaluation](http://www.sozialestadt.de/Programm/Handlungsfelder/Evaluation). ExpertInnenQM-6#

Aus der aktuell im Internet vorhandenen Verwaltungsvereinbarung geht der aktuelle regionale und lokale Bezug hervor. 334 Stadtteile ost- und westdeutscher Städte unterschiedlicher Größe und Struktur waren im Jahr 2003 im Programm vertreten. ExpertInnenQM-7#

b) Schwerpunkte: Arbeitsschwerpunkte und Höhe der Bundeskofinanzierung (Stand 2003): ExpertInnenQM-8# a) Stärkung der Innenstädte: 306,743 Mio. € .ExpertInnenQM-9# b) Aufwertung von Stadtteilen mit bes. Erneuerungsbedarf: 80,000 Mio. €.ExpertInnenQM-10# c) Stadtumbau (Rückbau): 178,953 Mio. €. ExpertInnenQM-11# Das Programm Soziale Stadt bezieht sich auf den o. g. Schwerpunkt b). ExpertInnenQM-12# Jährlich wird die Verwaltungsvereinbarung neu abgeschlossen. Derzeit gilt eine Weiterfinanzierung des Programms seitens des Bundes in voraussichtlich gleich bleibendem Umfang bis 2010 als gesichert. ExpertInnenQM-13# (Wandel der) Schwerpunkte und Prioritäten: Wohnen, Beschäftigung, Soziale Infrastruktur, Jugend, Sicherheit, Umwelt, ÖPNV, Kultur, u. a. waren und sind die Handlungsfelder. Gemeinsamer Hintergrund ist die Sorge um zunehmende Segregationstendenzen in den Städten

(Gettoisierung). Eine Auswertung der Praxisdatenbank gibt genaue Auskünfte über Interessenlagen, Konflikte, Kooperationen und Kontakte. ExpertInnenQM-14#

c) Perspektiven der „Sozialen Stadt“: Die Evaluation des Programms durch das IfS, Prof. Dr. Hartmut Häußermann u. a. von 2004 ergab, dass manche viel zitierten Handlungsfelder faktisch zu wenig Beachtung finden: ExpertInnenQM-15# 1. Bildung, Schule im Stadtteil, 2. Integration von Migranten und 3. Stärkung der lokalen Ökonomie. Gesundheitspolitik und -erziehung in den Feldern gesunde Ernährung, motorische Entwicklung wird als Thema zunehmend an Bedeutung gewinnen. ExpertInnenQM-16# Grundproblem aller Förderprogramme ist die Verstetigung der erlangten Vorteile und Verbesserungen. Z.B. bemüht sich die Kommune Gelsenkirchen um Fortsetzung wichtiger Projekte mit kommunalen Mitteln. Jedoch ist der Vertrauensaufbau für Vor-Ort-Manager/innen binnen der oft nur geförderten Ein- bis Zweijahreszeiträume schwierig. ExpertInnenQM-17#

Aus der Betrachtung aller Ergebnisse ist der Schluss zu ziehen, dass der schwierige Ansatz des Programms Soziale Stadt einen guten und auch gangbaren Weg zur Vermeidung weiterer Segregation darstellt. Die allgemeine Finanzmisere und das regional oder auch lokal oft sehr differierende Engagement von Bürger/inne/n und Verwaltung erschweren noch nachhaltigere und weitergehende Erfolge. Wesentliches Erfolgskriterium ist der Aufbau integrierter Handlungskonzepte und eine umfassende Hilfestellung der Länder für die interessierten Kommunen bei der Maßnahmedurchführung. Die Bündelung der Kräfte stellt insofern die „Achillesferse“ des Ansatzes dar. Auf Landesebene fehlt es noch an einer Vereinheitlichung des Vorgehens. EU-Programme sind gegen die „Soziale Stadt“ oft einfacher durchführbar. ExpertInnenQM-18#

In Ergänzung der Städtebauförderung mit ihren rein investiven Ansätzen sind weiterhin Projekte zur Integration, Bildung und lokalen Ökonomie gefragt. Auch die Wirtschaft vor Ort ist stärker zu beteiligen. Der experimentelle Charakter der Sozialen Stadt stellt eine Chance und eine Schwierigkeit zugleich dar. Die Aktivierung der Bewohnerschaft durch die aktive Beteiligung an Entscheidungen, wie im Falle der Kiezfonds, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nur wer sich ernst genommen fühlt, engagiert sich auf Dauer. ExpertInnenQM-19#

d) Weitere Hinweise: Referat Soziale Stadt bei Sen Stadt; Empirica (Verfasser der Evaluation des Quartiersmanagements Berlin 2003: Herr Dr. G.). ExpertInnenQM-20#

Nr. 2 - Interview am 07.01.2005, 10-11.30 Uhr mit P. M., Soziologe, Referatsleiter Soziale Stadt bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Württembergische Str. 6, 10707 Berlin. ExpertInnenQM-21#

a) Profil des Referates Soziale Stadt: Das Referat IV B besteht seit 1999/ 2000 und umfasst ein Team von ca. 30 Kolleg/inn/en (sechs Stellen sind derzeit nicht besetzt). Die Senatsverwaltung besteht insgesamt aus rund 3.000 Mitarbeiter/innen, geleitet von der Senatorin J.-R. und drei Staatssekretär/innen. Insgesamt 10 Abteilungen umfasst die Senatsbehörde. Frau D.-L. ist die für die Abteilung IV zuständige Staatssekretärin. Neben dem Referat Soziale Stadt (B) gibt es in der Abteilung IV noch das Referat Mieten-, Wohnungspolitik, Wohnungsbauförderung, Wohnungsbaugesellschaften (A), das ca. 320.000 Wohnungen - betreut von sieben städtischen Wohnungsbaugesellschaften - verwaltet, das Referat Stadterneuerung (C) und das Referat Entwicklungsbereiche (D). ExpertInnenQM-22# Frau N. betreut die Steuerungsgruppen der Quartiersmanagementgebiete. Einmal monatlich findet ein Treffen aller Quartiersteams, der regionalen Sachbearbeiter in der Senatsverwaltung und von Vertretern anderer beteiligter Verwaltungen (Jour Fixe) statt. Über diesen Weg erfolgt der notwendige Informationsfluss zwischen allen Ebenen. Die Teams vor Ort steuern in Abstimmung mit dem Bezirk und Sen Stadt

die Maßnahmen und den Mitteleinsatz. Aufgrund der systematischen Ressourcenverantwortung und Kombination von Europa-, Bundes- und Landesmitteln werden die Mittel durch das Referat vergeben bzw. neu mit dem Bezirksamt Mitte eine auftragsweise Bewirtschaftung durch den Bezirk erprobt. In Kooperation mit der IBB erfolgen die Abrechnung der Mittel und die Verwendungskontrolle. ExpertInnenQM-23#

b) Schwerpunkte der Interventionen durch das Quartiersmanagement: Es ist ein Wandel notwendig von investiven Maßnahmen in die bauliche und technische Infrastruktur hin zu eher konsumtiven Projektförderungen im sozialen Bereich. Im Baubereich wurden zunächst die meisten Mittel verausgabt. Hier ist der Erfolgsnachweis ersichtlich. Im Fall der soziokulturellen Förderungen gestaltet sich die Evaluation schwierig. Z.B. sagt eine Anzahl von Teilnehmer/innen an Sprachtrainings noch nicht viel über den Erfolg der Maßnahme aus. ExpertInnenQM-24#

Folgende Handlungsfelder (Ziele) werden im Rahmen des Quartiersmanagements gefördert: Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt, mehr Fort- und Weiterbildung, bessere Qualität des Wohn- und Lebensraums, bewohneradäquate (=nachfragegerechte) soziale Infrastruktur, bewohneradäquate Stadteilkultur, besseres Gesundheitsniveau, besseres Sicherheitsniveau und Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens, mehr Akzeptanz und unterstützendes Sozialgefüge, mehr Partizipation der Bewohner/innen und Akteur/inn/e/n. ExpertInnenQM-25#

Durch das Quartiersmanagement wurden ca. 18 Mio. € pro Jahr an Programmmitteln verausgabt. Dabei ist die günstige Situation zu beachten, dass die Quartiere entweder in Ostberliner Ziel-1-Gebieten oder in Westberliner Ziel-2-Gebieten liegen. Die EU fördert nach wie vor (bis Ende 2006) mit 75% in Ziel-1-Gebieten und 50% in Ziel-2-Gebieten. Die restlichen Anteile werden zu einem Drittel durch den Bund und zu zwei Dritteln vom Land Berlin bezuschusst. Bisher wurden fast 3.000 Projekte in Berlin insgesamt gefördert. Der große Erfolg besteht jedoch weniger in Einzelprojekten, sondern in der integrativen Wirkung des Gesamtverfahrens. Im internationalen Vergleich zeigt sich ein großer Vorteil der Berliner oder auch bundesdeutschen Politik gegenüber den Verhältnissen in vergleichbaren westeuropäischen Regionen. Extremistische Auseinandersetzungen wie z.B. in Amsterdam (Mord an dem Filmemacher van Gogh und brennende Moscheen) sind in Berlin bisher nicht in Erscheinung getreten. ExpertInnenQM-26#

Die Problematik, dass der bildungsnahe Teil der Bevölkerung aus der Mittelschicht noch immer Quartiersmanagementgebiete meidet, ist trotz aller Bemühungen ungebrochen. Auch die Situation mancher Schulen, in denen der einzige „Fremde“ inzwischen der deutsche Lehrer ist, kennzeichnet den dringenden Handlungsbedarf in den betroffenen Stadtteilen, wenn man Parallelgesellschaften nicht akzeptieren will. Die Tragweite einer solchen Entwicklung zeigt sich oft erst nach Jahren, wenn die heutigen Jugendlichen als Erwachsene nur noch eigenen Gesetzen folgen - bis hin zu Formen von Konfliktbewältigung außerhalb der deutschen Rechtsprechung. ExpertInnenQM-27#

c) Entwicklungsperspektive für den Schöneberger Norden: Ein aktueller Schwerpunkt in Schöneberg war bislang die Aufwertung des Wohnblocks Pallasäum sowie die Aufwertung der Potsdamer Straße als Zentrum des lokalen Gewerbes. Besonders für das Pallasäum gilt, dass eine gewisse Trendwende zu erkennen ist. Die Verwahrlosung wurde zurück gedrängt, die Anonymität unter den Bewohner/innen gebrochen. Interaktionsstrukturen funktionieren wieder. Es bleibt zu beobachten, inwieweit sich diese Entwicklung fortsetzt. Die Aufwertung der Potsdamer Straße dagegen wird in der angestrebten Form (Wiederbelebung als eine der attraktivsten Einkaufsstraßen Berlins) wohl in absehbarer Zeit nicht gelingen. Die städtische Konfiguration hat sich geändert, so dass eine bloße Rekonstruktion historischer Nutzungsstrukturen hypothetisch bleibt. ExpertInnenQM-28#

Problematisch ist die einseitige Struktur der Bewohnerschaft des Schöneberger Nordens. Im Pallasseum wohnen zu 50% Migrant/inn/en, 80% der Bewohner/innen sind erwerbslos, rund 25% beziehen Sozialhilfe. Die Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf einen städtischen Raum überforderte bis dahin integrativ wirkende Mittelschichtangehörige. Sie zogen spätestens dann aus dem Gebiet fort, wenn sie (schulpflichtige) Kinder bekamen. Selbst für bestens ausgestattete leer stehende Wohnungen finden die Eigentümer dort heute keine einzugswilligen Familien aus dem Mittelstand. Es gibt kein städtebauliches oder ordnungsrechtliches Instrument, mit dem diese bedenkliche Entwicklung aufzuhalten wäre. Weitere soziale Folgekosten werden die Kommunen auch in Zukunft stark belasten. ExpertInnenQM-29#

Eine weitere „Zeitbombe“ kann die Praxis einiger islamischer Aktivisten darstellen, die mehr und mehr Kinder islamischer Familien aus den monostrukturierten Wohngebieten Berlins für Islamschulen akquirieren. Die Tendenz, die Schüler/innen aus deutschen staatlichen Schulen fernzuhalten und u. U. antidemokratisch erziehen zu wollen, ist bekannt. Es erscheint notwendig, hier zügig zu einem Dialog zu finden, um Fehlentwicklungen frühzeitig beeinflussen zu können. ExpertInnenQM-30#

Nr. 3 - Interview am 26. Mai 2004 von 10.15-11.15 Uhr mit der Bezirksstadträtin für Gesundheit, Stadtentwicklung und Quartiersmanagement in Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Dr. E. Z., Rathausstraße 27, 12105 Berlin. ExpertInnenQM-31#

Zum Profil des Präventionsrates und des Quartiersmanagements: Die jahrzehntelange Sanierung in Schöneberg hat zu Wegzug und Vertreibung der Bevölkerung geführt. Die Sanierungsgebiete Bülowstraße und Kolonnenstraße sind zwar aus der Sanierung entlassen worden, es bestehen jedoch noch Defizite in den Gebieten. Gerade hinsichtlich der Integration bestehen Mängel. Deutsche – oft Akademiker/innen – und Migrant/innen – oft arbeitslos und schlecht ausgebildet – leben z.B. im Gebiet Kolonnenstraße dicht zusammen, haben aber nur selten Kontakt zueinander. Es mangelt an Freizeitangeboten für Kinder, Jugendliche und Senior/innen. ExpertInnenQM-32#

Anfang der 90er Jahre wertete eine Landeskommission internationale Erfahrungen der Anti-Gewalt-Arbeit in Städten aus. Im Zuge der Innenstadtdebatte des Berliner Abgeordnetenhauses waren damals zunächst Friedrichshain und Neukölln als Modellgebiete für Präventionsstrategien in der Diskussion. 1998 lag dem Rat der Bürgermeister das Gutachten vor, das Empfehlungen für die Arbeit in diesen Modellgebieten enthielt: Es sollte ein nicht zu großes Gebiet definiert werden, in dem die Bewohnerschaft an den Planungen beteiligt werden sollte und die Maßnahmen sollten in einem übersichtlichen Zeitrahmen realisiert werden. Damals hatte die BVV bereits den Beschluss über einen Sicherheitsbeirat herbeigeführt, aus dem Dr. Z. den Präventionsrat für den Schöneberger Norden machte. Bis heute tagt dieses Gremium etwa vierteljährlich mit rund 60 Teilnehmer/innen aus Verwaltung, Gewerbetreibenden und Bevölkerung, das alle gemeinsam zu lösenden Themen aufgreift. Müll und Verwahrlosung sind ständige Themen. Nach einem Jahr positiver „Presse“ reagierte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit dem Angebot, den Schöneberger Norden zum Quartiersmanagement-Gebiet zu machen. Drei Träger mit den Aufgabenschwerpunkten Bau, Gewerbe und Bewohnerbeteiligung (statt dem sonst üblichen „Duo“ Bau und Gewerbe) teilen sich bis heute die Aufgaben im Team Quartiersmanagement. Ergänzt wird das Team durch eine Bezirks-Koordinatorin. Dieser Weg hat sich als erfolgreich erwiesen. ExpertInnenQM-33#

Auszug aus: Informationen – Ein Wegweiser durch den Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ausgabe 2004, herausgegeben vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Berlin 2003, S. 32: „Im Januar 1998 gründete Dr. Z. als damalige Bezirksbürgermeisterin von Schöneberg den Präventionsrat Schöneberger Norden, um aus der Abwärtsspirale von negativer

Berichterstattung, realer Verschlechterung der Lebensverhältnisse und zunehmendem Frust über beides herauszukommen und den Schöneberger Norden wieder attraktiv zu machen. Seit Anfang 1999 wird die Arbeit des Präventionsrates durch ein von der Senatsverwaltung eingerichtetes Quartiersmanagement unterstützt. Dadurch werden innerhalb eines bestimmten Gebietes besondere Förderungen im Rahmen des Programms Soziale Stadt möglich. Ziel des Präventionsrates und des Quartiersmanagements ist es, gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vorhandene Probleme zu lösen und den Kiez lebens- und liebenswerter zu gestalten. In enger Zusammenarbeit zwischen politisch Verantwortlichen, der Bevölkerung, den verschiedensten Abteilungen der Verwaltung und den hier tätigen Institutionen und Vereinen, Wohnungsbaugesellschaften, Kirchen, Polizei, Gewerbetreibenden, Schulen, etc. wurden schon viele Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Wohnumfeld, Lokale Ökonomie, Jugend, Bildung, nachbarschaftlichem Zusammenleben, Kultur, etc. realisiert. Neues befindet sich in der Planung und Umsetzung. Der Präventionsrat tagt regelmäßig (4-6mal pro Jahr) und öffentlich. Vier mal im Jahr erscheint der Schöneberger Morgen, die Zeitung des Präventionsrates und des Quartiersmanagements in einer Auflage von 15.000. Er wird in alle Haushalte des Quartiersmanagementgebietes und in viele Einrichtungen des Bezirks verteilt.“ ExpertInnenQM-34#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Es gibt im ehemaligen Sanierungsgebiet Kolonnenstraße, das außerhalb des Quartiersmanagementgebietes liegt, einen Kiezfonds mit einem Etat von 30.000 € p. a. Diesen Fonds hat Frau Dr. Z. aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Geldvergabe durch die Anwohner/innen im Quartiersmanagementgebiet geschaffen. Eine engagierte, etwa 12-köpfige Jury entscheidet über die Mittelvergabe aufgrund der Anträge aus dem Quartier. Kleinaktionen zur Verbesserung der Vernetzung untereinander, Angebote wie Kiezdisko, Kino und andere Privatinitiativen können gefördert werden. Ehrenamt wird mobilisiert, Entscheidungen werden selbst getroffen, Geld selbst „in die Hand genommen“ und sehr effizient eingesetzt. Dies trägt alles dazu bei, die Fruststimmung umzudrehen. Das Eigenengagement und die sichtbaren kleinen Erfolge tragen zu einem besseren „Kleinklima“ im Kiez Kolonnenstraße bei. ExpertInnenQM-35#

Besonders auffällig wird der Erfolg der Arbeit des Präventionsrates und des Quartiersmanagements am Beispiel des Pallasseums/Sozialpalastes in der Pallasstraße. Als „Wohnen am Kleistpark“ nach Errichtung der 500 Wohnungen für ca. 2.000 Menschen in den 70 er Jahren als Komplex des sozialen Wohnungsbaus erbaut und großartig beworben, belegte die Kommanditgesellschaft als Eigentümerin die ersten Wohnungen mit den Bewohnern zweier aufgelöster Obdachlosenheime. Zu Anfang gab es noch eine Mischung von sozial besser und schlechter gestellten Mietparteien. Es gab eine Zeitung, einen Beirat und viel Engagement. Nach etwa 10 Jahren kam das Engagement zum Erliegen, da keine Resonanz und Unterstützung auf Seiten der Eigentümer und der das Projekt mit öffentlichen Geldern finanzierenden IBB folgte. Selbst zahlende Mieter/innen zogen nach und nach wieder aus und Sozialhilfeempfänger/innen wurden als Nachnutzer gern genommen, denn der Bezirk sicherte die Zahlung von Miete und Nebenkosten. Notwendige Instandhaltungen durch den Verwalter ließen auf sich warten, die zunehmende Verwahrlosung des Gebäudes und Geländes wurde jahrelang tatenlos hingenommen. ExpertInnenQM-36#

Durch die direkte Ansprache der Bewohner/innen jeder Etage und den neu eingerichteten Mieterbeirat gelang es, die Selbstverantwortung und Eigeninitiative der Mieter/innen seit 1998 neu anzuregen. Sie lernten einander in Diskussionen und durch aktive Zusammenarbeit besser kennen. Wesentlich an der Arbeit des Präventionsrates, Arbeitsgruppe Sozialpalast, war, eine Wirkung nach innen zu erzielen. Einmal „angestoßen“, kamen Aktivitäten wie Hoffeste, Weihnachtsfeiern, Kindertheaterveranstaltungen, Bewohnertreffs u. a. in Gang. Bauliche Veränderungen der Aufgänge sorgten für mehr Übersicht und ein

verbessertes Sicherheitsgefühl. Die Anonymität des Wohnens wurde verringert, eine soziale Stabilisierung durch eine verbesserte Wahrnehmung der Nachbarschaft wurde erreicht. Störer kristallisierten sich deutlich heraus. Denen gegenüber, die keinerlei Kooperation zeigten, wurden Kündigungen des Mietverhältnisses ausgesprochen. ExpertInnenQM-37#

c) Perspektiven für den Schöneberger Norden: Dieses „Modell“ ist in der Hinsicht auf das Quartier übertragbar, dass der direkte Kontakt – gerade im Interesse der Beilegung von Konflikten – zu suchen ist. Es stößt jedoch an Grenzen, z.B. wenn Familienclans keinerlei Willen zur Kooperation zeigen. Im Bereich Steinmetzstraße vermietete die WIR Wohnungsbaugesellschaft dergestalt an arabische Familien, dass ganze Häuserblocks von ihnen bewohnt werden. In diesem Umfeld gibt es eine aktive Drogenszene mit mafia-ähnlichen Strukturen. Es gibt auch Hinweise, dass Bestechungen eine Rolle bei der Wohnungsvergabe gespielt haben. Einem WIR-Mitarbeiter wurde bereits gekündigt. ExpertInnenQM-38#

Diese Belegungspolitik stellt jedenfalls einen gravierenden Fehler im Hinblick auf die Integrationsbemühungen des Bezirks dar. Im Bereich Steinmetzstraße kommt es seitens arabischer Jugendlicher immer wieder zu groben Pöbeleien und gewaltsamen Übergriffen auf dort noch immer ansässige Geschäftsleute. Die mangelnde Kontrolle und geringe Kooperationsbereitschaft vieler Hauseigentümer stellt den Bezirk vor eine große Zahl zusätzlich zu lösender Probleme. ExpertInnenQM-39#

Seit 1998 hat sich vor allem in den Köpfen etwas verändert. Die Vernetzung hat zugenommen. Im Präventionsrat nimmt man sich der Probleme im Kiez an. Von der Erwartungshaltung kommen die Menschen langsam zur Erkenntnis, dass sie selbst für Veränderungen verantwortlich sind. Neben dem Präventionsbeauftragten der Polizei, Herrn M., ist die BSR häufig anwesend, auch Vertreter der Kirche, Schule, etc. Zur Moschee (Camii Sultan, ein Objekt der fundamentalistischen islamischen Föderation) besteht kaum Kontakt. Der Auszug aus der Hauptstraße 15 hinterließ dem Privateigentümer massive Mietschulden, während die Moschee Räumlichkeiten auf der anderen Straßenseite kaufte! Bedenklich ist der Einfluss dieser Organisation auf arabische Familien der Umgebung, die ihre Kinder „arabisch“ erziehen lassen. Der Bezirk versucht weiter, mit Deutschkursen für arabische und türkische Mütter, gegenzusteuern. In Zusammenarbeit mit der VHS, die Qualitätsstandards garantiert, gibt es gute Erfolge und lange Wartelisten. Die finanzielle Situation zur Ausweitung dieser Angebote wird jedoch immer enger. ExpertInnenQM-40#

Schwerpunkt des lokalen Gewerbes im Quartiersmanagementgebiet ist die Potsdamer Straße. Derzeit ist ein kulturhistorisches Projekt mit vor geschaltetem Wettbewerb in der Vorbereitung. Es soll der Imageverbesserung dieser interessanten städtischen Verbindungssache und ihrer Unternehmen, Läden und Einrichtungen dienen und weitere Ansiedlungen ermuntern. Der Bezirk Mitte und die Senatsverwaltung sind Kooperationspartner. Im Jahr 2005 sollen die ersten Maßnahmen umgesetzt werden. ExpertInnenQM-41#

In Zukunft wird es mehr und mehr darum gehen, als Bezirk für die Bewohner/innen und Gewerbetreibenden „Hefe zu spielen“, Eigeninitiativen anzuregen und zu koordinieren. ExpertInnenQM-42#

Ein weiteres gelungenes Beispiel dafür ist die kürzlich veranstaltete Zukunftswerkstatt für Lehrer/innen der bisher eher sich gegenüber ihrem Umfeld abschottenden Neumark-Grundschule. Die „Ideenschmiede“ erbrachte u. a. eine Fahrradwerkstatt auf dem Gelände und einen Schulgarten. Der Träger Kiezoase e.V., ein Projekt der Stiftung Pestalozzi-Fröbel-Haus, setzt die Idee der Fahrradwerkstatt um. Allerdings droht der Rückgang von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Berlin dieses Projekt zu Fall zu bringen. ExpertInnenQM-43#

Um die Leute im Kiez zu halten, gilt es, den Terror Einzelner nicht zu akzeptieren, sondern mit allen Möglichkeiten, Anwohner/innen, Polizei und Streetworkern dem persönlich entgegenzutreten. Die Arbeitsgruppe AG Zoff wurde inzwischen in die AG Zukunft überführt. Hier werden Ideen gesammelt, wie man verhindert, dass ältere Brüder die jüngeren Geschwister zu kriminellen Handlungen anleiten. In der AG geht es auch um die Unterstützung Jugendlicher bei der Findung von Ausbildungsstellen und Anstellungen. Das Café Palladin mit Konditorei bietet Ausbildungsplätze für 10 Jugendliche. Der Bezirk ist Träger der Kosten. Die Umweltberatungsstelle, Abraxas, ist Träger der Maßnahme und des Cafés. ExpertInnenQM-44#

Neben diesen Bezirksinitiativen kommt es darauf an, dass das angeregte Konzept der Selbstverantwortung bei den Bürger/innen ebenso greift, wie bei den hier agierenden Geschäften und Institutionen. Bessere Kontrolle und Effizienz des Ressourceneinsatzes (Zeit und Geld) ist da ebenso gefragt wie die Frage nach dem Sinn und den Auswirkungen bestimmter Handlungen und Unterlassungen (z.B. Vergabe- und Instandhaltungspolitik von Wohnungsbaugesellschaften). ExpertInnenQM-45#

Nr. 4 - Interview am 17.12.2004, 17.45 – 19.15 Uhr im VorOrtBüro des Quartiersmanagements Schöneberger Norden, Pallasstraße 5, 10783 Berlin, mit G. G., Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Bezirkskoordinatorin für das Quartiersmanagement, ausgebildete Krankenschwester und Lehrerin für Krankenpflege, weitere Berufserfahrungen: Frauenhausmitarbeiterin, Mitarbeiterin im Amt für Frauen des Bezirks Schöneberg, Dozentin/Trainerin: zum Thema Gewalt gegen Frauen, Trainerin für Antirassismusworkshops. Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, QM1, 10820 Berlin. ExpertInnenQM-46#

a) Profil der Stelle: 1998 arbeitete Frau G. im Schöneberger Amt für Frauen mit dem Schwerpunkt „Gewalt gegen Frauen“ und war bei der Gründung des Präventionsrates Schöneberger Norden dabei. Im Präventionsrat wurden die Probleme der Gebietsbevölkerung formuliert und Lösungen erarbeitet. Da u. a. mehr Grün- und Aufenthaltsflächen gefordert wurden, nahm der Bezirk mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Kontakt auf. In der Folge wurde Frau G. Ende 1998 mit einer Koordinierungs- und Betreuungsleistung für das Gebiet betraut. Beauftragt wurde ebenfalls das Institut SPI für die Umsetzung der Wohnumfeldmaßnahmen, die Unternehmensberatung mpr zur Stärkung der lokalen Ökonomie und die AG SPAS mit der Bewohneraktivierung und -beteiligung. Im Zuge der Etablierung des Quartiersmanagements durch den Senat im März 1999 wurde mit den o. g. Beauftragten das Team Quartiersmanagement gebildet. ExpertInnenQM-47#

Inzwischen ist Frau G. in Ihrer Funktion als Quartiersmanagerin zu 100% Mitarbeiterin des Bezirks. Das Ziel ihrer Aufgabe lautet nach wie vor, den Kiez mit der Bewohnerschaft und lokalen Akteuren lebens- und liebenswert zu gestalten. Das Besondere am Schöneberger Quartiersmanagement ist es, dass Frau G. als gleichberechtigtes Mitglied des Teams QM sämtliche Prozesse mit vorbereitet und begleitet. Die stark vernetzte sowie ressort- und verwaltungsübergreifende Arbeit des Quartiersmanagements ist eng mit der Bezirksverwaltung verknüpft. Der wechselseitige Transfer von Informationen mit der Senatsverwaltung wird auch durch die Sachbearbeiterin Frau P.-T., die in ca. 14tägigem Rhythmus vor Ort ist, sichergestellt. Frau G. ist u. a. zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und verantwortlich für die 4mal im Jahr erscheinende Zeitung des Quartiersmanagements „Schöneberger Morgen“, die an alle Haushalte des Gebietes verteilt wird. ExpertInnenQM-48#

Das Quartiersmanagementverfahren ist auf „Empowerment“ der Bevölkerung angelegt. Ein regelmäßiger und direkter Kontakt zur Gebietsbevölkerung ist zunächst durch den 4-bis 5 mal jährlich tagenden Präventionsrat gegeben, einem Plenum mit 60 bis 100

Teilnehmenden. Die Zusammensetzung wechselt im Lauf der Jahre. Sind Probleme angesprochen, geklärt und gelöst, bleiben die entsprechenden Interessenvertreter aus der Bevölkerung häufig weg und setzen ihr Engagement nicht fort. Ein Stamm von Akteuren besteht jedoch über die Jahre. Weitere regelmäßige Gremien im Kiez unter Mitwirkung der Bevölkerung sind z.B. der Vergabebeirat für den Aktionsfonds sowie Wettbewerbsveranstaltungen, z.B. in den Bereichen Kunst und Gewerbe sowie die Beteiligungsverfahren bei allen Baumaßnahmen im Gebiet. Verschiedene aktive Frauengruppen bestehen seit Jahren, der Bewohnertreffpunkt „Kaffeeklatsch“ im Pallasseum ist selbst organisiert, benötigt aber gelegentlich Unterstützung und Vermittlung von Fachleuten aus dem Vor-Ort-Büro. Im Pallasseum gibt es einen seit langem bestehenden Mieterbeirat, der weitgehend eigenständig agiert. Der Aufbau von Vätergruppen gestaltet sich schwierig. ExpertInnenQM-49#

An Informationsmaterial liegt neben verschiedenen Flyern zum Quartiersmanagement, zum Aktionsfonds und anderen Aktionen und Aktivitäten ein Bericht über das Quartiersmanagement von 2003 vor und eine Bestandsaufnahme mit Empfehlungen für das Abgeordnetenhaus von der Firma Empirica aus dem gleichen Jahr. ExpertInnenQM-50#

b) Schwerpunkte und Finanzierung: Noch bis 2006 ist die Finanzierung des Quartiersmanagements und seiner Projekte gesichert. (Anfang 2005 gibt es finanzielle Zusagen bis 2008.) Seit 1999 hat sich vieles im Gebiet verändert. Neben den zunächst vorrangig durchgeführten äußerlichen Verbesserungen, der Gestaltung von Plätzen, etc. widmen sich neue große Projekte mehr den Themen Jugend, Einbeziehung der Eltern, Beschäftigung, Qualifizierung, Bildung, Aufbau und Stärkung des Medienstandortes Potsdamer Straße. Wurde noch vor wenigen Jahren häufig der Wunsch nach Wechsel des Quartiers geäußert, scheint die Wohnzufriedenheit bei manchen Bevölkerungsgruppen gestiegen zu sein. Besonders im Pallasseum ist die innere und äußere Aufwertung spürbar, der Leerstand ist beseitigt. Die Struktur der Mieterschaft verändert sich, ein Zuzug von (deutschen) Mieterinnen und Mietern aus bildungsnahen Schichten ist zu beobachten. ExpertInnenQM-51#

Quartiersmanagement hat unter anderem die Aufgabe, gegen Segregation zu wirken. Das Verhältnis von Deutschen und Migrant*innen im Schöneberger Norden lässt sich schwer schätzen. Sicher ist, dass kaum herkunftsdeutsche Familien mit kleinen Kindern hier leben. Es gilt, den Status im Gebiet aufrechtzuerhalten. Das Gebiet soll vor weiterem Verfall und auch vor weiteren Segregationserscheinungen bewahrt werden. Dies gelingt; es ist jedoch ein tägliches Bemühen notwendig. Das persönliche Engagement und Erscheinen von Politiker*innen wie z.B. der zuständigen Stadträtin vor Ort ist ein entscheidender Faktor dafür, dass sich die Menschen „von oben“ wahr- und ernst genommen fühlen. ExpertInnenQM-52#

Die Stimmung ist insbesondere im Bereich Wirtschaft und Arbeit noch immer eher negativ. Dennoch gibt es im Gebiet relativ wenig Gewerbeleerstand. Die Geschäfte stellen den örtlichen Bedarf auf niedrigem Niveau sicher. Der überwiegende Teil der hier lebenden Menschen kann den täglichen Bedarf mit diesem Angebot decken und äußert sich eher zufrieden. Geschäfte mit höherwertigem Angebot können sich dagegen kaum halten. ExpertInnenQM-53#

Die Kinder- und Jugendarbeit im Gebiet wurde seit Beginn des Quartiersmanagements mit kleinen und größeren Projekten finanziell verstärkt. Seit Herbst 2004 werden die Maßnahmen intensiviert und ein Streetwork für „Lückekinder“ im Alter von 8 bis 13 Jahren und zusätzliches Streetwork für Jugendliche im Alvensleben- und Steinmetzkiez bei dem Verein Outreach eingerichtet. Das Projekt des Vereins Fair e.V. kümmert sich um jugendliche „Grenzgänger“ an der Schwelle zur Kriminalität. Die Mitarbeiter arbeiten niedrigschwellig mit älteren Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die auf sich allein

gestellt sind und deren Eltern mit der Situation überfordert sind. Sie bringen die Jugendlichen zurück in den regelmäßigen Schulbesuch, zu Praktikumsplätzen, in Ausbildung oder auch schon mal zur Polizei oder ins Gefängnis. Dieses Projekt wurde als Mikroprojekt im Programm LOS „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ gestartet und wird wegen seiner erfolgreichen Arbeit mit Mitteln des Quartiersmanagements weiter geführt. Die Koordinierungsstelle des Programms LOS ist ebenfalls bei Frau G. angesiedelt, so dass die direkte Verbindung zu Maßnahmen des Quartiersmanagements gewährleistet ist. ExpertInnenQM-54#

Die jungen Frauen, die in der Frobenstrasse der Prostitution nachgehen, werden durch zahlreiche Initiativen der Drogenhilfe u. a. versorgt. Die Betreuung der Mädchen ist daher kein Schwerpunkt des Quartiersmanagements. Die Sicherung der Spielplätze durch Schließdienste gehört wiederum dazu, um die spielenden Kinder vor Funden wie gebrauchten Spritzbestecken und Präservativen zu bewahren. ExpertInnenQM-55#

Themen der Gewaltprävention und anti-sexistischer Aufklärung wurden zum Beispiel mit dem von Bewohnerinnen angeregten Projekt Kiezplakat „Keine Angst in Schöneberg“ aufgegriffen. Gefördert wurden theaterpädagogische Projekte des Jugendmuseums, die die Themen Gewalt, Fremdheit, Rassismus etc. an Schulen des Gebiets behandelten. Ebenso unterstützte das Quartiersmanagement andere Projekte in Schulen, die das Ziel haben, die Kinder mit theaterpädagogischen Mitteln zu fördern und zu stärken. Neuerdings wird ein Mikroprojekt LOS gefördert, das die Streit- und Konfliktfähigkeit der jugendlichen Mädchen und Jungen des Gebietes erhöhen soll. Ein Versuch, den aktiven Bewohnerinnen und Bewohnern, Konfliktlösung durch Mediation nahe zu bringen, scheiterte am Desinteresse an dieser „mittelstandsorientierten“ Methode. Die Mediatorin Frau S. hat im Nachbar-Quartier Magdeburger Platz positivere Erfahrungen damit gemacht. Ein Problem bleibt aber die dauerhafte Finanzierung dieser Projekte. ExpertInnenQM-56#

Im Bereich Gesundheitsprävention wurde mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse „AOK Berlin - die Gesundheitskasse“ ein starker Bündnispartner gewonnen. Unter dem Titel „gesund & fit“ gab es 2003 und 2004 auf den Spielplätzen und an dem Kletterfelsen Alvenslebenstraße zusätzliche Angebote, um Kinder in Bewegung zu bringen. ExpertInnenQM-57#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven in Schöneberg-Nord: Zur lokalen Ökonomie ist zu ergänzen, dass die Entwicklung des Medienstandortes Potsdamer Straße als „Markenzeichen“ und neuer Hoffnungsträger durch das Quartiersmanagement beauftragt wurde. Das Radio Energy, der TIP und der Tagesspiegel sind wichtige „Zugpferde“ für dieses Image. ExpertInnenQM-58#

Hinsichtlich der Bewohnerschaft fällt auf, dass hier überdurchschnittlich viele Menschen türkischer Herkunft leben und überdurchschnittlich viele Jugendliche und Kinder. Viele Familien leben in Armut; eine sehr große Zahl ist als bildungsfern zu bezeichnen. Im Bereich Steinmetzstraße leben viele Familien aus arabischen Ländern (Palästina, Libanon) und Familien kurdischer Herkunft. Die männlichen Jugendlichen und jungen Männer leben deutlich sichtbar „Machoallüren“ aus. Im Fall Café P. trafen diese auf eine ihnen gegenüber sehr vorurteilsbehaftete Gruppe. Dies war sicher mitverantwortlich für die Eskalation des Konflikts. Zur Verbesserung der Lage der im Gebiet Steinmetzstraße lebenden Großfamilien wird, neben der Verstärkung des Streetworks, durch das Quartiersmanagement ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Stadtteilzentrum entwickelt, das die Arbeit mit und für Eltern aufbaut. Finanziert werden Stellen für Mitarbeiter/innen nichtdeutscher Herkunft, die auf unterschiedliche Weise niedrigschwellig mit den Müttern und Vätern arbeiten. ExpertInnenQM-59#

Das Quartiersmanagement wird schwerpunktmäßig das Thema Gesundheit aufgreifen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftszentren wird ausgebaut. Die Familienarbeit mit arabischen Familien ist relativ neu im Gebiet. Eine Verknüpfung von Beratung und Job-Qualifizierung stellt das niedrigschwellige Angebot für junge arabische Frauen dar, sich zur Babysitterin ausbilden zu lassen. Zum Thema Zahngesundheit wird mit der Neumark-Grundschule mit dem zahnärztlichen Dienst zusammen gearbeitet. Zusätzliche Untersuchungen werden mit jugendgerechten pädagogischen Mitteln, wie dem „Karies-tunnel“ und altersgemischter Peergroup-Arbeit zur Zahnpflege durchgeführt. Ernährungsberatung zum gesunden Frühstück rundet dieses Angebot ab. Als modellhaft gilt eine neue Zusammenarbeit mit Pro Familia. Hier geht es um die Arbeit mit migrantischen Frauen zu Fragen der Sexualität, Schwangerschaft, Verhütung und zu unterschiedlichen Modellen zur Gesunderhaltung des eigenen Körpers. ExpertInnenQM-60#

Religion spielt in der Quartiersmanagement-Arbeit bislang eine untergeordnete Rolle, wobei dieses Thema z.B. in der Nachbarschaftsarbeit im täglichen Umgang miteinander durchaus wichtig ist und auch Vorurteile den Umgang miteinander bestimmen. Ereignisse wie die World-Trade-Centre-Zerstörungen durch die islamistisch-terroristische El Kaida-Gruppe wirkten sich durchaus auf die öffentlichen Emotionen aus. Besonders Jungen fallen nach solchen Anlässen schon einmal durch lautstarke Solidarisierungen auf. Ende 2004 häufte sich der Missbrauch von Notrufnummern durch Jugendliche per Handy. Die Polizei griff sehr stark durch, in der Folge lieferten sich die Jugendlichen kleine Machtkämpfe mit Ordnungshütern. Die lokalen Akteure und das Quartiersmanagement nehmen sich in hohem Maße der Probleme der (lautstarken) männlichen Jugendlichen an und bieten eine Vielzahl von Projekten an, die fast ausschließlich ihnen zugute kommen. Die meist ruhigeren Mädchen und Frauen stehen eher im Hintergrund, leisten Familienarbeit und engagieren sich in Nachbarschaftsprojekten. Inzwischen gibt es mehrere LOS-Projekte, die sich an die beruflichen Probleme und Bedarfe der Frauen richten. Hauptsächlich geht es bei der Arbeit des Quartiersmanagements immer wieder um Bildung. Die Angebote sind in Kitas, Schulen und Ausbildungsstätten ständig zu verbessern. ExpertInnenQM-61#

Nr. 5 - Interview am 01.04.2004, Pallasstr. 5, 10781 Berlin, 10.45-11.45 h mit Dipl. Ing. für Stadt- und Regionalplanung B. M., AG SPAS, Team Quartiersmanagement „Schöneberger Norden“ (offizielle Bezeichnung: Bülowstraße/ Wohnen am Kleistpark): ExpertInnenQM-62#

a) Profil: Die AG SPAS (vgl. auch Interview Nr. 6) wurde zum 01.02.1999 mit dem Quartiersmanagement beauftragt. Der Vertrag läuft aktuell bis Ende 2004, mit einer Fortsetzung wird gerechnet. Hauptinformationsquellen: der Internetauftritt www.schoeneberger-norden.de, die einmal pro Quartal erscheinende Zeitung „Schöneberger Morgen“, das „Gutachten über den Verlauf und die Ergebnisse der Sozialplanung im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowstraße“ (AG SPAS 1994), Veröffentlichungen des DIFU von 2002 und 2003: „Die Soziale Stadt – Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ sowie „Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ und der „Senatsbeschluss Nr. 2077/99 vom 30. März 1999 über die Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – als Pilotvorhaben in den zunächst 15, heute 17 Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf“. ExpertInnenQM-63#

Zur Vorgeschichte des Quartiersmanagements: Der Schöneberger Norden wurde am 18.03.1963 zum Sanierungsgebiet erklärt und vor ca. 2 Jahren aus der Sanierungsfestlegung entlassen. Vor ca. 35 Jahren standen bei den Sanierungsüberlegungen die Potsdamer

Straße (Problem der Prostitution) und die Steinmetz- sowie die Kirchbachstraße mit ihrem desolaten Wohnungsbestand im Mittelpunkt. Die Planung der Westtangente durch das östliche Schöneberg mit Überlegungen, zudem einen großen neuen Bahnhof in Schöneberg-Ost vorzusehen, führte zu Abrissbefürchtungen in den betroffenen Straßenzügen. Investitionen blieben aus, Mieter/innen zogen fort, Leerstände nahmen zu, und auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt häufig chancenlose Mieter/innen mit geringem Einkommen und/oder sozialen Defiziten (Bildung, Sprachbeherrschung u. a.) zogen nach. ExpertInnenQM-64#

Auch heute bewohnen 43% nicht-deutsche Bevölkerung das Gebiet, vereinzelt finden sich studentische Mieter/innen und andere engagierte Mietparteien, doch gerade nach der Wende 1989 zogen viele integrativ Wirkende aus dem Gebiet fort. Das Gutachten von Prof. Häußermann, Humboldt Uni Berlin von 1998 im Auftrag des Berliner Senats bereitete den o. g. Senatsbeschluss von 1999 vor. Das Quartiersmanagement wird im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt realisiert. Eine Übersicht über die finanzielle Ausstattung können das DIfU (vgl. Interview Nr. 1), sowie für den Schöneberger Norden die Stiftung SPI, I. S. und C. R., geben. ExpertInnenQM-65#

b) Aktuelle Tätigkeitsschwerpunkte: Schwerpunkt der Arbeit des Quartiersmanagements im Schöneberger Norden ist die Verbesserung im „Pallasium“ genannten Wohnstandort für 514 Wohnungen in der Pallasstraße (Pallas Kiez) zum Teil auf dem Gelände des ehemaligen Sportpalastes gelegen, ehemals als „Wohnen am Kleistpark“ und später als „Sozialpalast“ bekannt. ExpertInnenQM-66#

Zum Zeitpunkt vor Beginn des Quartiersmanagements 1999 war erneut von Abriss die Rede, es standen 123 Wohnungen leer, der Zustand war desolat, Vandalismus verschlimmerte den Gesamteindruck. Gemeinsam mit den zum Engagement bereiten Bewohner/innen und dem Eigentümer, der Pallasium Wohnbauten KG, vertreten durch Herrn F., gelang es, den Leerstand auf inzwischen 10 Wohnungen zu senken. Die Nachfrage nach großen Wohnungen (ab 4 Zimmer) übersteigt das Angebot, Studentische Mieter/innen wurden durch besondere Angebote (Mietpreisreduzierungen von damals 16 auf 13 DM/qm) angeworben, vereinzelt fanden auch Räumungen statt. Der von der damaligen Bürgermeisterin von Schöneberg und heutigen Stadträtin für Gesundheit, Stadtentwicklung und das Quartiersmanagementressort des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg Dr. E. Z. im Jahr 1998 gegründete Mieterrat wurde neu belebt. Aktuell sind 12-14 Aktive dort vertreten. Feste, Pflanzaktionen, Balkonwettbewerbe werden organisiert, ein Hof wurde als grüne Oase umgestaltet, etc. Zudem sorgt ein Drogensubstituierten-Projekt für mehr Sauberkeit durch Putzaktionen im öffentlichen Raum, die das Bezirksamt über Mittel (1,50 €/h) nach dem Sozialgesetzbuch fördert. Alle diese Aktionen dienen der Imageverbesserung und sorgen für eine höhere Identifikation der Bewohner/innen mit ihrem Kiez. ExpertInnenQM-67#

Im Bereich Alvenslebenstraße (Kiez Bülow-Bogen) leben überwiegend arabische Familien, die vielfach Sprachprobleme haben und auch zum Teil Analphabeten sind. Der Aktionsradius ist eng, beschränkt sich gerade für die weiblichen Familienangehörigen meist auf die Familie. Die Werte sind in der Regel stark konservativ islamisch geprägt. Die Arbeitslosigkeit ist gerade unter den Jugendlichen hoch. Im Durchschnitt wird sie auf 27% geschätzt; genaue Erhebungen fanden nicht statt. Es sind auch viele Schulabbrecher unter den Jugendlichen, die sich als chancenlos sehen. Der bekannte und von Seiten des Quartiersmanagements bedauerte Mobbingfall seitens der hier lebenden Jugendlichen gegenüber dem Café P. lässt sich auch aufgrund dieser allgemeinen Problemlage begreifen. Bereitschaft zur Solidarität mit anderen Benachteiligten ist von den Orientierung auch in islamischen Werten Suchenden hier kaum zu erwarten. Homosexualität ist bei den arabischen Jugendlichen - und nicht nur bei ihnen - stark verpönt und führt zu

aggressivem Handeln gegenüber „Schwulen“. Es fehlt an Ausgleich und Schutz aus anderen Teilen der Bevölkerung, so dass die Betroffenen mit ihrem Café nun einen neuen Standort suchen. ExpertInnenQM-68#

Andere Konflikte waren z.B. in der Winterfeldtstr. 10/11 zu schlichten. Dort hatte der Bezirk eine Treberhilfe in einem Seniorenwohnhaus unterbringen wollen. Nach häufigen Konflikten zum Thema Ruhestörung suchte sich die Treberhilfe einen neuen Standort. In der Bülowstraße 94, einem weiteren Seniorenwohnstandort, wird Dank des Engagements einer einzelnen Bewohnerin viel unternommen, um ein Gemeinschaftsgefühl aufzubauen und die Wohnzufriedenheit aufrechtzuerhalten. ExpertInnenQM-69#

Um den hier Lebenden positive Perspektiven aufzuzeigen und Engagement zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit September 2003 bis Juni 2004 und mit der Option, um zwei weitere Jahre zu verlängern, das LOS-Projekt für den Schöneberger Norden bewilligt. Lokales Kapital für Soziale Zwecke kommt so z.B. der Berufseingliederung von Frauen zugute. Ein Etat von 100.000,-€ steht zur Verfügung. Mikroprojekte für maximal 10.000,-€ können bewilligt werden. Bis jetzt tagte der Bewilligungsausschuss aus über 50% Bewohner/inne/n von 15 Mitgliedern drei Mal und hat bereits alle Gelder verplant. Weitere Mitglieder kommen aus Initiativen der Bereiche Jugend, Frauen, Migranten, Beschäftigung und Qualifizierung, Gewerbetreibende. ExpertInnenQM-70#

Der von Stadtentwicklungssenator S. zu Beginn des Quartiersmanagements aufgelegte Quartiers-Fonds von 1 Mio. DM pro Jahr und Gebiet stand lediglich in den Jahren 2000 und 2001 zur Verfügung. Der heutige Aktionsfonds umfasst 15.000,-€ p. a. und steht Bewohneraktivitäten nach Auswahl durch eine 12-köpfige Jury, die etwa alle 2 Monate tagt, zur Verfügung. ExpertInnenQM-71#

Neben den beiden bereits genannten Kiezen sind im „Schöneberger Norden“ noch die Nachbarschaften Froben Kiez und Kulmer Kiez vertreten. Der Kulmer Kiez weist mit der Mansteinstraße einen Drogenhandelsschwerpunkt auf. Dies hat Auswirkungen auf Überlegungen, begrünte Hinterhöfe und Spielplätze wieder stärker einzuzäunen, um Fluchtwege abzubauen. ExpertInnenQM-72#

Spezielle Fragen zur lokalen Ökonomie, wirtschaftlichen Situation der Bewohner, der Gewerbetreibenden – hier ist U. G. von der Unternehmensberatung mpr Ansprechpartnerin. (Vgl. Interview Nr. 7). ExpertInnenQM-73#

c) Perspektiven für den Schöneberger Norden: Der erwähnte Pallasium-Bewohnertreff dient wesentlich dazu, gemeinsame Interessen zu formulieren, Einzelne gehen aufeinander zu, zeigen Aktivität und Initiative. Es besteht eine türkisch-kurdische und eine arabische Frauengruppe. Diese Ansätze zur Bewohneraktivierung geben weitere Impulse; so entstanden Aktivitäten zu Gesundheits- und Ernährungsfragen, Kochkurse, Jugendgesundheitsaufklärung, Zahnprophylaxe, ... Initiativen entstanden aber auch zum „Tabuthema“ Gewalt in der Familie. Die Quartiersmanagerin G. G. vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat hier einen Tätigkeitsschwerpunkt gesetzt. Insgesamt liegt der Schwerpunkt des Quartiersmanagements auf der Vernetzung der hier lebenden Menschen und von bestehenden Aktivitäten. ExpertInnenQM-74#

Die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz könnte intensiver sein; vereinzelt finden Abstimmungen statt. So ist die Belebung der Potsdamer Straße ein Schwerpunkt gemeinsamer Aktivitäten. ExpertInnenQM-75#

Der neue Bewohnertreff in der Mansteinstraße 8 dient dem Aufbau sozialer Kontakte und dazu dass sich Bewohner/innen den Raum in der Öffentlichkeit „zurückerobern“ und die Straßen ihres Kiezes (neu) beleben. Das Quartiersmanagement hat hier bereits vieles geleistet, auf lange Sicht soll es sich jedoch erübrigen; die Bewohner/innen sollen in die

Lage versetzt werden, ihre eigenen Interessen selbst und gemeinsam zu vertreten und ermutigt werden, im Kiez wohnen zu bleiben. ExpertInnenQM-76#

Zu diesem Zweck betreibt z.B. die WIR-Wohnungsbaugesellschaft in der Bautzener Straße aktiv eine Belegungspolitik der Mischung von nach Einkommen und sozialem Status her unterschiedlichen Bewohnergruppen. Man möchte so eine ausgewogene Mieterstruktur und damit eine harmonische Wohnumgebung herstellen und erhalten. Diese „Integrationspolitik“ soll eine einseitige Struktur mit den früher im heutigen Pallasium erlebten Problemen verhindern helfen. ExpertInnenQM-77#

Nr. 6 - Interview am 18.03.2004, 15 bis 17 Uhr mit Dipl.-Ing. C. L., Landschaftsplanerin, Mieterberaterin, Sozialplanerin AG SPAS e.V., Crellestr. 19/20, 10827 Berlin. ExpertInnenQM-78#

a) Profil: Die AG SPAS (vgl. auch Interview Nr. 5) besteht seit 1982 mit einem Büro in der Crellestraße 35 und in der Großgörschenstraße 39 im Sanierungsgebiet Bülowstraße. Der Verein spaltete sich später in drei Teile: Schöneberg Nord, Kreuzberg-Nord Dresdener Str., und Kreuzberg-Süd Heimstraße. Auftraggeber waren (und sind) die Berliner Bezirke und die Senatsbauverwaltung. ExpertInnenQM-79#

b) Aufgaben: Im Zuge der Etablierung und Umsetzung des Städtebauförderungsgesetzes von 1971 fanden ab Mitte der 60er Jahre erste Untersuchungen im Gebiet Schöneberg Nord statt. Das Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowstr. wurde am 04.07.1972 und das Sanierungsgebiet Schöneberg-Kolonnenstr. wurde am 24.10.84 förmlich festgelegt. In den 80er Jahren gab es zahlreiche besetzte Häuser, z.B. in der Potsdamer Straße, Winterfeldstraße, u. a. Einzelheiten zur finanziellen Ausstattung, Prioritätensetzung, der Umsetzung der Maßnahmen und zur Erfolgsbilanz sind den beiden Gutachten zur Entlassung der Gebiete Bülowstraße und Kolonnenstraße aus der Sanierungssatzung zu entnehmen. Beide Sozialplanberichte wurden von der AG SPAS erstellt. Das städtebauliche Gutachten für das SG Bülowstr. wurde vom Büro Kohlbrenner/Durbach und jenes für das SG Kolonnenstr. wurde von der Fa. BSM, Katharinenstr. 19-22 erstellt. Insgesamt haben die sozialverträglich durchgeführten baulichen Erneuerungen dazu geführt, dass der Bestand an Dauerbewohnern im Gebiet größtenteils erhalten blieb. Dennoch ist die Tendenz zu beobachten, dass nach wie vor zahlreiche Familien (Eltern schulpflichtiger Kinder - Deutsche wie Türken) das Gebiet verlassen, um die Schulen zu vermeiden, die hier zu 80-90% von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden (z.B. Neumarktschule, Steinmetzstraße/ Goebenstr. oder auch Teltow-Brandenburg-Grundschule in der Feurigstr.). Deren Eltern zeigen sich an Integration und auch an eigener Bildung (Deutschunterricht) zumeist wenig interessiert. ExpertInnenQM-80#

Das Berliner Quartiersmanagement geht auf die Initiative des Senats von 1998 zurück. Bis 2005 läuft die Maßnahme in Schöneberg-Nord. Das Gebiet umfasst das Pallasium (den früher so genannten Sozialpalast) und endet an der Kurfürstenstraße im Norden. Direkt daran grenzt das Tiergartener (Bezirk Mitte) Quartiersmanagementgebiet Magdeburger Platz. ExpertInnenQM-81#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Das Gebiet ist nach wie vor von einer besonderen Problemlage gekennzeichnet. Drogenhandel wird seit Jahren in großem Ausmaß im Bereich Mansteinstraße und im Nelly-Sachs-Park betrieben, Jugendgewalt konzentriert sich auf den Bereich Alvensleben- und Steinmetzstraße. Separat agierende türkische und arabische Gangs männlicher Jugendlicher terrorisieren dort sowohl Anwohner/innen als auch Gewerbetreibende (z.B. Café P.). Im Bereich Großgörschenstraße fällt der Gewerbeleerstand auf, mit zunehmender Tendenz. Blockweise ist eine Erwerbslosenquote von 30% keine Seltenheit. In einigen Wohnblöcken leben 30% bis 40% Migrant/inn/en, dabei sind Türk/inn/en mit deutschem Pass nicht

erfasst, die ebenfalls in großer Zahl hier zu Hause sind. Vandalismus in Form von Verunreinigungen und Zerstörungen öffentlicher Anlagen (Parks, Telefonzellen, beschmierte Hauswände, etc.) gehören zum Alltagsbild. Prostitution findet zumeist im Bereich Kurfürstenstraße und Frobenstraße statt (Babystrich, Drogenkonsum). ExpertInnenQM-82#

Erfolge sind vor allem bei der baulichen Neugestaltung der Wohnungen im Sanierungsgebiet zu verzeichnen. Auch verkehrsberuhigende Maßnahmen trugen zur Wohnumfeldqualität (Crellestraße) bei. Positiv wirkt auch der Präventionsrat mit Herrn M. vom Polizeiabschnitt 41, der häufig vor Ort im Einsatz ist. Als Erfolge sind aber auch kleine, durch das Quartiersmanagement angeschobene Projekte wie das Bewohner-Café im Pallasseum, die sich regelmäßig treffende türkische Frauengruppe im Pallasseum (mit versch. Kursen), der Aktionsfonds u. v. m. zu betrachten. ExpertInnenQM-83#

Neue Entwicklungen sind wichtig, damit der Kiez nicht „versumpft“. Beispielsweise sind Veränderungen in der Wohnungsbelegungspolitik vonnöten, um eine einseitige Bevölkerungsstruktur zu vermeiden. Die Dominanz einzelner Bevölkerungsgruppen (gemeint sind vor allem die wenig „sozial“ handelnden, desinteressierten Bewohner/innen) sollte gezielt durch die Nachbarschaft von engagierten positiven Vorbildern abgebaut werden. Die Mischung unterschiedlicher Einkommensgruppen ist anzustreben. Auch die Eigentumsbildung kann allgemein für ein aktives Einlassen auf einen Kiez gesehen werden. Genossenschaftsmodelle könnten hier eine sozial verträgliche Perspektive für Alteingesessene schaffen. Leider wurde die Förderung dieser Alternative vom Senat inzwischen gestrichen. Attraktivere Straßen im Gebiet sind z.B. Crellestraße, Erdmannstraße, Helmstraße, Großgörschenstraße. ExpertInnenQM-84#

Darüber hinaus ist die Aktivierung der Bewohner/innen (Empowerment) wichtigstes Anliegen und Ziel jeglicher Fördermaßnahme. Leitbilder integrativen, verantwortlichen Handelns in der Gemeinschaft und Nachbarschaft (nach den in Deutschland geltenden Regeln) sind notwendig und die Beachtung der Regeln, z.B. der Schulpflicht, dem Respekt gegenüber Anderen, etc. ist beständig einzufordern. Hier ist die Politik auf jeder Ebene (lokal und bundesweit) nach neuen Instrumenten der Vermittlung und Durchsetzung gefragt. Wichtig wäre es auch, weitere Räume, Treffpunkte für Jugendliche, aber auch Senioren zu schaffen. Ein Standort (Herbertstraße, Ecke Feurigstraße) war bereits vorgesehen; die Umsetzung scheiterte am Sparzwang. Gleiches gilt für die in den 80er Jahren geplante Grünverbindung von der S-Bahntrasse an der Langenscheidtbrücke zum Cheruskerpark und weiter in das Südgelände. Die Freigabe dieser Trasse wäre für die Naherholung von Fußgängern dringend notwendig gewesen. ExpertInnenQM-85#

d) Hinweise: Ein Beispiel von Annäherung: Das Zentrum für Homosexuelle, Man(n)-ometer (schwules Überfalltelefon, Veranstaltungen) an der Else-Lasker-Schüler-Straße/Einemstraße am Nollendorfplatz hat Geld aus dem Aktionsfonds zur Vorgartengestaltung erhalten. Daraus können sich weitere Kontakte ergeben. ExpertInnenQM-86#

Ein Beispiel von Entfremdung: Die türkische Moschee in der Hauptstraße 15 wurde aktuell aufgrund von Mietschulden aus dem Haus herausgeklagt. Die gleiche Gemeinde hatte jedoch zum Zeitpunkt des Attentats auf Papst Johannes Paul II rund 300.000,- DM zur Unterstützung des türkischen Attentäters aufgebracht. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass von dieser Seite sicher keine integrative Zusammenarbeit zu erwarten ist, vielmehr scheint man dort am Gegenteil interessiert zu sein. ExpertInnenQM-87#

Nr. 7 - Interview am 20.12.2004, 15-16 Uhr bei der mpi-Unternehmensberatung, Johannisstraße 20, 10117 Berlin mit der am Quartiersmanagement Schöneberger Norden mitwirkenden Volkswirtin U. G. ExpertInnenQM-88#

a) Profil: Frau G. ist seit Ende 1999 im Unterauftrag des SPI (Sozialpädagogisches Institut) für das Quartiersmanagement Schöneberger Norden tätig. Der Auftrag umfasste anfangs eine halbe Stelle, derzeit ca. 12 Wochenstunden. Beschäftigung und lokale Ökonomie ist das Thema. Es geht um die Verbesserung des Gewerbebereichs. 1999 hatte die Firma BBJ im Auftrag des damaligen Wirtschaftstadtrates O. E. sämtliche Gewerbeunternehmen des Gebietes um die Potsdamer Straße, 800 Betriebe insgesamt, erfasst. Einer Einladung ins Rathaus Schöneberg im Jahr 2000 folgten 40-50 dieser Gewerbetreibenden. ExpertInnenQM-89#

b) Aktivitäten: Aus den Teilnehmern der Veranstaltung bildete sich eine regelmäßig etwa alle 6 Wochen tagende Gruppe Aktiver. In den 80er Jahren bestand bereits ein Verein „Interessengemeinschaft Potsdamer Straße e.V.“, der sich damals gegen die häufigen Störungen der Hausbesetzerszene (Demonstrationen, Vandalismus) organisiert hatte. Einige der früher Aktiven reorganisierten sich 2001 erneut als Netzwerk gleichen Namens. Ein Kassenbestand des Vereins in Höhe von rd. 30.000,- DM kam den neuen Aktivitäten des Netzwerks zugute. Heute hat der Verein 35-40 Mitglieder, die sich um eine Imageverbesserung der Potsdamer Straße bemühen. Anlieger und Nachbarn aus Nebenstraßen, wie z.B. das Krankenhaus Lützowstr. sind beteiligt. Der Migrantanteil des Vereins liegt bei etwa 30%; es gilt jedoch als nicht leicht, sie in die aktive Arbeit einzubeziehen. ExpertInnenQM-90#

Die wichtigsten Aktivitäten unter Beteiligung des Quartiersmanagements sind: ExpertInnenQM-91#

- 2002: Bärenrummel: 15 von Schöneberger Künstlern bunt bemalte, große Bären zierte Geschäfte der Potsdamer Straße und warben um Kunden. 30 Unternehmer hatten sich bei einem „Bärevent“ mit Aktionen vor den Geschäften beteiligt. Nach Abschluss der Aktion wurden die Bären versteigert. Der Erlös kam der Künstlerförderung und Schulen zugute. 20.000,- DM hatte das QM investiert. ExpertInnenQM-92#
- Lirum Larum: Im April 2004 wurde eine Werbebroschüre der lokalen Gastronomie mit ca. 6.000,- Euro vom Quartiersmanagement finanziert. Etwa 50% Migrant/inn/en profitierten davon. Die Zielgruppe der Aktion war vor allem die Mitarbeiterschaft der größeren Unternehmen des Umfeldes, wie Commerzbank, Telekom, BVG, Tagesspiegel, etc. ExpertInnenQM-93#
- In 80 Tagen um die Welt: Die Nachfolgeaktion zu Lirum Larum startet im kommenden Frühjahr 2005. Ca. 10.000,- Euro werden vom QM in aufwändige wöchentliche Präsentationen gastronomischen Schaffens aus allen Kontinenten investiert. ExpertInnenQM-94#
- Christbaumparade: Aktuell läuft ein Wettbewerb, welches der 29 beteiligten Geschäfte den schönsten Weihnachtsbaum schmückt. Kunden prämiieren und können gespendete Preise, wie einen Bolle-Einkaufsgutschein über 100,-€ gewinnen. Ein Drittel der Teilnehmer-Geschäfte gehört Migrant/inn/en. ExpertInnenQM-95#
- Medienstandort: Eine Imagekampagne für den Medienstandort Potsdamer Straße befindet sich in Vorbereitung. Ein Medienportal www.medienportal-berlin.de wurde bereits eingerichtet. Rund 300 Firmen dieser Branche wurden vorab ermittelt: vom Radiosender bis zum Einpersonen-Unternehmen im Fach Design. ExpertInnenQM-96#

Je nach Vorqualifizierung haben es viele Bewohner des Kiezes schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Besonders Migrant/inn/en sind daher überdurchschnittlich häufig Gründer/innen eigener Unternehmen. Oft wird die Abfindung aus einem früheren Beschäftigungsverhältnis investiert. Kioske, Dönerläden, Lebensmitteleinzelhandel sind die häufigsten

Branchen. Ein Unternehmen wie das Brautmodengeschäft in der Bülowstraße oder der in türkischem Besitz befindliche Concept-Verlag sind eher Ausnahmen. Bolle ist ebenfalls als größeres Unternehmen im Besitz eines Migranten, das türkische Bad (Hamam) in der Bülowstraße gehört einer Türkin. Ein türkischer Radiosender zog inzwischen aus der Potsdamer Straße/ Ecke Bülowstraße aufgrund von Sicherheitsbedenken fort. Es kommt in der Umgebung der Potsdamer Straße, wie überall derzeit in Berlin, öfter zu organisiertem Raub. Ganze Büroeinrichtungen verschwinden über Nacht. Kleine Läden machen relativ häufig schnell wieder zu. Die Fluktuation ist recht hoch; es gibt im Gebiet jedoch relativ wenig Leerstand. Insofern hat sich das Gebiet leicht stabilisiert. Das Gebiet hat inzwischen ein besseres Image, zumal die Polizei für die Verdrängung von Prostitution und Drogenszene im Straßenbild sorgte. ExpertInnenQM-97#

Seit drei Jahren wird etwa zweimal jährlich ein Bücherbasar am Bülowbogen (U-Bahn-Brücken) organisiert. Dies ist eine neu angeregte Einzelinitiative der Gewerbetreibenden, die sich im Gebiet etabliert und zu einem besseren Image des Ortes beiträgt. Es gab ein Pilotprojekt zur Existenzgründung. Zunächst gab es gruppenspezifische Angebote für Frauen, für junge Männer, etc. Inzwischen wurden die Gründer/innen an andere Organisationen weiter vermittelt, da die Arbeit und Einzelbetreuung zu umfangreich geriet. An Schulen wurde jedoch eigens ein Lehrangebot für 9. bis 11. Klassen initiiert. Insgesamt 370 Schüler/innen wurden in Berlin zur Businessplanerstellung qualifiziert, davon etwa 100 in Schöneberg (Sophie-Scholl-Oberschule und Riesengebirgsoberschule). ExpertInnenQM-98#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Ende Januar 2005 findet eine Medienmesse statt. Es gab im Vorfeld eine besonders positive Resonanz auf diese neue Idee. Probleme wie im Fall des Café P. und anderen Gewerbetreibenden, die von Jugendlichen belästigt wurden, werden aktuell von Straßensozialarbeitern mit gutem Erfolg gelöst. Mediation wird eher bei Nachbarschaftskonflikten eingesetzt, nicht im Gewerbebereich. Geschäfte und Betriebe wie das „Ave Maria“ – ein trendiger Handel mit religiös inspirierten Kleidungsstücken und Gegenständen oder die „Joseph Roth Diele“, eine durch den Schriftsteller inspirierte Gastronomieeinrichtung, das berühmte Varieté Wintergarten prägen die Potsdamer Straße ebenso wie ein überörtliches Geschäft für Räder und Rollen aller Art und ein orthopädisches Fachgeschäft. Eine bunte, kreative Mischung ist stabil. ExpertInnenQM-99#

Die Struktur der Geschäfte im Gebiet orientiert sich überwiegend am täglichen Bedarf. Das Einkommen der meisten hier lebenden Menschen ist geringer geworden. Nicht alle Geschäfte können sich halten. Das renommierte Fahrradgeschäft Machnow zog vor einigen Jahren vom Kleistpark fort; der Nachfolger, ein anderer Fahrradhändler, hält sich jedoch am gleichen Standort. Für das Wegert-Haus an der Kurfürstenstraße sind Zukunftspläne noch in der Diskussion. Ein 2003 erstelltes Gutachten zum „Boulevard Potsdamer Straße“ hat Aufwertungsvorschläge erbracht über Gehweggestaltung, Baum- und andere Pflanzaktionen, Radwegausbau, etc. Derzeit liegt eine Umsetzung der Ideen und Vorschläge aufgrund der Berliner Haushaltslage „auf Eis“. Unter der Federführung des SPI wird derzeit für 2005 ein neuer kulturell-historischer Wettbewerb in der Potsdamer Straße durchgeführt. ExpertInnenQM-100#

Das Quartiersmanagement hat insbesondere im Bereich Pallasäum und seinem Umfeld sehr gut gewirkt. Dem Quartiersmanagement bleibt oft nur die Rolle einer „Feuerwehr“, die gerufen wird und Abhilfe schaffen kann, „wenn es irgendwo brennt“. Die Vernetzung hat jedoch viel bewirkt. Am Standort fühlen sich die Gewerbetreibenden seit dem Quartiersmanagement wohler. Es haben sich Freundschaften innerhalb der Netzwerke gebildet; man arbeitet vertrauensvoll und besser zusammen und man unterstützt sich gegenseitig. Die Gewerbetreibenden wollen mehrheitlich den Kiez nicht als Standort

aufgeben. Man stellt sich nach Möglichkeit auf die Kunden vor Ort ein. Bedauert wird, dass einzelne migrantische Händler sich zu sehr auf die migrantische Kundschaft orientieren und sich wenig auf deutsche Kunden einstellen. Ein höherer ökonomischer Druck könnte helfen, sich hier mehr dem tatsächlichen Kundenpotenzial anzupassen. Zum Teil besteht ein unbegründetes Misstrauen seitens migrantischer Betriebe gegenüber „den Deutschen“. Zum Beispiel werden Verbote von Außenwerbung, die mietvertraglich festgelegt sind, als Willkür und Diskriminierung interpretiert. Auch innerhalb der Community der Migrant/inn/en sind Vorbehalte und Konkurrenzängste festzustellen. Hier könnten mehr Aufklärung und positive Beispiele innerhalb der Interessengemeinschaft Potsdamer Straße für Entspannung sorgen. ExpertInnenQM-101#

Nr. 8 - Interview am 26. Mai 2004 von 14-16 Uhr in der Polizei-Direktion 4, Abschnitt 41/8, Gothaer Str. 19, 10823 Berlin mit Polizeihauptkommissar H. M., Präventions- und Ermittlungsteam. ExpertInnenQM-102#

a) Profil: Seit 7 Jahren (1997) arbeiten vier Beamte (drei Männer, eine Frau) im Bereich Prävention in Schöneberg, Abschnitt 41. Insgesamt arbeiten 200 Kolleg/inn/en hier. Dieser mit einer Größe von 3,16 qkm relativ kleine, aber sehr „arbeitsintensive“ Abschnitt umfasst im wesentlichen das Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden und geht etwas darüber hinaus (Kurfürstenstraße, Wittenbergplatz, Nürnberger Straße, Yorckbrücken). Jede der ca. 48 Berliner Polizeiabschnitte verfügt inzwischen über mindestens eine/n kompetente/n Präventionsbeauftragte/n. ExpertInnenQM-103#

Die Einsätze am Kurfürstendamm, der weltberühmten Haupteinkaufsstraße beziehen sich vor allem auf Taschen-, Laden- und Kreditkartendiebstähle. Rund um den Nollendorfplatz kommt es im europaweit größten zusammenhängenden Schwulenviertel wiederholt zu gewalttätigen Handlungen gegen Homosexuelle, rund um den Straßenstrich Kurfürsten-/Frobenstraße ist der Handel mit harten Drogen wie Heroin und Kokain Grund für Einsätze. Im Gebiet lebt ein hoher Anteil sozial Schwacher (rund 30%). Etwa gleich hoch ist der Migrantanteil. Die Neumark-Grundschule hat einen Migrantanteil von 96%. ExpertInnenQM-104#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: 1997 setzte bei der Berliner Polizei ein Umdenkprozess im Zuge der Drogenbekämpfung ein. Die vier Präventionsbeamten suchten gezielt nach Kooperationspartnern außerhalb der Polizei durch Kontakt zur ortsansässigen Bevölkerung. Dabei war keine Blockwartmentalität gefragt, es erfolgte wohl aber ein Appell an die soziale Selbstverantwortung der Anwohnerschaft. Wo die Kooperation gelingt, kann die Drogenszene sich gar nicht erst etablieren. So erreichte man auch dadurch Erfolge, dass Hausverwaltungen für die Problematik sensibilisiert wurden und Mieter/innen sich daran gewöhnten, die Haustüren zu schließen und nicht jedem zu öffnen, so dass Fixer erst gar keinen Einlass finden. Die Idee, miteinander zu reden, wurde zum Selbstläufer. Der Schulleiter informierte, dass neben den Drogen die Gewalt Hauptproblem sei, Mieter/innen im Pallasseum beschwerten sich über Vandalismus und Verslumung der Großwohnanlage, Ladenbesitzer/innen beklagten den Niedergang des Kiezes. So ergaben sich erweiterte Tätigkeitsfelder wie von selbst. ExpertInnenQM-105#

Mit einem 6-Punkte-Programm beschreibt Herr M. die Grundsätze seiner Arbeit: ExpertInnenQM-106# 1. Kiezorientiertes Arbeiten, um die subjektiven Unsicherheitsgefühle kennen zu lernen, ernst zu nehmen und auch durch die Verbesserung von Kleinigkeiten zu einer positiveren Atmosphäre beizutragen. ExpertInnenQM-107#

2. Vereinzelung aufheben und eine Vertrauensbasis schaffen. Die Einrichtung des Anwohnertreffs Mansteinstraße ist ein wichtiges Beispiel dafür, wie Anonymität und Vereinzelung besorgter Anwohner/innen aufhebbar sind. ExpertInnenQM-108#

3. Problemorientierte Lösungsansätze suchen, wenn die Polizei z.B. zu Familien- oder Nachbarschaftsstreitigkeiten gerufen wird. Inzwischen gibt es die Möglichkeit, eine Mediation einzuschalten, die eine nachhaltige Verbesserung der Lage erreichen kann. Die Polizei ist damit allein schon aus Termingründen überfordert, kann nur in akuten Fällen (kurzfristige) Abhilfe schaffen. ExpertInnenQM-109# 4. Bilden von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen: Je mehr Menschen mitmachen, umso tragfähiger wird das Netz, wenn alle lösungsorientiert zusammenkommen. Zum Beispiel ist im Fall der Alvenslebenstraße mit ihren bekannten Jugendgang-Problemen das Jugendamt, die Bezirks-Ausländerbeauftragte, das Quartiersmanagement, Kiezaktive, Betroffene und die Polizei gefragt. Nur so kann das Problem in seiner Komplexität erkannt werden und nur so lassen sich wirksame Lösungen finden. ExpertInnenQM-110# 5. Kommunikation: Diese sollte unterhalb der Notruf 110-Ebene beginnen. Man muss darüber reden, wenn irgendwo etwas nicht mehr stimmt. ExpertInnenQM-111# 6. Öffentlichkeitsarbeit: Das Selbstverständnis der Präventionsgruppe wird u. a. per Infomobil vermittelt. Die Ansprechpartner machen eine die Bevölkerung aufsuchende Arbeit, sie warten nicht, bis sich jemand bei ihnen meldet. ExpertInnenQM-112#

Im Kiez ist das Zusammenleben von Deutschen und Migrant/inn/en (meist Türk/inn/en) oft von Distanz und Misstrauen geprägt. Eine vereinzelt türkische Familie fühlt sich von ihrer deutschen Nachbarschaft ebenso wenig respektiert, wie einzelne Deutsche in einem überwiegend von Migrant/inn/en bewohnten Haus. Sie fühlen sich wie Fremde im eigenen Land. ExpertInnenQM-113#

Familiengründungen: Junge hier lebende Türken heiraten häufig aus Anatolien angeworbene Türkinnen ohne jeden Vorkontakt mit deutscher Kultur und Sprache. Durch die Vielfalt türkischer Geschäfte und anderer Einrichtungen benötigt die junge Frau dies auch nicht. Insofern kann man bereits von Parallelgesellschaften sprechen. ExpertInnenQM-114#

Kindererziehung: Die türkischen Kinder werden in der Regel von der Oma mit betreut, jedenfalls besuchen die Kinder häufig keine deutsche Kinderbetreuungseinrichtung, so dass sie noch im Schulalter enorme Sprachdefizite haben und in Klassengruppen mit stärker integrierten Mitschüler/inne/n in der Regel unter permanenter Frustration leiden und verhaltensauffällig werden. Oder es überwiegt der Anteil von Schüler/inne/n mit den gleichen Defiziten, so dass die Lehrer/innen, die versuchen, den Lehrplan zu erfüllen, mit diesen Schüler/inne/n überfordert sind. ExpertInnenQM-115#

Elternarbeit: Spätestens im Jugendalter nehmen die Aggressionen untereinander, gegen Lehrer/innen und andere Bevölkerungsgruppen zu; die „Karrieren“ sind meist früh erkennbar und vorhersehbar. Eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern ist daher für eine wirksame und rechtzeitige Prävention unabdingbar. Es herrscht jedoch meist eher eine obrigkeitsunterwürfige, misstrauische Grundhaltung gegenüber der Polizei. Eine Gesprächsrunde mit rund 5-20 Müttern und Vätern hat die Integrationsbeauftragte E. D. eingerichtet. Dies könnte auf längere Sicht Vertrauen aufbauen und Verbesserungen einleiten. ExpertInnenQM-116#

Ein weiteres kleines Beispiel, wie Vertrauen aufzubauen ist, ist die Beschwerde einer türkischen Mutter über ihrer Ansicht nach jugendgefährdende pornografische Auslagen im Dolly-Buster-Laden in der Potsdamer Straße. Die Polizei war in der Lage, einen Verstoß gegen Werbevorschriften zu entdecken und konnte nach einer Woche erreichen, dass die beanstandete Auslage aus dem Schaufenster verschwand. Während zur türkischen Gemeinschaft vielfach ein verbesserter Kontakt erreicht werden konnte, erweisen die im Kiez wohnenden arabischen Migrant/inn/en noch immer als unansprechbar. ExpertInnenQM-117#

Jugendkriminalität: Die festen Strukturen, in denen immer wieder ältere Brüder die Diebesbeute der von ihnen angeleiteten jüngeren Brüder zu Geld machen, sind nur durch bessere Alternativen für die jungen Leute aufzubrechen. Im Fall wiederholter Straftaten gibt es die Möglichkeit zur Vermittlung in das „Fallschirm“- Projekt, dass gezielte Einzelfallhilfe anbietet. Die Zugangsschwelle (6 Straftaten) ist aus Sicht von Herrn M. zu hoch. Bereits früher müssen Netzwerke zur Unterstützung greifen. ExpertInnenQM-118#
 Auch die Justiz kann ihre Möglichkeiten noch stärker ausschöpfen. Ein Bernauer Jugendrichter verurteilte einen Neonazi beispielsweise in einer Auflage, ein halbes Jahr keine Springerstiefel zu tragen. Bei Übertretung von Auflagen im Fall eines „Szenebetretungsverbot“ für einen Drogendealer erfolgte Ungehorsamsarrest. Dies setzt natürlich Kontrolle und ein Engagement vor Ort voraus und die Zusammenarbeit von Polizei, Sozialarbeit und Justiz. Ein Jugendrechtshaus entsteht derzeit in Kreuzberg, wo diese Idee konkretisiert werden soll. ExpertInnenQM-119#

Bei alledem ist zu beachten, dass mit präventiven Angeboten nicht jedes Problem zu lösen ist. Bei organisierter Kriminalität, die bei zwei Großclans im Schöneberger Norden zu beobachten ist, funktioniert das „AOK-finanzierte Sportangebot“ sicher nicht als Alternative. Allerdings richtet sich die organisierte Kriminalität auch selten direkt gegen die unmittelbaren Anwohner, für die sich das Präventionsteam einsetzt. ExpertInnenQM-120#

Das grundlegende soziale Problem ist gesondert zu lösen. Nicht jeder Perspektivlose wird kriminell. Es ist wichtig, dass Bewegung in die Gesellschaft kommt. Freizeitangebote werden neu geschaffen, es gibt eine Opferhilfe für die meist deutschen, attackierten Geschäftsleute. Alle müssen begreifen, dass es sich bei den Attacken nicht um Folklore handelt. Die Polizei trägt ihren Teil der Verantwortung und will mit ihrem kleinteiligen „Kümmern“ Vorbild sein. Ein türkischer Sicherheitswaren-/Waffen-Händler nahm z.B. nach ersten Interventionen der Polizei und folgenden der Integrationsbeauftragten Baseballschläger aus der Auslage. Man braucht Geduld und Sensibilität für den richtigen Ton, um Erfolge zu erzielen. ExpertInnenQM-121#

Ein wichtiger Erfolg der Arbeit der letzten Jahrzehnte ist z.B. das allmähliche Verschwinden des Straßenstrichs in der Potsdamer Straße. Langsam hat sich auch ein entspannteres Verhältnis in politischen Debatten durchgesetzt, so dass nicht mehr jeder Hinweis auf das drohende Umkippen eines Kiezes in Zusammenhang mit einem hohen Migrant/inn/enanteil als „politisch inkorrekt“ verteufelt wird. In dieser Tabuzone haben sich bei manchen türkischen Familien in den letzten Jahren und Jahrzehnten einseitige Erwartungshaltungen und Ansprüche gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft entwickelt. Dem gilt es jetzt, entgegenzuhalten, dass auch sie eine Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft haben. Integration kann nicht als Einbahnstraße funktionieren und eine schlechte Perspektive kann nicht als Grund für Respektlosigkeit und Gewalt gelten. ExpertInnenQM-122#

Die deutsche Debatte zur Ächtung autoritärer Erziehungsstile vor 30 Jahren ist heute in Migrantenhaushalten neu zu initiieren. Dort ist Gewalt nach wie vor legitimes Erziehungs- und Erziehungsmittel, nicht nur der Älteren gegenüber den Jüngeren, sondern auch der Männer gegenüber den Frauen. Die Moscheen tragen eine hohe Mitverantwortung, dass die Gewalt innerhalb der Familien fortgesetzt und legitimiert wird. Auch gegenüber radikalen Organisationen wie der Mili Görüs gegenüber ist Präsenz zu zeigen, ein gutes Mittel. Der kulturellen Konfrontation auszuweichen, wäre fatal. ExpertInnenQM-123#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Der Kontakt zum Quartiersmanagement ist über den regelmäßig tagenden Präventionsrat hervorragend. Selbst wenn der Schöneberger Norden wohl nie ruhig wie Zehlendorf sein wird, ist die

aktuelle Zusammenarbeit ein wesentlicher Faktor für sichtbare Verbesserungen im Kiez. Es ist zumindest nicht schlimmer geworden. Das Quartier hat sich zur Zeit in seiner Schieflage stabilisiert. Es kommt darauf an, wie viele Menschen zum Mithelfen zu mobilisieren sind, um es gerade zu rücken. Ein Rückzug wäre jedenfalls unverantwortbar. ExpertInnenQM-124#

Es ist wichtig, sich die Erfolge immer wieder vor Augen zu führen. Das Pallasseum samt seinem Umfeld kann als „repariert“ gelten; eine ständige Wartung ist jedoch notwendig. Kontraproduktiv wäre, wenn Einzelne Schönfärberei betrieben, wie z.B. in Neukölln von gelungener Integration aufgrund einzelner erfolgreicher Maßnahmen zu sprechen, wo „rechtsfreie Räume“ nach wie vor offenkundig sind. Wichtig ist zuzugeben, dass nicht alles „in den Griff zu kriegen“ ist, aber auch die kleinen Schritte in die richtige Richtung anzuerkennen. Wichtig ist, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten nicht nachzulassen, etwas zu tun und mit den Verbundpartnern in gegenseitigem Respekt auch vor den Grenzen umzugehen. ExpertInnenQM-125#

d) Weitere Hinweise: Herr K., WIR Wohnungsbaugesellschaft, Potsdamer Straße, Jugendrichter Herr S., Elternvertreterin O.-K., Sophie-Scholl-Gesamtschule, ehemalige Gewerbetreibende Bülowstraße. ExpertInnenQM-126#

Nr. 9 - Interview am 17.01.2005, 10-11.30 Uhr mit der Leiterin der Kiezoase Schöneberg Nord, Sozialpädagogin U. B. Kurmärkische Str. 1-3, 10783 Berlin. ExpertInnenQM-127#

a) Profil: Die Kiezoase besteht an diesem Ort seit 1999. Sie ging aus dem Nachbarschaftsheim des Pestalozzi-Fröbel-Hauses hervor, das seit 1953 zunächst in der nahe gelegenen Karl-Schrader-Straße bestand. Die heutige Zentrale befindet sich in der Schöneberger Barbarossastraße 65. Das Haus Kurmärkische Straße liegt im Frobenkiez des Schöneberger Nordens, unmittelbar nebenan ist der Straßenstrich. Früher wurden die Räume durch das Gesundheitsamt Schöneberg genutzt. 16 Personen arbeiten hier. Neben der Leiterin sind fünf fest angestellte Mitarbeiter/innen, sieben Personen in ABM oder SAM-Beschäftigung sowie drei Honorarkräfte tätig. ExpertInnenQM-128#

98% der Besucher/innen sind Migrant/inn/en, vor allem aus dem türkisch-kurdischen und arabischen Raum. In jüngerer Zeit kommen verstärkt Kiezbewohner/innen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die große Mehrheit der Besucher/innen entstammt der bildungsfernen Unterschicht. Die Menschen sind meist arbeitslos. Sie sind überwiegend im Alter von 20 bis 45 Jahren und leben von Transferleistungen - häufig in viel zu kleinen Wohnungen mit ihren oft großen Familien (4 bis 8 Kinder). Während die Kiezoase Barbarossastraße vor allem deutsche Mittelschichtangehörige erreicht, die ihre Angebotswünsche selbst formulieren können, geht die Kiezoase Kurmärkische Straße aktiver auf die Nachbarschaft zu. Deutsch- und Alphabetisierungskurse sind häufig die ersten Maßnahmen, die besucht werden. Es folgen Beratungen bei Hilfeersuchen für alle Lebenslagen. Derzeit wird eine Vätergruppe im Deutschkurs mit 12 Plätzen aufgebaut. Die Kurse werden sehr gut nachgefragt. Im Schülertreff mit 20 Teilnehmer/inne/n gibt es z. Zt. drei deutsche Kinder. Eine Spielgruppe soll die Kleinsten an einen Kitabesuch heranzuführen. Eine intensive Betreuung ist schon bei den kleinen Kindern erforderlich, weil sie sonst aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse in der Schule zurückbleiben. ExpertInnenQM-129#

Die Einrichtung wird durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gefördert; von Jahr zu Jahr ergehen neue Beschlüsse über die Finanzierung. Der Erhalt der Einrichtung gilt jedoch als langfristig gesichert. ABM- und SAM-Kräfte werden über den Träger Kick e.V. in der Fregestraße gewonnen. Kontinuierliche Unterstützung hat die Einrichtung durch die Gesundheitsstadträtin Dr. Z. und durch den Sozialstadtrat Herrn K. ExpertInnenQM-130#

b) Arbeitsschwerpunkte: Die Kochgruppe wird von einer Frau aus dem ehemaligen Jugoslawien geleitet, die Nähgruppe von einer Iranerin, Deutsch für Väter erteilt ein Syrer. Die Haushandwerker stammen aus Griechenland und Bosnien. Flyer der Kiezoase werben auf Deutsch, Türkisch und Arabisch. ExpertInnenQM-131#

In jüngster Zeit widmet sich die Einrichtung verstärkt der Elternarbeit, neben den Müttern auch den Vätern. Integrationsarbeit ist das hauptsächliche Ziel. Dafür sind verstärkt Barrieren abzubauen. Die unterschiedlichen Kulturen in Schöneberg-Nord leben eher neben- als miteinander. Es herrschen große Berührungssängste und Vertrauensdefizite gegenüber staatlichen Behörden. Dieses Phänomen wird jedoch nicht migranten-, sondern schichtspezifisch gesehen. Bei Migrant/inn/en kommt die Sprachbarriere noch hinzu. Die Kiezoase wirkt in hohem Maße vermittelnd zwischen Bürger/inne/n und Behörden. Es geht in vielen Fragen derzeit um Aufenthaltsberechtigungen und Anträge auf Arbeitslosengeld II, aber auch um Fragen der Schulanmeldung und um Erziehungsprobleme. Eine im Haus arbeitende Familientherapeutin ist inzwischen eine wichtige Vertrauensperson für einige Besucher/innen geworden. Die Mitarbeiter/innen der Kiezoase können sicher nicht alle Probleme lösen. Sie helfen auch durch Vermittlung weiterer Ansprechpersonen. Es gilt, das weit verbreitete Phänomen der Resignation aufzuhalten. Die Menschen sollen mit ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden. Ihr Selbstbewusstsein soll sich (neu) entwickeln und sie sollen befähigt werden, sich für die eigenen Belange und möglicherweise auch für andere einzusetzen. Ausstellungsprojekte haben z.B. zu einer positiven Entwicklung der Beteiligten beigetragen. ExpertInnenQM-132#

Der Kontakt zum Quartiersmanagement ist ausgezeichnet. Eines der ersten größeren Projekte war die Renovierung und Neuausstattung des Gebäudes. Im Bereich Steinmetzstraße befindet sich eine größere Bevölkerungsgruppe zumeist arabischer Familien, die bisher nicht erreichbar war. Ein neues Projekt der Kiezoase vor Ort (Steinmetzstraße 68) widmet sich der aufsuchenden Elternarbeit in diesem Bereich. Es geht darum, aufgeschlossene, an der Verbesserung der Situation vor Ort interessierte Einzelpersonen zu finden, mit ihnen Kooperationsbezüge aufzubauen und diese als Vorbilder wirken zu lassen. Nicht-Integrationswillige sollen auf diese Weise (wieder) zur Minderheit werden. Derzeit wird an einer genaueren Zielbestimmung gearbeitet. ExpertInnenQM-133#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Im Vergleich zu Kreuzberg mit seiner ähnlichen Sozialstruktur fällt auf, dass die Resignation in Schöneberg wesentlich höher ist. Im Schöneberger Norden fehlt solch eine kreative Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, die dem Bereich um den Kreuzberger Görlitzer Bahnhof z.B. mehr Kreativität und (Selbst-)Entwicklungspotenzial gibt. ExpertInnenQM-134#

Das Thema Sexualität wird unter den Migrant/inn/en des Schöneberger Nordens ausschließlich im privaten Bereich und nur in alters- und geschlechtshomogenen Gruppen diskutiert. Dieser Umgang wird durch den starken und wachsenden Einfluss der islamischen Religion eher noch gesteigert. Homosexualität und Prostitution sind absolute Tabuthemen – selbst wenn die praktizierte Doppelmoral etlicher Männer (Väter) aus dem Gebiet – gerade in Bezug auf die Prostitution - offensichtlich ist. Vor diesem Hintergrund ist die Vertreibung des Café P. bzw. die Akzeptanz dieses Geschehens durch viele migrantische Anwohner/innen zu sehen. Im Fall des Straßenstrichs ist nicht mit einer Verdrängung zu rechnen. Viele Migrant/inn/en nennen dies als Grund, weshalb sie der Kiezoase fern bleiben. ExpertInnenQM-135#

Die Situation im Schöneberger Norden ist in vielfacher Hinsicht problematisch. Armut, Drogen, Prostitution, Sprachbarrieren, Bildungsmängel betreffen überdurchschnittlich viele der hier lebenden Menschen. Zusätzlich kommt es zu – nicht selten religiös motivierten - Ausgrenzungen untereinander (wer ist „richtiger“ Moslem, wer nicht, etc.). All

dies steht dem angestrebten Miteinander im Wege. Dem strukturschwachen Gebiet fehlen Impulse einer kreativen Entwicklung. Die herrschende Resignation führt zu einer Vertiefung der Problematik, sofern das Quartiersmanagement im Verbund mit den hier aktiven Trägern dem nicht entgegenarbeitet. Dabei gibt es immer wieder den Willen, etwas zu leisten. Religiosität bietet den Menschen Zuflucht; ist aber auch mit Vorsicht zu betrachten. Kinder streben z.B. über das Fasten in der Zeit des Ramadan nach Anerkennung und überfordern sich mit der Teilnahme am Koranunterricht nach der staatlichen Schule oft selbst. Im Kontakt mit den Kindern und ihren Eltern wird versucht, das vorhandene Engagement in angemessenem Umfang zu fördern und zu lenken. ExpertInnenQM-136#

Wichtigstes Thema der nächsten Zukunft wird es sein, lokale Arbeitsplätze für die hier lebenden zu schaffen. Dies soll auch den Umfeldbezug stärken und der Verwahrlosung entgegenwirken. Zudem sollten die Bildungsinstitutionen (Schulen und Kitas) immer mehr auf die Kinder zugehende Unterrichtsformen entwickeln. Es kann nicht hingenommen werden, dass sieben von neunzehn Kindern bereits in den ersten drei Schuljahren „sitzen“ bleiben. Eine verstärkte Förderung hilft, den Frust der Jugendlichen frühzeitig abzubauen. Strafen bei „Fehlverhalten“ Jugendlicher werden in sozialen Brennpunkten nichts verändern. Es geht darum, bei allen Bewohner/inne/n Vertrauen (neu) zu schaffen; die eigenen Potenziale sind zu wecken. Die Alternative wäre ein weiterer Zerfall von Sozial- und Stadtstrukturen. Quartiersmanagement bewirkt bereits einen Unterschied, eine Umkehr dieser Zerfallstendenz und erwirtschaftet auf diese Weise für die Gesamtstadt einen hohen Gewinn. Die Frage ist zu stellen, wie finanzkräftige Firmen zur stärkeren Beteiligung an dieser auch zukünftig notwendigen Arbeit angeregt werden können. ExpertInnenQM-137#

d) Weitere Hinweise: ExpertInnenQM-138#H. H., Libanesische Gemeinde e.V.,– bietet samstags Unterricht in Arabisch - ohne religiöse Bezüge. ExpertInnenQM-139#

Nr. 10 - Interview am 13.04.2005, 9.15- 11 Uhr mit der Pädagogin G. A., Kiezoase e.V., Steinmetzstr. 68, 10783 Berlin. Elternarbeit Neumarkgrundschule. ExpertInnenQM-140#
a) Profil: Frau A. lebt seit 28 Jahren (1977) in Deutschland, seit 1989 in Schöneberg-Nord und ist Mutter zweier Söhne (18 und 10 Jahre alt). Sie wurde in Kurdistan geboren. Ihre Eltern erlebten Deportation und Unterdrückung. Sie wuchs in einer Dorfgemeinschaft auf, wo die Menschen überwiegend als Hirten ihren Lebensunterhalt verdienten. Ihre Welt-offenheit und ihre Ausbildung als Lehrerin und Sozialpädagogin ermöglichten ihr das heutige Leben in der Wahlheimat Deutschland. Seit einem Jahr (2004) arbeitet sie als Elternbetreuerin in Kooperation mit der Neumarkgrundschule. Zuvor war sie seit 1983 in verschiedenen Projekten in ihrem Beruf tätig. ExpertInnenQM-141#

Den Kiez Schöneberger Norden erlebt Frau A. als von einem angenehmen südländischen Flair geprägt. Es hatten sich – gerade in migrantischen Communities angenehme, gemischte Nachbarschaften gebildet. Durch die Sanierung waren Parks und begrünte Oasen auf Hinterhöfen entstanden, wo die Menschen sich gern begegneten und wo sich Freundschaften entwickelten. Seit dem Fall der Mauer (1989) ging vieles von der angenehmen Atmosphäre verloren. Die neue Mitte des wiedervereinigten Berlin zog viel Kaufkraft aus Schöneberg ab. Schöneberg wurde Durchgangsgebiet. Alte Geschäfte gaben auf und Leerstand nahm zu. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war im Jahr 2000 zu beobachten. Im Zuge dessen zogen viele Familien fort, die sich an anderen Orten Berlins wohler fühlten und ihren Kindern eine attraktivere Umgebung bieten wollten. Die sozialen Netze rissen und ein unsicheres Klima folgte. ExpertInnenQM-142#

Frau A. bemüht sich seit Jahren, dem Trend zur Abwanderung von den Kiez stabilisierenden Familien entgegenzuwirken. Sie baut kontinuierlich neue Netzwerke unter Familien mit Migrationshintergrund auf und hat heute einen guten Kontakt zu rund 100

türkischen, arabischen und kurdischen Familien im Schöneberger Norden, die sie im Rahmen ihrer Teilzeitstelle gemeinsam mit einem arabischen Kollegen betreut. Wie heute im sozialen Bereich üblich, ist die zukünftige Finanzierung ihrer Arbeit immer wieder unsicher. ExpertInnenQM-143#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Eigentlich ist Frau A. davon überzeugt, dass eine Kiezscheule eine geeignete Einrichtung ist, an der die Schulkinder Verantwortung für ihren Kiez und eine gute Nachbarschaft verschiedener Nationalitäten lernen können. Dennoch hatte die Neumarkgrundschule den schlechten Ruf der Araberschule, die ihre Bildungsaufgaben kaum erfüllen könne. Polnische Eltern schickten ihre Kinder meist an die katholische Schule am Winterfeldtplatz und türkische Eltern schickten ihre Kinder bevorzugt an Kreuzberger Schulen, selbst wenn weitere Wege dafür in Kauf zu nehmen waren. Auch Frau A. sandte ihre Söhne nicht in die Kiezscheule. Nun bemüht sie sich, den Ruf der Schule bei den Eltern zu verbessern und den Trend wieder umzukehren. Es hilft ihr, dass Lehrerinnen und Lehrer bei vielen zugewanderten Eltern einen guten Ruf genießen. Die Ideale der türkischen Reformpädagogik der 30er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts bringt der Lehrerschaft noch heute Respekt ein. Der Satz „Eine Lehrerin ist wie eine Kerze - sie bringt Licht und zehrt sich dabei auf“ ist ein bekanntes Sprichwort aus dieser Zeit und zeigt den ganzheitlichen Anspruch der Pädagog/inn/en, nicht nur Wissensvermittler/innen, sondern auch Erzieher/innen und Vorbild zu sein. ExpertInnenQM-144#

Das heutige deutsche Bildungssystem ist von diesem ganzheitlichen Anspruch weit entfernt. In Deutschland erwartet man dafür mehr Engagement von den Eltern. Eltern aus bildungsfernen – oder von Bildung fern gehaltenen – Familien fühlen sich häufig überfordert. Sie sind zum Teil Analphabet/inn/en und können ihre Kinder in der Schule nicht unterstützen. Oft sind sie aufgrund fehlenden Wissens nicht in der Lage, den Tagesablauf ihrer Kinder zu kontrollieren. Diese verschaffen sich oft durch falsche Angaben über ihre Schulzeiten „Freiräume“. Hinzu kommt die hohe Arbeitslosigkeit, die sich für Migranten nach dem Mauerfall besonders extrem entwickelte. Sozial „impotente“ Eltern schämen sich zum Teil vor ihren Kindern. Diese haben wenig Respekt vor ihren Eltern, die selbst die Gefahren der Großstadt kaum kennen und ihre Kinder nicht auf die Gefahren von Spielsalons, Drogen und krimineller Szene vorbereiten können. Es kommt zu einem Verfall von tradierten Werten. ExpertInnenQM-145#

Frau A. findet im Gespräch mit den Eltern Zugang zu deren Problemen aber auch zu deren Interessen und Ressourcen. Es gelingt ihr oft, Mut zu machen, Deutschkurse zu belegen, ein neues Selbstwertgefühl aufzubauen und auch wieder Arbeit zu finden. Einzelne Erfolge beweisen, dass dies auch unter den heute schwierigen Bedingungen funktioniert. Dies und auch das Knüpfen neuer Netzwerke über Müttergruppen z.B. führt zu neuen Gemeinschaften und zu neuem Vertrauen in die Zukunft im Stadtteil. ExpertInnenQM-146#

Neben dieser direkten Arbeit zum Aufbau neuen Selbstvertrauens der Eltern weckt Frau A. Verständnis für die zu hohe Belastung der Kinder durch die Schule am Vormittag, den Koranunterricht am Nachmittag und die Hausaufgaben. Sie vermittelt Alternativen zu gewohnten autoritären Erziehungsmethoden und lehrt einen gewaltfreien Umgang (Erwachsene und Kinder, Männer und Frauen, Ältere und Jüngere) durch praktische Mediation. ExpertInnenQM-147#

Ein weiteres Thema ist die Gesundheitserziehung. Ernährungsprobleme und Verbesserungsvorschläge werden an praktischen Beispielen im Alltag der Familie besprochen (z.B. Tee statt Zuckersäfte, weniger TV-Konsum gegen Nervosität). Es geht bei der praktischen Beratung darum, Einsicht in bestehende Probleme und Aussicht auf individuell tragbare Lösungen zu vermitteln; ein allgemeines „Missionieren“ würde wenig Aussicht auf Erfolg haben. ExpertInnenQM-148#

Neben der aufsuchenden Arbeit bietet Frau A. Gruppenaktivitäten an. Zum gemeinsamen Kinobesuch kamen rund 50 Teilnehmer/innen. ExpertInnenQM-149#

Integration entsteht vor allem durch Partizipation der Bewohner/innen. Nur durch direkte Beteiligung an Entscheidungen fühlen sich die Menschen angesprochen und ernst genommen. Durch mitgetragene Verantwortung für kiezrelevante Entscheidungen wächst das Gefühl der Zugehörigkeit. Das Quartiersmanagement bleibt noch weit hinter diesem Anspruch zurück. ExpertInnenQM-150#

Die Aktivitäten kommen „von oben“. Der Staat verwaltet die Armut und nimmt kurzatmige kosmetische Verbesserungen vor. Auch der Anspruch der Hilfe zur Selbsthilfe wird kaum erfüllt. Ein echtes Bürgerforum fehlt. Der Präventionsrat wurde inzwischen zur Präsentationsplattform für die Funktionäre des Quartiersmanagement. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme vieler Bewohner/innen ist das geforderte ehrenamtliche Engagement unerfüllbar. Es fehlt vor allem – auch in den Reihen des Quartiersmanagements – an interkultureller Kompetenz. ExpertInnenQM-151#

Erste Ansätze, den Bewohner/inne/n direkt eine Stimme zu geben, sind durch Bericht in Zeitungen und Filmen zu erkennen. Es ist wichtig, dass die Bürger/innen sich in der öffentlichen Darstellung ihrer Lebensumstände im Kiez wieder erkennen. Das stärkt das Selbstvertrauen. Auch die Einrichtung des Nachbarschaftstreffs Steinmetzstraße 68 ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch bei weitem nicht ausreichend. ExpertInnenQM-152#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Die lokale Ökonomie ist seit Jahren im Verfall begriffen. Durch die Hartz-IV-Gesetzgebung verschlechtert sich die Lage sehr vieler Kiezbewohner/innen beträchtlich. Der Abbau der sozialen Hilfen geht mit dem Abbau der wirtschaftlichen Strukturen einher. Viele Familien, die ihre Kinder von Berlin in die Türkei schickten, berichten, dass diese dort Karriere machten. In Schöneberg bleiben die, die sich keine Alternative leisten können. Es ist bislang nicht gelungen, die Spirale von Mutlosigkeit in Schöneberg-Nord zu durchbrechen. Die einzelnen Erfolge der Arbeit von Frau A. und ihren Kolleg/inn/en dürfen nicht darüber hinweg täuschen. Diese Erfolge sind dennoch Oasen, die Mut zur Weiterführung machen (sollen). ExpertInnenQM-153#

In jüngster Zeit fallen so genannte Kiezscheriffs auf, die durch die Wohnungsbaugesellschaft WIR im Kiez eingesetzt werden. Jeweils zwei junge Männer in Uniform laufen mit einem großen Hund Streife und sollen für ein besseres Sicherheitsgefühl sorgen. Vorkommnisse, wie Messerstechereien zwischen streitenden Männern wurden in der Vergangenheit bekannt. Es kam zu Verletzungen und Todesfällen. Meist geht es um Familienstreitfälle, aber auch um vermuteten Betrug beim Autohandel u. ä. ExpertInnenQM-154#

Solche Vorkommnisse sind durch Kiezscheriffs in den seltensten Fällen zu verhindern. Das martialische Auftreten dieser Leute erinnert Frau A. und andere Bewohner/innen jedoch eher an gewalttätige Nazis als an Schutzleute. Anstelle einer solchen Provokation setzt sie eher auf die integrative und Fremdheit abbauende Wirkung von Hausfesten. Eine solche Maßnahme bietet aus ihrer Sicht viel eher Schutz innerhalb der Nachbarschaft. Die Wohnungseigentümer wären gut beraten, Leute aus der Nachbarschaft, die gegen eine Aufwandsentschädigung zur Übernahme von Verantwortung (Farbschmierbeseitigung, Organisation von Veranstaltungen) bereit sind, zu unterstützen. Diese Rolle kann idealerweise nach einiger Zeit unter verschiedenen Freiwilligen rotieren. ExpertInnenQM-155#

Durch die herrschende Politik werden Konflikte oft ethnisiert. Debatten um den Kopftuchstreit, Zwangsehen, etc. führen zu Diskriminierungen ganzer Bevölkerungsgruppen. Die Medien schüren die Konflikte eher als durch ausgewogene Berichterstattung zur Objektivität beizutragen. (Wem ist bewusst, dass die berühmteste Zwangsehe wohl die

zwischen Charles und Diana war?) Parallelgesellschaften gibt es auch nicht erst, seit Migrant/inn/en in Berlin leben. Klassengesellschaften sind in gewisser Weise stets Parallelgesellschaften. ExpertInnenQM-156#

Zum Konflikt um das Café P. ist zu sagen, dass jede Veröffentlichung von Sexualität für Orientalen stärker als für westlich erzogene Menschen als fremd und unangenehm empfunden wird. So wird auch sexistische Werbung stark abgelehnt, da sie zur allgemein menschlichen Entwürdigung, Demütigung und Abstumpfung beiträgt. Die Vermutung liegt nahe, dass das Café P. als für sexuelle Freizügigkeit werbend missverstanden wurde und in diesem Sinn eine Billigung der Vertreibung aus dem Kiez seitens einiger Migrantengruppen zu verstehen ist. ExpertInnenQM-157#

Dass junge Männer die Vertreibung aktiv betrieben, hat sicher eine unter zahlreichen jungen Männern jeder Nationalität latente Schwulenfeindlichkeit als Hintergrund. Aus psychologischer Sicht ist in dieser Handlungsweise die wenig entspannte Einstellung zum (eigenen) Mannsein zu erkennen. Auf der Ebene geschlechtsspezifischer Identität und geschlechtsspezifischen Verhaltens ist – nicht nur in Migrantenfamilien - noch sehr viel weitere Aufklärung (und Entspannung) nötig. ExpertInnenQM-158#

Nr. 10a - Gespräch mit N. A., (Pro familia-Mitarbeiterin, Kalckreuthstr. 4) am 02.06.2005, von 16-17.30 h in ihrer Wohnung, Potsdamer Str. 139. (Ergänzung zum Interview mit ihrer Schwester G. A.) ExpertInnenQM-159# Thema: Schöneberger Norden, eigene Erfahrungen mit dem Umfeld, Café P. – Erklärungen für das Mobbing? Hat sich etwas verändert? ExpertInnenQM-160#

Der 11. September 2001 hat vieles verändert. Seit dem trauen sich auch Schwule eher, zu ihrem Rassismus zu stehen. Die Artikel in Siegessäule und taz zeigen diese Diskussion. Vielleicht war es für das Café P. auch ein willkommener Anlass, in das Schwulenghetto am Nollendorfplatz zu ziehen. Die haben sich vermutlich in der multikulturellen Ecke an der Steinmetzstraße nicht recht wohl gefühlt. ExpertInnenQM-161#

Hintergrund des damaligen Konfliktes war jedoch offenbar eine einseitige Aggression Jugendlicher türkischen oder arabischen Hintergrundes. Die Frage nach den Gründen ist nicht leicht zu beantworten. In den meisten Familien dieses Quartiers ist Sexualität und Körperlichkeit ein Tabu- Thema. Deutsche, freizügige Einflüsse werden vielfältig als bedrohlich erlebt. Industrialisierung, Frauenarbeit, gleiche Rechte, dies alles bedroht die Integrität patriarchalisch strukturierter Familien und gefährdet ihren Zusammenhalt. Es ist nach wie vor ungeheuer wichtig, dass eine junge Frau bis zur Ehe Jungfrau bleibt. Davon hängt das Ansehen ganzer Familienclans ab. Schwulsein ist in diesen Verhältnissen ein absolutes Tabu. In Unterschichtfamilien greift man zudem oft zu Gewalt, wenn man etwas nicht versteht, unangenehm findet und einfach aus seiner Nähe entfernt wissen will. ExpertInnenQM-162#

Weder Eltern, Familie, noch Schulen und Lehrer helfen den hier geborenen Jugendlichen bei Fragen wirklich weiter. Unterschiede im Lebensstil werden nicht hinterfragt. Lehrer/innen fragen nicht nach: Was heißt „bei uns“? Da steckt viel Desinteresse dahinter; so erleben es die Jugendlichen. Schlimmer als Hass ist die weit verbreitete Gleichgültigkeit. ExpertInnenQM-163#

Es gibt starke Kommunikationsbarrieren zwischen den Generationen und keinen respektvollen Dialog. Die Väterrollen fehlen, die Frauen sind überfordert. Häufig kommt es zu innerfamiliärer Gewalt. Auch in Kurdistan schlagen gesellschaftlich entmachtete Männer häufig ihre Frauen als letztes Glied in einer Kette von Unterdrückung und alltäglicher Gewalt. ExpertInnenQM-164#

Das von Musliminnen in Berlin häufiger als früher getragene Kopftuch kann ein Zeichen gedeutet werden, das Anderssein sichtbar zu machen und steht für eine bewusste Opposition gegen die Mehrheitsbevölkerung. Über das Kopftuch wird auch eine Konkurrenz

der Frauen untereinander ausgetragen, um zu demonstrieren, welche die „Achtbarste“ ist. Es kommt zu verschiedenen Äußerungen von Arroganz durch Kopftuchtragende gegenüber nicht Kopftuch tragenden Frauen. Diese Haltung wird häufig durch eine besonders höfliche Behandlung (Schutz) durch muslimische Männer gegenüber diesen Frauen verstärkt. ExpertInnenQM-165#

Zur eigenen Geschichte: Die Eltern, kurdische Aleviten, eine schiitische Minderheit im sunnitischen Kurdistan, wurden 1938 nach dem Aufstand deportiert. Der Vater war Lehrer und starb früh (1964), die Mutter ging als Arbeiterin nach Deutschland in ein Dorf im Odenwald, die vier Töchter zogen später nach. ExpertInnenQM-166#

N. A. ist Mutter von zwei erwachsenen Töchtern, die noch bei ihr leben. Von dem türkischen Vater ihrer Kinder ist sie seit langem geschieden und lebt gern selbständig im ehemals besetzten „Frauenhaus“ in der Potsdamer Strasse (s. o.). Sie fühlt sich im Grunde wohl, in Berlin integriert und als in gesicherten Verhältnissen lebende Frau auch privilegiert. Ärger hat sie nicht im Umfeld, wenn sie auch hin und wieder negative Reaktionen spürt und vereinzelt aggressives Verhalten von Männern wahrnimmt. ExpertInnenQM-167#

Expert/inn/en Homosexuellen-Szene

ExpertInnenHomo-1# Nr. 11 - Interview am 26. April 2004, 14-15.30 h mit L. L., Dipl.-Pädagogin, Leiterin des Referates für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin. ExpertInnenHomo-2#

a) Profil: Das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen wurde 1989 eingerichtet. Zielgruppen sind Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgenderbetroffene in Berlin (und darüber hinaus gibt es Anfragen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum). Das Referat arbeitet dem Parlament, dem Berliner Abgeordnetenhaus zu und „bedient“ alle Zweige der Berliner Verwaltung, Schulen u. a. Einrichtungen. Hauptziel ist, die Emanzipation zu fördern, der Diskriminierungsabbau, die Entwicklung von Akzeptanz mit verschiedenen Instrumenten, die u. a. in den Handlungsfeldern Bildung/ Jugendhilfe, Anti-Gewalt, Anti-Diskriminierungsarbeit, Diversity-Management in der Wirtschaft angewandt werden. Derzeit bestehen drei Stellen und Projektfördermittel in Höhe von 300.000 € p. a. Der Kontakt zur Bevölkerung ergibt sich vor allem aus der Kontaktpflege mit den verschiedenen betreuten Projekten, von denen etliche in Schöneberg ansässig sind – einige im „Schöneberger Norden“, andere u. a. auch in anderen Quartiersmanagementgebieten, wie z.B. RUT (Rad und Tat für Frauen e.V., Schillerpromenade in Neukölln). Es existiert eine Broschürenreihe und eine website: www.senbjs.berlin.de/gleichgeschlechtliche. ExpertInnenHomo-3#

b) Aktivitäten: Die Schwerpunkte blieben im Wesentlichen erhalten; die Prioritäten verändern sich. Die Anti-Gewalt-Arbeit z.B. war ein großer Schwerpunkt der Arbeit in den 90er Jahren und setzt sich seit dem in verschiedenen Gremien fort. Weitere Themen betrafen Transgender und Qualitätsmanagement der geförderten Projekte. Das Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 wird als Erfolg auch des Referates gesehen. Schwierigkeiten gibt es vor allem im Tagesgeschäft und im Zuge allgemeiner Finanzierungsprobleme. Zur Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen trägt die Arbeit des Referates besonders bei. Je offener Lesben und Schwule in ihrem Umfeld auftreten können, desto bessere Integrationschancen (nicht im Sinn von Anpassung und Verstecken, sondern im Sinn identitäts-bejahender Emanzipation) bestehen – auch für andere diskriminierte Minderheiten. Die Seniorenarbeit und Migrantenarbeit wirkt besonders in diesem Feld. Noch Mitte der 90er Jahre verließen Vertreter islamischer Gruppen Konferenzen, bei denen das Wort „schwul“ fiel. Da hat sich viel Positives getan. ExpertInnenHomo-4#

Ein bewusster Kontakt zum Quartiersmanagement besteht nicht. Indirekte Kontakte gibt es durch in Quartiersmanagement-Gebieten arbeitende schwullesbische Projekte. ExpertInnenHomo-5#

c) Aktuelle Tendenzen und Perspektiven im Schöneberger Norden: Diese Frage ist aus Gesamtberliner Sicht der Referentin nicht zu beantworten. Es liegen Berichte über Jugendgangs (meist türkischstämmige männliche Jugendliche) in verschiedenen Gegenden Berlins (Schöneberg, Neukölln u. a.) vor, die verschiedene Bevölkerungsgruppen – Frauen, alte Menschen, Lesben und Schwule - tyrannisieren.

ExpertInnenHomo-6# Nr. 11a - Telefoninterview mit C. N., Kollege von L. L., Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Sen Bildung Jugend und Sport Berlin, am 7.5.2004 (14.00-14.20 h). ExpertInnenHomo-7# Herr N. zeigte sich interessiert an der Dissertation und ihren Ergebnissen. Zum Thema der von Lesben und Schwulen bevorzugten Orte in der Stadt Berlin beschrieb er je ein westliches und ein östliches Zentrum. Das westliche Zentrum ist rund um den Nollendorfplatz gelegen, das östliche Zentrum rund um den Bahnhof Schönhauser Allee. Beide verbindet die U-Bahnlinie 2. ExpertInnenHomo-8#

Die aktuellen Konflikte im Sanierungsgebiet Schöneberger Norden zeigen sich unterschiedlich in der Art der Konfliktbewältigung. Während der LSVD die neugierigen Jugendlichen offensiv in die Räume einlädt und dadurch de-eskalierend wirkt, vermeidet das Café P. den Konflikt durch Fortzug. ExpertInnenHomo-9#

Aus Sicht der an einer Bevölkerungs- Mischung in möglichst jedem Berliner Kiez Interessierten ist der Rückzug des einen Projektes fatal, während die Öffnung des anderen begrüßt wird und hoffentlich langfristig zu Akzeptanz in der Umgebung und zur Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (hier: Homosexuelle und Migrant/inn/en) führt. ExpertInnenHomo-10#

Herr N. berichtet von zahlreichen Initiativen, z.B. einer Initiative für ein Seniorenheim für alte Schwule, die jedoch kein Interesse an einer Abschottung in einer Art Getto anstreben. Es gehe vielmehr um Akzeptanz und das Finden von diskriminierungsfreien städtischen Räumen. ExpertInnenHomo-11#

Die Ballung bestimmter Gruppen an bestimmten Orten mache es sicher für die dort dominierende Gruppe einfacher, Kontakt zu Gleichen zu finden, was auch ökonomische Synergieeffekte mit sich bringe (Szenegänger), eine zu große Abschottung bewirke jedoch das Gegenteil des angestrebten Gefühls von Sicherheit und Geborgenheit im „Heimatviertel“. Der Kontakt zu anderen wird von vielen als ein wesentlicher Vorteil städtischer Orte geschätzt, an denen viele unterschiedliche Lebensweisen aufeinander treffen und ein enormes Lernpotenzial für alle dort lebenden bieten. ExpertInnenHomo-12#

Offenheit zum Austausch ist eine Voraussetzung, dieses „Angebot“ zu nutzen, statt mit Abwehr und Gewalt auf Fremdes zu reagieren. Offenheit und Toleranz als Alternativen und Voraussetzung für ein gemischtes Zusammenleben sollten durch staatliche Maßnahmen wie eine dies befürwortende Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsarbeit gefördert werden. ExpertInnenHomo-13#

Herr N. sieht darin eine wichtige städtische Aufgabe: Die Polizei sei zu schulen, die Park- und Gartenpflege-Mitarbeiter ebenso und ganz besonderes Augenmerk sollte der Jugendarbeit, gerade auch im Rahmen der Schulen gewidmet werden. So sollten lesbisch-schwule Lebensweisen in das Bewusstsein der Allgemeinheit als selbstverständliche alternative Lebensform dringen. Eine Gettoisierung wäre in dieser Hinsicht kontraproduktiv und dem Leben in einer Metropole nicht angemessen. ExpertInnenHomo-14#

Die meisten bewusst in der Großstadt Berlin lebenden Lesben und Schwulen sind aufgeschlossen, flexibel, mobil und an Kontakt mit Gleichen interessiert. So entstanden rund um die Schönhauser Allee ca. 50 Einrichtungen von Gastronomie über Beratungsstellen

bis zu Selbsthilfegruppen. Die Verbindung der beiden o. g. Zentren durch die U 2 (1991/92) brachte auch dem Austausch der beiden Berliner Homosexuellen-Zentren neue Impulse. ExpertInnenHomo-15#

Nr. 12 - Interview am 13.05.2004 von 16-17 Uhr mit Kriminalhauptkommissar U. L., Ansprechpartner der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Landeskriminalamt 143, Keithstr. 30, 10787 Berlin. ExpertInnenHomo-16#

a) Profil: Im Jahr 1992 wurde die Stelle, damals von Herrn H. U. besetzt, innerhalb der Berliner Kriminalpolizei neu eingerichtet. Herr U. war zuvor mit dem Schwerpunkt der Aufklärung von Raubdelikten – vor allem im Bezirk Wilmersdorf (Preußenpark) tätig. Es war aufgefallen, dass festgenommene Mehrfachtäter dort häufig homosexuelle Männer ausgeraubt hatten, die den Park als Ort zur Anbahnung von Kontakten nutzten. Die Opfer hatten sich meist gescheut, Anzeige zu erstatten. Dieses Tabu machten sich die Täter zu Nutze. ExpertInnenHomo-17#

Bis 1969 galt in Deutschland ein Verbot homosexueller Kontakte für Männer (§175 StGB). Ab diesem Jahr waren sexuelle Handlungen unter Männern zunächst ab 21, dann ab 18 Jahren erlaubt. Heterosexuelle Handlungen waren dagegen nur bis zu einem Schutzalter von 14 Jahren unter Strafe gestellt. Erst 1994 erfolgte die Gleichstellung. Aufgrund der tradierten Diskriminierungserfahrung, die stets eine reale rechtliche Verbesserung einige Zeit überdauert, wird die Scheu der Opfer vor Polizeikontakten verständlich. Die Stelle LKA 143 arbeitet daran, die Hemmschwelle abzubauen, Vertrauen der Opfer zu gewinnen und den Tätern damit ihr allzu leichtes Handwerk zu legen. Obwohl die Stelle bereits seit 12 Jahren besteht, ist die Arbeit heute noch so notwendig und aktuell wie zum Entstehungszeitpunkt. ExpertInnenHomo-18#

Ein regionaler Schwerpunkt der Arbeit von Herrn L. ist Schöneberg. Aber auch die Orte in ganz Berlin, an denen Homosexuelle wohnen und/ oder sich vergnügen, so z.B. das Gaststättenviertel um die Eisenacherstraße und in der Nähe des U-Bahnhofes Nollendorfplatz (Bezirk Tempelhof-Schöneberg), aber auch Orte in Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte sowie in Prenzlauer Berg (Pankow). ExpertInnenHomo-19#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Neben Raubüberfällen, Diebstahl- und Körperverletzungsdelikten bis hin zu schwerer Körperverletzung geschehen Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und ähnliche Attacken gegen Schwule und Lesben in Berlin, die oft nicht angezeigt werden und über die keinerlei Statistiken geführt werden. So sind die 118 für 2003 beim LKA 143 ausgewerteten absoluten Zahlen von Straftaten gegen homosexuelle Männer nur die „Spitze des Eisberges“. Es wird vermutet, dass in rund 80-90% der Fälle keine Anzeige erstattet wird, in denen Beleidigung und einfache Körperverletzung erfolgt. Erst bei schweren Delikten, wie Raub sinkt die Hemmschwelle, die Polizei einzuschalten; aber auch hier ist von einer Dunkelziffer von ca. 80% auszugehen. In den vergangenen Jahren wertete das LKA 143 zwischen 70 und 100 Taten aus. Der früher auffällige Tiergarten wurde 2003 als Tatschwerpunkt vom Bereich der Direktion 4 (Schöneberg) abgelöst. Hier geschahen ca. 44% aller gemeldeten Taten. Mitte folgt mit ca. 20%, Friedrichshain-Kreuzberg mit ca. 11%. ExpertInnenHomo-20#

Das Täterprofil der ausgewerteten Taten gegen schwule Männer zeigt eine Häufung von 16- bis 20-jährigen jungen Männern, zurzeit überwiegend Osteuropäer aus Polen, Rumänien und dem ehemaligen Jugoslawien. Waren noch 2002 von allen ermittelten Tätern ca. 2/3 deutscher Staatsangehörigkeit, sank ihr Anteil 2003 auf ca. 1/3. Die Opfer waren zu ca. 94% Deutsche. Die Aufklärungsquote liegt derzeit bei über 60%. ExpertInnenHomo-21#

Neben der klassischen Polizeiarbeit, der Ermittlung von Tätern und Aufklärung der Tathergänge, widmet sich das LKA 143 der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit

Bus und Informationsflyern ausgestattet sucht Herr L. häufig abends die Szenetreffpunkte auf und unterhält einen guten Kontakt zu den Betreibern von Bars, Saunen und anderen Orten homosexueller Kommunikation, wie zum Beispiel mit dem Verein Man(n)-o-Meter, dem Überfalltelefon Maneo, der Lesbenberatung, u. a., um potenzielle Opfer über ihre Möglichkeiten zum Selbstschutz und ihr Recht auf Unterstützung und Hilfe aufzuklären. Zudem besteht ein Vortragsangebot des LKA (durch Kollegen von Herrn L.) zum Thema Sexuelle Gewalt, das sich auch an Kinder und deren Eltern, an Behinderte, Migrant/inn/en, Senioren oder einzelne Frauen und Männer richtet. Weitere Angebote des LKA beziehen sich z.B. auf Seniorensicherheit und ein Anti-Gewalt-Projekt. ExpertInnenHomo-22#

c) Quartiersmanagement/ Entwicklung im Schöneberger Norden: Ein besonderer Kontakt zu Sanierungsträger-, Mieterberater-, Quartiersmanagerfirmen besteht nicht. Ansprechpartner der Polizei auch zum Thema Gewaltprävention ist Herr M. (vgl. Interview Nr. 8). ExpertInnenHomo-23#

Nr. 13 - Interview am 15.12.2004, 12 – 13.30 Uhr beim Regenbogenfonds der schwulen Wirte e.V., Fuggerstr. 7, 10777 Berlin mit D. S., ehemals selbstständiger Handwerker, heute ehrenamtlicher Mitarbeiter des Vereins. ExpertInnenHomo-24#

a) Profil: Seit 1992 besteht der Verein Regenbogenfonds der schwulen Wirte. Von heute 35 Mitgliedern sind 3 Frauen. Dies spiegelt in etwa das Verhältnis von Männer- und Frauenlokalen im Kiez wider. Seit 1993 organisiert der Verein das lesbisch-schwule Stadtfest rund um die Motzstraße und den Nollendorfpfplatz. Die Gründer reagierten damit auf eine gleichgültige bis latent negative Einstellung der Nachbarschaft gegenüber der schwulen Szene Schönebergs. Ende der 80er Jahre häuften sich Vorfälle der Gewalt von Jugendlichen gegenüber Schwulen, oft mit dem Hintergrund von Straftaten wie Raub gegen schwule Männer (vgl. Interview Nr. 12 mit Herrn L., dem Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Polizei). Die Stadtfestinitiative sollte für eine entspannte nachbarschaftliche Begegnung sorgen und so zur Entspannung zwischen der schwullesbischen Szene und der Nachbarschaft beitragen. Aus vereinsrechtlichen Gründen musste zur Durchführung des Stadtfestes eine GmbH gegründet werden. Eine beauftragte Agentur kümmert sich um die Anwerbung von Sponsoren wie Becks, Redbull, Jacobs, Elixia-Fitness, u. a. ExpertInnenHomo-25#

In den 13 Jahren des Stadtfestbetriebes sind die ursprünglichen Erwartungen weit übertroffen worden. Ca. 240 Aussteller präsentieren sich dort; davon sind etwa 90 Vereine der schwullesbischen Szene zuzurechnen, hinzu kommen Kunsthandwerker und Gastronomiebetreiber. Die kommerziellen Stände zahlen Standgebühren zwischen 250,- und 2.000,-€; den Vereinen werden keine Beiträge abverlangt. Der Bezirk kassiert inzwischen rund 15.000,-€ von den Organisatoren. Dennoch bleibt ein Betrag von ca. 15.000,-€ bis 25.000,-€ p. a., der zur Förderung an Vereine mit schwullesbischem Hintergrund wie die Berliner AIDS-Hilfe, Man(n)-o-Meter, Sonntagsclub, Teddy-Gala, etc. geleitet wird. ExpertInnenHomo-26#

b) Schwerpunkte und Finanzierung: Der Verein Regenbogenfonds hat zu keiner Zeit selbst öffentliche Fördermittel erhalten. Sein Zweck ist es – neben der o. g. Imageverbesserung – schwullesbische Projekte mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Die Arbeit des Vereins basiert auf der ehrenamtlichen Tätigkeit eines aus drei Personen bestehenden Vorstands: W. Z., Inhaber der Schoppenstube in der Schönhauser Allee, Prenzlauer Berg, M. S., Geschäftsleitung des Connection-Klubs, Fuggerstraße und A. S., Mitarbeiter des Man(n)-o-Meter-Infoladens und Mit-Organisator der jährlich seit über 20 Jahren stattfindenden Berliner Christopher-Street-Day-Demonstration (CSD). Außer dem Vorstand gibt es einen Geschäftsführer für die GmbH und drei feste ehrenamtliche Kräfte, die das

Stadtfest organisieren. Neben Herrn S. arbeiten noch eine Buchhalterin und ein Internet-spezialist im Büro des Vereins. ExpertInnenHomo-27#

Die integrative Arbeit des Vereins bezieht sich zunächst auf die Vertretung der Interessen der schwulen Wirte gegenüber der Öffentlichkeit. Nach der Durchführung mehrerer Bürgerveranstaltungen (Kiezforen) in den Jahren 1998 bis 2002, in denen Bürger ihrem Ärger z.B. über Stricher-Verkehr auf dem Kinderspielplatz Fugger, Ecke Eisenacher Straße Luft machen konnten, wurde Abhilfe durch gestalterische Veränderungen wie Abholzen von Hecken geschaffen. Auf diesen Veranstaltungen waren auch der Bezirk und die Polizei vertreten. Die Zusammenarbeit mit den Behördenvertretern wird heute als hervorragend bezeichnet. Namentlich Dr. E. Z., der damaligen Bürgermeisterin, hat die schwulesbische Community viel zu verdanken. Nachdem im Jahr 2002 keine Bürger mehr zu den Veranstaltungen kamen, stellte der Verein dieses Forum ein. Man geht davon aus, dass die Fragen und Probleme inzwischen gelöst sind. Nachbarschaftsbeschwerden sind aktuell nicht bekannt. Die Zahl von Gewalttaten gegen Schwule ging in den letzten Jahren spürbar zurück. ExpertInnenHomo-28#

Vor etwa drei Jahren erlebte der Verein ein finanzielles Desaster mit einem als Großveranstaltung geplanten Tuntenball im Rathaus Schöneberg. Es kamen 400 statt der erwarteten 2.000 Gäste. Von dieser Fehlplanung hat man sich inzwischen erholt und ist vorsichtig mit derartigen kulturellen Initiativen geworden. Davon abgesehen ist die Arbeit des Vereins ein großer Erfolg für die lokale Wirtschaft und ein auch international anerkanntes „Aushängeschild“ für Berlin. Das mit den Jahren immer beliebter gewordene Stadtfest rund um die Motzstraße zieht heute über 350.000 Besucherinnen und Besucher an. Leute kommen aus dem Bundesgebiet und aus dem Ausland speziell zur Zeit des Straßenfestes nach Berlin. Für eine erfolgreiche Imagearbeit zur Erhöhung der Akzeptanz bei der überwiegend heterosexuell lebenden Nachbarschaft spricht auch die heutige Zusammensetzung des Publikums. Zeitweise blieben Schwule und Lesben dem Fest nach eigenen Angaben fern, da sie aufgrund der Überzahl an heterosexuellen Besuchern die Dominanz der eigenen Szene (Heimatgefühl?) vermissen. ExpertInnenHomo-29#

Noch immer sieht der Verein seine Hauptaufgabe darin, die Akzeptanz schwulesbischer Lebensweisen und den lokalen Konsum der homosexuellen Zielgruppe zu fördern. Das Stadtfest mit dem Motto von 2004 „Gleiche Rechte für Ungleiche“ ist zu einem bedeutenden Marketinginstrument der schwulen Wirte geworden. Indirekt sichert die Arbeit des Vereins Arbeitsplätze vor Ort und bringt dem Bezirk Gewerbeeinnahmen. Es zeigt sich, dass selbst in der aktuellen Wirtschaftsflaute, wenn Lokale schließen müssen, schnell neue Betreiber gefunden werden. Besonders herauszustellen ist, dass investiert wird. Dies deutet auf ein nachhaltiges Interesse am Standort und auf eine langfristige Gebietsbindung hin. ExpertInnenHomo-30#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Die Maaßenstraße bezeichnet eine Grenze im Erscheinungsbild zwischen zwei unterschiedlichen Stadtgebieten von Schöneberg. Ist das „schwule Zentrum“ um den Nollendorfplatz, die Motzstraße, Fuggerstraße noch als gut bürgerlich zu bezeichnen, fällt das Niveau weiter östlich, besonders an der Potsdamer Straße deutlich ab. Der Hintergrund wird in der Bewohnerstruktur gesehen. Im „schwulen Zentrum“ gibt es in hohem Maße Privateigentümer von Häusern und Wohnungen, die ihr Interesse an einem guten baulichen Zustand und an einem ansprechenden Umfeld auch mit investiven Mitteln sichern. Im ehemaligen Sanierungsgebiet sorgte die Wohnungsbaugesellschaft, die dort Haupteigentümer ist, für eine einseitig strukturierte, meist ärmere Mieterbevölkerung, die auch heute noch wenig Eigeninitiative zum Erhalt ihrer Wohnungen und des Umfeldes aufbringt. ExpertInnenHomo-31#

Der Nollendorfplatz war einst architektonisch prachtvoll. Nach den Zerstörungen des zweiten Weltkrieges ist davon kaum noch etwas übrig geblieben. Großprojekte wie das Metropol, das derzeit von Investoren zu einem exklusiven „Goya-Club“ ausgebaut wird, sind Hoffnungsträger für eine Aufwertung des Gebietes. Andererseits könnten dadurch die Klüfte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen im Gebiet noch deutlicher zutage treten. Der Bezirk hat auf lange Sicht kein Geld, um den für eine Aufwertung vorgesehenen Platz umzugestalten. Die zahlreichen unschönen 60er Jahre Bauten und die Verkehrsflächengestaltung, die keinen Platz für Erholungsflächen lässt, bedürften dringend der Überarbeitung. ExpertInnenHomo-32#

Der Verein Regenbogenfonds hat keinen direkten Kontakt zum Quartiersmanagement. Die schwulen Wirte haben jedoch von den o. g. Kiezforen zur Kontaktverbesserung mit ihrer Nachbarschaft stark profitiert. Damit haben sie einen aktiven Dialog zur Konfliktlösung geführt, so wie es für das Quartiersmanagement im Rahmen von Mediation bei Nachbarschaftskonflikten ebenfalls wünschenswert ist. ExpertInnenHomo-33#

Der Fall des Café P. ist bekannt. Dass es im Quartiersmanagementgebiet vergleichsweise wesentlich größere Probleme rund um Prostitution, Drogenkonsum und –handel und Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Interessendurchsetzung gibt, ebenfalls. Theoretisch könnte die Initiative der schwulen Wirte beispielgebend auch für andere Gegenden sein, wo homosexuellenfreundliche Initiativen auf homosexuellenfeindliche Nachbarn treffen. Im Quartiersmanagementgebiet ist aufgrund der Dominanz türkischer und arabischer Nachbarn mit bekannten Vorbehalten gegenüber schwulem Leben der Fall schwieriger. Wie in anderen Großstädten wie Amsterdam haben sich in Berlin-Schöneberg verschiedene Bevölkerungsgruppen nebeneinander eingerichtet, ohne miteinander in Dialog zu treten. ExpertInnenHomo-34#

Der Regenbogenfonds hat Kontakt zum türkisch-deutschen Verein GLADT und zum LSVD, der mit Migrant/innen arbeitet. Die Berliner migrantische Bevölkerung wird zwangsläufig immer mehr mit Homosexualität in den eigenen Reihen konfrontiert. Jetzt finden dort Diskussionen statt, wie sie im Deutschland der 50er Jahre üblich waren. Hier ist erst seit 1969 Homosexualität unter Männern legal. Es wird entsprechend lange dauern, bis die in Berlin lebenden Türk/inn/en und Araber/innen dies mehrheitlich akzeptieren können. Einerseits tut die weitere politische Arbeit Not, um wirklich gleiche Rechte zu erhalten, andererseits holen die Diskussionen mit Migrant/inn/en wieder zurück in längst vergessen geglaubte Phasen in Bezug auf die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. Mit Spannung wird die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei besonders im Hinblick auf die Frage nach der Gleichstellung Homosexueller verfolgt. ExpertInnenHomo-35#

Ein Blick in die Großstädte der Welt zeigt, dass sich überall und immer wieder – auch in Zeiten von Tabuisierung und Diskriminierung – schwules und lesbisches Leben in Clubs und Gaststätten entfaltet. Die schwullesbische Gastronomie bietet immer wieder (sub-)kulturelle Freiräume, die auch ein heterosexuelles Publikum anzieht. Sie sind damit Zentren von kultureller Vielfalt und machen dadurch ihre Umgebung attraktiver. ExpertInnenHomo-36#

d) Weitere Hinweise: Die seit über 20 Jahren jährlich durchgeführte CSD-Demonstration wird im Man(n)-o-Meter vorbereitet. Dort befindet sich auch das Maneo-Überfalltelefon, wo Daten zur Häufigkeit gemeldeter Angriffe auf Schwule erhältlich sein müssten. Direkter Nachbar des Regenbogenfonds ist das Büro der Teddygala, des jährlich stattfindenden schwul-lesbischen Filmpreises – weltweit einmalig. ExpertInnenHomo-37#

Nr. 14 - Interview am 12. Mai 2004, 12.30 bis 14 Uhr mit Dipl.-Päd. M. S., Projektkoordinatorin „Begine Treffpunkt und Kultur für Frauen e.V.“, Potsdamer Str. 139, 10783 Berlin, zudem Musikbibliothekarin und Rhythmiklehrerin. ExpertInnenHomo-38#

a) Profil: Das Projekt „Begine“ wurde 1986 gegründet, es besteht seit 18 Jahren am Standort. Früher wurde es zusätzlich durch den Senat für Kultur gefördert; heute erhält das Projekt nur noch eine Grundförderung von einer 25-Std.-Stelle BAT V b, der Miete und von geringfügigen Honorar- sowie Sachmitteln durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. ExpertInnenHomo-39#

Der Verein organisiert kulturelle Veranstaltungen, Konzerte, Lesungen, Vorträge, Diskussionen und trägt zur kulturellen und politischen Bildung bei. Schwerpunkt ist die Förderung (der öffentlichen Präsentation) junger Künstlerinnen, Schriftstellerinnen, Schauspielerinnen, Musikerinnen. Fortbildungen und Kurse werden hauptsächlich für diese Zielgruppe angeboten. Darüber hinaus erwirtschaftet das Projekt Eigenmittel durch die Vermietung von Veranstaltungsräumen, z.B. für Tango-Argentino-Kurse für Frauen. Der Verein erhielt seine Anerkennung als gemeinnützig durch den Einsatz für Völkerverständigung und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Interkulturalität ist ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit. Lesbische Frauen gehören zur besonders regelmäßig das Projekt nutzenden Klientel. In jüngster Zeit wurden verstärkt Veranstaltungen zur Lebenssituation lesbischer Frauen weltweit (Situation in Rumänien, das neue Partnerschaftsgesetz für Homosexuelle in Mexiko, etc.) angeboten. ExpertInnenHomo-40#

Jahresberichte geben regelmäßig Auskunft über die Entwicklung und die Struktur des Projektes. Derzeit nutzen rund 9.000 Frauen im Jahr die Begine. Die Auslastung ist als sehr gut zu bezeichnen, obwohl das angeschlossene Café seit mehreren Monaten eine neue Betreiberin sucht und nur noch unregelmäßig öffnet. Sehr viel ehrenamtliches Engagement verschiedener Frauen ist die Voraussetzung der kontinuierlichen Arbeit der Begine. Einmal monatlich erscheint ein Flyer mit der aktuellen Programmübersicht. Weitere Informationen sind auf der Website im Internet unter www.begine.de erhältlich. ExpertInnenHomo-41#

Aufgrund seiner „Multikulturalität“ und seines langjährigen Bestandes ist das Projekt für das Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden eine wertvolle Anlaufstelle für die in der Umgebung lebenden bildungs- und kulturinteressierten Frauen und Lesben. Bisher gab es keine offiziellen Kontakte mit dem Quartiersmanagement. Das Engagement wird jedoch positiv registriert. Kooperationen mit anderen lokalen Initiativen, z.B. Café Pink (das interkulturelle Mädchenprojekt führte Lesungen in der Begine durch) entwickeln sich. ExpertInnenHomo-42#

Die seit 1996 prekäre finanzielle Lage des Projekts (damals sollten die bis dahin eine BAT IIa-Stelle, Honorarmittel und die Gesamtmiete umfassenden Fördermittel komplett entfallen) führt zur beständigen Unsicherheit über die Projektzukunft. Im Jahr 2003 sollten von 9 Mio. € Fördermitteln für alle Frauenprojekte Berlins von der Senatsverwaltung für Wirtschaft Arbeit und Frauen 1 Mio. € eingespart werden. 0,5 Mio. € wurden dann tatsächlich gestrichen. ExpertInnenHomo-43#

Zur Gebietsbevölkerung insgesamt besteht wenig Kontakt. Es kommt eine bestimmte „Szene“ aus dem Kiez regelmäßig, das sind in der Regel gebildete, unabhängige Frauen zwischen 20 und 70 Jahren. Andere, traditionell in Klein- oder Großfamilien lebende Frauen werden kaum (als solche erkennbar) angetroffen. M. S. unterhält individuelle Kontakte zur Nachbarschaft: Essen beim Türken nebenan, Blumenkauf bei der Asiatin drei Häuser weiter, Besuche im Buchladen Schropp, im Lokal Steffens und im Café Noir gegenüber oder auch im Café P., das leider gerade fortzieht, sowie Kopieren im Copyshop weiter nördlich der Kurfürstenstraße. ExpertInnenHomo-44#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Zu Beginn der Begine gab es hohe Integrationsansprüche. Prostituierte sollten sich im Café und Kulturzentrum ebenso wohl und geschützt fühlen, wie die `Seniorin von nebenan`. Beide Gruppen gehören nun nicht zum aktuellen Nutzerinnenspektrum. Die Prostituiertengruppe hat sich bereits vor längerer Zeit mit ihrem Selbsthilfeprojekt Hydra von dem Anfang der 80er Jahre nur von Frauen besetzten Haus Potsdamer Str.139 verabschiedet und die Seniorinnen bevorzugen nach wie vor andere Cafés oder andere Caféstandorte. Diese Zielgruppe wurde offenbar vom ursprünglichen Betreiberinnenkollektiv nicht erreicht. ExpertInnenHomo-45#

Der 20-Jahres-Nutzervertrag im Zuge der Legalisierung des besetzten Hauses ca. 1982 lief vor etwa 2 Jahren aus. Der ursprüngliche Trägerverein war der „Verein zur Entwicklung neuer Lebensperspektiven für Frauen e.V.“ und es gibt ihn noch immer. Er verwaltet das Haus. Im Vorstand sind die Projekte des Hauses: BEGINE-Kultur und die Mädchenwohngemeinschaft vertreten. ExpertInnenHomo-46#

Ein großes Problem für die Begine und diesen Abschnitt der Potsdamer Straße stellt die Einstellung des Cafébetriebes seit mehreren Monaten dar. Die Betreiberinnen, die das Café nach der Umstrukturierung des Projektes 1998 übernommen hatten, machen sich derzeit in der (außerhalb des Quartiersmanagementgebietes gelegenen) Schwäbischen Straße mit einer (neuen) Gastronomie selbständig. Die geforderte hohe Ablösesumme für das Inventar ist ein großes Hindernis für eine Neuvermietung. Bereits vor der Aufgabe war es nicht immer leicht, das Nebeneinander von Cafébetrieb und Kulturengagement miteinander zu verbinden. ExpertInnenHomo-47#

Dennoch: der besondere Erfolg des Gesamtvorhabens besteht darin, das nicht nur für damalige Zeiten innovative und integrationstiftende Projekt so lange - auch in schwierigen Zeiten - am Leben erhalten zu haben. Eine Aufgabe dieses einmaligen Projektes aus den „Hoch-Zeiten“ der zweiten Frauenbewegung in Deutschland wäre ein enormer Verlust nicht nur für das lokale Umfeld, sondern für Berlin insgesamt. Nicht zuletzt für die Künstlerinnen-Nachwuchsförderung und daraus möglicherweise entstehende Existenzgründungsprozesse bietet die Begine eine einmalige Empowerment-Plattform sowie ausgezeichnete, weltweite „frauenbewegte“ Kontakte. ExpertInnenHomo-48#

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden neben der Flyerverteilung und dem Plakatausgang durch regelmäßige Kontakte zu so unterschiedlichen Medien wie Siegessäule, Blattgold, Lespress, Schöneberger Abendblatt, Emma, Kiezzeitung, Tagesspiegel, Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Neues Deutschland, Zitty, Tip, Radio Knackpunkt, Sendung Zeitpunkte, u. a. gesichert. ExpertInnenHomo-49#

Ein besonderer Kontakt zu Sanierungsträger-, Mieterberater-, Quartiersmanagerfirmen besteht (noch) nicht. Gewünscht wird eine aktive Unterstützung bei der Neuvermietung des Cafés und zunächst bei der Lösung der diesbezüglichen Probleme (evtl. Mediation, Inanspruchnahme des rechtlichen Beratungsangebotes, finanzielle Unterstützung). Die Arbeit des Quartiersmanagements wird wohlwollend betrachtet. Blumenkübel vor den Läden tragen dazu bei, dass diese insgesamt schwierige Geschäftslage aufgewertet wird. Gegen den Leerstand muss dringend etwas getan werden – es sollte aber auch auf die Qualität der Nachfolger geachtet werden. Die Aufgabe von Reichelts Supermarkt gegenüber z.B. hat dem Image geschadet; der türkische Supermarkt, der jetzt die Räume übernommen hat, kann das Angebot qualitativ nicht kompensieren. ExpertInnenHomo-50#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Das Gebiet südlich der Hochbahn (Bülowlstraße) ist nach wie vor eine unsichere Ecke. Noch immer wirkt die Gegend um das Pallasäum wenig einladend. Auch die benachbarten Häuser, zumal der Sexshop verbreiten eine eher unangenehme Atmosphäre. Direkt am U-Bahnhof Bülowlstraße und mit zunehmender Nähe zum Potsdamer Platz wirkt alles attraktiver, gepflegter, freundlicher. Ebenso verhält es sich mit dem Winterfeldtplatz: Der Platz ist schick, aber in

Richtung Begine, besonders in der Frobenstraße (Straßenstrich) und der Kurfürstenstraße wechselt das Klima deutlich. Gruppen von Männern mit vermutlich russischem Hintergrund wurden dort häufig auf den Straßen und besonders in der Nähe eines Kiosks – gegenüber von der „toten Gegend“ um das Fernmeldeamt - beobachtet und verbreiten ein Gefühl von mangelnder Sicherheit und Gefahr. Dennoch bietet die Gegend insgesamt Inseln von gut funktionierender multikultureller Offenheit, einladender lokaler Ökonomie und angenehmer Bevölkerungsmischung mit dem Flair von Toleranz und Weltoffenheit. Unsicherheit verbreitende Treffpunkte (z.B. arabischer Männerverein) wirken desintegrierend und stören das empfindliche Gleichgewicht im Kiez erheblich. Im lokalen Umfeld gab es insbesondere im Sommer 2003 eine unverschämte Attacke einer Bande von etwa fünf aggressiv auftretenden arabischen Jungen im Alter von ca. sechs Jahren. Trotz Gegenwehr ließen sie sich erst bei Drohung mit Polizeieinsatz vertreiben. ExpertInnenHomo-51#

Es muss weiter im Kiez integrativ gearbeitet werden, um den Abstieg der Gegend aufzuhalten. Die Potenziale für eine Verbesserung sind ebenso da, wie Aussichten auf ein „Abrutschen“. Hervorzuheben sind Ansätze der WIR Wohnungsbaugesellschaft (Kletterfelsen in der Steinmetzstraße, Erscheinungsbild der neuen Räume der WIR) und von Projekten wie dem Café Palladin in der Pallasstraße, einem Ausbildungsprojekt für Konditor/inn/en. ExpertInnenHomo-52#

Gewünscht wird: weniger Unsicherheit (Überfälle, organisierte Kriminalität im Prostitutionsmilieu, Drogenhandel, Gewaltdelikte,...), Wiedereröffnung des Beginecafés, Belebung der Straße mit einer ausgewogenen Mischung von deutschen und internationalen Geschäften mit offener und freundlicher Atmosphäre (z.B. türkischer Imbiss oder Friseurgeschäft, Juwelier, Copyshop, etc.). Wenn möglich Verhinderung der Ansiedlung von dubiosen Läden für ein Klientel wie Sexshopkunden, Freier, aber auch für separatistische, undurchsichtige Männervereine wie z.B. der genannte arabische Verein. Es wird insgesamt als positiv befunden, wenn es keine Homogenität im Kiez gibt. ExpertInnenHomo-53#

Nr. 15 - Interview am 22.04.2004, 15.15-16.30 Uhr mit M. F., Dipl.-Päd., Dipl. Sozialarbeiterin, Kinder- und Jugend-Psychotherapeutin, Teil des geschäftsführenden Gremiums, seit 1987 im Verein Lesbenberatung e.V. tätig als psycho-soziale Beraterin. Ort: Lesbenberatung e.V., Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin. ExpertInnenHomo-54#

a) Profil: Die Lesbenberatung gründete sich am 8. März 1981 (im Verein Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e.V.), residierte zunächst in der Kreuzberger Hollmannstraße gemeinsam mit der Schwulenberatung. 1987 zogen beide Projekte in die Kulmer Straße 20a, Hinterhaus, 5. OG - im heutigen Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden. 1994 gründeten sich (nach Streichungsbegehren seitens der Berliner Senatsverwaltung) aus dem gemeinsamen Trägerverein drei einzelne Vereine aus, die Lesbenberatung e.V., die Schwulenberatung e.V. und der bisherige Verein KomBi e.V. ExpertInnenHomo-55#

Unter dieser Adresse gab es seit den 70er Jahren die Homosexuelle Aktion Westberlin HAW und neben dem LAZ, dem lesbischen Aktionszentrum auch das Schwulenzentrum SCHWUZ, somit ist der Standort ein traditionsreicher Ort für Berliner Homosexuelle. ExpertInnenHomo-56#

Die insgesamt 13 ständigen Kolleginnen der Lesbenberatung (zum Teil feste Teilzeitstellen, Honorarkräfte und arbeitspolitische Maßnahmen) und ca. 5 bis 10 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen fühlen sich an dem Standort im Prinzip wohl. Umzugsüberlegungen bestehen aktuell aus dem Grund der schlechten Zugänglichkeit der Räume für Frauen mit

Behinderungen. Die Sanierung des Aufzugs würde ca. 1 Mio. € kosten und liegt außerhalb der Möglichkeiten der Eigentümer und Mieter des Gebäudes. ExpertInnenHomo-57# Von gelegentlichen Störungen durch türkische Jugendliche (meist Jungen) wird berichtet, die Besucherinnen belästigen und auf dem jährlichen Hoffest schon mal Flaschen warfen. Dies stellt jedoch keinen Grund „zur Flucht“ dar, vielmehr gingen die Frauen das Thema offensiv durch Schilder und Plakate im Hofbereich an und bildeten sich intensiv in Deeskalationsstrategien und Anti-Gewalt-Trainings aus. Einzelne bekannte Eltern der Kinder aus der Nachbarschaft wurden um Unterstützung gebeten, sehen sich jedoch überwiegend nicht in aktiver Verantwortung. ExpertInnenHomo-58#

Die Lesbenberatung erhält Zuwendungen nach Verträgen mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände, einem Treuhänder des Berliner Senats. Der aktuelle Dreijahresvertrag endet Ende 2005; Neuverhandlungen sind stets Anlass zu Kürzungsbefürchtungen. ExpertInnenHomo-59#

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales,... übernimmt die Mietkosten von derzeit rd. 1.500 € (warm) für rd. 180 qm. Außerdem fördert diese Verwaltung zwei Projekte, die sich in der Trägerschaft der Lesbenberatung befinden: Die psychosoziale Beratung und das Kriseninterventionsprojekt für (alle) Frauen. Die Senatsverwaltung für Jugend, Sport,... finanziert die Anti-Gewalt-Arbeit mit Honorarmitteln. Die Europäische Kommission fördert das Migrantinnen-Integrationsprojekt LesMigraS (vgl. Interview Nr. 16). Zukünftig möchte frau zum Thema Arbeitsmarkt, ältere Frauen und Migration Nachfolgeprojekte einwerben. ExpertInnenHomo-60#

Die Zielgruppe sind Lesben jeder Nationalität, Transgenderbetroffene, Ratsuchende. Hauptziel ist das Empowerment, Hilfe zur Selbsthilfe. Die Beratungsarbeit verläuft persönlich, telefonisch und zunehmend auch per Internet. Von ca. 8.000 Nutzerinnen jährlich kommen etwa 50% persönlich in die Räume, ein großer Teil ist „Laufkundschaft“ aus der näheren Umgebung trotz der eher ungünstigen Hinterhoflage. ExpertInnenHomo-61#

Alle Arbeiten werden seit Beginn dokumentiert. Zum 20. Bestehen erschien eine Broschüre „Mehr vom Leben“ 2001. ExpertInnenHomo-62#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Das Programm erscheint einmal im Quartal und bietet Gruppen an wie: Deutsch für Lesben, Junglesbentreff, Treff lesbischer Migrantinnen/Schwarze Lesben, Offener Treff zur Kontaktaufnahme, Umgang mit Trauer/Verlust, Lesbesein und Älter werden, u. a. Veranstaltungen wie: Aufstellung lesbischer Lebensgeschichten, Sexclusiver Salon, Lesbische Generationen, Ein Kind kann nicht zwei Mütter haben, Tagesausflüge, etc. werden zudem angeboten. ExpertInnenHomo-63#

Die psychosoziale Beratungsarbeit ist ein zweites wesentliches Tätigkeitsfeld mit hohem Auslastungsgrad. Für die Einzel- und Paarberatung (auf Spendenbasis) bestehen sogar Wartelisten. ExpertInnenHomo-64#

Fortbildungen über lesbische Lebensweisen, Diskriminierungserfahrungen von Lesben und auch über das Tabuthema Gewalt in lesbischen Beziehungen finden statt. Die Angebote werden sehr gut angenommen, was eine permanente Überlastung der Mitarbeiterinnen zur Folge hat. Jede leistet zusätzlich ehrenamtliche Arbeit für die Lesbenberatung. ExpertInnenHomo-65#

Es besteht ein wohlwollender, aber nicht sehr intensiver Kontakt zum Quartiersmanagement Schöneberger Norden. Momentan hofft frau auf Unterstützung bei der Suche nach besseren Räumen. ExpertInnenHomo-66#

Es besteht darüber hinaus Kontakt zum Bezirk durch langjährige Mitarbeit in BVV-Ausschüssen (Frauen, Jugend, Gesundheits-Bereiche). Gemeinsam ist die Arbeit an einem Modell für das integrative Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungskreise – im Bezirk aus Stadtverwaltungs- und Erneuerungssicht – in der Lesbenberatung aus psycho-

sozialer Sicht und der Perspektive einer häufig diskriminierten Minderheit. ExpertInnen-Homo-67#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Insgesamt erscheint das Gebiet nicht zuletzt durch die Bemühungen des Quartiersmanagements eine positivere, lebensfrohere Ausstrahlung zu bekommen. Die Drogen- und Strich-Dominanz scheint gebrochen. Insgesamt ist das Gebiet schon seit 20 Jahren ein soziales und kulturelles Mischgebiet gewesen: auf der Straße sichtbare Probleme wechseln sich ab mit offenen Bemühungen zu helfen. Es gibt immer noch und immer wieder Menschen, die sich kümmern. Das ermutigt. Nur im Fall von fortschreitender Verwahrlosung und Unsicherheit (z.B. Leerstand, Vandalismus, Abrisshäuser, latente Gewaltatmosphäre) würde das Projekt das Gebiet insgesamt verlassen. Auch die ehemals geplante Westtangente (Zerschneidung des Wohnumfelds durch gigantische Verkehrsprojekte) wäre ein Abwanderungsgrund. ExpertInnenHomo-68#

Die kürzlich geschlossene Begine als Treffpunkt mit Café und Gastronomie wird vermisst und sollte in der Potsdamer Straße wieder entstehen (vgl. Interview Nr. 14). Frauenorte fehlen, gerade solche mit Laden im Erdgeschoß und offenen Angeboten zum Treffen und Kontakte knüpfen als wesentliche Voraussetzung für Empowerment. Die öffentliche Hand sollte hier gezielt weiter fördern. Es ist positiv, dass Projekte wie das Frauengesundheitszentrum FFGZ, der Verein Dick und Dünn nach wie vor in der näheren Umgebung bestehen. Mit denen besteht eine gute Zusammenarbeit. ExpertInnenHomo-69#

Nr. 16 - Interview am 05.04.2004, 16-17.30h in den Räumen des Vereins Lesbenberatung, Kulmer Straße 20a HH mit Kauffrau (zudem: Architektin, Tanzlehrerin und Astrologin) B. G., beschäftigt im Projekt LesMigraS zur Integration von lesbischen, schwarzen Frauen mit Migrationshintergrund (Mehrfachdiskriminierung). ExpertInnenHomo-70#

a) Profil: Das in den insgesamt rund 200 qm großen (inzwischen zu kleinen) Räumlichkeiten der Lesbenberatung (vgl. Interview Nr. 15) seit 2001 arbeitende Projekt mit drei Mitarbeiterinnen wird durch den Europäischen Sozialfonds ESF der Europäischen Kommission – Generaldirektion Beschäftigung und Soziales gefördert. Kofinanzier ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Förderzeitraum endet im Herbst 2004. Zwischen 50 und 100 Betroffene werden durch das Projekt allein in Berlin erreicht und aktiviert; in den transnationalen Partnerstädten Marseille und Wien gibt es weitere Beteiligte. Zu Beginn erschien ein Video zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Problematik der Mehrfachdiskriminierung. Ziel ist die weitere Information der Öffentlichkeit, Ermutigung und Unterstützung von Eigenaktivitäten der Betroffenen (Empowerment) und die Entwicklung einer Unterstützungsstrategie zum Abbau der Diskriminierungen über den Projektzeitraum hinaus. ExpertInnenHomo-71#

Das Projekt hat einen Gesamtberliner Bezug, ist jedoch mit seinem Standort im Schöneberger Norden, einem stark multikulturell wie auch homosexuell geprägten Viertel, relativ günstig zur Zielgruppe gelegen. Bis auf gelegentliche Treffs auf dem jährlichen Hoffest der Lesbenberatung bestehen keine nachbarschaftlichen Bindungen und Kontakte. ExpertInnenHomo-72#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Das Projekt ist noch in einer frühen Phase; stärkere Resonanz wird erwartet. Zur Zeit sind positive Wirkungen eher intern bei den Betroffenen spürbar. Die Aktivitäten des Projekts bieten Identifikationsmöglichkeiten, setzen Energien frei und mobilisieren zu weiterem gemeinsamen Handeln. ExpertInnenHomo-73#

Es bestehen keine direkten Verbindungen zum Quartiersmanagement, wengleich die Aktivitäten relativ bekannt sind und begrüßt werden. Der auffälligste Bezug zu allgemeinen Verbesserungstendenzen wird in der Potsdamer Straße gesehen. Die dort in der

Verbindung zwischen dem „Westzentrum“ Breitscheidplatz und dem „Ostzentrum“ Alexanderplatz gesehene neue Funktion mit seit etwa sieben Jahren augenscheinlichen Aufwertungen geben der Gegend insgesamt ein hoffnungsvolles Flair. Die südlich der Goebenstraße gelegene Region (Projektstandort und Nachbarstraßen) werden jedoch als Verslumungsgebiet wahrgenommen. Dies führt die Befragte auf die weiterhin starke Entmischung der Bevölkerung zurück: es überwiegt eine türkische – von anderen Kreisen eher abgegrenzte - Gebietsbevölkerung. Vornehmlich ärmlich gekleidete Passanten (Kinder wie Erwachsene) lassen Rückschlüsse auf vermutlich sehr bescheidene Einkommensverhältnisse zu. ExpertInnenHomo-74#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Die Sanierungszeit (über 30 Jahre) hat große Schäden hinsichtlich der sozialen Struktur des Gebietes hinterlassen. Soziale Netze sind aufgelöst worden, die Bevölkerung ausgetauscht. Gebietsidentifikation ist bei den spät hinzugezogenen nicht entwickelt, das Gebiet verfügt über keine zentralen Orte, wo menschliche Beziehungen entstehen und wachsen können. Die verschiedenen sozialen Gruppen bleiben unter sich und suchen offenbar keinen Kontakt. Eine große Respektlosigkeit von Jugendlichen gegenüber (fremden) Erwachsenen fällt unangenehm auf. Selbst wenn es gegen das Projekt noch nicht zu Übergriffen kam (wie im Café P.), wird eine allgemeine Bedrohung durch Jugendbanden empfunden. Hier integrativ oder präventiv zu wirken, damit ist das Projekt überfordert. Die Lesbenberatung insgesamt wendet sich mit ihrer Arbeit an Lesben, also eine Minderheit in der Bevölkerung, sie geht nicht schwerpunktmäßig auf die Allgemeinheit zu. Wenn sich Diskussionen im Zuge von Öffentlichkeitsarbeit und Informationsaktivitäten ergeben, ist dies ein Nebeneffekt der Tätigkeit, nicht Hauptanliegen. ExpertInnenHomo-75#

Nr. 17 - Interview am 25. Mai 2004, 11-12 Uhr mit H. T., Betriebswirt und Journalist, Mitbegründer der Berliner Organisation GLADT e.V. (Organisation von Schwulen und Lesben aus der Türkei). Es gibt bisher keinen festen Projekt-Standort, Kontakt über Man(n)-o-Meter, Bülowstraße 106, 10783 Berlin. ExpertInnenHomo-76#

a) Profil: Vor 11 Jahren gründete Herr T. die Gruppe „Schwule Internationale“, später „schwul-lesbische Internationale“ in Berlin mit. Daraus ging eine separate türkisch-kurdische Gruppe hervor, die sich seit 2001 als GLADT (gays and lesbians aus der Türkei) bezeichnet und seit 2003 eingetragener Verein ist. ExpertInnenHomo-77#

Von den schätzungsweise 200.000 in der relativ homofreundlichen Stadt Berlin (mit insgesamt ca. 3,4 Mio. Einwohner/innen) lebenden Türk/inn/en und Kurd/inn/en kann von einem Anteil von 5-10% Homosexuellen ausgegangen werden, also ca. 10.000-20.000 Personen. Die Ziele von GLADT sind Aufklärung über Homosexualität und homosexuelle Lebensweisen, Öffentlichmachen von Diskriminierung, Initiativen zur Unterstützung von Homosexuellen türkischer und kurdischer Herkunft in Berlin sowie Kontaktpflege mit Homosexuellen und befreundeten Organisationen in der Türkei. Für die homosexuelle Minderheit ist die Unterstützung der eigenen Identität besonders wichtig. Dazu gehört bei Migrant/inn/en auch die Pflege kultureller Traditionen, um die Wurzeln zum Herkunftsland nicht zu verlieren. Anliegen von GLADT ist es, der Homophobie von deutschen und nicht-deutschen Berliner/inne/n gegenüber hier lebenden homosexuellen Türk/inn/en und Kurd/inn/en ebenso entgegenzuwirken wie der Ausländerfeindlichkeit mancher Angehöriger der schwul-lesbischen Gemeinschaft in Berlin. ExpertInnenHomo-78#

Von den aktuell etwa 80 Mitgliedern des GLADT e.V. sind etwa 65% schwule Männer, 25% lesbische Frauen und 10% sowohl Transgenderbetroffene als auch heterosexuelle Unterstützer/innen. ExpertInnenHomo-79#

Eine Finanzierung für das Engagement gibt es bislang nicht. Die Aktivitäten des Vereins beruhen auf ehrenamtlicher Tätigkeit der Mitglieder. ExpertInnenHomo-80#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: GLADT ist Mitglied des 2003 gegründeten Landesbeirates für Integration und Migration. Dort arbeitet man an einem Antidiskriminierungsgesetz bzw. Integrationsförderungsgesetz. Positiv ist das hohe Maß an Partizipation von Migrantengruppen zu betrachten. Noch ist jedoch unklar, wie eine Umsetzung funktionieren könnte. Zur Zeit gibt es vier Arbeitsgruppen: Perspektiven, Arbeit, Bildung, interkulturelle Kompetenz der Berliner Verwaltung. Am 13. Sept. 2004 wird ein Integrationspreis verliehen. Finanzielle Mittel von rund 4,5 Mio. € jährlich stehen dem Integrationsbeauftragten zur Verfügung. Davon erhalten zunächst Wohlfahrtsverbände für ihre Arbeit Unterstützung, es werden Migrant/inn/en-Selbsthilfeprojekte unterstützt, die z.B. Mietzuschüsse erhalten und es werden Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus bereitgestellt. Diese Töpfe sind immer wieder von Kürzung bedroht. Außerdem arbeitet Herr T. im Migrationsrat Berlin-Brandenburg mit. In diesem selbst organisierten Verein sind derzeit 46 Organisationen von Migrantinnen und Migranten vertreten. ExpertInnenHomo-81#

Im November vergangenen Jahres führte GLADT mit dem LSVD Berlin-Brandenburg e.V. den ersten bundesweiten Kongress türkischstämmiger Homosexueller im Rathaus Schöneberg von Berlin durch. Drei Tage lang diskutierten Fachleute mit über 260 Teilnehmer/inne/n auch aus dem Ausland. Als besonderer Erfolg wurde der Kontakt zu türkischen Dachverbänden gewertet. Offenheit für die Anliegen von GLADT und gegenseitiges Interesse an weiterem Austausch wurden erreicht. Es fanden auch überregionale und internationale Vernetzungen z.B. mit der Organisation Mashallah in Essen und der nordrheinwestfälischen Türkgay-Organisation statt sowie mit Hamburger, Bremer und Nürnberger Organisationen. Weitere Kontakte wurden mit Organisationen in Wien, London, Paris, Amsterdam geknüpft sowie mit Gruppen aus den türkischen Städten Istanbul, Ankara, Izmir. ExpertInnenHomo-82#

Regelmäßige Aktivitäten von GLADT betreffen die Kommunikation und Vernetzung innerhalb der Zielgruppe. Die Unterstützung bei Coming-Out-Problemen in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft schließt auch psychologische und juristische Unterstützung durch Fachleute ein. Unter besonderer Belastung stehen Flüchtlinge mit Duldungsstatus. Gerade für sie ist im Fall von Partnerschaften mit deutschen Staatsangehörigen das durch das Lebenspartnerschaftsgesetz gegebene Bleiberecht ein wichtiger Schritt zur Überwindung von Diskriminierung gegenüber heterosexuell l(i)ebenden Menschen. ExpertInnenHomo-83#

GLADT stößt mit seinen Aktivitäten bei Fundamentalist/inn/en nach wie vor an Grenzen, doch selbst die konservative Islamische Föderation, eine der größten religiös bestimmten türkischen Interessengruppen, die der radikal-islamischen Mili Görus-Bewegung nahe stehen soll, hat sich den Anliegen von GLADT gegenüber inzwischen aufgeschlossen gezeigt. ExpertInnenHomo-84#

Bei dem oben genannten Berliner Kongress kam es in Workshops zu gemeinsamen Diskussionen mit Vertreter/inne/n der Türkischen Gemeinde Berlin, dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg, dem türkischen Elternverein, dem türkischen Unternehmerverband, u. a. ExpertInnenHomo-85#

c) Perspektiven im Schöneberger Norden: Der Schöneberger Norden gilt – im Gegensatz zum Homokiez Nollendorfplatz – als homophob. Die viel diskutierten Jugendangriffe gegen das Café P. haben jedoch vor allem einen sozialen Hintergrund. Homophobie existiert häufig bei armen, ungebildeten und chancenlosen Menschen, egal welcher kulturellen Herkunft. Das Quartiersmanagement zeigte gute Ansätze zur Aufklärung und zum Auffangen der pöbelnden Jugendlichen. Die Gewalttaten gingen zurück; dies mag ein erster Erfolg der Strategie sein. Das Problem ist jedoch noch lange nicht gelöst. Mehr Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig und bei polizeibekanntem Jugendlichen auch Eltern-

arbeit. Es besteht seit langem ein Angebot von GLADT, sich hier zu engagieren. Das wurde jedoch vom Quartiersmanagement bisher nicht aufgegriffen. ExpertInnenHomo-86#

Es zeigt sich auch oder gerade im Quartier Schöneberger Norden, dass eine Mischung unterschiedlicher kultureller, religiöser und weltanschaulicher Lebensstile in der Großstadt unvermeidbar ist. Es werden bei Konflikten immer Chancen für gelingende und nicht-gelingende Integration geboten. Bei Konflikten, die nicht zwischen den betroffenen Parteien zu lösen sind, ist es gut, wenn es eine Stelle gibt, die interveniert und zu vermitteln bereit und in der Lage ist. Gegenseitige Verurteilung führt nur zu weiterer Absonderung und schadet dem Milieu des Quartiers insgesamt. Eine Mitarbeiterin vom Projekt MILES im LSVD hat kürzlich mit ihrem offensiv-freundlichen Zugehen auf jugendliche „Angreifer“ ein nachahmenswertes Beispiel gegeben (vgl. Interview Nr. 18). ExpertInnenHomo-87#

Wichtig ist, auch im Fall mafiaähnlicher Strukturen (Familienclans, deren Mitglieder durch Schutzgelderpressungen, Drogenhandel und ähnliche kriminelle Aktivitäten auffallen) nicht in generelle Ablehnung und Ausgrenzung allen Clanangehörigen gegenüber zu verfallen. Es wird immer wieder beobachtet, dass einzelne Personen sich aus diesen Kreisen lösen wollen. Dann ist es wichtig, auf einzelne „Aussteigerinnen und Aussteiger“ zuzugehen und über gemeinsames soziales Engagement die überholten Strukturen aufzubrechen. Es ist nicht zu vergessen, dass in den rund 40 Jahren deutscher Politik gegenüber den hier lebenden Ausländer/inne/n viele Fehler geschehen sind. Eine gezielte Integrationspolitik unter aktiver Beteiligung der Betroffenen ist notwendig und für die zukünftige Entwicklung unabdingbar. ExpertInnenHomo-88#

Nr. 18 - Interview am 21. April 2004, 14-15.30 h mit S. G., Sozialarbeiterin, auf SAM-Basis beschäftigt im MILES –Projekt des LSVD, Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule. Das Zentrum mit dem Café Ex Oriente befindet sich am Willmannsdamm 8, 10827 Berlin in der Nähe des U-Bahnhofs Kleistpark im Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden. ExpertInnenHomo-89#

Profil: Den LSVD (Lesben- und Schwulenverband Deutschland) gibt es seit 1990. 1999 erfolgte die Umbenennung von ursprünglich SVD zu LSVD. Es gibt eine Bundesgeschäftsstelle in Köln und mehrere Landesgeschäftsstellen. Seit fünf Jahren (ab August 1999) besteht das Berliner MILES-Projekt im LSVD, zunächst war es noch in Kreuzberg ansässig und wurde mit Lottomitteln und Mietkostenzuschüssen des Bezirks gefördert; 2001 zog es in die aktuellen Räume, weil nur der Nachbarbezirk Schöneberg noch Fördermittel anbot. Mit der nahe gelegenen Lesbenberatung wie auch mit Man(n)-o-Meter und anderen schwullesbischen Einrichtungen besteht eine gute Zusammenarbeit. ExpertInnenHomo-90# Im LSVD- Büro arbeitet außer dem Geschäftsführer J. L. noch eine Mitarbeiterin und ein Zivildienstleistender. Mehrere ehrenamtliche Mitarbeiter und Honorarkräfte sind zu unterschiedlichen Zeiten zudem dort anwesend. ExpertInnenHomo-91# ExpertInnenHomo-92#

Aktivitäten und Schwerpunkte: Aus dem Infoblatt von MILES geht hervor, dass Deutsch-Sprachkurse für Migrant/inn/en, Rechtsberatung für bi-nationale Paare, ein interkultureller Dialog, Erstberatung zu Coming-out und Homosexualität, eine lesbisch-schwule Ex-Yugo-Gruppe und eine griechische lesbisch-schwule Community angeboten werden. Etwa 50 regelmäßige Nutzer/innen kann das Zentrum derzeit aufweisen, was angesichts der erhöhten Hemmschwelle von Migrant/inn/en gegenüber der Auseinandersetzung mit Homosexualität eine hohe Zahl ist. ExpertInnenHomo-93#

Hilfe zur Selbsthilfe ist das Ziel. Bestehende Gruppen können sich hier vernetzen. Übergreifendes Ziel, ist Hass, Diskriminierung und Gewalt durch Aufklärungsarbeit ent-

gegenzuwirken und die Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen zu erhöhen. Vorträge, Ausstellungen und Lesungen im Café schaffen ein Forum, in dem sich Menschen unterschiedlicher Nationalität, Religion, kultureller und sexueller Identität informieren, unterhalten (lassen) und begegnen. ExpertInnenHomo-94#

Es gibt bisher kaum Laufkundschaft, obwohl über die Hälfte der täglichen Passant/inn/en im Kiez augenscheinlich Migrant/inn/en sind (hier leben nicht allein Deutsche und Türken, auch viele Menschen aus Indien und Schwarzafrika). Die meisten Besucher/innen suchen Rat und kommen gezielt. Sie kennen MILES durch Netzwerke und rufen vor einem Besuch zur Beratung an. Großzügige Öffnungszeiten bestehen die Woche über (10-18 oder Freitag 17 Uhr) und an den Wochenenden sind Veranstaltungen möglich. Neben dem Flyer bietet das Internet unter www.miles.lsvd.de weitere Informationen. ExpertInnenHomo-95#

Es fanden 2004 bereits Treffen vor allem mit folgenden Projekten zur Jugendarbeit statt: Treff 62, Outreach, Café Pink in der Goltzstr. 40, Gangway (vgl. Interview Nr. 28), Mancheck. Neben den Projekten KOMBI, dessen Förderung 2003 zu Ende ging, und LAMBDA, die beide in der Aufklärung in Schulen über Homosexualität aktiv sind, verfolgt MILES ebenso das Ziel, bereits Kindern und Jugendlichen einen entspannten Umgang mit Homosexualität (der eigenen oder der von anderen Menschen) zu ermöglichen. Der spezifische Schwerpunkt der Arbeit von MILES ist der Zugang zu Jugendzentren und Klassen mit mehrheitlich Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Z.B. war ein Konflikt (Schwuler Ladenbesitzer ohrfeigt eine türkische Jugendliche, die ihn zuvor gemeinsam mit einer Freundin permanent homophob belästigte) Anlass für eine von MILES initiierte offene Gesprächsrunde in einem von türkischen Mädchen viel besuchten Café über Homosexualität. ExpertInnenHomo-96#

Gegen MILES oder die Einrichtung insgesamt gab es bislang keine homophoben Übergriffe, abgesehen davon, dass die Regenbogenfahne wiederholt abgerissen wurde. Neugierigen jugendlichen Besuchern begegnen die Mitarbeiter/innen freundlich und offen. ExpertInnenHomo-97#

Die Erfolge des Projekts liegen in den vielen kleinen aber ständigen Kontakten zu Einzelpersonen und Gruppen, zu Netzwerken und Nachbarn. Eine Dauerhaftigkeit und Langzeitperspektive ist dem Projekt zu wünschen, da die Arbeit und die Akzeptanz im Kiez stark durch den Aufbau persönlicher Beziehungen gekennzeichnet sind. Die erfolgreiche Initiative der ehemaligen türkischen Untergruppe des LSVD sich als GLADT e.V. (gays and lesbians aus der Türkei) selbständig zu machen, wird daher von dem Wunsch begleitet, die Zusammenarbeit fortzusetzen. ExpertInnenHomo-98#

Aktuelle Tendenzen und Perspektiven im Schöneberger Norden: MILES kam eher zufällig (s. o.) in das Quartier des Schöneberger Nordens, profitiert aber dort von der aufgeschlossenen Haltung der Verantwortlichen im Bezirk (Dr. E. Z.) und von der Nähe zum Schwerpunkt schwul-lesbischer Szene in Berlin rund um den Nollendorfplatz. Es besteht ein guter Kontakt zu Frau Z., in Netzwerken arbeitet MILES auch dem Quartiersmanagement zu. ExpertInnenHomo-99#

Öffentlichkeitsarbeit ist ein großer Schwerpunkt der Arbeit des LSVD. Im Migrationsrat (mit 26 Vertreterinnen und -Vertreter, existiert seit Oktober 2003 unter dem Vorsitz von P. L., Senatsverwaltung für Soziales) bei Herrn G. P., dem Integrations- und Migrationsbeauftragten der Senatsverwaltung (ehemals Ausländerbeauftragte B. J., vgl. Interview Nr. 22), gibt es einen Vertreter des GLADT e.V. ExpertInnenHomo-100#

Veränderungen im Umfeld lassen sich nicht erkennen. Bedauerlich ist das Förderungsende für KOMBI e.V.; auf eine neue Finanzierungsmöglichkeit wird gehofft. ExpertInnenHomo-101#

Nr. 19 - Interview am 28.10.2004, 15-16.30 Uhr mit K. D., Mitbetreiber des Café P., Bülowstraße 6, 10783 Berlin – ca. 4 Monate nach dem Umzug vom alten Standort Alvenslebenstr.26, 10783 Berlin. **Hinweis:** Das Interview Nr. 19 wird hier nicht dokumentiert, da es – ebenso wie **Nr. 20** vom 30.03.2005, 19.20-20 Uhr mit M. K., Mitarbeiter des Männermodegeschäfts B. in der Maaßenstraße – zur Dokumentation der ausgewählten Konfliktfallbeispiele verwendet wurde und daher von der Auswertung als Expert/inn/eninterview auszunehmen war.

Nr. 21 - Interview am 23.09.2005, 15 – 16.30 Uhr in 10829 Schöneberg mit Dipl. Psych. B. S. (Name geändert), von 1993 bis 1998 Geschäftsführerin eines in Schöneberg ansässigen Vereins zur Förderung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. Seit Jahren ist sie zudem als Klettersportlerin auf dem Spielplatz Alvenslebenstraße im Schöneberger Norden aktiv. ExpertInnenHomo-128#

Bezug zum Thema Lebensstilkonflikte im Schöneberger Norden: ExpertInnenHomo-129# Als gebürtige Westdeutsche, seit 1991 in Berlin-Neukölln lebend, kennt die heute 40jährige B. S. ein multikulturelles Zusammenleben zwischen Deutschen und Türken seit ihrer Jugend. Noch heute schätzt sie die Vielfalt und Offenheit großstädtischer Lebensweisen. Während ihrer Vereinsarbeit leitete sie Informationsveranstaltungen in Schulen zum Thema Homosexualität. Überwiegend erlebte sie in der Arbeit mit Schüler/innen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft Aufgeschlossenheit, auch bei Schüler/innen muslimischer Herkunft. Nur eine Schülerin osteuropäischer Herkunft sprach während einer der Veranstaltungen Homosexuellen jedes Existenzrecht ab: „Ich würde solche Leute umbringen, die sind einfach ekelhaft!“ ExpertInnenHomo-130#

Eigene Erfahrungen mit Lebensstilkonflikten im Schöneberger Norden: ExpertInnenHomo-131# Seitdem sie von ihrem Single- Lebensstil in die Beziehung mit einer Frau wechselte, erlebt Frau S. „im Paar“ verstärkt Diskriminierung und verbale „Anmache“ vor allem seitens türkischer und arabischer Kinder und junger Männer bis ca. Zwanzig. ExpertInnenHomo-132#

Auf dem Kletterplatz Alvenslebenstraße trainiert sie mit ihrer Kletterfrauengruppe und erfährt dort seit Jahren Belästigungen durch eine 10- bis 20köpfige Kinderbande türkisch-arabischer Herkunft. Angriffe mit Steinwürfen sind keine Seltenheit. Vereinzelte Kiezsheriff- Patrouillen der WIR-Wohnungsbaugesellschaft erlebt Beate S. als entlastend, da trotz zahlreicher Versuche kein normaler Kontakt zu den Kindern aufzubauen war. Vergangene Woche riss eines der Kinder, ein Junge eines ihrer Hinweisschilder ab und urinierte darauf. Frau S. erlebte dies als weiteren Gipfel einer Kette von Provokationen, die ein friedliches Miteinander zur Utopie geraten lassen. ExpertInnenHomo-133#

Es wundert sie daher nicht sehr, dass vor etwa 14 Tagen ein erkennbar schwules Paar während einer Busfahrt nahe dem Nollendorfplatz von ca. fünf türkischen und arabischen Jugendlichen im Oberdeck des Busses verprügelt wurde. Gerade bei Gruppen dieser Jugendlichen sei Aggressivität gegen Homosexuelle unüberhörbar und es könne – auch oder gerade – im Schöneberger Norden, wo Homosexuelle bisher relativ angstfrei leben konnten, jederzeit zu tätlicher Gewalt kommen. ExpertInnenHomo-134#

Einschätzung der Situation und Reaktion auf das Erlebte: ExpertInnenHomo-135# Frau S. spürt vor allem Empörung und Wut gegenüber den aggressiven Kindern und Jugendlichen. Zudem nimmt sie zunehmende Vorbehalte gegenüber muslimischen Minderheiten bei sich selbst wahr. Als puren „Machismus“ erlebt sie das massive Raumeinnehmen, die Lautstärke der öffentlichen Auftritte und den Kampfsportthabitus der jungen Männer. ExpertInnenHomo-136#

Vor allem nervt sie die häufige verbale Anmache, die sie vor allem dann persönlich erlebt, wenn sie mit ihrer Freundin als Paar zusammen ausgeht: abfällige Bemerkungen

drücken Verachtung und Hass aus. Sie fragt sich, warum sie sich so etwas bieten lassen muss, dass eine nicht anpassungsbereite Bevölkerungsgruppe sich derart „als Kings“ aufspielt und ihre eigenen Gesetze macht. Sie wünscht sich stärkere staatliche Reaktionen und klare Reglements. ExpertInnenHomo-137#

So hat Frau S. vor ein paar Jahren noch nicht gedacht und es ist ihr ein wenig peinlich, wenn sie sich erneut klar macht, über wen sie sich aufregt: Looser, Jungs mit schlechten Chancen, die sich mal wichtig fühlen wollen, etc. Und doch sind für sie die Grenzen des Erträglichen, Tolerierbaren, inzwischen klar überschritten. Langfristig überlegt sie auch, aus Neukölln fortzuziehen. Hinderungsgründe sind die schöne, preisgünstige Wohnung und die verkehrsgünstige Lage am Hermannplatz. Lange Jahre hatte sie dort einen guten Kontakt zu einer benachbarten aufgeschlossenen türkischen Familie, bis diese fortzog. Das Niveau derer, die Neukölln inzwischen dominieren, hat sich in den letzten Jahren spürbar verschlechtert. In einem „spießigen deutschen Mittelklasse-Viertel“ würde sie sich nicht so wohl fühlen; eine multikulturelle Mischung – so wie Schöneberg – gefällt ihr eigentlich recht gut. Um das früher angenehmere Zusammenleben der Kulturen wieder herzustellen, muss jedoch aktiv etwas geschehen. ExpertInnenHomo-138#

Frau S. fragt sich, wieso sich die zahlreichen türkischen Vereinigungen in Berlin aus dem Thema heraus halten. Von dort erwartet sie die Solidarität, die sie und andere jahrzehntelang den ethnischen Minderheiten ganz selbstverständlich gewährte. Ihr Engagement gegen Rassismus hat einen deutlichen Dämpfer erhalten. Auch ihre politische Analyse hat sich grundlegend verändert. Galt Beate S. der Schleier orientalischer Frauen noch vor Jahren als akzeptable kulturelle Differenz, erkannte sie ihn inzwischen als Symbol für Ungleichheit der Geschlechter und Diskriminierung der Frau. Diese These trug Alice Schwarzer über Jahre – wohl zu Unrecht – Kritik von Teilen der Frauenbewegung ein. ExpertInnenHomo-139#

Schöneberg ist ein traditionelles Zentrum der deutschen Schwulen- und Lesbenbewegung. Heute kennzeichnet das Denkmal für die von Nazis ermordeten Homosexuellen am Nollendorfplatz diesen zentralen Ort. Damit wird auch die Verbundenheit mit anderen Opfern des Faschismus und anderen Gruppen, die um Emanzipation kämpfen, bekundet. Es gilt, den erreichten (erkämpften) Stand an individueller wie auch Gruppen bezogener Befreiung und Emanzipation zu erhalten. Es kann nicht sein, dass hinter diesem Anspruch zurück gebliebene Jugendliche und deren Familien den gelebten Rückschritt mit Gewalt durchsetzen. Frau S. hat aus den genannten Gründen eine Wut auf diese Teile der ethnischen Minderheit: die aktiven Angreifer ebenso wie auf die passiven Mitläufer/innen dieser Haltung. ExpertInnenHomo-140#

Frau S. nimmt einen Anstieg der Aggressivität muslimischer Jugendlicher besonders seit dem 11. September 2001 wahr. Dabei stellt sie eine wesentliche Parallele zu ihrer Kritik heute fest: Damals haben sich die etablierten arabischen und türkischen Organisationen nicht klar und deutlich positioniert und von den Angriffen distanziert. ExpertInnenHomo-141#

Vor 15 Jahren war Frau S. empört und engagierte sich, als es hieß, Migrant/inn/en können sich kaum nach Ostdeutschland trauen. Heute sieht sie u. a. das in Jahrzehnten erkämpfte Recht Homosexueller, sich frei in Westberlin zu bewegen, von muslimischen Migrant/inn/en angegriffen. Die Angriffe wurden in den vergangenen Jahren immer stärker, parallel zur internationalen islamistischen Bewegung. Sie finden auf eine gefährliche Weise in aller Öffentlichkeit statt – nur nimmt es kaum jemand zur Kenntnis oder will es wahrhaben. ExpertInnenHomo-142#

Expert/inn/en Integrationsaktive für Migrant/inn/en

ExpertInnenMigr-1#Nr. 22 - Interview am 14. Juni 2004, 15-16 Uhr mit dem Beauftragten für Integration und Migration des Senats G. P., Soziologe und Journalist, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin. ExpertInnenMigr-2#

a) Profil: In Berlin leben rund 441.000 Migrant/inn/en (Stand Ende 2003) und rund 100.000 Eingebürgerte, davon 50% Türk/inn/en. Aussiedler/innen werden nicht statistisch erfasst, es ist davon auszugehen, dass etwa 30.000-40.000 in Berlin leben, davon rund 25.000 allein in Marzahn. Von der Zahl der Migrant/inn/en sind etwa 130.000 Türk/inn/en, an zweiter Stelle folgen Pol/inn/en und Bürger/innen der Sowjetunion. Insgesamt leben Bürger/innen von rund 190 Nationalitäten in Berlin. Gesellschaftliche Zielvorstellungen überschneiden sich. Allen Berliner/inne/n wird ein hohes Maß an Akzeptanz von Verschiedenheit abverlangt. Gerade in den Stadtteilen, in denen aufgrund einer Konzentration sozialer Probleme Quartiersmanagement erfolgt, ist verstärkt interkulturelle Konfliktmoderation gefragt. ExpertInnenMigr-3#

Die Stelle der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats besteht in Berlin seit 1981 und wurde bis vor etwa einem Jahr von B. J. ausgeübt. Herr P. übernahm die Leitung des Amtes im Sinne eines Kompetenzzentrums für Zuwanderungs- und Integrationspolitik im vergangenen Jahr. ExpertInnenMigr-4#

Im Zuge des Paradigmenwechsels vom Rotationsprinzip zum Integrationsprinzip in der Ausländerpolitik wandelten sich auch die Tätigkeitsschwerpunkte der Behörde. Zu den jüngsten entscheidenden Neuerungen gehört der im Oktober 2003 eingerichtete Migrationsrat, in dem Positionen (z.B. zum Zuwanderungsgesetz) gemeinsam abgestimmt werden. ExpertInnenMigr-5#

Die Aufgaben der Behörde mit ihren 35 Mitarbeiter/inne/n umfassen u. a. die Einzelfallberatung zu aufenthaltsrechtlichen Fragen, die Entwicklung von Konzepten für den Senat und die Beeinflussung des öffentlichen Klimas durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Zudem werden europäische Fördermittel akquiriert. War die Berliner Behörde ein Pionier auf ihrem Gebiet, ist heute die Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten eine Selbstverständlichkeit in allen größeren Kommunen und auch beim Bund (Bundesbeauftragte für Integration). Zu ändern sind aktuell zahlreiche unbefriedigende rechtliche Zustände. Die Wahrnehmung der Integration als Pflichtaufgabe aller Ressorts ist ein übergreifendes Ziel. Berlin ist eine Einwanderungsstadt, die auf interkulturelle Öffnung nicht verzichten kann. Im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich ist inzwischen ein hoher Standard erreicht im Umgang mit Alten und Kindern mit Migrationshintergrund. Nach der Maueröffnung stieg die Zahl der betreuten Palästinenser/innen stark an, die bis heute noch ohne festen Aufenthaltstitel hier leben, d.h. ohne Arbeit. Leben Menschen seit mehr als 15 Jahren unter diesen Bedingungen, lässt sich erahnen, wie die Chancenlosigkeit zur Integration auf die Betroffenen wirken musste. Es ist davon auszugehen, dass selbst bei einer rechtlichen Verbesserung die Integrationsbemühungen lange und nachhaltig sein müssen, um die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen. ExpertInnenMigr-6#

Das Ressort verfügt über einen Etat von rund 5,5 Mio. € p. a. Davon erhalten Empowerment-Projekte zur Integration (Werkstatt der Kulturen z.B.) etwa 4 Mio. €. 1,5 Mio. € stehen dem Programm des Landes gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und zur Stärkung der Demokratie zur Verfügung. In Kooperation mit den Bezirken werden lokale Aktionspläne entworfen, um dem vor allem in östlichen Bezirken beobachteten Rechtsextremismus von Jugendlichen vorzubeugen und dem in Innenstadtquartieren beobachteten Islamismus/Antisemitismus. ExpertInnenMigr-7#

b) Aktivitäten: Derzeit gibt es kaum Handlungsmöglichkeiten bei abgelehnten Asylbewerber/innen für die Behörde. Es ist daher eine Herausforderung im Interesse der Stadt Berlin, dieses soziale Problemfeld nicht brach liegen zu lassen. Vom Zuwanderungsge-

setz erhofft man sich Abhilfe. Flüchtlingsassoziationen, das Abgeordnetenhaus, der Landesintegrationsbeirat arbeiten an einer verbesserten Härtefallregelung. Besonders Familien mit Kindern sollen davon profitieren können. ExpertInnenMigr-8#

Es gibt in Berlin eine gute Schulausbildung, aber keine Ausbildungsstellen für Migrant/inn/en. Erst wenn drei Einheimische eine Stelle abgelehnt haben, darf nach dem Nachrangigkeitsprinzip ein/e Angehörige/r der Gruppe der Migrant/inn/en die Stelle annehmen. Bei der aktuellen Arbeitsmarktlage ist die Chance gleich Null. Das „Abhängen“ auf der Straße ist somit die einzige Perspektive vieler Jugendlicher nach der Schule. Ihnen fehlt ein günstiger sozialer „background“. Besonders schwierig ist die Lage von heimatlosen Palästinenser/inne/n in Berlin, dem „größten Flüchtlingslager außerhalb des Nahen Ostens“. ExpertInnenMigr-9#

Das neue Schulgesetz in Berlin setzt auf die spezifischen Stärken von Kindern mit Migrationshintergrund. Sind 80-90% Schüler/innen einer Schule nicht deutscher Herkunft, bedeutet dies nicht automatisch ein sinkendes Leistungsniveau. Fördert man die eigene Sprachkompetenz und individuelle Stärken, ist dies ein Gewinn für die Schüler/innen und die Gemeinschaft. Nicht ethnische Zugehörigkeit ist ein Problem für Schulen, sondern eine bildungsferne Schichtzugehörigkeit der Eltern. Es soll verhindert werden, dass Mittelschicht-Familien mit Migrationshintergrund aus Wohnvierteln von Migrant/inn/en wegziehen. Modellprojekte sollen die Lehrer/innenausbildung in Richtung interkultureller Erziehungskompetenz verbessern. ExpertInnenMigr-10#

Das Modell Mütterkurse ist ein großer Erfolg, gerade auch in Schöneberg. Da Mütter mit Migrationshintergrund aufgrund der stark familienbezogenen Lebensentwürfe keine typische Klientel für VHS-Abendkurse sind, ist man mit dem Sprachkurs-Angebot gezielt auf die Frauen, die ihre Kinder morgens in die Kitas und Schulen brachten, mit Morgenkursen zugegangen. ExpertInnenMigr-11#

c) Schwerpunkte und Perspektiven im Schöneberger Norden: Das Quartiersmanagement in Berlin ist ein richtiger und wichtiger Ansatz, soziale Verbesserungen mit den früher vorherrschenden rein stadtplanerischen Sanierungsüberlegungen zu koppeln. Im Zuge der gewaltigen Umbrüche und Veränderungen in Berlin ist nicht – wie oft erwartet – der Osten Verlierer der Wende, sondern die Quartiere, in denen niedrig qualifizierte Menschen leben und arbeite(te)n. ExpertInnenMigr-12#

Nach dem Deindustrialisierungsprozess fanden Viele (Migrant/inn/en) keine neue Arbeit. Heute besteht eine Migrant/inn/enarbeitslosigkeit von 40%. Seit 1991 hat sich diese Quote verdreifacht. Es kam zu Verelendungsprozessen und Konzentrationen in räumlichen Strukturen, besonders in Schöneberg, Kreuzberg und Neukölln. Hier existieren verschiedene Milieus nahe beieinander. ExpertInnenMigr-13#

Eine soziale Sanierung ist überfällig. Die Feinstruktur der Milieus ist zu verbessern, indem Ressourcen der Bewohner/innen entdeckt und gefördert werden. Ökonomische Erwerbstätigkeit muss vor Ort neu entstehen, die Nachbarschaften sind durch Belegungspolitik in guter Balance zu halten, Konfliktmanagement ist anzubieten. Es gibt zwar keine Erfolgsgarantie, aber auch die aktuelle OECD-Studie über (u. a.) den Neuköllner Reuterkiez zeigt, dass gut abgestimmte Arbeit im Quartier dazu führen kann, dass sich eine Nachbarschaft „an den eigenen Haaren aus dem Sumpf“ zieht. ExpertInnenMigr-14#

Eine aktuelle Studie zum Thema Jugendkriminalität verweist auf Erklärungsbedarf, warum in dieser Gesellschaft nicht weitaus mehr soziale Unruhe existiert. Die sozialen Gegebenheiten ließen weitaus Schlimmeres befürchten als die Statistiken zur Jugendkriminalität besagen. Weshalb es in Kreuzberg oder Schöneberg nicht ebensolche Unruhen gab wie z.B. in Bradford/GB 1982 (?), als es unter der pakistanischen Bevölkerung zu „riots“ kam, liegt sicher an der Aktivierung der hiesigen Bevölkerung. Die Einbeziehung von Marginalisierten, die Ermutigung und Unterstützung bei der Vertretung ihrer Inter-

essen im Prozess der Stadtentwicklung ist ein wesentlicher Faktor. Quartiersmanagement arbeitet nah an den Interessen der dort lebenden Leute. Quartiersmanagement in von Migrant/inn/en bewohnten Gebieten läuft dort gut, wo die Kompetenz der Migrant/inn/en aktiv einbezogen wird. ExpertInnenMigr-15#

So wird im Kreuzberger Wrangelkiez z.B. viel Sozialarbeit von und mit Migrant/inn/en geleistet. Es ist ein wichtiges Erfolgskriterium von Quartiersmanagement, Segregation frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Auf den herkömmlichen Wegen der Moderation von Workshops erkennt man die Felder von Unzufriedenheit, erreicht jedoch meist lediglich die gebildete Mittelschicht. Aufsuchende Sozialarbeit wird an dieser Stelle mehr und mehr Bedeutung erhalten. So hat man im Wrangelkiez 80 Frauen türkischer und arabischer Herkunft auf Spielplätzen befragt. Auch äußerlich traditionell lebende Frauen reagierten äußerst offen und teilen gern ihre Meinung zum Kiez mit. Es zeigte sich, dass sich die Verbesserungswünsche kaum von denen der deutschen Frauen unterschied: beklagt wurden Dreck und Lärm im Kiez sowie Belästigung durch Hunde auf den Kinderspielplätzen. Als Erfolg ist zu sehen, dass 30 von diesen Frauen der Einladung zum Aktivierungstreff folgten, was ohne die persönliche Befragung vorab kaum der Fall gewesen wäre. Es zeigt weiterhin, dass Angebote so strukturiert werden müssen, dass sie in den Wahrnehmungskontext der Klienten passen. Es ist immer ein Gewinn, die zu aktivieren, die sich nicht in Vereinen, etc. engagieren (können). Quartiersmanagement soll ein Katalysator für marginalisierte Interessen sein. Stadtteilzentren sind ein guter Anfang, reichen jedoch nicht aus. ExpertInnenMigr-16#

Es sind Strategien anhand aktueller Konflikte im Gebiet zu entwickeln. So zeigt der Fall um das Café P. im Schöneberger Norden, dass körperliche Unversehrtheit als zentrale Voraussetzung für Demokratie in jedem Fall zu schützen ist. Die Aktion des LSVD, eine Kampagne gegen Homophobie „Muslime unter´m Regenbogen“ ist ein hervorragendes Beispiel außerhalb des direkten Quartiersmanagement-Kontextes. Es liegt in der Verantwortung aller, Grenzen zu ziehen. Im Fall des Cafés kam das gesellschaftliche Tabu, HIV-positiv zu sein, erschwerend hinzu. Es geht darum, dass alle Teile der Gesellschaft Schutz finden und aufgefangen werden können. Ein Frühwarnsystem ist nötig, um Rechtsextremismus, Antisemitismus und Homophobie rechtzeitig entgegenwirken und Sicherheitsstrategien entwickeln zu können. ExpertInnenMigr-17#

Präventive Diskussionen um die Akzeptanz individueller Lebensentwürfe im patriarchalen Kontext sind wichtig. Aktuell findet ein Mädchenforum für muslimische Frauen und Mädchen dazu statt. Die persönliche Nähe ist wichtiger als distanzierte Debatten zu führen. Quartiersmanagement ist auch wichtig, um soziale Konflikte um Wohnungen, Arbeitslosigkeit und Lebensformen zu moderieren. Gemeinsam mit allen ist eine Wertebasis auszuhandeln, was geht und was nicht geht. Diesem Dialog muss sich auch die Mehrheitsgesellschaft öffnen. ExpertInnenMigr-18#

Nr. 23 - Interview am 24.05.2004 von 10-11 Uhr im Rathaus Schöneberg, John-F. Kennedy-Platz, 10820 Berlin, Büro der Ausländerbeauftragten (Integrationsbeauftragten), ExpertInnenMigr-19# mit der Mitarbeiterin der Integrationsbeauftragten E. D.-W.: M. H., Erziehungswissenschaftlerin und gelernte Journalistin. ExpertInnenMigr-20#

a) Profil: Die Stelle der Integrationsbeauftragten gibt es seit 16 Jahren im damaligen Bezirk Schöneberg. Seit dieser Zeit ist E. D.-W. die Stelleninhaberin. Das Büro der Integrationsbeauftragten vertritt die Belange der (über 50.000) Immigrant/inn/en im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, der insgesamt rund 350.000 Einwohner/innen hat. Der Ausländeranteil lag 2002 bei 15,4%. Die zahlreichen in Marienfelde lebenden Aussiedler/innen (zentrales Aufnahmelaager) sind in dieser Zahl nicht enthalten, da sie nicht als Ausländer/innen gelten. Alle Migrant/inn/en haben im Alltag mit vielfältigen Integrationsprob-

lemen zu kämpfen. Sprachbarrieren verhindern häufig Kontakte, insbesondere für Frauen, oft nachgezogen aus den Heimatländern ihrer Ehemänner. Die Bildungssituation vieler Migrant/inn/en ist mangelhaft, zahlreiche Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss. Mit mangelndem Bildungsbewusstsein einhergehen häufig mangelnde Integrationsfähigkeit und teilweise sicher auch –bereitschaft. ExpertInnenMigr-21#

Sicher sind auch Hinderungsgründe für gelungene Integration unterschiedliche Erziehungsstile, vor allem in den Schulen: hier das Ideal partnerschaftlich-antiautoritärer Erziehung, dort meist patriarchalisch-autoritäre Erziehung, traditionelle Normenvermittlung. Werte wie Toleranz und Offenheit sind in autoritären Gesellschaften unüblich. So sind Lehrer/innen in alltäglichen Konflikten mit an harte Autorität gewöhnten Jugendlichen häufig überfordert. Obgleich tabuisiert, dringen Berichte über in Deutschland verbotene und geächtete Gewalt in manchen ethnisch-religiösen Bildungseinrichtungen oder Familien immer wieder nach außen. Das Büro der Integrationsbeauftragten ist eine Querschnittstelle und arbeitet mit allen Abteilungen des Bezirksamtes zusammen, ist in zahlreichen Ausschüssen und Gremien vertreten und vertritt dort die Belange der Immigranten im Bezirk auf der Grundlage gesamtgesellschaftlicher Integration, ebenso wie in zahlreichen bezirklichen und überbezirklichen Institutionen und Vereinen. Die Integrationsbeauftragte hat die Projekte, Vereine und Initiativen im Bezirk vernetzt und hilft durch eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit, Brücken in die Mehrheitsgesellschaft zu bauen und Diskriminierungen abzubauen. Es finden regelmäßige Sprechstunden (Rechtsberatung) statt. ExpertInnenMigr-22#

b) Arbeitsschwerpunkte und Perspektiven im Schöneberger Norden: Neben der genannten Aufklärungs- und Beratungsarbeit leistet die Stelle der Integrationsbeauftragten aktive Integrationshilfe durch gezielte Angebote wie z.B. Sprachkurse für Mütter. Schöneberg war der erste Bezirk, der solche Kurse - „Mama, lern` Deutsch!“ in den Anfangsjahren in enger inhaltlicher Zusammenarbeit der VHS mit der Integrationsbeauftragten in Bezirks-Kitas, Grundschulen und türkischen Frauenvereinen mit großem Erfolg durchführte. Der Zulauf war groß, so dass dieses Projekt Vorbildfunktion für weitere Kurse in Berlin hatte. ExpertInnenMigr-23#

Gastarbeiterkinder in ihren aufstiegsorientierten Bildungs- und Existenzgründungsbestrebungen zu unterstützen, ist ein weiteres großes Anliegen des Amtes. Mit Intelligenz, Fleiß und Ehrgeiz brachten es schon etliche Söhne und Töchter zu Karrieren als Politiker/innen, Rechtsanwält/inn/e/n, Ärzt/inn/e/n und Unternehmer/innen. Deutsche sind gefragt, diese Generation mit ihrem Willen, Deutschland auf dem Boden der hiesigen Wertvorstellungen mitzugestalten, anzunehmen. Immer noch ist die Zahl der Abiturient/inn/en jedoch gering. Im Jahr 2000 verließen in Berlin 35% der jugendlichen Migrant/inn/en die Berufsschule ohne Abschluss. In der Gruppe der 18 bis 24-jährigen waren 1/3 der Migrant/inn/en gegenüber 2/3 der Deutschen als Auszubildende beschäftigt. ExpertInnenMigr-24#

Im Quartiersmanagementgebiet Schöneberger Norden liegt der Ausländeranteil bei 30%. In einigen Quartieren leben über 25% Arbeitslose, bei den Ausländer/inne/n sind es 37% ohne Erwerbstätigkeit. Es herrscht eine hohe Konkurrenz unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Konflikte sind häufig religiös motiviert, auch antisemitisch. Es gilt, Inhumanität und Fundamentalismus unter Migrant/inn/en ebenso nachhaltig zu bekämpfen wie Rechtsradikalität seitens Deutscher. ExpertInnenMigr-25#

Um den wachsenden Einfluss extremer religiöser Gruppierungen und krimineller Strukturen zu schwächen, wäre es wichtig, in die Sozial- und Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen wesentlich mehr Geld zu investieren. Leider wird den Bezirken durch die extrem schlechte Haushaltslage Berlins aber immer weniger Geld für Jugendarbeit zur Verfügung gestellt, so dass diese ihre Ausgaben auch in diesem Bereich herunterfahren

und Angebote in Jugendfreizeiteinrichtungen drastisch reduziert werden mussten. Eine systematische Jugendarbeit findet nicht mehr statt, so dass Jugendliche mit schlechtem sozialen und Bildungshintergrund nicht mehr aufgefangen werden können. Das wirkt sich in Kiezen mit sozialen Problemen natürlich besonders auf Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Der Wegzug von Immigrant/inn/en aus der Mittelschicht in bessere Gegenden verschärft die Probleme der sozialen Entmischung. Um die Lebensqualität solcher Brennpunkte zu steigern, müssten solche Viertel durch eine bessere soziale Mischung aufgewertet werden. Durch die Erarbeitung von Lösungsstrategien mit den Bewohner/inne/n will das Quartiersmanagement das erreichen. Die vielfach zu beobachtende Ausgrenzung und Intoleranz gegenüber Frauen, die sich gegen ihre Tradition stellen, oder auch gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen macht deutlich, wie viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit noch zu leisten ist. Hoffnung gibt die weltoffene, säkulare Haltung vieler gebildeter Türk/inn/en. Für sie hat der Islam einen ähnlichen Stellenwert wie das Christentum für Europäer/innen. ExpertInnenMigr-26#

Nr. 24 - Gespräch am 03.01.2005, 11-12 Uhr in der Neumarktschule, Steinmetzstraße 46/50, 10783 Berlin mit dem Schulleiter U. S., Musik- und Geschichtslehrer. ExpertInnenMigr-27#

a) Profil: Die Neumarktschule wurde etwa 1890 erbaut. Seit etwa 15 Jahren ist sie eine reine Grundschule, zuvor war sie zum Teil Sonderschule. Herr S. unterrichtet seit 1992 dort und ist seit fast einem Jahr Schulleiter. Aufgrund des neuen Schulgesetzes von Februar 2004 wird derzeit vieles umstrukturiert, um die Schulreform des Landes Berlin umzusetzen. Das bedeutet u. a., dass die Rahmenlehrpläne individueller ausgestaltet werden können. Eine wirkliche Autonomie ist nicht vorgesehen. Die Schule verfügt nicht über ein eigenes Budget. ExpertInnenMigr-28#

In der Ganztagschule in gebundener Form findet Unterricht und Freizeitbetreuung von 8 bis 16 Uhr im Wechsel statt. Die erste Klasse wird bereits in dieser Form unterrichtet. Insgesamt sind 6 Schuljahrgänge vorgesehen. Ab 2006 werden Kinder bereits ab 5 1/2 Jahren einbezogen und für zwei Jahre Jahrgang- übergreifend unterrichtet. ExpertInnenMigr-29#

Von rund 370 Schüler/innen aus insgesamt 18 Nationen kommen inzwischen 94% aus Migrantenfamilien, überwiegend aus türkischen, kurdischen und arabischen Familien eher bildungsferner Schichten. Der weitaus größte Teil der Eltern bezieht öffentliche Transferleistungen für den Lebensunterhalt der Familien. ExpertInnenMigr-30#

b) Aufgaben: Kernaufgabe der Schule ist die Bildungsvermittlung. Hier geht es vor allem um die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse und grundlegender sozialer Kompetenzen. Die Kinder haben selten bereits zu Hause gelernt, ihre Bedürfnisse nicht mit Gewalt durchzusetzen. Deutsch ist für sie die Zweitsprache. Dass Mädchen und Jungen gleiche Rechte haben, ist für viele Schüler/innen ungewohnt. Im Wesentlichen geht es darum, Freude am Lernen zu vermitteln. Herr S. macht mit allen Schüler/inne/n in seinem Fach Musik gute Erfahrungen im gemeinschaftlichen Tanzen und Singen. ExpertInnenMigr-31#

Den vielfach – auch seitens des Quartiersmanagements – geäußerten Wünschen nach Öffnung der Schule für das Quartier kann bislang nicht entsprochen werden. Der Hausmeister findet immer wieder Spritzen und andere Relikte der Drogenszene auf dem Hof. Zudem fürchtet man angesichts der zahlreichen Vandalismusschäden im Umfeld um die aufwendig gestalteten Spielflächen und Geräte im Hof. Organisierten Gruppen wie Sportvereinen oder auch Elterninitiativen, der Kindertagesstätte und anderen verantwortungsbereiten Gruppen kommt man jedoch gern entgegen. Die hohe Kriminalitätsrate im Kiez macht der Schule Sorgen. Im Sommer 2004 stiegen Diebe in den Computerraum im 2.

OG ein und entwendeten die Geräte. Ein Baugerüst begünstigte die Tat. ExpertInnen-Migr-32#

Insgesamt wird als großes Problem angesehen, dass viele hier lebende Jugendliche aufgrund der Abschottung ihrer Clans gegenüber Deutschen nicht für eine Integration in die Mehrheitsgesellschaft erreichbar sind. Nur wenige ehemalige Schüler/innen schaffen den Einstieg in ein Berufsleben. Die seit den 70er Jahren allmählich aufgebaute Lebensstruktur von Migrant/inn/en im Kiez hat sich zur Parallelgesellschaft entwickelt. Noch heute gehen zahlreiche Familien davon aus, dass sie eines Tages in ihre Heimatländer zurückkehren. Die hier lebenden Kinder lassen sich daraufhin nicht wirklich auf Berlin-Schöneberg als Heimat ein und bleiben nach Jahrzehnten noch Fremde. Dabei sind viele Berliner Migrant/inn/en ihren Heimatländern inzwischen ebenfalls entfremdet - trotz aller Bemühungen um Aufrechterhaltung der kulturellen Identität durch den „Import“ von Ehepartner/inne/n. Die Schulen schwimmen mit ihren Integrationsbemühungen gegen den Strom. In den letzten Jahren wurde es nicht leichter – im Gegenteil, die Polarisierung der Gesellschaft schreitet in Schöneberg-Nord, ebenso wie in Teilen Kreuzbergs, Tiergartens, Neukölln, u. s. w. fort. ExpertInnenMigr-33#

Eine Innovation der Schulreform ist es, dass nun Schulkonferenzen als höchstes Entscheidungsgremium der Schule die Lehrergesamtkonferenzen ersetzen. 14 Personen, davon 4 Eltern, 4 Lehrer/innen, 4 beratende Schüler/innen, 1 Externer und der Schulleiter sollen nach ausführlicher Unterrichtung über anstehende Fragen zu einvernehmlichen Ergebnissen kommen. Man hofft, auf diese Weise Eltern stärker in die Verantwortung einzubinden. Die Mütterkurse zum Erlernen der deutschen Sprache, die inzwischen auch an der Neumarkgrundschule angeboten werden, ebenso wie Mütterfrühstücksangebote sind weitere Schritte auf diesem Weg. ExpertInnenMigr-34#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Es fällt auf, dass die Türk/inn/en und Araber/innen wesentlich selbstbewusster auftreten als noch vor einigen Jahren. Dabei ist festzustellen, dass Araber/innen im Verhältnis deutlich größere Schwierigkeiten haben, sich in den Rahmen der Schulpflichten einzuordnen. Es herrscht ein großes Misstrauen gegenüber der öffentlichen Verwaltung, wohl eine tradierte Einstellung zum Staat. Aus den Herkunftsländern sind viele Araber/innen geradezu feudale Verhältnisse gewohnt. ExpertInnenMigr-35#

Der übliche Erziehungsstil vieler Eltern schwankt zwischen Gleichgültigkeit gegenüber den „Verhaltensauffälligkeiten“ ihrer Kinder und übergroßer Strenge. In der Schule ausgetobte Aggressionen von Kindern liefern zahlreiche Anlässe für Konflikte mit den Eltern. Da ist Fingerspitzengefühl im Konfliktgespräch gefragt. Vielen Familien geht es bei bevorstehender Schulentlassung um das Sozialprestige, wenn sie ihre Kinder unbedingt auf ein Gymnasium bringen möchten. Scheitern die Kinder dort, geben sie ihr Engagement schnell ganz auf. ExpertInnenMigr-36#

Als guter Erfolg ist zu nennen, dass die Lehrerschaft der Neumarkschule immer wieder positive Einzelerfahrungen macht, dass Eltern sich engagieren, dass Konflikte in Ruhe und mit Entgegenkommen gelöst werden, etc. Bemerkenswert ist, dass bei der überwiegend muslimischen Zusammensetzung der Schüler/innen keine Probleme mit dem Tragen von Kopftüchern, mit dem Schwimmunterricht von Mädchen oder mit dem Fach Sexualkunde zu berichten sind. Sobald solche Tendenzen erkennbar wurden, haben die Lehrer/innen die Schülerinnen und ihre Eltern angesprochen. Aufgrund des insgesamt guten Vertrauensverhältnisses kam es in jedem dieser Fälle zur gewünschten Anpassung an die Schulnormen. ExpertInnenMigr-37#

Die Erfahrungen an der Neumarkschule zeigen, dass in Einzelgesprächen mit viel Engagement und Einfühlung Erfolge auf dem weiten Weg zur Integration zu erzielen sind. In vergleichbarer Weise sind die Bemühungen des Quartiersmanagements auf der

Planungsebene zu betrachten. Erfolge sind unbestreitbar zu verzeichnen und sichtbar. Alle diese kleinen Schritte können jedoch auf Dauer die wachsende Entwicklung der Parallelgesellschaft nicht aufhalten. Die (noch) Mehrheitsbevölkerung von bildungs- und arbeitsstellennahen, ökonomisch relativ unabhängigen Schöneberger/innen wird mit den Begleiterscheinungen der stadträumlichen Ballung von Familien, die in dem hier herrschenden gesellschaftlichen System nie heimisch wurden, auch zukünftig konfrontiert: verbreiteter Analphabetismus Erwachsener, mangelhafte Deutschkenntnisse auch der jungen Leute, allgemeine Bildungsferne, dauerhafte Arbeitslosigkeit, teils angstvolle, teils aggressiv-selbstbewusste Grundstimmung, hohe Kriminalitätsrate, Gewalt als akzeptiertes Mittel der Konfliktlösung. Was die Schule in ihrem Verantwortungsbereich leistet und auch das Quartiersmanagement sollte Vorbild für alle im Quartier aktiven Einrichtungen und Initiativen sein. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Tendenz zur Abwanderung der (noch) Mehrheitsbevölkerung aus dem Kiez durch gemeinsame Anstrengungen aufhalten lässt. ExpertInnenMigr-38#

Nr. 25 - Interview am 23.12.2004, 10-11.30 Uhr im Halk Köcesi Stadteilladen, Crellestraße 38, 10827 Berlin, mit der Diplom-Pädagogin A. M. ExpertInnenMigr-39#

a) Profil: Frau M. ist seit 1976 am Aufbau des für alle offenen Stadteilladens beteiligt. Seit 1983 ist sie hier teilzeitangestellt. Das Projekt etablierte sich im Zuge der Förderung freier Träger durch den Selbsthilfetopf des früheren Sozialsenators U. F. Im Verein arbeiten insgesamt etwa 30 Mitarbeiter/innen. Im Büro Crellestrasse sind neben Frau M. noch zwei weitere feste Kollegen und eine Auszubildende als Kauffrau für Bürokommunikation beschäftigt. Halk Köcesi versteht sich als niedrigschwelliges Hilfe zur Selbsthilfe-Projekt für überwiegend ärmere Menschen aus dem Kiez mit wenig Bildung. Frauen und Männer, Jugendliche und ältere Leute zählen zu den Kunden. Überwiegend sind es Migrant/innen. ExpertInnenMigr-40#

Das Projekt „hangelt“ sich von einer Förderperiode zur anderen. Kontinuierliche Arbeit leidet unter dem immer höher werdenden Verwaltungsaufwand. Zum Glück gab es jetzt eine Zusage für eine Weiterförderung für die kommenden drei Jahre durch den Stadtteilzentrenvertrag zwischen dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Verein für sozialkulturelle Arbeit Berlin und der Senatsverwaltung für Jugend und Soziales. Die Grundfinanzierung reicht nie für eine ganze Stelle. Die Mitarbeiter/innen werden über „Patchwork“-Finanzierungen bezahlt und leisten darüber hinaus ehrenamtliche Arbeit. Fünf Kitas werden in Trägerschaft des Stadtteilprojektes betrieben. Schwerpunkt ist die Migrant/innenintegration. Die sehr gut arbeitenden Horte gehen mit der geplanten Ganztagschule verloren. Inzwischen gab es durch die Arbeit der Horte überdurchschnittlich viele Abgänge mit Realschul- und Gymnasialempfehlungen. Schularbeitshilfe soll weiter angeboten werden. Es gibt zu wenig Mittel der bezirklichen Jugendförderung. Nun werden Stiftungsmittel beantragt. ABM und SAM spielten hier keine Rolle; das Sozialamt sandte jedoch zeitweilig MAE-Kräfte (Maßnahmen mit Aufwandsentschädigung, 1,- €-Jobs). Weitere Arbeit soll über Großträger und Sammelmaßnahmen laufen. Die persönliche Betreuung, die Leute in den Beruf bringt, fehlt dann. Es geht oft um Alltagsstrukturierung, Mut machen. Auf den Einzelnen zugeschnittene Maßnahmen laufen am besten. ExpertInnenMigr-41#

Familien mit Kindern und höherer Bildung kommen nur zu bestimmten Angeboten, sonst eher nicht. Wer mobil ist, sucht sich gezielt berlinweit passende Angebote. Noch immer hält der Trend zum Wegzug aus diesem Kiez bei besser Gestellten an. Das Gebiet ist stark sozial segregiert. Der Schwerpunkt der Arbeit ist im Bereich Sozialbetreuung und Sprachkurse/Alphabetisierung. Nach dem Selbstverständnis sollen sich in der Geschäftsstelle alle Kiezbewohner/innen treffen und austauschen. In der Kiezoase Barbarossastraße

ist das Konzept ein anderes. Hier findet der Schwerpunkt MigrantInnenarbeit separat, in der Außenstelle Kurmärkische Straße statt. ExpertInnenMigr-42#

b) Aktuelle Aufgaben: Das Zentrum Halk Köcesi ist als „Gesamtkunstwerk“ zu bezeichnen. Als Treffpunkt zum Kaffee trinken und austauschen organisierten sich hier regelmäßige Treffen wie das Frauenfrühstück, Altentreffs, etc. Das Familiensonntagsprogramm im Pallas-Zentrum Potsdamer/Ecke Goebenstraße wurde hier angeregt. Es finden dort regelmäßig Trödel statt; die Raumnutzung wird verbessert. Es gibt Schülertreffs und auch an der Europäischen Gemeinschaftsinitiative Equal ist das Zentrum beteiligt. Das Projekt „Etappe“ bringt arbeitslose MigrantInnen zu ehrenamtlichen Tätigkeiten, die sie qualifizieren. Derzeit sind 20 TeilnehmerInnen dabei. London und Athen sind Projektpartner, die allerdings weniger am ersten Arbeitsmarkt orientiert sind. ExpertInnenMigr-43#

Neue Chancen heißt ein neues Projekt, das auf die Neuerungen der Hartz IV-Gesetze reagiert und Betroffene unterstützt. Alphabetisierungskurse mit jeweils mindestens 10 TeilnehmerInnen sind seit über 20 Jahren im Angebot. Frauen sind zu 98% Teilnehmende. Männer offenbaren seltener ihren sicher ähnlich hohen Bedarf. ExpertInnenMigr-44#

c) Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Das Halk Köcesi ist gut vernetzt und selbst fester Bestandteil der Förderszene im Kiez. Das Quartiersmanagement bewirkt trotz gutem Engagement nicht wirklich einen Wandel zum Besseren. Das Image ist sicher aufgewertet worden durch vor allem bauliche Maßnahmen. Insgesamt überwiegt jedoch die Kosmetik auf Kosten der kontinuierlichen Arbeit im Hintergrund durch die bewährten Träger. Bei dem ständigen Neuerfinden von Projekten wird viel Geld vergeudet, z.B. wenn Jugendprojekte „weggespart“ werden und an anderer Stelle neu entstehen. Es vergehen ca. 2-3 Jahre, bis ein Projekt zur Zielgruppe Vertrauen aufgebaut hat. Jugendarbeit läuft durch langen Kontakt zu den Familien. Man kann eher einen 18-jährigen integrieren, den man schon als 6-jährigen jüngeren Bruder kennen lernte. Die „Pseudobürgerbeteiligung“ im Quartiersmanagement erinnert eher an Aktionismus, dennoch werden viele Kräfte darin gebunden, die in der täglichen Arbeit im Zentrum fehlen. ExpertInnenMigr-45#

Der Verein suchte einmal über das Quartiersmanagement ein Wohnhaus für ältere MigrantInnen, die gern gemischt mit Jüngeren leben wollten. Das angebotene Objekt in der Froebenstraße entpuppte sich jedoch als architektonisch ungeeignet aufgrund unzureichender Gemeinschaftsflächen. Zudem führt dort eine Belegung mit jungen Obdachlosen dazu, dass die dort bereits wohnenden Alten jetzt nach Möglichkeit ausziehen. Aus Sicht stark ehrenamtlich Tätiger zeigt sich auch an diesem Beispiel das Defizit, wenn „Berufsbetroffene“ diese Dinge regeln sollen. ExpertInnenMigr-46#

Das Quartiersmanagementgebiet ist nicht isoliert zu betrachten. Ähnlich problematische Verhältnisse gibt es auch weiter südlich, entlang der Hauptstraße bis zum Innsbrucker Platz. Die Konflikte, z.B. durch die Ansiedlung arabischer Familien im Bereich Steinmetzstraße, sind durch Belegungspolitik und fehlende Integrationsgesetzgebung hausgemacht. Eine neue Gesetzgebung sollte eine Verbesserung bewirken. Vor allem Bildungschancen für Benachteiligte sind zu eröffnen. Die Institution Schule hat in der Vergangenheit wenig Erfolge gebracht; daran wird auch eine „Zusatzverwahrung“ mit herkömmlichen Unterrichtsmethoden im Zuge einer Ganztagschule nichts ändern. Es fehlt an Qualität und einem überzeugenden Modell. ExpertInnenMigr-47#

Auch die schlecht qualifizierten Erwachsenen bieten Potenziale für verbesserte Angebote. Einfache Arbeitsplätze sind verschwunden. Hartz IV hilft da nicht weiter, so lange der „shareholder value“ bestimmt, wohin die wirtschaftliche Entwicklung treibt. Auch Quartiersmanagement wird an dieser Entwicklung nichts ändern. Die als Lösung angebotenen Beschäftigungsmaßnahmen helfen nicht, sondern schaden eher. Sie gefährden

einfache Arbeitsplätze. Als Beispiel soll der Niedergang von Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus gelten, die „eingingen“, weil ihre Aufträge von Arbeitslosen in Beschäftigungsmaßnahmen übernommen werden. Hier ist ein viel behutsamerer Einsatz solcher Instrumente anzumahnen, statt um der kurzfristigen Erfolgszahlen willen größere „Kollateralschäden“ anzurichten. Die Arbeitsamtsangebote gehen oft genug am Bedarf des Marktes und am Bedarf und Können der Arbeitsuchenden vorbei. Grundbildung, Sprachkurse müssen weiter angeboten und ausgeweitet werden. Ganztagskurse mit 25 Teilnehmern überfordern und bringen so nicht den gewünschten Erfolg. Eine weitere Lücke im Angebot betrifft über 40jährige. Die Motivation sollte genutzt und die Menschen gezielt nach dem Verlust des Arbeitsplatzes gefördert werden, um die oft reiche Erfahrung nicht versanden zu lassen. Es gilt, die Motivation herauszufinden und Freiwilligkeit zu praktizieren statt Zwangsarbeit. ExpertInnenMigr-48#

Das hohe Lohnniveau in Deutschland führt immer mehr zum Auseinanderdriften der immer weniger legal arbeitenden und der immer mehr aus einem Mangel an Alternativen schwarz arbeitenden Menschen. Das fehlende Maß für Arbeit und ihren Wert ist ein weiteres Problem, das die Politik aufgreifen sollte. Politiker stellen allerdings oft genug selbst die schlechtesten Vorbilder in dieser Hinsicht dar. ExpertInnenMigr-49#

d) Ergänzungen: Themen wie „antisexistische Bildung“ gehören im Halk Köcsi stets zur täglichen Arbeit. Es kommen viele Frauen und auch Männer mit Gewalt- und Mißbrauchserfahrung ins Zentrum, die beraten werden. Mediation ist lediglich für Mitarbeiter/innen ein Thema, die sich bemühen, Besprechungen konstruktiver zu führen. In der täglichen Beratungsarbeit ist der Ansatz überfordernd. Alltagskonflikte sind durch Druck und die Suche nach schnellen Lösungen geprägt. Die Bereitschaft, mit Kontrahenten gemeinsam nach Lösungen zu suchen, besteht praktisch nicht. ExpertInnenMigr-50#

Nr. 26 - Interview am 19.01.2005, 11-12.15 Uhr mit dem Geschäftsstellenleiter und Kaufmann für Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, M. H. von der WIR Wohnungsbaugesellschaft, Potsdamer Str. 141, 10783 Berlin. ExpertInnenMigr-51#

a) Profil: Die WIR Wohnungsbaugesellschaft ist als Nachfolger der Neuen Heimat seit über 50 Jahren im Schöneberger Norden aktiv. Seit etwa 2 Jahren (2003) ist die WIR Teil eines Verbundes, der Aktiengesellschaft GEWO BAG. Herr H. – seit etwa 4 Monaten vor Ort - verwaltet mit seinem Team aus insgesamt 30 Personen 4.047 Wohneinheiten. Die WIR ist der größte Einzeleigentümer von Wohn- und Gewerberäumen im Gebiet. Es gibt keine öffentlichen Fördermittel mehr; Neubau spielt gar keine Rolle. Die Mieterstruktur ist teilweise problematisch. Im Gebiet leben überdurchschnittlich viele Menschen von Transferleistungen. ExpertInnenMigr-52# ExpertInnenMigr-53#

b) Arbeitsschwerpunkte: Der WIR geht es um Stabilisierung und schrittweise Verbesserung der Wohnverhältnisse vor Ort. Es ist bereits gelungen, die (echte) Leerstandsquote auf rund 2% (ca. 90 Wohnungen) senken. Insgesamt liegt der Leerstand zwar bei 3,5% - darin sind jedoch die derzeit in Renovierung befindlichen Bestände enthalten. Entgegen der Erwartung, dass in einem sozialen Brennpunkt ein überdurchschnittlich hoher Leerstand herrscht, liegt die Quote hier deutlich unter dem Berliner Durchschnitt von etwa 5%. ExpertInnenMigr-54#

Die Stabilisierung in den Vierteln wird vor allem durch zwei zusätzliche neue Leistungen erreicht: ExpertInnenMigr-55#

1) Auftrag an das Serviceunternehmen für Sicherheit, Gegenbauer & Bosse, um einen Beitrag zum verbesserten Sicherheitsempfinden der Mieter/innen zu leisten. Ein Büro wurde in der Kulmer Straße 19 neu eröffnet. Hier werden Wünsche und Beschwerden entgegengenommen und nach Möglichkeit wird direkt Abhilfe geschaffen. Dieser Service trägt der Veränderung des sozialen Verhaltens der Mietparteien Rechnung, die ihre

Nachbarschaftsprobleme aufgrund der gestiegenen Anonymität nicht mehr selbst lösen können oder wollen. Zudem laufen die Mitarbeiter/innen in den Beständen „Streife“ und protokollieren neben Schäden an der baulichen Substanz der Häuser und Nebenanlagen Missstände rund um die Themen (illegale) Abfallentsorgung und Vandalismus im Umfeld. Sie stehen allen Bewohner/inne/n als Ansprechpartner/innen – selbst bei Ehestreitigkeiten im Haus und ähnlichen privaten Problemen - zur Verfügung. ExpertInnenMigr-56#

2) Direkte Verbesserung des Wohnumfeldes durch eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme (ABM) für 20 junge Erwachsene in Kooperation mit dem Verein „Jugendwohnen im Kiez e.V.“. Dieses Projekt „Big Steps“ wurde bereits vor Jahren in Kreuzberg mit Erfolg zur Steigerung des Wohnwertes eingesetzt. Von der Wohnungsverwaltung angestrebte zusätzliche Aktivitäten wie „Extra-Reinigungen“ von Müllplätzen und Kellerräumungen von Sperrmüll, Übermalern von Graffities, Gartenarbeiten zur Verschönerung von Freiflächen sowie die Herausgabe von Mieterzeitschriften oder auch der Betrieb von Mietertreffs dienen der Bewohnerschaft auf vielfältige Weise. Selbst Hausaufgabenhilfe und Deutschkurse für Migrant/inn/en sollen die Angebotspalette in Zukunft erweitern. ExpertInnenMigr-57#

Mit beiden Angeboten strebt die WIR eine Steigerung der Wohnzufriedenheit und eine Stabilisierung des Kiezes an. Mittelfristig soll der Schöneberger Norden zusehends attraktiv für langjährige Mieter/innen bleiben und für stabilisierende neu hinzu kommende Bewohner/innen werden. ExpertInnenMigr-58#

Die öffentlichen Schlagzeilen und Diskussionen um soziale Brennpunkte werden kritisch betrachtet. Es liegt nahe, dass damit schwierige Verhältnisse regelrecht herbeigeredet werden und sowohl Investoren für leer stehende Gewerbeimmobilien als auch solvente Mietinteressenten „abgeschreckt“ werden. ExpertInnenMigr-59#

Die Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement wird mit Zurückhaltung betrachtet. Zu kritisieren ist die Tendenz, relativ hohe Summen von Fördermitteln in relativ schnelllebige Projekte zu investieren. Der Sinn mancher dieser Integrationsvorhaben wird bezweifelt. Es wäre besser, der WIR die Mittel zentral zur Verwaltung und zum Einsatz zu überlassen, da sie seit Jahrzehnten fundierte Kenntnisse über Gebäudebestand, Mieterfluktuation und den gebietspezifischen Verbesserungsbedarf besitzt. ExpertInnenMigr-60#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Die Fluktuation im Gebiet nimmt tendenziell eher ab. Es gab in den 70er Jahren eine enorme Abwanderung deutscher Familien, die Altbauten für Neubauten verließen. Migrant/inn/en zogen in großer Zahl zu und wohnen heute in zweiter, zum Teil bereits dritter Generation hier. Bei Migrantenfamilien zeigte sich ein großes Interesse an den in den 90er Jahren frei werdenden Neubauwohnungen. Deutsche Familien zogen damals häufig in das Brandenburger Umland. Die sanierten Altbauten waren und sind besonders von deutschen und besser verdienenden Kleinhaushalten gefragt. ExpertInnenMigr-61#

Im Gewerbebereich ist der Leerstand relativ gesehen höher. Von 250 Gewerbeeinheiten sind 20 derzeit nicht vermietet. Dies entspricht dem Berliner Durchschnitt. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation ist es außerordentlich schwierig, das angestrebte Management der Gewerbeansiedlungen im Kiez zu betreiben. Die WIR würde sich eine für lokale und überregionale Kunden attraktive Mischung von Handel, Dienstleistung und Gastronomie wünschen. Derzeit geht es darum, den Bestand stabil zu erhalten. Mit besonders günstigen Mieten wird versucht, die Ansiedlungsziele von attraktivem Gewerbe zu erreichen. ExpertInnenMigr-62#

Momentan herrscht eine geringe Fluktuation der Wohnungsbelegung – dies könnte sich aufgrund der veränderten Sozialgesetzgebung jedoch bald ändern. Die aktuelle Hartz IV-

Gesetzesausführung kann dazu führen, dass Mietparteien, deren Mieten bisher durch das Sozialamt direkt bezahlt wurden, die Mietzahlungen versäumen und Räumungsverfahren eingeleitet werden müssen. Zudem ist ein Trend zu erkennen, dass selbst langjährige Lebensgemeinschaften auseinander ziehen, um der Einstufung als Bedarfsgemeinschaft zu entgehen. Größere Wohnungen könnten aufgrund dessen aufgegeben werden und die Nachfrage nach Einzimmerwohnungen wird aller Voraussicht nach steigen. Alteingesessene Mieter (Beispiel Langarbeitslose/r 55-jährige/r) könnten ebenfalls gezwungen werden, ihre „zu“ große Wohnung zugunsten einer „angemessenen“ Kleinwohnung aufzugeben. Der Wegzug stabilisierender Langzeitbewohner/innen aus ihren Nachbarschaften und u. U. aus dem Kiez steht aufgrund der staatlichen Maßnahmen zu befürchten. Es liegt auf der Hand, dass diese Fluktuationen als staatlicherseits sicher unerwünschte „Nebenwirkungen“ der Gesetzgebung zu kostenintensiven Belastungen der Vermieter und des Kiezes insgesamt führen. Seitens der WIR kann diese Problematik jedoch nicht aufgehalten - nur so gut wie möglich begleitet - werden. ExpertInnenMigr-63#

d) Weitere Hinweise: Das Sozialprestige des Schöneberger Nordens darf nicht allein durch das Erscheinungsbild von täglich und nächtlich auf der Straße agierenden Jugendlichen beurteilt werden. Die im Schöneberger Norden lebenden Berufstätigen sind weniger sichtbar, aber durchaus in hoher Zahl vor Ort ansässig. Die WIR bemüht sich durch aktives Eingreifen darum, das Image des im Kern gesunden Kiezes wieder aufzubessern und sucht Kontakt zu stabilisierenden Bewohnerinnen und Bewohnern. ExpertInnenMigr-64#

Das Zusammenleben von Deutschen, Araber/inne/n, Türk/inn/en, Kroat/inn/en, Serb/inn/en und Russ/inn/en bedarf dabei sicher häufiger der externen Vermittlung bei Konflikten als in homogeneren Vierteln. Es wird gewünscht, dass die Politik dem oft undurchsichtigen Agieren mancher Moschee, die in fast jeder Straße mittlerweile existiert, und den Aktivitäten der Vereine mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. ExpertInnenMigr-65#

Der bereits erwähnte Verein „Jugendwohnen im Kiez“ geht derzeit vor allem auf die jugendlichen Araber aus dem Steinmetzkiez zu. Zur Prävention sollen Sportangebote für Jugendliche und speziell für die Mädchen Selbstverteidigungskurse angeboten werden. Obwohl die Väter mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Zusammenarbeit längst erkannt sind, gelten sie als besonders schwer erreichbar. Ein Projekt, mit dem diese ihr Selbstbewusstsein und eine positive Vorbildfunktion für ihre Söhne und Töchter wieder entwickeln können, ist wünschenswert. ExpertInnenMigr-66#

Nr. 27 - Interview am 26.01.2005, 14.30-16 Uhr im Interkulturellen Haus, Gessler Str. 11, 10829 Berlin mit A. M. H., Imam und Vorsitzender des Vereins Islamische Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime & Freunde des Islam Berlin e.V. ExpertInnenMigr-67#

a) Profil: Die islamische Gemeinschaft deutschsprachiger Muslime besteht seit 1979. In diesem Jahr trat Herr H. in Jordanien vom christlichen zum muslimischen Glauben über. Zuvor war er lange bei den Baptisten engagiert und vor allem in der Jugendarbeit aktiv - davon einige Jahre als Jugendmissionar in Europa. Zuletzt arbeitete Herr H. in der evangelischen Gemeinde Berlin in der Jugend- und Gemeindearbeit. Sein Hauptanliegen ist heute die Vermittlung zwischen den Religionen, die den Glauben an einen Gott gemeinsam haben. Die Geschichte von (türkischen) Muslimen in Berlin reicht bis in das 18. Jahrhundert zurück. In Kreuzberg befand sich bereits 1798 ein islamischer Friedhof (Geibelstr.). Ab 1866 entstand ein neuer Friedhof am Columbiadamm 128. Herr H. führt auf diesem Friedhof und in der dortigen Sehlik-Moschee Führungen und Besichtigungen durch. Das Gelände ist türkisches Hoheitsgebiet. ExpertInnenMigr-68#

Der Verein hat etwa 45 Mitglieder; es gehören jedoch ca. 300 Personen zum engeren Freundeskreis. Alle sozialen Schichten sind vertreten. Meist sind es Deutsche, Türken und Araber. Christen und Juden dürfen gleichfalls Mitglieder werden. Der Verein erhält sich vor allem durch Spenden. Herr H. ist Vorsitzender auf Lebenszeit. Das Interkulturelle Haus geht auf eine Initiative von E. Z. (ehemalige Bürgermeisterin von Schöneberg) und E. D.-W., der Ausländerbeauftragten des Bezirks von 1996 zurück. Im Dezember 1997 wurde es eröffnet. Neben dem o. g. Verein arbeitet hier der Verein Ausländer mit uns, der seit 1982 besteht und von Frau T. S.-K. geleitet wird. Sie vermittelt in interkulturellen Kochkursen Deutschkenntnisse – vor allem für ausländische Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Weitere Vereine im Interkulturellen Haus sind die Assyrische Union und der Verein koreanischer Krankenschwestern und –pfleger sowie Krankenpflegehelferinnen und –helfer. Das Café Interkulturell versteht sich als Zentrum innerhalb des Hauses. Weitere Räume werden durch den Base- und Softballverband Berlin-Brandenburg e.V. genutzt, da der Hausbesitzer die Senatsverwaltung für Jugend und Sport ist. Dieser Verband arbeitet bislang nicht mit den Nachbarvereinen zusammen. ExpertInnenMigr-69#

b) Aktivitäten und Ergebnisse: Es war bereits ein Gründungsanliegen des Vereins, durch Öffentlichkeitsarbeit Vorurteile und Missverständnisse über den Islam in Berlin abzubauen. Die erste Zielgruppe waren daher vornehmlich Christen. Zu den weiteren Schwerpunkten gehören heute Beratungen über religiöse Fragen, Beratung für Ausländer, Ehe- und Lebensberatung, Erziehungsberatung, Workshops, Projektwochen, Jugendprojekte, Krisenintervention, Vorträge über den Islam in Schulen u. a. Einrichtungen, Moscheeführungen, Video- und Infoabende, etc. Eine Besonderheit ist die Möglichkeit der christlichen & islamischen Trauung. Es finden auch Trauerbegleitungen statt. Jugendgruppen fokussieren sich auf Breakdance, Rap, Diskjockeying und Graffities. ExpertInnenMigr-70#

Aus der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins ist zu erfahren, dass es rund 1,4 Mrd. Muslime weltweit gibt. Die Hälfte von ihnen ist unter 25 Jahre alt. In Deutschland leben 3,7 Mio. Muslime, davon besitzen 732.000 die deutsche Staatsangehörigkeit. 7% der 840.000 muslimischen Kinder in Deutschland besuchen Koranschulen der Moscheen. Es gibt ca. 141 Moscheen mit Minarett und Kuppel – bis 2002 waren es 77! Weitere 154 Moscheen sind zur Zeit im Bau. Hinzu kommen 2.255 Gebetshäuser. In Deutschland existieren 2.578 islamische Gemeinden. In Berlin leben 245.000 Muslime, davon besitzen ca. 47.000 die deutsche Staatsangehörigkeit. Ca. 7.500 Deutsche sind muslimischen Glaubens. 3 große Moscheen und ca. 75 Gebetshäuser gibt es in Berlin. Die Berliner Organisationen der Muslime sind die türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) in der Wiener Str. 12, 10999 Berlin mit 14 Moscheen, die Islamische Föderation Berlin (IFB), Boppstraße 4, 10967 Berlin mit 10 Moscheen, die Türkische Föderation, Obentrautstraße 35, 10963 Berlin mit 5 Moscheen und der Verein der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), Lindowerstraße 18, 13347 Berlin mit 9 Moscheen. Weiterhin ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Landesverband Berlin, Kottbusser Damm 75, 10967 Berlin zu nennen. Neben dem Verein von Herrn H. besteht in Berlin noch das Anatolische Alevitische Kulturzentrum, Waldemarstr. 20, 10999 Berlin. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland, Inderstraße 93, 53349 Eschweiler und der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Adenauerallee 13, 53111 Bonn unterhalten keine Berliner Büros. ExpertInnenMigr-71#

Seit dem 11.09.2001 hat sich die Arbeit des Vereins enorm verändert. Radikale Kräfte, die vorher wenig in Erscheinung traten, gewannen in Berlin enorm an Bedeutung. Die Integrationsarbeit ist seit dem weitaus schwieriger geworden. M. D., der Imam der Mevlana-Moschee in Kreuzberg, der kürzlich mit rassistischen Hasspredigten gegen

Deutsche Ungläubige von sich reden machte, ist seit 20 Jahren bei der Islamischen Föderation und Milli Görüs aktiv und galt als integrierter Angehöriger der Muslime in Berlin. Die Radikalität zieht enorm viele Jugendliche in ihren Bann, die auf der Suche nach selbstbewusster Identität und einem äußeren Halt sind. Waren in den 80er und 90er Jahren überwiegend wenige alte Leute in den Moscheen, sind heute allseits junge Menschen in der Überzahl. Das Milli Görüs Jugendzentrum (Jugendtage) im Kottbusser Damm 75 lockt täglich ca. 500 Jugendliche mit ihren attraktiven Angeboten – u. a. Fitnesskurse - in ihre Gemeinden. Hier finden sie Orientierung und lassen sich nicht selten durch dort anzutreffende antidemokratisch orientierte Meinungsführer beeinflussen. Für Herrn H. und seine Freunde ist es dadurch schwieriger geworden, Jugendliche zum Engagement und zu einem Miteinander mit Christen und Juden zu bewegen. Fanatiker haben wiederholt versucht, im Interkulturellen Haus Einfluss zu nehmen. Es wurde moniert, dass Frauen und Männer in einem Café zusammen sitzen können und Frauen keinen Schleier tragen. Herr H. kann als Korankundiger mit Gegenargumenten glänzen, doch die Fanatiker erkennen dies nicht an. Diese Leute kommen heute nicht mehr in das Haus. Seit dem 11. September 2001 erhielt Herr H. Morddrohungen sowohl von deutschen, als auch von ausländischen Fanatikern. ExpertInnenMigr-72#

c) Perspektiven im Schöneberger Norden: Herr H. wohnt am Nollendorfplatz; er kennt das Gebiet daher bestens. Für ihn hat sich in den vergangenen Jahren kaum etwas verändert. Herr H. arbeitet vor allem im kirchlichen Bereich. Die Zusammenarbeit mit der Heilig-Kreuz-Kirche am Halleschen Tor ist z.B. als hervorragend zu bezeichnen. Mit dem Quartiersmanagement besteht dagegen zur Zeit keine Zusammenarbeit. Würde Herr H. jedoch z.B. zum Präventionsrat eingeladen, wäre er zur Mitarbeit gern bereit. Der Verein arbeitet aktuell mit folgenden Gruppen zusammen: ARK (Arbeitsgemeinschaft der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Berlin), AG Interreligiöse Gespräche Berlin, Arbeitskreis für den Frieden, Friedensprojekt mit Opfern des Konflikts im Nahen Osten (Gruppe Berlin) u.v.a.m. ExpertInnenMigr-73#

Im Schöneberger Norden sind vor allem vier muslimische Gebetshäuser zu nennen: Cuba Camii, Crellestraße 44, Milli Görüs-Moschee in der Hauptstraße 150, DITIB-Moschee in der Katzlerstraße 15 und die Samarkant-Moschee eines Mystikerkreises in der Kurfürstenstraße 37. Arabische Muslime wenden sich an die Al Nur (das Licht)-Moschee in der Neuköllner Haberstraße 3 oder an die Tumma -Moschee in der Skalitzer Straße 33 in Kreuzberg. Die Zusammenarbeit mit den Kollegen von dort gestaltet sich unterschiedlich. Teilweise ist der Kontakt aufgrund von Konflikten (s. o.) schwer gestört. ExpertInnenMigr-74#

Nr. 28 - Interview am 19. Mai 2004 von 14 bis 15 Uhr mit S. R., (Straßen-) Sozialarbeiterin und (Geschichts-) Lehrerin, GANGWAY e.V. Straßensozialarbeit in Berlin. Team Schöneberg, Dominicusstraße 41, 10827 Berlin. ExpertInnenMigr-75#

a) Profil: Gangway gibt es seit 1991 in Berlin. Damals galt die Straßensozialarbeit für die Jugendarbeit in Berlin als innovativ. Zuvor gab es ähnliche Ansätze bereits in Hamburg. In Berlin suchte man bis dahin nur in der Sozialarbeit mit Drogensüchtigen den Kontakt auf der Straße. Die ersten von heute 13 Bezirksteams des Gangway e.V. entstanden in Kreuzberg, Wedding und Reinickendorf. Das Team Schöneberg gründete sich Anfang 1992 und residierte zunächst in der Pallasstraße. Seit 2000 ist es am gegenwärtigen Standort. ExpertInnenMigr-76#

Insgesamt arbeiten 52 Leute bei Gangway, davon 46 Straßensozialarbeiter/innen. Der Senat für Jugend finanziert die Arbeit des Vereins. Bezirke können dort Anträge auf Unterstützung stellen und kofinanzieren gegebenenfalls die Aktivitäten. In Schöneberg gibt es drei Stellen: Neben der Interviewpartnerin arbeitet ein marokkanischer Kollege und

eine türkische Kollegin für Gangway. Eine Stelle und die Betriebskosten finanziert der Bezirk; die Räume wurden von der Wohnungsbaugesellschaft GSW unentgeltlich überlassen. Die finanzielle Situation im Land Berlin führte bereits 1996/97 zu einem Stellenabbau bei Gangway auf 23 Stellen. Obwohl das Projekt inzwischen wieder stärker unterstützt wird, ist die Arbeitsperspektive nur eine relativ gesicherte. ExpertInnenMigr-77#

Bis vor 2 Jahren hat Gangway in Schöneberg-Nord gearbeitet. Nun konzentriert sich die Tätigkeit auf die Schöneberger Insel und den rund 500 Wohnungen umfassenden Block Dominicusstraße/ Ebersstraße. Ca. 150 Jugendliche (fast ausschließlich Migranten und überwiegend männliche Jugendliche) gehören zur „Zielgruppe“. Die Arbeitsschwerpunkte sind Hilfestellung bei Bewerbungen um Lehrstellen, Unterstützung bei Behördengängen, insbesondere in Bezug auf Rechtsfragen im Fall von Prozessen, aber auch Freizeitangebote wie Fußball, gemeinsames Kochen, Ausflüge zu brandenburgischen Dörfern, in den Heidepark Soltau, Go-Kart-Fahrten, etc. Die Jugendlichen beteiligen sich mit etwa 50% der Kosten. Statistiken werden nicht geführt, doch über die Arbeit gibt es Jahresberichte. Gangway vertritt die Interessen der Jugendlichen auch innerhalb von Arbeitskreisen, in denen es um Sicherheitsfragen der Anwohnerschaft (meist Deutsche ohne direkten Kontakt zu den Jugendlichen) geht. Konflikte entzündeten sich an Sachbeschädigungsvorfällen (bemalte Hauswände, beschädigte Fahrzeuge, etc.), die seitens der Jugendlichen mit Langeweile begründet werden. ExpertInnenMigr-78#

b) Aktivitäten und Arbeitsergebnisse: Gangway hatte bis 2002 mit Jugendlichen um den Sozialpalast/Pallaseum im Quartiersmanagementgebiet gearbeitet. Der Kontakt mit den zu Beginn 14 bis 22-jährigen war gut, bis die ursprüngliche Gruppe sich nach 10 Jahren (altersbedingt) aufgelöst hatte. Zur Nachfolgeneration Jugendlicher baut derzeit der Verein Outreach e.V. Kontakt auf. Waren die Outreach-Leute bislang in Friedenau/Grazer Platz tätig, übernahm Gangway inzwischen diesen regionalen Schwerpunkt. ExpertInnenMigr-79#

Die aktuelle Gruppe besteht zu 75% aus männlichen Jugendlichen. Sie sind überwiegend türkischer Herkunft. Es gibt auch relativ viele arabische Jugendliche und vereinzelt Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien, Albanien, Griechenland und Italien. Deutsch ist die gemeinsame Sprache, die jedoch längst nicht alle als Schriftsprache beherrschen. Mädchen sind dazu eher in der Lage. Gangway-Angebote werden vielfach als Dienstleistungsangebote genutzt. Insgesamt ist zu beklagen, dass große Defizite an Angeboten für die Jugendlichen bestehen. Bedingt durch die Arbeitslosigkeit sind sie vom Konsum weitgehend ausgeschlossen und halten sich in ihrer freien Zeit viel im öffentlichen Raum auf. Da kommt es aufgrund der bei vielen bestehenden Unzufriedenheit mit den Lebensumständen zu Rivalitäten und Streit untereinander bis hin zur Körperverletzung. An den Auseinandersetzungen sind schnell ganze Gruppen beteiligt. Dennoch fällt positiv auf, dass seit 6 Jahren eine sinkende Jugendkriminalität festgestellt wird. ExpertInnenMigr-80#

Schwerpunkte notwendiger Integrationsarbeit sind Abbau von wechselseitigen Vorurteilen, die seitens der Migrant/inn/en gegenüber Deutschen ebenso existieren wie umgekehrt. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Auswirkungen von Vorurteilen entsprechend der Hierarchie zwischen Einheimischen und Migrant/inn/en sehr unterschiedlich sind. Die Jugendlichen bemerken erst bei näherem Hinsehen, dass ihre Einstellung den jeweils anderen gegenüber von falschen Vorstellungen geprägt wurde. ExpertInnenMigr-81#

Die meisten der von Gangway betreuten Jugendlichen kennen von zu Hause eine klare Geschlechtertrennung und Hierarchie. Mädchen sind durch ihre Erziehung, an der große Teile der Nachbarschaft durch soziale Kontrolle teilnehmen, viel eingeschränkter in ihrer Bewegungsfreiheit und begehren selten dagegen auf. Sie greifen eher zu Listen und Ausflüchten, um sich mehr Rechte „herauszunehmen“. Jungen legen im täglichen Umgang

miteinander äußerst großen Wert auf Stärke und Kraft. Sie stabilisieren damit eine Hierarchie, die Schwäche und Schwächere verachtet. Mädchen, aber auch schwule Jungen bekommen unter diesen Voraussetzungen nur schwer Anerkennung und Respekt. ExpertInnenMigr-82#

Trotz aller Vorbehalte gegenüber Deutschen, die durch den Rassismus vieler Deutscher genährt werden, fühlen sich die meisten der Jugendlichen in Schöneberg wohl. Sie haben sich sogar in ihrer diskriminierten Situation „eingerichtet“, was durch Aussagen wie „Deutsche kann man gut abziehen, die halten nicht so zusammen wie wir“ unterlegt wird. Erst durch positive Erfahrungen, die die Jugendlichen mit Migrationshintergrund aufgrund der Schulsituation (90% Nicht-Deutsche in den Klassen) frühestens in der Berufsschule durch direkte Begegnungen mit Deutschen machen (können), verändert sich die Einstellung und eröffnet Chancen für gegenseitigen Respekt oder sogar Freundschaften. ExpertInnenMigr-83#

Gesellschaftskritisch ist anzumerken, dass die in der westlichen Welt vorherrschende Tendenz der Individualisierung dazu geführt hat, dass viele Migrant/inn/en (auch Aussiedler/innen) manchen Verhaltensweisen der Einheimischen gegenüber kein Verständnis aufbringen. Die in den 60er und 70er Jahren einsetzende „Befreiung von autoritären Strukturen“ wird als verantwortungslos empfunden und als Bedrohung für die eigene Kultur. Jugenddelinquenz erscheint in diesem Licht als logische Folge fehlender Normen und Werte in der Welt der Erwachsenen. Es mag den Jugendlichen erscheinen, dass es legitim ist, wenn „jeder gegen jeden“ seinen persönlichen Vorteil auf Kosten Schwächerer sucht. Das Recht wird dann so empfunden, dass es je nach Machtverhältnis auslegbar wird. Vor diesem Hintergrund erscheint das Entstehen „paralleler Gesellschaften“ als Notwehr gegen eine als „falsch und ungerecht“ erlebte städtische Umwelt. ExpertInnenMigr-84#

Ein spezieller Kontakt zu Sanierungsträger-, Mieterberater-, Quartiersmanagerfirmen besteht nicht. Während Gangway vor Ort mit den praktischen täglichen Problemen der jungen Bewohner/innen konfrontiert und befasst ist, werden die Planer/innen mehr als Theoretiker/innen erlebt, deren große Schwäche darin besteht, dass sie wenig Bezug zu den Menschen haben, in deren Interesse sie arbeiten sollten. Die Schwerpunkte sollten sich eigentlich ergänzen, aber man spricht nicht die gleiche Sprache. Immerhin ist sichtbar, dass die Gegend um den Sozialpalast/ das Pallaseum deutlich attraktiver geworden ist. ExpertInnenMigr-85#

c) Aktuelle Entwicklung und Perspektiven im Schöneberger Norden: Probleme bestehen nach wie vor im Bereich Steinmetz-/Alvenslebenstraße. Es müsste ein Nachbarschaftszentrum für arabische Familien geschaffen werden, um diese Bevölkerungsgruppe aus ihrer Isolation zu holen. Es gibt Angebote für türkische Männer, aber nicht für Araber. ExpertInnenMigr-86#

Ein weiterer Schwerpunkt von öffentlicher Förderung sollte die kulturell äußerst verarmte „Insel“ um den Leuthener Platz werden. Der Jugendtreff der Arbeiterwohlfahrt in der Gotenstraße und der Bolzplatz zwischen Goten- und Leberstr. reichen als Angebote für die Jugendlichen nicht aus. ExpertInnenMigr-87#

Die Gasometer-Neuplanung sollte ausreichend Angebote für die Jugendlichen mit vorsehen. Was nützt ein neuer Kulturkonsumplatz gehobenen Niveaus, wenn die Anwohner/innen sich den Besuch dort nicht leisten können? ExpertInnenMigr-88#

Nr. 29 - Interview am 14.02.2005, 10 - 11.30 Uhr mit der Stadtteilmediation Tiergarten Süd, Studienrätin C. S., Dennewitzstraße 34, 1. OG, 10783 Berlin. ExpertInnenMigr-89#

a) Profil: Das Projekt Stadtteilmediation wird durch den Quartiersfonds des Gebietes Magdeburger Platz, das nördlich des Gebietes Schöneberger Norden liegt, seit 2002 mit ca. 23.000 € gefördert. Die Leiterin C. S. hat das Projekt im Jahr 2001 vorbereitet. Sie lebt

seit 20 Jahren in Berlin, arbeitete vor Ihrer Mediationsausbildung als Studienrätin und kennt den hohen Bedarf an Vermittlungen in Konfliktfällen aus dem Schulbereich. Das in rund 150 Berliner Schulen positiv aufgenommene Konfliktlotsenmodell, nach dem speziell dafür vorbereitete Schüler/innen sich in Konfliktfällen als Schlichter/innen zur Verfügung stellen, soll auf die Gemeinwesenarbeit im Stadtteil übertragen werden. Im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Kultur, in der dieses Vorgehen heute üblich ist, trifft diese für Deutschland recht neue Methode hier bisher auf eine zögerliche Resonanz. ExpertInnenMigr-90#

Durch die 2002 abgeschlossene Jahresausbildung mit insgesamt 80 Unterrichtsstunden von 15 Mediator/innen aus dem Stadtteil (50% Anwohner/innen, 50% Angehörige lokaler Institutionen) konnte sich das Projekt bereits erweitern. Die ausgebildeten Kräfte stehen im Gegenzug zu ihrer kostenlosen Ausbildung für Mediationsfälle zur Verfügung. Derzeit arbeitet Frau S. mit 13 Ehrenamtlichen zusammen. Einmal trifft man sich jeden Monat im Plenum und bespricht neben den Fällen auch gemeinsame Aktionen, wie z.B. die Teilnahme am Bücherbasar unter den Bülowbögen mit einem Büchertisch zur Selbstdarstellung. Das Ziel von Mediation ist, Einzelne in Konfliktfällen aus der verbreiteten Opfermentalität herauszuführen, ihnen Konflikte als positive Lernanstöße begreiflich zu machen, kreative Lösungen zu finden, mit denen beide Seiten leben können und schließlich: Beziehungen zu heilen. Manchmal ist der Übergang zum Täter-Opfer-Ausgleich fließend. ExpertInnenMigr-91#

b) Arbeitsschwerpunkte: Nach der Ausbildungsphase hatte die Öffentlichkeitsarbeit in der Aufbauphase bis Ende 2003 Priorität. Flyer wurden erstellt und Frau S. nahm Kontakt zur Polizei und anderen Hilfsorganisationen im Kiez auf, um die Konfliktlage im Gebiet zu ermitteln. Wichtige Partner in der Vernetzungsarbeit wurden u. a. das Quartiersmanagement Magdeburger Platz, die evangelische Kirche, die Interessengemeinschaft Potsdamer Straße, das Café Olga (eine Anlaufstelle für Prostituierte) und die Schulen des Gebietes. Seit August 2003 werden die von der WIR Wohnungsbaugesellschaft kostenfrei bereit gestellten Räume im Schöneberger Norden durch das Projekt genutzt. ExpertInnenMigr-92# Einzelne Mediationsfälle wurden bereits 2003 bearbeitet, ein stärkerer Zulauf ist seit 2004 zu verzeichnen. Ein Kurzbericht des Projekts vom 31.07.2004 benennt 23 Fälle im ersten Halbjahr. Neben der Mediation mit beiden Konfliktparteien werden auch Einzelberatungen angeboten. Oft kommen die Menschen mit ernststen Konflikten erst im fortgeschrittenen Stadium, wenn ein gemeinsames Gespräch aufgrund verfahrenerer Haltungen viele Ängste bei den Streitparteien hervorruft. Die Anwohnerschaft hat offenbar recht große Bedenken, sich bei Streitigkeiten – meist in der Nachbarschaft – frühzeitig zusammen zu setzen. Es geht häufig darum, allein selbst Recht haben zu wollen und dafür Unterstützung zu suchen. Es gibt noch viel zu tun, damit sich die Erkenntnis durchsetzt, dass auf diese Weise meist beide Seiten verlieren. ExpertInnenMigr-93#

Im Gegensatz zu Berlin bildet ein vergleichbares Projekt in London jährlich neue Mediatorengruppen aus. Damit dies sich in Berlin in ähnlicher Weise entwickelt, ist noch Pionierarbeit zu leisten. Es gibt neben dem Tiergarten-Schöneberger Modell noch ähnliche Projekte in Marzahn, Wedding und Mitte. Jedes Projekt sucht unterschiedliche Wege und setzt andere Schwerpunkte, z.B. ist im Wedding durch die Anbindung an den Verein GIS e.V. (Xenos-finanziert) die Integration von Migrant/inn/en ein wichtiger Schwerpunkt. ExpertInnenMigr-94#

Hier kommen überwiegend Deutsche in die Beratung, auch Türk/inn/en und andere Nationalitäten, aber keine Araber/innen, obwohl sie eine der stärksten Anwohnergruppen bilden. Dies mag an der traditionellen arabischen Vorgehensweise liegen, nach der Familienälteste bei internen Streitigkeiten entscheiden. Auch dann gäbe es jedoch noch immer

einen Bedarf nach Beratung in externen, interkulturellen Streitfällen. ExpertInnenMigr-95#

c) Aktuelle Situation und Perspektiven im Schöneberger Norden: In vielen Konfliktfällen geht es um Lärmprobleme und gegenseitige Vorwürfe unter Nachbarn. Ein Fall musste zwischen einer etwa 70jährigen allein stehenden deutschen Frau und einer türkischen Teilfamilie (Mutter und Tochter) gelöst werden. Die Ältere fühlte sich durch ruhestörenden Lärm der über ihr wohnenden jüngeren Leute belästigt, Beschwerden führten nicht weiter und der Streit eskalierte über Beleidigungen bis zu Handgreiflichkeiten. Aufgrund ihres Leidensdrucks suchte die Ältere Hilfe bei der Mediation. Es kam zu Einzelgesprächen mit beiden Konfliktparteien und man konnte Regelungen für lärmfreie Zeiten und gegenseitige Rücksichtnahme finden. Dies wäre ohne Hilfe von außen für die Betroffenen nicht möglich gewesen. Dieser typische Fall sollte dazu führen, dass auch Wohnungsbaugesellschaften sich stärker in diesem Feld engagieren. Durch rechtzeitiges und fachkundiges Einschreiten können monatelange Nachbarschaftskonflikte, die sich im weiteren Umfeld auswirken können und evtl. zu häufigen Umzügen führen, beigelegt werden. Noch hat sich diese Erkenntnis nicht durchgesetzt. ExpertInnenMigr-96#

Im Gegensatz zum Tiergartener Quartier ist die Anbindung an das Schöneberger Quartiersmanagement schwach ausgeprägt. Dies wird von Seiten der Mediation bedauert. Generell ist zu kritisieren, dass Quartiersmanager/innen in der Regel wenig mit dem Kiez und seinen Problemen vertraut sind. Wenn immer Expert/inn/en für verschiedene Problemlösungen versuchen, diese auf eine bestimmte Stadtregion zu übertragen, besteht die große Gefahr, wichtige Faktoren zu übersehen. So versanden etliche gut gemeinte Ansätze. Die innere Distanz der professionellen Helfer/innen ist für die Anwohnerschaft spürbar und führt häufig zu Misstrauen und Abwehr. Bürger/innen wollen nicht als Vorzeigeobjekte von distanzierenden Profis aus Wirtschaft und Verwaltung/Politik missbraucht werden. Insgesamt wird die Kompetenz der Bewohnerschaft noch immer zu wenig abgerufen und einbezogen. Selbst bei der eigentlich vorbildlichen Regelung, dass Entscheidungen von einem Gremium aus einem Drittel Projektträger, einem Drittel Anwohnerschaft und einem Drittel Verwaltung getroffen werden, setzt sich noch immer häufiger „distanzierte Professionalität“ gegenüber „Lokalkompetenz und -engagement“ durch. ExpertInnenMigr-97#

Ebenso wie im Fall von Nachbarschafts- und Schülerkonflikten fehlt es an Mediation in Konfliktfällen im öffentlichen Raum. Ein Beispiel stellt die Straßennutzung Pohl-/ Kluckstrasse dar. Die verkehrsberuhigte Zone wird gern von Kindern zum Fußballspiel genutzt, was zu Anwohnerbeschwerden führte. Durch die Aufnahme der unterschiedlichen Bedürfnisse kann es gelingen, zum Teil Verständnis füreinander zu wecken und Rücksichtnahme zu fördern, zum Teil können auch weiterführende Angebote wie Streetwork und vermittelte Einladungen von Jugendvereinen in der Nähe dazu beitragen, den Konflikt räumlich zu entzerren. Diese Möglichkeiten werden von der Polizei bereits gern angenommen; es fehlt nach wie vor an öffentlicher institutioneller Förderung von Mediation. Hier könnte das Quartiersmanagement in seiner Funktion als Zentrale mehr Informationen über Konfliktlinien weiterleiten und die Mediation öfter einschalten, andererseits die Verwaltung stärker auf den Bedarf und den hohen Nutzen dieser Methode aufmerksam machen. ExpertInnenMigr-98#

Nr. 30 - Interview am 15.09.2005, 19 – 20.30 Uhr im Outreach e.V., Mansteinstr. 7, 10783 Berlin, mit S. D., Lehrer und Erzieher, Sozialarbeiter, seit 1977 aus der Türkei/Kurdistan nach Berlin gekommen, Vater von zwei erwachsenen Söhnen, 13 Jahre in einem Kreuzberger Schülerladen, seit 1993 im Outreach – einem Projekt des Verbandes für sozialkulturelle Arbeit - tätig. ExpertInnenMigr-99#

a) Profil: Mit seiner Kollegin A. T. sorgt Herr D. durch aufsuchende Straßensozialarbeit für bis zu 200 Jugendliche des Schöneberger Nordens. Als weitere Kollegin ist H. P. durch das Quartiersmanagement befristet im Projekt beschäftigt. Standorte sind zum einen: Mansteinstraße 7, zum anderen ein Bauwagen auf dem Spielplatz Alvenslebenstraße (mit einem Kletterfelsen).ExpertInnenMigr-100#

Outreach war von 1992 bis 2003 im Schöneberger Süden, am Grazer Platz tätig, führte 1997 den Sozialraumbezug ein und untersuchte im Sommer 2002 den Schöneberger Norden auf seinen Bedarf an Präventionsarbeit. Drogenhandel und Jugendgewaltattacken waren damals als Hauptprobleme bekannt. Die Anwohner/innen klagten über ständig notwendige Polizeieinsätze und ein mangelndes Sicherheitsgefühl. Im Auftrag des Jugendamtes arbeitet Outreach seit März 2003 im Quartiersmanagementgebiet. Bis zu 500 Kinder mit sozialen Problemen leben im erweiterten Umfeld, etwa 200 sind im engeren Kreis der Outreach- Aktivitäten bekannt. ExpertInnenMigr-101#

b) Aktivitäten und Ereignisse: Zunächst sorgte Outreach für eine gute Kooperation mit den Behörden. Die Gesundheitsstadträtin vermittelte, dass Outreach günstige Räume in der als Drogenumschlagplatz besonders auffälligen Mansteinstraße erhielt. Gemeinsam mit dem Quartiersmanagement, der AG SPAS und anderen engagierte sich Outreach öffentlich unter dem Motto „Wir erobern uns die Straße zurück“ und zeigte mit offenen Türen und Kaffeerinken vor dem Haus Präsenz. Der Drogenhandel ging dort seitdem spürbar zurück. Ein parallel im Jahr 2003 entstandener Nachbarschaftstreff in der Mansteinstraße 3 zog 2004 in Nr. 8 um. Outreach veranstaltete dort Musikunterricht (Saz-Kurse). Das ehrenamtliche Engagement von sozial engagierten Künstler/inne/n fördert die Bezirksverwaltung bis heute an diesem Ort. ExpertInnenMigr-102#

Die Außenaktivitäten des Vereins Outreach konzentrierten sich auf den Bereich Steinmetzstraße/ Alvenslebenstraße. Etwa 60 bis 70 Kinder leben dort. Ihre Eltern sind zumeist Flüchtlinge mit auch nach vielen Jahren noch ungeklärtem Aufenthaltsstatus. Großfamilien mit bis zu 10 Geschwistern sind nicht sehr ungewöhnlich. Das Geld reicht nie aus, die Kinder gehen klauen, bis sie auffallen und bestraft werden. Die sozialen Probleme sind vielfältig, es drohen immer wieder kriminelle Karrieren. Alternative Angebote sind dringend notwendig. ExpertInnenMigr-103#

Outreach gelang es, die Nutzung des Kletterfelsens auf dem Spielplatz an der Alvenslebenstraße auch den Kindern der Umgebung zu ermöglichen. In den Monaten der Kinderbanden-Aktivitäten der Jahre 2003 und 2004 wurden Klettersportler/innen wiederholt „aus Spaß“ mit Flaschen beworfen. Mitglieder des Alpenvereins konnten durch Outreach zur Kooperation bewegt und ein Kletterer sogar als Trainer gewonnen werden. Outreach sprach u. a. die AOK auf Sponsoring an und hatte Erfolg. Über ein Jahr finanzierte die Krankenkasse die Trainergebühren. Das Kletterangebot für die Kiez Kinder läuft inzwischen im dritten Jahr erfolgreich. Das Beispiel zeigt, dass es hervorragende Plätze und sehr gute Ausstattungen im Kiez gibt, doch die Bevölkerung braucht Ansprache und Ermutigung ebenso wie konkrete Hilfestellung, um den Raum gemeinsam mit den Nachbar/innen (friedlich) zu nutzen. ExpertInnenMigr-104#

Situation im Schöneberger Norden: Die genannten Kinderbanden-Attacken richteten sich über Monate gegen alle möglichen Einrichtungen des Umfeldes der Steinmetzstraße. Zunächst schlugen die Kinder an die großen Fensterscheiben. Reagierten die Laden-, Gaststätten- und Caféinhaber mit Abwehr, steigerten sich die Attacken. Viele waren betroffen: die Gaststätte Kupferkanne ebenso wie ein Norwegisches Restaurant, der Schuhmacher M. ebenso wie das Café P., ein Selbsthilfeprojekt der Berliner Aidshilfe, das vor allem von homosexuellen Männern besucht wurde. ExpertInnenMigr-105#

Diese suchten bereits im Frühjahr 2003 die Hilfe von Outreach und hatten enorme Erwartungen an einen „durchgreifenden“ Erfolg. Herr D. suchte – gegen eigene Hemm-

schwollen - das als „Schwulenladen“ verrufene Café auf, um sich die Sorgen des Vorstandes anzuhören. Einer der Gäste des Cafés aus Neukölln übertrug offenbar in Neukölln Erlebtes prompt auf Herrn D. und konfrontierte diesen mit seinem Vorurteil, alle Türken trügen Messer und bedrohten Schwule. Selbst wenn der Vorstand diese einzelne Aussage zu relativieren suchte, weist der Vorfall auf pauschale und damit latent aggressive Vorbehalte einiger der (überwiegend deutschen) Cafégäste hin. Dies erschwerte eine gemeinsame und vertrauensvolle Suche nach Lösungen für den nachbarschaftlichen Konflikt. ExpertInnenMigr-106#

Während andere Angriffsbetroffene am Platz blieben und – dank des Engagements von Outreach - inzwischen wieder relative Ruhe im Kiez eingekehrt ist, verließ das Café seinen Standort. Die Betreiber und Gäste gehörten als Homosexuelle bis vor wenigen Jahrzehnten selbst zu den Ausgegrenzten in der deutschen Bevölkerung. Sie zeigten (dennoch) wenig Verständnis für die Notlage der aktuell u. a. aus sozialen Gründen tendenziell ausgegrenzten Angreifer. Auf der anderen Seite fühlen sich Migrant/inn/en von den Forderungen nach Akzeptanz einer von ihnen als „haltlos“ erlebten Sexualmoral in Deutschland – verbunden mit der relativen Häufigkeit von homosexuellen Treffpunkten gerade in Schöneberg - oft überfordert. Anlässlich des Vorfalls um das Café P. regte Outreach mit „seinen“ Jugendlichen Diskussionen über Homosexualität an und trug zur Aufklärung über das Tabu bei. Im August 2005 fand ein organisierter Besuch mit einigen Jugendlichen im Infoladen für Homosexuelle, Man(n)-o-meter, statt. Hier wurde Pionierarbeit zum Abbau von Hemmschwellen und Vorurteilen geleistet. ExpertInnenMigr-107#

c) Weitere Perspektiven: Das Hauptproblem der Jugendlichen liegt im mangelnden Platz innerhalb der Gesellschaft – räumlich ebenso wie ideell betrachtet. Durch ihr auffälliges, unbequemes und aggressives Auftreten „fliegen“ sie schnell aus gewöhnlichen Jugendtreffs heraus. Vereine kosten Geld, was die Eltern der Jugendlichen nur selten aufbringen können. Drogenhandel, Glücksspiel und andere kriminelle Handlungen wird von einigen Jungen zunächst als Ausweg aus Armut und Langeweile gesehen, später als Sackgasse erkannt. ExpertInnenMigr-108#

Herr D. sieht einen enormen Bedarf an psychologischer Beratung und Betreuung der Jugendlichen und ihrer Eltern. Etwa fünf Jugendliche sind aktuell durch richterliche Empfehlung Kandidaten für Anti-Gewalt-Trainings. Etwa 60 weiteren Jugendlichen wäre diese Maßnahme ebenso anzuraten. Die Vermittlung gestaltet sich aus Finanzierungsgründen schwierig. Immerhin bieten sich durch das Quartiersmanagement neue Möglichkeiten. ExpertInnenMigr-109#

Outreach bietet Platz zum Erledigen der Hausaufgaben und manchmal Nachhilfeunterricht, auch für die Oberstufe. Der Bedarf übersteigt die Möglichkeiten bei weitem. In der Berufsvorbereitung und bei Ausbildungsplätzen ließe sich bei verstärkter Nutzung (z. B. Schichten) mehr für die unbeschäftigten Jugendlichen erreichen. Etwa 15 Jugendliche sind heute daran interessiert, Schulabschlüsse nachzuholen; dies sollte gefördert werden. ExpertInnenMigr-110#

Mädchen sind seltene Gäste von Outreach. In der traditionellen türkischen Gesellschaft gelten Mädchen, die Freizeitkontakte zu Jungen suchen, als „Schlampen“. Für Mädchen aus Migrantenfamilien gibt es vor allem im Café Pink oder auch an Mädchentagen in anderen Jugendtreffs, z. B. im Treff 62 in der Katzlerstraße, spezielle Angebote. Jungen reagieren in der Regel sauer, wenn sie für die Mädchen auf „ihren“ Treff verzichten sollen. ExpertInnenMigr-111#

Religion spielt eine erhebliche Rolle bei der Erziehung Jugendlicher. Überforderte Eltern überlassen Erziehungsaufgaben traditionell Religionslehrern, hier den Imamen. Der Berliner Senat ignorierte über viele Jahrzehnte weitgehend die Gefahr, dass Fundamentalisten den muslimischen Migrant/inn/en die so dringend benötigten positiven Identitäts-

modelle bieten, die ihnen die deutsche Politik meist vorenthielt. Auch im Schöneberger Norden wuchs die Kluft zwischen religions- und traditionsbewussten Migrant/inn/en und „ungläubigen“ Deutschen und ist heute stärker spürbar als in den Jahren und Jahrzehnten zuvor. Im Rathaus Schöneberg findet zu diesem Thema (Islam in der Jugendarbeit) am 8. November 2005 eine Tagung u. a. mit dem Imam M. H. statt. ExpertInnenMigr-112#

Wie viele der genannten Beispiele zeigen, ist das ständige Bemühen um gegenseitiges Verstehen seiner Nachbar/inne/n unerlässlich für ein friedliches Zusammenleben im Kiez. Besonders in den Schulen ist aus Sicht von Outreach ein häufigerer und selbstverständlicherer Kontakt zwischen Eltern und Lehrer/inne/n wichtig. Seltene, straff organisierte Elternabende gehen dagegen häufig am Bedarf vorbei. Ein Café an jeder Schule könnte viel Positives bewirken. Die Diskussion um Normen und Werte und wer sie wo kontrolliert und durchsetzt, ist ebenso verstärkt zu führen. Verunsicherte Eltern anderer Kulturen können deutsche Normen oft nicht nachvollziehen und neigen zur Vorstellung, in Deutschland gäbe es gar keine Werte mehr. Es muss mehr aufgeklärt und über Fragen und Vermutungen miteinander geredet werden, um nicht gefährlichen Sektierern das Feld zu überlassen. ExpertInnenMigr-113#

Die Tendenzen zur Abschottung und Vereinzelung wurden stärker. Vor 10 Jahren waren die Gruppen der Jugendlichen noch um die 15-20 Leute stark. Heute vereinzeln auch sie mehr und mehr. Je nach Neigung und Vorlieben gibt es immer kleinere „Einheiten“, bis nur noch einzelne Individuen übrig bleiben. Darin sieht Herr D. einen Verlust an Nähe und auch an Gemeinschaftssinn. ExpertInnenMigr-114#

Outreach tritt der Vereinzelungstendenz mit vielen Freizeitangeboten entgegen. Höhepunkt des Jahres ist ein zweiwöchiger Türkeiurlaub mit jeweils 18 Jugendlichen. Eine Woche verbringt man in einem Dorf nahe der Stadt Istanbul und hilft, einen Schulhof zu renovieren. Zum Abschluss gibt es ein gemeinsames Fest. Eine weitere Woche geht es nach Antalya, in eine Partnerschule. Die Jugendlichen erleben ein Abendessen als Gast einer Familie. Ein Märchentag sorgt mit Vorlesen deutscher und türkischer Märchen für interkulturellen Austausch. Nachdem dieses Angebot im vergangenen Jahr durch das Quartiersmanagement bezahlt wurde, ermöglichte in diesem Jahr die Schöneberger „Stiftung Umverteilung für eine solidarische Welt“ die für die Jugendlichen so besondere und lehrreiche Fahrt. ExpertInnenMigr-115#

Nr. 31 - Interview am 26.09.2005, 14 – 15.30 Uhr in der Lesbenberatung, Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin mit S. S., Dipl.-Psych., Beraterin (nicht nur) für lesbische Migrantinnen, Projektleiterin Les MigraS (2001-2004), Mutter, Partnerin in einer Frauenbeziehung. ExpertInnenMigr-116#a) Profil: Persönlicher und Arbeits-Hintergrund: ExpertInnenMigr-117#

S. kam 1985 nach Deutschland. In Teheran hatte sie Mathematik und Chemie studiert, bevor sie wegen linkspolitischen Engagements seitens der islamistischen Regierung Studienverbot erhielt. Sie lebte zunächst bei Verwandten in Hannover und hoffte (vergebens) auf politische Veränderungen, die ihr eine Rückkehr ermöglicht hätten. 1998 stellte sie einen Antrag auf Asyl, dem 1991 stattgegeben wurde. Seit 2001 besitzt sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie lebt seit ca. 10 Jahren in Berlin, schloss das Psychologiestudium an der FU Berlin ab und arbeitet seit ebenfalls etwa 10 Jahren in der Lesbenberatung. Migrantinnen und interkulturelle Beratung begann die Lesbenberatung, die eher als Projekt weißer Frauen wahrgenommen wurde, etwa 1998. Hauptanliegen ist es, den Migrantinnen den Kontakt mit der eigenen Stärke zu vermitteln. Zu Veranstaltungen kommen zwischen 15 und 40 Frauen, monatlich sind etwa 6 Migrantinnen in der Beratung. Es wird geschätzt, dass ca. 2.000 potentielle Nutzerinnen des Angebotes in der „multikulturellen“ Stadt Berlin leben. ExpertInnenMigr-118#

b) Konfliktlage: Lebens(stil)konflikte lesbischer Migrantinnen: ExpertInnenMigr-119#

Eines der Hauptthemen ist die soziale Isolation vieler Lesben mit (und auch ohne) Migrationshintergrund. Es kommen Frauen zur Beratung, die nach Jahren der Beziehung (mit einer Deutschen) unter dem Angewiesensein auf die Freundin etwas ändern möchten und Unterstützung suchen. Coming-out ist mindestens ein ebenso wesentliches Thema. Weitere Probleme umfassen Gewalterfahrungen – auch innerhalb der Beziehungen, Trennungskonflikte und psychosoziale Belastungen. Transsexualität ist ebenso Beratungsthema, wie Kinderwunsch oder die Frage nach guten (lesbenfreundlichen) Therapieeinrichtungen. ExpertInnenMigr-120#

Religion und Konflikte um Werte, Normen und Moral spielen ebenfalls eine Hauptrolle, besonders für Migrantinnen aus dem katholischen (lateinamerikanischen, polnischen) und dem islamischen (vor allem türkisch-kurdischen) Kulturkreis. Die Lesbenberatung hat verschiedene Veranstaltungen zu dem Thema: Christen, Juden, Moslems und Homosexualität durchgeführt. Der Umgang der Betroffenen reicht von selbstbewusster Auseinandersetzung (Gott/ Allah hat uns so geschaffen und das kann nicht falsch sein – Pädophilie ist eine Sünde, Homosexualität eine Variante der Liebe zwischen Erwachsenen) bis zum ängstlichen Verstecken der Homosexualität. Im Islamischen Kulturkreis haben Imame sehr viel mehr Macht und es ist verpönt, zu diskutieren. Andere Religionen unterliegen stärkerer Kontrolle durch öffentliche Diskussion der Dogmen. Wie eine Gläubige mit ihrer Religion umgeht, scheint sozial unterschiedlich zu sein. Liberale Auslegungen erlauben sich besser Gestellte. Sozial Schwächere versuchen, sich streng an orthodoxen Regeln zu orientieren. ExpertInnenMigr-121#

In Berlin gibt es orthodoxe Islamvereine, die Jugendlichen verlockende Freizeitangebote (Sport, Kultur, Aktivitäten) machen und sie dabei anhalten, dem orthodoxen Islam zu folgen. Ihr Programm richtet sich vordergründig gegen den Rassismus in Deutschland. Sie vertreten islamische Werte, die Homosexualität als westliche Dekadenz ebenso verteufeln wie freie Sexualität und Gleichberechtigung von Frauen. Die Vereine entfalten über Geschwisterpropaganda (große Brüder) eine hohe Verbreitung in der migrantischen Community Berlins. ExpertInnenMigr-122#

In Berlin leben viele Menschen, auch Migrant/inn/en in der dritten Generation als Arbeitslose. Ein dort geborenes Kind bekommt überhaupt keine Hilfestellung, um zu verstehen, warum es in Deutschland geht. Wie funktioniert Schule? Akzeptanz von Diebstahl? Wie kommt man zu einer Erwerbsarbeit? In einem unaufgeklärten Klima blühen Vorurteile und Legenden. ExpertInnenMigr-123#

Von einzelnen rechtsradikalen Gewalttätern in Deutschland wird auf Deutsche insgesamt geschlossen: „Die“ wollen „uns“ hier nicht, wir werden diskriminiert,... ExpertInnenMigr-124# Es kommt zu einem vereinfachten Schwarz-Weiß-Denken, das Aggressionen statt Kommunikation fördert. Die kulturellen Differenzen werden noch von den ökonomisch-sozialen Differenzen übertroffen. ExpertInnenMigr-125#

Migrant/inn/en erleben sich als ökonomisch chancenlos, wertlos, ausgegrenzt. Viele sehen nicht den Gesamtzusammenhang ihres „Einzelschicksals“. Auch die Pisa-Studie zeigte die Abhängigkeit der Bildung von Kindern vom Reichtum ihrer Eltern – Diskriminierung ist von der sozialen Schicht abhängig, mehr noch als vom kulturellen Hintergrund. Die Wut der Betroffenen richtet sich meist gegen (noch) Schwächere, wie z. B. ebenfalls von Diskriminierung betroffene Homosexuelle, aber auch gegen Frauen. Da kommt es auch vor, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund deutsche Homosexuelle belästigen. ExpertInnenMigr-126#

In der Analyse islamischer Länder gilt der Westen als Feindbild: ExpertInnenMigr-127#

Kapitalisten betreiben wirtschaftlichen Raubbau an anderen Ländern. Im Zuge dessen entwickelt der kapitalistische Westen eine destruktive Kultur mit unmenschlicher Se-

xualität, wild und ausbeuterisch. Deutsche gelten als pervers, aggressiv gegen Ausländer und Nazi-Mörder. Lesben maßen sich Männlichkeit an, Schwule (noch unverständlicher!) Weiblichkeit und die vielen nackten Frauen in der Werbung beweisen das Fehlen jeglichen Schamgefühls. Selbstbewusste Menschen gelten als aggressiv und egoistisch. ExpertInnenMigr-128#

Auf Seiten der Deutschen herrscht ebenfalls Wut: „Die“ Migranten behandeln „uns“ schlecht und sind aggressiv. Das kulturell trennende, die Schwächen im Zusammenleben werden überbetont. Deutsche (auch Homosexuelle) sind dann anfällig für Rassismus, für unsensibles, undifferenziertes „Dichtmachen“ gegenüber allen Migrant/inn/en. ExpertInnenMigr-129#

c) Perspektiven: In Schöneberg treffen Homosexuelle und sozial eher schlecht gestellte Migrant/inn/en aufeinander – eine schwierige Nachbarschaft. Nähe schafft noch lange kein Vertrauen, wenn nicht unter hohem persönlichem Einsatz mühsame Annäherungsarbeit geschieht. Dies passiert nur sehr punktuell. S. selbst erfuhr häufig Anmache und blöde Sprüche (Lesbe!) von türkischen Jungen auf dem Hof der Lesbenberatung. Seit sie als Mutter in einer nahe gelegenen Kita bekannt wurde, erweisen die gleichen Jungen ihr Respekt. ExpertInnenMigr-130#

Sowohl das Engagement des Quartiersmanagement bewegt etwas durch Vernetzung als auch die Arbeit im Beirat des Bezirksamtes, aber die Zeit ist im Tagesgeschäft nicht immer gegeben. Die Situation in Schöneberg ist – bis auf wenige Ausnahmen - kaum ermutigend. Es kommt eher zu verfestigten Vorwurfshaltungen und Abgrenzung. Die Aggressionen steigern sich überall. Uralte Feindbilder zwischen Migrant/inn/en und Deutschen haben sich ausgebildet und verfestigt. Sie dienen jeweils der Rechtfertigung der eigenen Aggressivität. Unter diesen Umständen steigert sich die Angst einer islamisch erzogenen lesbischen Frau enorm davor, in Deutschland ihre Familie für eine Deutsche zu verlassen. Drohende Isolation ist ein hoher Preis, zumal die „soziale Kälte“ als Schattenseite der Freiheit in Deutschland durchaus nicht nur als Zerrbild vorkommt. ExpertInnenMigr-131#

S. arbeitet an einem Konzept für mobile Aufklärungsarbeit für Migrantinnen. Die Hemmschwellen im Zugang zur Lesbenberatung sind für viele potentielle Interessentinnen noch zu hoch. ExpertInnenMigr-132#

Gruppeninterview

Interview mit vier arabischen Jugendlichen im Outreach-Zentrum, Mansteinstr. 7, 10783 Berlin, am 21.03.2006, 17:50-18:20h (Transkript):

GruppeJugendliche-1#**Fragen der Interviewerin (fette Schrift)** an Mahmud, Ahmed, Ali und Azzam; die beiden letztgenannten kommen mit Verspätung hinzu. Alle vier kennen sich gut. Es sind noch ca. 10 andere Personen im Raum und vor der Eingangstür des Zentrums. An einem Tisch findet das Interview statt; der Betreuer (Nureddine) hält Abstand. Die Jugendlichen werden um Zustimmung zur Aufnahme des Gesprächs mit Tonband gebeten, die nach erstem Zögern erteilt wird. GruppeJugendliche-2#

Hintergrund: laute Stimmen... Er ist weg, Omar ist weg... GruppeJugendliche-3#

Gut, das müsste schon reichen, ich glaube, das nimmt so nebenbei schon auf. Ja, also erstmal schön, dass ihr mitmacht. Ich bin Sabine. (...) GruppeJugendliche-4#

Mahmud: Wir warten noch auf Mr. Bean. GruppeJugendliche-5#

Kein Problem. GruppeJugendliche-6#

Ahmed: Na mach, warum (...)? – Mahmud: Ja, ich wart auf Bean. – Ahmed: Mach schon...- Mahmud: Nureddine, darf man hier rauchen? GruppeJugendliche-7#

Ihr könnt ja schon mal sagen, vielleicht, wer ihr seid, so einfach damit ich die Namen schon mal gehört hab. Dein Name? GruppeJugendliche-8#

Ich bin der der Ahmed. GruppeJugendliche-9#

Ahmed, okay, wie ich´s spreche. Dein Name? GruppeJugendliche-10#

Mahmud. GruppeJugendliche-11#

Mahmud – hm, und der Dritte, könnt Ihr schon sagen? GruppeJugendliche-12#

Ali. (...) Ja, der heißt Ali, ah nee, Frank. (...) Können Sie auch machen. (...) Sein Name ist also Frank. GruppeJugendliche-13#

Vorname reicht mir. Ali. Ihr seid so ungefähr 15, 16, 17, 18? ... ich hab keine Ahnung. 16. GruppeJugendliche-14# Alle Drei? GruppeJugendliche-15# Ja. GruppeJugendliche-16#

Aha. Und ihr kommt irgendwie aus dem gleichen Land, wie ähm (...) GruppeJugendliche-17#

Steinmetz. Was? GruppeJugendliche-18#

Aus der Steinmetzstraße? Ok. Alle drei? GruppeJugendliche-19#

Ja. Schöneberg. GruppeJugendliche-20#

Und sind Eure Eltern aus Deutschland, oder sind sie aus Arabien oder aus der Türkei? Ahmed: Also meine sind aus Palästina. Flüchtlinge aus Libanon. (...) (Mahmud lacht.) (...) Meine auch aus Libanon. Das reicht. GruppeJugendliche-21#

Und von Ali auch? GruppeJugendliche-22#

Ja, genau, Libanese. GruppeJugendliche-23#

Ah so, also ein Palästinenser sozusagen und zwei Libanesen. GruppeJugendliche-24#

Ja, zwei Libanesen. GruppeJugendliche-25#

Oder habt Ihr inzwischen, (...) die Eltern deutsche Staatsbürger (...)? GruppeJugendliche-26#

Ja. (...) Meine sind hier geboren. Weiß nicht. Es kann sein. GruppeJugendliche-27#

Ihr seid hier geboren? (...) GruppeJugendliche-28#

Ja. GruppeJugendliche-29#

Alle drei? GruppeJugendliche-30# Ja. GruppeJugendliche-31#

Super, jetzt will ich einfach mal fragen, was ist wichtig für Euch in der Nachbarschaft (...) GruppeJugendliche-32#

Mahmud: Nehmen Sie schon auf? GruppeJugendliche-33#

Es läuft schon, ich weiß nicht, ob ich hier was höre, ich schreib lieber noch mal mit. GruppeJugendliche-34# Was ist für Euch wichtig in der Nachbarschaft? Was ihr in der Nachbarschaft unbedingt gerne haben wollt. Fang ich mal damit an. GruppeJugendliche-35#

Was ist wichtig? Wie meinen Sie das denn (...) genauer? GruppeJugendliche-36#

Also zur Nachbarschaft gehört ja erstmal eine Wohnung und dass man da alles hat (...), dass man da wohnen kann, ein Dach über dem Kopf hat, so. Aber dann geht man ja raus, und wenn man raus geht aus der Wohnung, was soll da sein? Also ich kann Beispiele geben, zum Beispiel ein Spielplatz oder ne Bäckerei, oder egal. (...) GruppeJugendliche-37#

Auf jeden Fall Supermarkt. GruppeJugendliche-38#

Dann würd´ ich einfach mal fragen: Was ist besonders wichtig, was man unbedingt braucht? (...) Spielplatz? GruppeJugendliche-39#

Ahmed: Nein, nicht ein Spielplatz, sozusagen ein Jugendpark. GruppeJugendliche-40#

Jugendpark, okay, aha. GruppeJugendliche-41#

Mahmud: (...) süße Mädchen. (Lachen). GruppeJugendliche-42#

Ja, (...) also ich meine jetzt mehr die Umgebung. Aber: nette andere Jugendliche, kann man vielleicht sagen. GruppeJugendliche-43#

Ja. GruppeJugendliche-44#

Okay. GruppeJugendliche-45#

Familie. GruppeJugendliche-46#

Familie, aha. GruppeJugendliche-47#

Freunde sind auch nah. GruppeJugendliche-48#

Aha. Und was ist sonst noch wichtig an Gebäuden, was kann man noch sagen, was wichtig ist, was für Gebäude da sind? GruppeJugendliche-49#

Fahrstuhl. Also Neubau. GruppeJugendliche-50#

Aha. GruppeJugendliche-51#

Was hab'n sie geschrieben? (Mahmud schaut auf den Zettel.) GruppeJugendliche-52#

Wie sieht es aus mit Schulen? Ist das wichtig: Schule in der Nähe? GruppeJugendliche-53#

Ja, in der Umgebung. (Ali kommt hinzu.) GruppeJugendliche-54#

Wir haben schon mal (...) angefangen. GruppeJugendliche-55#

Setz' Dich mal hin, sie fängt an. (Hintergrundgeräusche: Verpiss Dich, Alter!) (...) GruppeJugendliche-56#

Ich habe gefragt, was so wichtig ist in der Nachbarschaft und die Freunde haben schon gesagt, in erster Linie: Jugendpark. GruppeJugendliche-57#

Ali: Cool. (...) GruppeJugendliche-58#

Dann war noch wichtig Schule, haben wir gesagt, fällt Dir noch was ein, was unbedingt in der Nachbarschaft sein muss? GruppeJugendliche-59#

Ahmed: Ein Club. Ja, so ein Jugendzentrum, wie hier, so ab 16, nicht, dass kleine Kinder da rumfummeln. GruppeJugendliche-60#

Okay. Wie sieht es aus mit Cafés oder Kneipen? GruppeJugendliche-61#

Keine Kneipe, so Internet, nein, so ein Café zum Ausruhen zum (Haschisch?), so ein Zimmer mit einem Bett. GruppeJugendliche-62#

Das hatten wir schon, also Wohnung war klar. GruppeJugendliche-63#

Nein, schon ein Café. Mädchen. (Lachen.) So ein Café wo man sich entspannen kann. (Stimmen durcheinander.) GruppeJugendliche-64#

Café okay, Disko auch. GruppeJugendliche-65#

Wo man sich freizügig kleiden kann. (Lachen). Ja. (...). GruppeJugendliche-66#

Jetzt frag ich mal: Kommt ihr öfter mal raus aus Schöneberg oder seid ihr immer hier? Mahmud: Ja, also manchmal so Yorckstraße. GruppeJugendliche-67#

Yorckstraße, okay? GruppeJugendliche-68#

Wir sind hier aufgewachsen. Das ist unser... unser Bezirk. GruppeJugendliche-69#

Eure Heimat, ja ? Sozusagen, Euer Heimatkiez? GruppeJugendliche-70#

Nein, ja, kann man sagen. Das ist unser Revier, hier macht keiner Faxen. GruppeJugendliche-71# Ali: Kenn' Sie schon meine Frau Geli? - Ali, gib nich an. GruppeJugendliche-72#

Geht ihr auch noch mal weiter, bis nach Kreuzberg oder Wedding oder so? GruppeJugendliche-73#

Ja, wenn wir hingehen, da werden wir blöd angemacht, da müssen wir die totschiagen. GruppeJugendliche-74#

Okay. Azzam (kommt hinzu): Wer sind Sie? Sabine. Hallo. GruppeJugendliche-75#

Die anderen: Kannst auch mitmachen. GruppeJugendliche-76#

(Magst Du) auch mitmachen? Wunderbar! GruppeJugendliche-77#

Azzam: Ich bin 'n Stecher, (nimmt das Mikro, hallo) (...). GruppeJugendliche-78#

Okay, wo warn wir gerade, äää, ihr geht auch manchmal in die Yorckstraße, ne, soweit waren wir, in anderen Kiez nicht? GruppeJugendliche-79# (Durcheinander reden). GruppeJugendliche-80#

Im anderen Bezirk wird das schwierig? GruppeJugendliche-81#

Opfer, Du bist 'n Opfer, Alter (Hintergrund). GruppeJugendliche-82#

Nein, wir geh'n schon in andere Bezirke, aber wenn oft Faxen machen die, weil wenn wir kommen, müssen wir die schlagen. Wo sind sie? (Lachen). GruppeJugendliche-83#

Also gibt's Streß sozusagen? GruppeJugendliche-84#

Ja. Azzam: Ich töte Dich, hör' n Sie das? (Nimmt Mikro, macht Faxen). GruppeJugendliche-85#

Lass einfach nur im Hintergrund liegen (Interviewerin versucht, das Aufnahmegerät und Mikro zu sichern). GruppeJugendliche-86#

Azzam: Hört man mich gerade? Bei wem kommt das? (...). – Ali: Kiss FM...GruppeJugendliche-87#

Okay, machen wir mal weiter. Würdet Ihr später, wenn Ihr eine Familie habt, hier leben wollen? GruppeJugendliche-88#

Azzam: Nein! GruppeJugendliche-89# Mahmud und Ahmed: Ja! GruppeJugendliche-90# Wir in unserm Bezirk, ja, also für mich ja. (Durcheinander reden). GruppeJugendliche-91#

Okay, dann wird's ja interessant. Was ist denn nicht so gut, also, die die jetzt nein gesagt haben, was ist hier nicht so gut? GruppeJugendliche-92#

Ich will in meine Heimat, mit meine Frau, da ficken. (Lachen). GruppeJugendliche-93#

Was ist Deine Heimat? Hab ich noch gar nicht aufgeschrieben! GruppeJugendliche-94# Azzam: Israel! Mahmud: Sagen Deine Eltern. GruppeJugendliche-95#

Wie ist Dein Name? GruppeJugendliche-96#

Azzam: Epsinat. (Lachen). GruppeJugendliche-97#

Wie? Kann ich nicht schreiben; sag mal. (...) GruppeJugendliche-98#

A Zepelin Zepelin Anton Marta. (Wiederholt.) GruppeJugendliche-99#

Azzam. Und Du kommst aus Israel? GruppeJugendliche-100#

Aus Palästina. GruppeJugendliche-101#

Aus Palästina. GruppeJugendliche-102#

Das angeblich Israel heißt. Einer schaut auf die Mitschrift: Ist mein Name auch drauf?

Ahmet? Nein, Ahmed bist Du. GruppeJugendliche-103#

Er lügt, er heißt Ramadan. GruppeJugendliche-104#

Ali ? GruppeJugendliche-105#

Ja. GruppeJugendliche-106#

Und Mahmud, bist Du? GruppeJugendliche-107#

Ja. Azzam: Er lügt, er heißt Ali. GruppeJugendliche-108#

Macht ja nichts. GruppeJugendliche-109#

Ali, el Dschihadi. GruppeJugendliche-110#

Okay. GruppeJugendliche-111#

Wo sind die alle, Ahmad? (Lachen). Ahmad, keine Ahnung. (...) GruppeJugendliche-112#

In der Heimat okay, und die, die ja gesagt haben, warum? (...) GruppeJugendliche-113#

Was willst Du hier? - Bin hier aufgewachsen. - Komm mal, was willst Du hier? - Weil ich hier aufgewachsen bin. - Gewohnheit. GruppeJugendliche-114#

Gewohnheit, ja. GruppeJugendliche-115#

Die Deutschen sind schon okay ... - Ich fick Dich! GruppeJugendliche-116#

Okay? GruppeJugendliche-117#

Ja, ja klar. GruppeJugendliche-118#

Das geht schon mal klar. GruppeJugendliche-119#

Wir woll'n auch, Schöneberger werden (?). GruppeJugendliche-120#

Jetzt haben wir über Verschiedenes gesprochen. GruppeJugendliche-121#

Azzam: Ich fick Schöneberg. Tiergarten for ever. GruppeJugendliche-122#

Es gab da in der Steinmetzstraße, da kommt ihr ja her, (...) GruppeJugendliche-123#

Azzam: Ich fick Steinmetz – die komm´ alle aus Dennewitz! GruppeJugendliche-124#

Da gab es so ein Café P., ne, war bekannt irgendwie und die sind da weggegangen, (Drogenhandel!) weil viele gesagt haben, die sollen da weggehen, kennt ihr das noch? GruppeJugendliche-125#

Ja, die haben Angst. Casa. (...) GruppeJugendliche-126#

Genau. GruppeJugendliche-127#

Der lügt, Mann. (Durcheinander). Ballaballa. GruppeJugendliche-128#

Sag einfach! GruppeJugendliche-129#

Ich hab persönlich mit denen geredet, meinte, die sollen weggehen, weil sie´ s mit mir zu tun kriegen, da sind die abgehauen. GruppeJugendliche-130#

Okay, warum eigentlich, was war mit dem Café nicht in Ordnung? GruppeJugendliche-131#

Die lügen Mann, Café Kucuk, es ist weg, also nicht weg, also anderer Besitzer. Ja, anderer Besitzer, weil die hatten Angst.- Komm, wir gehen? GruppeJugendliche-132#

Die hatten Angst, genau. GruppeJugendliche-133#

Ich hab persönlich mit denen geredet. GruppeJugendliche-134#

Warum sollen die weg? GruppeJugendliche-135#

Weil es ne schlimme Gegend is. Drogenhandel. Du Opfer, Alter. Keine Ahnung (...) Komm, wir gehen, warte, gleich. GruppeJugendliche-136#

Fandest Du die gut, dass die da waren? GruppeJugendliche-137#

Azzam: Ja. Eigentlich nicht, weil ich hab da nicht mehr Schutzgeld bekommen, also ich wollt immer 20.000 haben und die wollten mir nur 19.000 gegeben, da hab ich gesagt, die sollen weggehen. (Lachen). Is´ wirklich so. Sie glaubt nicht. GruppeJugendliche-138#

Ali: 19 Cent. Die ha´ m ihm in Arsch gefickt, hat 19 Cent bekommen. GruppeJugendliche-139#

Okay, es war ja bekannt, (Zwischenruf: ich bin hier der Chef!) dass in dem Café HIV-Positive waren, ja? GruppeJugendliche-140#

Ja, Drogenhandel. GruppeJugendliche-141#

Wisst Ihr, was das ist? GruppeJugendliche-142#

Ja, im Keller war Prostitution, - ja, er kam rein, - ich hätt´ auch fast Aids bekommen (Lachen),- ist zum Arzt gegangen, gleich Polizei gerufen. (Durcheinander reden.) GruppeJugendliche-143#

Ist ja auch als Schwulencafé, (...) GruppeJugendliche-144#...

Steinmetzstraße. Ich bin ein SEK-Beamter, ich kam und (...). GruppeJugendliche-145#

Ali: Weißt Du, was sie meint? Wir haben gerade die ganze Zeit über das falsche Café geredet, wisst Ihr? GruppeJugendliche-146#

Café P. GruppeJugendliche-147#

Azzam: Was meint die? Ali: Schwulenladen, ja, ah, der Schwule, die hatten immer Stress mit uns. Der Schwulenladen, genau, wir ham Anschläge gemacht, Ja, wir haben Steine geworfen, damit die abhauen. GruppeJugendliche-148#

Genau, warum, wollt ich noch fragen? GruppeJugendliche-149#

Ali: Weil die schwul sind, schwule Männer, die misshandeln, ... GruppeJugendliche-150#Azzam: Ja, guck mal nein, wir sind schwul, weißt Du und wenn da andere Schwule sind, kommen die anderen Schwulen nicht zu uns. Wir kriegen da kein Geld (Lachen). GruppeJugendliche-151#

Moment, die misshandeln Kinder, oder nee? GruppeJugendliche-152#

Ali: Ja, die Schwulen misshandeln Kinder auch, die Hurensöhne. Komm ma. Schwule und Juden. Aber das sind schwule Juden, also das geht nicht. Entweder schwul oder

Juden, beides zusammen geht nicht, (...) paar Monate auf den Kopf gegeben, da sind se abgehauen. Mahmud: Also ich nicht! GruppeJugendliche-153#

Es gab Stress da? GruppeJugendliche-154#

Azzam: Anton Zeppelin (...) Ja, (...) Molotowcocktail reingeworfen. GruppeJugendliche-155#

Also hab´n die Angst gehabt, oder? GruppeJugendliche-156#

Ali: Natürlich hatten die Angst, klar. Null Verlust. Ja (...) Azzam: Keine Angst, nur keine Lust mehr auf sie (lachen). GruppeJugendliche-157#

Also ihr habt die schon kennen gelernt, aber nicht mit denen geredet, sondern? GruppeJugendliche-158#

Azzam: Also er hat die kennen gelernt richtig, also körperlich. (Lachen). Er wurde auch sexuell befriedigt, glaub ich, oder? – Ali: Scheiß. GruppeJugendliche-159#

Okay, gibt es noch andere, wo ihr sagt, da habt ihr auch Stress mit, die wollt ihr nicht da haben? GruppeJugendliche-160#

Ahmed, Ali: Walter! Walter! GruppeJugendliche-161#

Wer ist Walter? GruppeJugendliche-162#

Mahmud: Der is´ tot. Wirklich, der ist tot, der Ladenbesitzer gegenüber von diesem Positiv. GruppeJugendliche-163#

Ach so, der ist gestorben. GruppeJugendliche-164#

Mahmud: Der ist gestorben. Ali: Weißte warum? Ahmed: An Fettsucht. Ali: Weil ich ihn erschossen hab. Ahmed: Der ist an Diabetes gestorben, weil er so fett war. GruppeJugendliche-165#

Ah ja, okay. Gab´s mit dem auch Ärger oder so? GruppeJugendliche-166#

Mahmud: Nein, eigentlich nicht. Ahmed: Doch Öfters. Ali: Wie? Ey? Öfters! Was ist mit seinem Hund? Ein Pitbull, der hat mich immer angegriffen. GruppeJugendliche-167#

Echt? GruppeJugendliche-168#

Ahmed: Der war so groß. GruppeJugendliche-169#

Also gab´s einfach Stress zwischen Euch und dem? GruppeJugendliche-170#

Ali: Wir ha´m unsere Hunde geholt, er hat seine Hunde geholt. GruppeJugendliche-171#

Azzam: Wer sind Sie, von was kommen Sie? GruppeJugendliche-172#

Von der Humboldt Uni. GruppeJugendliche-173#

Azzam: Was is´ das? GruppeJugendliche-174#

Ich mach´ne Studie. GruppeJugendliche-175#

Azzam: Anti Gewalt? GruppeJugendliche-176#

So ungefähr. - Hey, lass das! GruppeJugendliche-177#

(Lachen, während die Interviewende sich bemüht, das Mikro gegen Azzams Versuche, es fortzunehmen, festzuhalten). GruppeJugendliche-178#

Azzam: Gibt´s n da so geile Mädchen zum knacken, knallen, so? GruppeJugendliche-179#

Also, was hab ich denn jetzt noch für ne Frage. Genau. GruppeJugendliche-180#

What´s up in the Club? Hör´n die mich? – (...) GruppeJugendliche-181#

Streß. GruppeJugendliche-182#

Woll´n se (...) hör´n, ja? (Lachen). GruppeJugendliche-183#

Das ist´n bisschen anstrengend gerade. Hey lass mal. GruppeJugendliche-184#

Azzam: Anton wie Arschloch, Zeppelin wie Caesar, A wie A, Marta, (...) GruppeJugendliche-185#

Also, noch mal, mit wem habt Ihr hier noch Konflikte im Kiez sozusagen? GruppeJugendliche-186#

Konflikte? Mann, wir ha' m nur Connection (?). An der Ecke (...) GruppeJugendliche-187# Der Pitbulltyp ist weg. GruppeJugendliche-188# Der Pitbulltyp der ist gestorben. GruppeJugendliche-189#

Ach, Mann! (zu Azzam) GruppeJugendliche-190#

Und andere aber nicht? GruppeJugendliche-191#

Ahmed: Wir ha' m noch einen mit dem Café Kucuk, aber das klär' n wir noch. Und ähm Steinmetzstr. 63, da vorne gibt's so ein Telecafé. (...) Gruppe Jugendliche-192#

Ja, Telecafé ? GruppeJugendliche-193#

Ali: Halt die Schnauze! (Lachen.) Ahmed: Nee wirklich, der Telecafé, wir sind wirklich befreundet mit ihm und er hat Waffen da gelagert alle. Mahmud: Ach das, die spinnen rum. (...) Gruppe Jugendliche-194#

Jetzt muss ich hinterher irgendwie rausfiltern, was jetzt okay ist und was jetzt ernst ist und was nicht. GruppeJugendliche-195#

Ahmed: Nee, wirklich, wir ham noch mit Café Kucuk, also da, das ist auch'n Drogendealer und ähm, Bülowstraße, Zeitungsladen Spätkauf, da steht immer unsere Mafias, unsere Großen, Du weißt doch, warum lügst Du? Da sind 13jährige, die spiel' n da Glücksspiel, Roulette und so. GruppeJugendliche-196#

Okay. GruppeJugendliche-197#

Ahmed: Und da wollt ich mit denen reden und das war denen unangenehm, glaub ich. So wie Dein Vater, Mr. Bean. Hallo! GruppeJugendliche-198#

Das führt mich also zu der Frage: Wer hat eigentlich im Kiez so Autorität für Euch, wer ist das? GruppeJugendliche-199#

Ali und Azzam: Ich! Eigentlich hab ich das Sagen. Also ich bin der Boss und also wenn ich krank bin, vertritt der mich. (Lachen.) GruppeJugendliche-200#

Und wie ist das so mit dem Thema Polizei? Habt Ihr mit denen gute Erfahrungen? GruppeJugendliche-201#

Azzam: Also wenn Polizei kommt, wir gehen Steinmetz, in unseren Keller, ja wirklich, wenn Polizisten kommen, kriegen die 'n paar Steine 'rangeworfen und gehen gleich wieder raus. Nein, sie gehen in Flur, Steinmetzstraße 63 runter in Keller, (...) wir gehen vorn wieder raus (...). Ali: Wir scheißen auf die. GruppeJugendliche-202#

Echt? Also habt ihr mit denen auch Stress? GruppeJugendliche-203#

Mahmud (?): Nein, eigentlich einen ganz guten Kontakt mit denen, weil die helfen mir auch manchmal. (Krach). GruppeJugendliche-204#

Ich wollt grad sagen, die sind ja... (geht im Lärm unter). GruppeJugendliche-205#

Azzam: Und es gibt ein Kripo, die so Magnum... Wie so (...) Wenn ich weiß, da ist eine Drogenhandel, ja? GruppeJugendliche-206#

Ja. GruppeJugendliche-207#

Azzam: Dann ruf ich bei meinen Polizisten-Freunden an und die machen ne Razzia, nehmen die ganzen Drogen beschlagnahmt und machen wir Hälfte Hälfte, eigentlich ganz gute Leute. (...) Ali: Ich schieß auf die Polizei. (Lachen). Azzam: Also nicht die grünen Frösche. Freunde und Helfer. Ich meine nicht die grünen Frösche, ich meine SEK und so, MEK. GruppeJugendliche-208#

SEK? GruppeJugendliche-209#

Azzam: Nicht die kleinen Kinder. So wie Dein Bruder Hadi. Hadi Dschihadi. GruppeJugendliche-210#

Die habt ihr kennen gelernt? GruppeJugendliche-211# (Arabische Kommentare). Mohammed Aksam. (Weiteres blieb unverständlich). GruppeJugendliche-212#

Okay, wie ist es denn mit Euern Eltern, habt ihr mit denen viel, dass ihr auch darüber redet, wie es allen hier gefällt, oder (...)? GruppeJugendliche-213#

(Unruhe). GruppeJugendliche-214#

Ali: Wie soll ich sagen, eigentlich ha' m wir 'n ganz guten Kontakt, sozusagen, außer er (Ali weist auf Azzam), (...) (Lachen). GruppeJugendliche-215#

Azzam: Ich wohn jetzt bei ihm. Geben mir gut Essen, aber er kriegt immer mehr, das Arschloch, aber seine Eltern sind höflich, und so, die respektieren mich. GruppeJugendliche-216#

Ali: Meine auch, aber er nutzt die immer nur aus, klaut aus dem Portemonnaie, so hundert Euro, und haut ab damit, geht immer spielen (...) wirklich jetzt. GruppeJugendliche-217#

Echt? GruppeJugendliche-218#

Ja, er geht Glücksspielautomat. Ey, komm schon, red' offen. GruppeJugendliche-219#

Azzam: Ich weiß, dass ich von Deinen Eltern Geld klau und Automat geh. Ja, ich weiß. GruppeJugendliche220# Ali: Weißt Du. GruppeJugendliche-221#

Zu Azzam: Also, mit Deinen Eltern, die sind nicht so einfach? GruppeJugendliche-222#

Azzam: Nein, meine Eltern sind perfekt. Stimmt' s Mama (zu Ali)? (Lachen.) Eigentlich nicht. GruppeJugendliche-223#

Mahmud: Also ich sag kein' Kommentar dazu. GruppeJugendliche-224#

Okay. Jedenfalls: Die Polizei hat im Kiez nicht das Sagen? GruppeJugendliche-225#

Nein. GruppeJugendliche-226#

Sondern, wenn, dann habt ihr das? GruppeJugendliche-227#

Da hab ich das Sagen. (Lachen.) Nur Magnum kann was sagen. Die Älteren. - Den lassen wir aus dem Spiel jetzt. Mit dem hab ich noch ein Hühnchen zu rupfen. (...) (Lachen.) (...) GruppeJugendliche-228#

Geli kommt rein: Sagt tschüß! (Sie hat Feierabend und will den Laden schließen). GruppeJugendliche-229#

Azzam: Kennen Sie meine Frau schon? GruppeJugendliche-230#

Geli: Tschüß, gib mal nicht an, ich bin Deine Sozialarbeiterin. Tschüß. GruppeJugendliche-231# Azzam: Nein, Du bist meine Frau. GruppeJugendliche-232#

Was ist für Euch das Wichtigste für 'ne gute Nachbarschaft? GruppeJugendliche-233#

Schwanz. Eichel. Gute Nachbarschaft? Auf jeden Fall geile Frauen sein und viel Geld! GruppeJugendliche-234#

Das sind die wichtigsten Ziele? GruppeJugendliche-235#

Frauen. Geld, Geld. GruppeJugendliche-236#

Und was ist das für Dich? GruppeJugendliche-237#

Mahmud: Am wichtigsten ist bei mir meine Familie. GruppeJugendliche-238#

Ali: Also bei ihm Ranja. Er war auch schon einen Tag mit der zusammen. (Lacht.) GruppeJugendliche-239#

Ok, also private Kontakte. GruppeJugendliche-240#

Ranja Banat, ja? (Lachen.) GruppeJugendliche-241#

Schreib ich mit. GruppeJugendliche-242#

Mahmud: Können Sie das auf CD machen? GruppeJugendliche-243#

Wahrscheinlich nicht, nee. GruppeJugendliche-244#

Mahmud: Geht geht, geht. (Lachen.) Die anderen: Ranja Banat und Ramadan! El Mella, Mafia. GruppeJugendliche-245#

Gut, dann hab ich wenigstens mal so 'n paar Stimmen von hier gehört. GruppeJugendliche-246#

Azzam: Kann ich jetzt was sagen? GruppeJugendliche-247#

Du kannst die ganze Zeit was sagen. GruppeJugendliche-248#

Azzam: Ein' Kommentar abgeben? (Er nimmt sich das Mikro ganz nah vor den Mund).
GruppeJugendliche-249# **Das reicht schon. GruppeJugendliche-250#** (Azzam knurrt in's Mikro).GruppeJugendliche-251# **Dein Kommentar? GruppeJugendliche-252#**

Azzam: Ich sitz hier mit drei Mafia und ein Prosturoierte, oder wie das heißt, (Lachen) oder sonstnochwie das heißt. Ähm. Wir sind in der Nureddinestr. (...) GruppeJugendliche-253#

Okay. Du bist auch schon lange hier? Hier in dem Zentrum? GruppeJugendliche-254# Ja. GruppeJugendliche-255#

Hab ich noch ganz vergessen! GruppeJugendliche256#

Durcheinander Azzam und andere: Ich bin 28, bin seit 27 Jahren - war er in Schöneberg, ein Jahr in Tiergarten, das letzte Jahr. Also, wo ich 22 war (...). GruppeJugendliche-257#

Mehrere Jahre? GruppeJugendliche-258#

Wie? GruppeJugendliche-259#

Ihr seid schon mehrere Jahre hier? GruppeJugendliche-260#

Azzam: Wir sind schon 20 Jahre hier. (...) Mit Mutter im Bauch sind so ungefähr 15, fast 16 Jahre. GruppeJugendliche-261#

16 Jahre. GruppeJugendliche-262#

Azzam: Und ich fünfzehn. GruppeJugendliche-263#

Ah, und Ihr seid mit S. viel zusammen, oder mit? GruppeJugendliche-264#

Mit wem? Mit Nureddine! (...) Nureddinestraße! GruppeJugendliche-265#

Ach deswegen heißt das hier so, okay. - Eigentlich ist das nicht der Name der Straße, aber na ja (...) GruppeJugendliche-266#

Gut und kommt Ihr mit dem Zentrum so gut klar, ja? GruppeJugendliche-267#

Eigentlich stechen wir uns immer ab, Alter. Hier haben wir nur eine Stunde Drogenhandel in der Toilette, mehr nicht, also um 2 bis 3 und dann kommt Geli, gehen hinten. Lachen. Eine Stunde noch bis 4 bambabam und um 5 kommt Nureddine. GruppeJugendliche-268#

Okay, dann bedank ich mich. GruppeJugendliche-269#